Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923

Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Hans Manfred Bock

aus Kassel

Marburg/Lahn 1967

Von der philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg/Lahn
als Dissertation angenommen

Tag der mündlichen Prüfung am: 7.2.1968

Berichterstatter: Prof. Dr. Abendroth
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Czempiel
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Nolte

VORBEMERKUNG

In der vorliegenden Untersuchung wird der erste Versuch einer historisch-soziologischen Darstellung der anarchistisch-syndikalistischen und der linkssozialistischen bzw. linkskommunistischen Traditionslinien in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1890 und 1933 unternommen. Die Untersuchung zeigt im Detail die Entfaltung der anarcho-syndikalistischen und linkskommunistisch-unionistischen Theorien nach dem November-Umsturz von 1918, deren organisatorische Verfestigung zwischen 1918 und 1921 in der "Freien Arbeiter - Union Deutschlands (Syndikalisten)" (FAUD(S)), der "Allgemeinen Arbeiter - Union Deutschlands" (AAUD) und der "Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands" (KAPD), deren praktisch politische Relevanz in diesen Jahren und ihren organisatorischen Desintegrationsprozeß seit Mitte 1921.

Die Vorarbeiten zu dieser Untersuchung wurden erheblich erleichtert durch die privaten Auskünfte zahlreicher Persönlichkeiten im Inund Ausland; ihnen sei hiermit gedankt. Dank gebührt auch den folgenden Bibliotheken und Archiven, die bei der Materialsammlung bereitwillige Hilfe leisteten: Universitäts - Bibliothek Marburg/Lahn; Staatsbibliothek Marburg/Lahn; Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel und Landesbibliothek; Landes- und Stadt - Bibliothek Düsseldorf; Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig; Hauptarchiv Düsseldorf (Zweigstelle Kalkum); Bundesarchiv Koblenz; besonderer Erwähnung bedarf die großzügige Hilfeleistung durch das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Herr Professor Wolfgang Abendroth nahm in dankenswerter Weise Anteil am Entstehen dieser Arbeit. Sie wurde im Februar 1968 von der Philosophischen Fakultät der Marburger Philipps - Universität als Inaugural - Dissertation angenommen.

Die Drucklegung wurde gefördert durch finanzielle Mittel der Stiftung Volkswagenwerk, des Marburger Universitätsbundes und der Verwaltungsdirektion der Philipps - Universität.

VORWORT

Das Institut für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg/Lahn hat seit längeren Jahren begonnen, die kleineren oppositionellen Gruppierungen, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgetreten sind, systematisch zu untersuchen. Die bisherigen Publikationen, die aus diesem Vorhaben hervorgegangen sind, haben sich mit dem Einbruch einer Variation idealistischer Philosophie in die Organisationswelt der Arbeiterorganisationen, wie sie durch den Einfluß der Jugendbewegung in der Revolutionsperiode möglich wurde, beschäftigt, den Werner Link in dieser Reihe durch seinen Band über den Internationalen Sozialistischen Kampfbund zur Darstellung gebracht hat, und - wie die Arbeit von K.H. Tjaden über die Kommunistische Rechtsopposition oder diejenige von Hanno Drechsler über die SAP - Gruppierungen behandelt, deren theoretische Grundlage die geistige Arbeit der marxistischen Linken in der Vorkriegssozialdemokratie gewesen ist. So blieb es notwendig, auch die Richtungen der Arbeiterbewegung in Deutschland zu überprüfen, die sich in radikalem Gegensatz zum organisatorischen Gefüge der klassischen Partei der zweiten Internationale, der SPD, und ihrem theoretischen Denken, dem traditionalen Marxismus, befunden haben.

Die vorliegende Arbeit erörtert in systematischem Zusammenhang die Entwicklung dieser "linksradikalen" Tendenzen. Sie zeigt, wie sich mit der Legalisierung der SPD nach dem Ende des Sozialistengesetzes der Widerspruch gegen der Legalität angepaßte Verhaltensweisen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in der Opposition der "Jungen" und der "Lokalisten" sofort äußert, um bald auf die modifizierte Übernahme anarchistischer Theoreme zurückzugreifen, wie sie schon einmal zu Beginn des Sozialistengesetzes aufgetreten waren, aber damals wegen des Aufschwungs der Gesamtbewegung keine dauerhafte Bedeutung gewinnen konnten. Auch dieser zweiten Welle des organisatorisch verselbständigten Linksradikalismus blieb jeder größere Erfolg versagt, sobald seine Träger aus den rasch wachsenden Massenorganisationen verdrängt worden waren. Aber in der Partei selbst haben sich unvermeidlich auch vor dem Ende dieser Entwicklungsphase, die durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges und die Unterwerfung der Massenorganisationen unter die "Burgfriedens"-Politik herbeigeführt wurde, kritische Ansätze gegenüber der Politik der Gesamtorganisation reproduziert, die wegen der Verfestigung des bürokratischen und parlamentarischen Apparats in beiden Organisationssäulen der Arbeiterbewegung als des Trägers der Anpassungstendenzen an das bestehende politische System auf Spontaneitätstheorien verwiesen waren. Eine Verwischung der Grenzen zwischen marxistischem und syndikalistischem oder gar anarchistischem Denken ist in dieser Periode jedoch noch nicht erfolgt.

Größeren Einfluß auf breitere Schichten der Arbeiterklasse konnten "linksradikale" Theorien erst am Ende des ersten Weltkrieges und in der Revolutionsperiode erlangen. Sie haben den Gründungsparteitag der KPD (Spartakus-Bund) an der Jahreswende 1918/19 beherrscht und die Majorität der Mitglieder dieser Partei während der Revolutionskämpfe des folgenden Jahres beeinflußt, obwohl die Führungsgruppe der jungen Partei mit ihnen niemals übereingestimmt hat. So ist es nicht verwunderlich, daß in diesem Zeitabschnitt auch die gegen die traditionellen Gewerkschaften gerichteten unionistischen Organisationen erhebliche Bedeutung erlangten. In der revolutionären Situation konnten die an unmittelbarer Betriebsdemokratie orientierten syndikalistischen und linkskommunistischen Unionen in erster Linie Arbeitergruppen ohne längere gewerkschaftliche Traditionen, vor allem im Bergbau und in der jungen, während des Weltkrieges rasch aufgestiegenen chemischen Industrie, an sich ziehen. Dadurch wurde es möglich, daß sich die neueren "linkskommunistischen" und die an der Tradition der Lokalisten orientierten syndikalistischen Bewegungen in ihrer jeweiligen Praxis nur noch unwesentlich unterscheiden ließen.

Als nach dem Heidelberger Parteitag der KPD (Spartakus-Bund) die antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Opposition aus der offiziellen kommunistischen Bewegung verdrängt wurde, war allerdings die revolutionäre Gesamtsituation bereits weitgehend abgeklungen. Die Geschichte der KAPD und auch der unionistischen Organisationen wurde damit gleichzeitig zur Geschichte des rapiden Verfalls ihrer Massenbedeutung. Die Isolierung der "Linksradikalen" von den Arbeitermassen in der nun folgenden Periode des organisatorischen Aufschwungs der KPD nach ihrer Vereinigung mit der linken USP führte deshalb sehr bald zu sektiererischen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Gruppierungen, in denen eine wirkliche Vermittlung zwischen den anarcho-syndikalistischen und den marxistischen Prämissen ihrer Theoreme niemals gelungen ist.

Der Aufschwung der studentischen Oppositionsbewegungen in den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten dieses "Linksradikalismus" wieder aktualisiert. Es ist kein Zufall, daß sowohl in der französischen als auch in der deutschen Studentenbewegung Schriften der linkskommunistischen Theoretiker, vor allem von Pannekoek und Gorter, ernstlich diskutiert und neu aufgelegt werden. Die Situation einer studentischen Massenbewegung, die gegen organisatorische Verfestigungen in Universität und Gesellschaft zum Kampfe antritt, bietet manche Parallelen sowohl zur Situation eines Teils der Anhänger der einst illegalen Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag von Halle 1890 als auch zur Lage der spontan rebellierenden

deutschen Arbeiter und jungen Intellektuellen 1918 und in den folgenden Revolutionskämpfen. Auch hat theoretisch die verschüttete Tradition des "Linksradikalismus", dessen letzte organisatorischen Versuche im Widerstandskampf gegen das Dritte Reich demnächst in einer bereits abgeschlossenen weiteren Arbeit dargestellt werden, manche diskutablen Denkansätze zur Analyse bürokratischer Manipulationen und ihrer Überwindung zu bieten. So hat das vorliegende Buch durch die gegenwärtige studentische Protestbewegung unmittelbar politische Bedeutung gewonnen. Es sollte allerdings auch zu Erwägungen darüber anregen, ob und in welchen Fragen die unreflektierte Übernahme im "Linkskommunismus" entstandener Lehren durch den geschichtlichen Gang, den das Buch darstellt, widerlegt ist.

Marburg/Lahn, den 1. August 1968

Wolfgang Abendroth

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN

AAU	= Allgemeine Arbeiter-Union
AAUD	= Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands
AAUE	= Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation
ADGB	= Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund
AFL	= American Federation of Labor
ASP	= Antinationale Sozialistische Partei
BO	= Betriebs-Organisation
CGT	= Conf́édération Générale du Travail
CGTU	= Confédération Générale du Travail Unitaire
CNT	= Confederacion Nacional del Trabajo
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
EKKI	= Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale
EL	= Entschiedene Linke
FAU	= Freie Arbeiter-Union
FAUD(S)	= Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)
IAA	= Internationale Arbeiter-Assoziation
IKD	= Internationale Kommunisten Deutschlands
ISD	= Internationale Sozialisten Deutschlands
IWW	= Industrial Workers of the World
KAI	= Kommunistische Arbeiter-Internationale
KAJ	= Kommunistische Arbeiter-Jugend
KAP	= Kommunistische Arbeiter-Partei
KAPB	= Kommunistische Arbeiter-Partei Bulgariens
KAPD	= Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
KAPN	= Kommunistische Arbeiter-Partei der Niederlande
KAUD	= Kommunistische Arbeiter-Union Deutschlands
KAZ	= Kommunistische Arbeiter-Zeitung
KO	= Kampf-Organisation
Komintern	= Kommunistische Internationale
KP	= Komunistische Partei
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(S)	= Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
KPD(O)	= Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPdSU	= Kommunistische Partei der Sowjet-Union
NEP	= Novaja Ekonomiceskaja Politika
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
RGI	= Rote Gewerkschafts-Internationale
SAPD	= Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands
SDAP	= Sociaal-Democratische Arbeiders-Partij
SDP	= Sociaal-Democratische Partij

SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	= Schutz-Staffel
UdSSR	= Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	= Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WIIU	= Workers' International Industrial Union
WRV	= Weimarer Reichs-Verfassung
WSPU	= Women's Social and Political Union
ZK	= Zentral-Komitee

INHALT

I. EINLEITUNG

Arthur Rosenberg charakterisiert gelegentlich in seinem Standardwerk über die Geschichte der Weimarer Republik[1] eine radikale Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, die als Neben- und Unterströmung stets vorhanden gewesen sei und die er kritisch als "Utopismus" bezeichnet:

"Zum Utopismus neigen die besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten. Sie lehnen jedes irgendwie geartete Kompromiß mit den bestehenden Zuständen ab. Sie wollen vom Parlament und von den Gewerkschaften nichts wissen, weil angeblich an beiden Stätten das Proletariat nur verraten würde. Sie sind eigentlich gegen jede Führung und gegen jede Organisation, weil sie in jeglicher Bindung nur eine verräterische Tücke erblicken. Ihre Taktik ist die gewaltsame revolutionäre Aktion, ganz gleich, wie im Moment die objektiven Bedingungen und das Kräfteverhältnis sein mögen"[2].

Hinter dieser als allgemeine Formel durchaus nicht unzutreffenden Charakterisierung steht jedoch ein in sich sehr komplexes Randphänomen der deutschen Arbeiterbewegung, das zusammenhängend bisher gar nicht, das teilweise nur in wenigen und schwer zugänglichen Abhandlungen dargestellt wurde[3] und über das in der Literatur zur deut-

1) Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1961.
2) Ibidem, p. 23.
3) Die umfassendste Darstellung der Oppositionsbewegung der "Jungen" findet sich im unveröffentlichten Manuskript des 4. Bandes der historischen Anarchismusstudien Max Nettlaus im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instiuts für Sozialgeschichte" in Amsterdam; der 2. Band von: W. Kulemann, Die Berufsvereine, Jena 1908, bringt zuverlässige Fakten über die Geschichte der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", wurde jedoch vor dem Ausschluß dieser Organisation aus der SPD geschrieben und berücksichtigt folglich deren entscheidende Wende zum Syndikalismus nicht; die Schrift des Grafen von Saurma-Jeltsch (Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistischen Tendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920) ist eine einigermaßen oberflächliche vergleichende Betrachtung; wichtiges Material für die Entwicklung des linkskommunistischen Zweiges im deutschen Linksradikalismus nach 1918 erhält der Aufsatz von Bernhard Reichenbach: Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928); die umfassendste und materialreichste Vorarbeit ist die Studie des früh verstorbenen Kieler Archivars Hans Bötcher: Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922, die von Paul Hermberg in der gleichen Veröffentlichung ergänzt wurde und die neben ihrer zu abstrakten Systematisierung den Nachteil hat, daß sie nur die Zeit von 1918 bis Ende 1921 umfaßt; von den jüngeren eingehenden Studien der deutschen Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Walter Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innen-

schen Arbeiterbewegung Verwirrung vorherrscht. - Die geschichtlichen Grundlagen der von Rosenberg pauschal als "Utopismus" apostrophierten Tradition des Linksradikalismus[4] entstanden in der Konsolidierungsphase der deutschen Sozialdemokratie seit dem Fall des Sozialistengesetzes (1890) bis zum Ausbruch des Weltkrieges von 1914 innerhalb der SPD selbst insbesondere in Reaktion auf den fortschreitenden Prozeß der Zentralisierung und Bürokratisierung der Führung der großen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen (SPD und "Freie Gewerkschaften"). Alle gegen diesen Prozeß opponierenden Tendenzen verselbständigten sich früher oder später organisatorisch und schufen je eine eigene Tradition und Ideologie.

Die früheste dieser nach links von der Sozialdemokratie abweichenden Tendenzen ist die Rebellion der "Jungen" in der Sozialdemokratie, die während der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890) begann und 1891 zur Bildung der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" führte, die das organisierte Auftreten des Anarchismus in Deutschland unmittelbar einleitete. - In mancher Hinsicht eine gewerkschaftliche Parallelerscheinung zur Bewegung der "Jungen" ist die der "Lokalisten", die sich 1897 von der großen Mehrheit der "Freien Gewerkschaften" trennte und sich später "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" nannte; sie wurde zur Trägerin der deutschen Version des revolutionären Syndikalismus. - Von dieser älteren, anarchistischen und syndikalistischen, Tradition des deutschen Linksradikalismus ist eine jüngere Tradition zu trennen[5], deren Ursprünge in der zwischen 1904 und 1906 in der SPD geführten Massenstreik-Diskussion zu suchen sind. Diese jüngere Tradition des deutschen Linksradikalismus spielte während des ersten Weltkrieges im "Spartakus"-Bund eine gewisse Rolle und erstrebte daneben besonders unter dem Etikett

politik 1918/19, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der November-Revolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1964) widmet einzig Peter von Oertzen dem hier interessierenden Phänomen einen Abschnitt, der im wesentlichen auf der Untersuchung Bötchers aufbaut.

4) Der Begriff "Linksradikalismus" wird im folgenden entsprechend dem gelegentlichen übereinstimmenden Gebrauch der Syndikalisten und der Linkskommunisten als Sammelbegriff für beide Traditionen und später als Sammelbegriff für die FAUD, AAUD und KAPD verwendet. Er schließt die KPD nicht ein. Der gelegentlich benützte Begriff "Ultralinke" ist irreführend, da er in der Sprachgepflogenheit der späteren KPD zuerst auf die linke Fraktion Friesland/Fischer/Maslow bezogen war und dann allgemein und ziemlich beliebig für alle nach links vom jeweils offiziellen Parteikurs abweichenden Richtungen gebraucht wurde. Vgl. Siegfried Bahne, Zwischen "Luxemburgismus" und "Stalinismus". Die "ultralinke" Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg. (1961), p. 359 ff.

5) Eine Unterscheidung, deren Berechtigung sich im Fortgang der vorliegenden Arbeit ausweisen wird.

"Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD) organisatorische Realisierung.

Im zweiten Kapitel der vorliegenden Darstellung werden die organisatorischen, ideengeschichtlichen und personalen Kontinuitätsmomente innerhalb der beiden Traditionen im deutschen Linksradikalismus untersucht und die unterscheidenden Merkmale zwischen beiden Traditionen. Das folgende Kapitel (III) weist die sozialen Grundlagen ihrer Konsolidierung während des ersten Weltkrieges auf und ihre Deutung der "Burgfriedens"-Politik der SPD und der "Freien Gewerkschaften" als ein Versagen in der Konsequenz der bürokratischen Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Massenorganisationen. Der organisatorischen und ideologischen Entfaltung der beiden linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19 zu einer syndikalistischen Tendenz einerseits, einer linkskommunistischen Tendenz andererseits und deren anfänglicher wechselseitiger Durchdringung (IV) und schon bald wieder beginnenden Abgrenzung gegeneinander (V) im Rahmen der jungen "Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)" (KPD(S)) gehen die folgenden Kapitel nach. Es schließt an der Versuch einer Geschichte der linksradikalen Organisationen, der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)" (FAUD(S)) einerseits (VI), der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD) (VII) und "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) (VIII) andererseits. Die Vielfalt organisatorischer Filiationen, die die Geschichte dieser Organisationen charakterisiert, ist einmal das Ergebnis der unterschiedlichen ideologischen Kräfte, die in ihnen zusammenkamen, zum anderen das Resultat der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die sich direkt in ihnen reflektiert. In ihrer Entwicklung weitgehend den gleichen wirtschaftlich-gesellschaftlichen und organisationsimmanenten Gesetzmäßigkeiten unterworfen, sind sie übereinstimmend seit dem Abschluß der Inflationsperiode Ende 1923 von der politisch-sozialen Wirklichkeit der Weimarer Republik isoliert. Die Wirksamkeit der linksradikalen Organisationen (FAUD(S), AAUD, KAPD) in den proletarischen Massenaktionen 1920/21 versucht ein weiteres Kapitel (IX) zu ermitteln und dabei das Bild der politischen Urheberschaft und soziologischen Eigenart dieser Aktionen ein wenig zu differenzieren. Besondere Aufmerksamkeit wird danach noch einmal auf die Symptome verwendet, die seit Mitte 1921 die erlahmende Integrationskraft der linksradikalen Organisationen anzeigen (X). Abschließend wird die Stellung der deutschen Syndikalisten und Linkskommunisten im internationalen Bezuge betrachtet und die Geschichte der syndikalistischen "Internationalen Arbeiter-Assoziation" (IAA) und der linkskommunistischen "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI) skizziert und ihre kritische Funktion in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in den

zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts. - Der dokumentarische Anhang enthält fast ausnahmslos bisher unveröffentlichte Texte[6] aus der Geschichte des deutschen Syndikalismus und des deutschen Linkskommunismus, der biographische Anhang teils bisher unbekannte, teils ergänzte politische Lebensläufe der für die Geschichte beider Bewegungen bedeutenden Persönlichkeiten.

Die Materiallage für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist extrem schwierig. Die besondere Schwierigkeit ergibt sich dadurch, daß aufgrund der prinzipiellen Ablehnung aller legalen Institutionen - vom Parlament bis zu den gesetzlichen Betriebsräten - durch die dargestellten Organisationen wahlstatistische Daten, aufgrund ihrer geringen Organisationsfestigkeit verbandsstatistische Daten nicht beizubringen sind. Selbständige Kongreß-Protokolle wurden in den seltensten Fällen veröffentlicht. So ist die Ermittlung der Fakten auf die Durchsicht der umfangreichen, aber mühsam zu erreichenden Zeitschriften- und Broschürenliteratur, auf die Auswertung schriftlicher oder mündlicher Erinnerungen von Beteiligten und auf die Verwertung der Polizeiakten angewiesen. Im Rahmen der durch diese Voraussetzungen begrenzten Möglichkeiten wurde versucht, das Faktenmaterial - wie übrigens schon durch die implizite organisationssoziologische Fragestellung bei der Entstehung und durch die eminent soziale Bedingtheit der organisatorischen Entfaltung der syndikalistischen und linkskommunistischen Tradition geboten - nach primär organisationssoziologischen Gesichtspunkten zu ordnen. - Zum Zwecke der Übersichtlichkeit und der Orientierungsmöglichkeit in dem Geflecht organisatorischer Filiationen, das sich in dieser Arbeit ausbreitet, schienen häufige Vor- und Rückverweise im Anmerkungsapparat unvermeidlich.

6) Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus (IX) wurde veröffentlicht in: Karl Diehl/Paul Mombert (Hrg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 11. Band: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Karlsruhe i. B. 1920. Der Aufruf des Gründungs-Parteitages der KAPD (XVI) erschien neuerdings in: Hermann Weber, Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967. Der Vollständigkeit wegen sind beide Texte in die Dokumentensammlung dieser Arbeit aufgenommen.

II. DIE TRADITIONALEN GRUNDLAGEN: DIE OPPOSITION GEGEN DEN ZENTRALISIERUNGS- UND BÜROKRATISIERUNGSPROZESS DER SPD VON 1890 BIS 1914

1. Die Opposition der "Jungen" in der SPD um 1890[1]

In der Auseinandersetzung Karl Marx' mit dem Bakunistenflügel der Ersten Internationale[2] und in Friedrich Engels' Kontroverse mit Eugen Dühring[3] waren schon viele der theoretischen Gegensätzlichkeiten offenbar geworden, die künftig die sozialdemokratische Bewegung mit ihren linken Kritikern auszutragen hatte. Eine wirkliche organisatorische Opposition erhielt sie jedoch erst in dem Augenblick, als sie die ersten Schritte zur zentral organisierten, parlamentarischen Massenpartei unternahm. In der besonderen Situation des Sozialistengesetzes (Oktober 1878 bis Oktober 1890) - Verbot der Organisationsarbeit bei gleichzeitiger Zulassung der parlamentarischen Arbeit - war die Sozialdemokratie durch ihre erstaunlichen Wahlerfolge einerseits[4], durch das strenge Legalitätsbestreben des Parteivorstandes andererseits[5], immer mehr in ihrer Aktivität auf das Parlament allein festgelegt worden. Sowohl gegen diese Taktik als gegen ihre Vertreter, die

1) Die Geschichte der Bewegung der "Jungen" ist bisher noch nicht geschrieben. Eine umfangreiche Materialsammlung und wertvolle Hinweise finden sich im Nachlaß Max Nettlaus im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte" in Amsterdam. Rocker erwähnt eine "große Materialsammlung" Albert Weidners, eines Militanten in der Bewegung der "Jungen", der durch die nationalsozialistische Periode an der Niederschrift der geplanten Geschichte dieser Randerscheinung in der SPD gehindert wurde. S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 440, masch. Manuskript im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte".

2) Vgl. von anarchistischer Seite: Fritz Brupbacher, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation, zuerst erschienen 1913, 2. Auflage im "Aktions-Verlag" Franz Pfemferts, Berlin 1922. Von marxistischer Seite: Franz Mehring, Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig o. J., p. 477 ff.

3) Zu den "antikratischen" Denkansätzen in Eugen Dührings Werk vgl. Max Nettlau, Anarchisten und Sozialrevolutionäre der Jahre 1880-1886, Berlin 1931 (Kater-Verlag), p. 139 ff. Aus Engels' Gegenschrift gegen Dühring ist seine Schrift: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Zürich 1892, ausgezogen, mit der er die bis heute übliche Unterscheidung zwischen "utopischem" und "wissenschaftlichem" Sozialismus einführte. Das Etikett des "Utopismus" wird dann ganz geläufig - so etwa auch bei Arthur Rosenberg - als Bezeichnung der linksradikalen Bewegungen.

4) S. Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. II, Berlin 1960, p. 595 ff.

5) Vgl. dazu Karl Friedrich Brockschmidt, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Diss. phil., Frankfurt/Main-Stuttgart 1929, p. 54 ff.

führenden Männer der Organisation, welche die Sozialdemokratie in der Regel auch im Reichstag vertraten, erhob sich bald schon nach Beginn des Sozialistengesetzes Protest aus den Mitgliederreihen. Hatte doch einer dieser sozialdemokratischen Führer, Wilhelm Liebknecht, noch 1869 die Nachteile der parlamentarischen Betätigung für die Arbeiterbewegung so beschrieben:

"Das Prinzip geopfert, der ernste, politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen"[6].

Diese von den Linksradikalen bis in die Weimarer Republik immer wieder zitierte Stellungnahme Wilhelm Liebknechts umriß recht genau die Bedenken weiter Arbeiterkreise nach 1878 gegen die proletarische Tätigkeit im bürgerlichen Parlament. Zumal in der Illegalitätsperiode des Sozialistengesetzes, in der die revolutionären Hoffnungen durch die Repressionsmaßnahmen der Regierung gegen die Sozialdemokratie (Praxis des "Kleinen Belagerungszustandes" etc.) aktualisiert worden waren und auf direktere Formen politischer Aktion drängten, mußte die ausschließlich parlamentarische Taktik der Parteiführung enttäuschen.

Diese antiparlamentarischen Regungen mit einer Spitze gegen die Parteiführung wurden am frühesten artikuliert von dem Buchbinder Johann Most[7], der als populärer sozialdemokratischer Agitator bald nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes im Dezember 1878 emigrieren mußte. Most, in dieser Zeit noch viel mehr radikaler Sozialdemokrat als Anarchist (als der er sich verstanden wissen wollte)[8], kritisierte von London her in seinem Organ "Freiheit" vom Januar 1879 bis Mai 1882 die Führung der deutschen Sozialdemokratie im Sinne der radikalen Opposition. Mit Wilhelm Liebknechts Reichstagsrede vom 17. 3. 1879, worin er sich vom Inhalt der "Freiheit" nachdrücklich distanzierte, war zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der Trennungsstrich zwischen Parteimehrheit und radikaler Minderheit gezogen. Wilhelm Hasselmann[9] versuchte innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Mosts Programmatik einzutreten; wie Most erklärte er sich solidarisch mit der russischen Anarchistenbewegung und verkündete im Reichstag (4. 5. 1880), daß "die Zeit des parlamentarischen Schwätzens vorüber sei und die Zeit der Taten beginnt"[10]. Mit Most zusammen wurde er im August 1880 vom sozialdemokratischen Parteitag auf Schloß Wyden (Schweiz) aus der Partei ausgeschlossen, der gleichzeitig - eine Konzession an die linken Radikalen - die Einschränkung auf nur "gesetzliche" Kampfmittel aus dem Programm strich. - Most steht als radikaler Wortführer einer unzufriedenen Minderheit am Anfang einer Tradition, die direkt in die revolutionären Jahre der Weimarer Republik hineinzuverfolgen ist; die vielfach belegbaren Kontinuitäten im deutschen Linksradikalismus zeigt in diesem Fall die Tatsache, daß einige von Mosts Schriften in linkskommunistischen und syndikalistischen Kreisen nach 1918 neu gedruckt und verbreitet wurden[11]. - Mit dem Ausschluß und der Emigration Mosts und Hasselmanns hatte zwar die radikale Opposition in der Partei ihre Wortführer verloren, doch sie bestand weiter. Sie war von Anfang an lokalisiert in den Großstädten. Die Berliner Organisation der Sozialdemokraten war überwiegend antiparlamentarisch[12]; es gab oppositionelle Gruppen in Magdeburg, Hamburg, Hannover, Leipzig, Chemnitz, Köln, Mainz, Frankfurt a. Main[13].

Insbesondere von Berlin, Magdeburg und Dresden ging auch die zweite offene linke Oppositionswelle in der Sozialdemokratie in den späteren Jahren des Sozialistengesetzes aus und griff dann auf andere Großstädte über[14]. Neben die Unzufriedenheit mit der nur parlamentarischen Taktik trat nun als treibendes Motiv das Unbehagen an der vermeintlichen allzu großen Machtvollkommenheit der Parteiführer in den Vordergrund. Rudolf Rocker[15] beschreibt die Situation:

"Eines aber hatte das Sozialistengesetz ... fertiggebracht. Es hatte während den Jahren der Verfolgung den freien Meinungsausdruck, der nur in ei-

6) Ibidem, p. 52.

7) Vgl. den biographischen Anhang. S. auch Rudolf Rocker, Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924 (Kater-Verlag).

8) Anarchistische Ideen waren zu dieser Zeit in Deutschland noch so gut wie unbekannt. Vgl. zu den wenigen Ansätzen Max Nettlau, op. cit., p. 118 ff. Most sagte später selbst, daß sein Denken um 1880 noch erst in ganz vager Form anarchistisch gewesen sei. (S. Rudolf Rocker, Johann Most, p. 142 f). Nach Rocker war der erste rein anarchistische Artikel in der "Freiheit" am 10. 7. 1880 von dem mit dem internationalen Anarchismus eng bekannten Deutschen August Reinsdorf verfaßt worden.

9) Wilhelm Hasselmann, geboren 1844, war einer der Führer des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" und Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1874-1876 und 1878-1880. 1880 emigrierte er über London in die USA.

10) Zit. bei Rudolf Rocker, Johann Most, p. 87.

11) So erschien in Franz Pfemferts Verlag: Johann Most, Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Mit Geleitworten von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921, eine Schrift Mosts aus der amerikanischen Zeit. Eine andere Flugschrift zur anarchistischen Propaganda der Tat aus dem Jahre 1885 wurde ab 1921 unter dem Titel: Johann Most, Revolutionäre Kriegswissenschaft, hektographiert verbreitet. Weiterhin wurde Mosts populäre antireligiöse Schrift "Die Gottespest" wiedergedruckt: Johann Most, Die Gottespest, Hamburg o. J. (1919).

12) S. Franz Mehring, op. cit., Bd. II, p. 554.

13) Rudolf Rocker, Johann Most, p. 89 f. Weitere Beispiele für das Weiterleben der antiparlamentarischen Tendenz bei Karl Friedrich Brockschmidt, op. cit., p. 92 ff.

14) So aus eigener Anschauung Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8 (Masch. Manuskript im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte").

15) S. den biographischen Anhang.

ner öffentlichen Bewegung möglich ist, völlig gelähmt und den parlamentarischen Führern der Partei, die in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eine natürliche Stütze besaßen, eine Macht in die Hände gespielt, die sie vor dem Sozialistengesetz nie besessen hatten"[16].

Die Opposition gegen die parlamentarische "Versumpfung" und gegen die "Diktatur der Führer"[17] erfolgte von Anfang an aus lokalen Initiativen heraus und die gesamte Bewegung der "Jungen" blieb unkoordiniert. Sie war kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes immerhin so stark, daß August Bebel als profiliertester Vertreter der Parteiführung gegen sie zu Felde zog in den Städten, wo die sozialdemokratische Presse zur Opposition übergegangen war[18]. Im August 1890 stellte er sich in Dresden, Magdeburg und Berlin in Großversammlungen den Wortführern der "Jungen"; die Auseinandersetzung zwischen den "Fraktionellen" und den "Oppositionellen" endete jedesmal mit einem Sieg des Volkstribuns Bebel; die von der Persönlichkeit Bebels begeisterten Mengen schrien so z. B. in Berlin die Oppositionellen schließlich einfach nieder[19].

Der Streit wurde fortgesetzt auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie nach dem Sozialistengesetz, der in Halle im Oktober 1890 stattfand. Der gesamte Parteitag stand unter dem Zeichen der Auseinandersetzung der Parteimehrheit mit der Opposition, die mit einem einzigen Vertreter, dem Berliner Buchdrucker Wilhelm Werner[20], offenbar in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht unzureichend repräsentiert war. Werner nahm nicht für sich in Anspruch, für die gesamte Opposition zu sprechen[21]. Die von August Bebel offenbar erwartete große Diskussion[22] über die parlamentarische Taktik der Partei fand nicht statt. Werner verlangte mehr sozialdemokratische Agitation im Reichstag; das Parlament müsse Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sein[23]. Der erdrückenden Mehrheit der Delegierten schien die proletarische Interessenvertretung im Parlament als Hauptberuf der sozialdemokratischen Tätigkeit selbstverständlich, obwohl eben erst unter dem Sozialistengesetz der parlamentarische Charakter der Sozialdemokratie verfestigt und voll ausgeformt worden war[24] - In der Diskussion über den Organisationsentwurf, der dem Parteitag vorlag, kamen die Bedenken gegen eine zu große Machtfülle des Vorstandes zum Ausdruck. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes konnte zwar die Sozialdemokratie wieder organisiert auftreten, war jedoch den Restriktionen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterworfen. Nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes von 1850 war es z. B. verboten, mit "anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten". Bis zum Jahre 1900 konnte so lediglich durch ein System von Vertrauensleuten der Kontakt zwischen den Wahlvereinen und dem Vorstand gewahrt bleiben. Bei dieser Lage schien Vollmar[25], der auf dem Parteitag in Halle noch eine Art Mentorenrolle für die "Jungen" innehatte, jede überregional integrierende Form der Organisation falsch: "Jedem einzelnen Ort ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band giebt es, außer der Fraktion, nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollausschuß und Centralorgan. Das ist völlig genügend"[26]. Die Kontrollfunktionen des Parteivorstandes z. B. hinsichtlich der Parteipresse wollte er dabei eingeschränkter als es der Organisationsentwurf vorsah[27]. Diese Forderungen unterstützten vor allem Wilhelm Werner und der spätere erste Vorsitzende der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", Gustav Keßler[28]. In dieser Diskussion zeichnete sich in Umrissen der bald einsetzende Streit der "Jungen" gegen das "zentralistische" und für das "föderalistische" Prinzip in der Organisation ab. Der Föderalismus - neben dem Anti-

16) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8.

17) Vgl. zu diesen Schlagworten: Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin 1959, p. 82 ff.

18) Es waren dies vor allem: Die "Magdeburger Volksstimme" (an der der spätere Organisationsleiter der "Freien Vereinigung", Fritz Kater, Redakteur war), die "Sächsische Arbeiterzeitung" in Dresden, das "Berliner Volksblatt". Vgl. dazu Gerhard A. Ritter, op. cit. p. 83.

19) Bericht Rockers in seinen Memoiren, Bd. I, p. 271 ff. Rocker, bei der Berliner Versammlung anwesend, erhielt durch die Art der Auseinandersetzung die ersten Impulse, die ihn von der Sozialdemokratie wegführten: "Zum ersten Mal stellte ich mir die Frage, ob zwischen dem Despotismus einzelner Machthaber und dem einer fanatisierten Masse, die eine Sache blindlings verdammt, von der die meisten gar keine Ahnung hatten, überhaupt ein Unterschied zu finden sei." Ibidem, p. 273.

20) Wilhelm Werner, Buchdrucker, war Delegierter des Bezirks Berlin-Teltow.

21) "Was nochmals unsere Opposition betrifft, so sind wir durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Ich huldige nicht allen Ansichten des Dr. Wille über den Parlamentarismus, auch Wildberger und Baginski sind nicht in Allem einer Meinung, und so trennen auch uns drei wieder verschiedene Punkte. Meine Opposition beruht darauf: Ich befürchte, daß die freie Meinung etwas umschnürt und abgeschnitten wird...". S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle a. d. Saale vom 12.-18. Oktober 1890, Berlin 1890, p. 71. - Dr. Bruno Wille (1860-1928), Schriftsteller, war einer der intellektuellen Wortführer der "Jungen". Max Baginski (1864-1943), gelernter Schuster, gehörte zum inneren Kreis der Opposition der "Jungen". Karl Wildberger, Tapezierer, war einer der Berliner Wortführer der "Jungen".

22) So Bebel in: Protokoll der SPD, Halle, p. 33 f.

23) Ibidem, p. 97.

24) S. dazu Karl Friedrich Brockschmidt, op. cit., p. 71.

25) Georg Heinrich von Vollmar (1850-1922), ehemaliger Offizier, war sozialdemokratisches Mitglied des Reichtages von 1881-1919.

26) Protokoll der SPD, Halle, p. 133.

27) Ibidem, p. 135.

28) S. den biographischen Anhang. S. Keßlers Diskussionsbeitrag in: Protokoll der SPD, Halle, p. 139 f.

parlamentarismus künftig das charakterisierende Prinzip des Linksradikalismus - wurde jedoch erst theoretisch formuliert und doktrinär ausgeformt, als mit dem rapiden Wachstum der SPD in den neunziger Jahren die innerparteiliche Zentralisierung zunahm und der Typus und die Aktionsweise des Volkstribuns (Bebel, Liebknecht u.a.) durch eine bürokratische Funktionärsschicht in der Führung zurückgedrängt wurde[29]. Die aus den Reihen der "Jungen" geforderte lokale Autonomie war im Gegensatz zum Föderalismus der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen nach dem ersten Weltkrieg weniger das Ergebnis föderalistischer Doktrin und anti-bürokratischer Organisationsprophylaxe als das Ergebnis bestehender koalitionsrechtlicher Schranken. Das gilt noch für die Entstehung der "Freien Vereinigung" im Jahre 1897.

Die Opposition machte auch in dem Jahr zwischen dem Haller und dem Erfurter Parteitag (Oktober 1891) weiter von sich reden. War Wilhelm Werner trotz der Verdächtigungen und persönlichen Verunglimpfungen - die dann auch später den Stil der Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen und der Parteimehrheit bestimmten - nach Halle dennoch in der SPD geblieben, so verließ er in Erfurt schon bald nach der Eröffnung des Kongresses mit weiteren fünf Vertretern der Opposition die Versammlung aus Protest gegen die vorgebrachten Verleumdungen. Während Vollmar, der den Kongreß mit einem minimalistischen Programm erregt und die revisionistische Tradition in der Sozialdemokratie eingeleitet hatte, von einem Untersuchungsausschuß nur gerügt wurde, schloß man die linken Oppositionellen aus der Partei aus. Als hauptsächliche Anwürfe der Opposition gegen die Mehrheit wurden folgende Punkte von den "Jungen" vorgebracht:

"1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertötet.
2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Die Revolution wird von der Bühne des Reichstags feierlichst abgeschworen.
5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge sei die Begeisterung unter den Genossen verflogen.

29) Vgl. dazu Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 8, zu dieser Entwicklung: "Sie (die "Jungen", der Vfr.) bekämpften den Einfluß der parlamentarischen Führerschaft und deren zentralistische Bestrebungen und forderten eine größere Unabhängigkeit der örtlichen Gruppen innerhalb der Partei, die mehr in der Richtung zum Föderalismus lag, dessen eigentliche Bedeutung sie aber später erst richtig erkannten."

7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zustande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.
9. Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten ...
14. Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips"[30].

Diese kritischen Argumente sind - obwohl aus einer ganz anderen sozialen und organisationsgeschichtlichen Entwicklungsphase heraus entstanden - konstitutive Bestandteile des älteren und des jüngeren Linksradikalismus bis in die Weimarer Republik. In soziologischer Sicht war die Bewegung der "Jungen" weder nur - wie Franz Mehring sagt - erklärbar aus der "Stimmung kriegsgewohnter Veteranen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen"[31], noch nur - wie Engels gelegentlich meinte - eine "Literaten- und Studentenrevolte"[32]. Beide Momente ergänzten sich: Faktisch auf die parlamentarische Praxis fixiert, mußte die SPD, um Gewicht zu haben, die zum Teil kleinbürgerlichen Massen an sich ziehen. Die alten Parteigenossen, die den Schikanen des Sozialistengesetzes ausgesetzt gewesen waren, fühlten sich durch den ja dann tatsächlich nach 1890 einsetzenden Massenzuwachs zurückgedrängt und mißbilligten die neue Taktik des Parteivorstandes. Sie grollten "über die Hoffierung der Masse durch die Parteiführung"[33]. Dabei waren diese Oppositionellen zuerst - wie sie immer wieder glaubhaft versicherten[34] - durchaus Marxisten. Wenn man sie immer wieder "Anarchisten"

30) S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891, Berlin 1891, p. 74. In dieser Weise faßte der Abgeordnete Auer, der auf der Seite der "Fraktionellen" stand, die Argumente der Oppositionellen treffend zusammen. Vgl. auch Domela F. Nieuwenhuis, Les divers Courants de la Democratie Socialiste Allemande, Bruxelles 1892. Diese Schrift erschien wenig später auch in deutscher Sprache. Nieuwenhuis, der in Halle als holländischer Delegierter anwesend war und sich bald auf die Seite der "Jungen" gestellt hatte und deren Argumente gegenüber Wilhelm Liebknecht auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1891 in Brüssel vertreten hatte, spielte für die Bewegung der "Jungen" eine ähnlich bedeutende Rolle wie später sein Landsmann Anton Pannekoek für die linkskommunistische Tradition in Deutschland.

31) Franz Mehring, Geschichte, Bd. I, p. 676.

32) Brief Engels' an die "Sächsische Arbeiterzeitung", zit. bei Gerhard A. Ritter, op. cit., p. 85.

33) Ibidem, p. 85.

34) S. z. B. Wilhelm Werner in: Protokoll der SPD, Halle, p. 70. Rudolf Rocker, (Biographie von Fritz Kater, p. 8): "Ihre (der "Jungen", der Vfr.) Anhänger waren gute Marxisten und standen zunächst jeder anderen sozialistischen Richtung vollständig fern-". Vgl. auch Nieuwenhuis, op. cit., p 14 f. Vgl. dazu noch den für die ganze Geschichte der "Jungen" über-

oder "anarchistisch" nannte, so war das in der Tat eine sich auf eine vage Ähnlichkeit berufende politische Invektive; seit der Massenstreikdebatte nannte man später die Linksradikalen in der SPD in ähnlicher Weise "Syndikalisten"; in beiden Fällen war die Bezeichnung Invektive und kein zutreffendes politisches Etikett. Erst der Ausschluß der "Jungen" aus der SPD zog die Rezeption anarchistischer Ideen nach sich. Sowohl bei den diffus bleibenden Versuchen einer theoretischen Selbstverständigung, als bei der endgültigen Wendung zum Anarchismus leistete jener radikalen Minorität eine kleine Schar Intellektueller Hilfestellung, deren Berührungspunkte mit der gleichzeitigen literarischen Revolte des Naturalismus (Bruno Wille, Paul Ernst u.a.) ebenso zahlreich waren wie nach dem ersten Weltkrieg die Affinitäten der linksradikalen Intellektuellen zum Expressionismus. Das Zusammentreffen unzufriedener Arbeitermengen aktivistischer Grundhaltung mit relativ wenigen wortführenden - oft literarisch ambitionierten - Intellektuellen kann als vorläufige soziologische Grundformel des Linksradikalismus gelten.

Nicht nur die wesentlichen Forderungen des späteren Linksradikalismus (Antiparlamentarismus, Föderalismus, Antiautoritarismus und Selbsttätigkeits-Postulat für die Massen) und dessen soziale Grundstruktur zeichnen sich in der Bewegung der "Jungen" ab, sondern für die ältere anarchistische und syndikalistische Tradition sind auch die personalen Verknüpfungen zahlreich[35] (Gustav Landauer, Rudolf Rocker, Fritz Kater u.a.)[36]. Aus der Bewegung der "Jungen" hervorgehend oder ihr in mancher Hinsicht analog, entwickelten sich im steten Widerspruch zur befestigten SPD die linksradikalen Organisationen oder Traditionen bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges als zahlenmäßig sehr geringe Gruppen oder Fraktionen; als dialektischer Gegensatz aus dem Wachstumsprozeß der SPD selbst entstehend, bilden sie ein kritisches Unruhemoment an deren linker Seite.

aus informativen Bericht Paul Kampffmeyers aus eigener Anschauung: Paul Kampffmeyer, Radikalismus und Anarchismus, in: Die Befreiung der Menschheit, Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin, Leipzig, Stuttgart, Wien 1921, p. 71-87.

35) So schreibt Rudolf Rocker z.B.: "Ich habe alle bekannten Wortführer der "Jungen" persönlich kennen gelernt... Mit den meisten von ihnen verband mich - so weit sie noch am Leben sind verbindet mich heute noch eine alte, unvergängliche Freundschaft..." Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 278.

36) Vgl. dazu den biographischen Anhang.

2. Die anarchistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland

Das unmittelbare organisatorische Ergebnis der Oppositionsbewegung der "Jungen" war die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten", die die vom Erfurter Parteitag ausgeschlossenen Sozialdemokraten am 8. November 1891 in Berlin gründeten und von der es bald Gruppen "in allen wichtigen Städten"[1] Deutschlands gab. Schon während des Parteitages wurde eine von Bruno Wille vorgelegte Resolution von den Oppositionellen angenommen, in der es u.a. hieß:

"Der Sozialismus ist eine geistige Bewegung und Gemeinschaft, aus welcher niemand durch Dekret ausgeschlossen werden kann. Dieser Tendenz (die Betroffenen mundtot und einflußlos zu machen) wollen wir nach Kräften entgegenarbeiten und zuförderst die ausgeschlossenen und ausgeschiedenen revolutionären Sozialisten nach wie vor als Genossen betrachten"[2].

Die Richtlinien der "Vereinigung"[3] waren theoretisch anspruchslos und ganz vom Affekt gegen die "Diktatur des jetzigen Parteivorstandes" und dessen "erzwungene Zentralisation" diktiert. Als programmatischer Ansatzpunkt ist die Sorge um die "Individualisierung der Arbeiter" bemerkenswert. Auch diese - wesentlich pädagogische - Forderung nach Beginn der proletarischen Emanzipationsarbeit zuerst bei der einzelnen Persönlichkeit durch deren Anleitung zur Selbständigkeit und zu kritischem Denken blieb ein ständig wiederkehrendes Postulat der linksradikalen Programme gleich welcher Observanz bis in die Weimarer Republik. Gemäß den Richtlinien der "Unabhängigen Sozialisten" sollte der Organisationskörper nicht nur "groß und umfangreich" sein, sondern "er muß auch über starke selbsttätige Glieder verfügen".

Von anarchistischen Einflüssen sind die Richtlinien noch durchaus frei. Sehr bald stellte sich heraus, daß unter den oppositionellen "Unabhängigen Sozialisten" mindestens zwei verschiedene Tendenzen vorhanden waren, die sich nur vorübergehend unter einem gemeinsamen Programm gefunden hatten. Die eine Fraktion, vor allem durch Karl Wildberger und Paul Kampffmeyer repräsentiert, strebte durch die neue Organisation lediglich eine Sozialdemokratie im antiparlamen-

1) Nach Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 366.

2) Zit. bei Max Nettlau, Nachlaß (Anarchismus-Archiv im "Internationalen Institut für Sozialgeschichte"), p. 137.

3) Abgedruckt bei Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 364 f. Die bisher unveröffentlichten Richtlinien s. dokumentarischen Anhang, Nr. I.

tarisch-revolutionären Sinne an; eine andere Fraktion (Wilhelm Werner, Bruno Wille, Max Baginski) näherte sich der anarchistischen Propaganda. Der Kampf beider Fraktionen spielte sich in dem und um das Organ der "Unabhängigen Sozialisten" ab, dem seit 15. November 1891 erscheinenden "Sozialist"[4]. In der ersten Zeit seines Erscheinens war der "Sozialist", wie Max Nettlau aus eigener Anschauung testiert, "ein ruhig, intelligent und aufrichtig geschriebenes Blatt, das Einblick in die theoretischen, praktischen und persönlichen Unzulänglichkeiten der Sozialdemokratie gab"[5]. In den in vielen Großstädten bestehenden anarchistischen Gruppen[6] zirkulierten die illegal über die Grenze geschafften, in London gedruckten Blätter "Freiheit" und "Autonomie"[7] und ihr Verhältnis zu der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" war unterschiedlich eng. In Berlin wurde der "Sozialist" sogar von einem Teil der Anarchisten bekämpft; diese versuchten später eine eigene Zeitschrift ("Arbeiter-Zeitung, Organ der Anarchisten Deutschlands") herauszubringen, von der aber im November 1893 die ganze erste Ausgabe von der Polizei eingezogen wurde[8]. Es kam zeitweilig zu einem Ausgleich zwischen der oppositionell-sozialdemokratischen und der anarchistischen Tendenz im Publikationsorgan der "Unabhängigen Sozialisten". Mit der Übernahme der Redaktion durch Gustav Landauer[9] zu Beginn des Jahres 1893 nahm das Blatt schließlich und endgültig die Wendung zum Anarchismus. Landauer hatte auf der Seite der "Jungen" gestanden, war aber in der Bewegung nicht hervorgetreten; während seiner Studienzeit in Zürich (1890-1891) hatte er Kontakt zur dortigen "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten"[10] und trat bei der Übernahme

4) Zu dieser Auseinandersetzung findet sich eine Dokumentation bei Max Nettlau, Nachlaß, p. 138 ff., der folgende Darstellung verpflichtet ist.

5) Max Nettlau, Nachlaß, p. 138.

6) Nettlau (Ibidem, p. 190 verso) bezeugt das Bestehen solcher Gruppen kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes in folgenden Großstädten: Stuttgart, Mannheim, Frankfurt a. Main, Mainz. Wiesbaden, Köln, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Halle, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Hamburg, Bremen, Berlin.

7) Zu dieser illegalen anarchistischen Propagandatätigkeit durch das Einschmuggeln von Zeitschriften und Traktaten, derentwegen Rudolf Rocker 1893 aus Deutschland emigrieren mußte, s. Rudolf Rocker, Memorien Bd. I, p. 366, und Sepp Oerter, Acht Jahre im Zuchthaus, nebst einer Einleitung: Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890 bis 1893, Berlin 1905.

8) Nach einem Brief Rudolf Rockers an Dr. Max Nettlau vom 18. 1. 1932, s. Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau im Anarchismus-Archiv des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte".

9) S. den biographischen Anhang.

10) Dort waren zufällig zur gleichen Zeit Hans Müller (einer der bedeutenderen Theoretiker der "Jungen"), Fritz Köster, Franz Blei (ein literarischer Führer des Naturalismus) und Max Baginski anwesend. S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 366.

des "Sozialist" mit der Veröffentlichung eines Romans hervor. Die Wendung des "Sozialist" zum Anarchismus unter dem Einfluß Landauers vollzog sich nicht ohne den Widerspruch der nach wie vor sozialdemokratischen Oppositionellen. Sie führte zur Trennung der beiden bisher konkurrierenden Tendenzen in den Reihen der "Unabhängigen Sozialisten". Ein Teil der bisherigen Wortführer machte die Wendung zum Anarchismus mit, so z. B. Wilhelm Werner, Bruno Wille und Max Baginski. Einen nicht unwesentlichen Anteil an dieser Entwicklung schreibt Rocker den Veröffentlichungen Dr. Max Nettlaus[11] zu, [12]der - von Hause aus Philologe und eher dem bürgerlichen Gelehrtentypus entsprechend - bereits in Mosts "Freiheit" geschrieben hatte, dann im "Sozialist" historische Abrisse des Anarchismus veröffentlichte und später im Rahmen der FAUD wohl zum bedeutendsten Historiographen des Anarchismus wurde . - Die andere Strömung zerlief sich; einige ihrer Repräsentanten kehrten später wieder in die SPD zurück (Paul Kampffmeyer, Karl Wildberger z. B.); andere verschwanden aus der Arbeiterbewegung (Hans Müller, Franz Blei u. a.)[13]. Der Trennungsprozeß war im Sommer 1893 abgeschlossen. Damit hatte die Bewegung der "Jungen" in Deutschland ihren Abschluß gefunden. "Ihre geschichtliche Bedeutung, die man keineswegs unterschätzen darf, hatte sich mit dem öffentlichen Auftreten des Anarchismus in Deutschland erschöpft"[14].

Die Skizze der mannigfachen Richtungen im Anarchismus am Ende des 19. Jahrhunderts (Individualismus, Kollektivismus, Kommunismus u. a.), die in der Diskussion aufeinanderstießen und der anarchistischen Systeme (von Saint-Simon, Proudhon, Stirner und Bakunin bis Dühring und Hertzka u. a.) ist im Rahmen dieser Darstellung, die das Aufweisen organisatorischer, ideengeschichtlicher und personaler Kontinuitäten zum Ziel hat, nicht möglich[15]. Immerhin muß als allgemeinste Entwicklungstendenz im Anarchismus diejenige hinweg von individualistischen Konzeptionen und in Richtung auf den kommunistischen Anarchismus vermerkt werden. Während bei Stirner und Proudhon, beide im Wirtschaftsdenken des Liberalismus wurzelnd, das Privateigentum nie in Frage gestellt wird, suchen gegen Ende des 19. Jahrhunderts Kropotkin u. a. die zugespitzte soziale Frage von der Basis der

11) S. den biographischen Anhang.

12) Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 104 ff. Rocker selbst war nachhaltig beeindruckt von: Max Nettlau, Zur Geschichte des Anarchismus, o. O. 1891.

13) S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, p. 444 ff. Vgl. auch den historischen Bericht Franz Bleis in der "Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 12/13.

14) Rudolf Rocker, ibidem, p. 446.

15) Sie ist ansatzweise in Max Nettlaus Manuskripten ausgeführt. S. Max Nettlau, Nachlaß, p. 141 ff. Es wird an der Universität München eine Dissertation über die "Geschichte des deutschen Anarchismus von 1870-1933" von Ulrich Linse vorbereitet.

Aufhebung des Privateigentums her theoretisch zu lösen[16]. Besonders Peter Kropotkins "kommunistischer Anarchismus"[17] spielte für die deutsche anarchistische Tradition eine wichtige, schließlich nach 1918 die wichtigste Rolle; sein erster deutscher Übersetzer kam aus den Reihen der "Jungen" (Bernhard Kampffmeyer), sein eifrigster Propagator in Deutschland war nach 1918 Kropotkins Bekannter und Freund aus dem Londoner Exil, Rudolf Rocker. Seine Hauptwerke wurden nach der Jahrhundertwende von Gustav Landauer übersetzt[18].

Gustav Landauer selbst war allerdings in keiner Phase seiner Entwicklung kommunistischer Anarchist[19]. Er stand bis zum ersten Weltkrieg im Mittelpunkt der deutschen anarchistischen Bewegung, aber sein durchaus eigenständiger und eigenwilliger Anarchismus blieb nicht ohne Gegner. Der "Sozialist", der seit 22. Juli 1893 mit dem Untertitel "Organ aller Revolutionäre" erschien und - nach Rocker - "das von der Regierung am meisten verfolgte Blatt Deutschlands"[20] war, stellte im Januar 1895 sein Erscheinen ein; im August des gleichen Jahres erschien er in neuer Aufmachung und nunmehr vollends entsprechend den Vorstellungen Landauers, die dahin gingen, daß man in Deutschland zuerst einmal mit der individuellen Erziehung der Arbeiter zum Sozialismus beginnen müsse, bevor man propagandistische Massenwirkung anstreben könne. So war der zweite "Sozialist" (August 1895 - Dezember 1899) ein ausgesprochenes Intellektuellenblatt; populäreren Ansprüchen versuchte man mit der parallelen Herausgabe der Zeitung "Der arme Conrad" (August 1896 - Oktober 1899)[21] gerecht zu werden. Gegen diese theoretische Einseitigkeit des Landauerschen "Sozialist" regte sich die Opposition der militanten Anarchisten, die für ihren täglichen Wirtschaftskampf konkrete und unmittelbar auf die Praxis bezogene Losungen verlangten. Sie schufen ihr eigenes Publikationsorgan mit dem Namen "Neues Leben", das vom Juli 1897 ab unter der Leitung des Metallarbeiters Paul Pawlowitsch erschien[22]. Damit hatten sich die beiden wichtigsten Traditionszweige des deutschen Anarchismus bis zum ersten Weltkrieg herausgebildet. Die Gruppen um das "Neue Leben" stellten die Mehrheit der Bewegung dar und vermochten

16) Vgl. zur allgemeinen Entwicklung des Anarchismus: Henri Arvon, L'Anarchisme, Paris 1959, p. 77 ff. S. auch Heinz Maus, Anarchismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart 1956, p. 181 ff.

17) S. dessen Skizze in der Analyse des Programms des Gründungskongresses der FAUD.

18) Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung (1902); Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk (1904); Peter Kropotkin, Sozialismus für Millionäre (1907).

19) Vgl. seinen "Brief über die anarchistischen Kommunisten" in: "Sozialist", 2. Jg. (1910), Nr. 21.

20) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 10.

21) Weitere kurzlebige anarchistische Organe nennt Max Nettlau, Nachlaß, p. 171 ff.

22) Vgl. Max Nettlau, Nachlaß, p. 170. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 69 ff.

schließlich sogar, den "Sozialist" Landauers zu verdrängen, der im Dezember 1899 wiederum sein Erscheinen einstellte[23]. Das Publikationsorgan der Mehrheit erschien ohne längere Unterbrechung - vom Januar 1904 unter dem neuen Namen "Der Freie Arbeiter" - bis 1914 und dann wieder von 1918 bis 1933. Die weitere Entwicklung dieses Zweiges ist für die vorliegende Darstellung weniger interessant, da er selbst in der revolutionären Phase der Weimarer Republik sektiererisch und von der FAUD isoliert blieb. Seine Propagandatätigkeit ist insofern jedoch interessant, als durch sie zum ersten Mal die Taktik der direkten Aktion im Sinne des romanischen revolutionären Syndikalismus, d. h. die unmittelbare Selbsthilfe der Arbeiter in der Form passiver Resistenz, Sabotage usw., in Deutschland verbreitet wurde. Vermittler war der Österreicher Siegfried Nacht[24], der um 1900 in Paris mit der syndikalistischen revolutionären Bewegung vertraut wurde, 1902 eine Broschüre über den "Sozialen Generalstrike" und 1903 über "Die direkte Aktion" unter dem Pseudonym Arnold Roller herausbrachte und ab 1903 regelmäßig Beiträge zum "Freien Arbeiter" schrieb. Roller präsentierte die Idee der direkten Aktion nicht ohne aktivistisches Pathos:

"Unter die Gesamtbezeichnung direkte Aktion gehört der revolutionäre terroristische Streik, der ökonomische Terror, der persönliche Terrorismus gegen verhaßte Ausbeuter und Antreiber; kurz, gegen kapitalistische Despoten der Sabot, Gocanny, Obstruktionismus, Boykott, kurz, alle energischen revolutionären und direkten Mittel, die ohne Vermittlung und Umwege geeignet sind, die Forderungen des Proletariats durchzusetzen"[25].

In der "Freien Vereinigung" setzte die offene Propaganda der direkten Aktion erst ab 1908 ein, und Gustav Landauer nahm zu der Entwicklung

23) Rocker urteilt sehr streng über die Gruppe um das "Neue Leben"; er hielt diese Ausschaltung des "Sozialist" für "verhängnisvoll" für die Entwicklung der deutschen anarchistischen Bewegung; er begründet dies nicht weiter; offenbar geht sein Urtei jedoch auf die späteren Streitigkeiten zwischen den Wortführern des kleinen Konventikels um den "Freien Arbeiter" und den Führern der FAUD zurück. S. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 69.

24) Zur Biographie Siegfried Nachts: Geboren 188o in Wien, erlernter Beruf: Elektrotechniker; 1900-1906 in Paris, dort tätig in der revolutionären syndikalistischen Bewegung; 1902 Kontakt mit anarchistischen Revolutionären in Spanien; 1906 aus Frankreich ausgewiesen, lebte er bis 1910 in London, dann bis zu seinem Tode in Italien. Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p. 456.

25) Arnold Roller, Die direkte Aktion, revolutionäre Gewerkschaftstaktik, New York 1912, p. 7; Neudruck der Broschüre von 1903, die auch damals schon in Mosts "Freiheit-Press" in New York verlegt worden war. Die Schrift zirkulierte noch 1919 in linksradikalen Kreisen und prägte nicht unerheblich die Vorstellung davon, was man vor der Konstituierung der FAUD unter Syndikalismus zu verstehen habe.

des revolutionären Syndikalismus in Frankreich und dessen Kampfmethoden in jeder Hinsicht eine sehr kritische Haltung ein[26].

Nach einer Periode ausschließlich theoretischer Arbeit, in die unter anderem die Übersetzung von Kropotkins Hauptwerken fiel, gründete Landauer 1908 den "Sozialistischen Bund", als dessen Organ ab Januar 1909 der dritte "Sozialist" erschien. Unter Wiederaufnahme genossenschaftlicher Ideen in ihrem noch revolutionären Verständnis aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in Anlehnung an Proudhons Mutualismus und Kropotkins Wirtschaftsprogramm von der Wiedervereinigung von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie entwickelte er Programm und Organisationsform des Bundes[27]. Ziel war der freie und selbsttätige Mensch, der in "durch Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft selbständig wirtschaftenden und tauschenden Gemeinden" lebt und arbeitet (Art. 12 des "Sozialistischen Bundes"). Der Sozialismus soll nicht - wie Landauer es der "verflachten" Sozialdemokratie vorwirft - in fatalistischer Weise erwartet, sondern er muß sofort begonnen werden. "Nicht warten! heißt unsere Losung. Keine Trennung mehr zwischen Zuständen der Gegenwart, Übergangsgärung und wunderbarer Zukunft"[28]. Da die Verwirklichung des sozialistischen Ziels einer neuen Lebensform im großen Maßstabe des Proletariats als Klasse hier und jetzt nicht möglich zu sein scheint, gilt die Parole: "Durch Absonderung zur Gemeinschaft!"[29]. In der Vereinigung weniger Gleichgesinnter ist die neue und bessere Form der Verbindung zwischen den Menschen realisierbar. Das kann die Form von Siedlungszellen annehmen (Art. 9 des "Sozialistischen Bundes"); in ihnen geben die Pioniere des Sozialismus "ein Vorbild der Gerechtigkeit und der freudigen Arbeit" (Art. 11 des "Sozialistischen Bundes"). Die Siedlungsunternehmungen sind für Landauer lediglich exemplarische Verwirklichungen des Sozialismus, "nicht Mittel zur Erreichung des Zieles". In ihnen kann man zwar "aus dem Kapitalismus austreten", nicht aber ihn abschaffen; das ist erst durch die allmähliche Bekehrung der Menschen zum Sozialismus möglich. Sozialismus ist für Landauer immer im Werden begriffen; "aller Sozialismus ist stets nur ein relativer Sozialismus und jede Generation hat ihre eigene Aufgabe im unendlichen

26) Es ist nicht ganz zutreffend, wenn Max Nettlau (Nachlaß, p.195) sagt, Landauer habe vom Syndikalismus überhaupt keine Notiz genommen. S. seinen Artikel: Die französischen Syndikalisten, in: "Der Sozialist, Organ des Sozialistischen Bundes", 1. Jg. (1909), Nr. 8. Landauer wirft den führenden französischen Syndikalisten vor, sich mit allen Mitteln um die Gunst der Massen zu bemühen: "Das Buhlen um die Gunst der Massen hat die französischen revolutionären Syndikalisten im Laufe der Jahre genau so heruntergebracht wie die Parlamentssozialisten".

27) S. die zwölf Artikel des "Sozialistischen Bundes" im: "Sozialist", 2. Jg. (1910), Nr. 14.

28) "Sozialist", 1. Jg. (1909), Nr. 2.

29) "Sozialist", 1. Jg. (1909), Nr. 10.

Prozeß der Verwirklichung einer freien Ordnung sozialer Gerechtigkeit"[30]. In diesem Sinne ist der Kernsatz von Landauers politischer Theorie zu verstehen, daß nämlich Sozialismus "zu jeder Zeit und bei jedem Stande der Technik möglich (sei), wenn eine genügende Anzahl Menschen ihn wollen, die vom Geiste der Gerechtigkeit erfüllt sind"[31]. Diese extrem voluntaristische, sämtliche objektiven Bedingungen gesellschaftlicher Transformation eliminierende Definition, die - wie zu zeigen sein wird[32] - geschichtlich als Reaktion auf die "kautskyanische" Ausformung des Marxismus zu verstehen ist, wurde zum unermüdlich wiederholten Grundatz der FAUD-Propaganda nach dem ersten Weltkrieg. Von dem Siedlungsgedanken waren von den Anarchisten über die Syndikalisten der FAUD bis in linkskommunistische Bereiche in jener Zeit weite Kreise fasziniert. Obwohl das bündische Element in Landauers Denken ("Durch Absonderung zur Gemeinschaft!") in der Zeit der revolutionären Massenbewegungen nach 1918 deplaciert zu sein schien, wirkte es in der politischen Haltung der Berliner Geschäftskommission der FAUD noch spürbar nach und bedingte deren sektiererische, dem lebendigen Kontakt mit den Massen ausweichende Taktik. Die Gegenwartswirkung des "Sozialistischen Bundes" während der acht Jahre seines Bestehens war zweifellos geringer als die theoretische Nachwirkung Landauers während der ersten Jahre der Weimarer Republik; der "Sozialist", der 1915 verboten wurde, hatte einen Abonnentenstamm von nicht mehr als 300 Personen[33]; er sprach wiederum vor allem Intellektuelle an. Der Münchener Literatur-Bohémien Erich Mühsam[34] war Agitator des "Sozialistischen Bundes", Mitarbeiter am "Sozialist"[35] und Mitkämpfer Landauers in der Bayrischen Räterepublik 1919. Augustin Souchy[36], später neben Rudolf Rocker einer der wichtigsten Wortführer der FAUD, arbeitete ab 1912 im "Sozialistischen Bund" in Berlin. Rocker selbst, der seit 1893 in Paris, dann in London in der Emigration lebte, identifizierte sich vorbehaltlos mit Landauers politischem Denken. Stellt man weiterhin in Rechnung, daß auch Fritz Oerter, ein anderer Wortführer der FAUD, aus der anarchistischen Bewegung kam (allerdings aus der Gruppe um den "Freien

30) Helmut Rüdiger, Ein freiheitlicher Sozialist, in: Gustav Landauer, Worte der Würdigung, Darmstadt o. J. (1950), p. 17.

31) Zitiert ibidem, p. 16.

32) S. den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der SPD.

33) So Rocker in einem Brief an Max Nettlau vom 30. 11. 1921, in: Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau.

34) Vgl. den biographischen Anhang. Siehe auch Erich Mühsam, Unpolitische Erinnerungen, Berlin 1952.

35) Vom April 1911 bis zum ersten Weltkrieg gab Mühsam eine eigene Zeitschrift heraus unter dem Titel: "Kain, Zeitschrift für Menschlichkeit".

36) Vgl. den biographischen Anhang.

Arbeiter"), so zeichnet sich bereits ab, daß die FAUD das Ergebnis des Zusammenwachsens der intellektuellen Kräfte der anarchistischen Tradition und der organisatorischen Grundlagen der lokalistischen Gewerkschaftsminorität war. Das Verhältnis zwischen der "Freien Vereinigung" der Lokalisten und dem "Sozialistischen Bund" war bis zum ersten Weltkrieg ungeklärt geblieben[37]; von seiten der "Freien Vereinigung" erkannte man Landauer als Theoretiker an, warf ihm aber intellektuellen Hochmut gegenüber der Bewegung vor; Landauer verwarf die Gewerkschaftsbewegung - auch in ihrer revolutionärsten Form -, da sie zwangsläufig mit dem Kapitalismus paktieren müsse und von der irrigen Vorstellung lebe, an irgend einem Endpunkt der Entwicklung eine neue Sozialordnung einführen zu können. Dem stellte er seine revolutionär-genossenschaftliche Idee entgegen, die unmittelbares Handeln und den Sozialismus partiell schon hier und jetzt ermöglichte[38]. - So gingen bis zu ihrer gemeinsamen Unterdrückung im ersten Weltkrieg die "Freie Vereinigung" und der "Sozialistische Bund" zwar benachbarte, aber getrennte Wege.

b) Gustav Landauers Kritik an der deutschen Sozialdemokratie

Gustav Landauers politische Tätigkeit und Reflexion war von den Anfängen in den Reihen der "Jungen" nach 1890 bis zu seiner Ermordung im Mai 1919 gekennzeichnet durch den Kampf gegen Theorie und Organisationsform der den Begriff des Sozialismus von 1890 bis 1914 immer machtvoller vertretenden und anscheinend monopolisierenden deutschen Sozialdemokratie. Daß die direkte Kritik an der SPD im Werke Landauers keinen sehr breiten Raum einnimmt, erkärt sich aus der Tatsache, daß Landauer - anders als alle anderen Sprecher der älteren linksradikalen Tradition - sich nicht erst in lange währendem inneren Kampf von ihr loszulösen brauchte. Als junger Intellektueller kleinbürgerlicher Herkunft in den Jahren 1890/91 zur Arbeiterbewegung gestoßen[1], stellte er sich sogleich mit seiner Kritik im Sinne der oppo-

37) Vgl. dazu die Artikelserie: Gustav Landauer und der Sozialismus, in: "Die Einigkeit, Organ der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften", 17. Jg. (1913), Nr. 49 ff.
38) Vgl. dazu Landauers Vortrag, den er in der "Freien Vereinigung aller Berufe" in Leipzig unter dem Titel: Syndikalismus, Sozialismus, Genossenschaftswesen hielt, und die anschließende Diskussion, in: "Die Einigkeit", 18. Jg. (1914), Nr. 7. Vgl. auch Helmut Rüdiger, loc. cit., p. 17.

1) Vgl. dazu seinen weitgehend autobiographischen Roman, der 1893 zuerst erschien: Gustav Landauer, Der Todesprediger, Köln 1923. Landauer gibt Aufschluß über die Motivation seines eigenen politischen Engagements, wenn er von den Sozialdemokraten sagt: "Zu ihnen flüchtet sich von den Gebildeten, wer an der Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft verzweifelt und doch eine starke Ahnung hat, damit sei die Menschheit noch nicht an ihrem Ziele". (Ibidem, p. 48). Er beschreibt darin im weiteren die Abkehr seines Helden von der durch ihre Führer in die Irre geleiteten sozialdemokratischen Bewegung.

sitionellen "Jungen" an den innerorganisatorischen Machtkompetenzen der sozialdemokratischen Führung und an der von ihnen betriebenen Zentralisierung der Partei links außerhalb der SPD. Aus diesem kritischen Blickwinkel verfolgte er den mächtigen Konsolidierungsprozeß der SPD, in dessen Verlauf sie zur größten Partei des internationalen Proletariats wurde und Millionen von Wählern anzog; im Maße ihres Wachstums aber brauchte sie einen bürokratischen Apparat, bestehend aus hauptamtlichen Sekretären, Redakteuren und Parlamentariern, der wesentlich dazu beitrug[2], daß die praktische Arbeit der SPD sich immer tiefer in sozialen Reformbestrebungen verstrickte; eine akute revolutionäre Klassenkampfsituation mit allen möglichen Folgen der Illegalität für die Organisation hätte diesem Funktionärskorps die Existenzgrundlage entzogen und konnte ihm so schwerlich wünschenswert erscheinen. Die durch diesen und andere Faktoren bewirkte allmähliche Integration der SPD in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung des wilhelminischen Deutschland stand in mehr oder minder offensichtlichem Gegensatz zum revolutionären Pathos der offiziellen Partei-Programmatik, wie sie vor allem repräsentativ formuliert wurde von Karl Kautsky. Im theoretischen Selbstverständnis der SPD schlug sich dieser Integrationsvorgang insofern nieder, als gerade in Kautskys Denken den objektiven Faktoren des sozialen Transformationsprozesses die schlechthin allein entscheidende Bedeutung zukam; von den sozio-ökonomischen Mechanismen des gegenwärtigen Kapitalismus glaubte man, daß sie aus sich heraus, gleichsam automatisch, die Revolution bringen würden[3] und hatte damit ein Alibi für mangelnde revolutionäre Initiative, wie sie durch das Programm noch immer gefordert wurde. Eine Art "fatalistischer Fortschrittsoptimismus"[4] wurde die vorherrschende Haltung in der SPD. - Vor diesem - knapp skizzierten - Hintergrund muß man die linksradikale Opposition Landauers, aber auch der im einzelnen so unterschiedlichen Kritiker wie Robert Michels, Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek sehen.

Bereits in seiner Studie aus dem Jahre 1907 über den Revolutions-Begriff[5] lehnt Landauer in extremer Reaktion auf die mechanistischen Fortschrittsvorstellungen der zeitgenössischen Sozialdemokratie überhaupt die Möglichkeit einer determinierte soziale Entwicklungsvorgänge unterstellenden wissenschaftlichen Betrachtung der Geschich-

2) Vgl. dazu besonders Wolfgang Abendroth, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: "Die Neue Gesellschaft", 5. Jg. (1958), p. 466 ff.
3) S. dazu Wolfgang Abendroth, loc. cit., und: Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege, in: Marxismusstudien Bd. II, Tübingen 1957, p. 151 ff.
4) Erich Matthias, ibidem, p. 193.
5) Gustav Landauer, Die Revolution, Frankfurt a. M. o. J. (1907).

te ab. An diesen - unverkennbar von der damals aktuellen Lebensphilosophie geprägten - Grundsatz[6] anschließend geht Landauer in seinem 1911 zuerst erscheinenden "Aufruf zum Sozialismus"[7] in brillant-polemischer Weise mit der Ideologie der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie zu Gericht, allerdings ohne diese in historischen Relationen zu sehen und ohne ihre parteisoziologische Funktion zu erkennen. Für Landauer war die kritische Abrechnung mit dem "Kautskyanismus" der SPD in seinem "Aufruf" eine Abrechnung mit dem Marxismus schlechthin. Neben der Polemik gegen den Anspruch der Wissenschaftlichkeit in der Ideologie der SPD kreiste Landauers essayistische Kritik vor allem um das Grundparadoxon des "Kautskyanismus", das er folgendermaßen andeutet:

"Ohne Zweifel zwar kann man nur richtig und wertvoll wollen, wenn man genau weiß, was man will; das aber - abgesehen nun davon, daß solches Wissen ganz ein anderes ist als die sogenannte Wissenschaft - paßt schlecht zusammen, daß man auf der einen Seite behauptet, genau zu wissen, wie die Dinge aufgrund sogenannter geschichtlicher Entwicklungsgesetze, die die Kraft von Naturgesetzen haben sollen, notwendig und unweigerlich kommen müssen, ohne daß an dieser Vorherbestimmung Wille oder Tun irgend welcher Menschen auch nur das Geringste ändern könnten; und daß man auf der anderen Seite eine politische Partei ist, die nichts anderes kann als wollen, fordern, Einfluß nehmen, tun, Einzelnes umwandeln"[8].

Landauers Einblick in den Bürokratisierungsprozeß der SPD blieb auf ein Erkennen der Symptome beschränkt; er kam offenbar nicht über die ressentimenthafte Ablehnung der "Führer" und der Zentralisation hinaus, wie sie die "Jungen" zum Ausdruck gebracht hatten; er beschrieb aber präzise die Inadäquanz der Kautskyschen Parteitheorie für eine revolutionäre Partei. Daß die fatalistischen Momente dieser Theorie Symptome der über den innerparteilichen Bürokratisierungsprozeß bewirkten Integriertheit der SPD waren, darauf lenkte Robert Michels' im gleichen Jahr wie Landauers "Aufruf" erscheinende kritische Parteisoziologie den Blick.

Landauer lief Sturm gegen den Fatalismus angesichts der objektiven Faktoren sozialer Transformation, die er nicht anerkannte, und definierte den Sozialismus im extremen Gegensatz als "die Willenstendenz geeinter Menschen, um eines Ideals willen Neues zu schaf-

6) Vgl. dazu die im einzelnen ergänzungsbedürftigen Bemerkungen bei Adolf Hemberger, Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarcho-Syndikalismus zum Marxismus, Diss. phil. Heidelberg 1963, bes. p. 35 ff. und p. 152 ff. Viele Passagen in Landauers Revolutions-Schrift gemahnen an Theodor Lessings These von der "Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen".

7) Im folgenden zitiert nach: Gusatv Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1920.

8) Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus, p. 25.

fen"[9]; ein Satz, in dem das ganze Programm seines "Sozialistischen Bundes" enthalten ist. Mit dieser dem kautskyanischen Fatalismus entgegengesetzten Vereinseitigung, der Hypostasierung der reinen revolutionären Willenskraft, formulierte Landauer das Credo der anarchistischen und syndikalistischen Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, die nach 1918 in der FAUD organisiert war. Seine politischen Ideen wurden von der anarcho-syndikalistischen Bewegung ausgeformt zu den Parolen der "Revolutionierung der Köpfe" und des "Sozialismus als Kulturfrage"[10]. Einer der Theoretiker der FAUD bekannte 1925: "Für uns ist wohl sein "Aufruf zum Sozialismus" sein wichtigstes Werk, ja wir halten es überhaupt für das beste, was jemals in Deutschland über Sozialismus geschrieben wurde"[11].

3. Die syndikalistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Die "Lokalisten" und die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften"

Als die deutschen Gewerkschaften zum ersten Kongreß nach dem Fall des Sozialistengesetzes in Halberstadt im März 1892 zusammentraten, stand das Problem der Organisationsform im Mittelpunkt der Diskussion. Den gleichen koalitionsrechtlichen Einschränkungen unterworfen wie die Sozialdemokratie[1], hatten auch die Gewerkschaften ein System von Vertrauensmännern herausgebildet, das die Verbindung zwischen den einzelnen Lokalorganisationen sicherte für gemeinsame Zwecke wie Streiks usw. Dies Vertrauensmännernetz war - da es keine den parlamentarischen Fraktionen der Sozialdemokratie entsprechende integrierende Instanz gab - der einzige Zusammenhalt zwischen den Ortsgruppen gewesen, bis die seit November 1890 geschaffene Generalkommission unter der Führung Carl Legiens schließlich auf dem Halberstädter Kongreß die Gründung großer gewerkschaftlicher Zentralverbände durchsetzte[2]. Diese zentrale Verbandsform war im Rahmen der bestehenden Vereinsgesetze nur möglich bei völligem Verzicht auf politische Tätigkeit, bei entschlossener Selbstbeschränkung

9) Ibidem, p. 4.

10) S. Rudolf Rocker, Prinzipienerklärung des Syndikalismus, Berlin 1920, p. 3.

11) "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", Berlin 1. Jg. (1925), Nr. 4.

1) S. o. den Abschnitt über die Bewegung der "Jungen".

2) S. dazu Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956, p. 10 ff.

auf gewerkschaftliche Vertretungsfunktionen[3]. Die Minderheit der Delegierten in Halberstadt, die für eine lokale Organisationsform eintraten, ("die den bestehenden Vereinsgesetzen keine Handhabe bietet"[4]), war nicht bereit, diese durch den Zentralverband geforderte politische Abstinenz zu üben. Sie glaubten nicht, im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung mit rein gewerkschaftlichen Kampfmitteln die Lage der Arbeitnehmer wesentlich verbessern zu können und forderten also auch den vollen politisch-revolutionären Einsatz der Gewerkschaftsorganisationen. Es ging folglich um mehr als um organisationstechnische Fragen bei der Auseinandersetzung auf dem Halberstädter Kongreß, den 13 lokalistische Delegierte schließlich unter Protest verließen. Im Vergleich zu den Zentralorganisierten blieben die Lokalisten künftig mit einem Mitgliederbestand, der sich bald oberhalb, bald unterhalb von 10.000 bewegte, eine sehr kleine Minorität[5]; "aber ihre Bedeutung lag auch weniger in der zahlenmäßigen Stärke als in ihrer radikal revolutionären Tendenz"[6]. Von 1892 bis 1897 ging der Streit zwischen den Zentralverbänden und dem radikalen Flügel der Lokalisten, die am stärksten in Berlin vertreten waren und unter denen die Berufsgruppe der Maurer am stärksten repräsentiert war, in sehr aggressiver Weise weiter. Mit dem vom 17.-19. Mai 1897 in Halle a.d. Saale einberufenen "Ersten Kongreß der lokalorganisierten oder aufgrund des Vertrauensmännersystems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands" erfolgte die organisatorische Verselbständigung der Lokalisten. Das Hauptreferat des Kongresses über die "Stellung der Gewerkschaften zur Politik" hielt der Regierungsbaumeister a. D. Gustav Keßler[7], der bereits auf dem Erfurter Kongreß der SPD für das Vertrauensmännersystem und gegen die Zentralisierungsbestrebungen gesprochen hatte, und der bis zu seinem Tode (1904) das geistige Haupt der Organisation blieb. Bei geringem Widerspruch aus der Reihe der 38 Delegierten des Kongresses nahm man eine Resolution Keßlers an, in der die Beweggründe der lokalistischen Dissidenten zu dieser Zeit (1897) besonders klar widergespiegelt sind:

3) S. dazu W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. II, Jena 1908, p. 46.
4) So in der von der lokalistischen Minderheit beantragten Resolution auf dem Kongreß in Halberstadt, zitiert bei W. Kulemann, op. cit., p. 96.
5) Nach Kulemann (op. cit., p. 45) hatten die Gewerkschaften 1890 insgesamt etwa 350.000 Mitglieder; nach Angabe der Generalkommission waren davon 1891 etwa 10.000 Lokalisten. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände vergrößerte sich kontinuierlich und hatte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges etwa 2,5 Millionen erreicht, die Entwicklung des Mitgliederbestandes der Lokalisten war - wenn auch mit Schwankungen - rückläufig.
6) So Graf von Saurma-Jeltsch, Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistischen Tendenzen der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920, p. 49.
7) S. den biographischen Anhang.

"I. Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung aussichtslos zu machen und zu lähmen.

II. Daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, den Zusammenhang mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen, als arbeiterfeindliche zu betrachten sind.

III. Daß Organisationsformen der gewerkschaftlichen Bewegung, die sie in dem Kampfe um die politischen Zielen hindern, als fehlerhaft und verwerflich zu betrachten sind. Der Kongreß sieht in der Form der Organisation, die sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Kongreß in Halle a. S. 1890 gegeben hat, mit Rücksicht auf die bestehende Vereinsgesetzgebung auch für die gewerkschaftliche Organisation die zweckmäßigste und beste Einrichtung zur Verfolgung aller Ziele der Gewerkschaftsbewegung"[8].

Die Reaktion auf die Neugründung war seitens der SPD nicht gerade enthusiastisch; aber die Partei wahrte in den ersten Jahren Neutralität im Streit zwischen den Zentralisten und den Lokalisten; "was anders auch nicht gut möglich war, denn sie hatte gerade in den Lokalgewerkschaften viele ihrer ältesten und erprobtesten Genossen"[9].

Die oberste Instanz der Organisation, die sogenannte Geschäftskommission, hatte lediglich koordinierende Funktionen; sie berief die Kongresse ein und gab seit 19. Juli 1897 das Presseorgan "Die Einigkeit" heraus, das bis zu seinem Verbot im August 1914 regelmäßig erschien. Die lokalen Organisationen hatten in öffentlicher Versammlung einen Vertrauensmann zu wählen, der die örtlichen Angelegenheiten regelte und die Organisation auf Kongressen vertrat. Streikinitiative und Streik- und Agitationsfonds blieben zuerst bei den Ortsvereinen. Auf dem 5. Kongreß im September 1901 beschloß man dann die Einrichtung eines Zentral-Streikfonds bei der Geschäftskommission, zu dem alle Organisationen proportional ihrer Mitgliederzahl beitragen sollten, doch schon auf dem folgenden Kongreß im September 1903 gingen Streikinitiative und Streikfonds wieder zu den lokalen Organisationen zurück, da offenbar die Zahlungen an die Geschäftskommission ausgeblieben waren. Tarifverträge lehnte man grundsätzlich ab und in den Unterstützungskassen sah man - wie die "Jungen" - nur eine Gefahr der "Versumpfung" der revolutionären Bewegung[10].

8) Zitiert bei W. Kulemann, op. cit., p. 98. Kulemann hatte durch Fritz Kater Zugang zu allen Kongreßprotokollen der Lokalisten-Bewegung.
9) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 15.
10) So Keßler auf dem 2. Kongreß (12. - 14.4.1898). S. W. Kulemann, op. cit., p. 99. S. auch Fritz Kater, Wie sollen wir uns organisieren?, Berlin 1898.

Der das politische Ziel deutlich annoncierende Name "Föderation der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands" wurde vom 4. Kongreß (Mai 1900) abgelehnt und statt dessen nannte man die Gesamtorganisation ab September 1901 "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", unter welchem Namen sie bis 1914 bestand und 1918 wieder in die Öffentlichkeit trat und den organisatorischen Kristallisationskern der FAUD bildete. - Als das Verbindungsverbot der einzelstaatlichen Vereinsgesetze ab 1. Januar 1900 entfiel, war eigentlich für die Zentralverbände politische Abstinenz kein zwingendes Gebot mehr und für die Lokalisten wäre auch politisches Engagement in zentralistischer Organisationsform möglich gewesen. Es erfolgte jedoch keine Annäherung zwischen beiden Organisationen. Besonders in Berlin, der Hochburg der Lokalisten, kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen; dort erließen die Generalkommission der Zentralgewerkschaften und die Geschäftskommission der Lokalisten unabhängig von einander Streikaufrufe und ziehen sich wechselseitig des Streikbruchs. Die sozialdemokratische Parteiführung sah sich veranlaßt zu vermitteln; am 22. März 1903 kam es unter ihrem Vorsitz zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der Zentralverbände und Vertretern der lokalistischen Minorität, die vom radikalen Flügel in der Partei gestützt wurde[11]. - Der Druck der zentralistischen Massenorganisation auf die Parteiführung war jedoch jetzt so groß, daß August Bebel und andere sozialdemokratische Führer rund heraus die Verschmelzung der "Freien Vereinigung" mit den Zentralverbänden forderten. Die Verhandlungen waren ergebnislos, die Verschmelzungsaufforderung der SPD blieb jedoch auch in den folgenden Jahren bestehen und wurde schließlich ultimativ.

Die "Freie Vereinigung", die sich bis dahin als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie verstand, hatte nun neben ihrem Kampf mit den Zentralverbänden auch noch gegen die sozialdemokratische Parteibürokratie anzurennen, die dem mäßigenden gewerkschaftlichen Einfluß erlag. Ihre Funktion wurde z. B. in der für die Entwicklung der SPD bedeutsamen Massenstreikdebatte (1904-1906) offenbar. Der 5. Kongreß der Zentralverbände hatte im Mai 1905 erklärt, daß er den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten, die ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes seien, vertreten werde, für indiskutabel halte[12]. Im September desselben Jahres beschäftigte sich der Parteitag der SPD in Jena mit dem Thema des

11) So W. Kulemann, op. cit., p. 102.

12) Hierzu und zum folgenden s. von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 46 ff. Besonders die historischen Berichte im FAUD-Organ: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 41 u. 52, 2. Jg. (1920), Nr. 1: "Parlamentarismus oder direkte Aktion? Dokumente aus der Geschichte des deutschen Syndikalismus, der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Zentralverbände".

politischen Massenstreiks und nahm nach einer Rede Bebels eine Resolution für den Massenstreik an[13]. Daraufhin kam es im Februar 1906 im Berliner Gewerkschaftshaus der Zentralverbände zu einer Geheimkonferenz zwischen Vertretern der Generalkommission und der Parteiführung, welche gegen den Sinn der Parteiresolution zusicherte, sie hätte nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern sie wollte, soweit es möglich sei, ihn zu verhindern suchen. Es war dies eine Übergehung des Mitgliederwillens, der in dem Parteitagsbeschluß ausgedrückt war, durch die bürokratische Führung der SPD, die im Prinzip den "Verrat der Arbeiterführer" vom August 1914 vorwegnahm. Der "Freien Vereinigung" kam die Rolle der Kritik an dergleichen Erscheinungen naturgemäß zu. Das Protokoll jener Sitzung kam in die Hände der Lokalisten; sie veröffentlichten es zuerst in ihrem Publikationsorgan unter dem Titel "Ein Blick hinter die Kulissen" und mit dem Appell an die - in der Tat übergangenen - organisierten Arbeitermassen: "Achtet auf Eure Tribunen!"[14]. Sie verursachten damit große Erregung und viel Aufsehen. Legien dekretierte auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im September 1906 in Reaktion darauf: "Diese Organisation hat mit der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun!"[15] - Von der SPD brüskiert und von deren Konzessionen an den gewerkschaftlichen Reformismus enttäuscht, bestand die Tätigkeit der "Freien Vereinigung" künftig vor allem darin, die Anpassungstendenzen in der SPD und die bürokratischen Selbstherrlichkeiten in der Führung der beiden proletarischen Massenorganisationen anzuprangern[16].

Mit der Brüskierung durch die SPD kam eine merkliche programmatische Verunsicherung in die Bewegung. Man konnte sich nicht mehr vorbehaltlos mit der Taktik der Partei identifizieren, und in dieser Situtation machte sich die anarchistische Strömung in der "Freien Vereinigung" bemerkbar. Schon auf dem 2. Kongreß im April 1898 hatte ein Berliner Vertreter (Andreas Kleinlein[17]) gefordert, man solle den Anarchisten mehr entgegenkommen; der Kongreß lehnte aber den Antrag, auch Personen, die nicht sozialdemokratisch engagiert seien, in die Organisation aufzunehmen, mit sechzehn gegen elf Stimmen ab[18].

13) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena, vom 17.-23. September 1905, Berlin 1905; s. die Rede Bebels p. 285 ff., Die Abstimmung zum Massenstreik, p. 343.

14) "Die Einigkeit", 10. Jg. (1906), Nr. 25. Vgl. zu dieser "Indiskretion" der "Einigkeit" auch Bebel auf dem Mannheimer Parteitag; s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim von 23.-29. September 1906, Berlin 1906, p. 227 f.

15) Protokoll der SPD, Mannheim, p. 242.

16) Ein Beispiel solcher Enthüllungsliteratur: Karl Roche, Aus dem roten Sumpf, oder: Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht, Berlin 1909.

17) S. Kleinleins Schrift: Der Syndikalismus in Deutschland, Brüssel 1912.

18) S. W. Kulemann, op. cit., p. 99.

Erst als Gustav Keßler am 29. Juli 1904 starb, der das Selbstverständnis der "Freien Vereinigung" als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie geprägt hatte, trat diese Strömung hervor. Der Sprecher, der mit seiner "anarcho-sozialistischen" Konzeption bis 1907 die Programmatik der "Freien Vereinigung" bestimmte und ihren Übergang vom sozialdemokratischen Programm (1897) zum revolutionär-syndikalistischen Programm (1908) einleitete, war der Berliner Arzt Dr. Raphael Friedeberg[19]. - Friedeberg war seit den achtziger Jahren in der Sozialdemokratie tätig, hatte am "Sozialistischen Akademiker" (Januar 1885 - Dezember 1896) mitgearbeitet und war der erste Besitzer der "Sozialistischen Monatshefte" von Januar 1897 ab, die zu jener Zeit noch keine revisionistische Tendenz hatten. Durch das ohnmächtige Verhalten der SPD bei der Einschränkung des bestehenden Wahlrechts in Sachsen im Jahre 1896 war er zur Ablehnung des Parlamentarismus gekommen, und als Keßler 1903 bei zunehmender Entfernung der "Freien Vereinigung" von der SPD sich antiparlamentarisch zu äußern begann, trat Friedeberg mit den Lokalisten in Kontakt[20]. - Wenige Tage nach Keßlers Tod trat er dann am 4. August 1904 im Berliner Gewerkschaftskartell mit einem Referat über "Parlamentarismus und Generalstreik" hervor[21]. Dies bald als Druckschrift[22] verbreitete Referat war zugleich der Beitrag der Lokalisten zur Massenstreikdiskussion in der SPD. Für Friedeberg war - wie für die "Jungen" - die deutsche Arbeiterbewegung "verflacht" durch die Praxis des Parlamentarismus:

"Die irrtümliche Auffassung vom Wesen des Staates, ganz besonders aber die Überschätzung des Parlamentarismus haben allmählich das Proletariat vom Boden des eigentlichen Klassenkampfes abgedrängt. Die Trennung der proletarischen Bewegung in politische Partei und Gewerkschaftsbewegung, die daraus erwachsende Neutralisierung der Gewerkschaften, welche heute fast ausschließlich in der Verbesserung des Arbeitsvertrages ihre alleinige Aufgabe erblicken, hat dem Klassenkampf den Todesstoß gegeben"[23].

Das parlamentarische Vertretungssystem schien Friedeberg zwangsläufig zur politischen Trägheit zu erziehen, den persönlichen Einsatz des einzelnen Arbeiters zu hemmen: "Der Parlamentarismus ... beruht darauf, daß ich das, was ich an Einfluß ausüben will, einem ande-

19) S. den biographischen Anhang.
20) So Fritz Kater in einem Brief vom 6.11.1932 an Dr. Max Nettlau, in: Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau.
21) S. dazu "Parlamentarismus oder direkte Aktion?", im: "Syndikalist" 1. Jg. (1919), Nr. 41.
22) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus und Generalstreik, Berlin o. J. (1904) (Verlag "Die Einigkeit"). Die Schrift erschien 1905 in französischer, 1907 in ungarischer, im gleichen Jahre in schwedischer Übersetzung. S. Nettlau-Nachlaß, p. 198.
23) Ibidem, p. 31. Auszugsweise auch zitiert im: "Syndikalist" 1. Jg. (1919), Nr. 41.

ren übertrage"[24]. Der Parlamentarismus hatte nach seiner Meinung wohl geringe Verbesserungen bringen können für die Lage der Arbeiterklasse, aber seine Zeit war nun abgelaufen. Die revolutionäre Einzelinitiative galt es von nun ab zu entwickeln:

"Die wahre Macht des Proletariats beruht auf der möglichst großen Zahl völlig freier, vom Geist des Klassenkampfes durchdrungener Persönlichkeiten, wie sie niemals der auf einem Vertretungssystem beruhende Parlamentarismus, wohl aber eine vom Geist des Sozialismus getragene Gewerkschaftsbewegung heranbilden kann. ---
Geistige und sittliche Entwicklung der Einzelpersönlichkeit; selbständige Organisation der Konsumption und wenn möglich der Produktion; Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes Einzelnen - Streiks, Maifeier, Boykott - das sind die Vorbedingungen der endgiltigen Befreiung des Proletariats. Die Befreiung selbst, die Aufhebung der Klassenherrschaft, wird erfolgen durch den Generalstreik"[25].

Friedeberg sah die subjektive Seite, die Stellung des Individuums im proletarischen Emanzipationskampf, bei den anarchistischen Theoretikern gründlicher durchdacht als bei den maßgeblichen Marxisten seiner Zeit. Er empfahl nachdrücklich die Lektüre der anarchistischen Presse und der Schriften Kropotkins u. a.[26]. In den Überlegungen Friedebergs wird - wie bei Gustav Landauer - überall das Unbehagen an dem Phänomen spürbar, das man später den "Kautskyanismus" der Sozialdemokratie[27] genannt hat. In Reaktion auf die Aktionsträgheit der SPD nahm er die voluntaristischen Impulse des Anarchismus auf und suchte sie für die gerade höchst aktuelle Massenstreikidee fruchtbar zu machen. Friedebergs Agitation für den Massen- und Generalstreik hatte einen nicht unwesentlichen Anteil daran, daß der Jenaer Kongreß der SPD (September 1905) die Massenstreikfrage auf das Programm setzte[28].

24) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus, p. 20.
25) Raphael Friedeberg, Parlamentarismus, p. 32.
26) Ibidem, p. 29.
27) S. oben den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der SPD. Friedeberg nahm gewissermaßen Landauers Kritik der SPD voraus in einem Aufsatz "Historischer Materialismus und Klassenkampf" vom April 1907, in welchem er u. a. ausführte: "Je mehr nun materielle Einwirkungen und psychische Erfahrungstatsachen im Menschenhirn niedergeschlagen werden, das Gehirn des Menschen gleichsam verselbständigt wird, desto falscher wird der Marxismus, desto mehr wird der historische Materialismus ersetzt werden durch einen "Historischen Psychismus"". Es werden "desto mehr die psychischen Faktoren bestimmend, die allmählich den materiellen als selbständige Macht entgegentreten. Der historische Psychismus besagt, daß die seelischen Beziehungen ihrerseits die stärkste Kraft auf die materiellen Verhältnisse ausüben...". Zitiert bei Max Nettlau, Nachlaß, p. 199 B.
28) Vgl. dazu Carl E. Schorske, German Social Democracy 1905-1917, the Development of the Great Chism, Cambridge-Mass. 1955, p. 49.

Seine Agitation legte allerdings immer den Akzent auf den Generalstreik, der nach anarchistischen Vorstellungen der unmittelbare Auftakt zur sozialen Revolution sein sollte. Die radikalen Oppositionellen in der SPD um Rosa Luxemburg hatten nicht geringe Mühe, den Unterschied zwischen dieser genuin anarchistisch-syndikalistischen Idee und dem politischen Massenstreik als Mittel des Klassenkampfes den Sozialdemokraten klarzumachen[29]. Auch in der späteren Agitation der "Freien Vereinigung" kam diese Unterschiedlichkeit nie klar zum Ausdruck.

In einer anderen Großversammlung im Berliner Gewerkschaftskartell im August 1905, an der rund 3000 Personen teilnahmen[30], bezeichnete Friedeberg wiederum die Propaganda und die Herbeiführung des Generalstreiks als die zur Zeit wichtigste Aufgabe des deutschen Proletariats und forderte die Bildung einer neuen "anarcho-sozialistischen" Partei. Unter seinem Einfluß stand das neue Programm der "Freien Vereinigung", das deren siebter Kongreß (16.-19. April 1906) annahm, und in dem die Forderung des Massen- bzw. Generalstreiks aufgenommen war. Programmatisch gefordert wurde:

"Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks"[31].

Die Formulierung dieser programmatischen Generalformel deckte sich fast wörtlich mit derjenigen der "Confédération Générale du Travail" (CGT), die in der Charte d'Amiens vom Oktober des gleichen Jahres auftaucht. Ein ausdrückliches Bekenntnis zur Idee des revolutionären Syndikalismus ging jedoch zu dieser Zeit (1906) noch nicht damit einher. - Als im Jahre 1907 wiederholt Aufrufe zu einer linksradikalen Parteineugründung erfolgten und als es zur Ablehnung der Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten im Wahlkampf kam[32], drängte das gespannte Verhältnis der "Freien Vereinigung" zur SPD zur Zerreißprobe. Der Essener Parteitag der SPD (September 1907) verurteilte "die von den vielen Mitgliedern der lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise"[33]; er forderte zum geschlossenen Übertritt in die Zentralverbände auf und beauftragte den Parteivorstand mit weiteren Verhandlungen. Da die Geschäftskommission der "Freien Vereinigung" gemäß den Beschlüssen des siebten Kongresses der Lokalisten weitere Verhandlungen ablehnte, wandte sich der Parteivorstand direkt an die einzelnen Berufsverbände. Ultimative Formulierungen, von denen Rocker berichtet[34], tauchen zwar in den offiziellen Texten nicht auf, sind aber in der Verhandlungspraxis durchaus wahrscheinlich. - In dieser Situation berief die Geschäftskommission im Februar 1908 einen außerordentlichen Kongreß ein. Als Sprecher der knappen Majorität des Kongresses, die gegen die Fusionierung mit den Zentralverbänden war, trat der Maurer Fritz Kater[35] auf, der als Redakteur der "Magdeburger Volksstimme" im engsten Kontakt mit den "Jungen" gewesen war[36], und der auf dem Erfurter Kongreß der SPD (1891) gegen deren Ausschluß gestimmt hatte; er war lange Jahre Vertrauensmann der deutschen Maurer gewesen, bevor er mit Gustav Keßler 1897 die Bildung der "Freien Vereinigung" bewirkte, zu deren hauptberuflichem Organisationsleiter er ab 1903 benannt wurde. Kater hatte Angebote, höhere Funktionärsposten in der Partei oder in den Zentralverbänden anzunehmen, ausgeschlagen und trat nach zwanzigjähriger aktiver Mitgliedschaft im März 1908 aus der SPD aus, da - wie er auf dem Kongreß ausführte - die Sozialdemokratie unter dem Einfluß der Zentralverbände den grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms in der Praxis aufgegeben habe. Die Praxis des französischen revolutionären Syndikalismus, die man seit dem Kongreß der CGT von Amiens (1906)[37]

29) S. dazu Klara Zetkins Intervention auf dem Jenaer Parteitag: "Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, eng begrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben". S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17.-23. Sept. 1905, Berlin 1905, p. 334.

30) S. W. Kulemann, op. cit., p. 104. S. auch: "Der Syndikalist" 1. Jg. (1919), Nr. 41.

31) Programm der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründungen, hrgg. von der Geschäftskommission, Berlin 1906, p. 3. Die wichtigsten Passagen auch bei W. Kulemann, op. cit., p. 105 f.

32) S. z. B. "Die Einigkeit", 11. Jg. (1907), Nr. 28. Vgl. auch W. Kulemann, op. cit., p. 107.

33) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Essen vom 15.-21. September 1907, Berlin 1907, p. 409.

34) Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 15, berichtet von dem Ultimatum des Essener Parteitages an die "Freie Vereinigung", sich in Jahresfrist den Zentralverbänden anzuschließen; bei Nichteinhalten des Ultimatums sollten die Führer der Organisation aus der SPD ausgeschlossen werden.

35) S. den biographischen Anhang.

36) Dazu Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 11. Rocker berichtet z. B., daß Kater von der SPD-Leitung finanzielle Hilfe versagt wurde, als er 1891 eine politische Haft verbüßen mußte, da "er zu offen mit den "Jungen" sympathisierte". Kater hatte ein Reichstagsmandat abgelehnt, "weil er nicht meinte, daß man einen Militärstaat wie Deutschland auf parlamentarischem Wege reformieren könne". (Ibidem, p. 12).

37) S. dazu Eugen Naef, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus, Zürich 1953, p. 75 ff. Auch: Colette Chambelland, Le Syndicalisme Ouvrier Français, Paris 1956, p. 37 ff. Auf dem Kongreß in Amiens setzte sich der revolutionäre gegen den reformistischen Syndikalismus in Frankreich durch und dominierte mindestens bis 1912. Die Charte d'Amiens,

in vielen europäischen Ländern diskutierte, schien Kater am ehesten den alten sozialrevolutionären Forderungen gerecht zu werden; sie war ihm "zu einer neuen Offenbarung geworden"[38]. Seine Kongreßrede war die endgültige Wendung der "Freien Vereinigung" zum revolutionären Syndikalismus, obwohl Kater selbst sich erst nach dem ersten Weltkriege ideologisch ganz von der Sozialdemokratie unter dem Einfluß Rudolf Rockers zu lösen vermochte[39]. Er stellte in seiner Kongreßrede[40] die Klassenkampfmethoden der CGT als vorbildlich hin:

"Der Kampf kann ... nach ihrer Meinung nicht durch die Beteiligung an der Gesetzgebung geführt werden; sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreik, action directe, Sabotage, die sog. passive Resistenz usw. führen zu müssen"[41].

Wenn man die auf dem siebten Kongreß gefaßten Entschließungen richtig verstehe, so unterscheide sich die "Freie Vereinigung" in keiner Weise von den französischen und italienischen revolutionären Gewerkschaften. Gleichzeitig aber lehnte Kater das Etikett "Syndikalismus" ab, denn: "Wir haben es nicht nötig, unsere deutschen Gewerkschaften mit fremdsprachlichen Namen zu belasten"[42]. Mit dieser recht hausbackenen Begründung verdeckte Kater allerdings lediglich seine Furcht um das Fortbestehen der Organisation. Aus dieser Furcht war es auch zum Bruch mit Dr. Friedeberg gekommen, der sich "weiter nach links", d.h. ganz zum Anarchismus hin entwickelt hatte. Kater meinte - zumal in einer Situation, in der eine sehr starke Minorität für die Eingliederung der "Freien Vereinigung" in die Zentralgewerkschaften war - einen solchen plötzlichen Firmenwechsel der nach wie vor in sozialdemokratischer Tradition verwurzelten Mitgliedermenge nicht zumuten zu können, ohne den Bestand der gesamten Bewegung zu gefährden[43]. - In der Tat kam es auf dem Kongreß zur Spaltung; die Abstimmung ergab 91 Stimmen gegen die Auflösung der "Freien Vereinigung" und 48 Stimmen dafür. Von den rund 17.000 Mitgliedern der "Freien Vereinigung" im Jahre 1907 traten etwa 8.000 in die Zentralverbände über; darunter die "Freie Vereinigung der Maurer", die bislang die stärkste Berufsgruppe der Lokalisten gestellt hatte[44]; die restlichen etwa 9.000 Mitglieder bekannten sich zu dem in Katers Kongreßrede aufgestellten, am Syndikalismus orientierten Programm. Die Entwicklung des Mitgliederbestandes bis zum ersten Weltkrieg war weiter rückläufig; sie stand 1914 etwa bei 6.000[45]. Die rege Propagandatätigkeit der Organisation wurde ab Oktober 1911 verstärkt durch ein weiteres Publikationsorgan, das im Verlage Fritz Katers in Berlin mit dem Namen "Der Pionier"[46] erschien. Der Redakteur des Blattes, Fritz Köster, der mit Kater bereits an der im Sinne der "Jungen" oppositionellen "Magdeburger Volksstimme" gearbeitet hatte, dann zu den "Unabhängigen Sozialisten" gehört hatte, kündigte in seiner programmatischen Einführung des Blattes an:

"Euch sozialdemokratischen Führern aber wird der Nachweis geliefert, daß Ihr die so einfache Lehre des Sozialismus unterschlagen und die Massen des arbeitenden Volkes zu dem Wahn v e r führt habt, durch Euch, durch Vertreter, durch gesetzliche Flickerei könne das Volk von seinen Leiden erlöst werden. Genau wie Kirche und Pfaffen die Grundlehre des Christentums verhunzten und die Gläubigen den Machthabern auslieferten, genau mit derselben Nichtswürdigkeit habt Ihr die revolutionären Instinkte in den Massen ertötet und fühlt Euch als besoldete Erhalter des Systems genau so wohl wie Eure schwarzen Kollegen von der Kirche"[47].

die von diesem Kongreß angenommen wurde, ist das klassische Programm der französischen Gewerkschaftsbewegung. Sie wird - mit einigen Abstrichen am revolutionären Pathos - noch heute als Grundlage der sozialistischen Gewerkschaftsarbeit anerkannt.

38) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p.16.

39) Rocker beschreibt diese endgültige Bekehrung Katers während einer gemeinsam verbrachten Schutzhaftzeit 1920 im Berliner Gefängnis in seinen Memoiren: Rudolf Rocker, Memoiren Bd. II, p.135 ff.

40) S. "Einigkeit" 12. Jg. (1908), Nr. 5. Selbständige Veröffentlichung: Das Programm der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründung, Berlin 1908.

41) Ibidem, p.12.

42) Ibidem, p.12.

43) Vgl. dazu Katers Brief an Max Nettlau: "Ich konnte und durfte aus Gründen der Verantwortlichkeit unserer Bewegung gegenüber solche plötzlichen Sprünge nicht mitmachen. Als verantwortlicher Vorsitzender einer Bewegung und Vertrauensmann vieler Tausender Mitglieder derselben mußte ich mir sagen, wenn die Bewegung nicht urplötzlich gänzlich zerschlagen werden soll, dann muß die 1904 und 1905 beschlossene geistige Einstellung sich erst zu einem großen Teil in der Gesamtbewegung verwurzeln ... Hätten meine engeren Freunde und ich nicht so gehandelt, dann wette ich tausend gegen eins, es gäbe heute in Deutschland keine anarcho-syndikalistische Bewegung und auch keine IAA." Brief von Fritz Kater an Dr. Max Nettlau vom 6. Nov. 1932, in: Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau.

44) S. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 13.-19. September 1908, Berlin 1908, p.17 ff. Die "Freie Vereinigung der Maurer" trat mit 2112 Mann in den Zentralverband über. Etwa 100 Mann blieben bei der "Freien Vereinigung" und gründeten einen neuen Lokalverband in Berlin.

45) Bei diesen Zahlenangaben wie bei den folgenden handelt es sich in der Regel um Interpolationen aus verschiedenen, bisweilen sehr gegensätzlichen Mitteilungen.

46) "Dieser Pionier, unabhängiges sozialrevolutionäres Organ", 1. Jg. (1911) ff.

47) "Der Pionier" 1. Jg. (1911), Nr. 1. Es erschienen u. a. Beiträge in den vier Jahrgängen des "Pionier" von D. F. Nieuwenhuis, B. Wille, J. Most, P. Kropotkin, P. Ramus, F. Brupbacher, F. Oerter.

Die Diktion des Blattes war viel aggressiver als die der "Einigkeit" und war in unverkennbarer Weise anarchistisch geprägt. Es kam sogar zu ideologisch und persönlich bedingten Spannungen zwischen Fritz Kater als Redakteur der "Einigkeit" und dem radikaleren Anarchisten Fritz Köster[48], die sich noch später innerhalb der FAUD desintegrierend auswirkten. - In der weiteren Agitation der "Freien Vereinigung" bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges nahm die antireligiöse Propaganda einen wichtigen Platz ein. Ebenso - nach der im französischen revolutionären Syndikalismus unter dem Stichwort "malthusianisme" verbreiteten Methode - die Aufklärungsarbeit über die proletarische Geburtenbeschränkung. Schließlich wurde die antimilitärische Propaganda in ständiger Verbindung mit dem von Domela Nieuwenhuis in Amsterdam gegründeten Internationalen Antimilitaristischen Büro intensiviert, was zur Folge hatte, daß die "Einigkeit" und der "Pionier" ebenso wie der "Freie Arbeiter" der Anarchisten schon Mitte August 1914 verboten wurden. - Weite Kreise erreichte die Agitation der "Freien Vereinigung", die neben den Millionenverbänden der SPD und der "Freien Gewerkschaften" verschwindend klein war, nicht. Auch kann man nicht behaupten, daß durch sie der revolutionäre Syndikalismus romanischer Ausprägung in Deutschland Fuß gefaßt hätte[49]; es waren vor allem - wie besonders am Verhalten Katers im Jahre 1908 offenbar wurde - zwar enttäuschte, aber nach wie vor genuine Sozialdemokraten, die mit gewisser Unterstützung aus dem anarchistischen Lager in einer Situation der Orientierungslosigkeit (nach dem Ausschluß aus der SPD) zu der nächstliegenden neuen politischen Theorie griffen und sich unter diesem neuen Emblem sammelten. Der revolutionäre Syndikalismus spielte in Deutschland erst eine selbständige Rolle nach 1918 - in einem Augenblick, als er in Frankreich bereits seine Rolle ausgespielt hatte und dem reformistischen, der deutschen Zentralverbandspraxis näherstehenden Syndikalismus gewichen war[50].

48) Darüber Fritz Köster in der "Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 59.

49) Der direkte Einfluß des französischen revolutionären Syndikalismus war gering, seine Kenntnis oberflächlich. Vgl. dazu die Literaturliste in der "Einigkeit", 17. Jg. (1913), Nr. 17, Beilage. Der Literaturbericht nennt eine einzige Broschüre über den französischen revolutionären Syndikalismus: F. Challaye, Revolutionärer und reformistischer Syndikalismus, Tübingen 1913. Im selben Jahre kam noch hinzu die als Leipziger Habilitationsvorlesung publizierte Darstellung: Kurt A. Gerlach, Theorie und Praxis des Syndikalismus, Leipzig 1913. S. dazu "Einigkeit" 18. Jg. (1914), Nr. 3, Beilage. Diese Schriften waren nur einem engeren Kreis von Militanten der "Freien Vereinigung" bekannt.

50) In Frankreich spaltete sich die revolutionäre Minorität im Dezember 1921 vom Stamm der CGT ab und konstituierte sich als "Confédération Générale du Travail Unitaire" (CGTU). Vgl. Colette Chambelland, op. cit., p. 59 f.

b) Robert Michels' kritische Parteisoziologie

Zwar nicht im organisatorischen Rahmen der "Freien Vereinigung", aber in Verbindung mit ihr und aus dem gleichen Empfinden des revolutionären Ungenügens an der SPD erfolgte die intellektuelle Rezeption der revolutionär-syndikalistischen Theorie in Deutschland[1] durch Dr. Robert Michels[2]. Seine kritische Parteisoziologie ist in diesem Zusammenhang - wie Landauers Kritik an der SPD - vor allem als Reaktion auf die zunehmende Befestigung und Bürokratisierung der deutschen Sozialdemokratie interessant. Michels, seit 1902 in der SPD tätig, stand seit Anfang 1904 in ständigem freundschaftlichen Kontakt mit den intellektuellen Theoretikern des französischen revolutionären Syndikalismus um Georges Sorel[3]. In den Jahren seiner Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung (1902-1907) bildete er in Marburg/Lahn den Mittelpunkt einer oppositionellen Gruppe in der SPD, die sich zusammenfand "in der Betonung eines lebendigeren Idealismus in der Partei, in der Negation der Mittelparteien und des Bündniswesens, in der Abneigung gegen den Parlamentarismus sowie in dem leidenschaftlichen Appell an die Jugend"[4]. Die Gruppe, die innerhalb der sozialdemokratischen Organisation keine nennenswerte Rolle spielte, hatte die Sympathien der Linksradikalen in der SPD um Rosa Luxemburg. Das Verhältnis Michels' zu der Organisation, die seinen Bestrebungen am ehesten entsprach - der "Freie Vereinigung" -, schwankte in ähnlicher Weise zwischen Anziehung und Abstoßung wie das der intellektuellen Theoretiker (Sorel, Lagardelle, Berth) in Frankreich gegenüber den militanten Praktikern (Pouget, Pelloutier u. a.) und der Bewegung selbst[5]. 1906 erkannte er den Lokalisten zu, der Geist, der in diesen Gewerkschaften lebe, sei durch und durch sozialistisch. Der Gewerkschaftler bürgerlicher Mentalität, "diese häufige Erscheinung in den zentralistischen, neutralen Verbänden", könne bei ihnen, deren

1) Die intellektuelle Rezeption erfolgte in dem von Max Weber und Werner Sombart herausgegebenen "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik". Vgl. dort: Hubert Lagardelle (neben Edouard Berth ein Lieblingsschüler Georges Sorels) "Die syndikalistische Bewegung Frankreichs", Bd. XXVI (1908); "Die gegenwärtige Lage des Syndikalismus", ibidem. - Christian Cornelissen (Herausgeber des "Bulletin International du Mouvement Syndicaliste" und ständiger Mitarbeiter der "Einigkeit") "Die neuste Entwicklung des Syndikalismus" Bd. XXXVI (1913).

2) Zur politischen Biographie Robert Michels' s. Werner Conzes Nachwort zum Neudruck der zweiten Auflage von: Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens.

3) S. Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung im deutschen Sozialismus (1903-1907), in: Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag, Leipzig 1932, p. 343 ff.

4) Ibidem, p. 353.

5) Vgl. dazu am besten: Robert Goetz-Girey, La pensée syndicale française, militants et théoriciens, Paris 1948, p. 30 ff.

Unterstützungseinrichtungen aus prinzipiellen Gründen nur äußerst schwach entwickelt seien, nur vereinzelt angetroffen werden[6]. Im Februar desselben Jahres konstatierte er auf einem internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris die ohnmächtige Situation der deutschen Lokalisten-Bewegung, die in den Prinzipien des Föderalismus und der direkten Massenaktion dem französischen revolutionären Syndikalismus am nahesten käme, gegenüber den mächtigen zentralistischen Gewerkschaftsverbänden[7]. Rückblickend war sein Urteil über die "Freie Vereinigung" nocht strenger; sie "konnte auf keine großen Persönlichkeiten zählen, sie war völlig schwunglos und wirklich jedes Mal nur "lokal""[8]. Dr. Friedeberg erkannte er als sozialistischen Theoretiker nicht an. Friedebergs antimarxistischer Psychismus und seine antiparlamentarische Generalstreiksidee seien zu einseitig und zugleich zu sehr improvisiert und wenig ausgebaut gewesen, um eine starke zentripetale Wirkung auszuüben[9].

Michels selbst ging es weniger um die Formulierung neuer programmatischer Ideen als um die Erklärung des Mißverhältnisses zwischen den riesigen Ausmaßen der deutschen Arbeiterpartei und ihrem revolutionären Unvermögen[10]. Als junger radikal gestimmter bürgerlicher Intellektueller zur SPD gekommen, stieß er sich bald in der politischen Praxis überall an der Trägheit der Arbeitermassen und an der Machtvollkommenheit der bürokratisierten Organisationsspitze. In Frankreich hatte vor allem die Enttäuschung an der durch den Namen Millerands gekennzeichneten parlamentarischen Betätigung der Arbeiterbewegung zum Aufleben des revolutionären Syndikalismus seit etwa 1904 geführt[11]. Ganz entsprechend verstand Michels seine oppositionelle Tätigkeit in der SPD als "organische Reaktion aus Überdruß an der Parteipolitik und ihren Folgen, Rebellion gegen die Mittelmäßigkeit der berufsmäßigen Parteileitung ... Kampf der Ideologie gegen die Selbstzweck gewordene Organisation"[12]. Von dieser Grundhaltung aus unternahm er die kritische Analyse der deutschen Sozialdemokratie. - In einem ersten, umfangreichen Aufsatz aus dem Jahre 1906[13]

6) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, 1. Parteimitgliedschaft und Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII (1906), p. 497.
7) S. H. Lagardelle, A. Labriola, R. Michels, Syndicalisme et Socialisme, Paris 1908. Dort Michels' Rede (p. 21-34): Le Syndicalisme et le Socialisme en Allemagne. Michels' Rede wurde auch in deutscher Sprache veröffentlicht im Organ der "Freien Vereinigung"; s. "Einigkeit", 10. Jg. (1906), Nr. 21-25.
8) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung ..., loc. cit., p. 361.
9) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung, loc. cit., p. 360.
10) Er verglich die deutsche Sozialdemokratie gelegentlich drastisch mit einem Riesen, der trotz seiner Gliedmaßen keine Jungfrau zu schwängern imstande sei. Ibidem, p. 350.
11) Vgl. Eugen Naef, op. cit., p. 42 ff.
12) Robert Michels, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung, loc. cit., p. 353.
13) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, loc. cit.

kam er im Anschluß an die Kritik aus dem Kreise der "Jungen"[14] zu der Beobachtung des kleinbürgerlichen Charakters der gegenwärtigen SPD. Der ist allerdings nicht - wie die "Jungen" es monierten - durch den Massenzulauf aus kleinbürgerlichen Sozialschichten zu erklären; Michels weist im Gegenteil an verbandsstatistischem Material eine im Vergleich mit der italienischen Arbeiterbewegung z. B. sehr große proletarische "Sozialeinheitlichkeit" der Sozialdemokratie nach. Eine gewisse Rolle im Vorgang der "Verkleinbürgerung" schreibt er jenen Existenzen zu, "die durch den Lohnkampf der Arbeiterschaft und die politischen Repressalien des Unternehmertums zu selbständigen kleinen Leuten, zu "Kleinbourgeois", gemacht werden"[15]. Die wesentliche Ursache dieses Prozesses ist hier jedoch nicht zu suchen. Sie liegt darin, daß sowohl die sozialdemokratische Partei, als die Gewerkschaften ein ihrer Riesenhaftigkeit entsprechendes Bedürfnis nach "Männern besitzen, die ihren ausschließlichen Beruf darin finden, diese Monstre-Maschinen zu bedienen: Preßredakteure, Parteisekretäre, Buchhalter, Buchhändler und andere Beamte"[16]. Im bürokratischen Apparat der Partei oder der Gewerkschaft erfahren die besten Elemente des Proletariats eine "radikale Metamorphose ihrer gesellschaftlichen Funktionen"[17]. Sie werden von "Handarbeitern" zu "Kopfarbeitern", und diese soziale Statusveränderung entfremdet sie zwangsläufig dem Proletariat, führt sie dem "Kleinbürgertum", in Ausnahmefällen dem "Mittelbürgertum" zu.

Welche Folgen diese "Verkleinbürgerlichung durch den bureaukratischen Apparat der Partei" für die politische Taktik der SPD und ihre Stellung im internationalen Sozialismus hatte, versuchte Michels nach seinem 1907 erfolgten Austritt aus der Partei in einem anderen ausführlichen Aufsatz zu zeigen[18]. Er konstatiert eine Umkehrung der internationalen Bedeutung der SPD von langjähriger Vorbildlichkeit als Arbeiterpartei in Europa schlechthin zum Verlust jeglicher Ausstrahlungskraft auf das europäische Proletariat. Als "weitaus größte, mächtigste, reichste, straffst organisierte Partei des internationalen Proletariats"[19] ist sie politisch nicht weniger machtlos als irgendeine ihrer geringeren Schwesterparteien. Diese Umkehrung der SPD von der Vorhut zur Nachhut der internationalen Arbeiterbewegung zeigt Michels an ihrem Verhalten zu den beiden neuen, verjüngenden

14) Er zitiert Hans Müllers "Klassenkampf in der Sozialdemokratie" (1892); ibidem, p. 550.
15) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, loc. cit., p. 353.
16) Ibidem, p. 541.
17) Ibidem, p. 541.
18) Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Eine kritische Untersuchung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV (1907), p. 148 ff.
19) Robert Michels, ibidem, p. 171.

Ideen im internationalen Sozialismus bald nach der Jahrhundertwende: der Generalstreikidee und dem proletarischen Antimilitarismus. Die deutsche Sozialdemokratie war die Arbeiterpartei in Europa, die sich beiden Ideen am härtesten verschloß. Die sozialrevolutionäre Stagnation der deutschen Arbeiterbewegung ist bedingt durch äußere Faktoren wie die Existenz einer "ungemein selbstbewußten und politisch fähigen feudalen Klasse", das Vorhandensein eines dieser Klasse "treu ergebenen Beamtenstandes" und das Fehlen eines "wirklichen bürgerlichen Liberalismus" als Schrittmacher des Proletariats usw[20]. Der tiefste Grund für die Schwäche der SPD liegt aber "in der parteipolitischen Quintessenz der Sozialdemokratie selber als einer ausschließlichen Zeitungsleser- und Wählerpartei mit großem bürokratischen Apparat"[21], der für die Aufnahme neuer - und etwa gar wie im Falle des Generalstreiks spontaneistischer, also die Bewegung der Massenbasis intendierender - Ideen unfähig ist.

Diese in der praktischen Erfahrung mit der SPD der Jahre 1902 bis 1907 gefundene Einsicht in den - von ihm negativ bewerteten - oligarchischen Charakter einer modernen Massenpartei hypostasierte Michels dann in dem im Jahre 1911 erscheinenden Werk zur "Soziologie des Parteiwesens" zum "ehernen Gesetz der Oligarchie"[22]. Obwohl die verbandssoziologischen Kategorien dieses vorwiegend beschreibenden Werkes[23] noch einigermaßen grob sind, wird es doch heute allgemein als unbestrittene Pionierleistung anerkannt[24]. - Im Zusammenhang dieser Darstellung ist der Symptomcharakter des Werkes wichtig; es indiziert den abgeschlossenen Prozeß der Bürokratisierung der SPD und es stellt mit Nachdruck die Frage nach der innerparteilichen Demokratie, die dann während des ersten Weltkrieges die psychologische Disposition für die Entstehung der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen schuf. Michels hat von seinen syndikalistischen Voraussetzungen her in seiner kritischen Parteisoziologie in anderer und präziserer Form das geleistet, was Gustav Landauer in seinem "Aufruf zum Sozialismus" von seinen anarchistischen Grundlagen her begonnen hatte; beide Werke sind die Hauptstücke der nicht-marxistischen linken Kritik an der SPD vor dem ersten Weltkrieg. - Die Kenntnis der Michelsschen Analysen kann bei den intel-

20) Ibidem, p. 229 f.
21) Ibidem, p. 229.
22) Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1925.
23) In seinem in die Monographie eingearbeiteten Aufsatz über die SPD aus dem Jahre 1906 bemüht sich Michels immerhin um verbandsstatistische empirische Beweisführung.
24) S. dazu Werner Conze, in: Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens, p. 379-406. Michels' Untersuchung ist die erste verbandssoziologische Studie nach: Ostrogorski, La Démocratie et l'Organisation des Partis Politiques, Paris 1903.

lektuellen Führern des Syndikalismus und des Linkskommunismus nach 1918 mit Sicherheit angenommen werden[25]. Erstaunlicher ist es, daß aus den breiteren Mitgliederschichten der Sozialdemokratie schon vor dem Weltkriege Stimmen laut wurden, die das Bürokratisierungsphänomen in einer Weise kritisierten, die zwar weniger brillant war als Michels' Darstellungen, aber im Ansatz völlig damit übereinstimmte. So berichtete ein Sprecher in der Diskussion des Jenaer Parteitages (September 1913) von der in den Werkstätten und Fabriken weit verbreiteten Meinung: "Unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert, sie versuchen zu bremsen"[26]. Ein anderer Redner des gleichen Parteitages versuchte zu erklären, warum "das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden"[27] sei:

"Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die Zentralisierung, die wir den Gewerkschaften abgesehen haben, geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Übersicht verloren und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht; dadurch wird er eine autoritäre Person ... Dazu kommt noch, daß die einzelnen Genossen sich darauf verlassen, daß ihr Beamter schon alles zum Besten leiten wird und daß sie sich nicht so sehr um die Dinge zu kümmern brauchen. Man wartet die Ordre des Bezirkskommandos ab, und wenn sie erfolgt ist, wird mobil gemacht, vorher nicht. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt"[28].

Das latente Unbehagen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft an den eigenen Führern, das sich in diesen Stimmen im September 1913 zum Ausdruck brachte, ergriff bald nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August des folgenden Jahres größere Arbeiterkreise und wurde schließlich innerhalb der Arbeiterbewegung zur bewegenden politischen Kraft.

25) Vgl. z. B. die "Arbeiterpolitik", 1. Jg. (1916), Nr. 5, das Organ der Bremer Linksradikalen: "Das Schicksal jedes Führertums in der Geschichte hat sich auch an der Bürokratie der Arbeiterbewegung bewährt. Zuerst Vertrauensmänner und gelegentliche Führer in Wort und Tat, dann mit ständiger Führerschaft, dem Beamtentum, bekleidet, wurden sie von Dienern zu Meistern der Organisation. Schon vor mehreren Jahren wurde auf diese Entwicklung hingewiesen. Der frühere Genosse, nachher syndikalistischer Schriftsteller, Robert Michels (jetzt Professor der Soziologie in Italien) hat in einer scharfen Analyse die Psychologie des Arbeiterführertums untersucht, allerdings ohne irgendwelche positiven Ergebnisse für die Arbeiterbewegung".
26) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14.-20. September 1913, Berlin 1913, p. 287.
27) Ibidem, p. 246.
28) Ibidem, p. 247.

4. Die spontaneistische Tendenz in der Arbeiterbewegung

a) Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen

Die marxistische Kritik im Sinne der von Robert Michels genannten beiden Erneuerungsbewegungen in der internationalen Arbeiterbewegung im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts - der politischen Massenstreikidee und dem proletarischen Antimilitarismus - wurde innerhalb der SPD vor allem durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht repräsentiert[1]. In der Diskussion über den politischen Massenstreik, die von 1904 bis 1906 in der SPD mit Vehemenz geführt wurde, tauchen zuerst die politischen Prinzipien auf, deren Weiterentwicklung - besonders während des ersten Weltkrieges - zu den taktischen Postulaten der Linkskommunismus nach 1918 hinführte. Obwohl ihre vorbehaltlose Befürwortung des politischen Massenstreiks und ihre radikale Oppositionshaltung Rosa Luxemburg und ihren Mitstreitern sehr bald den Vorwurf des "Anarchosozialismus", später des "Syndikalismus", einbrachte, hat die durch sie mitbegründete Tradition des Linkskommunismus vor dem Weltkrieg keine direkten Berührungspunkte mit der Tradition des älteren Radikalismus, der anarchistischen und der syndikalistischen Tendenz, in der deutschen Arbeiterbewegung. - Rosa Luxemburg[2], die während ihrer Studienzeit in der Schweizer Emigration eine führende Rolle in der polnischen Arbeiterbewegung errang und zu den Mitbegründern der polnischen Sozialdemokratie gehörte, war 1897 nach Deutschland übergesiedelt und zählte dort in sehr kurzer Zeit zu den wortführenden Intellektuellen im Kampfe gegen die aufkommende revisionistische Tendenz in der Sozialdemokratie. In diesem Kampf mit dem Bernsteinschen Revisionismus, den sie im Namen des orthodoxen Marxismus führte, arbeitete sie ihre eigene politische Vorstellungswelt heraus. Sie kritisierte die übertriebenen Hoffnungen Bernsteins auf die Wirksamkeit der rapide wachsenden Gewerkschaftsbewegung. Hatte Bernstein behauptet, daß es den Gewerkschaften schließlich gelingen werde, den Kampf um die Lohnrate so zu steigern, daß diese die kapitalistische Profitrate aufhebe und die Ausbeutung damit abgeschafft sei, so bewies sie, daß ein solches Ergebnis nur möglich sei bei einer ökonomischen Rückentwicklung auf eine Vorstufe des organisierten Kapitalismus[3]. Die Gewerkschaften verrichteten eine "Sisyphosarbeit", die allerdings nötig sei, um dem Arbeiter "die ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallende Lohnrate"[4] zu sichern. - Als die Gewerkschaften diese legitime Funktion im Rahmen der "Burgfriedens"-Politik im ersten Weltkrieg aufgaben, blieb für die in der von Rosa Luxemburgs Denken geprägten radikalen Tradition verwurzelten Arbeiter lediglich der negative Aspekt dieser Kritik übrig: der Eindruck der sinnlosen "Sisyphosarbeit", also der Überlebtheit der Gewerkschaften. - Rosa Luxemburg wies auf die Grenzen des Parlamentarismus hin. Während der Revisionismus in ihm das erfolgversprechende Arbeitsfeld sah (und während die Praxis der SPD in der Tat auf ihn fixiert war), erinnerte sie daran, daß er "vielmehr die bestimmte historische Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und ihres Kampfes mit dem Feudalismus"[5] sei; als Plattform für die Entfaltung sozialistischer Propaganda sei jedoch das Parlament interessant auch für die Vertreter des Proletariats. - Als es in der Novemberrevolution 1918 den Anschein hatte, als sei die bürgerliche Gesellschaft vor ihrem Zusammenbruch angelangt, da schien diese Plattform den mit linksradikalem Denken vertrauten Arbeitern überflüssig. - Die Vermittlungswege von Rosa Luxemburgs Kritik an den Gewerkschaften und am Parlamentarismus zum Postulat des Antiparlamentarismus und zur antigewerkschaftlichen Haltung des Linkskommunismus nach der Novemberrevolution sind vielfältig und kompliziert und werden im Folgenden nachgezeichnet. Daß eine theoretische Kontinuität herleitbar ist, wird durch diese schematische Gegenüberstellung bereits augenscheinlich.

Den folgenreichsten Ansatz ihrer politischen Theorie formulierte Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit Lenin, als sie 1904 auf dessen Schrift über die Organisationsprinzipien der russischen Sozialdemokratie antwortete[6]. Lenin hatte angesichts der wilden Richtungskämpfe in der unter den schwierigen Bedingungen des zaristischen Regimes sich entwickelnden russischen Arbeiterbewegung die strenge Zentralisierung der sozialdemokratischen Organisation gefordert. Die politische Initiative der Partei sollte bei einer kleinen, gut geschulten und verantwortlichen Führungsgruppe liegen, deren Wille für die Mitgliederbasis verbindlich zu sein hatte. Rosa Luxemburg, unter dem unmittelbaren Eindruck des Bürokratisierungsprozesses in der Führung

1) Folgende Darstellung erhebt nicht den Anspruch einer systematischen Gesamtdarstellung des politischen Denkens Rosa Luxemburgs vor 1914, sondern stellt bewußt nur die Prinzipien ihrer politischen Theorie heraus, die für die Entstehung und Entwicklung des späteren Linkskommunismus relevant sind. Vgl. ergänzend die Arbeiten von Paul Frölich und neuerdings von Peter Nettl. Zum proletarischen Antimilitarismus, der in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden kann, s. Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958.

2) Zur politischen Vorgeschichte Rosa Luxemburgs s. Paul Frölich, Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat, Hamburg 1956, p. 25-56.

3) Vgl. dazu Paul Frölich, ibidem, p. 77 ff.

4) Ibidem, p. 79, Zitat.

5) Zitiert bei Paul Frölich, op. cit., p. 83.

6) S. Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: "Die Neue Zeit", 22. Jg. (1904), Bd. II, p. 484-492 und p. 529-535.

der bereits traditions- und mitgliederreichen deutschen Sozialdemokratie, wandte sich entschieden gegen Lenins "Ultrazentralismus". Am Beispiel spontaner Massenstreiks in der jüngsten Vergangenheit in Rußland zeigte sie, daß die schöpferische Initiative der proletarischen Massen für den Vollzug des Klassenkampfes einzig richtunggebend sein könne und in der Regel die vorgefaßten taktischen Grundsätze der Führung über den Haufen werfe. Die Kampftaktik der Sozialdemokratie werde überhaupt nicht "erfunden", sondern sei das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Die dabei naturgemäß konservative Eigenschaft der Parteileitung, die das jeweils neu gewonnene Kampfmittel bis in die äußerste Konsequenz auszubauen und dann dasselbe als Bollwerk gegen weitere Neuerungen umzukehren neige (wie dies mit der parlamentarischen Taktik durch die SPD-Führung geschehen war), dürfe nicht bestärkt werden durch das Einsetzen einer allgewaltigen Parteiführung. Während Lenin meinte, nur im zerfahrenen Individualismus befangene und zum Opportunismus drängende "sozialistische Literaten" könnten eine straffe Zentralisierung der Partei ablehnen, behauptete Rosa Luxemburg, daß man diesem Typus gerade leichtes Spiel mache, wenn man die Bewegung "in den Panzer eines bureaukratischen Zentralismus" zwänge und "die kämpfende Arbeiterschaft zum gefügigen Werkzeug eines "Komitees" herabwürdigt"[7]. Der objektive Gang der Geschichte, als Geschichte miteinander kämpfender Klassen, vollziehe sich in der Bewegung der Massen und nicht durch Dekrete einer Parteibürokratie; folglich pointiert Rosa Luxemburg ihren Gedanken von der schöpferischen Qualität der spontanen Massenbewegung: "Fehltritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer als die Unfehlbarkeit des allerbesten "Zentralkomitees"."[8]

Sie gewann ihre Spontaneitäts-Prämissen, also ihre Überzeugung von der Notwendigkeit spontaner und allgemeiner Massenbewegungen für das Gelingen des proletarischen Emanzipationskampfes, durch die aufmerksame Beobachtung und Analyse der aktuellen Klassenbewegungen. Sie hatte mit lebhaftem Interesse die europäische politische Streikbewegung verfolgt, die 1902 in Belgien gegen das bestehende Pluralwahlsystem eingeleitet worden war und die sich in der Gestalt von Sympathie- und Parallelstreiks in Schweden (1902), Holland (1903), Italien (1904) und anderen Ländern fortsetzte. Wie Michels feststellte, stieß diese Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie auf den stärksten Widerstand. Karl Liebknecht hatte bereits auf dem Bremer Parteitag im September 1904 im Auftrage seines Wahlkreises die Diskussion dieses neuen taktischen Phänomens beantragt[9], sein Antrag wurde aber abgelehnt. Die Erörterung des politischen Massenstreiks war in den Mitgliederschichten schon seit gut einem Jahr im Gange, bevor die Parteileitung sich auf dem Jenaer Parteitag (September 1905) unter dem unmittelbaren Eindruck der revolutionären Ereignisse in Rußland und dem einer mächtigen Streikbewegung der Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet gezwungen sah, dazu Stellung zu nehmen. Die Resolution des Parteitages zu diesem Punkt war zwar positiv - im Gegensatz zu der des voraufgegangenen Kongresses der "Freien Gewerkschaften" -, aber Bebels Begründungsrede ließ erkennen, daß man sich des neuen Kampfmittels nur in der Defensivstellung und als gelegentliche Ergänzung zur parlamentarischen Arbeit zu bedienen gedachte[10]. Obwohl Rosa Luxemburg und ihre Anhänger für die Resolution stimmten, entsprach das von Bebel umrissene Verständnis des Massenstreiks natürlich nicht ihren Vorstellungen. Nachdem die von der "Freien Vereinigung" denunzierte Geheimabsprache zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung bekannt geworden war, konnte es nicht mehr erstaunen, daß der Mannheimer Kongreß der SPD im September 1906 die von Karl Kautsky - zu dieser Zeit noch Anhänger Rosa Luxemburgs - formulierte Resolution für den Massenstreik nicht sanktionierte[11]. Rosa Luxemburg hatte, um die Erfahrung der polnischen Revolutionsbewegung des Jahres 1906 reicher, gerade noch rechtzeitig zum Kongreß eine Schrift über ihr Verständnis des Massenstreiks veröffentlicht[12], die die Basis für alle weitere Diskussion und für die Entwicklung der Tradition des jüngeren Linksradikalismus bildete.

Rosa Luxemburg wandte sich in dieser Schrift zuerst gegen das Odium des Anarchistischen, das dem Begriff des Massenstreiks anhaftete. Sie stellte den ahistorischen und voluntaristischen Charakter des Anarchismus bloß, für den zwei Bedingungen zum siegreichen revolutionären Kampf genügten: "Zunächst die blaue Luft und dann der gute Wille und der Mut, die Menschheit aus dem heutigen kapitalistischen Jammertal zu erretten"[13]. In der detaillierten Analyse der Geschichte und Vorgeschichte der russischen revolutionären Massenstreikbewegungen des Jahres 1905 zeigte sie die konkret aufweisbaren Bedingungen dieser modernen Form des Klassenkampfes; die objektiven historischen Ursachen für die zeitgemäße Praxis des Massenstreiks sollte

7) Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, loc. cit., p. 532.
8) Rosa Luxemburg, Organisationsfragen ... loc. cit., p. 535.

9) S. dazu: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen vom 18.-24. Sept. 1904, Berlin 1904, p. 178 f., 189 f, 192 ff.
10) Vgl. dazu die Analyse der Ausführungen Bebels in: Carl E. Schorkse, op. cit., p. 42 ff.
11) Zum genauen Ablauf der Diskussion s. ibidem, p. 49 ff.
12) Im folgenden zitiert nach: Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919.
13) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 6.

sie dann später noch wiederholt im Zusammenhang mit ihren Imperialismus-Studien untersuchen[14]. - Neben dem anarchistischen Mißverständnis des Massenstreiks wandte sich Rosa Luxemburg gegen dessen Verharmlosung zur bloßen politischen Demonstration, wie sie in Bebels Rede zur Massenstreik-Resolution des Jenaer Parteitages zum Ausdruck gekommen war[15]. Der Massenstreik war für sie kein beliebig inszenierbares Kampfmittel, sondern "die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution"[16]. Er war - wie das russische Beispiel zeigte - als eine möglicherweise lange Abfolge von spontan losbrechenden Kämpfen mit dem Kapital vorzustellen; er war weder vorauszuplanen noch von vornherein einzugrenzen. - Im Massenstreik waren die Kategorien des Wirtschaftlichen und des Politischen nicht mehr zu unterscheiden; "in einer revolutionären Massenaktion sind politischer und ökonomischer Kampf eins"[17]. Die organisatorische Schlußfolgerung, daß in einem solchen Kampfe "die künstliche Schranke zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie als zwei getrennten, ganz selbständigen Formen der Arbeiterbewegung"[18] hinweggeschwemmt werde, war seit Ende des Weltkrieges unter dem Stichwort "Einheitsorganisation" eines der wichtigsten Postulate der linksradikalen Bewegung. Rosa Luxemburg dachte allerdings an ein Aufgehen der Gewerkschaften, die sie als bloßes Epiphänomen der Sozialdemokratie darstellte, in der Partei, und nicht an die Auflösung der Partei zugunsten politisch-wirtschaftlicher Kampforganisationen, wie sie nach 1918 im syndikalistischen und linkskommunistischen Bereich entstanden. - Die Vorstellung, daß man politische Massenstreiks nur mit organisierten Arbeitern durchführen könne, hielt Rosa Luxemburg für völlig verkehrt. "Soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats in den Kampf ziehen"[19]. Sie wandte sich gegen die in den deutschen Arbeiterorganisationen vorherrschende Meinung, man müsse so lange organisieren, bis man stark genug sei, um unter der Leitung einer Parteizentrale losschlagen zu können. Auch diese maßlose Überschätzung der Organisationsarbeit war nach ihrer Meinung durch den Entwicklungsgang der russischen Revolution bloßgestellt worden. Das latente proletarische Klassenbewußtsein werde im Falle von Massenstreiks "ein praktisches, aktives" auch ohne die

14) Vgl. dazu ihr ökonomisches Hauptwerk: Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.
15) S. Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p.30 ff.
16) Ibidem, p.31.
17) Ibidem, p.57.
18) Ibidem, p.57.
19) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p.46 f. Hervorhebung im Original.

organisatorische "Schulung", auf die die deutsche Sozialdemokratie so einseitig ihre Bemühungen konzentriere[20]. Es sei abzusehen, daß in einer revolutionären Situation in Deutschland gerade die nichtorganisierten und zurückgebliebensten Schichten sich als die ungestümsten und radikalsten Kräfte erweisen würden. Die hier gestellte Frage nach der Rolle der Organisation in der Revolution wurde 1912 in der Kontroverse zwischen Pannekoek und Kautsky wieder aufgegriffen und nach 1918 zwischen der KPD (S) - Zentrale und der linken Opposition der KPD der neuen politischen Situation entsprechend als Frage, ob die Diktatur des Proletariats als "Parteidiktatur" oder als "Klassendiktatur" zu verstehen sei, weiter diskutiert. - Rosa Luxemburg stellte bei ihrer Berücksichtigung der unorganisierten Massen keineswegs die Existenzberechtigung der Partei in Frage; sie forderte allerdings von der sozialdemokratischen Partei, der "aufgeklärtesten, klassenbewußtesten Vorhut des Proletariats"[21], eine aktiv-revolutionäre Funktion; die Partei habe nicht darauf zu warten, daß "jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt", sie müsse im Gegenteil "der Entwicklung der Dinge vorauseilen, sie zu beschleunigen suchen"[22]. - Gerade dieser Forderung wurde die SPD am wenigsten gerecht. Als Ursache ihrer revolutionären Unzulänglichkeit führte Rosa Luxemburg - etwa gleichzeitig mit Robert Michels - das Bürokratisierungsphänomen in den Arbeiterorganisationen an; in der Analyse der "Freien Gewerkschaften", deren mäßigendem Einfluß die SPD auf dem Mannheimer Parteitag (1906) endgültig erlag, stellte sie fest:

"Die Spezialisierung ihrer Berufstätigkeit als gewerkschaftlicher Leiter, sowie der naturgemäß enge Gesichtskreis, der mit den zersplitterten ökonomischen Kräften in einer ruhigen Periode verbunden ist, führen bei den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht zum Bureaukratismus und zu einer gewissen Enge der Auffassung. Beides äußert sich aber in einer ganzen Reihe von Tendenzen, die für die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung selbst höchst verhängnisvoll werden könnten. Dahin gehört vor allem die Überschätzung der Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes untergeordnet werden sollen. Daraus erklärt sich auch jenes offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen

20) Ibidem, p.48.
21) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p.49.
22) Ibidem. Diesen Aspekt der Luxemburgschen Spontaneitätstheorie hebt besonders Paul Frölich in polemischer Wendung gegen den Vorwurf des "Spontaneitätsfatalismus" hervor, der gegen sie erhoben wurde; s. Paul Frölich, Zum Streit über die Spontaneität, in: "Aufklärung" 2. Jg. (1952), 2. Heft, p.105 ff.

Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurückschreckt"[23].

Trotz dieser klaren Einsicht und trotz der negativen Beurteilung des bürokratischen Charakters der deutschen Arbeiterorganisationen, in dem sie das Haupthindernis für die aktiv-revolutionäre Funktion der SPD sah, machte Rosa Luxemburg weder jetzt (1906) noch später konkrete organisatorische Reformvorschläge etwa antiautoritärer oder föderalistischer Art. Schon Pannekoek ging vor 1914 von ihren Voraussetzungen her einen Schritt über Rosa Luxemburg hinaus mit seinem Organisationsbegriff[24]. Nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 beteiligten sich weite Kreise der Linksradikalen an der Diskussion der Organisationsfrage; die Ergebnisse dieser Diskussion sollten sich dann unmittelbar prägend in den Satzungen der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen niederschlagen.
Mit der Massenstreik-Schrift von 1906 waren Rosa Luxemburgs taktische Prinzipien im wesentlichen ausformuliert, auf die sich die deutschen Linkskommunisten während und nach dem Kriege beriefen. Es folgte, äußerlich durch Rosa Luxemburgs Lehrtätigkeit in der Parteihochschule der SPD seit 1907 bedingt, eine Reihe ökonomischer Studien, die mit Karl Marx' Kategorien die jüngste imperialistische Entwicklungsphase des Kapitalismus zu analysieren versuchten[25]. - In der parteipolitischen Tagespraxis bildeten sich in den Jahren bis zum Ausbruch des Weltkrieges drei Strömungen heraus: Die Parteimehrheit um das sogenannte marxistische Zentrum, dessen Exponent Karl Kautsky wurde; der rechte Flügel der Revisionisten, deren Exponent Eduard Bernstein war, zeigte kaum verhüllte Anpassungstendenzen; der linke Flügel, zu dem Franz Mehring, Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Karl Radek und Anton Pannekoek gehörten, scharte sich um Rosa Luxemburg. 1910 war die Kluft zwischen dem Parteizentrum und dem linksradikalen Flügel so groß, daß es zur offenen Brüskierung Rosa Luxemburgs kam, als man es ablehnte, einen Aufsatz zur preußischen Wahlrechtsbewegung in der Parteipresse zu veröffentlichen[26]. Obwohl Karl Kautsky in der Folgezeit die Linksradikalen in der SPD als "Massenaktionäre", "Anarchosyndikalisten" und "Russen" diskriminierte,

23) Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 64. Vgl. auch im gleichen Sinne den Brief Rosa Luxemburgs an Klara Zetkin von Anfang 1907, zitiert in: Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 156.

24) S. u. den Abschnitt über Anton Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

25) S. dazu die kompetente Zusammenfassung in: Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p.181 ff.

26) S. dazu Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 207 ff., und: Carl E. Schorske, op. cit., p. 180 ff.

kam es dennoch bis zum Weltkrieg nicht zur Spaltung in der SPD, während sich die Linksradikalen in der niederländischen Sozialdemokratie um Anton Pannekoek bereits 1909 vom Zentrum abspalteten und eine eigene Organisation gründeten. In dieser unterschiedlichen organisatorischen Konsequenz aus den Differenzen der Linksradikalen mit der Mehrheit der Partei zeichnet sich bereits die Stellungnahme zur USPD ab, die während des Krieges die Linksradikalen selbst in zwei Lager spaltete: Der "Spartakus"-Bund mit Rosa Luxemburg als Repräsentantin schloß sich trotz vieler Vorbehalte der USPD an, die "Internationalen Sozialisten Deutschlands" (ISD) mit Anton Pannekoek als intellektuellem Mentor lehnten diesen Anschluß entschieden ab.

Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen wurden nicht erst während und nach dem ersten Weltkrieg in linkskommunistischem Sinne weitergeführt; schon vor 1914 bekannte sich zu ihr eine Reihe der späteren linkskommunistischen Führer und vertrat politische Postulate, die durchaus nicht mehr mit ihren Ideen identisch waren. - In Berlin gab seit Februar 1911 Franz Pfemfert[27] die politisch-kulturelle Zeitschrift "Die Aktion"[28] heraus, in der alles, was links vom Zentrum der SPD stand, zu Worte kam: "Die Aktion tritt, ohne sich auf den Boden einer bestimmten politischen Partei zu stellen, für die Idee der Großen Deutschen Linken ein"[29]. Pfemfert versuchte insbesondere, die "Intelligenz zu organisieren", die Intellektuellen auf dem Wege eines militanten Kulturradikalismus der Arbeiterbewegung zu verbünden. "Die Aktion", erklärte er, "hat den Ehrgeiz, ein Organ des ehrlichen Radikalismus zu sein"[30]. In seinen politischen Glossen solidarisierte sich Pfemfert offen mit den Bestrebungen der Linksradikalen um Rosa Luxemburg[31], drängte aber anders als diese auf eine organisatorische Verselbständigung der linken Radikalen: "Was wir jetzt innerhalb der Arbeiterpartei beobachten, diese Gärung, es wäre albern, wärs ein Kampf gegen Richtungen. Eine neue (syndikalistische) Arbeiterpartei ist im Werden ..."[32] - Pfemferts späterer linkskommunistischer Kampfgefährte, der Lehrer Otto Rühle[33], zählte zu den mit den Linksradikalen der SPD sympathisierenden Intellektuellen und vertrat vor

27) S. den biographischen Anhang.

28) "Die Aktion, Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur", hrgg. von Franz Pfemfert, 1. Jg. (1911) ff.

29) "Die Aktion", 1. Jg. (1911), Nr. 2.

30) Ibidem. Vgl. auch dazu: Harry Pross, Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Freiburg i. B. 1963, p. 80 ff.

31) Vgl. dazu besonders die spätere Zusammenstellung seiner Vorkriegsglossen: Franz Pfemfert, Die deutsche Sozialdemokratie vor 1914, Berlin 1918.

32) "Die Aktion", 2. Jg. (1912), Nr. 11.

33) S. den biographischen Anhang.

1914 in zahlreichen Schriften[34] und Monographien[35] ein radikales sozialdemokratisches Schulprogramm. Er war seit 1911 sächsischer Landtagsabgeordneter der SPD, seit 1912 sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages und sprach sich nach dem August 1914 nach Karl Liebknecht als erster Reichstagsabgeordneter offen gegen die Kriegskredit-Bewilligung durch die SPD aus. - Ab September 1913 gab Julian Borchardt[36], ebenfalls mit der linksradikalen Rosa Luxemburg sympathisierend, in Berlin seine Zeitschrift "Lichtstrahlen"[37] heraus, die wie die "Aktion" allen politischen Kräften als Plattform diente, die links vom sozialdemokratischen Zentrum standen. Borchardt war nach dem August 1914 der erste, der eine selbständige oppositionelle Arbeiterpartei forderte und die linksradikale Gruppierung der "Internationalen Sozialisten Deutschlands" (ISD) lancierte, die während der Kriegsjahre vor allem wegen der Anlehnung der "Spartakus"-Gruppe an die USPD mit dieser in heftigem Streit lag. - In den Kreisen der Linksradikalen in der SPD debütierte auch Dr. Heinrich Laufenberg[38] in der Arbeiterbewegung, der zuerst der katholischen Zentrumspartei angehört hatte, dann zur SPD übergewechselt war[39] und 1907 durch Franz Mehrings Vermittlung nach Hamburg gerufen wurde, um die Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung zu schreiben[39a]. Er wurde 1912 wegen seiner linksradikalen Forderungen durch ein Parteiverfahren aller Parteiämter enthoben. In seiner im Februar 1914 erschienenen Monographie über den politischen Streik[40] zog er eine erste Summe der linksradikalen Massenstreik-Diskussion. Er untersuchte das Phänomen des Streiks mit politischer Zielsetzung von den englischen Chartisten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur russichen Revolution von 1905[41]. In einem Überblick über den Stand der gegenwärtigen Diskussion des politischen Streiks in Deutschland referierte er kritisch das syndikalistische Programm, das er in Arnold Rollers (alias Siegfried Nachts) Schriften ausgedrückt sah[42]. Die treffendste Analyse und die adäquatesten taktischen Schlußfolgerungen fand er in Rosa Luxemburgs Massenstreik-Schrift. Er war mit ihr einer Meinung, daß der politische Streik "das Kennzeichen einer bestimmten Gesellschaftsepoche, der imperialistischen Periode des Kapitalismus"[43] bilde; er vermißte aber bei Rosa Luxemburg eine genauere Bestimmung der westeuropäischen und nationalen Besonderheiten des Klassenkampfes, also der Bedingungen des politischen Streiks außerhalb Rußlands. In der Frage des Verhältnisses Organisation- Masse trat er vor dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 noch eher für die Notwendigkeit der höchstmöglichen Ausdehnung und Stabilisierung der Organisation und gegen eine zu hohe Veranschlagung der spontanen revolutionären Fähigkeiten der unorganisierten Masse ein[44]. - Diese partiellen Vorbehalte gegenüber den Spontaneitätsprämissen Rosa Luxemburgs unterschieden ihn auch von den Linksradikalen um die "Bremer Bürgerzeitung", die in dieser Hinsicht über Rosa Luxemburg hinausgingen; sie standen unter dem Einfluß des Holländers Dr. Anton Pannekoek, des für die Entstehung und für die Geschichte des deutschen Linkskommunismus bedeutendsten sozialistischen Theoretikers.

34) S. z. B.: Otto Rühle, Die Volksschule wie sie ist, Berlin 1909, und: Otto Rühle, Die Volksschule wie sie sein sollte, Berlin 1911.
35) Seine bedeutendste pädagogische Monographie: Otto Rühle, Das proletarische Kind. Eine Monographie, München 1911 (2. Auflage München 1922).
36) S. den biographischen Anhang.
37) "Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter". Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Julian Borchardt, 1. Jg. (1913) ff.
38) S. den biographischen Anhang.
39) Vgl. dazu seine Renegatenschriften: Heinrich Laufenberg, Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?, Düsseldorf 1905, und: Heinrich Laufenberg, Lug und Trug oder christliche Reaktion und christliches Geschäft. Ein Vademekum für Herrn Kaplan Kaiser zu Viersen, Düsseldorf 1907.
39a) Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg 1911 (2 Bde).
40) Heinrich Laufenberg, Der politische Streik, Stuttgart 1914.
41) Ibidem, p. 4-50.

b) Anton Pannekoeks Spontaneitätstheorie und sein Organisationsbegriff

Die intellektuellen Wortführer des späteren Linkskommunismus gehörten ausnahmslos vor 1914 dem Kreis um Rosa Luxemburg an oder sympathisierten mit ihm. Der einzige von ihnen, der bereits vor dem ersten Weltkrieg eine selbständige theoretische Rolle spielte, war der Holländer Dr. Anton Pannekoek, der vor seiner Berufung an die Parteihochschule der SPD im Jahre 1905 als Astronom in Holland gearbeitet hatte. Pannekoek bildete mit den Schriftstellern Herman Gorter und Henriette Roland-Holst seit 1902 eine radikale Opposition gegen revisionistische Tendenzen innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie. In der Diskussion der Fragen des politischen Massenstreiks (ab 1903) und des Problems der persönlichen Führung in der Partei (ab 1905) festigte sich diese Opposition und gab ab 1907 eine eigene Zeitschrift "De Tribune" heraus. Aus der Abspaltung dieses ra-

42) Er zitiert Passagen aus Rollers Schrift über die die direkte Aktion, ohne ihn als Autor zu nennen; s. ibidem, p. 50 f. Zu Roller s. oben den Abschnitt über die "Unabhängigen Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen.
43) Heinrich Laufenberg, Der politische Streik, p. 61.
44) S. ibidem, p. 229-237. Dort u. a.: "Es wäre eine in der Geschichte unerhörte Erscheinung, wenn ein Proletariat, das Jahrzehnte hindurch alle Kräfte auf den Aufbau starker Organisationen verwandt hat, im Augenblick entscheidender Kämpfe Führung und Initiative den unorganisierten Massen überließe". Ibidem, p. 236.

dikalen Flügels bildete sich 1909 die SDP, zu der einige hundert von den etwa dreißigtausend Mitgliedern der holländischen sozialdemokratischen Partei (SDAP) übergingen[1]; die SDP bildete im Dezember 1918 die Grundlage für die Bildung der kommunistischen Partei der Niederlande.

Pannekoeks politische Theorie hatte bestimmenden Einfluß auf die linksradikale, von Johannes Knief[2] redigierte "Bremer Bürgerzeitung"; deren Fortsetzung während des ersten Weltkrieges, die Bremer "Arbeiterpolitik", bereitete über die Gruppierung der ISD einen wesentlichen Teil der linkskommunistischen Opposition in der KPD (S) unmittelbar vor. Während wichtige Momente aus Rosa Luxemburgs politischem Denken, insbesondere ihre Spontaneitätsprämissen, am Entstehen des Linkskommunismus sicherlich bedeutenden Anteil hatten, sie selbst aber aufgrund ihrer dialektischen Fähigkeiten gegenüber den Vereinseitigungen der linkskommunistischen Taktik kritisch blieb, liegt in der persönlichen politischen Entwicklung Pannekoeks wie in der Entwicklung der von ihm inspirierten "Bremer Linken" eine ungebrochene Kontinuität zwischen dem Linksradikalismus vor 1914 und dem Linkskommunismus nach 1918 vor. - Durch die Beobachtung der europäischen Massenstreikbewegung ab 1902 und besonders unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905[3] war Pannekoek im Anschluß an Rosa Luxemburg zu dem Schluß gekommen, eine neue Phase der Arbeiterbewegung habe begonnen; eine Phase, die sich durch riesige revolutionäre Massenaktionen auszeichne. Er hatte sich somit gleichsam der radikalen Pflichtübung zu unterwerfen, d.h. zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften kritisch Stellung zu nehmen. Er analysierte den Parlamentarismus als "die normale Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie"[4], räumte jedoch ein, daß das Parlament als Ort, wo allen sichtbar die antagonistischen Klassenenergien des Bürgertums und des Proletariats aufeinanderstoßen, "eines der wirksamsten Aufklärungsmittel für die Arbeiterklasse"[5] sei. Die Aufklärungsarbeit des Proletariats sei gegenwärtig weitgehend abgeschlossen und damit seien die grundlegenden Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen gegeben. Er prangerte die bürokratischen Erstarrungserscheinungen des "Nurparlamentarismus" und der Gewerkschaften an[6]. Die Aufgaben der Gewerkschaften liegen "innerhalb des Kapitalismus, sie gehen nicht über den Kapitalismus hinaus"[7]. Sie sind jedoch andererseits im permanenten Kampf um die Wahrnehmung proletarischer Interessen gegenüber dem Kapital die "natürlichen Organisationen für die Arbeiterklasse", die den Arbeitern "den praktischen Elementarunterricht im Klassenkampf"[8] geben und damit zur Ausbildung der proletarischen Disziplin beitragen. In historischer Perspektive war auch diese Erziehung eigentlich nur Vorbereitungsarbeit für die Massenaktionen, die nun an der Tagesordnung waren.

Diese Aktualität der Frage der Massenaktionen ist kein Zufall:

"Einerseits ist sie eine Wirkung der steigenden Macht des Proletariats, andererseits ist sie eine notwendige Wirkung der neuen Erscheinungsform des Kapitalismus, die wir mit dem Namen Imperialismus bezeichnen"[9].

In diesem imperialistischen Stadium des Kapitalismus, in dessen Analyse Pannekoek völlig abhängig blieb von Rosa Luxemburgs Imperialismus-Studien, sind die objektiven Anstöße zu Massenaktionen durch erhöhte Kriegsgefahr, wachsenden Steuerdruck, den zunehmenden Geist der Gewalttätigkeit in der Bourgeoisie, den Stillstand der Sozialleistungen, durch Teuerungen usw. gegeben. In der Polemik Pannekoeks mit Karl Kautsky in der "Neuen Zeit" (1912) ging es um das Problem, das in der Tat nahe lag: Wer denn für das Zustandekommen von Massenaktionen in Betracht komme. - Kautsky hatte errechnet[10], daß in Deutschland ohne Kinder und ohne die landwirtschaftliche Bevölkerung etwa dreißig Millionen Menschen für revolutionäre Massenaktionen in Frage kämen; davon seien nur 10 % organisierte, der Rest unorganisierte, zum größten Teil noch in Ideengängen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats befangene Arbeiter. Kautsky vermochte es nicht, "in einer so bunt gemischten Masse einen einheitlichen Klassencharakter"[11] zu entdecken, ohne den ein proletarisch-revolutionäres Aktionsziel nicht denkbar sei. Zwischen Kropotkins Ver-

1) Die Darstellung folgt den mündlichen Auskünften von Herrn Frits Kief (Amsterdam). Vgl. auch seinen Aufsatz: Frits Kief, Gorter als politicus onderschat, in: De Gids, 128. Jg. (1965), Nr. 1/2, p. 77-81. S. außerdem in: "Proletarier, Zeitschrift für Kommunismus", hrgg. vom Organisations-Büro der KAI, 2. Jg. (1922), p. 16 ff.: Die marxistische revolutionäre Arbeiterbewegung in Holland.

2) S. den biographischen Anhang.

3) Pannekoek hatte 1905 sogar an eine unmittelbar bevorstehende westeuropäische Revolution geglaubt; vgl. dazu: Robert Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande, loc. cit., p. 207.

4) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1909, p. 68 f.

5) Ibidem, p. 76.

6) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen, p. 78 ff. und p. 88 ff.

7) Ibidem, p. 90.

8) Ibidem, p. 92 f.

9) Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. I, p. 541; die Abhandlung erschien in zwei Fortsetzungen: ibidem, p. 541-550, p. 585-593, p. 609-616.

10) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. I, p. 43-49, p. 77-84, p. 106-117.

11) Karl Kautsky, Die Neue Taktik, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912), Bd. II, p. 656.

herrlichung der schöpferischen Fähigkeiten der Masse[12] und Le Bons verächtlicher Einschätzung dieses neuen gesellschaftlichen Phänomens[13] vergleichend kam er zu dem Schluß, daß man zwar weiterhin mit Aktionen der Massen zu rechnen habe, aber "solchen Ereignissen gegenüber kann man nichts tun, als danach trachten, daß sie uns nicht völlig unvorbereitet treffen"[14]. Die Interessen der organisierten Masse und die der unorganisierten Masse seien nicht die gleichen. Pannekoek hatte erklärt, ob bei dergleichen Massenaktionen zugleich Männer im Parlament säßen, die als ihre Wortführer aufträten, sei zwar alles andere als wertlos, aber doch nebensächlich; "die bestimmende und entscheidende Macht liegt draußen"[15]. Kautsky trat dem entgegen mit der Parole: "Gewinnung aller Machtpositionen, die wir aus eigener Kraft zu erobern und festzuhalten vermögen"[16], und dachte dabei insbesondere an die Institution des Parlaments. Er wandte sich schließlich unmittelbar gegen die Genossen in der SPD von der "Bremer Bürgerzeitung", "die Pannekoek sehr nahestehen" und die "den Instinkt der Massen ohne Unterschied, ob proletarisch oder ob bürgerlich als den richtigen Kompaß jeder revolutionären Bewegung hinstellen"[17]. - Pannekoek argumentierte gegen Kautskys Feststellung der "bunt gemischten Masse"; er versuchte nachzuweisen, daß Kautsky in nicht zulässiger Weise erstens die Frauen der organisierten Arbeiter der unorganisierten Masse zuzähle, zweitens den unorganisierten und noch in bürgerlichen Traditionen befangenen Arbeitern den Klassencharakter abspreche. Außerdem werde klar, "in wie hohem Maße schon der Charakter des großindustriellen Lohnarbeiters auf die für die Massenaktionen in Betracht kommenden Massen seinen Stempel"[18] drücke, wenn man sich vor Augen führe, daß z. B. 1907 15 % der deutschen Arbeitnehmer in Kleinbetrieben, 29 % in Mittelbetrieben und 56 % in Groß- und Riesenbetrieben angestellt gewesen seien.

Pannekoek sah letztlich Kautskys Furcht vor proletarischen "Kraftproben" in der Form revolutionärer Massenaktionen darin begründet, daß er eine zu mechanistische Auffassung von der Organisation habe. Für Kautsky bestehe die Organisation nur in dem wirklichen, konkreten Verbande oder Verein und werde nur durch die äußere Bindung ihrer Statuten zusammengehalten; diese äußere Form sehe er in der revolutionären Aktion gefährdet und mit ihrem Wegfallen alles verloren[19].

12) Vgl. besonders Peter Kropotkin, Die französische Revolution, Leipzig 1909.
13) Vgl. Gustave Le Bon, Psychologie des Foules, Paris 1895.
14) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, loc. cit., p. 117.
15) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1912), Bd. II, p. 369.
16) Karl Kautsky, Die Aktion der Masse, loc. cit., p. 117.
17) Karl Kautsky, Die neue Taktik, loc. cit., p. 657.
18) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 276.

"Die Organisation besteht aber nicht bloß in der Angehörigkeit zum Verband oder zum Verein und in dem Zahlen der Beiträge. Das Wesentliche der Organisation ist nicht diese äußere Form, sondern der Organisationsgeist, der Geist der Zusammengehörigkeit, wodurch die Arbeiter überall zusammen als geeinigte Masse auftreten, wodurch das organisierte Handeln ihnen zur zweiten oder richtiger noch zur ersten Natur geworden ist"[20].

Die Basis dieses Organisationsverständnisses ist die freiwillige Disziplin der Massen in der Aktion bei unbegrenzter Freiheit in der Diskussion. Die wirtschaftliche Umwälzung der jüngsten Vergangenheit habe bereits den Geist des Proletariats in diesem Sinne der freiwilligen Disziplinierung umgestaltet; so ist das neue Organisationsverständnis bereits "Ausdruck und Wirkung einer tiefen geistigen Umwälzung des Proletariats"[21]. Kautskys Vorstellungen von Organisation entsprechen einem abgeschlossenen Stadium der Entwicklung der Sozialdemokratie; seine, Pannekoeks, Position entspricht "vor allem der Geistesverfassung der jungen Arbeitnehmergeneration, wie sie sich in dem letzten Jahrzehnt ausgebildet hat"[22]. - Aufgrund dieser neuen Organisationskonzeption muß auch das Verhältnis der Partei zur Masse definiert werden. Die organisierten Massen haben in ihrer Unterwerfung unter die Parteidisziplin einen Teil ihrer revolutionären Willenskraft der Partei gleichsam übertragen. Was die Massen dabei an Initiative und spontaner Aktionskraft verlieren, sei kein wirklicher Verlust, sondern komme an einer anderen Stelle in anderer Form als Initiative und Aktionskraft der Partei wieder zum Vorschein; es finde gleichsam eine Transformation der Energie statt[23]. Wenn die Partei es als ihre Aufgabe ansieht, die Massen so lange als möglich von Aktionen abzuhalten, so kommt das einem wirklichen Verlust an Initiative und spontaner Aktionskraft der Massen gleich. Sie hat vielmehr "in der Tat die Aufgabe, revolutionäre Aktionen zu veranstalten, weil sie Trägerin eines wichtigen Teiles der Aktionskraft der Massen ist"[24]. Da

19) S. Anton Pannekoek, ibidem, p. 279 ff. Peter von Oertzen (Betriebsräte in der Novemberrevolution..., p. 49, Anm. 3) weist gelegentlich zutreffend darauf hin, daß Pannekoek gerade in diesem Aufsatz die Kritik Karl Korschs am Marxismus Kautskyscher Prägung in verblüffender Weise vorwegnimmt.
20) Anton Pannekoek, Die Machtmittel des Proletariats, Vortrag gehalten vor Stuttgarter Arbeitern, Stuttgart o. J. (1910), p. 7 f.
21) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 371.
22) Ibidem, p. 281.
23) Vgl. ibidem, p. 372.
24) Anton Pannekoek, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, loc. cit., p. 372; die Hervorhebung ist im Original.

die Partei, die Sachwalterin eines Teils der revolutionären Energien, nicht den ganzen Willen des gesamten Proletariats in sich aufgenommen hat, kann sie allerdings nicht willkürlich und zu beliebiger Zeit losschlagen. Im geeigneten Moment hat sie die Initiative und die Führung der unorganisierten Massen der Arbeiterklasse zu übernehmen; deren Macht ist zusammengesetzt aus ihrer Zahl und ökonomischen Bedeutung, aus ihrem Klassenbewußtsein und aus Disziplin[25]. Erst aufgrund der aktuellen vollen Herausbildung dieser Machtmomente der Arbeiterklasse ergibt sich der Massenstreik als einzig angemessene Kampfweise der Gegenwart.

Zweifellos ging Pannekoek mit seiner Theorie der revolutionären Massen und besonders mit seinem Organisationsverständnis weit über das hinaus, was Rosa Luxemburg an Spontaneitätsprämissen vertreten hatte, und zwar nicht ganz ohne diese zu radikalisieren und zu vergröbern[26]. Von Rosa Luxemburgs Mahnung, den äußeren Organisationsapparat nicht zu fetischisieren, schritt er weiter und verflüchtigte den Organisationsbegriff zu einem "Geist der Zusammengehörigkeit", der sich tendenziell im Gesamtproletariat durch den Zwang der jüngsten, imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus realisiere und der schließlich in der revolutionären Aktion die geeignetsten Formen des Zusammenschlusses von selbst finden werde. - Pannekoek radikalisierte oder vulgarisierte jedoch nicht nur Rosa Luxemburgs theoretische Ansätze, er ging auch über den orthodoxen Marxismus, den diese vertrat, hinaus. Wenn später in den theoretischen Selbstverständigungsversuchen der KAPD die Theorien Joseph Dietzgens[27] eine wichtige Rolle spielten, so hatte Pannekoek auch dafür die Voraussetzungen schon vor dem ersten Weltkrieg geschaffen durch seine Hinweise auf die notwendige Ergänzung der Marxschen Ökonomik durch Dietzgens erkenntnistheoretische Ergebnisse:

25) Anton Pannekoek, Die taktischen Differenzen, p. 19; Anton Pannekoek, Die Machtmittel des Proletariats, p. 5. ff.

26) Kautsky verglich gelegentlich Pannekoeks "Vulgärmarxismus" mit dem der "Jungen" am Ende der Zeit des Sozialistengesetzes. S. Karl Kautsky, Die neue Taktik, loc. cit., p. 664.

27) Joseph Dietzgen (1828-1888), Sohn eines Gerbers, erarbeitete im Selbststudium und unter dem Einfluß des "Kommunistischen Manifests" von Karl Marx und Friedrich Engels und beeinflußt durch Feuerbach eine eigene Erkenntnistheorie; Hauptwerk: "Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, eine abermalige Kritik der reinen praktischen Vernunft" (1869); von seinen sozialdemokratischen Parteigenossen wurde er zuletzt kritisiert wegen seines Eintretens für die amerikanischen Anarchisten; Dietzgen lebte von 1884 bis zu seinem Tode (1888) in den USA. Vgl. auch die aus dem Kreise um Pannekoek entstandene Dietzgen-Biographie von Henriette Roland-Holst: Joseph Dietzgens Philosophie gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat, München 1910.

"Marx hatte dargelegt, wie die Welt, die Gesellschaft, die Wirtschaft wirkt, indem sie auf den Menschenkopf einwirkt und ihm einen bestimmten Inhalt bietet. Dietzgen legte dar, wie der Geist selbst wirkt, indem er diesem Inhalt seine besondere geistige Form gibt"[28].

Da dem subjektiven Faktor im sozialen Transformationsprozeß eine immer größere Wichtigkeit zukomme, wird - nach Pannekoek - Dietzgens Werk mit wachsender Notwendigkeit das Marxsche Werk ergänzen müssen[29].

Pannekoek war derjenige unter den Radikalen innerhalb der SPD, der sich aus der Massenstreik-Diskussion heraus theoretisch am weitesten nach links entwickelte. Kautsky versäumte dann auch nicht, ihn der "syndikalistischen Verirrung" zu zeihen[30]. In der Kritik am Parlamentarismus und an den "Freien Gewerkschaften" gingen die Linksradikalen in der SPD streckenweise mit den deutschen Syndikalisten der "Freien Vereinigung" gemeinsam einher. Pannekoek gestand der "Freien Vereinigung" zu:

"Wenn die Syndikalisten die revolutionäre Aktivität predigen, so ist das sicher ein gutes und notwendiges Prinzip; auch ist es richtig, daß die Quelle aller Aktionskraft in den Mitgliedern steckt, die die Ausbeutung direkt erleiden, und daß also der Einfluß der Mitglieder gestärkt werden muß"[31].

Zu den für den Syndikalismus schlechthin wesentlichen Postulaten des Föderalismus, des nurgewerkschaftlichen Kampfes und der ausschließlichen Methode der direkten Aktion bestand zwar eine nicht zu übersehende Affinität am äußersten Flügel der sozialdemokratischen Linksradikalen; sowohl die traditionale Herkunft des Ideengutes des jüngeren Linksradikalismus als seine politischen Zielvorstellungen waren jedoch klar unterschieden vom Syndikalismus, wie er von der "Freien Vereinigung" propagiert wurde. Eine gewisse Annäherung zwischen sozialdemokratischem Linksradikalismus und dem deutschen Syndikalismus erfolgte während des ersten Weltkrieges. Die Tradi-

28) S. Anton Pannekoek, Dietzgens Werk, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913), Bd. II, p. 37-47.

29) Von ganz anderen Voraussetzungen her leitete Pannekoek in Ansätzen hiermit eine Regenerationsbewegung im Marxismus ein, die nach 1918 im Rekurs auf die Hegelschen Grundlagen in Marx' Denken in den Werken Karl Korschs und Georg Lukacs' zur Entfaltung kam. Wie bei Pannekoek wird bei Korsch und Lukacs "gegenüber der Vorstellung, daß die soziale Bewegung allein durch die Macht der massiven Produktivkräfte und Institutionen zustande komme ... die Rolle des "subjektiven Faktors" wiederentdeckt." S. Kurt Lenk, Ideologie, Kritik und Wissenssoziologie, Neuwied 1961, p. 37.

30) S. Karl Kautsky, Der jüngste Radikalismus, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913), Bd. I, p. 436 ff.

31) Anton Pannekoek, Der deutsche Syndikalismus; in Auszügen abgedruckter Zeitungsaufsatz im: "Pionier", 3. Jg. (1913), Nr. 52.

tion des sozialdemokratischen Radikalismus entfaltete sich in dieser Periode mächtig in der Oppositionsbewegung gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD und mündete erst jetzt in selbständige Organisationsbildungen. Die ältere radikale Tradition des Syndikalismus und Anarchismus hingegen verschwand nach der organisatorischen Zerschlagung der "Freien Vereinigung" im August 1914 zunächst in der Versenkung. Sowohl für die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung" wie für das Entstehen der linkskommunistischen Tendenz nach 1918 bildeten sich die sozialen Grundlagen in der Opposition gegen die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie und der "Freien Gewerkschaften".

III. DIE SOZIALEN GRUNDLAGEN: DER KAMPF GEGEN DIE "BURGFRIEDENS"-POLITIK DER "INSTANZEN" VON 1914 BIS 1918

1. Die sozialdemokratische "Opposition innerhalb der Organisation" und die Diskussion der Organisationsfrage auf dem Gründungskongreß der USPD

Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde das Ergebnis jenes Entwicklungsprozesses offenbar, den die Linksradikalen unterschiedlicher Observanz von 1890 bis 1914 mit ihrer Kritik bloßzustellen versucht hatten. Die offizielle, nach wie vor revolutionär-marxistische Ideologie der SPD stand in krassem Widerspruch zu deren tatsächlicher Integration in die bestehende kapitalistische Ordnung[1]. Der Bürokratisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterorganisationen war kontinuierlich fortgeschritten und hatte wesentlich zu diesem Anpassungsvorgang beigetragen. Während um 1890 die Tätigkeit in den proletarischen Organisationen in der Regel ehrenamtlich war, wurde sie 1914 von Funktionärsapparaten ausgeführt, die ihren eigenen sozialen Gesetzlichkeiten folgten. Die SPD wurde 1914 verwaltet von 267 Redakteuren, 89 Geschäftsführern, 413 Mann kaufmännischen Personals, 2646 Mann technischen Personals[2]. Die Zahl der Angestellten bei den Zentralverbänden der "Freien Gewerkschaften" stieg von 269 im Jahre 1900 auf 2867 bei Kriegsausbruch 1914, d. h. um mehr als das Zehnfache, während sich die Mitgliederzahl lediglich um weniger als das Vierfache vergrößerte[3].

Der wahre Charakter der Partei- und Gewerkschaftsorganisation manifestierte sich in der eigenmächtigen Entscheidung ihrer verselbständigten Führerschichten für die sogenannte "Burgfriedens"-Politik während des ersten Weltkrieges, die in spektakulärer Weise am 4. August 1914 durch die Bewilligung der Kriegskredite im Parlament eingeleitet wurde[4]. Die "Freien Gewerkschaften" hatten bereits in einer Vorständekonferenz am 2. August 1914 eine ähnlich eigenmächtige, den

1) Vgl. Wolfgang Abendroth, Das Problem der Beziehung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis, loc. cit., p. 467 ff.
2) Nach Ossip Karl Flechtheim, Die kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, p. 5.
3) S. Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, op. cit., p. 169 f.
4) Zu den geschichtlichen Grundlagen der "Burgfriedens"-Politik vgl. besonders: Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, p. 67 ff.

Willen der breiten Mitgliederschichten gar nicht erst befragende Entscheidung für den Burgfrieden getroffen. Die Reaktion der Mitgliederschichten in den Arbeiterorganisationen auf die Folgen dieser Entscheide, die man als "Instanzen-Politik" kennzeichnete, gab die entscheidenden Impulse für die organisatorische Verselbständigung der bisherigen linksradikalen Opposition in der SPD während der folgenden Jahre.

Bereits am 4. August hatte sich eine kleine Minderheit der SPD-Reichstagsabgeordneten in der Fraktionssitzung gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen; sie hatten dann aber im Parlament aus Fraktionsdisziplin dennoch zugestimmt. Wie zu erwarten, spielten die Linksradikalen in der SPD die führende Rolle in der bald einsetzenden offenen Oppositionsbewegung. Im September 1914 reiste Karl Liebknecht nach Holland und Belgien und bezeugte dort den ausländischen Genossen, daß die Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD-Reichstagsmehrheit lebendig sei. Im Dezember 1914 verglich der andere langjährige Mitkämpfer Rosa Luxemburgs, Franz Mehring, in einem Brief an englische Genossen die gegenwärtige Situation in der SPD mit der im ersten Jahr nach dem Sozialistengesetz; die Parole heiße jetzt wie damals: "Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben!"[5] - Es zeigten sich jedoch auch bald Ansätze zur Opposition in weiteren Kreisen als denen der Linksradikalen; seit Mitte September 1914 ließ das SPD-Organ "Vorwärts" in Berlin keinen Zweifel an seiner Verurteilung der Kriegspolitik der Mehrheit; ihm folgten bald überall im Reich lokale Publikationsorgane der SPD[6].

Die Ursachen der Gegnerschaft gegen die "Burgfriedens"-Politik waren bei dieser weiteren Opposition, deren Sprecher sich vor allem aus den Reihen des früheren marxistischen Zentrums um Kautsky rekrutierten, jedoch keineswegs identisch mit denen der Linksradikalen. Karl Liebknecht z. B. war prinzipiell gegen den gegenwärtigen Krieg; der einzig wirksame Kampf für den Frieden sei der Kampf für den Sozialismus innerhalb der kriegführenden imperialistischen Nationen. Die weitere Opposition befürwortete den Krieg als nationalen Verteidigungskrieg, verurteilte jedoch dessen imperialistischen Charakter und war gegen jede Annexionsneigung. - Liebknecht hatte bereits im Dezember 1914 als erster öffentlich im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt. Nachdem sich einzig Otto Rühle im März 1915 ihm angeschlossen hatte, folgte erst im Dezember (1915) eine Gruppe von achtzehn weiteren Reichstagsabgeordneten der SPD seinem

5) Zitiert bei: Eugen Prager, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, p. 49.
6) S. Carl E. Schorske, German Social Democracy, op. cit., p. 295 ff.

Beispiel, als durch trügerische Siegesmeldungen von der Westfront die Stimmung für einen Annexionsfrieden sich bis in die Reihen der SPD breit gemacht hatte. Anfang 1916 traten diese Kräfte aus der alten Fraktion aus und schlossen sich als "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" zuerst zu einer - wie sie selbst formulierten - "Opposition innerhalb der Organisation" zusammen. - Die wachsende Zahl der Kriegskreditverweigerungen wurde zum Index für das Erstarken der Opposition auch in den Mitgliederschichten. Prinzipiell zwar unversöhnt, wurden die beiden oppositionellen Strömungen, die "Arbeitsgemeinschaft" und der größere Teil der Linksradikalen, der im März 1916 sich illegal auf Reichsebene als "Spartakus"-Bund zusammengeschlosssen hatte, dennoch schließlich im April 1917 unter ein organisatorisches Dach zusammengetrieben. Die organisatorische Verselbständigung war beschleunigt worden während des Jahres 1916 durch die immer kühner auftretenden annexionistischen Forderungen des rechten Flügels der SPD und durch gewaltsame Maßnahmen der Parteibürokratie gegen oppositionelle Parteiblätter im Schutze der Militärbehörden (z. B. den "Vorwärts-Raub" im Oktober 1916)[7]. Auf eine Sonderkonferenz der beiden oppositionellen Strömungen im Januar 1917 reagierte die Parteiführung sehr empfindlich und übernahm ihrerseits bald die Initiative zum Ausschluß der Opposition aus der Partei. Mit unterschiedlichem Enthusiasmus und verschiedenen Erwartungen schlossen sich die "Arbeitsgemeinschaft" und der "Spartakus"-Bund Ostern 1917 in Gotha zur "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USPD) zusammen[8].

In welchem Ausmaße und in welcher Weise das Masse-Führer-Problem vom August 1914 bis April 1917 in der gesamten Opposition aktualisiert worden war, zeigt sehr deutlich die Diskussion der Organisationsgrundlagen auf dem Gründungskongreß der USPD. Ein Teil der Opposition (Kautsky, Bernstein u. a.) war ausschließlich durch die Kriegskredit-Gegnerschaft definiert und trug zur Organisationsfrage, die auf dem Kongreß im Mittelpunkt stand, wenig bei. Ein größerer Teil hingegen (Haase, Ledebour u. a.), der schließlich seine Organisationsgrundlinien im wesentlichen durchsetzte, verwarf zwar grundsätzlich die Organisationsform der SPD, schob jedoch die Neugestaltung der Organisation und des Programms nach den im Kriege neu gewonnenen Erkenntnissen bis nach Beendigung des Krieges auf. Bis dahin sollte das Organisationsstatut der SPD (dem allerdings ihre reale Organisation seit langem nicht mehr entsprach) die Grundlage der Partei bilden; es wurde nachdrücklich betont: "Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden und

7) Vgl. dazu im einzelnen Eugen Prager, op. cit., p. 81 ff.
8) Vgl. besonders Carl E. Schorske, op. cit., p. 312 ff.

besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben"[9]. Der Vertreter der "Arbeitsgemeinschaft" zeigte sich in seinem Organisations-Referat besorgt darum, daß "das Beamtenelement nie wieder ein Übergewicht erhält"[10]. "In der neuen Organisation darf das Beamtentum nicht dominieren"[11]. Durch die Besoldung von höchstens einem Drittel der führenden Funktionäre glaubte er, dem verhängnisvollen Bürokratisierungsprozeß vorbeugen zu können. Die Stimmung in den Kreisen der weiteren Opposition war eindeutig gegen die Bürokratisierung in der Partei und für eine gemäßigte Dezentralisierung; jedoch waren ihre Vertreter in Gotha nicht bereit, hierarchische Organisationsvorstellungen, soweit sie ihnen für die Aktionskraft der Partei unabdingbar schienen, völlig preiszugeben. Maßnahmen wie die, daß die Exekutive der Partei keine Ernennungsbefugnis für die Bezirks- und Ortssekretariate haben sollte, daß man ihr den Erwerb von Eigentumsrechten an den Presseeinrichtungen der Partei verbot, daß den besoldeten Mitgliedern nur beratende Stimmen zuerkannt werden sollten, waren offensichtlich aus den unmittelbaren tagespolitischen Erfahrungen mit dem Apparat der SPD diktiert. Die aus diesen heftigen Auseinandersetzungen mit der Parteispitze hervorgegangene, stark ressentimentbeladene Ablehnung[12] politischer Führerschaft war in den Mitgliederschichten die allgemeinste und verbreitetste Form der Opposition und blieb bis 1921 der konstanteste sozialpsychologische Faktor für den Massenzulauf zu den linksradikalen Organisationen.

Über dieses mehr reaktive Verhalten in der Organisationsfrage gingen die Linksradikalen mit ihren Forderungen weit hinaus. Fritz Rück[13], der von der stärksten linksradikalen Gruppierung, dem "Spartakus"-Bund, gestellte Korreferent zur Organisationsfrage hatte auf einer Konkretisierung der Forderung nach demokratischer Organisationspraxis bestanden; so war als eine mögliche Konkretisierung die

9) S. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD vom 6.-8. April 1917 in Gotha, hrgg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, p.35.
10) Ibidem, p.18.
11) Ibidem, p.18.
12) Das Maß erbitterter Feindschaft, das durch die Parteibürokratie bei den Oppositionellen hiermit verursacht wurde, wird in den zeitgenössischen Darstellungen der Vorgänge durch Mitbetroffene stark reflektiert. Vgl. Heinrich Ströbel (Redakteur des alten "Vorwärts"): Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1922, besonders p.22 ff.; Eugen Prager (Redakteur des USPD-Organs "Die Freiheit"), op.cit.
13) Fritz Rück (1895-1959) kam als junger Soldat zur "Spartakus"-Gruppe; Gründungsmitglied der KPD, seit 1924 in der Rechtsopposition der KPD; 1929 zur SPD; 1933 Emigration in die Schweiz, dann Korrespondent Schweizer Zeitungen in Schweden; 1950 Rückkehr in die Bundesrepublik, Redakteur bei der IG Druck und Papier. Nach: Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Diss.phil. Marburg/Lahn 1962, p.369.

Urabstimmung in die endgültige Redaktion der Organisationsgrundlinien aufgenommen worden:

"Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, eine Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind"[14].

Sowohl dieser Paragraph als auch die Schlußbestimmung der Organisationsgrundlinien, die eine "weitgehende Selbständigkeit und Aktionsfreiheit der Orte, Kreise und Bezirke" fordert, sind Konzessionen der USP-Majorität an die Radikalen. Rück hatte von der Aufnahme beider Punkte den Beitritt der "Spartakus"-Gruppe zur neuen Organisation abhängig gemacht. Er führte im einzelnen zur Organisationsfrage aus:

"Den lokalen Organisationen muß die weitestgehende Aktionsfreiheit gewährt werden. Die Initiative darf nicht gehemmt werden. Zu den Grundlinien betont der Redner, daß das "Vorläufige" mehr hervorgekehrt werden muß. Vielleicht werden wir später ganz andere Grundlagen der Organisation haben als die Wahlkreise ... Es muß unbedingt immer wieder betont werden, daß die Organisation nicht Selbstzweck sein darf. Die Organisation muß deshalb noch elastischer gestaltet werden... Es dürfen nicht mehr die Instanzen entscheiden, den Arbeitern selbst muß Gelegenheit gegeben werden, eine andere Taktik, eine revolutionäre Taktik, einzuschlagen"[15].

Diese Überlegungen scheinen auf den ersten Blick lediglich Rosa Luxemburgs in der Vorkriegszeit aufgestellte Spontaneitätsprämissen zu paraphrasieren[16]. Unübersehbar neu ist jedoch die Wendung des Massenaktions-Postulats ins Föderalistische; "weitestgehende Selbständigkeit und Aktionsfreiheit" der lokalen Organisationen hatte Rosa Luxemburg niemals gefordert; diese Parolen sind wörtlich von den Syndikalisten her bekannt. Obwohl Rück selbst in seinem späteren politischen Werdegang einen ganz anderen Weg nahm, kann man in seiner Rede tatsächlich ein frühes Zeugnis für die linkskommunistische Ausformung der Luxemburgschen Ideen innerhalb des "Spartakus"-Bundes selbst sehen. - Rigoroser als die der USP-Mehrheit waren die antibürokratischen Maßnahmen, die von den Radikalen vorgeschlagen wurden. Zum Teil wollte man überhaupt keine besoldeten Parteiangestellten mehr; andere wollten den Anteil der Exekutive an den Mitgliederbeiträgen auf 5 % einschränken usw.[17]; diese Motivationen bestimmten dann

14) S. Protokoll des Gründungsparteitages der USPD, p.19-23.
15) S. ibidem, p.22 f.
16) So Werner T. Angress, Stillborn Revolution, the Communist bid for power in Germany 1921-23, Princeton-New Jersey 1963, p.11.
17) S. Carl E. Schorske, op. cit., p.318.

noch unmittelbar die Organisationsstatuten der KAPD und der AAUD und koinzidierten mit den Organisationsvorstellungen der FAUD. -

Erstaunlich ist schließlich in Rücks Ausführungen die Bemerkung, daß man "später vielleicht ganz andere Grundlagen der Organisation" haben werde als die Wahlkreise. An Räteorganisationen kann Rück dabei fünf Monate vor der russischen Oktoberrevolution schwerlich gedacht haben; wie immer er sich auch die zukünftigen Grundlagen der Organisation vorgestellt haben mag, seine Überlegung zeigt, in welchem Maße alle bisherigen Organisationsvorstellungen in Fluß geraten waren. In welcher Weise die Diskussion in den einzelnen linksradikalen Gruppen verlief und wo die linkskommunistische Tendenz in erkennbaren Gegensatz zum "Spartakus"-Bund zu treten beginnt, muß im Folgenden untersucht werden.

2. Die Diskussion der Organisationsfrage in der "Spartakus"-Gruppe

Angesichts der heftigen Diskussion der Organisationsfrage auf dem Gründungskongreß der USPD (April 1917) und besonders angesichts der rigorosen Stellungnahme Fritz Rücks, der im Namen der "Spartakus"-Gruppe sprach, ist es bemerkenswert, daß in Rosa Luxemburgs Kritik an der deutschen Sozialdemokratie das Ressentiment der "verratenen" Massen gegen ihre Führer nur in sehr allgemeinen Wendungen zum Ausdruck kommt und daß sie keine organisatorischen Schlußfolgerungen daraus zieht. In Rosa Luxemburgs "Junius"-Broschüre[1] ist die Erbitterung über das historische Versagen der zweiten Internationale und im engeren Sinne der SPD als deren Führerin der vorherrschende Grundton der Kritik. Der gegenwärtige Krieg wird gedeutet als "Konkurrenzkampf des bereits zur vollen Blüte entfalteten Kapitalismus um die Weltherrschaft, um die Ausbeutung der letzten Reste der nichtkapitalistischen Weltzonen"[2]. Die "Burgfriedens"-Politik wird eingehend analysiert und verurteilt. Mit der Annahme des Burgfriedens habe die Sozialdemokratie für die Dauer des Krieges den Klassenkampf verleugnet. Damit aber verleugne sie die Basis ihrer eigenen Existenz. Die Frage, was die Opposition zu tun habe, beantwortete Rosa Luxemburg, indem sie - bei ausführlicher Zitierung ihrer Massenstreik-Schrift - ihre Spontaneitätsvorstellungen wiederholte.

1) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, Bern 1916. Die Schrift verfaßte Rosa Luxemburg im April 1915 während einer Gefängnishaft; sie wurde 1916 unter dem Decknamen "Junius" veröffentlicht.
2) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, p. 63.

Sie lehnte jede Art konspiratorischer Vorbereitung revolutionärer Aktionen ab:

"Ob große Volkskundgebungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampfstimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann"[3].

In den seit Dezember 1914 illegal erscheinenden Zirkularen der Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kann man die Bemühungen um die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale und um die Abgrenzung gegen die weitere Opposition, die "Arbeitsgemeinschaft", verfolgen[4]. Obwohl Rosa Luxemburg eine der ersten gewesen war, die auf die Bürokratisierungserscheinungen in der SPD aufmerksam gemacht hatte, findet sich weder in der "Junius"-Broschüre noch in den "Spartakus"-Briefen eine Analyse der parteiinternen Gegensätze aus der Perspektive der Führer-Masse-Problematik. Daß dieser Aspekt in ihren Publikationen während des Krieges fehlte, erklärt sich aus ihrem Kampf mit den eigenen Anhängern, die - durch das repressive Verhalten der SPD-Spitze und die Unentschlossenheit der "Arbeitsgemeinschaft" erbittert - auf die organisatorische Verselbständigung drängten[5]. Aus der Furcht, daß die Linksradikalen der Agitationsbasis innerhalb der Partei beraubt und ins Sektenwesen abgedrängt würden, vermied sie es, durch Beiträge zum Masse-Führer-Problem diese Kerbe zu vertiefen. In welchem Maße es zutrifft, daß Rosa Luxemburg - wie der spätere Linkskommunist Laufenberg sagte - sich niemals vom Organisationsvorbild der SPD frei machte, ist mit Sicherheit nicht zu entscheiden. Daß sie von ihren Spontaneitätsprämissen her keineswegs gewillt war, aus dem ihr sehr wohl bewußten Oligarchieproblem in den Arbeiterorganisationen föderalistische Organisationsgrundsätze abzuleiten, ist hingegen sicher und wird in ihren "Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"[6] offensichtlich; Laufenberg wollte später gerade in diesen Leitsätzen "die

3) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie, p. 60.
4) Spartakus-Briefe. Hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958. - Vgl. besonders Zirkular Nr. 12: Die Dezembermänner von 1915, und: Zirkular Nr. 15: Die Gegensätze in der Opposition, ibidem, p. 86 ff und p. 118 ff.
5) Vgl. dazu Paul Frölich, op. cit., p. 265. Frölich vertrat zu jener Zeit als Redakteur der Bremer "Arbeiterpolitik" selbst diese Forderung.
6) Abgedruckt im Anhang der "Junius"-Broschüre, op. cit., p. 96 ff.

straff zentralistische und autoritäre Grundanschauung des Spartakus-Bundes"[7] ausgedrückt sehen.

Daß Rosa Luxemburgs Organisationsvorstellungen nicht in der gesamten "Spartakus"-Gruppe gültig waren, zeigen die Gefängnisaufzeichnungen Karl Liebknechts, die später von der KPD totgeschwiegen und von den Linkskommunisten herausgegeben und herausgestellt wurden[8]. In seinen Überlegungen zu den Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie, die er 1917 im Untersuchungsgefängnis niederschrieb, unterschied Liebknecht drei Sozialschichten innerhalb der SPD. Erstens die besoldeten Funktionäre, die Kleingewerbetreibenden usw., "alles, was unmittelbar durch Besitz oder Bildung an die heutigen Gesellschaftszustände geknüpft ist"; "die Instanzen, die Bureaukratie ist ihr gegebener Repräsentant"[9]; sie bilden die soziale Grundlage der Politik der Parteimehrheit. Zweitens: "Die besser situierten gelernten Arbeiter, Handwerker usw. Ihnen ist die Größe des Risikos einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den herrschenden Klassen nicht klar"; "sie wollen protestieren und "kämpfen" - und können sich nicht entschließen, den Rubikon zu überschreiten"[10]. Sie sind die soziale Basis für die Haltung der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft". Drittens: "Die besitzlose Masse der ungelernten Arbeiter, das Proletariat im eigentlichen, engen Sinne"[11]. Einzig diese Schicht hat am bestehenden Staat nichts zu verlieren. "Diese Massen, das Proletariat, vertreten wir"[12], d.h. der "Spartakus"-Bund. - In der Tradition der radikalen Bürokratie-Kritik Robert Michels' und Anton Pannekoeks zeigt Liebknecht dann, daß die erste der genannten Schichten (besoldete Funktionäre usw.) nicht anders kann, als lediglich gemäßigte Formen des Klassenkonfliktes anzustreben, "die die "Organisation" und - ihre Stellungen, ihre Existenzen, nicht aufs Spiel setzen. Die Organisation ist ihnen Selbstzweck, nicht Mittel zum revolutionären Zweck"[13]. Als organisatorische Maßnahmen gegen das Übel der besoldeten Bürokratie, zu der er auch die Parlamentarier zählt, schlug er im einzelnen folgendes vor:

7) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunimus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920, p.4.

8) S. Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, geschrieben in den Jahren 1917-18, unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht herausgegeben, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions-Verlag).

9) Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, p.25.

10) Ibidem, p.25 f.

11) Ibidem, p.26.

12) Ibidem, p.26. Hervorhebung im Original.

13) Ibidem, p.27.

"Beseitigung der besoldeten Bureaukratie oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Einschränkung auf technische Hilfsarbeit; Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre nach bestimmter Dauer ...; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Dezentralisation; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative) ... Die Erziehung der Massen und jedes Einzelnen zur geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autoritäts-Ungläubigkeit, zur entschlossenen Eigen-Initiative, zur freien Aktionsbereitschaft und -fähigkeit, bildet die einzige sichernde Grundlage für die Entwicklung einer ihren historischen Aufgaben gewachsenen Arbeiterbewegung überhaupt, so (zu ergänzen:-wie (?), der Verf.) die wesentliche Voraussetzung für die Austilgung der bureaukratischen Gefahr"[14].

Es ist unschwer zu erkennen, daß Rücks Forderungen auf dem USPD-Gründungskongreß sich unmittelbar von Liebknechts Überlegungen herleiten oder doch, daß beide übereinstimmend in ähnlichen Wendungen eine verbreitete Stimmung artikulierten. Liebknecht schien auch weniger Bedenken gegen eine organisatorische Verselbständigung der Linksradikalen zu haben als Rosa Luxemburg; jede organisatorische Gemeinsamkeit mit den Anhängern der "Burgfriedens"-Politik lehnte er entschieden ab, organisatorische Verbindungen mit der "Arbeitsgemeinschaft" machte er abhängig von der völligen Freiheit des Handelns für den "Spartakus"-Bund im Rahmen einer solchen Verbindung[15]. Die Förderung der Initiative der Massen war ihm oberster Gesichtspunkt in seinen organisatorischen Entwürfen:

"Diese Initiative in den Massen zu fördern, ist gerade in Deutschland, dem Land des passiven Massen-Kadavergehorsams die dringendste Erziehungsaufgabe, die gelöst werden muß selbst auf die Gefahr hin, daß vorübergehend alle "Disziplin" und alle "strammen Organisationen" zum Teufel gehen. Dem Individuellen ist weit größerer Spielraum zu geben als in Deutschland bisher Tradition"[16].

Es wäre zu viel gesagt, wollte man in organisatorischer Hinsicht eine Gegensätzlichkeit zwischen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgrund der bisher aufgezeigten Unterschiede behaupten; eine Akzentverlagerung in der Kritik beider an der deutschen Sozialdemokratie ist jedoch unverkennbar: Rosa Luxemburg dachte vor allem im historischen Maßstab; für sie war der Zusammenbruch der zweiten Internationale ein epochales Geschehen, das es zu erklären galt[17]. Lieb-

14) Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, p.28.f. Hervorhebung im Original.

15) S. ibidem, p.30 f.

16) Ibidem, p.31.

17) Vgl. dazu die Kritik der "Junius"-Broschüre durch die Bremer Linksradikalen, die in dem Satz endet: "Auf historische Reminiszenzen baut man keine Arbeiterpolitik auf, sondern nur auf dem Boden harter Tatsachen, die "Junius" übersehen hat". "Arbeiterpolitik" 1.Jg. (1916), Nr. 6-8: Im Fangnetz der Widersprüche.

knecht, der große Agitator und proletarische Volksheld, sah in weniger umgreifenden Kategorien; er erklärte den Zusammenbruch der SPD im August 1914 - sicherlich nicht weniger zutreffend als Rosa Luxemburg - aus dem in der Opposition allgemein verbreiteten Gefühl heraus, von den "Instanzen" verraten worden zu sein; er formulierte aus dieser Perspektive radikalere organisatorische Konsequenzen, als sie bei Rosa Luxemburg zu finden sind. Diese Unterschiede zwischen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Kritik spiegeln recht genau zwei Tendenzen innerhalb der "Spartakus"-Gruppe (auch Gruppe "Internationale" nach ihrem ersten, sofort verbotenen Publikationsorgan genannt), die in der Bremer "Arbeiterpolitik" im März 1917 so charakterisiert wurden: Wenn einige Führer der Gruppe "Internationale" das Bestreben zeigten, die alte Führertaktik in der neuen Bewegung wieder aufleben zu lassen, so beweise das noch lange nicht, daß dieses Streben von den Anhängern dieser Gruppe geduldet werde. Vielmehr seien zahlreiche Anzeichen dafür zu finden, daß die Anhänger der Gruppe "Internationale" im Reich Selbständigkeit genug besäßen, "um derartige Führergelüste zu erstricken"[18]. - Sprecher dieser Anhänger des "Spartakus"-Bundes waren Liebknecht mit seinen Gefängnisaufzeichnungen von Anfang 1917 und Rück mit seinen Äußerungen im April 1917. - Die KAPD nahm später beide Führer des "Spartakus"-Bundes für sich in Anspruch; sie konnte sich auf Karl Liebknecht mit mehr Recht berufen als auf Rosa Luxemburg.

3. Die "Bremer Linke" um die "Arbeiterpolitik"

Der Linkskommunist Heinrich Laufenberg beschrieb 1920 die Gegensätze innerhalb der Linksradikalen während des Krieges, d.h. die Gegensätzlichkeiten zwischen der "Spartakus"-Gruppe und den übrigen Gruppierungen auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie:

"Bei der Kritik des politischen Bankrotts der Sozialdemokratie sahen wir in Hamburg in Gemeinschaft mit Knief in Bremen den Schwerpunkt der politischen Katastrophe nicht in der formalen Parlamentsabstimmung, sondern in der Vergewaltigung der Organisationen durch ihre Instanzen im Interesse der Kriegspolitik, darin daß die Instanzen der Partei sofort ihren bürokratischen Machtapparat und ihre Presse einsetzten, um die Unterwerfung der Organisationen im Lande unter den Burgfrieden und somit unter die durch ihn schlecht genug verhüllte Militärdiktatur zu erzwingen"[1].

18) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10.

1) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 2.

Rosa Luxemburg und der "Spartakus"-Gruppe warf er vor, die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Grunde fortgeführt zu haben, da sie die Organisationsform der SPD niemals prinzipiell in Frage gestellt hätten. Die von den übrigen Linksradikalen in Hamburg und Bremen u.a. verlangte Politik habe hingegen die Zerschlagung der von oben nach unten zentralisierten Organisationen intendiert und die gleichzeitige Aufrichtung proletarischer Organisationen von unten nach oben "in Formen, die das Wesen des proletarischen Staates widerspiegeln"[2]. Alle jene Differenzen, die im Herbst 1919 zur Sprengung der KPD (S) geführt hätten, seien demnach schon in den verschiedenen Haltungen der beiden Flügel im Linksradikalismus bei Ausbruch des Krieges angelegt gewesen. - Wie oben bewiesen, ging diese Gegensätzlichkeit schon im Krieg mitten durch den "Spartakus"-Bund hindurch; auch vergißt Laufenberg die sehr wichtige Initialrolle der "Lichtstrahlen"-Gruppe in Berlin zu erwähnen. Fügt man diese Korrekturen hinzu, so ist Laufenbergs Behauptung zutreffend: Die linksradikale Tendenz, an die später die linkskommunistischen und zum Teil syndikalistischen Organisationen anschließen, ist bereits zwischen 1914 und 1918 mit klaren Fronten herausgebildet; sie wird repräsentiert durch die "Bremer Linke" um die von Johannes Knief und Paul Frölich[3] redigierte "Arbeiterpolitik", durch die Gruppe um die in Berlin von Julian Borchardt herausgegebenen "Lichtstrahlen" und durch die Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim[4]. Die beiden ersten Gruppen, die bedeutendsten, bekannten sich seit Ende 1915 zu dem gemeinsamen Etikett "Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD), nachdem sie auf der Zimmerwalder Konferenz eine gemeinsame und vom "Spartakus"-Bund verschiedene Haltung zur neu zu gründenden Internationale eingenommen hatten. - Die Gegensätzlichkeiten zwischen diesen Linksradikalen und der "Spartakus"-Gruppe waren nicht allein auf Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Organisationsform eingegrenzt.

2) Ibidem, p. 2 f.

3) S. den biographischen Anhang.

4) Es erschienen neben den genannten Organen eine Zahl illegaler Zeitschriften im Reiche, die den Linksradikalen als Sprachrohr dienten. Laufenberg und Wolffheim, die beiden späteren KAP-Sprecher für Norddeutschland, gaben den illegal erscheinenden "Kampf" in Hamburg heraus; Karl Minster, später KAP-Führer im Ruhrgebiet und in Frankfurt/Main, gab den illegalen "Kampf" in Duisburg heraus; die Stuttgarter Opposition den illegalen "Sozialdemokrat"; in Hamburg erschien außerdem das illegale Blatt "Vorbote" mit dem gleichen Namen wie die von Pannekoek in der Schweiz herausgegebene Zeitschrift; der "Braunschweiger Volksfreund" wurde von Karl Radek und August Thalheimer redigiert. Vgl. dazu: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, p. 143: "Alle diese Zeitschriften, insbesondere die "Spartakusbriefe" und die "Arbeiterpolitik" hatten Leser im ganzen Reich und an allen Fronten".

Die in der Vorkriegszeit hervorgetretenen theoretischen Unterschiede zwischen Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek wirkten sich jetzt so aus, daß Rosa Luxemburg als Theoretikerin der "Spartakus"-Gruppe Anton Pannekoek als führendem Theoretiker der ISD gegenüberstand; es war nur folgerichtig, daß Pannekoek, bereits vor dem Kriege der radikalere, zum Sprecher der in jeder Hinsicht radikaleren ISD wurde, und daß seine kritische Organisationstheorie in den Gruppen zur Entfaltung kam, die die Ursachen des "Verrats" der SPD vom August 1914 in eben deren Organisationsform suchten. Im August 1914 als holländischer Staatsangehöriger des Landes verwiesen, trug er dennoch wie kein anderer mit zahlreichen Beiträgen in den "Lichtstrahlen" und in der "Arbeiterpolitik" zur theoretischen Selbstverständigung der ISD bei[5]. - Der wesentliche Unterschied zwischen der "Spartakus"-Gruppe und den ISD war - wie es später aus den Reihen der KAPD formuliert wurde -, daß "Spartakus stets eine Taktik geübt hat, bei der die Hintertür zur Sozialdemokratie offen"[6] blieb; die ISD hingegen wollten den glatten und offenen Bruch sowohl mit der Mehrheitssozialdemokratie als mit der USPD, den organisatorischen Bruch, den Bruch mit dem bürokratisch-zentralistischen Organisationsmuster der Sozialdemokratie und den Bruch mit den revolutionären Halbheiten der USP. - Gerade die revolutionäre Unentschlossenheit der USP war nach Meinung Karl Radeks, des Mitarbeiters und Sprechers der Bremer "Arbeiterpolitik", noch in Rosa Luxemburgs "Junius"-Broschüre enthalten[7]. Radek folgte hier Lenins Kritik der "Junius"-Broschüre, in der es u. a. hieß: "Erstens hat "Junius" sich nicht völlig vom Zentrum der deutschen linken Sozialdemokraten freigemacht, die eine Spaltung fürchten und Angst haben, die revolutionären Losungen ganz auszusprechen ..."[8] Rosa Luxemburgs Furcht vor der sektenhaften Isolierung der deutschen Linksradikalen ließ in der Tat eine solche klare Trennung nicht zu. Angesichts der Frage, ob die Linksradikalen ein Kartellverhältnis mit der "Arbeitsgemeinschaft", also dem "Zentrum", von dem Lenin spricht, eingehen sollten, oder ob sie sich - wie es die ISD forderten - resolut von der SPD trennen und eine eigene Organisation aufbauen sollten, motivierte Rosa Luxemburg ihre Entscheidung für das Zusammengehen mit der "Arbeitsgemeinschaft" im Januar 1917 in folgender Weise:

5) Die mit Karl Horner gezeichneten Artikel in den "Lichtstrahlen" und in der "Arbeiterpolitik" sind sämtlich von Anton Pannekoek verfaßt.

6) Carl Schlicht, Der Ursprung der KPD, zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, in: "Proletarier, Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf", hrgg. von der KAPD, 2. Jg. (1926), p. 97.

7) S. die Kritik der "Junius"-Broschüre in der "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 6-8; die Kritik ist von Karl Radek verfaßt. (S. Carl Schlicht, loc. cit., p. 71).

8) Lenin, Über die "Junius"-Broschüre, in: "Gegen den Strom", p. 426, zitiert bei: Carl Schlicht, loc. cit., p. 97.

"So löblich und begreiflich die Ungeduld und der bittere Groll sind, aus denen heraus sich heute die Flucht vieler der besten Elemente aus der Partei ergibt: Flucht bleibt Flucht, uns ist sie ein Verrat an den Massen, die in der würgenden Schlinge der Scheidemann und Legien, der Bourgeoisie auf Gnade und Ungnade preisgegeben, zappeln und ersticken. Aus kleinen Sekten und Konventikeln kann man "austreten", wenn sie einem nicht mehr passen, um neue Sekten und Konventikel zu gründen. Es ist nichts als unreife Phantasie, die gesamte Masse der Proletarier aus diesem schwersten und gefährlichsten Joch der Bourgeoisie durch "einfachen" Austritt befreien zu wollen und ihr auf diesem Wege mit tapferem Beispiele voranzugehen. Das Hinwerfen des Mitgliedsbuches als Befreiungsillusion ist nur die auf den Kopf gestellte Verhimmelung des Mitgliedbuches als Machtillusion, beides nur die verschiedenen Pole des Organisationskretinismus, dieser konstitutionellen Krankheit der alten deutschen Sozialdemokratie"[9].

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Taktik war, daß beim ersten Schritt zur neuen revolutionären Internationale, der Zimmerwalder Konferenz im September 1915, die drei Vertreter des "Spartakus"-Bundes nicht für die von Lenin inspirierte Resolution des linken Flügels der versammelten Delegierten stimmten[10], in der es u. a. hieß:

"Der Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, auf deren Standpunkt in Deutschland sowohl die offen patriotische Mehrheit der früheren sozialdemokratischen Führer wie auch das sich oppositionell gebärdende Zentrum der Partei um Kautsky stehen, ... ist für das Proletariat ein gefährlicherer Feind als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus, da er, die Flagge des Sozialismus mißbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen kann"[11].

Zu der sich um Lenin scharenden "Zimmerwalder Linken" bekannten sich Karl Radek als Vertreter der Bremer Linksradikalen, der späteren Gruppe um die "Arbeiterpolitik", und Julian Borchardt als Vertreter der linksradikalen Gruppe um die "Lichtstrahlen". Die Folge dieser unterschiedlichen Stellungnahme war, daß die bereits in den theoretischen Unterschieden zwischen Rosa Luxemburg und Anton Pan-

9) Zitat aus einem Artikel des Duisburger "Kampf" vom 6.1.1917, abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrgg. vom Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, Bd. I (1914-1917), p. 522 ff.

10) S. weitere Tatsachen über die Differenzen zwischen "Spartakus"-Gruppe und der "Zimmerwalder Linken" bei Carl Schlicht, loc. cit., dessen Darstellung sicherlich nicht unparteiisch, aber sehr gut dokumentiert ist.

11) S. den Text der Resolution in: "Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau" 1. Jg. (1916), Nr. 1, p. 5 f. S. auch: Jules Humbert-Droz, Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964, p. 153 ff.

nekoek in der Vorkriegszeit angelegte Spaltung im Lager der deutschen Linksradikalen organisatorisch sichtbar zu werden begann: Die deutschen Anhänger der "Zimmerwalder Linken" konfrontierten sich künftig dem "Spartakus"-Bund als "Internationale Sozialisten Deutschlands" (ISD). Herausgeber des kurzlebigen Publikationsorgans der "Zimmerwalder Linken", des deutschsprachig in der Schweiz erscheinenden "Vorboten"[12], war Anton Pannekoek. Das Etikett ISD umschrieb in höherem Maße noch als "Spartakus" mehr eine Tendenz als eine reale Organisation, die unter den Bedingungen des Krieges und der Illegalität schwer aufzubauen war.

Das eine Agitationszentrum der ISD war die Gruppe um die Bremer "Arbeiterpolitik", die die Tradition der linksradikalen, von Pannekoek theoretisch geprägten "Bremer Bürgerzeitung" direkt weiterführte[13] und ab Juni 1916 erschien. Die Taktik der "Bremer Linken" stand spätestens seit der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 fest: Resolute Trennung von Unabhängiger und Mehrheits-Sozialdemokratie und Aufbau einer eigenen linksradikalen Organisation. Als erster konkreter Schritt dazu galt die Finanzsperre an die zentralen Instanzen der SPD. Dieser Schritt wurde auch in der "Spartakus"-Gruppe erwogen, allerdings nur sehr zögernd und vor allem auf seine juristische Zulässigkeit hin[14]. Die "Bremer Linke" war die erste Organisation, die diese Idee am 4. Dezember 1916 in die Tat umsetzte[15]; ihrem Beispiel folgten am 18.12.1916 die Braunschweiger Linksradikalen[16] und am 28.2.1917 die Hamburger radikalen Oppositionellen[17]. Bei diesen wie bei den weiteren Organisationen, die mit der Beitragssperre

12) Es erschienen zwei umfangreiche Nummern des: "Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau", Zürich/Bern im Januar und April 1916; Mitarbeiter waren neben Pannekoek: Roland-Holst, Gorter, Sinowjew, Lenin und Radek; vgl. auch Jules Humbert-Droz, op.cit., p.157.

13) Der Herausgeber der "Bremer Bürgerzeitung", der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Alfred Henke, hatte zuerst den beiden oppositionellen Fraktionskollegen Liebknecht und Rühle seinen Beistand zugesagt, war dann aber zur gemäßigteren Opposition der "Arbeitsgemeinschaft" übergegangen und hatte seinem Blatt eine entsprechende Richtung gegeben.

14) S. Zirkular Nr. 20 (15.5.1916) und Zirkular Nr. 21 (28.5.1916): Finanzsperre und Organisationsstatut, in: "Spartakusbriefe", op.cit., p.169 ff. und 189 ff.

15) "Arbeiterpolitik" 1.Jg. (1916), Nr.25. Ein Seitenhieb auf die "Spartakus"-Gruppe ist die Bemerkung: "Aber das charakterisiert die deutsche Opposition, daß die Sozialpatrioten die Parteigrundsätze mit Füßen treten dürfen, während sie sich darüber den Kopf zerbricht, ob sie auch einen ganz belanglosen Paragraphen des Organisationsstatuts außer Kurs setzen darf. Wann wird die deutsche Arbeiterschaft endlich von ihrem Organisationsfimmel geheilt sein!" Vgl. auch die Beiträge zur Beitragssperre in den folgenden Nummern der "Arbeiterpolitik" bis 2.Jg. (1917), Nr. 8.

16) "Arbeiterpolitik" 1.Jg. (1916), Nr. 27.

17) "Arbeiterpolitik" 2.Jg. (1917), Nr. 9.

die Instanzen bekämpften, hatte dieser Schritt in der Regel den Ausschluß aus der SPD zur Folge. - Obwohl die unterschiedliche Taktik auf der Zimmerwalder Konferenz und im Falle der Beitragssperre klar zu Tage getreten war, gaben die "Bremer Linken" ihre Hoffnungen, den "Spartakus"-Bund dennoch für die Gründung einer linksradikalen Partei zu gewinnen, nicht früher auf, als bis dieser sich Ostern 1917 der USPD anschloß[18]. Im August 1916 schrieb die "Arbeiterpolitik" noch, gegenwärtig sei ein guter Teil der Gegensätze, die zur Bildung der ISD führten, "die die Bremer Linksradikalen veranlaßten, der Internationale-Gruppe nicht beizutreten, nach unserer Meinung - wir sprechen nur im eigenen Namen - überwunden"[19]. Umso größer war die Empörung der "Bremer Linken" darüber, daß sich die "Spartakus"-Gruppe zu einem - nach ihren Begriffen - kompromißlerischen Anschluß an die ehemalige "Arbeitsgemeinschaft" und jetzige USPD herließ. Schon deren Verhalten auf der Vorkonferenz der Opposition im Januar 1917 kritisierten die Bremer Radikalen: Es sei die historische Aufgabe der Gruppe "Internationale" gewesen, den Scheidungsprozeß zwischen "Zentrum" und Linksradikalen durch prinzipielle Kritik an der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" voranzutreiben. Aber weder habe sie sich in ihren Thesen von der Politik der "Arbeitsgemeinschaft" mit der notwendigen kritischen Schärfe abgegrenzt, noch habe sie den Standpunkt des "Sozialpatriotismus" hinreichend bloßgestellt[20]. Nach vollzogenem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD setzte die heftigste Kritik von seiten der "Bremer Linken" ein[21] und permanente Aufrufe zur selbständigen Organisationsbildung der übrigen Linksradikalen[22]. Die Stimmung des "Spartakus"-Bundes im Reiche war keineswegs ungeteilt für den Anschluß an die "Arbeitsgemeinschaft"; die Gruppen in Duisburg, Frankfurt/Main und Dresden hatten sich dagegen ausgesprochen[23]; es kam sogar zum Übertritt einer Zahl von dem Anschluß enttäuschter "Spartakus"-Anhänger ins Lager der durch die "Bremer Linken" repräsentierten ISD. Wie in der Organisationsfrage zeigt sich auch hier, daß der "Spartakus"-Bund in gemäßigte Radikale um Rosa Luxemburg und extreme Radikale, die zur Haltung der ISD neigten, gespalten war. Beide, der extreme Flügel der "Spartakus"-Gruppe mit den Anhängern der ISD gemeinsam, bildeten dann das

18) "Arbeiterpolitik" 1.Jg. (1916), Nr. 10: Einheit oder Spaltung der Partei?

19) "Arbeiterpolitik" 2.Jg. (1917), Nr. 2.

20) Ibidem.

21) Vgl. "Arbeiterpolitik" 2.Jg. (1917), Nr. 16: Die Konsequenz von Gotha.

22) S. den Aufruf im dokumentarischen Anhang Nr. II

23) S. "Arbeiterpolitik" 2.Jg. (1917), Nr. 16; im Duisburger Organ des "Spartakus"-Bundes, dem "Kampf", hatte eine lebhafte Diskussion für und gegen den USPD-Anschluß stattgefunden.

Gros der linkskommunistischen Majorität auf dem Gründungsparteitag der KPD (S) am Ende des Jahres 1918.

Seit dem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD im April 1917 war die Spaltung innerhalb des deutschen Linksradikalismus abermals vertieft. Die Bremer "Arbeiterpolitik" stand für all die Kräfte, die gegen diesen Anschluß und für eine eigene Organisationsbildung eintraten. Daß trotz der Initiative der "Bremer Linken" die Schaffung einer solchen linksradikalen Organisation unter dem ja bereits seit Ende 1915 geläufigen Etikett ISD nicht zustande kam, lag neben der Ungunst der Kriegssituation daran, daß diese politischen Kräfte untereinander wiederum sehr widersprüchlich waren und daß eine klärende Diskussion in der Situation der Illegalität nicht stattfinden konnte. - Nachdem die ISD dann in der KPD (S) aufgegangen waren und bis Anfang 1920 eine führende Rolle in der linkskommunistischen Opposition innerhalb der Partei gespielt hatten, wurde ihre Forderung nach der Gründung einer selbständigen linksradikalen Organisation, unabhängig vom "Spartakus"-Bund, erst in der Nachkriegssituation, nach dem Zuwachs weiterer politischer Kräfte und nunmehr von anderen Protagonisten, realisiert mit der Gründung der KAPD. Auf dem Gründungskongreß der KAPD im April 1920 stand als Name für die neue Organisation das von den Bremer Linksradikalen im November 1918 in "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) umbenannte Etikett der bisherigen ISD zur Debatte[24].

4. Die Berliner Linksradikalen um die "Lichtstrahlen"

Die "Arbeiterpolitik", die ab Juni 1916 erschien, knüpfte besonders in der Organisations- und Bürokratiekritik an die in den Berliner "Lichtstrahlen" geleistete Vorarbeit an, wenn sie z. B. in folgender Weise die Ursachen des Versagens der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 erklärte:

"Eingepfercht in die Formen des preußisch-deutschen Staates mit seiner stetig wachsenden Militärgewalt und seiner immer weiter greifenden Bureaukratie, mußte sie (die SPD, d. Verf.), sobald sie zur Massenpartei wurde, dieselben Formen in ihrem Innern entwickeln ... Die Organisierung der Massen wurde die Hauptsorge; sie wurde schließlich zum Selbstzweck. Dann

24) S. unten den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD. - Eine eingehendere Darstellung der Geschichte der "Bremer Linken" und der ISD als sie im Rahmen dieser Arbeit möglich ist, wird als Dissertation an der FU Berlin von Hansgeorg Conert unter dem Titel "Entstehung, Politik und Theorie der Bremer Linken (IKD)" vorbereitet.

nämlich, als der gewaltige Organisationsapparat die Bureaukratie schuf, die aus dem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck wurde"[1].

Die "Arbeiterpolitik" wußte sich in dieser Kritik einig nicht nur mit den "Lichtstrahlen", sondern auch mit der Vorkriegskritik der SPD durch Michels und Pannekoek[2]. Programmatisch hieß es zur Entscheidung der SPD im August 1914: "Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik"[3]. - Mit eben diesem Ziel, den Arbeitern die Voraussetzungen zu selbstverantwortlichem Denken und Handeln zu schaffen, gab Julian Borchardt vom September 1913 bis zu ihrem Verbot im April 1916 die "Lichtstrahlen" als "Bildungsorgan für denkende Arbeiter"[4] heraus. Lediglich gestützt auf den traditionell radikalen Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg (schon Wilhelm Werner hatte als Delegierter von Teltow auf den Parteitagen 1890/91 seine Attacken für die "Jungen" durchgefochten) blieb diese Zeitschrift immer sehr eng mit der persönlichen Entwicklung und Zielsetzung ihres Herausgebers verbunden. Borchardt stand zu den Spontaneitätsprämissen der äußersten Linken der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege; er ließ Franz Mehring zu Wort kommen und gleichermaßen Veröffentlichungen der "Freien Vereinigung" rezensieren[5]. Von Anfang an hatten die "Lichtstrahlen" einen besonderen, antiautoritären Akzent. Seine pädagogischen Bemühungen um die Arbeiter begründete Borchardt:

"Wir sind überzeugt, daß höhere Bildung der sozialistischen Massen jenen blinden Autoritätsglauben ausrotten wird, der den Menschen heutzutage beim Militär anerzogen wird, und den wir deshalb nicht selten leider auch an Stellen finden, wo er nicht hingehört. Der allerdings wird schwinden wie die Spreu vor dem Winde, wenn alle Menschen das nötige Maß an Bildung besitzen. Und damit wird auch schwinden die Möglichkeit, daß die Masse den Führern ohne eigenes sachgemäßes Urteil folgt, und demzufolge schwindet den Führern die Gelegenheit, sei es in gutem oder bösem Willen, die Masse andere Wege zu führen, als sie geführt sein will"[6].

1) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 1: Niederbruch und Aufstieg.
2) Vgl. besonders "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 5: Die Reform des Führertums.
3) "Arbeiterpolitik" 1. Jg. (1916), Nr. 1.
4) Die weitere Herausgabe der "Lichtstrahlen" war von der Militärzensur unter der Bedingung erlaubt worden, daß die Zeitschrift ausschließlich belehrenden und feuilletonistischen Inhalt haben werde. Eine Bedingung, der auch Franz Pfemferts "Aktion" während der Kriegsjahre unterworfen war. Im Mai 1916 erschien die Zeitschrift unter dem neuen Titel "Der Leuchtturm", aber mit im wesentlichen dem alten Inhalt. Daraufhin wurde sie ganz verboten. Sie erschien wieder unter dem Namen "Lichtstrahlen" ab November 1918 als "Zeitschrift für Internationalen Kommunismus" in unregelmäßiger Folge bis 1921.
5) S. "Lichtstrahlen" 1. Jg. (1913), Nr. 4 u. Nr. 11.
6) "Lichtstrahlen" 1. Jg. (1914), Nr. 11.

Relativ große verlegerische Unabhängigkeit und das besondere Augenmerk auf autoritäre Organisationsstrukturen machten so die "Lichtstrahlen" unmittelbar nach dem "Verrat der Arbeiterführer" im August 1914 zum Sprachrohr der Empörung über diesen Akt. Nahezu alle Sprecher der radikalen Opposition schrieben zwischen August 1914 und April 1916 in den "Lichstrahlen"[7]. In der September-Nummer von 1914 hielt Borchardt bereits die Vorkriegsbeschlüsse der SPD zur Kriegsfrage neben deren tatsächliches Verhalten im vorausgegangenen Monat und kam zu dem Schluß, daß sich diese Partei ein für allemal unglaubwürdig gemacht habe: "Wer wird in Zukunft den Sozialdemokraten noch glauben?"[8]- Schon im folgenden Monat legte die Gruppe um Borchardt den Linken in der Sozialdemokratie die organisatorische Verselbständigung nahe, wie sie sich in Holland ja bereits 1909 vollzogen hatte[9]. 1915 setzte die Agitation für die entschlossene Lostrennung von der SPD verstärkt ein, da diese - wie Borchardt in einer im Selbstverlag herausgegebenen Broschüre[10] nachzuweisen suchte - "abgedankt" habe; die SPD sei eine neue Partei geworden, ihre ursprünglichen revolutionären Ziele könne man nur noch außerhalb ihres Organisationsrahmens vertreten[11]. - Also lehnten die Berliner Radikalen um Borchardt auch die Appelle der "Opposition innerhalb der Organisation", der "Arbeitsgemeinschaft", an die Parteiführung ab. Von einem Brief einer Anzahl von Mitgliedern der SPD an den Parteivorstand vom Juni 1915, in dem in scharfen Wendungen die "Burgfriedens"-Politik als eine immer schroffere Abkehr von den bisherigen Grundsätzen der SPD angeprangert wurde, distanzierte sich die Redaktion der "Lichtstrahlen", da sie nicht glaubte, "daß es auch nur den allergeringsten Zweck hat, an die genannten Körperschaften (den sozialdemokratischen Parteivorstand und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, d. Verf.) irgendeine Aufforderung zu

7) Neben Borchardt war Pannekoek mit den meisten Artikeln vertreten; es finden sich darin aber auch Beiträge von Karl Radek, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Otto Rühle u. a.

8) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1914), Nr. 1: Partei und Vaterland.

9) Vgl. "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1914), Nr. 2: "Schon seit Jahren hat ... die "Linke" innerhalb der Partei unbewußt als Feigenblatt für deren Sünden gedient. Will sie nach wie vor sich begnügen, auf die Resolutionen des nächsten Parteitages zu hoffen und inzwischen einträchtig "mitarbeiten"? ... Vielleicht wird den Männern der "Linken" ihr Entschluß erleichtert durch den deutlichen Wink mit dem Zaunpfahle, den ihnen der "Grundstein" jüngst machte, indem er die Frage aufwarf, "ob die sozialdemokratische Partei die Leute, die ihre Haltung zum Kriege verurteilen und bekämpfen, auf die Dauer in ihren Reihen ertragen kann".

10) Julian Borchardt, Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?, Berlin 1915.

11) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1915), Nr. 15: Eine neue Partei.

richten"[12]. Wie schon bei der Darstellung des Bremer Linksradikalismus gezeigt wurde, war diese Taktik genau im Sinne der Leninschen Resolution auf der ersten Zimmerwalder Konferenz[13]. Nach der Konstituierung der ISD Ende 1915 gab Borchardt den "Lichtstrahlen" den Charakter eines Organs dieser oppositionellen Gruppierung und veröffentlichte z. B. seine Flugschrift über die achtzehn Kriegskreditverweigerer vom 21.12.1915 auch in deren Namen[14]. Vor dem Anschluß der "Spartakus"-Gruppe an die USPD im April 1917 sah Borchardt keine unüberwindlichen Schranken zwischen den ISD und "Spartakus"[15]. Das änderte sich, sobald diese Angliederung ruchbar wurde; im März 1917 fragte er in einem Aufruf der ISD[16] empört im Hinblick auf den Zusammenbruch der sozialdemokratischen Instanzenpolitik von 1914: "Soll da gegen die Wiederholung derselben Vorgänge die Gründung einer neuen Partei helfen, die an Stelle der Führer Scheidemann und Ebert einfach die Führer Haase und Ledebour setzt oder auch die Führer Liebknecht und Luxemburg?"[17] Borchardts persönliche politische Entwicklung hatte zu dieser Zeit (Anfang 1917) bereits eine Wendung genommen, die ihn auch in Widerspruch brachte mit den Bremer Linksradikalen, also dem größeren Teil der ISD, und die ihn künftig als Sprecher der linksradikalen Bewegung disqualifizieren sollte. Aus seiner - im Vergleich mit den analytischen Bemühungen der "Bremer Linken" oder des "Spartakus"-Bundes sehr einseitigen - Analyse des 4. August als "Fiasko der Instanzenpolitik" zog er den radikalen Schluß, daß die herkömmliche hierarchische Organisationsform der Partei schlechthin überholt sei, da in ihr abermals die Arbeiter an selbständigem Denken und Handeln zwangsläufig gehindert würden.

"Worauf es uns ankommt, ist die *Beseitigung jeglichen Führertums* in der Arbeiterbewegung. Was wir brauchen, um zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, d.h. *Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat* bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur aus-

12) "Lichtstrahlen" 2. Jg. (1915), Nr. 13.

13) Zur Zimmerwalder Konferenz s. Karl Radek, Der erste Schritt, in: "Lichtstrahlen" 3. Jg. (1915), Nr. 1.

14) Internationale Sozialisten Deutschlands, Die Minderheit des 21. Dezember 1915, Berlin 1916. Er sah einerseits in diesem Akt einen "Sieg der oppositionellen Massen, einen Beweis für ihre Stärke, daß sie die auf keinem festen Boden stehenden Führer gezwungen hat, ihr Rechnung zu tragen." (p. 7). - Andererseits sah er voraus, daß von diesen Kräften keine prinzipielle Opposition zu erwarten sei.

15) Er schrieb noch im Januar 1916: "... bleibt endlich eine dritte Gruppe, diejenige, die seinerzeit das vortreffliche Heft "Internationale" herausgegeben hat. Von ihr trennt mich sachlich gar nichts". In: "Lichtstrahlen" 3. Jg. (1916), Nr. 4.

16) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10: An unsere Gesinnungsgenossen.

17) Ibidem.

führende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln"[18].

Einen dermaßen rigorosen Schluß aus der Führer-Masse-Problematik zu ziehen, waren selbst die Bremer Linksradikalen keineswegs bereit; sie hielten Borchardt vor, daß er mit der Aufgabe der Organisationsform der Partei auf politische Aktion überhaupt verzichte. "An die Stelle der Partei setzte er die propagandistische Sekte mit anarchistischen Formen"[19]. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß dies der erste Fall in der jüngeren Tradition des deutschen Linksradikalismus ist - die ja mit den älteren Traditionslinien des Anarchismus und des Syndikalismus gemeinsam die Initiativrechte des Individuums gegen den Unterordnungsanspruch des Organisationsapparates geltend machte -, in dem höchst bewußt und willentlich von einer oppositionellen Gruppe organisationsverneinende Konsequenzen gezogen wurden. Wie später in der Desintegrationsphase der linkskommunistischen und syndikalistischen Organisationen nach 1921, in der ganz analoge organisationsverneinende Tendenzen auftreten, die revolutionäre Erschöpfung des Proletariats die Basis war, so lag auch Borchardts Schlußfolgerung Resignation zugrunde, der er in einer Schrift vom Juli 1917 Ausdruck gegeben hatte[20]. Er befand, daß in der deutschen Arbeiterschaft noch alles zu tun bleibe, damit sie sich von ihren Führern befreien und selbstverantwortlich zu denken und handeln lerne: "Fänden sich wirklich ein paar Führer, die zur Revolution aufrufen, so würden ihnen die Volksmassen nicht folgen, weil solch ein Geist gar nicht in ihnen lebt"[21]. Borchardt hatte die Spontaneitätsprämissen, die Überzeugung von der schöpferisch-revolutionären Natur der modernen Massen, aufgegeben. Persönlich hatte Borchardt sich bereits gegen Anfang des Jahres 1917 in den Kreisen der Linksradikalen in Mißkredit gebracht durch die Präsentierung und Herausgabe eines Buches, in dem u. a. der deutsche U-Bootkrieg gerechtfertigt wurde[22]. Er wurde künftig von den Linksradikalen als Abtrünniger angesehen - "Julian Apostata" -, dem jedoch das historische Verdienst zukam, "in der Zeit des völligen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie den Bauarbeitern

18) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 10. Die Hervorhebungen sind im Original.
19) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 31: Abtrünnig.
20) Julian Borchardt, Revolutionshoffnungen, Berlin 1917. Die Berliner ISD erkannten aufgrund dieser Schrift Borchardt das Recht ab, weiterhin im Namen der ISD zu sprechen. S. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 36.
21) Julian Borchardt, Revolutionshoffnungen, p. 7.
22) Es handelte sich um: Karl Erdmann, England und die Sozialdemokratie, Berlin 1917. S. Borchardts Rechtfertigung in der "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 15. Die Redaktion erkannte die Rechtfertigung nicht an. Vgl. auch: Julian Borchardt, Ich und der U-Bootkrieg, ein Wort der Abwehr, Berlin 1917.

an der Neuen Internationale in seinen "Lichtstrahlen" eine Plattform"[23] geboten zu haben. - Als Borchardt nach der November-Revolution wieder die "Lichtstrahlen" herauszugeben begann, nahmen die "Bremer Linken" - die zwischen der November-Revolution und der Gründung der KPD (S) als "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) firmierten - eine skeptisch abwartende Haltung ein[24]. Das Organ der "Freien Vereinigung" empfahl die Lektüre der "Lichtstrahlen". Borchardt hatte jedoch den Kontakt mit der radikalen Arbeiterbewegung verloren und seine Publikationen wurden in seltsamer Weise beziehungslos zur politischen Gegenwart[25]. Die IKD hatten sehen wollen, ob sich Borchardt "ins Feuer des proletarischen Klassenkampfes" an der Seite des "Spartakus"-Bundes begeben werde, oder ob er seine Berliner Anhänger wiederum zu einem Debattierklub zusammenfassen wolle. Borchardt entschied sich in der Folge für den Diskutierklub; er blieb bis zu seinem Tode (1932) parteiloser Sozialist.

5. Die Hamburger Linksradikalen

Die Hamburger Oppositionellen hatten in der linksradikalen Bewegung während des Krieges insofern eine Sonderstellung inne, als sie sich dem Internationalismus der ISD nicht anschlossen. Diese nationalen Vorbehalte wirkten sich aber erst viel später - nach dem Ausschluß der Wortführer der Hamburger Linksradikalen auf dem zweiten Parteitag der KPD (S) im Oktober 1919 - aus. In ihrem Kampf gegen die "Burgfriedens"-Politik der "Instanzen" unterschieden sie sich nicht von den ISD. Laufenberg, der - wie bereits erwähnt - 1907 durch Franz Mehring nach Hamburg gerufen worden war und schon 1912 wegen seines militanten Radikalismus mit den Parteiinstanzen aneinander geriet, und Fritz Wolffheim, der bis 1913 Redakteur eines IWW-Organs in den USA gewesen war, bildeten den Mittelpunkt der Opposition aus den Mitgliederreihen, die den lokalen SPD-Vorständen vorwarfen, in Befolgung der "Burgfriedens"-Parole vorsätzlich die "imperialistische Na-

23) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 31.
24) S. "Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands" 1. Jg. (1918), Nr. 7. Dort zum Wiedererscheinen der "Lichtstrahlen": "Da es heute jedoch nicht allein auf Zielangabe ankommt, sondern ebenso auf die Methoden des Kampfes, über die sich das erste Heft nicht verbreitet, so wollen wir abwarten was die "Lichtstrahlen" dazu zu sagen haben, ehe wir uns mit ihnen solidarisch erklären".
25) Vgl. z. B. Julian Borchardt, Der kommunistische Aufbau, Berlin 1919. Julian Borchardt, Die Diktatur des Proletariats, Berlin 1919. Julian Borchardt, Kassandrarufe, Heraus aus Not und Tod! Berlin 1919.

tur dieses Krieges"[1] zu verdunkeln. Konkreter Anlaß für das Aufflammen der Opposition war der Regierungs-Aufruf vom 16. 8. 1914 zur allgemeinen Wehrerziehung der Jugend; das "Hamburger Echo", Organ des SPD-Landesverbandes, schloß sich noch im selben Monat diesem Aufruf vorbehaltlos an und wurde dafür gegen die empörten Stimmen aus der Parteimitgliedschaft von den Vorständen in Schutz genommen. Laufenberg und Wolffheim skizzierten die Situation: Mit der einsetzenden Diskussion habe der Gegensatz zwischen den nach der Politik des "Echo" orientierten Führern und den an den alten proletarischen Grundsätzen festhaltenden Massen aufbrechen müssen. "Jede Kritik im Sinne der Massen erschien und mußte erscheinen als Auflehnung gegen die Ansichten und Beschlüsse der Führer"[2]. Eigentliches Ziel der sich in dieser Auflehnung manifestierenden Opposition schien es Laufenberg und Wolffheim zu sein, "zeitgemäße Änderungen in der Organisationsform des deutschen Proletariats hervorzubringen"[3]. Die Vorschläge zur Organisationsreform, die die Massen zu Trägern der Organisation und der künftigen Aktion machen sollten, waren nicht wesentlich verschieden von denen, die Fritz Rück später im Namen des "Spartakus"-Bundes auf dem Gründungskongreß der USPD vortrug. In allen politischen Fragen von Groß-Hamburg sollte die Landesorganisation als die Repräsentantin der Mitgliedschaft die oberste Instanz sein. Alle politischen Redakteure und alle politischen Beamten hätten sich jährlich in der Landesorganisation zur Wahl zu stellen. Von den Reichstagsabgeordneten verlangte man, daß sie vor allen wichtigen Abstimmungen die Anweisungen der Vertrauensleute entgegennehmen und ihre parlamentarische Tätigkeit dauernd zur Diskussion stellen sollten[4]. - Wenn Laufenberg später behauptete, die Hamburger und die Bremer Opposition habe schon während des Krieges in Organisationsfragen eine von der "Spartakus"-Gruppe grundsätzlich verschiedene Position gehabt[5], so traf das nur zu, soweit die "Spartakus"-Gruppe durch Rosa Luxemburg repräsentiert war. Ein deutlicherer Unterschied zwischen der Hamburger Opposition und der "Spartakus"-Gruppe ist in der Laufenberg-Wolffheimschen Konzeption des politischen Streiks während des Krieges und in ihrem bereits ausformulierten "Nationalbolschewismus" festzustellen. Von diesen beiden Momenten soll vorerst nur die Idee des politischen Streiks betrachtet werden. - Nachdem sie in einer ersten, im Privatdruck verlegten Broschüre im September 1914 den imperialistischen Charakter des Krieges bloßgestellt hatten[6], entwickelten die beiden Wortführer der Hamburger Opposition in einer weiteren Publikation und an Laufenbergs Vorkriegsschrift über den politischen Streik anknüpfend ihre Vorstellungen von der Form der fälligen Massenaktionen[7]. Ganz im Rahmen der radikalen Kritik der Vorkriegszeit blieb die Beurteilung des Parlamentarismus: "Als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie kann der moderne Parlamentarismus nicht die Abdankung der Bourgeoisie bringen"[8]. Zur Gewerkschaftsfrage hingegen taucht eine neue Idee auf, deren Ursprung ohne jeden Zweifel auf Fritz Wolffheims Tätigkeit für die "Industrial Workers of the World" (IWW) als Redakteur des "Vorwärts der Pacific-Küste"[9] in San Francisco zurückgeht[10]. - Entsprechend den Veränderungen in der modernen Industrie haben auch die Gewerkschaften - nach Meinung Laufenbergs und Wolffheims - ihre Organisation und Taktik zu ändern. Bei der fortschreitenden Zentralisation der Industrie in den Händen weniger kleiner Unternehmergruppen durch Syndizierung und Kartellisierung ganzer Industriezweige können die Arbeitnehmer einzig in der Form des Industrieverbandes dem Kapital wirksam entgegentreten. Die Form des Industrieverbandes, deren Fürsprecher in den "Freien Gewerkschaften" zu jener Zeit erst eine kleine Minderheit darstellten und die sich erst nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland durchsetzte, sollte aufbauen auf Betriebsorganisationen als den untersten Zellen. "Der Form der monopolisierten Industrie entspricht auf seiten der Arbeiter der reine Industrieverband auf der Grundlage der Betriebsorganisationen"[11]. Der Erfolg der wirtschaftlichen Massenaktionen, die von dieser organisatorischen Grundlage aus geführt werden sollen, werde weniger von der finanziellen Unterstützungskraft der Verbände abhängen als davon, daß es gelinge, auch die unorganisierten Massen in Bewegung zu setzen. Gelingt dies, so wird "der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktion ... auf das politische Gebiet verschoben; die wirtschaftliche Teilaktion wird zur politischen Aktion der ganzen Klasse"[12] und richtet sich gegen die politische Macht der Unternehmerklasse.

1) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz, Organisation, Krieg und Kritik, Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg o.J. (März 1915), p. 8.
2) Ibidem, p. 34.
3) Ibidem, p. 75.
4) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz, op. cit., p. 75.
5) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 2.

6) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Imperialismus und Demokratie, Hamburg o.J. (1914).
7) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915.
8) Ibidem, p. 48.
9) Vgl. dazu das Vorwort zu Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 5 ff.
10) Es ist nicht ganz zutreffend, wenn Peter von Oertzen (op. cit., p. 48) in seiner detaillierten Darstellung der deutschen Rätebewegung behauptet, daß sich bei Laufenberg und Wolffheim (trotz des letzteren IWW-Vergangenheit) keinerlei Andeutungen des revolutionären Rätegedankens finden. P. von Oertzen übersieht die drei Kriegsbroschüren Laufenbergs und Wolffheims.
11) Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 55.
12) Laufenberg/Wolffheim, Demokratie und Organisation, p. 66.

Nicht nur das Betriebsorganisations- und Industrieverbands-Prinzip der IWW, einer amerikanischen Ausprägung des revolutionären Syndikalismus, ist 1915 in Laufenbergs und Wolffheims Programm für die Gewerkschaften enthalten; in der Vorstellung vom Umschlag der wirtschaftlichen in die politische Aktion steckt auch die syndikalistische Idee des Generalstreiks als Einleitung der sozialen Revolution. Die beiden Autoren beteuerten 1915 noch, daß es sich nicht "um die Zertrümmerung der bestehenden Verbände" handele, sondern um deren "durch die Verhältnisse geforderte Umformung"[13]. Auch firmieren diese Ideen noch nicht unter dem Begriff des Unionismus. Da Laufenberg und Wolffheim aber versichern, daß die in den drei Kriegsbroschüren vertretenen Ideen "nicht nur die persönlichen Auffassungen der Autoren zum Ausdruck brachten, sondern die Anschauung der reifsten und klarsten Köpfe innerhalb der Arbeiterschaft selbst"[14], kann es als sicher gelten, daß in Hamburg bereits während der Kriegsjahre unionistische Vorstellungen diskutiert wurden; Hamburg blieb auch später der Umschlagort und das Ausstrahlungszentrum des deutschen Unionismus nach dem Vorbild der "Industrial Workers of the World".

6. Die spontanen Streikbewegungen und die Verselbständigung lokaler Gewerkschaftsorganisationen

Mit der Empörung gegen die "Instanzen"-Politik in der SPD ging die Oppositionsbewegung gegen die Politik der Vorstände der "Freien Gewerkschaften" einher. In der radikalen politischen Opposition zeichneten sich - wie dargestellt - die Grundpositionen der Entstehungsphase der späteren KPD ab. Aus der Opposition in den wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen entstand während des Krieges unmittelbar die Grundlage für die spätere Massenbasis des deutschen Syndikalismus und der sich ihm nähernden linkskommunistischen Gewerkschaftsorganisationen. - Die Vorkriegskritik an den Gewerkschaften aus dem Lager der Radikalen schien nachträglich gerechtfertigt durch das Verhalten der Vorstände der "Freien Gewerkschaften" im August 1914. Man erklärte in weiten Kreisen diesen "Verrat der Gewerkschaftsführer" mit den Schlagworten der "Bürokratisierung", "Apparatisierung" und des "Bonzentums"[1]. Neben der freiwilligen Aufgabe des Streikrechts

13) Ibidem, p. 76.

14) Laufenberg/Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus, p. 3.

1) Vgl. dazu Rudolf Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918-1925, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den Freien Gewerkschaften, Diss. phil. (masch.) Hamburg 1954, p. 3 f.

durch den "Burgfriedens"-Beschluß vom August 1914 war insbesondere die durch das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 bewirkte Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer der Gegenstand der Kritik innerhalb der Gewerkschaften[2]. "All diese Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch beruhen nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder, sondern entspringen durchweg dem autokratischen Machtbewußtsein dieser Instanzen"[3], hieß es Ende Februar 1918 z. B. auf dem außerordentlichen Verbandstag der Kürschner. Die Auflehnung gegen diese autokratischen Maßnahmen war schon 1915 in der internen Auseinandersetzung der einzelnen Gewerkschaften bemerkbar[4]. Im Juni 1917 wurde dann z. B. eine Resolution der 13. ordentlichen Generalversammlung des innerhalb der "Freien Gewerkschaften" schon damals bedeutendsten Metallarbeiterverbandes mit nur 77 gegen 44 Stimmen abgelehnt, in der es u. a. zur "Haltung der Verbandsinstanzen zu den im Krieg aufgeworfenen Fragen" hieß:

"Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation. Der Wille der Mitglieder ist das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Das schließt jede Instanzenpolitik aus. Den Mitgliedern muß innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein ... Gegen diese Haltung (die Unterstützung der Regierung, d. Verf.), besonders bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, erhebt die Generalversammlung den allerschärfsten Protest ... Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die Versuche der Generalkommission und der Vorständekonferenz, die Gewerkschaften auf die Politik des 4. August festzulegen - diese Versuche führen zu einer unheilvollen Instanzen-Politik und untergraben die demokratischen Grundlagen der Organisation"[5].

Das profunde Mißtrauen gegen die Arbeiterführer des August 1914, das schon im Zusammenhang mit der Gründung der USPD als der konstan-

2) Das Hilfsdienstgesetz wird von einer zeitgenössischen Polemik aus den Reihen der USPD als "die tatkräftigste Unterstützung der Kriegspolitik von seiten der Gewerkschaften" bezeichnet. S. Hermann Liebmann, Die Politik der Generalkommission; ein Sündenregister der Zentralvorstände der Freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919, p. 48. Vgl. dort auch zu den geschichtlichen Ursachen des "Burgfriedens"-Beschlusses.

3) Zitiert bei: Paul Lange, Die Politik der Gewerkschaftsführung von 1914 - 1919, Berlin 1919, p. 23.

4) Vgl. dazu: Emil Lederer, Sozialpolitische Chronik: Die Gewerkschaftsbewegung 1914/16, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXXXV (1916/17), p. 285 ff.

5) Zitiert bei: Philipp Alexander Koller, Das Massen- und Führerproblem in den "Freien Gewerkschaften", Tübingen 1920, p. 93 f. Diese Publikation erschien als Ergänzungsheft Nr. 17 des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik; das Archiv setzte die mit Robert Michels' Aufsätzen begonnenen Untersuchungen über das Bürokratisierungsphänomen damit am Beispiel der Gewerkschaften fort.

teste sozialpsychologische Faktor für die Bildung der neuen Linksgruppierungen festgestellt wurde, tritt auch hier klar zu Tage. Die Schlußfolgerungen, die daraus hergeleitet wurden, reichten von der Forderung des bloßen Auswechselns der kompromittierten Führergarnitur der "Freien Gewerkschaften" bis zur quasi-syndikalistischen völligen Selbstbestimmung der lokalen Gewerkschaftsorganisationen. Der größere Teil der Unzufriedenen neigte zweifellos zur gemäßigteren Lösung des Oligarchieproblems entsprechend den gemäßigten Dezentralisierungsforderungen der USP-Mehrheit; die USPD wurde seit ihrer Gründung im April 1917 zum organisatorischen Träger auch der gewerkschaftlichen Oppositionsbewegung. Der Gründungskongreß hatte den systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaftsverbände gefordert und die Organisierung der auf der Seite der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder[6]. In den Kreisen der linksradikalen Gruppen hingegen zeigte man vorerst kein Interesse am Organisieren der gewerkschaftlichen Opposition; so lehnte eine Reichsdelegiertenkonferenz des "Spartakus"-Bundes im Oktober 1918 eine Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage mit der Begründung ab, zur Zeit sei die Haltung der Gewerkschaften für das politische Geschehen von untergeordneter Bedeutung[7].

Angesichts der Fortdauer des Krieges, der zunehmend schwierigeren Versorgungslage im Reiche und schließlich unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Rußland trat im April 1917 die Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften in der Form spontaner Streiks im ganzen Reich zuerst offen zu Tage; sie schwoll in den Januarstreiks des folgenden Jahres an und brach nach der Novemberrevolution vollends los. Diese "wilden" Streiks - zwar genau dem syndikalistischen Postulat der direkten Aktion und der Forderung der spontanen Massenaktion, wie sie von den sozialdemokratischen Linksradikalen vor dem Krieg formuliert worden war, entsprechend - entstanden allerdings ganz ohne vorbedachtes Programm als unmittelbare Selbsthilfemaßnahme der Arbeiter aus ihrer wirtschaftlichen Notlage heraus. Daß gegen diese Streiks von seiten der Generalkommission gelegentlich in Zusammenarbeit mit Militärbehörden[8] repressiv vorgegangen wurde, verstärkte nur die Kluft zwischen den Oppositionellen und den Gewerkschaftsführern.

"Da die gegenwärtigen Massenstreiks im deutschen Reich gegen den Willen der Zentralleitung der deutschen Gewerkschaften entstanden sind und den

6) Vgl. dazu: Rudolf Rettig, op. cit., p. 6 ff.

7) S. Ibidem, p. 9 f.

8) S. dazu: Hermann Liebmann, op. cit., p. 50 ff.

großen Umfang angenommen haben, ergibt sich, daß die Generalkommission das Vertrauen der Massen nicht mehr besitzt"[9].

Das kam unmißverständlich zum Ausdruck in den Orten, wo die Opposition die Mehrheit bildete; dort verjagte man in der Regel die alten Funktionäre, behielt die Beitragszahlungen an die zentralen Organisationsinstanzen inne und reorganisierte sich auf lokaler Ebene[10]. Wie die Methode der direkten Aktion, so war auch dieser "Lokalismus", - die sich somit ergebende faktische Autonomie der untersten Organisationseinheiten - das unmittelbare Ergebnis aus der besonderen Situation der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland und nicht das Resultat syndikalistischer oder übriger linksradikaler Agitation. Auf dieser sozialen Basis, der breitgelagerten Disposition zur unmittelbaren Selbsthilfe (direkten Aktion) und lokalen Autonomie als Reaktion auf die durch die "Burgfriedens"-Politik kompromittierten Zentralinstanzen (Föderalismus), erhielten dann nach der ersten revolutionären Enttäuschung in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 die syndikalistischen und linkskommunistischen Gewerkschaftsorganisationen Massenzulauf.

Die syndikalistischen und unionistischen Theorien traten zwar erst nach der Novemberrevolution in Erscheinung und dienten der Selbstverständigung der in der Arbeiterbewegung bereits voll ausgeprägten Tendenzen. Doch setzte diese Entfaltung der neuen wirtschaftskämpferischen Ideologien nicht unvermittelt ein. In der Gewerkschaftsopposition wurden Überlegungen über die Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege angestellt, die direkt zum Unionismus hinführen mußten oder diesen bereits in Ansätzen vorwegnahmen. Spuren dieser theoretischen Versuche finden sich zahlreich in der Bremer "Arbeiterpolitik". Sie begannen etwa gleichzeitig mit den ersten großen spontanen Streikbewegungen seit Anfang 1917. In einem Beitrag vom März 1917[11] wird der Organisationsfetischismus der Gewerkschaften angeführt als Ursache ihrer "Burgfriedens"-Politik und ihrer Unzulänglichkeit für jeden ernsthaften Kampf mit dem Kapital. Gegen die - also bereits zirkulierende - Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften!"[12] werden noch Vorbehalte angemeldet, die in den späteren Beiträgen zur Gewerkschaftsfrage fielen. Zu den neuen Formen der gewerkschaftlichen Organisation wird erwogen, daß die Kämpfe mit dem Kapital nach dem

9) So im Februar 1918 der Zentralverband der Handlungsgehilfen, zitiert bei Paul Lange, op. cit., p. 22.

10) Die bereits erwähnte Resolution der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes im Juni 1917 hatte z. B. das Einbehalten der Beitragsgelder gefordert. Weitere Beispiele für diese Vorgänge bei Philipp Alexander Koller, op. cit., p. 99 f.

11) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 12: Gewerkschaftsprobleme.

12) Ibidem.

Kriege einen "ausgeprägten Charakter von spontanen Machtproben haben werden, bei denen schwer organisierbare Elemente den Ausschlag geben: ungelernte, weibliche und jugendliche Arbeiter'"[13]. Um solchen Kämpfen gerecht zu werden, "müßte die künftige Organisation beweglicher und anpassungsfähiger gestaltet werden'"[14]. Die bürokratiefördernden Unterstützungseinrichtungen würden wegfallen und die Berufsorganisation ebenso, da sie durch die Entwicklung der modernen Großindustrie überholt seien. "Die Entwicklung muß über den Industrieverband hinaus zu einer Organisation auf breitester Grundlage geführt werden, die sich, natürlich angepaßt, auf Betriebe gliedert (?, gemeint "stützt", d. Verf.)'"[15]. Man erkennt das Gewerkschaftsprogramm der Hamburger Linksradikalen wieder, das unter dem Einfluß des ehemaligen IWW-Redakteurs Wolffheim formuliert wurde[16].

Eine weitere Resonanz in der gewerkschaftlichen Opposition hatte offenbar eine andere Idee, die - wie der Hamburger Unionismus von Wolffheim und Laufenberg - nach dem Kriege von Otto Rühle zur revolutionären Theorie entwickelt wurde: die Idee der Einheitsorganisation. Der erste Aufsatz, der diese Idee darlegt, erschien im Juni 1917 in der "Arbeiterpolitik'"[17]. In noch unsicheren und nicht gerade geschickten Wendungen ruft der Aufsatz zur Diskussion der neuen Organisationsform auf, die der Tatsache gerecht werde, daß der Arbeiter "nicht zwei Seelen, eine Gewerkschaftsseele und eine Parteiseele'"[18] habe. Über die konkrete Form der neuen Organisation brachten auch die zahlreichen nachfolgenden Artikel über die "Einheitsorganisation" nicht viel Klarheit. Der Aufruf vom Juni 1917 sah vor:

"Die neue Organisation muß eine großzügige in sich selbst abgeschlossene, aber doch fein gegliederte Organisation der Arbeit sein. Die einzelnen Berufe bilden darin Sektionen, worin sie ihre eigenen Berufsinteressen vertreten können. Da aber die Fühlung mit den anderen Berufszweigen eine innigere sein wird wie bei den heutigen Kartellen, so wird auch ihre Politik mehr Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nehmen müssen. Da aber die neue Organisation zugleich politisch ist, wird es möglich sein, daß sie ihre Parlamentsvertreter aus ihrer Mitte wählt'"[19].

13) Ibidem.
14) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 12.
15) Ibidem.
16) Vgl. oben den Abschnitt über die Hamburger Linksradikalen.
17) "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 22: Die Grundlegung einer neuen Arbeiterorganisation. Der Artikel wurde von der Redaktion der "Arbeiterpolitik" so eingeleitet: "Aus Gewerkschaftskreisen wurden uns eine Reihe Artikel zur Verfügung gestellt, die deutlich zeigen, daß auch in den konservativen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, jetzt endlich der Geist der Zeit zu wirken beginnt".
18) Ibidem.
19) Ibidem.

In kurioser Weise glaubte man zu dieser Zeit noch, die Einheitsorganisation mit dem Parlamentarismus vereinigen zu können. Auch stellte man sich die neue Einheitsorganisation noch nach Berufen gegliedert vor. Später trat das Betriebsorganisations- und Industrieverbandsprinzip an die Stelle der Berufsgliederung, die Institution des Parlaments lehnte man strikte als Relikt der bürgerlichen Epoche ab. Man versprach sich von der neuen Organisation eine Ballung der oppositionellen Energien der Arbeiterschaft, die Verminderung des "Bureaukratismus" und geringere Beiträge, "da das Unterstützungswesen überflüssig ist'"[20]. In den weiteren Artikeln zur Einheitsorganisation[21] wurde kann klar, daß die Bremer Linksradikalen in dieser die Alternative zu den alten Gewerkschaftsverbänden zu sehen begannen[22]. In dem Maße, wie sich die "Arbeiterpolitik" der Propagierung dieser Idee öffnete, trat in ihr die spätere linkskommunistische Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" hervor.

Zeitgenössiche Beobachter glaubten, die Wirksamkeit syndikalistischer Ideen bereits in den Streiks der Berliner Rüstungsindustrie im Februar und März 1918 feststellen zu können[23]. Gerade in Berlin, der bei weitem stärksten Bastion der "Freien Vereinigung" vor 1914, ist es durchaus wahrscheinlich, daß die syndikalistische Agitation innerhalb der Opposition eine gewisse Rolle gespielt hat. Selbst bei diesen Bezeugungen ist jedoch nicht sicher, ob man nicht die Tendenz mit der Sache verwechselte, wie etwa Carl Legien, der die bereits zitierte oppositionelle Resolution der 13. ordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes als "anarcho-syndikalistisch" bezeichnete[24], als welche sie in irgendeinem historisch sinnvollen Verständnis nicht zu benennen war. Zu Beginn des Krieges hatte die syndikalistische "Freie Vereinigung" durch ihre mutigen Anti-Kriegsdemonstrationen eine kurze Rolle in der Arbeiteropposition gegen die "Burg-

20) Ibidem.
21) S. "Arbeiterpolitik" 2. Jg. (1917), Nr. 52; 3. Jg. (1918), Nr. 13, 19, 20, 26, 34, 42 usw.
22) Vgl. "Arbeiterpolitik" 3. Jg. (1918), Nr. 20: Zur Reorganisation der Gewerkschaften: "Der um die Unabhängigen gruppierte Teil will eine Reorganisation der Gewerkschaften, indem der Verbleib innerhalb derselben empfohlen, vor Austritt aber gewarnt wird. - Wir Linksradikalen erkennen jedoch hierin eine den Unabhängigen zur zweiten Natur gewordene Halbheit, die an dem ganzen System nicht das Geringste ändern kann. Wir wünschen und erstreben zunächst den Austritt aus den Gewerkschaften, um der Einheitsorganisation den Boden zu bereiten". - Den jüngeren Untersuchungen über den Ursprung des Rätegedankens in der deutschen Revolution blieben nicht nur die unionistischen Ideen der Hamburger Linksradikalen, sondern auch diese Bewegung für die Einheitsorganisation als unmittelbar vorbereitende Tendenzen verborgen.
23) S. Emil Lederer, Sozialpolitische Chronik: Die Gewerkschaftsbewegung 1916/18, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXXXVI (1918/19), p. 844 ff. S. auch: von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 50 ff.
24) S. Philipp Alexander Koller, op. cit., p. 79.

frledens"-Politik gespielt; nachdem ihre Organisation jedoch zerschlagen, ihre Presse verboten worden war und eine Reihe von Redakteuren sich wegen antimilitaristischer Propaganda im Gefängnis befand[25], war an eine auch nur sporadisch wirksame organisatorische Agitation in der Illegalität kaum mehr zu denken. Fritz Kater sorgte bis zur Novemberrevolution für die illegale Verbindung zwischen den Organisationsresten[26] und schuf so die Voraussetzungen für das überraschend schnelle und energische agitatorische Hervortreten der "Freien Vereinigung" bereits im November 1918. Ebenso unbedeutend wie der Einfluß des deutschen Syndikalismus war der Einfluß der übrigen linksradikalen Kreise auf die Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften während des Krieges. Auch die Hamburger unionistische Propaganda und die Bremer Agitation für die Einheitsorganisation blieben von lokal begrenzter und untergeordneter Bedeutung. - Die tatsächliche tendenzielle Annäherung oppositioneller Teile der deutschen Gewerkschaften an syndikalistische Organisations- und Aktionsprinzipien vollzog sich unabhängig von der syndikalistischen und übrigen linksradikalen Agitation; das Aufleben dieser Agitation seit Mitte 1917 war eher eine Folgeerscheinung als die Ursache jener spontan entstandenen Annäherung.

25) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 192 ff.
26) So Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 17.

IV. DIE ENTFALTUNG DER LINKSRADIKALEN TRADITIONEN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19: DIE PHASE DER LINKSRADIKALEN AKTIONSEINHEIT

1. Der Sieg der linkskommunistischen Tendenz auf dem Gründungsparteitag der KPD (S)

Die bisherige Darstellung der Grundlagen des Linkskommunismus und des Syndikalismus zwischen 1890 und 1918 konnte sich auf die Analyse immanenter Organisationskonflikte beschränken, da die beiden linksradikalen Traditionen lediglich - auch im Falle organisatorischer Verselbständigung - Epiphänomene der deutschen Sozialdemokratie blieben; eine politische Rolle spielten sie nicht. Bereits während des ersten Weltkrieges begannen sie jedoch, in der Opposition und durch die Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der SPD einen - wenn auch vorerst geringfügigen - politischen Faktor auszumachen. Die kräftige Weiterentwicklung der beiden radikalen Traditionen nach dem November-Umsturz von 1918 erhöhte ihre politische Relevanz innerhalb des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterschaft. Sobald diese Traditionen nicht mehr sektenhaft isoliert abseits der tagespolitischen Vorgänge, sondern handelnd und erleidend im politischen Kräftefeld stehen, bedarf die organisationssoziologische Perspektive der Erweiterung durch die Beschreibung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entwicklung. Die organisatorische Verselbständigung, Konsolidierung und Desintegration der beiden in der KAPD, der AAUD und der FAUD zusammengefaßten linksradikalen Traditionen, die sich zwischen der November-Revolution und dem Ende der Inflationsperiode vollziehen, sind weitgehend Reflexe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung in Deutschland, mit anderen Worten: Reflexe des Enwicklungsganges der deutschen Revolution.

Die politische Umwälzung vom 9. November 1918 war von der Mehrheitssozialdemokratie nicht gewollt, von den Linksradikalen zwar gewollt, aber nicht inszeniert; sie war das Ergebnis der spontanen Erhebung der Arbeiter und Soldaten gegen den immer sinnloser erscheinenden Krieg und das materielle Elend, das dieser mit sich gebracht hatte[1]. Nach Kriegsende und nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde unter der Regierung der Mehrheits- und Unabhängigen Sozial-

1) Vgl. dazu: Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, p. 202. S. neuerdings die hervorragende Zusammenfassung der Diskussion um den Charakter der Novemberrevolution bei: Peter von Oertzen, op. cit., p. 51 ff.

demokratie aus dieser Revolte in linksradikaler Sicht bald eine "Erhebung der friedensbedürftigen Sozialpolitiker"[2]. Der Kampf der Linksradikalen um den Ausbau der spontan etablierten Organe der Revolution, der Arbeiter- und Soldatenräte, wurde bereits auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 zugunsten des bürgerlich-parlamentarischen Systems, d.h. der Nationalversammlung, entschieden. In der noch unmittelbar revolutionären Situation des 15. November 1918 bahnte die Generalkommission der "Freien Gewerkschaften" in Verhandlungen bereits die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden an. Die mehrheitssozialdemokratische Regierung Eberts glaubte sich Ende 1918 schon gezwungen, Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee gegen die rebellierende Volksmarinedivision zu Hilfe rufen zu müssen. Es war bald offensichtlich, daß sich an der realen Machtstruktur in Deutschland wenig geändert hatte: Sowohl Wirtschaft und Militär, wie der Verwaltungs- und Justizapparat des wilhelminischen Deutschland blieb im wesentlichen erhalten. Das politische System der Monarchie war zusammengebrochen, an seiner Stelle war unter sozialdemokratischer Regierung ein bürgerlich-demokratisches System im Begriffe, sich zu verwirklichen. Im Dezember 1918 war die große Mehrheit der Arbeiterschaft, die hinter der SPD stand, bereit, sich mit diesem System zu begnügen. Die kleine Minderheit der Linksradikalen erstrebte unter der Parole "Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution!" mit im einzelnen unterschiedlichen Zielvorstellungen den nächsten Schritt der sozialen Revolution. Dieses Kräfteverhältnis veränderte sich erheblich in den folgenden Monaten. Am 29.12.1918 schieden die USP-Vertreter aus der seit dem 10. November bestehenden Regierung des Rates der Volksbeauftragten aus als Protest gegen das Verhalten Eberts und Scheidemanns zu den Kämpfen gegen die Volksmarinedivision. Sie sahen in den Mehrheitssozialdemokraten die Gefangenen der militärischen Gegenrevolution[3]. In der weiteren Entwicklung geriet die SPD-Regierung mit der durch Noske repräsentierten gewaltsamen Repressionspolitik gegen die proletarischen Insurgenten immer mehr in die Abhängigkeit der kaiserlichen Offiziere; andererseits und in Reaktion darauf setzte in der deutschen Arbeiterschaft eine "rapide Massenflucht nach links"[4] ein. Verursacht durch die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die große Mengen bisher nicht organisierter Arbeiter politisierte, und ausgelöst durch den "Spartakus-Aufstand" im

2) Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik; vgl. seine Analyse der Politik des Rates der Volksbeauftragten, p.27 ff.

3) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p.48 f.

4) Heinrich Ströbel, Die deutsche Revolution, p.102; die Mitgliederzahl der radikalisierten USPD stieg von 100 000 im November 1918 auf 300 000 im Februar 1919.

Januar 1919 und dessen brutale Niederkämpfung, entstand bis zum April 1919 eine Kette von Massenstreiks und bewaffneten Kämpfen im ganzen Reich, die mit dem Ende der Bayrischen Räterepublik Anfang Mai 1919 abbrach. - Während dieser Phase nahm der Zulauf zu den linksradikalen Gruppierungen, der schon während des Krieges eingesetzt hatte, abermals zu. Von der Massenflucht nach links profitierten außer der USPD auch die linksradikalen Gruppierungen; hier wie in ihrer späteren Entwicklung sind diese traditional disparaten Tendenzen denselben soziologischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen und zeigen weitgehend analoge Erscheinungen der Verfestigung und des Verfalls . - In der ersten durch Massenstreiks und bewaffnete Aufstände charakterisierten Entwicklungsphase der deutschen Revolution vom November 1918 bis Mai 1919 kämpften die Anhänger der jüngeren und der älteren Tradition des deutschen Linksradikalismus unter den gleichen Parolen nebeneinander; es ist die Phase der linksradikalen Aktionseinheit. Die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" empfahl im Dezember 1918 ihren Mitgliedern, sich einer der links stehenden Parteien anzuschließen; die seit November 1918 "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD) firmierenden ISD vereinigten sich mit der "Spartakus"-Gruppe am Jahreswechsel 1918/19 zur "Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)".

Nicht mehr den Einschränkungen der Illegalität unterworfen, durch die Massenflucht der Arbeiterschaft nach links und durch die revolutionäre Situation gefördert, hatte die organisatorische Verfestigung der beiden linksradikalen Traditionen nach dem 9. November 1918 erhebliche Fortschritte gemacht. Der "Spartakus"-Bund und die ISD waren bisher immer noch "erst Föderationen lokaler Gruppen, die in fast allen größeren Städten bestanden, noch keine Parteien"[5]. Beide kamen aber dem Ziel der eigenen Organisationsbildung in den Monaten November und Dezember 1918 ein Stück näher. - Am 23.11.1918 nahm der Bremer Vorort der ISD einen Antrag Johann Kniefs an, der die Umbenennung der Bewegung in "Internationale Kommunisten Deutschlands" vorschlug[6]. In Bremen erschien neben der "Arbeiterpolitik" ab 27.11. 1918 die Tageszeitung "Der Kommunist" als Flugzeitung der IKD, die in den ersten Monaten von Knief redigiert wurde und vom Januar bis April 1920 als "Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands" wei-

5) Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p.327.

6) Vgl. dazu den Bericht in: "Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands" 1.Jg.(1918), Nr.2. Die Wahl dieses Namens wurde später ("Kommunist" 1. Jg.(1918), Nr.10) so begründet: "Der Kommunismus von 1848 stellte dem "wahren" oder "deutschen" Sozialismus, der die Ideologie des Kleinbürgertums war, die Weltanschauung des Proletariats gegenüber. - Der Kommunismus von 1918 stellt dem kapitalistisch-imperialistischen Sozialismus den Kampf des Proletariats entgegen".

ter erschien. In Berlin war Werner Möller[7], neben Johann Knief der eifrigste Mitarbeiter an der "Arbeiterpolitik" und zuvor schon Mitglied der "Lichtstrahlen"-Gruppe, für die IKD tätig. In Dresden erschien gleichfalls ab November 1918 eine Flugzeitung der IKD mit dem Namen "Der Kommunist", die ab Januar 1919 als Organ der KPD (S) und vom April 1920 bis 1921 als Organ der KAPD herausgegeben wurde. Am 1. Dezember 1918 fand in Dresden eine große Gründungsversammlung der IKD Sachsens statt, bei der Otto Rühle führend hervortrat. Die IKD schienen sich im Reichsmaßstabe zu konsolidieren. Die Hamburger Linksradikalen um Laufenberg und Wolffheim, die während des Krieges das Etikett ISD nicht übernommen hatten, solidarisierten sich noch im November 1918 mit den IKD.

In der neuen Phase der bewaffneten Kämpfe nach dem 9. November stellte sich nahezu selbsttätig die Solidarität aller linksradikalen Tendenzen her; so auch zwischen den IKD und dem "Spartakus"-Bund. Der Bremer "Kommunist" schrieb am 5. Dezember 1918: "Wir bekennen uns restlos zu den revolutionären Aktionen des "Spartakus"-Bundes, zu der ihnen zugrunde liegenden Kampfmethode, die die des Bolschewismus ist, und zu ihrer Durchführung. Wir werden weiter alle unsere Kräfte aufbringen, um sie allerorts durch gleiche Aktionen zu unterstützen"[8]. In der Diskussion taktischer Fragen bestanden die während der Kriegsjahre formulierten Gegensätze weiter. Die ISD hatten um den 9. November wie der "Spartakus"-Bund die Losung "Alle Macht den Räten!" ausgegeben[9]. Wie der "Spartakus"-Bund waren sie überzeugt, daß der 9. November nur der erste Schritt der sozialen Revolution sei[10]; Pannekoek schrieb am 23. November, von der russischen Revolution von 1905 sei mit Recht gesagt worden, daß sie eine bürgerliche Revolution gewesen sei, mit proletarischen Mitteln vom Proletariat durchgeführt; dasselbe gelte für die deutsche Revolution; sie habe die bürgerliche Demokratie erkämpft durch die Massenkraft des Proletariats[11]. Im Gegensatz zum "Spartakus"-Bund waren die IKD aber nicht der Meinung, daß diese etablierten Arbeiter- und Soldatenräte Vehikel der Revolution sein könnten; da in ihnen die USP-Vertreter allerorts in der Mehrheit seien und da sie als Produkte der spontanen

7) S. den biographischen Anhang.
8) "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 8.
9) Am 9. November 1918 stellte die "Arbeiterpolitik" in einem Flugblatt an das deutsche Proletariat folgende Gegenwartsforderungen: "Zur Erzwingung und Übernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuß muß durch Unterkommissionen sich der Ressorts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden". "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 45.
10) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 47.
11) Ibidem.

Massenbewegung "verworren wie die Bewegung selbst"[12] seien, sahen die IKD weiter ihre gegenwärtige Hauptaufgabe darin, "überall Klärung zu schaffen"[13], d. h. klare Fronten zu schaffen in der Arbeiterbewegung zwischen den "Sozialpatrioten" (SPD und USPD) und den revolutionären Kräften, als die sie sich selbst verstanden. Aufgrund ihrer kritischeren Einschätzung der bestehenden Räte[14] blieb den IKD die Enttäuschung erspart, die für Rosa Luxemburg zweifellos die Selbstaufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte sein mußte[15], die sich auf der Dezemberkonferenz 1918 in Berlin mit der Entscheidung für die Einberufung einer Nationalversammlung vollzog.

Am 24. 12. 1918 hielten die IKD eine Reichskonferenz in Berlin ab, die beschickt worden war von der Wasserkante, dem Rheinland, Sachsen, Bayern, Württemberg und Berlin; die Hauptfrage war, ob die IKD selbständig bleiben oder trotz der weiter bestehenden Differenzen mit dem "Spartakus"-Bund zusammengehen sollten[16]. Am gleichen Tage kam es über die Frage der Einberufung eines Parteikongresses, der Stellung nehmen sollte zu den Wahlen zur Nationalversammlung, zum Bruch zwischen der USPD und dem "Spartakus"-Bund. Karl Radek - der ehemalige Mitarbeiter der linksradikalen "Bremer Bürgerzeitung", der im November 1917 nach Moskau gegangen war, dort eine hohe Stellung im Außenministerium innehatte und im Dezember 1918 nach Deutschland zurückkehrte und künftig Lenins Deutschlandpolitik wesentlich beeinflußte - veranlaßte daraufhin trotz des Sträubens Kniefs von den IKD und Jogiches' vom "Spartakus"-Bund, daß die IKD den "Spartakus"-Bund zur Gründung einer gemeinsamen Partei einluden. Obwohl Rosa Luxemburg auch jetzt nicht glaubte, daß die Zeit für die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei reif sei, setzte sich die fusionswillige Mehrheit des "Spartakus"-Bundes durch[17]. Der Gründungskongreß der KPD (S) wurde am 30. 12. 1918 eröffnet. Johann Knief schrieb tags darauf, die Geschichte habe den IKD Recht gegeben; heute sei der "Spartakus"-Bund genötigt, zur organisatorischen Trennung von den Unabhängigen zu schreiten; " und wir hoffen, daß ihm diese reinliche Scheidung möglichst gründlich gelingen wird"[18].

12) So Johann Knief, in: "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 49.
13) S. "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 5. Zu der Kardinalforderung nach "Klärung" vgl. auch: "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 6: Richtungskämpfe, Nr. 15: Aus der Dresdener revolutionären Bewegung, Nr. 24: Was nun kommt, usw.
14) S. besonders Johann Knief: Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, in: "Arbeiterpolitik" 3. Jg. (1918), Nr. 49.
15) S. "Die Rote Fahne", (Organ des "Spartakus"-Bundes) 1. Jg. (1918), Nr. 35: Rosa Luxemburg: Selbstmord des Rätekongresses.
16) S. Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, p. 264.
17) Vgl. dazu Werner T. Angress, op. cit., p. 22 f.
18) Johann Knief: Spartakus und wir, in: "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1919), Nr. 1.

Sicherlich nicht ohne einen gewissen Zweckoptimismus fügte Knief hinzu, was jetzt noch an Differenzen bestehe, beziehe sich in der Hauptsache auf organisatorische Fragen[19]. Die in der Diskussion des Verschmelzungskongresses des "Spartakus"-Bundes mit den IKD tatsächlich hervortretenden organisatorischen und taktischen Differenzen zwischen den Führern des "Spartakus"-Bundes und der Mehrheit der Delegierten, die die IKD einschloß, waren allerdings so erheblich, daß sie während der folgenden etwa 16 Monate zu schwersten innerorganisatorischen Kämpfen führten, die bisweilen die Existenz der jungen "Kommunistischen Partei Deutschlands" überhaupt in Frage stellten. Der Streit ging um drei Fragen, die für die Stellung der KPD (S) in der Revolution von grundsätzlicher Bedeutung waren. Es ging um die Frage der zentralistischen oder föderalistischen Organisation der Partei selbst, um die Frage der Beteiligung an der Parlamentsarbeit und darum schließlich, ob man innerhalb der bestehenden Gewerkschaften für die Revolution arbeiten solle oder neue gewerkschaftliche Organisationen aufzubauen habe[20]. - Daß gerade diese drei Fragenkomplexe zur Debatte standen, war kein Zufall. Wie in der Betrachtung der traditionalen und sozialen Grundlagen des Linksradikalismus dargetan wurde, waren in den linksradikalen Traditionen verschiedener Provenienz die parlamentarische Tätigkeit der SPD, die reformistische Politik der "Freien Gewerkschaften" und der bürokratiefördernde Zentralismus in den Arbeiterorganisationen die gemeinsamen beständigen Zielpunkte der - im einzelnen unterschiedlich motivierten - Kritik. In welcher besonderen Weise diese Fragen auf dem Gründungskongreß der KPD (S) aktualisiert wurden, soll im Folgenden analysiert werden.

Knief nannte in seinem bereits zitierten Geleitwort zum Gründungskongreß als einzigen verbleibenden Streitpunkt zwischen den IKD und dem "Spartakus"-Bund organisatorische Probleme: "Ohne die Notwendigkeit einer Zentrale zu leugnen, fordern die Kommunisten (d.h. die IKD, d.Verf.), der gegenwärtigen revolutionären Situation entsprechend die größte Selbständigkeit und Beweglichkeit der örtlichen und provinziellen Organisationen"[21]. Im gleichen Sinne schlug Hugo Eberlein[22], der Referent des "Spartakus"-Bundes für Organisationsfragen

19) Ibidem.

20) Vgl. dazu die Darstellung des KAP-Militanten Bernhard Reichenbach, Zur Geschichte der KAPD, p. 119 f.

21) "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1919), Nr. 1.

22) Hugo Eberlein (1887-1940), von Beruf Zeichner, war seit 1906 Mitglied der SPD, während des Krieges Mitglied der "Spartakus"-Gruppe; er war vom 1.-5. und vom 7.-10. Parteitag Mitglied der Zentrale der KPD; er war der einzige deutsche Vertreter auf dem Gründungskongreß der Komintern im März 1919 in Moskau; 1933 Emigration in die UdSSR. S. Karl H. Tjaden, Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964, Bd. II, p. 114.

auf dem Kongreß vor: "Die einzelnen Orte müssen für die Gestaltung ihrer Organisation völlige Freiheit behalten. Es darf von oben her nicht uniformiert werden. Die einzelnen Organisationen müssen völlige Autonomie haben"[23]. Nach den anti-zentralistischen Stimmungen in der Bewegung der "Jungen" und dem prinzipiellen Anti-Zentralismus der anarchistischen Gruppierungen und der "Freien Vereinigung" hatte sich unabhängig davon in Reaktion auf die Bürokratisierungserscheinungen schon vor dem Kriege in den Kreisen der Linksradikalen in der SPD ein waches Mißtrauen gegen die zentrale Führung entwickelt; Borchardt zog bereits radikal anti-autoritäre Konsequenzen daraus für den proletarischen Organisationsaufbau; die ISD und schließlich die IKD führten diese Tradition fort, während im "Spartakus"-Bund während des Krieges ein extrem föderalistischer Flügel (Liebknecht, Rück) vorhanden war, mit dem sich eine Minderheit um Rosa Luxemburg nicht identifizierte. Daß sich die lokalen Autonomiebestrebungen, eine Art neue Version des "Lokalismus", mühelos auf dem Gründungskongreß der KPD (S) durchsetzten, ging aber nicht nur auf das allgemeine Mißtrauen gegenüber den Arbeiterführern zurück; ein nicht unwichtiger Faktor ist auch darin zu sehen, daß in der Kriegssituation der Illegalität die einzelnen großstädtischen Zentren der Linksradikalen weitgehend voneinander isoliert gewesen waren und daß sie sich nun dagegen sträubten, ihre faktische Autonomie aufzugeben und sich einer gemeinsamen Zentrale zu unterwerfen. Anders als Johann Knief vermutet hatte, wurde auf dem Gründungskongreß kaum Widerspruch gegen die Forderung der IKD nach "größter Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der örtlichen und provinzialen Organisationen" laut. Die Stimmung in den Mitgliederreihen des "Spartakus"-Bundes entsprach diesen Parolen offenbar in viel größerem Maße als er angenommen hatte. Die Ausarbeitung entsprechender Statuten wurde einer Programm- und Organisations-Kommission übertragen; das auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 vorgelegte Ergebnis[24] entsprach noch weitgehend den föderalistischen Postulaten des Gründungskongresses; erst nach der Abspaltung der KAPD hieß es im Bericht des 5. Parteitages vom Oktober 1920: "Nach langen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Föderalismus in der Organisation hat sich die Partei zum Zentralismus bekannt"[25].

Weniger einhellig war die Meinung des Gründungsparteitages hinsichtlich der Teilnahme der neuen Organisation an den Wahlen zur Na-

23) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 2. Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o.O., o.J. (Berlin 1919), p. 44.

24) S. Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin 1919, p. 67 f.

25) Zitiert in: Der deutsche Kommunismus, Dokumente, hrgg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln/Berlin 1963, p. 251 f.

tionalversammlung, also ihre Stellung zum Parlamentarismus. Der Rechsanwalt Dr. Paul Levi[26], seit seiner Gymnasialzeit Mitglied der SPD, dann Anhänger des "Spartakus"-Bundes und der politische Strafverteidiger und Schüler Rosa Luxemburgs, referierte von zahlreichen Mißfallenskundgebungen des Kongresses unterbrochen über die Wahlen zur Nationalversammlung und trat im Namen des Zentralvorstandes für die Teilnahme ein[27]. Unverändert gelte die Forderung "Alle Macht den Räten!"; er gab aber zu bedenken, daß die Nationalversammlung möglicherweise auf längere Zeit das politische Leben Deutschlands beherrschen werde; man werde dann nicht verhindern können, "daß selbst unsere Genossen ihre Blicke dorthin richten werden"[28]. Um sie wach zu halten, und um die indifferenten Massen zu gewinnen, müsse man deshalb auch diese Tribüne ausnutzen. Levi paraphrasierte lediglich die schon aus der Vorkriegszeit bekannten Überlegungen Rosa Luxemburgs zum Parlamentarismus. Diese sekundierte ihm dann auch in der Diskussion; sie warf den protestierenden Delegierten vor, sich ihren "Radikalismus etwas sehr bequem"[29] zu machen; noch seien die Massen nicht reif für die Übernahme der Herrschaft. Die Tatkraft der protestierenden Delegierten sei zwar die einfachere und bequemere Taktik, ihre Taktik hingegen rechne mit einem längeren Weg. "Die Hauptaktion ist auf der Straße. Sie soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen zur Unterstützung dieses Kampfes auch noch die Tribüne der Nationalversammlung"[30]. Trotz dieser Intervention blieb die Stimmung des Kongresses antiparlamentarisch. In der deutschen Arbeiterbewegung waren antiparlamentarische Strömungen bis dahin aufgetreten in der Opposition der "Jungen" und in der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung. Vor dem Kriege wurden antiparlamentarische Stimmen vernehmbar am äußersten linken Rand der SPD, in Pfemferts "Aktion" und Borchardts "Lichtstrahlen"; während des Krieges hieß es z. B. aus den Kreisen der ISD, der Parlamentarismus sei bis heute nichts anderes gewesen "als das Feigenblatt des inneren Verfalls einer großen Partei, ausgenützt von der bürgerlichen Gesellschaft zur Entsozialisierung des Proletariats"[31]. Die Möglichkeit der Aufklärungsarbeit von der Parlamentstribüne wurde immerhin

26) S. den biographischen Anhang.
27) S. seine Rede in: Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 9 f.; "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 4/5.
28) Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 10.
29) "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 45; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 11.
30) Ibidem. Aufschlußreich über die Stimmung des Kongresses ist das Detail, daß Rosa Luxemburg laut Protokoll von "lebhaftem Beifall begrüßt" wurde, nach ihrer Intervention für die Teilnahme an den Wahlen aber lediglich "schwachen Beifall" erntete.
31) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 23.

im gleichen Artikel noch zugestanden. Im Oktober 1918 schrieb ein Anonymus in der "Arbeiterpolitik" zur Frage des Parlamentarismus, das parlamentarische Regierungssystem erschwere in seiner letzten Konsequenz den Klassenkampf des Proletariats; "es vertritt in seines Wesens Wesenheit eine harmonieselige Tendenz, es verlängert die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus"[32]. - Doch erst nachdem durch die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918 die Basis einer proletarischen Herrschaftsform gegeben zu sein schien, wurde die mit der Geschichte der bürgerlichen Herrschaft engstens verbundene Institution des Parlaments vollends und allgemein in linksradikalen Kreisen verworfen. Bald schon zeigte sich, daß dieser Antiparlamentarismus von den IKD viel rigoroser vertreten wurde als von den Führern des "Spartakus"-Bundes. Die "Rote Fahne" hatte am 22.11.1918 geschrieben, die Einberufung der Nationalversammlung sei lediglich ein Mittel, "die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren"[33]. Die IKD kritisierten diese Stellungnahme als zu allgemein und ungenau; sie maßen der geplanten Einberufung der Nationalversammlung eine viel prinzipiellere Bedeutung bei, indem sie diese als einen Versuch deuteten, "noch einmal unter demokratischer Form die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten"[34]. Sie sahen darin einen "Angriff - nicht nur eine Verteidigung gegen den Ansturm des Proletariats"[35]. - Nachdem sich die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20.12.1918 für die Nationalversammlung ausgesprochen hatte, begann bei den intellektuellen Wortführern des "Spartakus"-Bundes eine taktische Umorientierung (die übrigens auch Knief von den IKD mitvollzog) aufgrund der realistischen Einsicht, daß die linksradikalen Kräfte - zu größeren revolutionären Aktionen zu schwach - Gefahr liefen, bei der Nichtbeteiligung an den Wahlen ganz aus dem politischen Geschehen hinausgedrängt zu werden. Rosa Luxemburg trat zuerst am 20.12.1918 für die Wahlbeteiligung ein mit dem Argument, man müsse das Parlament von außen und von innen bekämpfen[36]; Liebknecht sprach zwar auf dem Gründungskongreß für die Teilnahme an den Wahlen, gestand aber, daß er sich "als Befürworter der Nationalversammlung schlafen lege, um als ihr Gegner wieder zu erwachen"[37]; Johann Knief hatte dafür plädiert, die Nationalversammlung gleichzeitig von außen und innen zu

32) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 43.
33) "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 11.
34) "Arbeiterpolitik", 3. Jg. (1918), Nr. 49: Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung.
35) Ibidem.
36) S. "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 35.
37) Nach: Paul Frölich, op. cit., p. 329.

bekämpfen[38]; da die Bremer IKD am 20.12.1918 aber gegen die Beteiligung abgestimmt hatten, fügte er sich ihrem Entschluß. Die große Mehrheit der Linksradikalen hingegen, der IKD sowohl als der "Spartakus"-Anhänger, vermochte es nicht einzusehen, warum man zu Wahlen antreten sollte für eine Institution, die man übereinstimmend kurz zuvor noch abgelehnt hatte. "In einem großen Teil der deutschen Arbeiterschaft besteht der feste Wille, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren"[39], stellte Knief am 24.12.1918 fest. Zum Sprecher dieses Teils der Arbeiterschaft machte sich - lebhaft akklamiert - der Führer der Dresdener IKD, Otto Rühle, auf dem Gründungskongreß: Ein Beschluß für die Wahl wäre "nicht nur blamabel, sondern selbstmörderisch. Wir würden nur helfen, die Revolution wieder von der Straße in die Parlamentsstube zu verlegen. Für uns kann es nur eine Aufgabe geben: Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte ..."[40] Die Abstimmung über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ergab 62 Stimmen dagegen, 23 Stimmen dafür; ein Beschluß, der dann in den Leitsätzen der Levi-Zentrale auf dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 revidiert wurde. Obwohl der sich in diesem Abstimmungsergebnis manifestierende Antiparlamentarismus in der jungen KPD (S) bald von der Levi-Zentrale pauschal als "Syndikalismus" denunziert wurde, war der direkte ideologische Einfluß der "Freien Vereinigung", des organisierten deutschen Syndikalismus, zweifellos der geringere Impuls für die Entscheidung der Delegierten. Die "Freie Vereinigung" hatte sich gerade erst vier Tage vor dem Gründungskongreß der KPD (S) rekonstituiert[41]; ihr Publikationsorgan erschien ab 14.12.1918; die Möglichkeit der ideologischen Einflußnahme war also bis Ende Dezember 1918 vor allem auf die mündliche Agitation eingeschränkt gewesen. Die "Freie Vereinigung" hatte allerdings seit dem 14.12.1918 ihren Mitgliedern empfohlen, sich den linken Parteien anzuschließen und ihre Parolen kamen der vorherrschenden radikalen Stimmung der Delegierten des Gründungskongresses der KPD (S) in außerordentlicher Weise entgegen[42]. So ist ein gewisser Einfluß des organisierten Syndikalismus sicher; die antiparlamentarische Entscheidung von fast drei Vierteln der Delegierten von ihm abhängig zu machen, hieße jedoch die agitatorische Potenz der "Freien Vereinigung" zu dieser Zeit maßlos überschätzen. Der Antiparlamentarismus der Delegierten ist teilweise aus der traditionellen Kritik der Radikalen

38) S. "Der Kommunist" (Bremen), 1.Jg.(1918), Nr.24.

39) "Der Kommunist" (Bremen), 1.Jg.(1918), Nr.24.

40) "Die Rote Fahne", 1.Jg.(1918), Nr.45; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 10.

41) Vgl. dazu den folgenden Abschnitt über die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung".

42) Vgl. den Aufruf der "Freien Vereinigung" vom 14.12.1918 im "Syndikalist", 1.Jg.(1918), Nr.1. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. III

in der SPD am "parlamentarischen Kretinismus" ihrer Partei herzuleiten; er war jedoch vor allem situationsbedingt. Den antiparlamentarischen Delegierten, die bis dahin seit dem 9. November 1918 ausschließlich unter der Losung "Alle Macht den Räten!" gekämpft hatten und die - sicherlich nicht aufgrund sorgfältiger Analyse der Lage - an die proletarische Revolution als unmittelbaren nächsten Schritt glaubten, mußte die Wahlbeteiligung als implizite Anerkennung bürgerlicher Herrschaftsformen und die Preisgabe der Revolution erscheinen[43]. - In der KPD (S) entstand nach dem Gründungskongreß der Streit darüber, ob seine antiparlamentarische Entscheidung grundsätzlich aufzufassen sei oder lediglich als durch die zugespitzt revolutionäre Situation verursachter Entschluß, der beim Abflauen der revolutionären Welle widerrufbar sei. Die unterschiedliche Einschätzung der revolutionären Lage in Deutschland bestimmte in den folgenden Jahren die unterschiedliche Haltung zum Parlamentarismus im deutschen Kommunismus. Der Glaube an die latente Weiterentwicklung der Revolution in den folgenden Inflationsjahren war dann die Basis des programmatischen Antiparlamentarismus der KAPD. Erst nach Abspaltung des antiparlamentarischen Flügels, der sich in der KAPD zusammenschloß, nahm die KPD (S) 1920 an Parlamentswahlen teil.

Auch in der Gewerkschaftsfrage stand die Mehrheit der Delegierten des Gründungskongresses gegen die Haltung der Führer des "Spartakus"-Bundes. Eine Abstimmung darüber, ob man innerhalb der "Freien Gewerkschaften" agitieren solle oder eigene Gewerkschaftsorganisationen aufbauen müsse, hätte mit Sicherheit ein ähnliches Ergebnis gezeigt wie die Abstimmung über den Parlamentarismus[44]. Rosa Luxemburg verstand es, eine solche Abstimmung zu umgehen, indem sie die Frage an eine Sonderkommission überwies. Die Stimmung des Kongresses war für den Austritt aus den Gewerkschaften und für die Bildung selbständiger Wirtschaftskampf-Organisationen. Paul Frölich von den Bremer IKD machte sich zu deren Sprecher; die früher gebotene Zweiteilung der Arbeiterbewegung in politische und wirtschaftliche Organisationen müsse aufhören: "Für uns kann es nur die Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften. Was aber dann? Wir haben unsere einheitliche Organisation und die Grundlage dafür bilden

43) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 52: "Dahinter steckte nicht nur der Wille, eine demonstrative Geste der Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus zu tun, sondern die Delegierten meinten, im Gegensatz zu ihren Führern, daß schon in wenigen Wochen durch revolutionäre Massenaktionen die bürgerliche Republik überwunden sein würde". Vgl. auch dazu die Ausführungen Rosi Wolfsteins auf dem 4. Parteitag der KPD(S), in denen sie die antiparlamentarische Dezemberentscheidung als "ein psychologisches Muß" interpretiert. S. Bericht über den 4. Parteitag der KPD(S), Berlin 1920, p. 53.

44) S. Heinz Schürer, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918-1923, Diss. phil. Leipzig o.J. (1932), p. 26 f.; s. auch Rudolf Rettig, op. cit., p. 16.

die Gruppen unserer Genossen in den Betrieben"[45]. Frölich bezog sich auf die Bildung von Einheitsorganisationen in Hamburg und stellte sie als mustergültig hin. Die seit 1917 in der Bremer "Arbeiterpolitik" diskutierte und propagierte Einheitsorganisation, in der die Trennung in Gewerkschaft und Partei aufgehoben werden sollte und die als Alternative zu den "Freien Gewerkschaften" angeboten wurde[46], zog also bereits die von der "Burgfriedens"-Politik der bestehenden Gewerkschaftsverbände Enttäuschten an. Nachdem 1897 in Reaktion auf die Zentralisierungsbestrebungen der deutschen Gewerkschaften die "Freie Vereinigung" als Sonderorganisation entstanden war, bildete sich nun (1918) in Reaktion auf die in der bürokratischen Zentralisation wurzelnde Kriegspolitik dieser Gewerkschaften erneut eine wirtschaftskämpferische Sonderorganisation heraus, deren Prinzip (Einheit von politischem und wirtschaftlichem Kampf) dem der "Freien Vereinigung" verblüffend ähnlich war, ohne mit ihm identisch zu sein. Rosa Luxemburg hatte die Hamburg-Bremer Einheitsorganisations-Idee verworfen mit der Begründung, daß die Aufgaben der Gewerkschaften durch die Arbeiter- und Soldatenräte und durch die Betriebsräte übernommen werden müßten[47]. Das war allerdings keine Antwort auf die Alternativfrage (Kampf innerhalb oder außerhalb der Zentralverbände), die sich dem Kongreß stellte, und bis zum Oktober 1919 blieb die Gewerkschaftspolitik der KPD(S)-Zentrale völlig widersprüchlich und beschwor die heftigsten Auseinandersetzungen innerhalb der Gesamtpartei herauf[48]. Mit den Heidelberger Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage vom Oktober 1919 wurde schließlich die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaftsverbänden, die sogenannte Zellentaktik, inauguriert. Die konsequentesten Vertreter der Einheitsorganisation - und folglich Befürworter des Austritts aus den Gewerkschaften - blieben auch nach dem Gründungskongreß die Hamburger und Bremer Linksradikalen[49] und die Dresdener Gefolgschaft Rühles, der dann zum eigentlichen Theoretiker dieser populären Idee wurde. Nachdem diese Kräfte aus der KPD hinausgedrängt worden waren, wurden sie die Motoren des

45) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 1; Bericht des Gründungsparteitages der KPD (S), p. 16.

46) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die spontanen Streikbewegungen.

47) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 1; Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 18.

48) Vgl. dazu Rudolf Rettig, op. cit., p. 17-23.

49) Vgl. "Arbeiterpolitik", 4. Jg. (1919), Nr. 19, im März 1919: "Die Gewerkschaften und ihre Funktionäre, die heute nichts anderes mehr sind als offiziöse Staatsbeamte, sind jetzt, was sie eigentlich auch früher schon waren, die stärksten Stützen der absterbenden Kapitalsmacht ... Sie sind die brauchbarsten Instrumente der Gegenrevolution und müssen darum beseitigt werden".

deutschen Unionismus[50], der später in der Parallelorganisation zur KAP, der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD), zusammengefaßt war.

Die linkskommunistische Tendenz trat auf dem Gründungskongreß der KPD(S) klar abgegrenzt zu Tage; ihre Kriterien waren Föderalismus, Antiparlamentarismus und antigewerkschaftliche Haltung. Ein wenig vereinfachend könnte man sagen, daß ihre Sprecher sich aus den Reihen der Führer der IKD rekrutierten (Knief, Frölich, Rühle) und daß sie sich gegen die Führer des "Spartakus"-Bundes (Luxemburg, Liebknecht, Levi) durchsetzten[51]. Ein weiterer und zwingenderer Hinweis für die Bedeutung der IKD innerhalb der linkskommunistischen Tendenz ist die Tatsache, daß man föderalistische, antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Ideen in den Publikationsorganen der IKD ("Arbeiterpolitik", Bremer und Dresdener "Kommunist") findet, in der Presse des "Spartakus"-Bundes ("Spartakusbriefe", "Die Rote Fahne") aber vergeblich danach sucht. Die linkskommunistische Mehrheit des Gründungskongresses der KPD(S) war nicht identisch mit den IKD, sie umfaßte viel weitere Kreise. Sie schloß jedoch die IKD ein und war bis zu einem gewissen Grade durch diese vorbereitet gewesen; durch sie hindurch besteht eine direkte Kontiniutät zwischen den IKD und den späteren linkskommunistischen Organisationen, der KAP bzw. AAU. Die IKD gingen zwar nach dem Gründungskongreß in der KPD(S) auf; "aber", schrieb später ein KAP-Mitglied, "wir als Mitglieder der IKD hatten wohl alle das Gefühl, daß eine Idee damit unterging. Erst die Oppositionsbewegung hier in Berlin, innerhalb der KPD, nahm den IKD-Gedanken wieder auf"[52]. Die KAP nahm für sich in Anspruch, "aus dem rückläufigen Entwicklungsprozeß der KPD die gesunden revolutionären Elemente, hauptsächlich der früheren IKD herausgerettet"[53] zu haben. Johann Knief, der im April 1919 starb, wurde von der KAP als ein "Vorläufer der KAP und AAU"[54] gefeiert; Paul Frölich, der als Vertreter der IKD auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) in die Zen-

50) Vgl. dazu den Abschnitt über das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Entstehung des deutschen Unionismus.

51) Allerdings sprach Eberlein von der "Spartakus"-Gruppe für den Föderalismus und Knief von den IKD war persönlich für die Teilnahme an den Wahlen.

52) KAZ(Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 3. Von den Berliner ISD wird in dem gleichen Artikel berichtet: "Es wurde damals die Gewerkschaftsfrage, der Parlamentarismus und das Problem Masse und Führer lebhaft diskutiert".

53) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924, p. 13.

54) "Kommunistische Arbeiterzeitung" (im Folgenden abgekürzt mit: KAZ)(Berlin), 4. Jg. (1923), Nr. 14. In der Würdigung Kniefs heißt es weiter: "Die linksradikale "Arbeiterpolitik" aber kämpfte für restlose, geistige wie organisatorische Loslösung von der Sozialdemokratie als erste Voraussetzung für das Wiedererstehen der Arbeiterbewegung und legte so die ersten Grundsteine für die heutige Linie der KAPD und AAU".

trale gewählt wurde und Anfang 1920 endgültig mit seiner linkskommunistischen Vergangenheit brach, wurde als Abtrünniger geächtet[55]. Die anderen prominenten Sprecher der IKD (Pannekoek, Laufenberg, Wolffheim, Rühle u.a.) wurden in den folgenden Monaten zu den intellektuellen Vertretern der linkskommunistischen Tendenz und traten als solche auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919 auf.

Über die Elemente, aus denen sich die anonym verbleibende Menge der Linkskommunisten zusammensetzte, gibt die folgende spätere parteioffizielle Charakterisierung eine im ganzen wohl zutreffende Vorstellung:

"Neben dem alten Stamm der revolutionären Parteiarbeiter, die schon vor dem Kriege zur linksradikalen Opposition um Rosa Luxemburg gehört hatten, saßen jetzt junge Arbeiter, die im Kriege Träger der revolutionären Propaganda und Agitation gewesen waren, aber noch wenig politische Erfahrung hatten. Soldaten, angefüllt mit der Erbitterung über alle Leiden und Entbehrungen des Krieges, Pazifisten, die wacker gegen den Krieg gekämpft hatten und durch die Verfolgungen nach links getrieben worden waren, Syndikalisten, die in der radikalen Arbeiterbewegung ein fruchtbares Feld für ihre Ideen sahen, Künstler und andere Intellektuelle, die vom Strom der Revolution hochgeschleudert worden waren, kurz, Elemente wie sie in jeder Revolution plötzlich in die Bewegung gerissen werden und die ihren politischen Wert erst erweisen mußten. Dieser Zuwachs zeigte sicherlich revolutionäre Begeisterung und Bereitschaft zum Handeln, aber auch allzu dürftige politische Erfahrungen und keine theoretischen Kenntnisse. Er urteilte meist stimmungsmäßig und beeinflußte damit sehr stark die Mitgliedschaft und die Beschlüsse der jetzigen Tagung (des Gründungsparteitages der KPD(S), d. Verf.)"[56].

55) Ibidem: "Die Frölich, Becker und andere Gesellen, seine (Kniefs, d. Verf.) früheren Weggenossen sind längst wohlbestallte Kostgänger Moskaus geworden".

56) Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, p.265. Diese Charakterisierung der Linkskommunisten in der von Paul Frölich redigierten "Illustrierten Geschichte" ist ungleich differenzierter und zutreffender als das Urteil, das in der Nachfolge von Arthur Rosenbergs strenger Beurteilung des Linkskommunismus (Geschichte der Weimarer Republik, p.23 f.) zum unüberprüften Gemeinplatz der jüngeren wissenschaftlichen Literatur geworden ist, und das W.T. Angress (op. cit., p. 20) so formuliert: "These people were often adherents of an anarchosyndicalist rather then of a Marxist tradition and did not prove amenable to any discipline. The ranks of this lunatic fringe within the Spartacusbund were swelled, during the revolutionary upheavals in November by an assorted conglomeration of shiftless drifters and downright criminals who, under the pretext of fighting for the revolution, tried to benefit from it." Im gleichen Sinne Eric Waldmann, The Spartacist Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement: A study of the relation of political theory and party practice, Milwaukee 1958, p. 98 f. In irgendeinem historischen Verständnis kann sinnvollerweise nicht die Rede sein von einer anarcho-syndikalistischen Tradition des Linkskommunismus; man reproduziert hier lediglich die Invektiven der Levi-Zentrale der KPD selbst. Die Charakterisierung der Linkskommunisten als "shiftless drifters and downright criminals" ist eine nicht verifizierbare Aussage.

Die derart charakterisierten Linkskommunisten blieben anonym und es ist daher schwierig, irgendwelche Aussagen über sie zu verifizieren. Immerhin lassen sich in der politischen Entwicklung einiger namhafter KAP- und AAU-Mitglieder die genannten typischen Züge aufweisen. - Einer der politisch kaum erfahrenen jungen Arbeiter, die im Kriege Träger der revolutionären Propaganda und Agitation gewesen waren, war der 1893 geborene Karl Plättner, der vor 1914 gewerkschaftlich und in der SPD organisiert gewesen war und während des Krieges wegen revolutionärer Agitation (Hochverrat) zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde; er gehörte dann zu den Dresdener IKD und war Mitglied des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates; er gehörte zum linken Flügel der KPD(S) und schließlich zur KAP; nach der März-Aktion (1921) versuchte er, sein Programm des "revolutionären Bandenkampfes" durchzuführen[57]. - Max Hoelz repräsentiert den Typus des durch den Krieg politisierten Soldaten und Arbeiters; er begann seine politische Entwicklung im Arbeitslosen-Rat seiner Heimatstadt, war dann Mitglied der KPD(S) und ging, von der KPD(S)-Zentrale ausgeschlossen, mit deren linken Abweichlern zur KAP[58]. - Ein Musterbeispiel des Künstlers und Intellektuellen bürgerlicher Herkunft, der sich linkskommunistisch engagierte, war Heinrich Vogeler; vor dem Kriege ein angesehener Maler und Architekt, wurde er Anfang 1918 wegen pazifistischer Agitation zwei Monate ins Irrenhaus gesteckt, kam dann in Kontakt mit Johann Knief und wurde in den Arbeiter- und Soldaten-Rat seiner Heimatstadt Bremen gewählt[59]; er war Mitglied der KPD(S) ohne alle marxistischen Grundkenntnisse[60] und versuchte, aus seinem Gut in Worpswede eine Arbeitskommune zu machen; von 1920 bis 1923 war er unermüdlich tätig im Rahmen der AAU und schrieb Beiträge in fast allen unionistischen und syndikalistischen Zeitschriften. - Diese knappen Bemerkungen mögen ein wenig Licht werfen auf die Beschaffenheit der Träger der linkskommunistischen Tendenz und deren allgemeine Charakterisierung ansatzweise bestätigen.

57) S. dazu unten: Die Verselbständigung des Aktivismus, Karl Plättners "revolutionärer Bandenkampf". S. weitere Beispiele für diesen Typus in: Illustrierte Geschichte, p.168. Gegen die jugendlichen Dresdener Brüder Levinsohn, zeitweilig Redakteure des Dresdener "Kommunist" und Anhänger der IKD, und ihre Genossen wurden im Mai 1918 wegen revolutionärer Propaganda insgesamt 21 Jahre Zuchthaus und 9 Monate Gefängnis verhängt; sie waren Mitglieder der KPD(S), dann der KAP und kehrten 1922 wieder zur KPD zurück. Vgl. als weiteres Beispiel die Biographie Werner Möllers im biographischen Anhang.

58) Vgl. dazu unten den Abschnitt über Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten.

59) Vgl. das Vorwort zu: Heinrich Vogeler, Erinnerungen, Berlin 1952.

60) Dazu Vogeler (ibidem, p. 240): Er bezeichnet sich für jene Zeit als "politischen Analphabeten". "Zuerst kam ich an das Studium von Proudhon und Fourier. Zu Marx und Engels hatte ich noch gar keine Beziehung".

Jene Charakterisierung bedarf aber einer wesentlichen Ergänzung: Die Wortführer und späteren Theoretiker des Linkskommunismus (Pannekoek, Laufenberg, Rühle u. a.) waren durchaus gründlich geschulte Marxisten, die lange vor Ausbruch des Weltkrieges bereits politische Erfahrungen gesammelt hatten in den Kreisen der radikalen Linken um Rosa Luxemburg. Selbst die engsten Mitarbeiter Rosa Luxemburgs im "Spartakus"-Bund zeigten sich ja nicht immer in dem Maße immun gegen die in der Basis vorherrschende linkskommunistische Tendenz wie ihre Meisterin, wie z. B. in Karl Liebknechts Stellung zur Organisationsfrage[61] und zum Parlamentarismus sichtbar wurde. Der Schlüssel zum Verständnis der linkskommunistischen Option jener Intellektuellen lag - wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird - in ihrer besonderen Auffassung der revolutionären Situation; fasziniert vom Beispiel der russischen Revolution sahen sie sich bis zum Ende der Inflationsperiode in Deutschland (1923) durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht prinzipiell in der Annahme widerlegt, die Todeszuckungen des Kapitalismus zu erleben, aus denen heraus die proletarische Revolution unmittelbar erfolgen müsse. - Rosa Luxemburg hielt ihnen auf dem Gründungskongreß entgegen: "Der Optimismus des Genossen Rühle sei ja ganz schön, aber so weit sind wir noch nicht. Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen ..."[62]

2. Die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"

Wichtige taktische Postulate des Linkskommunismus, der sich auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) durchsetzte, waren erstens der Kampf gegen die "Führer"-Politik und als Präventivmaßnahme dagegen föderalistischer Organisationsaufbau und zweitens die Ablehnung der Parlamentsarbeit und statt dessen direkte Massenaktionen. Beide Momente, Föderalismus in der Organisation und direkte Aktion als Taktik, koinzidierten mit den wesentlichen Punkten des Vorkriegsprogramms der "Freien Vereinigung", der deutschen Syndikalisten. Da die Mehrheit des Kongresses für den Austritt aus den "Freien Gewerkschaften" war und da diese Austrittsbewegung ja schon während des Krieges eingesetzt hatte, lag der Anschluß an die einzige organisatorische Alternative, nämlich an die "Freie Vereinigung", nahe, sofern man nicht - wie in Hamburg und Bremen - vorerst lediglich einzelne Betriebsorganisationen aufbauen wollte. Über die Motive dieses anfänglichen Zusammengehens der Kommunisten und der Syndikalisten gab im Juni 1919 ein Vertreter der KPD(S)-Zentrale Auskunft: Als man im November in die revolutionäre Bewegung eingetreten sei, hätten viele "Spartakus"-Anhänger an ein inniges Zusammenarbeiten mit den Syndikalisten geglaubt. "Sie rechneten dabei auf das revolutionäre Temperament, das unstreitig in den Syndikalisten steckt"[1]. Sie seien von der Annahme ausgegangen, daß die Syndikalisten sich nur aus gesunder Opposition gegen die verbürokratisierten Gewerkschaften in besonderen Gewerkschaften organisiert hätten, ohne damit die spezifisch syndikalistischen Auffassungen angenommen zu haben. Ein anderes Motiv, das die KPD(S) und die "Freie Vereinigung" zunächst zum Zusammengehen bewegen mußte, war die sehr geringe Stärke beider Organisationen. Zur Klärung der theoretischen Gegensätze schließlich, die von den breiten Mitgliederschichten ohnehin nicht erkannt wurden, fehlte in der aktionsbewegten Zeit zwischen November 1918 und April 1919 ganz einfach die Gelegenheit.

61) Vgl. dazu den Abschnitt über die Diskussion der Organisationsfrage im "Spartakus"-Bund.
62) Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 11.

Die "Freie Vereinigung", deren Kader in der Illegalität während des Krieges erhalten geblieben waren[2], reorganisierte sich unverzüglich nach dem Novemberumsturz; in Berlin baute allen voran der langjährige Leiter der "Freien Vereinigung", Fritz Kater, die Organisation aus; im Ruhrgebiet, dem anderen Zentrum des deutschen Syndikalismus vor dem Kriege, wirkte vor allem der Fliesenleger Carl Windhoff, auch er langjähriges Mitglied der "Freien Vereinigung". Bereits am 26. und 27. Dezember 1918 rief Kater die führenden Syndikalisten aus der Vorkriegszeit in Berlin zusammen und einigte sich mit ihnen über den einzuschlagenden Weg der wiedererstandenen Organisation[3]. Es kamen 33 Delegierte aus 43 Ortsvereinen zusammen; man hielt Rückblick auf die schwierige Situation der Organisation während der Kriegsjahre und betonte mit Stolz, daß die "Freie Vereinigung" die einzige Arbeiterorganisation sei, die nicht habe umlernen müssen nach dem Kriege. Die Resolution der Konferenz lehnte neben den Zentralverbands-Gewerkschaften die Beteiligung an der Nationalversammlung mit den Argumenten der Vorkriegszeit ab:

"Der Parlamentarismus, das Paktieren mit dem Bürgertum, ist kein revolutionäres Kampfmittel. Die Beteiligung der Arbeiterschaft am Parlamentarismus und die Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterbewegung zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele des revolutionären Proletariats"[4].

1) F. Brandt, Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919, p. 3.
2) S. Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 17.
3) S. dazu den Bericht im "Syndikalist", 1. Jg. (1918), Nr. 4: Konferenz der Syndikalisten.
4) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1918), Nr. 4.

Man empfahl den Mitgliedern, sich den linksstehenden Parteien anzuschließen, womit man nur die USPD und allenfalls den "Spartakus"-Bund und die IKD meinen konnte. Diese Empfehlung war nicht überraschend, denn vor dem Kriege hatte man ja weniger mit der Partei, der SPD, gebrochen, als daß man ausgeschlossen worden war; insbesondere bei den altgedienten Mitgliedern der "Freien Vereinigung" wie Fritz Kater, dem enttäuschten radikalen Sozialdemokraten, muß man ein gewisses Heimweh nach der verlorenen Partei annehmen. Die von Kater seit dem 14.12.1918 als Fortsetzung der "Einigkeit" herausgegebene Zeitschrift "Der Syndikalist"[5] wurde bei der Dezember-Zusammenkunft zum Verbandsorgan bestimmt. Gleichzeitig wurde das syndikalistische Verlagshaus Fritz Katers in Berlin wiedergegründet.

Vom Ziel und von der Politik der "Freien Vereinigung" in dieser Phase der Rekonstituierung gibt das im Frühjahr 1919 von Karl Roche verfaßte Programm[6] eine Vorstellung; Roche, der um die Jahrhundertwende als junger Seemann zur "Freien Vereinigung" gekommen war und 1913 z.B. neben Kater als Sprecher der deutschen Syndikalisten auf dem Internationalen Syndikalisten-Kongreß in London aufgetreten war[7], gehörte zum älteren Stamm der "Freien Vereinigung"; das von ihm verfaßte Programm war also repräsentativ für die aktuellen politischen Vorstellungen der ehemals sozialdemokratischen Kader aus der Vorkriegszeit. - Roche resümierte die Grundlagen der syndikalistischen Doktrin: Die furchtbarste Waffe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie sei der Streik, die Entziehung der Arbeitsleistung in jeder erfolgversprechenden Form; zu diesem Kampfzweck habe sich die Arbeiterklasse zu organisieren. "Politische Parteien und neutrale Gewerkschaften lenken die Arbeiterklasse vom Sozialismus ab. Allein die Vereinigung sozialistisch denkender und revolutionär wollender Lohnarbeiter ist die Organisation der Selbstbefreiung. Das ist Syndikalismus"[8]. - Das war die Anwendung der Vorkriegsparolen auf die revolutionäre Gegenwart. Eine Schlußfolgerung daraus war die Solidarisierung mit der Parole des "Spartakus"-Bundes und der IKD "Alle Macht den Räten!". Roche forderte, wenn die Arbeiterklasse den Sozialismus erkämpfen wolle, dürfe sie der Bourgeoisie kein Herrschaftsrecht einräumen, "darf sie nicht mit ihr zusammen wählen und mit ihr unterhandeln. Arbeiterräte sind die Parlamente der Arbeiterklasse"[9]. Er folgte noch weiter den Schlagworten der KPD(S), indem er für die Diktatur des Proletariats eintrat: "Nicht bürgerliche Parlamente, sondern proletarische Diktatur wird den Sozialismus durchführen"[10]. Diese weitgehende Solidarisierung der "Freien Vereinigung" mit den Parolen der KPD(S) dauerte längstens bis Mitte 1919. Die Zeit, in der man gemeinsam "Schulter an Schulter gekämpft"[11] hatte, war dann beendet; der Kampf der Levi-Zentrale der KPD(S) gegen die vermeintlichen und die authentischen Syndikalisten begann und das Programm der "Freien Vereinigung" erhielt wesentliche neue Impulse. Der Gründungskongreß der FAUD, die aus der "Freien Vereinigung" direkt hervorging, lehnte im Dezember 1919 ausdrücklich die bolschewistische Vorstellung von der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase vom bürgerlichen Staat zur klassenlosen Gesellschaft ab. Im Dezember 1919 stand die "Freie Vereinigung", bzw. FAUD, bereits vollkommen unter dem ideologischen Einfluß Rudolf Rockers. Karl Roche, der offenbar den neuen, in dezidierterer Form anarcho-syndikalistischen Kurs nicht billigte, ging 1920 zur AAUD über.

Der Massenzulauf zur "Freien Vereinigung", der erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 einsetzte, ist das eine entscheidend wichtige Moment in der Nachkriegsgeschichte der Organisation. Das andere, die Organisation gründlich umgestaltende Moment ist die Tatsache, daß die bereits vor dem Kriege neben dem sozialdemokratischen Stamm minoritär vertretene anarchistische Tendenz die Oberhand gewann. Die beiden Strömungen des älteren Linksradikalismus, die anarchistische und die syndikalistische Tendenz kamen jetzt zusammen; nach Rockers Bericht arbeiteten Ende November 1918 "die meisten anarchistischen Genossen in Berlin und im Lande in der syndikalistischen Bewegung"[12]. Doch nicht der Mitgliederzuwachs aus dem Lager des Vorkriegsanarchismus ist das Bedeutende in dieser Vereinigung, sondern die Neugestaltung des Programms unter dem prägenden Einfluß anarchistischer Ideen durch Rudolf Rocker, der erst im November 1918 zur Bewegung der "Freien Vereinigung" stieß. - Die politische Biographie Rockers ist eine Art Summe der Geschichte der anarchistischen Tradition. Rocker[13] war 1873 in Mainz in kleinbürgerlichem Milieu geboren und hatte nach seiner Volksschulausbildung eine Buchbinderlehre abgeschlossen; er leitete bereits 1890 einen Jugend-Le-

5) "Der Syndikalist, Organ für sozialrevolutionäre Gewerkschaften Deutschlands", 1.Jg.(1918) ff.
6) Karl Roche, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften", Berlin 1919.
7) Nach schriftlichen Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy an den Verfasser (Brief vom 3.8.1964); vgl. auch zu Roches Teilnahme am Londoner Syndikalisten-Kongreß: "Die Einigkeit", 17.Jg.(1913), Nr.41.
8) Karl Roche, Was wollen die Syndikalisten?, p.1.
9) Ibidem, p. 6; Hervorhebung im Original.

10) Ibidem, p. 6.; Hervorhebung im Original.
11) "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.46.
12) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p.394. Er berichtet außerdem: "In manchen Orten, wie Magdeburg, Dresden, Leipzig, Heilbronn, Düsseldorf usw. hielten die älteren anarchistischen Genossen, die der FAUD beigetreten waren, neben der anarcho-syndikalistischen Ortsgruppe auch noch ihre anarchistischen Vereine aufrecht". Ibidem, p.405.
13) Die folgende Darstellung schließt sich Rockers Selbstbiographie an.

seklub des sozialdemokratischen Wahlvereins in Mainz; in diesem Rahmen machte er seine entscheidenden Erfahrungen mit der SPD: Nach leidenschaftlichem Eintreten für die Bewegung der "Jungen" nach dem Parteitag in Halle (1890) wurde Rocker mit seinem Leseklub aus der Mainzer Ortsgruppe der SPD ausgeschlossen. Er war zu dieser Zeit bereits mit den Schriften Mosts in Berührung gekommen und stand in Briefkontakt mit Karl Wildberger, den er später - wie fast alle Wortführer der "Jungen" - persönlich kennen lernte. Er wanderte 1891 zum Internationalen Sozialisten-Kongreß nach Brüssel und machte dort die Bekanntschaft Nieuwenhuis', des holländischen intellektuellen Mentors der Bewegung der "Jungen"; von diesem Kongreß kam er als Anarchist zurück; er gründete eine illegale anarchistische Gruppe in Mainz, die ihre hauptsächliche Aufgabe in der Verbreitung von London her eingeschmuggelter anarchistischer Literatur sah. Wegen seiner anarchistischen Agitation kam er in Konflikt mit der Polizei und floh Ende 1892 nach einem besonders heftigen Zusammenstoß[14] nach Paris; dort lebte er zwei Jahre in Kreisen emigrierter Anhänger der "Unabhängigen Sozialisten" und ging 1895 nach London, wo er Anschluß fand an die Anarchisten der Gruppe "Autonomie", dann an die ostjüdische Gemeinde im east-end. In ihrem Auftrage gab Rocker - der selbst nicht Jude war - zwischen 1895 und 1914 mehrere Zeitschriften in jiddischer Sprache heraus, die vor allem den kommunistischen Anarchismus Peter Kropotkins vertraten. Mit Kropotkin, der im Londoner Exil lebte, verband Rocker während dieser Zeit persönliche Freundschaft. 1912 organisierte er einen erfolgreichen Schneider-Streik größeren Ausmaßes in London, der seinen Namen international bekannt machte; im Dezember 1914 wurde Rocker als "gefährlicher Ausländer" interniert, die Kriegsjahre verbrachte er in englischen Konzentrationslagern und kam im März 1918 als Austauschgefangener nach Holland, wo er u. a. Gast bei Domela Nieuwenhuis war und den ersten Kontakt mit den deutschen Syndikalisten aufnahm. Ende November 1918 fuhr er nach Berlin auf Einladung Fritz Katers, den er bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal traf. Rocker war beeindruckt von der regen Aufbautätigkeit der Berliner Organisation der "Freien Vereinigung": an seiner aktiven Teilnahme hinderte ihn jedoch eine schwere Krankheit, die er sich während der englischen Haftzeit zugezogen hatte. Sein erstes politisches Auftreten auf der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter in Erfurt im März 1919, an der alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung teilnahmen, wurde zu einem großen persönlichen Erfolg Rockers; er

14) Vgl. die Darstellung dieser Ereignisse in Mainz bei: Sepp Oerter, Acht Jahre im Zuchthaus, nebst einer Einleitung: Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890-93, Berlin 1905, p.33 ff. Sepp Oerter war der ältere Bruder des FAUD-Führers Fritz Oerter.

vertrat in seinem Referat[15] am konsequentesten die Forderung, daß "jede fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken"[16] sei, und entsprach damit der breiten Welle des emotionalen Nachkriegspazifismus. Rockers ideologischer Einfluß auf die "Freie Vereinigung" wuchs kontinuierlich und setzte sich in der Phase der revolutionären Ernüchterung und des beginnenden Kampfes mit der Levi-Zentrale der KPD(S) ab Juni 1919 ganz durch. Die politischen Richtlinien der "Freien Vereinigung", wie sie in Roches Programm umrissen waren und in der Phase der Aktionseinheit mit den anderen linksradikalen Kräften galten, paßten Rocker von Anfang an nicht. Besonders die Aufforderung, den linksstehenden Parteien sich anzuschließen, "und das Eintreten des Blattes (des "Syndikalist", d. Verf.) für eine proletarische Diktatur waren mir nicht zu Herzen"[17]. Der individualistisch geprägte Freiheitsbegriff des Anarchismus, den Rocker vertrat, machte in seinen Augen die bolschewistische Parole der Diktatur des Proletariats sofort suspekt. Die Geschäftskommission der "Freien Vereinigung" hatte Rocker mit der Ausarbeitung eines neuen Programms für den Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 beauftragt. Unter Rokkers Einfluß verwarf der Kongreß die Parole von der Diktatur des Proletariats[18].

Rocker war nicht der einzige, der aus der anarchistischen Tradition kommend künftig das Programm und die Politik der "Freien Vereinigung" formulierte. Wenn Rocker vor allem als Vertreter des Kropotkinschen anarchistischen Kommunismus anzusehen ist, so führte Augustin Souchy die Tradition Landauers, Fritz Oerter die Tradition der Gruppe um den "Freien Arbeiter" der Vorkriegszeit fort. - Augustin Souchy war im Winter 1911/12 in Berlin im Alter von 19 Jahren durch einen ehemaligen Mitarbeiter an Mosts "Freiheit" für den Anarchismus gewonnen worden[19]; er arbeitete seit 1912 in Landauers "Sozialistischem Bund" und emigrierte 1915 nach Schweden, wo er bis

15) Das Referat wurde gedruckt und in hunderttausend Exemplaren verteilt. S. Rudolf Rocker, Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder!, Berlin 1919.
16) So die Resolution der Reichskonferenz; s. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 84 ff.
17) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 72. Rocker hatte Mitte 1918 in Holland bereits mit Domela Nieuwenhuis über die Diktatur des Proletariats diskutiert. Er berichtet: "Er (Nieuwenhuis, d. Verf.) war einer der ersten, der in seinem Blatte "De Vrije Socialist" den Sieg des Bolschewismus in Rußland sehr skeptisch beurteilte und in der sogenannten Diktatur des Proletariats den Ausgangspunkt einer neuen Tyrannei erblickte, die dem Sozialismus zum Verhängnis werden mußte, wenn sie nicht rechtzeitig gebrochen wurde". Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 29.
18) Zu Rockers politischen Vorstellungen vgl. im einzelnen die Analyse der Prinzipienerklärung der FAUD im Abschnitt über den Gründungskongreß der FAUD.
19) Nach Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 406 ff.; Ergänzungen nach brieflichen Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy.

1919 journalistisch in der syndikalistischen Bewegung tätig war; nach seiner Rückkehr nach Deutschland (1919) war er mehrere Jahre leitender Redakteur des FAUD-Verbandsorgans "Der Syndikalist". - Fritz Oerter[20], gelernter Steindrucker, war mit seinem älteren Bruder Sepp Oerter bereits während des Sozialistengesetzes in der radikalen Arbeiterbewegung in Bayern tätig gewesen und war 1892 schon mit Rokker in Mainz in Berührung gekommen. Er war nach der Jahrhundertwende Redakteur des "Freien Arbeiter" und entwickelte sich nach Rockers Urteil zu "einem der begabtesten Schriftsteller der anarchistischen Bewegung Deutschlands"[21]. Nach dem ersten Weltkrieg besaß er eine Buchhandlung in Fürth (Bayern) und war einer der regelmäßigsten und produktivsten Mitarbeiter des "Syndikalist". - Erst unter diesem kompakten Einfluß der anarchistischen Ideentradition kam die "Freie Vereinigung" wieder zu der ideologischen Identität, die sie nach dem Ausschluß aus der SPD 1908 verloren hatte.

Wenn die "Freie Vereinigung" schon von November 1918 bis April 1919 einen im Verhältnis zu ihrer Vorkriegsstärke nicht unerheblichen Mitgliederzulauf hatte, so vor allem deswegen, weil sie zwar noch nicht mit einem sehr klaren neuen Programm, aber doch als klare Alternative zu den Zentralverbänden der "Freien Gewerkschaften" auftrat. Folgender Katalog des "Syndikalist" resümiert die wesentlichen Punkte des Agitationsprogramms in der Gegenüberstellung: Zentralverbände einerseits / "Freie Vereinigung" andererseits:

"Organisationsform: zentralistisch. Unselbständigkeit der Ortsvereine / Organisationsform: föderalistisch. Selbständigkeit der Ortsvereine. - Streiks müssen vorher angemeldet werden / Jede Organisation hat jederzeit das Streikrecht. - Die Zentralverbände beruhen auf dem Vertretungsprinzip / Die "Freie Vereinigung" empfiehlt die direkte Aktion. - Die Zentralverbände erstreben Reformen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung / Die "Freie Vereinigung" propagiert die revolutionären Kampfesmittel zum Sturz des Kapitalismus. - Die Verbände betreiben die ausgedehnteste Tarifpolitik / Die "Freie Vereinigung" will nicht Frieden, sondern Kampf mit dem Unternehmertum. - Die Verbände sind Anhänger des Kleinstreiks / Die "Freie Vereinigung" verficht die Idee des Massen- und Generalstreiks"[22].

Zu diesem Aktionsprogramm bekannten sich neben den älteren Mitgliedern der "Freien Vereinigung", die zum Teil schon seit der Zeit des Sozialistengesetzes der radikalen Arbeiterbewegung angehörten, solche Arbeiter, die während des ersten Weltkrieges in Opposition gegen die "Burgfriedens"-Politik der Zentralverbände aus ihren gewerkschaftlichen Organisationen ausgetreten waren, und schließlich solche, die, zum Teil als ungelernte Arbeiter, bisher gar nicht organisiert, aber durch den Krieg politisiert und durch die wirtschaftliche Misere der Nachkriegszeit radikalisiert, sich den linksextremen Organisationen anschlossen[23]. - Diese dritte Kategorie, die der zum Teil ungelernten und bislang unorganisierten Arbeiter, charakterisiert die breite Mitgliedschaft aller linksradikalen Organisationen (FAUD, KAPD, AAUD) bis zu einem gewissen Grade soziologisch; sie war jedoch für den deutschen Syndikalismus keineswegs von der Bedeutung wie z. B. für die Mitgliedschaft der IWW in den Vereinigten Staaten vor dem ersten Weltkrieg. In den USA entstand die radikal-wirtschaftskämpferische Organisation der IWW unmittelbar aus dem Industrialisierungs- und Konzentrationsprozeß als Zusammenschluß vor allem der ungelernten und ärmsten Arbeiter[24]. In Deutschland entstand die radikale Wirtschaftskampf-Organisation der "Freien Vereinigung" in ihrer syndikalistischen Form vor allem in Reaktion auf die Entwicklung der SPD und der "Freien Gewerkschaften"; sie erhielt beträchtlichen Zulauf erst nach dem ersten Weltkrieg u. a. aufgrund der Enttäuschung in der Arbeiterklasse durch die Kriegspolitik der beiden bürokratisierten Massenorganisationen. Die zweite der genannten Mitgliederkategorien, die der von den bestehenden proletarischen Organisationen enttäuschten Revolutionäre, konnte im amerikanischen Syndikalismus keine wesentliche Rolle spielen; im deutschen Syndikalismus wie im deutschen Unionismus war sie ein ganz spezifischer und wesentlicher Faktor[25].

20) Das Folgende nach Mitteilungen von Herrn Augustin Souchy an den Verfasser.
21) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. I, p. 424.
22) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 38: Die Sünden der Zentralverbände.

23) Rocker berichtet von seinen Agitationstouren um die Mitte des Jahres 1919: "Der Geist, der jene Kundgebungen beseelte, war einfach glänzend und machte sich besonders in den regen Debatten, die meinen Vorträgen folgten, wohltuend bemerkbar. Ich fühlte sofort, daß ich hier ein junges, frisches Menschenmaterial vor mit hatte, das noch nicht durch die Tretmühlen der politischen Parteien gegangen und deshalb noch für neue Gedanken empfänglich war". Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 91.
24) Vgl. dazu die Analyse von Hans Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung, p. 15-23.
25) Die übliche soziologische Zuordnung der syndikalistischen Doktrin zu den ungelernten Arbeitermassen, wie sie z. B. Goetz Briefs 1927 formulierte, ist für die deutsche syndikalistische Bewegung nicht hinreichend, da sie gerade deren Spezifikum nicht sieht. Briefs meinte: "Man kann den Syndikalismus als das Symptom des durchbrechenden Bewußtseins der Ungelernten bezeichnen, welche die Berufsorganisation in allen ihren Formen als mit bürgerlichen Elementen (der wohlerworbenen Rechte, der Gruppeninteressen, des Berufsdünkels, der Abschließung) versetzt empfindet und sie ablehnt, weil sie den Organisationsprinzipien der reinen Proletarität entgegen sei". Goetz Briefs, Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. IV, Jena 1927, p. 1144.

3. Die Stellung des Linkskommunismus und des Syndikalismus in und zu den Aktionen vom November 1918 bis Mai 1919

Ein lückenloses Bild der Wirksamkeit der verschiedenen organisierten Kräfte und ein Überblick über ihr Verhältnis zu den nicht organisierten Kräften in den Streikbewegungen und Insurrektionen zwischen November 1918 und Mai 1919 ist bisher nicht möglich[1]. Im folgenden sollen einige Beobachtungen vermerkt werden, die - aufgrund des mit der linkskommunistischen und syndikalistischen Tradition in Zusammenhang stehenden Materials - zumindest eine annähernde Charakterisierung dieser Vorgänge erlauben. - Auffallend ist es, daß niemals hinreichend ausdrücklich auf die soziale Rebellion als elementaren Gärstoff in den Streiks und Insurrektionen dieser Phase hingewiesen worden ist; bedingt durch die administrative Desorganisation des Staatsapparates in der Folge des militärischen und politischen Zusammenbruchs und durch die unerträglich gewordene wirtschaftliche Not des letzten Kriegsjahres ergab sich bei den aggressiveren Teilen der am härtesten getroffenen proletarischen Sozialschichten die dauernde Bereitschaft zum Aufruhr mit durchaus nicht primär politischer, d.h. auf die Eroberung der Staatsgewalt gerichteter Motivation. Die in der Regel spontan entstandene Rebellion richtete sich gegen die unmittelbar erreichbaren Vertreter der Autorität des Staates oder des Kapitals, gegen die Bürgermeister oder die Fabrik- und Bergwerksdirektoren, denen man die Schuld an der eigenen Misere gab und an die man ganz konkrete und situationsbedingte Forderungen stellte[2]. Wesentlich erschien z. B. einer Massenkundgebung streikender Bergarbeiter im Ruhrgebiet - die als weitgehend typisch für die gesamte Arbeiterschaft gelten kann[3] - am 18.12.1918: Lohnerhöhungen, die Zurückzahlung von 1912 einbehaltenen Streikbeträgen, die Zuteilung von einem Wagen Kohle à 250,- M je Monat, vierzehntägiger bezahlter Urlaub usw[4]. Zur Aufnahme von sozialrevolutionären Leitbegriffen durch diese "noch nicht organisatorisch und ideologisch geformten"[5] Rebellionen kam es erst durch die einander wechselseitig verstärkende blutige Repression solcher Aufstände durch die mit den Reichswehroffizieren sich verbündende sozialdemokratische Regierungsgewalt (Noske) einerseits und die erhebliche Radikalisierung der Arbeiter andererseits. Zumindest für das Ruhrgebiet läßt sich an Hand der Polizeiakten eindeutig belegen, daß es zu bewaffneten Auseinandersetzungen erst kam, nachdem die - z. T. durch die revoltierenden Arbeiter festgenommenen - Betriebsleitungen der einzelnen Zechen sich an die Oberste Heeresleitung in Kassel gewendet und militärischen Schutz angefordert hatten[6]; erst die Anwesenheit von Reichswehrtruppen führte zu verstärkter Gewaltanwendung und zur planvollen Bewaffnung der Arbeiter. Noch am Ende der langen Reihe von Streiks im Ruhrgebiet gaben sich die Forderungen des Bergarbeiter-Generalstreiks vom 1. April 1919 erstaunlich unpolitisch im Vergleich etwa mit dem Aktionsprogramm des "Spartakus"-Bundes, obwohl nun der Einfluß der USPD, der KPD und der "Freien Vereinigung" auf die Sozialbewegung spürbar war; von den Forderungen dieses Generalstreiks[7] war unmittelbar situationsbedingt: die Einführung der 6-Stunden-Schicht, die Lohnerhöhung um 25 %, die Regelung der Knappschaftsfragen, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Bezahlung der Streikschichten, die sofortige Auflösung der Freicorps; als politische Forderungen im engeren Sinne tauchten auf: die Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die Anerkennung des Rätesystems, die Anknüpfung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Sowjet-Rußland. - Es wäre zweifellos nicht sinnvoll, die sich aus dem spontanen Prozeß der sozialen Rebellion ergebenden Forderungen in diesem wie in anderen Fällen von den programmatischen Losungen der sozialrevolutionären Arbeiterorganisationen streng zu trennen; sicherlich beeinflußten beide einander wechselseitig. Doch das nur langsame Durchsetzen dezidiert revolutionärer Parolen zeigt, daß bei den Streiks und Insurrektionen zuerst einmal soziale Kräfte gleichermaßen unabhängig von organisatorischer Integration und theoretischer Artikulation wirksam waren, die von den sozialrevolutionären Organisationen in von Fall zu Fall verschiedenem Ausmaß ihren Zielen dienstbar gemacht werden konnten; die durch die zeitgenössische bürgerliche öffentliche Meinung im Verein mit der sozialdemokratischen Presse mittels der Bezeichnung der an den sozialen Rebel-

1) Diese Fragestellung ist bisher am eingehendsten berücksichtigt worden in der Darstellung Eric Waldmanns: The Spartacist - Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement: A study of the relation of political theory and party pratice, Milwaukee 1958.

2) Zahlreiche Beispiele dazu für das Ruhrgebiet in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15032 ff.

3) Vgl. dazu Peter von Oertzen, Die großen Streiks, loc. cit., p. 238.

4) S. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15032/20. Vgl. auch Peter von Oertzen, Die großen Streiks, p. 239.

5) Peter von Oertzen, ibidem, p. 238.

6) S. z. B.: Staatstelegramm 1. Oberste Heeresleitung Cassel, 2. Volksbeauftragte Berlin vom 24.12.1918: "In Hamborn ist im Anschluß an eine von der Streikleitung zur Beilegung des Streiks auf heute nachmittag einberufene Versammlung offener Aufruhr ausgerufen, der Oberbürgermeister und andere Herren der Stadtverwaltung und der Betriebsleitung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser wurden im Rathaus gefangen gesetzt bis zur Erfüllung der maßlos übertriebenen Forderungen der Streikenden, Polizei machtlos ... Bitte dringend um Entsendung von etwa 1500 Mann mit einem Dutzend Panzerautos - Der Regierungspräsident." Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15032/30.

7) S. den Katalog der Forderungen in: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 17: Generalstreik im Ruhrrevier.

lionen beteiligten Arbeiter als "Spartakisten" suggerierte Vorstellung, hinter all den Aufruhren dieser Phase von November 1918 bis Mai 1919 sei der "Spartakus" - Bund als Anstifter zu suchen, ist vollkommen irreführend[8].

Aufschlußreich über die Stellung des "Spartakus"-Bundes in den meisten dieser Revolten ist z. B. die Haltung der Berliner "Spartakus"-Zentrale zum Aufruhr der Volksmarine-Division am 24.12.1918; sie solidarisierte sich nachdrücklich mit diesem Aufruhr[9], der um die Einbehaltung von Sold-Geldern entbrannte; als jedoch Vertreter der Volksmarine-Division im "Vorwärts" erklärten, sie hätten nichts mit dem "Spartakus"-Bund zu tun, konnte die "Rote Fahne" nicht dementieren und es blieb ihr nur, sich selbst zu versichern: "Uns ist nicht bang: Der Geist dieser Truppe ist trotz alledem Geist von unserem Geiste, vom Geiste der sozialen Weltrevolution"[10]. Bei faktischer Einflußlosigkeit auf dergleichen Insurrektionen blieb dem "Spartakus"-Bund zu diesem Zeitpunkt lediglich die Hoffnung, daß sie objektiv den historischen Prozeß in die Richtung auf die zweite, die soziale Revolution lenkten. - Das Agitationspotential des "Spartakus"-Bundes wurde - abgesehen von seiner zwar rasch wachsenden, aber dennoch vergleichsweise mit den beiden anderen Arbeiterparteien geringen Mitgliederzahl[11] - durch die mangelnde organisatorische Integration im Reiche und eine entsprechende Vielzahl unterschiedlicher lokaler und regionaler taktischer Entwürfe niedrig gehalten. Soweit Kontinuitäten in der Haltung zu den jeweils unter spezifischen Bedingungen zustande kommenden und ablaufenden proletarischen Aktionen größeren Ausmaßes in der Phase vom November 1918 bis Mai 1919 und darüber hinaus ermittelt werden können, lassen sich im deutschen Kommunismus zwei Tendenzen erkennen. - Die erste berief sich unmittelbar auf Rosa Luxemburgs "Spartakus"-Programm, in dem es - in radikaler Konsequenz aus den Spontaneitäts-Prämissen der Linksradikalen - hieß, der "Spartakus"-Bund werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland"[12]; da die von ihr geforderte "bewußte Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des "Spartakus"-Bundes"[13] im Proletariat vorerst nicht gegeben war, sah sie - wie Rosa Luxemburg schon auf dem Gründungskongreß der KPD(S) gesagt hatte - einen längeren Weg der deutschen Revolution[14] voraus. Für das unmittelbare praktische Verhalten des "Spartakus"-Bundes folgerte diese Minderheit in der Organisation, die besonders in der "Roten Fahne" zu Wort kam, daß man in den Versuchen, "in einzelnen vorgeschrittenen Zentren die Macht zu ergreifen"[15], während das Proletariat als Klasse noch nicht den Willen zeige, die Diktatur zu errichten, Putsche zu sehen habe, die im Prinzip abzulehnen seien. Diese Minderheit, die namentlich durch Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Paul Levi repräsentiert wurde, geriet jedoch angesichts der vorwiegend spontan entbrennenden Kämpfe in eine schwere Konfliktsituation; sie stand vor dem Widerspruch, daß der einmal entbrannte Kampf sich jeweils "objektiv zuspitzt nach der Frage der revolutionären Machtergreifung, daß aber weder die Umstände noch die Menschen dafür reif sind"[16]. In dieser Situation entschieden sich die besten Repräsentanten dieser Tendenz aus dem Gefühl heraus, man könne diese Kämpfe nicht sich selbst überlassen und auch, um dem Vorwurf der Feigheit vorzubeugen, wider bessere Erkenntnis für die persönliche Teilnahme; sie wurden letztlich von ihren radikalen Anhängern mitgerissen und ließen dabei ihr Leben. Rosa Luxemburg, die Karl Liebknechts und Wilhelm Piecks Teilnahme am Staatsumsturz-Plan vom Abend des 5.1.1919 heftig kritisierte[17], den die Berliner Revolutionären Obleute und die USPD-Führung unter dem Einfluß riesiger Demonstrationsmassen zugunsten des abgesetzten USP-Polizeipräsidenten von Berlin gefaßt hatten, brachte es nicht über sich[18], bei der blutigen Zusammenschlagung des Berliner Januar-Aufstandes[19] die

8) Vgl. dazu die treffenden Beobachtungen bei Eric Waldmann, op.cit., p.161 ff.
9) S. "Die Rote Fahne", 1.Jg.(1918), Nr.40: Krieg gegen die Revolution. Dort ist die Rede von der Volksmarine-Division als der "treuesten Stütze der proletarischen Revolution."
10) "Die Rote Fahne", 2.Jg.(1919), Nr.2: Absage an Spartakus.
11) Eberhard Kolb (Die Arbeiterräte ..., p.47) schätzt die Stärke des "Spartakus"-Bundes bei Kriegsende auf etwa 1000 aktive Mitglieder; nach parteioffiziellen Angaben zählte die KPD(S) im März 1919 90.000 Mitglieder (s. Ossip. K. Flechtheim, op.cit., p.236). Die Mitgliederzahl der USPD stieg von 100.000 im November 1918 auf 300.000 im Februar 1919 (Heinrich Ströbel, op.cit., p.102). Die SPD zählte 1919 über 1 Million Mitglieder.
12) Was will der Spartakusbund? zitiert in: O.K. Flechtheim, op.cit., p.245.

13) Ibidem.
14) Ibidem ist wiederum die Rede von "dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen durch Niederlagen und Siege."
15) "Die Rote Fahne", 2.Jg.(1919), Nr.19: Von den Putschen und den Putschisten.
16) "Die Rote Fahne", 2.Jg.(1919), Nr.37: Bayern.
17) S. Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p.172; besonders den Bericht über Rosa Luxemburgs Stellung zu den Januar-Kämpfen in Berlin aufgrund brieflicher Mitteilungen Leo Jogiches an Clara Zetkin. Rosa Luxemburg sah als optimales Ergebnis des Januar-Aufstandes allenfalls eine Art "Berliner Kommune" mit allen Entwicklungsphasen bis zum blutigen Ende des französischen Vorbildes voraus. Vgl. auch Eric Waldmann, op.cit., p.185 ff.
18) Arthur Rosenberg (Geschichte, p.61) erklärt ihr "Gehorsam gegenüber der Vereinsmehrheit, ihre Mitwirkung bei der sinnlosen Januar-Aktion, wo sie ihrem Verein auch die Treue halten wollte, und schließlich die Weigerung zu fliehen, die sie mit dem Leben bezahlte," aus "gewissen Resten kleinbürgerlicher "Anständigkeit"; er stellt ihr Verhalten dem Lenins im Sommer 1917 gegenüber, der in einer vergleichbaren Situation ohne Bedenken nach Finnland floh.
19) Nach der Arbeit Eric Waldmanns sollte man im wissenschaftlichen Sprachgebrauch den Namen "Spartakus"-Aufstand" für die Berliner Januar-Kämpfe vermeiden. Waldmann (op. cit., p.192) resümiert: "Indeed, it was a strange twist of history which gave the January Up-

Flucht aus Berlin zu ergreifen; sie wurde zusammen mit Karl Liebknecht am 15.1.1919 von Reichswehrtruppen wehrlos erschlagen. Auf die gleiche Weise kam Leo Jogiches, der wichtigste Organisator des "Spartakus"-Bundes und der KPD(S) und engste Mitarbeiter Rosa Luxemburgs, im Anschluß an einen gegen den Willen der KPD(S)-Zentrale zum Aufstand sich auswachsenden Berliner Generalstreik[20] am 10.3.1919 zu Tode.

Betrachtet man die zweite Tendenz in der jungen KPD, so fällt die starke Repräsentanz der aus der IKD-Tradition stammenden Kräfte auf und gleichzeitig die nahezu völlige Konzeptlosigkeit der an verschiedenen Orten im Reiche agitierenden führenden Persönlichkeiten, deren Revolutionsvorstellungen von denen der Berliner Zentrale erheblich verschieden waren. Hier verliefen in der KPD(S) des ersten Jahres die Grenzen zwischen der Minderheit um Rosa Luxemburg und der linkskommunistischen Mehrheit ähnlich wie sie bereits auf dem Gründungskongreß in den Fragen des Parlamentarismus und des Zentralismus offenbar geworden waren. Die Mehrheit, als deren Repräsentanten Rosa Luxemburg auf dem Gründungskongreß namentlich Otto Rühle ansprach, sah den nächsten Schritt von der bürgerlichen zur sozialen Revolution unmittelbar vor sich; für sie war die Revolution gleichsam gleich um die Ecke und sie versuchte, jede Revolte größeren Ausmaßes im Zeichen des Endkampfes weiterzutreiben. Karl Liebknecht neigte eindeutig zu dieser Tendenz; seine Teilnahme an der Bildung und an den Beratungen des Revolutions-Komitees während des Berliner Januar-Aufstandes von 1919 erfolgte so gut wie ohne Kontakt mit der Parteiführung[21]. Zumal außerhalb Berlins, wo der Einfluß der KPD-Zentrale gering war, erwiesen sich große Teile der "Spartakus"-Anhänger als überaus aktionsbeflissen; durch ihre mutige Opposition während des Krieges populär gewordene "Spartakus"-Sprecher verschafften sich besonders während der Streik- und Aufruhrbewegungen in Reaktion auf den niedergeschlagenen Berliner Januar-Aufstand Gehör. Einige Beispiele von Persönlichkeiten, die später zur KAPD stießen: Der Journalist Karl Minster[22] trat, nachdem er sich im Kriege

rising the name of that left wing opposition group within the German socialist movement which officially had nothing to do with starting the insurrection and which became connected with it only to maintain 'proletarian solidarity'. "

20) Siehe dazu O.K.Flechtheim, op.cit., p. 51 f.

21) S. Eric Waldmann, op.cit., p. 186.

22) Karl Minster, geb. am 25.12.1873 in Edenkoben (Kreis Landau) redigierte seit 1913 die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" in Duisburg; seit 1916 den "Kampf" im Sinne der Linksradikalen, den er 1918 in Amsterdam weiter erscheinen ließ; während des Krieges Verfahren wegen Hochverrat; unter verschiedenen Pseudonymen linksradikale Agitation im Ruhrgebiet; dann Übersiedlung nach Frankfurt a. Main und Tätigkeit in der linken Opposition der KPD(S), schließlich Mitglied der KAPD. S. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15710/330, Ergänzungen.

durch die illegale Herausgabe des vom Berliner "Spartakus"-Bund weitgehend unabhängigen Duisburger linksradikalen Organs "Der Kampf" einen Namen gemacht hatte, 1918 bis 1920 in den Revolten im Ruhrgebiet im Sinne der linken KP-Opposition richtunggebend hervor. In Braunschweig wirkte der Schneider August Merges[23], der als Expedient des "Volksfreund" seit 1915 mit dem ehemaligen Anarchisten und späteren USP-Anhänger Sepp Oerter und dem "Spartakus"-Mitglied August Thalheimer einem lokalen "Revolutionsklub" vorstand, bereits am 3.11.1918 in einer USP-Massendemonstration die revolutionäre Bewegung am Orte einleitete und als Vorsitzender des Arbeiter-Rates den regierenden Herzog am 8.11.1918 zum Rücktritt zwang; er wurde zum Präsidenten der Republik Braunschweig gewählt und setzte seinen Ehrgeiz bis zur Verdrängung seiner Räte-Regierung durch den gewählten Landtag gerade an eine solche lokale Errichtung der Diktatur des Proletariats[24], die von der Berliner Zentrale abgelehnt wurde.

Wie unterschiedlich und vor allem wie unkoordiniert das Verhalten lokaler KP-Führungen an anderen Orten des Reiches war, zeigt ein Blick auf die kommunistischen Wortführer, die aus der ISD- bzw. IKD-Bewegung in die Partei gekommen waren. Allgemein zeichneten sich diese Kräfte praktisch und theoretisch durch ungebrocheneren Aktionsdrang aus. Im Bremer "Kommunist" kritisierte Johann Knief im Dezember 1918 die "Berliner Bewegung", d.h. die "Spartakus"-Zentrale, wegen ihrer offiziellen Absage an den Terror im revolutionären Kampf[25]; er warf ihr Beschränkung auf aufpeitschende Agitation vor und solidarisierte sich immer wieder[26] mit den - kollektiven Terror einschließenden - Kampfmethoden der Bolschewiki[27]. In Bremen versuchte er im stärksten persönlichen Einsatz (und ohne die Vorbehalte der Berliner Zentrale gegen die lokal entbrennenden Kämpfe) eine "bewußt revolutionäre Politik"[28] zu praktizieren. In der unter dem unmittelbaren Eindruck der Berliner Vorgänge von USPD und KPD am 10.1.1919 in Bremen ausgerufenen und knapp einen Monat verteidigten Räterepu-

23) S. den biographischen Anhang.

24) Vgl. dazu Einzelheiten bei: E.A.Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar, Braunschweig 1964, p. 26-38.

25) S. "Der Kommunist", (Bremen) 1.Jg. (1918), Nr. 3. Vgl. auch: Illustrierte Geschichte, p. 335.

26) Vgl. "Der Kommunist" (Bremen), 1.Jg. (1918), Nr. 2, 6, 7, 8 usw.

27) Nach der Solidarisierung mit dem Zimmerwalder Programm Lenins war dies ein weiterer Akt der taktischen Übereinstimmung mit den Bolschewiki. Das darf aber nicht zu der Vorstellung verleiten, die IKD seien als eine Art bolschewistische Fraktion in die KPD gekommen; neben beiden genannten Punkten hatten sie tatsächlich kaum etwas gemeinsam mit den Bolschewiki; ihre Spontaneitätsvorstellungen standen sogar im schärfsten Gegensatz zur elitären Parteikonzeption Lenins.

28) Illustrierte Geschichte, p. 334.

blik hatte Knief eine führende Stellung inne[29]; die Möglichkeit ideologischer Einflußnahme auf die revoltierenden Arbeitermassen war zwar in Bremen durch die angriffslustige Haltung der alten IKD-Kader mehr als anderswo gegeben, erwies sich aber gegenüber den Kräften der reinen Revolte (z.B. im sogenannten Jörn-Putsch am 20.1.1919)[30] als recht oberflächlich. - Paul Frölich, Kniefs IKD-Gefährte, war in der Hamburger Umsturz-Bewegung im November 1918 wortführend hervorgetreten[31] und fand sich nach seiner Wahl in die KPD-Zentrale in Opposition zu deren von Rosa Luxemburg geprägten Haltung. Er wurde wahrscheinlich aufgrund dieser besonderen Stellung[32] im April 1919 von der Berliner Zentrale in die Münchener Räterepublik entsendet und verfocht dann die Mitarbeit der Münchener Kommunisten an der Seite der USP in der zweiten Räterepublik gegen die Kritik in der eigenen Partei[33], die aus den Kreisen um Paul Levi kam. Den tatsächlichen Einfluß der KP in den bayerischen Vorgängen beschrieb Frölich: Die Massenstimmung sei der KP als der revolutionären Partei günstig gewesen. "Aber weder war die kommunistische Pateiorganisation stark und bis dahin eine absolut verläßliche Disziplin vorhanden, noch waren in den Massen unsere taktischen Grundsätze lebendig und die Einsicht in den Grad der revolutionären Entwicklung tief"[34]. Eine Charakterisierung der Einflußmöglichkeiten der jungen KPD auf die Massenaktionen, die in mehr oder minder abgeschwächter Form auch auf andere Teile des Reichs zutraf. - In Berlin erwies der lokale IKD-Führer und Mitarbeiter an Kniefs "Arbeiterpolitik", der Arbeiterdichter Werner Möller seine Aktionsbeflissenheit in der führenden Teilnahme an der Besetzung des "Vorwärts"-Gebäudes am 5.1.1919, einem vorwiegend als spontane Protestaktion gegen die Mehrheits-Sozialdemokratie zu verstehenden Schritt empörter Arbeitermassen; nachdem das "Vorwärts"-Gebäude unter dem Artilleriefeuer von Reichswehrtruppen in der Nacht vom 10. zum 11.1.1919 gefallen war, wurde Möller mit an-

29) Vgl. dazu die einseitig aus der Sicht der Mehrheits-Sozialdemokratie geschriebene, aber materialreiche Darstellung: Paul Müller/Wilhelm Breves, Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis März 1919, Bremen 1919.
30) S. ibidem, p. 85 ff.
31) S. Einzelheiten in: Richard Bünemann, Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, phil.Diss. Hamburg 1951, p.114.
32) Laufenberg und Wolffheim vermuteten, die Berliner Zentrale habe Frölich nach München geschickt, weil er "jener Zentrale damals am wenigsten genehm und ihr wegen seiner Herkunft aus der linksradikalen Bewegung verdächtig war, der ihr deshalb am meisten geeignet erschien, sich gründlich zu kompromittieren". Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden, Hamburg o.J., p.22.
33) Vgl. dazu Paul Frölichs pseudonyme Schrift: Paul Werner, Die Bayerische Räte-Republik. Tatsachen und Kritik, Leipzig 1920, bes.p.V.
34) Ibidem, p.17.

deren Verteidigern als Parlamentär erschossen[35]. - Die Dresdener IKD unter der Führung Otto Rühles, der - durch seine spektakuläre parlamentarische Kriegskredit-Verweigerung populär geworden - im November 1918 zu den radikalen Wortführern gehört hatte, die das sächsische Fürstenhaus absetzten, gingen schon bald andere taktische Wege als die Bremer und Berliner "Internationalen Kommunisten"; bereits am 16.11.1918 traten sie aus dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat aus mit der Begründung, die Erfahrung einer Woche habe gezeigt, daß die gegenrevolutionären Tendenzen der SPD und der USPD mit den revolutionären der Kommunisten unvereinbar seien[36]. Damit isolierten sich die Dresdener Kommunisten von den kommenden Massenaktionen, in denen die KP hier wie andernorts ohne das größere Potential der USPD gar nichts vermochte. - In Hamburg verhielten sich die beiden radikalen Sprecher Laufenberg und Wolffheim, die beide in der lokalen Umsturzbewegung im November 1918 an der Spitze gestanden hatten[37], wiederum anders; von der Vorstellung geleitet, man müsse alles tun, um den Bürgerkrieg im geschlagenen Deutschland zu vermeiden zu dem Zweck der Fortführung des Krieges an der Seite Sowjet-Rußlands und gegen die imperialistischen Ententemächte[38], verurteilten sie z.B. die Berliner Januar-Kämpfe als einen "sinn- und zwecklosen Januar-Putsch"[39] und wirkten in Hamburg praktisch in ihrem nationalbolschewistischen Sinn, ohne dieses Programm bereits in der ersten Jahreshälfte 1919 in den Mittelpunkt ihrer Agitation zu stellen. - Dieser Überblick mag hinreichend belegen, daß die aktivistische Tendenz im deutschen Kommunismus des ersten Halbjahres alles anders als homogen und planvoll war; ihre Vertreter waren in allen größeren Massenrevolten und zwischen den sich vorwiegend mit der Position der USPD identifizierenden Arbeitermassen wirksam, aber nirgendwo erfolgreich; inhaltlich war ihnen nicht mehr gemeinsam als die Überzeugung vom Bevorstehen oder der unmittelbaren Erreichbarkeit der zweiten, der sozialen Revolution.

Auch die andere Tradition des deutschen Linksradikalismus, die anarchistische und syndikalistische Linie, brachte in dieser Phase der Weimarer Republik erhebliche Opfer und verzeichnete geringe Erfolge ihrer agitatorischen Bemühungen. Das hervorragende Beispiel des praktischen Engagements innerhalb des deutschen Anarchismus ist die Teilnahme Gustav Landauers und seines Gefolgsmannes Erich Mühsam

35) S. Illustrierte Geschichte, p.288. Vgl. auch den Nachruf auf Werner Möller in: KAZ (Berlin), 3.Jg.(1922), Nr.3.
36) S. Illustrierte Geschichte, p.217.
37) S. Einzelheiten bei: Richard Bünemann, op.cit., p.87 ff. und 123 ff.
38) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Richtung des Nationalbolschewismus in der KAPD.
39) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Moskau und die deutsche Revolution, p.20.

am bayerischen Umsturz vom 6.4.1919, der die erste Münchener Räterepublik einleitete. Landauer beteiligte sich als Anarchist an der Leitung eines Staatsgebildes offenbar nicht unter dem abstrakten Zwang seiner Theorien, die - wie früher gezeigt wurde[40] - die Vorstellung eines sich durch Revolutionen hindurch dialektisch vorwärtsbewegenden Geschichtsablaufs nicht anerkannten, sondern unter dem Eindruck der allgemeinen sozialen Erregung[41]. Sein Einfluß auf Ernst Toller, das offizielle Haupt der ersten Räterepublik in München, war stark, seine ideologische Einwirkung auf die Lösung der praktischen Tagesfragen, die sich der Räterepublik stellten, war ganz unbedeutend. Bei Eintritt der Kommunisten in die zweite Räterepublik zog er sich sofort zurück und stellte resigniert fest, daß das Staatsgebilde, das nun verteidigt werde, nur noch zum geringsten Teil sein Werk sei, "ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt"[42]. Diese Distanzierung verhinderte nicht, daß Landauer am 2.5.1919 von der militärischen Gegenrevolution wehrlos erschlagen wurde; Erich Mühsam und Ernst Toller wurden zu langjähriger Festungshaft verurteilt. Auf den ersten Blick scheint der andere Zweig des älteren Linksradikalismus, die "Freie Vereinigung" der deutschen Syndikalisten, in der Phase vom November 1918 bis Mai 1919 zumindest regional erfolgreicher gewesen zu sein als die deutsche KP. Ihre Einflußmöglichkeit lag nicht vorwiegend in der Agitation prominenter radikaler Sprecher der Arbeiterschaft, sondern in der theoretischen Begründung und Förderung der in den Streiks und Aufständen spontan praktizierten unmittelbaren Selbsthilfe der Arbeiter; mehr als irgendeine andere Strömung in der Arbeiterbewegung hatten die Syndikalisten die Methoden der direkten Aktion durchdacht und propagiert. Die "Freie Vereinigung" hatte aufgrund dieser Koinzidenz und aufgrund der frühen Präsenz ihrer Vorkriegskader in den Streiks und Aufständen seit November 1918 im Ruhrgebiet eine überraschend starke Position inne; zwar waren diese Voraussetzungen für sie auch in anderen Teilen des Reiches - besonders in Großstädten und im mitteldeutschen Industriegebiet - gegeben, aber die Organisation etablierte sich nirgendwo so solide wie im Ruhrgebiet, wo sie bereits vor dem Weltkrieg abgesehen von Berlin am stärksten vertreten war. Bereits im Dezember 1918 hatte die Agitation der "Freien Vereinigung" in den

40) S. dazu oben den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der deutschen Sozialdemokratie.

41) Vgl. dazu Paul Frölich (Paul Werner, Die Bayerische Räte-Republik, p.19): "Landauer war Anarchist, also Individualist und Staatsgegner und deshalb für die Leitung eines Staatswesens ungeeignet. Durch die Revolution, an die er mit ethisch-putschistischen Gedankengängen herangetreten war, wurde er in Konflikt mit seiner Grundauffassung hineingetrieben ...".

42) Zitiert in: Helmut Rüdiger u.a., Gustav Landauer, p.38.

sich bald ausweitenden lokalen Streiks[43] starke Resonanz; während eines Bergarbeiterstreiks der Schachtanlagen des Thyssen-Konzerns in Hamborn, der am 18.12.1918 ausbrach, wurden z.B. Carl Windhoff[44] und andere Vertreter der "Freien Vereinigung" bereits als Bekannte begrüßt; ihre stark akklamierten Reden empfahlen den Arbeitern, sich von ihren bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen loszulösen und ihre Forderungen "durch die direkte Aktion, d.h. durch Arbeitsniederlegung und, wenn dadurch allein nicht mehr erreicht werden könne, durch Sabotage durchzusetzen"[45]. Den überaus radikalen Elementen dieser Streikbewegung, die sich zum Aufruhr entwickelte und im Verlauf derer Vertreter der Bergwerksleitung festgenommen wurden, dienten dergleichen Empfehlungen als wünschenswerte theoretische Überhöhung ihrer Praxis. Als Alternative zu den alten Bergarbeiter-Verbänden wurde das Etikett "Freie Vereinigung" den aktivistischen Kräften zum revolutionären Gütezeichen und sie versuchten mit teilweise brutalen Mitteln, die Arbeiter zum Eintritt in diese Organisation zu zwingen. In den Hamborner Zechen, die hier wie in anderen Fällen voranschritten und denen andere Industrieorte des Ruhrgebiets nachfolgten, gingen die linksradikalen Aktivisten nachweisbar seit März 1919 dazu über, ultimative Forderungen folgender Art an die nicht in der "Freien Vereinigung" Organisierten zu stellen:

"Hierdurch fordern die Belegschaftsmitglieder von Schacht II 5 von der Freien Vereinigung Sämtliche, die sich der Freien Vereinigung noch nicht angeschlossen, sofort zu derselben überzutreten und dies muß bis spätestens 3. April 1919 geschehen. Wer bis dahin der Freien Vereinigung nicht angehört, muß die Arbeitsstätte verlassen"[46].

Tatsächlich wurden auf manchen Zechen die Arbeiter, die sich nicht der "Freien Vereinigung" anschlossen, an der Einfahrt gehindert[47]. Der Massenzustrom zur "Freien Vereinigung" erfolgte allerdings nicht durch dergleichen Zwangsrekrutierung; er setzte erst richtig ein aufgrund der Enttäuschung vieler Bergarbeiter über die Niederschlagung

43) Vgl. dazu die Darstellung: Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhr-Bergarbeiterschaft ... (loc.cit.).

44) Carl Windhoff, geb. am 8.11.1872 in Düsseldorf, gelernter Fliesenleger, war eines der frühesten Mitglieder der "Freien Vereinigung" im Ruhrgebiet; führende Tätigkeit während des Krieges zur Aufrechterhaltung der Organisationskader; entscheidende Beteiligung an der Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September 1919; nach 1921 zeitweilig Redakteur an der "Schöpfung", dem oppositionellen rheinland-westfälischen Organ der FAUD; 1922 angeblich Kontakte zur KPD; starb vor Ende des zweiten Weltkrieges. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr.15849/2 u.3, Ergänzungen.

45) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr.15032/12.

46) Aus einer Bekanntmachung an alle Gewerkschaftszechen Hamborns der Bezirksleitung der "Freien Vereinigung", in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr.15034/48.

47) S. z.B. über solche Praktiken: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr.15034/45 und /168.

des großen Generalstreiks im April 1919. - Durch die aufgezeigte Symbiose zwischen aktivistischen Teilen der Arbeiterschaft und der "Freien Vereinigung" spielten die Parolen dieser Organisation, die vor Gründung der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" Ende März 1919 die einzige Alternative zu den alten Gewerkschaftsverbänden mit mehr als lokaler Bedeutung und mit einem eigenen Programm war, in fast allen lokalen Aufständen, die auch im Ruhrgebiet besonders seit dem Berliner Januar-Aufstand aufflackerten, eine Rolle. Jedoch war bei der Oberflächlichkeit der emotionalen Zustimmung zu den Parolen der "Freien Vereinigung" eine dauernde Konsolidierung dieser Organisation nicht zu erwarten; in der Tat nahmen dann alle oppositionellen Strömungen in der aus ihr hervorgehenden FAUD ihren Ausgang im Ruhrgebiet[48]; die durchaus verschiedenartigen Kräfte, die sich unter dem Etikett "Freie Vereinigung" zeitweilig versammelten, sonderten sich bald schon wieder voneinander. - Die besonders starke Präsenz der "Freien Vereinigung" in den sozialen Revolten im Ruhrgebiet während des ersten Halbjahres nach dem November - Umsturz führte zur Vorherrschaft dieser Organisation über die junge KPD(S) in dieser Region; namhafte Sprecher der Syndikalisten und der Kommunisten bekannten sich unterschiedslos zur "Freien Vereinigung", deren Name bisweilen auch mit der Zusatz - Parenthese "Spartakusbund" auftauchte[49]. Die linksradikale Aktionseinheit[50] von November 1918 bis April 1919 bestand im Ruhrgebiet in besonders großem Maße in den Mitgliederschichten der kommunistischen und syndikalistischen Organisation, auch wenn gelegentlich Aktionen - wie der in Mülheim beschlossene Februar - Generalstreik 1919, der von der KP - Führung nicht gestützt, sondern organisatorisch allein von der "Freien Vereinigung" getragen wurde[51] - von der Levi - Zentrale als "syndikalistischer Unfug"[52] desavouiert wurden. Noch der große Bergarbeiter - Generalstreik, der am 30.4.1919 begann und bisweilen 75 % der Ruhr-Bergarbeiter umfaßte, wurde von der "Freien Vereinigung" gemeinsam mit der KPD und der USPD getragen[53]; erst nach der Niederschlagung dieser größten und letzten Aktion in der Reihe der blutig und mit Waffengewalt im Ruhrrevier ausgetragenen Kämpfe der ersten Phase der deutschen Revolution begann die "Freie Vereinigung" ihre Organisationsgrundlagen in Konkurrenz mit der KPD(S) auszubauen[54].

48) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Gründung und die Entwicklung der FAUD.
49) Vgl. z.B. die Ansprache des Agitators Heiling vom 16.12.1918 in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr.15032/15 und /19.
50) Peter von Oertzen merkt gelegentlich mit Recht an (Die großen Streiks ..., loc.cit., p.240), es sei ungenau, die in den Revolten im Ruhrgebiet wirksamen Kräfte schlechtweg als "Spartakisten" zu bezeichnen.
51) S. Peter von Oertzen, Die großen Streiks, loc.cit., p.243. Vgl. auch Manfred Dörnemann, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, phil.Diss.Würzburg 1965, Bochum o.J., p.99 ff.
52) S. "Die Rote Fahne", 2.Jg. (1919), Nr.41.
53) Vgl. dazu die Artikelserie in: "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.16-20: Der Generalstreik im Ruhrrevier.

54) S. unten den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen FAU.

V. DIE KONSOLIDIERUNG DER LINKSRADIKALEN TRADITIONEN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19: DIE PHASE DER REVOLUTIONÄREN ERNÜCHTERUNG UND DIE ANFÄNGE LINKSKOMMUNISTISCHER UND SYNDIKALISTISCHER ORGANISATIONSBILDUNG

1. Das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Ursprünge des deutschen Unionismus

Mit der Niederwerfung der zweiten Bayerischen Räterepublik Anfang Mai 1919 nahm die Revolutionsphase der Insurrektionen und Massenstreiks ziemlich abrupt ein Ende. Vom April bis Dezember 1919 herrschte ohne größere Unterbrechungen der Belagerungszustand im Reiche[1]. In der Aktionsstille der zweiten Jahreshälfte 1919 schwankte die Stimmung unter den revolutionären, an den voraufgegangenen Kämpfen beteiligten Arbeitern zwischen Resignation und der Hoffnung auf das Wiederaufleben der Revolution in der Form von Massenaktionen im Winter 1919/20. Sie waren nicht bereit, den sich konsolidierenden neuen Staat und die im wesentlichen unveränderte kapitalistische Gesellschaftsordnung anzuerkennen. - Die Nationalversammlung war am 19.1.1919 gewählt worden; nachdem Verhandlungen mit der radikalisierten USPD ergebnislos waren, regierte die Mehrheits-Sozialdemokratie seit Februar 1919 in Koalition mit den Mittelparteien des Zentrums und der Demokraten[2]. Diese Regierung war nicht imstande, die im Novemberumsturz angelegten Ansätze zur Umwandlung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weiterzuführen. Für die Sozialisierung der Grundindustrien hatten die Mehrheits-Sozialdemokraten sich nach dem 9. November zwar allezeit ausgesprochen und die am 31.7.1919 angenommene Reichsverfassung sah entsprechende Maßnahmen vor; in der Praxis aber gingen die Sozialisierungsmaßnahmen nicht über einige folgelose Ansätze der Gesetzgebung in der Kohle- und Kaliwirtschaft hinaus. Die konstruktive Grundidee der deutschen Revolution, der Rätegedanke[3], der am radikalsten und am längsten von den Linkskommunisten und Syndikalisten vertreten wurde, verlor in den Massen selbst an Aktualität in der zweiten Hälfte 1919 und wurde von der Regierung um seinen revolutionären Anspruch reduziert; seit März 1919 ging die Diskussion um die gesetzliche Verankerung der Rätebewegung, und als deren Ergebnis verabschiedete man am 4.2.1920 das Betriebsräte-Gesetz. - Gegen diese Domestizierung der Sozialisierungs- und der Rätebewegung ging der gemeinsame tagespolitische Kampf der Linksradikalen nach außen. Im Innern der linksradikalen Bewegungen, die durch das Verhalten der SPD und der Gewerkschaften während der Aktionsphase nach dem November 1918 nunmehr seit Juni 1919 einen zweiten und erheblicheren Mitgliederzuwachs verzeichneten, setzte mit der beginnenden organisatorischen Verfestigung der seit November 1918 einander durchkreuzenden, traditional disparaten Tendenzen ein ideologischer Klärungs- und Trennungsprozeß ein. In der Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union" (FAU) im September 1919 kam noch der organisatorische Zusammenschluß der linkskommunistischen Gewerkschaftsgruppen, die sich als Unionen konstituierten, mit den Syndikalisten der "Freien Vereinigung" zustande. Doch schon im August 1919 waren die von den Linkskommunisten lancierten Unionen sowohl organisatorisch als ideologisch von den Syndikalisten deutlich unterschiedene Gebilde - wenn auch mit vorerst noch sehr geringer Anhängerzahl und daher anlehnungsbedürftig an die bereits gefestigtere Organisation der "Freien Vereinigung". Im Oktober schließlich kam es vor allem anläßlich der Gewerkschaftsfrage durch die Machinationen Paul Levis zum organisatorischen Bruch mit einem Teil der Linkskommunisten, als deren Sprecher die Hamburger Organisation auftrat. In der Diskussion über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution trat der von Radek und Levi formulierten Konzeption der Parteizentrale der Linkskommunismus mit einer von Pannekoek verfaßten, selbständigen Theorie gegenüber. -

Auf dem Gründungskongreß der KPD(S) war die Gewerkschaftsfrage offen geblieben; die meisten Mitglieder der neuen Partei handelten jedoch in den folgenden Monaten gemäß der auf dem Kongreß vorherrschenden Stimmung nach der Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" und traten damit bald in Gegensatz zur Parteizentrale, deren Führung nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auf Paul Levi übergegangen war. Schien die Parlamentsfrage durch die eindeutig negative Entscheidung des Gründungskongresses vorerst geklärt, so wurde der Streit der Linkskommunisten mit der Zentrale bis zum zweiten Parteitag im Oktober 1919 in erster Linie um die Bildung neuer Wirtschaftsorganisationen fortgesetzt[4]. Als Ergebnis der erfolgreichen Bemühungen der Linkskommunisten entstanden im Verlauf des Jahres 1919 neben der "Freien Vereinigung" die Ansätze einer zweiten sozialrevolutionären Gewerkschaftsorganisation, die wie die "Freie Vereinigung" ihren Mitgliederzulauf aus der Menge der über die Politik der (seit Juli 1919 in "Allgemeiner Deutscher Gewerk-

1) Vgl. Ossip K. Flechtheim, op. cit., p. 61 f.
2) Zum Folgenden vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 72 ff.
3) Vgl. dazu Peter von Oertzen, Betriebsräte, p. 297 ff.

4) Die Auseinandersetzung ist am besten zu verfolgen in der seit Mai 1919 von der Parteizentrale herausgegebenen "Kommunistischen Räte-Korrespondenz" 1. Jg. (1919); s. dort die zahlreichen Artikel "Zur Gewerkschaftsfrage" ab Juli: Nr. 11, 12, 13, 15/16, 17.

schafts-Bund" (ADGB) umbenannten) "Freien Gewerkschaften" empörten Arbeiter erhielt, und die auch in allen organisatorischen und taktischen Fragen manche Gemeinsamkeiten mit den Syndikalisten aufwies. Diese in der linkskommunistischen Tendenz aufkommende Bewegung mündete Anfang 1920 in die Gründung der AAUD, der späteren gewerkschaftlichen Parallelorganisation zur KAP.

Diese Bewegung stand unter anderen Einflüssen als den für die "Freie Vereinigung" maßgeblichen: Während die "Freie Vereinigung nach 1908 vor allem die klassische französische Ausprägung der syndikalistischen Doktrin - wenn auch nicht sehr gründlich - rezipiert hatte, so definierte diese jüngere sozialrevolutionäre Gewerkschaftsbewegung ihr Programm unter dem Einfluß der "Industrial Workers of the World" (IWW)[5], der zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen radikalen und berüchtigten Wirtschaftskampf-Organisation in den USA, deren geschichtliche Wurzeln bis auf Robert Owens "One-Big-Union"-Theorie zurückzuführen sind. Obwohl diese Bewegung schon von den zeitgenössischen Beobachtern ihrer Entstehung polemisch-absichtsvoll als "Syndikalismus" bezeichnet wurde[6], muß sie vom Syndikalismus französischer Observanz als Unionismus[7] klar getrennt werden. - In der unionistischen Bewegung in Deutschland waren seit ihrer Entstehung zwei Richtungen vorhanden, die sich zuerst in unentwirrbarer Weise durchkreuzten und dann einander bekämpften. Die eine Richtung sah in der Union eine wirtschaftliche Kampforganisation, die neben der politischen Kampforganisation, der Partei, wirksam sein sollte. Die andere Richtung intendierte die Aufhebung der Trennung in wirtschaftliche und politische Organisationen, sie sah in der Union die proletarische Einheitsorganisation, die beide Funktionen vereinigte[8]. - Wie bereits dargestellt[9], sind beide Richtungen schon während des Krieges nachweisbar in der Opposition gegen die "Instanzen"-Politik der "Freien Gewerkschaften".

Daß die organisatorischen Prinzipien des Unionismus (die Betriebsorganisation als organisatorische Basis und der Industrieverband als oberste integrierende Einheit) bald nach dem Novemberumsturz unabhängig von einander in den Industriegebieten an der Ruhr und in Mitteldeutschland und in - besonders den norddeutschen - Großstädten in der oppositionellen Arbeiterbewegung auftraten, kam nicht von ungefähr. Nach der Lostrennung von den alten Gewerkschaftsverbänden war die zentrale Vertretungskörperschaft weggefallen und als effektivstes Mittel zur Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen bot sich der Zusammenschluß auf der untersten Stufe der bisherigen Organisation, dem Betrieb, an. Hier zumal konnte man in Aktionsausschüssen direkt für seinen revolutionären Willen einstehen, ohne ihn an irgendwelche Führer zu delegieren. "Der Kampf um revolutionäre Aktionsausschüsse und revolutionäre Betriebsräte, wie er zu jener Zeit in allen Industriezweigen losbrach, wuchs sich allmählich zum Kampf um revolutionäre Betriebsorganisationen aus"[10]. Die Betriebsorganisationen sollten sich in Ortsgruppen, Wirtschaftsbezirken und schließlich in einem großen Industrieverband zusammenschließen. - Gleich dem Prinzip der Betriebsorganisation ergab sich das des Industrieverbandes aus einer bereits unabhängig von aller Propaganda vorhandenen Tendenz in der Arbeiterbewegung. Besonders weiten Kreisen der Metallarbeiter schien die traditionelle Verbandsform der Gewerkschaften auf der Grundlage der Berufe angesichts der Grenzverwischung zwischen den Berufen im modernen Industrieprozeß und der sich unaufhaltsam steigernden Konzentration des Kapitals veraltet; der Ruf nach Industrieverbänden wurde an den verschiedensten Stellen in der Gewerkschaftsbewegung laut[11]. - Die unionistische Propaganda stieß wie die der Syndikalisten auf bereits vorhandene Trends. Die unionistischen Organisationsansätze entstanden aus der wechselseitigen Förderung der revolutionären Betriebsausschüsse und der zum Teil direkt von den amerikanischen IWW gesteuerten Propaganda in Deutschland.

Diese direkte IWW-Propaganda bezeugt ein zeitgenössischer Beobachter[12] für die Einwandererhäfen Bremerhaven und Hamburg, wo er unter anderem deutschsprachige Flugschriften, Zeitschriften und Zeitungen der IWW-Zentrale in Chicago in Umlauf fand. Auch Fritz Wolffheim knüpfte wieder engere Bande zu seinen amerikanischen

5) Über die Entstehungsursachen der IWW s. Hans Bötcher, op. cit., p. 15-23. Vgl. auch die IWW-offizielle Darstellung der Geschichte der Organisation: Fred Thompson, The IWW. Its First Fifty Years (1905-1955). The history of an effort to organize the working class, Chicago 1955. S. die jüngste Darstellung der Geschichte der IWW: Philip S. Foner, The Industrial Workers of the World 1905/1917, New York 1965.

6) Auch hier schlossen sich die meisten Historiker der deutschen Arbeiterbewegung zu Unrecht den Invektiven der Levi-Zentrale an.

7) So zuerst Hans Bötcher, op. cit., p. 64 ff. Zuletzt hat Peter von Oertzen, (op. cit., p. 207 ff.) in seinem auf Bötchers Untersuchung aufbauenden Kapitel "Die Rolle der Unionen in der Räte-Bewegung" auch den eigentlichen Syndikalismus mit abgehandelt.

8) Vgl. dazu "Kommunistische Arbeiterzeitung" (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 93, wo das Hamburger KPD-Mitglied Fritz Sturm im August 1919 eben diese beiden Tendenzen neben den Befürwortern der Arbeit innerhalb der alten Gewerkschaften als die in der KPD(S) verfochtenen Positionen konstatiert. S. auch "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 13.

9) Vgl. den Abschnitt über die spontanen Streikbewegungen während des Krieges.

10) Hans Bötcher, op. cit., p. 65.

11) S. die Beispiele bei Hans Bötcher, op. cit., p. 59 f.

12) Ibidem, p. 38. Bötcher berichtet an anderer Stelle (op. cit., p. 66), daß die Union in Bremerhaven sogar im Untertitel den Namen "Industrial Workers of the World" trug.

Freunden von den IWW. Hatten er und Laufenberg während des Krieges jede unmittelbare und namentliche Bezugnahme auf die IWW vermieden, so ließen beide im August 1919 in der seit Februar 1919 erscheinenden linksradikalen Hamburger "Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" Flugblätter veröffentlichen, in denen die deutschen Arbeiter aufgefordert wurden, der "Allgemeinen Arbeiter-Union", der deutschen Organisation des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt", beizutreten[13]; diese Aufrufe waren von den IWW gezeichnet und offenbar auch finanziert. Ein weiterer Hinweis für die finanzielle Starthilfe des deutschen Unionismus durch die amerikanischen IWW ist die Tätigkeit des Deutsch-Amerikaners Karl Dannenberg, der Anfang 1919 - nach Polizeiberichten - "mit reichen Geldmitteln versehen, in Braunschweig eine Filiale der IWW errichtet"[14] hatte. Dannenberg, langjähriges Mitglied einer minoritären Richtung der IWW in den Vereinigten Staaten, entfaltete seine sehr rege Agitation besonders in Mitteldeutschland; er war für den deutschen Unionismus vor allem als ideologischer Mitinitiator von Bedeutung, denn die von ihm vertretene Richtung des Industrieunionismus lief sich schon 1920 in der AAU tot[15]. - Während die ideologischen Impulse für die Entstehung des Industrieunionismus also mit Sicherheit aufweisbar sind, ist die Herkunft der Idee der Einheitsorganisation weniger klar. Der Gedanke, daß die Trennung der Arbeiterbewegung in wirtschaftliche und politische Organisationen nicht unwiderruflich sei, findet sich schon vor dem Kriege gelegentlich in den Überlegungen Rosa Luxemburgs[16]. In den Kreisen des "Spartakus"-Bundes ist diese Idee dann nicht mehr nachweisbar und die ersten anonym erschienenen Beiträge zur Einheitsorganisation in der "Arbeiterpolitik" lassen eher auf ein theoretisch unvermitteltes, spontanes Auftreten schließen.

Frölich bezeugte Ende Dezember 1918 das Vorhandensein von revolutionären Betriebsausschüssen, die ihre Aufgaben im Sinne der KPD(S) erfüllten, in allen Großbetrieben Hamburgs[17]. Die Hamburger Kommunisten setzten ihre Politik der Zerstörung der Gewerkschaften energisch fort. Anfang 1919 faßten sie den Entschluß, die lokalen Gewerkschaften zwangsweise aufzulösen und die Gewerkschaftsgelder an die Arbeitslosen zu verteilen. Auch in Bremen kam es zur Besetzung des Gewerkschaftshauses. Im August 1919 machte eine Konferenz des Bezirks Nord der KPD(S) mit Hamburg als Vorort den Mitgliedern den Austritt aus den Gewerkschaften zur Pflicht[18]. - Solche Aktionen hingegen hingen ganz von lokaler Initiative ab; die Gewerkschaftspolitik der KPD(S)-Zentrale blieb orientierungslos. Sofern sich die revolutionären Betriebsausschüsse in den Groß- und Industriestädten im Reich nach dem Gründungskongreß der KPD(S) nicht der "Freien Vereinigung" anschlossen, blieben sie zuerst verstreut und ohne organisatorischen Zusammenhalt. Die früheste nachweisbare unionistische Organisationsbildung erfolgte am 30. März 1919 im Ruhrgebiet in Reaktion auf die dilatorische Haltung der Führung des Bergarbeiterverbandes gegenüber den Forderungen während der großen Streikbewegungen seit Januar des Jahres[19]. Auf der am 30.3.1919 in Essen tagenden Konferenz der revolutionären Bergarbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes beschlossen die Delegierten gegen 8 von 475 Stimmen den Austritt aus dem alten Bergarbeiterverband und den Zusammenschluß in einer neuen revolutionären Organisation mit dem Namen "Allgemeine Bergarbeiter-Union". Den alten Organisationen wurden die Beiträge sofort gesperrt. Die Bergarbeiter-Union baute sich auf von unten nach oben aus Steigerrevierräten, Betriebsräten, Bergrevierräten und einem Zentralzechenrat als oberster Vertretung[20]. Der Betriebsstruktur des Bergbaues angepaßt entsprach dieser Aufbau dem Betriebsorganisations- und Industrieverbandsprinzip des Unionismus und war vom Berufsvereinigungs- und Föderations-Aufbaumuster des Syndikalismus - wie später im einzelnen gezeigt wird - deutlich unterschieden. Mit dem Zusammenbruch des von der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" am 1. April 1919 ausgerufenen Generalstreiks am 28. April wurde auch die Union durch eine riesige Verhaftungswelle zerschlagen. Als der Zentralzechenrat Anfang Mai 1919 zur Neugründung von Schachtorganisationen aufrief, schloß sich die KPD(S)-Zentrale diesem Aufruf an[21], die "Freie Vereinigung" hingegen erklärte, mit

13) S. den Text eines Flugblattes im dokumentarischen Anhang Nr. V. S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 104.

14) Politische Akten der Regierung Düsseldorf Nr. 15809/2. Vgl. auch Hans Bötcher, op. cit., p. 66.

15) Vgl. dazu den Abschnitt über den Braunschweiger Industrieunionismus. Die Bemerkung Bötchers (op. cit., p. 66), Dannenberg habe "in der Folgezeit entscheidenden Einfluß" ausgeübt, trifft nicht zu.

16) S. Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 63. Vgl. auch Walter Tormin, op. cit., p. 41. Auch in den Überlegungen Dr. Friedebergs taucht diese Idee auf. S. oben den Abschnitt über die Lokalisten und die "Freie Vereinigung".

17) Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 16.

18) Vgl. Rudolf Rettig, op. cit., p. 18 ff.

19) Zur Situation im Ruhrgebiet s. im einzelnen: Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. (1958), p. 238 ff.

20) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 17. Vgl. auch: Illustrierte Geschichte, p. 329.

21) S. "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 66. Die KPD(S) forderte in dem Aufruf zum Zusammenschluß "in der Einheitsorganisation "Allgemeine Bergarbeiter-Union"" auf. Der Begriff der Einheitsorganisation war offenbar zwar populär, aber sehr unklar; denn die KP forderte damit zu einer Organisationsgründung auf, in deren Prinzip gerade die Verneinung der Partei eingeschlossen war. Ähnlich paradox war schon die Propaganda der Einheitsorganisation durch Paul Frölich auf dem Gründungskongreß der Partei gewesen.

diesem Aufruf nichts zu tun zu haben; sie begann mit dem Aufbau einer eigenen Bergarbeiter-Föderation[22]. Damit trat die "Freie Vereinigung" zum ersten Mal organisatorisch in Gegensatz zum Unionismus. Da die Syndikalisten einen nicht unwesentlichen Bestandteil der Mitgliedschaft der Bergarbeiter-Union ausmachten, da sie mit dem klareren Programm aufwarteten und da die "Freie Vereinigung" nicht namentlich durch die Niederlage der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" in der General-streikbewegung kompromittiert war, verzeichnete sie in den folgenden Monaten rapide wachsenden Zulauf der Bergarbeiter[23]. Die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" bestand weiter, blieb aber im Schatten der Organisation der Syndikalisten und schloß sich im September ds. Js. mit dieser und anderen kleineren oppositionellen Gewerkschaftsgruppen zur rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union" zusammen.

Die KPD(S)-Zentrale hatte neben dem Wiederaufbau der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" im Mai 1919 auch noch die Schaffung eines revolutionären Landarbeiter- und eines revolutionären Eisenbahner-Verbandes gefördert, die jeweils mit der Streikbewegung, aus der sie hervorgegangen waren, zusammenbrachen[24]. Sie nahm nach wie vor keine klare Stellung zur Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften. Die Obleute der kommunistischen Betriebsorganisationen und große Teile der Mitglieder waren um die Mitte des Jahres 1919 aber bereits ausgetreten, ohne die Parole der in dieser Zeit ziemlich unmaßgeblichen Zentrale der Partei abzuwarten; sie versuchten, sich einer revolutionären Wirtschaftskampf-Organisation anzugliedern[25]. Im Ruhrgebiet nahm eine Reihe von Obleuten der revolutionären Betriebsorganisationen Kontakt auf mit der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union"; sie wurden dort abgewiesen, da die Union ausschließlich Industriearbeiter des Bergbaues aufnahm. Andere ad-hoc-Gebilde der Gewerkschafts-Opposition wie der "Allgemeine Arbeiter-Verband" in Düsseldorf waren ihnen nicht akzeptabel "wegen ihres verwässerten Programmes"[26]. Diese Obleute traten am 15. August 1919 in Essen zusammen und gründeten, zu diesem Zeitpunkt noch mit der Billigung der KPD(S)-Zentrale, eine "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU). Auch diese neue Unionsgründung ver-

22) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 22.

23) Vgl. den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union".

24) S. Rudolf Rettig, op. cit., p. 19.

25) Vgl. dazu und zum Folgenden den höchst aufschlußreichen Bericht eines Essener AAU-Mitgliedes mit zahlreichen Details zur weiteren organisatorischen Befestigung des deutschen Unionismus im Ruhrgebiet in: "Der Klassenkampf. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisationen) Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen", 1. Jg. (1920), Nr. 15: Ist die KAPD die Mutter der AAU?.

26) Ibidem.

mochte allerdings nicht, sich gegen die organisatorische Übermacht der syndikalistischen "Freien Vereinigung" zu behaupten.

Im Ruhrgebiet wurden im Verlauf des Jahres 1919 also die unionistischen Organisationskerne sämtlich nach kurzer Zeit von der "Freien Vereinigung" übernommen, ohne dann jemals ganz in die syndikalistische Organisation integriert zu werden; die "Freie Vereinigung" hatte nicht nur den Vorteil, bereits seit November 1918 im Kampfe zu stehen und über ihr Verbandsorgan und Broschürenmaterial Einfluß auf die Arbeiter nehmen zu können, sondern sie hatte in jahrelanger Diskussion geklärte Prinzipien anzubieten. Die theoretische Klärung und Selbstverständigung des Unionismus hingegen begann eben erst; sie vollzog sich - von den Seitenströmungen Dannenbergs in Braunschweig und Rühles in Dresden einmal abgesehen - in Hamburg und Bremen. Im Publikationsorgan der Hamburger Linkskommunisten erschienen von Mai bis August 1919 unter der ständigen Rubrik "Zur Diskussion der Gewerkschaftsfrage" zahlreiche Artikel[27], in denen in Laufenbergs und Wolffheims Sinne der Austritt aus den Gewerkschaften und die Bildung revolutionärer Betriebsorganisationen propagiert wurde. Zuversichtlich schrieb Wolffheim Ende Juli, wie die IWW in den Vereinigten Staaten ihre revolutionären Kräfte entfaltet hätten im Kampf gegen den alten Gewerkschaftsbund und wie die junge "Bergarbeiter-Union" im Ruhrgebiet aus dem Kampf entstanden sei, den streikende Massen zu führen gehabt hätten gegen den alten Bergarbeiter-Verband, so werde sich auch die Idee der revolutionären Betriebsorganisation nach dem Hamburger Vorbild im Kampfe entfalten[28]. Die Hamburger hatten jetzt auch das populäre Schlagwort der Einheitsorganisation aufgegriffen; sie machten jedoch die Einschränkung, die proletarische Klassenorganisation könne erst wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation sein, wenn ihr Aufbau vollendet sei; bis zu diesem Zeitpunkt bedürfe es einer besonderen politischen Partei, die ihren Hauptzweck sehe in der Propaganda der Einheitsorganisation und des Rätesystems; die kommunistische Partei propagiere die proletarische Einheitsorganisation und das Rätesystem, um sich mit der Verwirklichung ihrer Forderungen selber als politische Partei aufzuheben[29]. - Der sich hier abzeichnende grundsätzliche Klärungsprozeß im Hamburger Unionismus brachte es mit sich, daß hier die revolutionären Betriebsräte nicht zu den Syndikalisten abwanderten. Die unionistische Agitation war be-

27) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 25, 26, 31, 76, 77, 82, 83, 93, 99.

28) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 76.

29) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 77: Die proletarische Klassenorganisation. Gerade auf diese Formulierung gründete Paul Levi auf dem 2. Parteitag der KPD(S) seine Beweisführung, daß die Hamburger Genossen Syndikalisten seien. S. Bericht des 2. Parteitages der KPD(S), p. 21.

sonders erfolgreich bei den Werftarbeitern; die KAZ (Hamburg) berichtete am 26.8.1919, auf den Hamburger Werften seien die Vorarbeiten erledigt; die Arbeitermassen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ständen und mit den Gewerkschaften gebrochen hätten, seien im Begriff, die Betriebsorganisationen der ganzen Werftindustrie zusammenzufassen zur Union der Werftarbeiter[30]. Der gleiche Bericht zählt an bereits bestehenden unionistischen Organisationen auf: eine Union der Seeleute, eine der Flußschiffer in Oberschlesien und die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" im Ruhrgebiet; schließlich ist von der Essener Gründung der AAU vom 15. des Monats die Rede, die als entscheidender Schritt zur Konsolidierung des Unionismus in Deutschland gefeiert wird: "Der Gedanke der proletarischen Klassenorganisation marschiert, die "Industriearbeiter der Welt" fangen an, auch in Deutschland Wurzeln zu schlagen"[31]. - Eine direkte Einflußnahme der Hamburger Linkskommunisten auf die Essener Gründung der AAU ist weder nachweisbar noch wahrscheinlich. Doch zur gleichen Zeit, am 16.8.1919, trat Wolffheim in der Hamburger Ortsgruppe der KPD(S) mit einem Vortrag hervor[32], der die Summe aus der bisherigen unionistischen Diskussion zog. Er versuchte, die alten Gewerkschaften historisch zu charakterisieren als Gebilde der Entwicklungsphase des Kapitalismus, in der dieser noch zersplittert und die Bourgeoisie erst die Herrschaft zu erobern im Begriffe gewesen sei; damals habe es sich für das Proletariat noch nicht darum handeln können, die Bourgeoisie als Klasse zu zertrümmern; der Kampf um besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Zusammenschluß nach Berufen und die Interessenvertretung durch die Instanzen seien in jener Phase an der Tagesordnung gewesen. "Diese Form der Organisation hat schon vor dem Kriege dazu geführt, daß die Arbeiter nicht in der Lage waren, in Massenstreiks ihre Kräfte mit dem Kapitalismus zu messen."[33] In der gegenwärtigen Phase, der Endphase des Kapitalismus, erfordere der Kampf mit der Bourgeoisie andere Organisationsformen. - In der etwa einen Monat später erscheinenden Broschüre des ehemaligen Bremer IKD-Sprechers und politischen Gefährten Kniefs und Frölichs, Karl Beckers[34], wurde diese historische Charakterisierung übernommen[35];

30) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 99.
31) Ibidem.
32) Der Vortrag wurde gleich darauf gedruckt und erschien Ende August 1919: Fritz Wolffheim, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?, Hamburg 1919.
33) Ibidem, p. 9.
34) Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen 1920. S. auch die Ankündigung der Broschüre in: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 155.
35) Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, p. 3-6. Besonderen Akzent legt Becker auf das Bürokratisierungs-Phänomen. Die Regierung der Mehrheits-Sozialisten beschreibt er: "So gesellt sich zu der alten sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteibürokratie eine Staatsbürokratie, die alle drei eng mit einander verbunden sind".

auch seine Überlegungen mündeten in die Forderung nach der organisatorischen Leitung der wirtschaftlichen Massenkämpfe durch die zur "Allgemeinen Arbeiter-Union" zusammengefaßten Betriebsorganisationen, auf deren spontane Entstehung er mit Nachdruck hinwies. Der Gedanke der Betriebsorganisationen und ihrer Zusammenfassung in der "Allgemeinen Arbeiter-Union" sei in den Massen selbst aufgetaucht und habe beständig an Boden gewonnen[36]. Becker war aber anders als die Hamburger Unionisten der Meinung, die politische Partei dürfe nicht in der AAU aufgehen. Für Becker waren die Unionen spontan etablierte Gewerkschaftsorganisationen, deren sich die KPD bedienen sollte, statt innerhalb der alten Verbände revolutionäre Sisyphus-Arbeit zu leisten. Diesem Konzept für die AAU schloß sich im August 1919 Paul Frölich noch vorbehaltlos an[37]. Er war noch jetzt der Meinung: "Je mehr wir in große Kämpfe hineinkommen, umso mehr kann der Ruf: Heraus aus den Gewerkschaften! Massenparole werden"[38]. Becker und Frölich sollten dieses Konzept erst Anfang 1920 aufgeben. - Eine ganz ähnliche Rolle wie die Bremer Linkskommunisten dachte in Berlin der Kreis um Dr. Karl Schröder den revolutionären Betriebsorganisationen zu und propagierte seine Vorstellungen im Publikationsorgan des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der KPD(S).

Wie die Organisation der AAU konkret auszusehen habe, zeigten die Bremer und Hamburger Linkskommunisten mit dem Ende August 1919 vorgelegten Statut der "Allgemeinen Arbeiter-Union"[39], dem ersten organisatorischen Manifest des Unionismus. Das Statut geht davon aus, daß alle bestehenden Arbeiterorganisationen revolutionär vollkommen versagt haben, - ein Reflex der in der zweiten Jahreshälfte 1919 vorherrschenden Resignation unter den revolutionären Arbeitern. In der "Allgemeinen Arbeiter-Union" sollten sich alle Arbeiter und Angestellten mit mehr als 14 Jahren in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern zu Betriebsorganisationen zusammenschließen; sie sollten für je 50 in den Betriebsorganisationen organisierte Arbeiter einen Obmann wählen; aus den Obleuten eines Ortes sollte ein Zentralausschuß des Ortes gewählt werden, der sich mit Nachbarorten zu Bezirken und Wirtschaftsgebieten organisatorisch und agitatorisch zusammenzuschließen hatte. Als Präventivmaßnahmen gegen bürokratische Erstarrung der Organisation lehnte man Unterstützungseinrichtun-

36) Ibidem, p. 13: "Ganz elementar kam das; ein Beweis dafür, daß diese Kampforganisation für den wirtschaftlichen Massenkampf kein Gebilde ist, das in den Köpfen kommunistischer Führer konstruiert wurde."
37) S. seinen Aufsatz in: "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 11: Gewerkschaften und Rätesystem.
38) "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 11.
39) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 99. Das Statut wurde auch als Broschüre verteilt. S. den dokumentarischen Anhang Nr. IV.

gen kategorisch ab; alle Funktionen innerhalb der Organisation waren ehrenamtlich auszuführen und die Wahlen jederzeit widerrufbar; mindestens einmal monatlich hatte die Mitgliederversammlung zusammenzutreten als höchste Instanz am Orte. Im gegenwärtigen Stadium hatte gemäß dem Statut die AAU ihre Hauptaufgabe in der Propaganda für das Rätesystem zu sehen. "Bei dem Siege der sozialen Revolution übernimmt die "Allgemeine Arbeiter-Union" als die Organisation der gesamten werktätigen Klasse die Leitung der Produktion, die Räteorganisation wird dann die Wirtschaftsorganisation der neuen Gesellschaft"[40]. - Der deutsche Unionismus war im August 1919 organisatorisch in Ansätzen, ideologisch in den Grundzügen etabliert. Seiner Ausbreitung standen außer den Widrigkeiten des Ausnahmezustandes die organisatorische Überlegenheit der "Freien Vereinigung" und die mit den Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919 eingeleitete Gewerkschaftspolitik der Parteizentrale entgegen.

2. Die Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union"

Die "Freie Vereinigung" der Syndikalisten war bereits in der Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet im April 1919 neben der KPD(S) und der USPD die dritte treibende Kraft gewesen innerhalb der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union". Nach der Niederwerfung des Generalstreiks durch die mehrheitssozialdemokratische Regierung und unter Mithilfe der "Freien Gewerkschaften" trieb die Erbitterung über diese Ereignisse der "Freien Vereinigung" die revolutionären Arbeiter in großer Zahl zu. Erst jetzt erhielt die Organisation eine wirkliche Massenbasis. Wenn die Syndikalisten in ihrer Agitation den niedergeworfenen Ruhr-Generalstreik darstellten als Kampf "um Brot und Freiheit gegen die Vereinigung von Kapital, Militarismus, sozialdemokratischer Regierung und dem Führertum der im Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Zentralverbände"[1], so entsprach das genau den Erfahrungen der radikalen Arbeiter und ließ sie Vertrauen fassen zur "Freien Vereinigung". Die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" war Ende April durch die Verhaftung ihrer Führer und dadurch, daß das gesamte Adreßmaterial mit den Namen ihrer Vertrauensleute durch Verrat in die Hände der Polizei gefallen war, vollkommen zerstört worden[2]. Die

40) Ibidem.
1) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 21: Sozialdemokratie und Bergarbeiterstreik.
2) S. dazu den sehr aufschlußreichen Bericht in: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128: Die Arbeiter-Union im Reich.

Syndikalisten, die sich am Wiederaufbau der Bergarbeiter-Union nicht mehr beteiligten, sondern eine eigene Bergarbeiter-Föderation aufbauten[3], hatten den größten Zuwachs aus den Reihen der Arbeiter, die sich enttäuscht von ihren alten Verbänden abwandten; die alten Gewerkschaftsverbände verloren von April bis Juni 1919 insgesamt etwa ein Viertel ihrer Mitglieder bei den Bergarbeitern des Ruhrgebiets, in einigen Bezirken sogar fast die Hälfte[4]. - Fritz Kater schrieb Anfang Mai 1919, die "Freie Vereinigung" sei in schnellem Aufstieg begriffen. "Der Syndikalismus ist nun auch in Deutschland gefestigt und zieht die Arbeiter, vorwiegend des Bergbaues, der Montan- und Metallindustrie in Massen in seinen Bann"[5]. Der Erfolg der syndikalistischen Agitation beruhte vor allem auf der heftigen Polemik der "Freien Vereinigung" gegen den "Verrat" der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände. Einen ebenso plastischen wie skurrilen Eindruck von der Praxis dieser polemischen Werbung für die Syndikalisten vermittelt z. B. ein Flugblatt von Anfang Juli 1919, in dem es von den Gewerkschaftsführern u. a. heißt[6]:

"Das erbärmlichste und traurigste ist es aber, daß sie diese Gelder von den Groschen der Arbeiter und nicht vom Kapital nehmen, oder sollten sie dort auch Einkommen haben, weil man so wenig hört, daß sie diese Herren belästigen? Also Augen aufgemacht Bergarbeiter! Laßt Euch nicht in ihren Joch zwingen, setzt Euch zur Wehr und wenn Ihr Euch organisiert, dann in die Freie Vereinigung der Bergarbeiter, wo Ihr selbst bestimmt, wieviel Ihr zahlt und was mit dem Gelde gemacht werden soll. Wir haben keine Beamten. Das zuletzt aufgenommene Mitglied hat genau soviel Recht wie der Vorsitzende, der bloß den Namen trägt, aber keinen Pfennig erhält. Wer aber nicht soviel Geld übrig hat, der bleibe fern und kaufe sich Fett oder seinen Kindern Schuhe, anstatt diese Verbandsbonzen dick und reich zu mästen. Bergarbeiter legt Eure Verbandsbücher auf einen Haufen und macht ein Höllenfeuer daraus, an dem sich die Verbandsvertreter, die sie kalt für ihre Mitglieder und Arbeiter sind, etwas erwärmen und auftauen können. - Mit Hand und Gruß "Freie Vereinigung" der Bergarbeiter genannt Syndikalisten"[7].

3) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 22.
4) S. Peter von Oertzen, Die großen Streiks ..., loc. cit., p. 235. Von Oertzen irrt allerdings, wenn er meint, die Ausgetretenen hätten sich "überwiegend der neu gegründeten Allgemeinen Bergarbeiter-Union" angeschlossen. S. KAZ (Hamburg) 1. Jg. (1919), Nr. 128: "Die am Essener Beschluß - eine Allgemeine Bergarbeiter-Union ins Leben zu rufen - festhaltenden Delegierten und Bergarbeiter konnten sich erst viel später so wieder zusammenfinden, um an die Ausführungen des Beschlusses zu gehen".
5) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 20.
6) Grammatik, Orthographie und Interpunktion des Originals sind beibehalten.
7) Zitiert in: Hans Spethmann, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, Berlin 1928, Bd. II, p. 19.

Mitte August 1919 wurde im Verbandsorgan der "Freien Vereinigung" "als Erfolg der mündlichen und schriftlichen Agitation zunächst ein Mitgliederbestand von 60 000"[8] vermeldet. Ende desselben Monats konstituierte sich als erste syndikalistische Föderation in Deutschland die der Bergarbeiter. Innerhalb dieses überregionalen Zusammenschlusses der Bergarbeiter bewirkte die Diskussion um den Aufbau der Föderation zwischen der "Freien Vereinigung", der "Allgemeinen Arbeiter-Union" und der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union", daß das Berufsverbandsprinzip des Syndikalismus[9] zugunsten des unionistischen Schachtorganisations-, bzw. Betriebsorganisations-Prinzips aufgegeben wurde[10]. Anstelle des komplizierteren und erst noch auszubauenden Organisationsmusters des Syndikalismus, das die berufsweise Zusammenfassung der Arbeiter vorsah und die Vereinigung dieser Berufsverbände an einem Ort zum Ortsverein oder zur Arbeiterbörse, setzte sich das auf den bereits bestehenden revolutionären Betriebsräten unmittelbar aufbauende Betriebsorganisations-Schema durch. In noch offensichtlicherer Form als innerhalb der Bergarbeiter-Föderation der "Freien Vereinigung" trat das In- und Nebeneinander syndikalistischer und unionistischer Prinzipien zu Tage in der Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union", die sich am 15. und 16. September 1919 auf einer nach Düsseldorf einberufenen Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsgruppen konstituierte.

Mit der Absicht der organisatorischen Verschmelzung waren auf dem Kongreß zusammengekommen: die "Freie Vereinigung" der Syndikalisten, der "Allgemeine Arbeiter-Verband", die "Allgemeine Bergarbeiter-Union", die "Allgemeine Arbeiter-Union" (Essen) und die "Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union" (Düsseldorf)[11]. Die 105 Delegierten des Kongresses verteilten sich in folgender Weise auf die vertretenen Organisationen: "Freie Vereinigung" 46 Delegierte als Vertreter von 99 Ortsgruppen, "Allgemeiner Arbeiter-Verband" 33 Delegierte als Vertreter von 30 Ortsgruppen, "Allgemeine Bergarbeiter-Union" 14 Delegierte, "Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union" (Düsseldorf) 8 Delegierte, "Allgemeine Arbeiter-Union" (Essen) 4 Delegierte[12]. Diese Zahlen geben einen Eindruck von der relativen Stärke

8) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 36.
9) Vgl. Fritz Kater: Ortsverein oder Betriebsorganisation?, in: "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2. Kater tritt dort nachdrücklich für das Berufsverbandsprinzip ein, das auch in der Prinzipienerklärung des Gründungskongresses der FAUD postuliert wird; er weist aber darauf hin, daß die Bergarbeiter der Ruhr die Schachtorganisation vorgezogen haben.
10) S. den Statuten-Entwurf für die Schachtorganisation der Bergarbeiter in: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 47.
11) Hierzu und zum Folgenden s. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128; "Der Kommunist", (Bremen) 1. Jg. (1918/19), Nr. 139; "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.
12) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

der einzelnen Gewerkschaftsgruppen. Es waren "die Mitglieder dieser Organisationen, insbesondere die Bergarbeiter"[13], die auf Zusammenschluß drängten, um die politische Schlagkraft der sozialrevolutionären Gewerkschaften im Ruhrgebiet zu erhöhen.

Außer der "Freien Vereinigung" hatten auch die übrigen auf dem Kongreß vertretenen Gruppen von der Austrittsbewegung der Bergarbeiter aus den alten Verbänden nach dem Ende des Generalstreiks Ende April 1919 profitiert. - Die älteste dieser vier Organisationen, der "Allgemeine Arbeiter-Verband", war schon 1917 aus der lokalen Opposition gegen die Kriegspolitik der deutschen Gewerkschaften in Düsseldorf entstanden. Der Verband hatte sich vor allem zum Sprecher radikaler Tarifforderungen gemacht[14]. Während ähnliche Oppositionsgruppen im Ruhrgebiet, z. B. der "Allgemeine Arbeiter-Verband" in Duisburg[15], bald nach dem Novemberumsturz den Anschluß an die "Freie Vereinigung" gefunden hatten, blieb der Düsseldorfer Verband kraft seiner starken lokalen Verwurzelung selbständig und erhielt neue Impulse durch den Zustrom von Bergarbeitern ab Ende April 1919. Als nach der "Freien Vereinigung" stärkste Gruppierung auf dem Gründungskongreß der FAU erwies er starke organisatorische Beharrungskraft: "Der Allgemeine Arbeiter-Verband hat sich verschmolzen aus der Erkenntnis der taktischen Notwendigkeit, aufgelöst hat sich unser Verband jedoch nicht"[16]. - Auf den Resten der ersten am 30.3.1919 in Essen gegründeten "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" hatte sich von Mai bis September mit der Förderung der KPD(S), aber dennoch nur langsam ein neuer Organisationskern in der Illegalität aufgebaut. Die Hamburger KAZ schrieb, nachdem unter den beschwerenden Umständen des Belagerungszustandes die Grundlage der zweiten Bergarbeiter-Union geschaffen worden sei, habe man eine umfangreiche Agitation nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in allen Kohlenrevieren Deutschlands begonnen und in kurzer Zeit hätten sich Tausende der Organisation angeschlossen[17]. Besonders aus dieser gleichfalls in der FAU verschmolzenen, aber nicht aufgelösten Organisation rekrutierte sich bald nach dem September-Kongreß der größte Teil der partei-kommunistisch orientierten

13) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128.
14) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 53.
15) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 18, Briefkasten: "Auf Anfrage teilen wir mit, daß nur der Düsseldorfer Allgemeine Arbeiter-Verband außerhalb unserer syndikalistischen Bewegung steht. Der Allgemeine Arbeiter-Verband Duisburg hat den "Syndikalist" obligatorisch eingeführt."
16) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 53: Mitteilung an die Mitglieder des bisherigen Allgemeinen Arbeiter-Verbandes, jetzt verschmolzen in der "Freien Arbeiter-Union".
17) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128; "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918/19), Nr. 139.

Gelsenkirchener Richtung der FAU, die auch nach der Gründung der KAP in - wenn auch dauernd in Frage gestellter - Verbindung mit der KPD blieb und aus der die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands" 1921 hervorging. - In der "Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Union" hatten sich die Kommunalarbeiter in Düsseldorf während der revolutionären Ereignisse einen eigenen Verband geschaffen[18]. Von diesem Verband wie von der am schwächsten repräsentierten Essener AAU, die gerade erst einen Monat alt war, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, in welchem Ausmaße die ideologische Klärung in Anlehnung an das von den Hamburger und Bremer Linkskommunisten vertretene Programm des Unionismus im September bereits vollzogen war; das selbstbewußte Auftreten der linkskommunistischen Vertreter des Unionismus in den Verhandlungen des Kongresses zeigte aber, daß sie sich deutlich von den Syndikalisten unterschieden wissen wollten. Noch vor dem Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 wurde vollends klar, daß die Essener AAU nicht daran dachte, die syndikalistischen Grundsätze der ehemaligen "Freien Vereinigung" tatsächlich zu übernehmen[19]. - Die "Freie Vereinigung" selbst schließlich hatte vor dem ersten Weltkriege schon im Ruhrgebiet neben Berlin ihren organisatorischen Schwerpunkt. Sie bestand dort seit 1901 und hatte bis 1914 feste Kader etabliert. Der "Syndikalist" berichtete gelegentlich, daß trotz der Unmöglichkeit jeglicher agitatorischer Betätigung unter dem Druck der Kriegsgesetze seit August 1914 es gerade in diesen Jahren vor allem bei den Bergarbeitern des Ruhrgebietes zu "dämmern" begonnen habe. "Die Erkenntnis von dem wahren Wesen ihrer alten Organisationen ging ihnen auf, und mehr und mehr begann sich revolutionär-gewerkschaftlicher Geist durchzusetzen"[20]. Diese Disposition der Ruhr-Bergarbeiterschaft für die Aufnahme syndikalistischer Agitation führte zur sozialen Umstrukturierung der Mitgliedschaft der "Freien Vereinigung"; war bis zum Ausschluß aus der SPD (1908) die Berufsgruppe der Maurer fraglos die stärkste in der "Freien Vereinigung" gewesen, so rekrutierten sich nun ihre Mitglieder vor allem aus den Reihen der Bergarbeiter. Der Hauptorganisator des Syndikalismus im Ruhrgebiet war vor wie nach dem Kriege der Fliesenleger Carl Windhoff; besonders seinem Verhandlungsgeschick war das Zustandekommen der September-Konferenz der sozialrevolutionären Gewerkschaften in Düsseldorf zu verdanken[21].

Die durch Herkunft und Eigenart der an diesem Zusammenschluß zur rheinland-westfälischen FAU beteiligten Organisationen bedingten

18) KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.128.
19) S. KAZ (Hamburg), 2.Jg.(1920), Nr.4: Die Essener AAU gegen die Syndikalisten.
20) "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.42.
21) So Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.194.

innerorganisatorischen Spannungen und Schwierigkeiten zeigten sich schon in den Verhandlungen der Gründungskonferenz. Es standen einander gegenüber das von den Linkskommunisten vertretene Programm des Unionismus[22] und das von der "Freien Vereinigung" vertretene Programm des Syndikalismus. Am ersten Verhandlungstage (15.9.1919) stellte jede der fünf vertretenen Gruppen einen Referenten, der die Prinzipien seiner Organisation darzulegen hatte. Sofort bildeten sich die beiden Positionen heraus. In der Diskussion der Grundlagen der neuen Organisation forderte Rudolf Rocker von der "Freien Vereinigung" zur Einigung auf der Grundlage des 1906 von deren 7. Kongreß angenommenen Programms auf[23], dessen wichtigste Passagen verlesen wurden. Fritz Kater erklärte, die "Freie Vereinigung" sei nicht bereit, irgendwelche Abstriche an diesem Programm zu machen. Daraufhin traten am zweiten Verhandlungstag die Vertreter der "Union", denen sich ein Teil der Syndikalisten anschloß, zusammen und stellten "an die extremen Syndikalisten ein Ultimatum, eine auf der Grundlage der Betriebsorganisation, in Industriegruppen gegliederte, auf dem Boden des Rätesystems stehende Organisation zu gründen"[24]. Sollte die "Freie Vereinigung" dieses Ultimatum nicht beachten, so wollten die Delegierten der Unionen den Kongreß verlassen und in einer besonderen Konferenz den Zusammenschluß ohne die Syndikalisten vollziehen. Nach kurzer Beratung erklärte Kater für die "Freie Vereinigung", die intransigente Haltung aufgeben zu wollen, und man kam zu einer Einigung. Der Name der neuen Organisation "Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)" zeigte die Vereinigung der beiden Positionen an; man nahm den populär werdenden Begriff der Union auf, ohne auf das Etikett "Syndikalismus" zu verzichten. Auch die gemeinsamen Richtlinien[25], die man schließlich annahm, trugen alle Zeichen des Kompromisses. Über die allgemeinen Prinzipien wie den revolutionär-wirtschaftlichen Klassenkampf und die direkte Aktion (Punkt II) konnte man sich leicht einigen; ebenso über das Unterstützungswesen (Punkt IV). Schwieriger war die Einigung über die Organisationsform und die Stellung zu den politischen Parteien. Zwar setzten die Syndikalisten ihr Berufsverbandsprinzip

22) Vgl. Rockers - sicherlich nicht unparteiische - Charakterisierung der unionistischen Wortführer: "Die meisten von ihnen waren erst seit kurzer Zeit in die revolutionäre Bewegung hineingeraten und verfügten nicht gerade über großes geistiges Gepäck, dafür aber über eine ganze Flut leerer Schlagworte, die sie hauptsächlich bei den Kommunisten aufgelesen hatten". Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.194.
23) S. "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.42. Rocker versuchte u.a. gegenüber den Linkskommunisten damit zu argumentieren, daß das Rätesystem keine bolschewistische Erfindung sei, sondern schon vor 1870 von den romanischen Gewerkschaften auf internationalen und nationalen Kongressen vertreten worden sei.
24) KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.128.
25) S. "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.42. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr.VI.

durch, aber die bei weitem stärkste Föderation, die der Bergarbeiter, baute sich nach unionistischem Muster aus Schachtorganisationen auf (Punkt I, b). In der Stellung zu den politischen Parteien waren zu dieser Zeit die Syndikalisten noch selbst uneins; aus der Empfehlung der Dezemberzusammenkunft 1918, sich den linken Parteien anzuschließen, war jetzt eine Kann-Formel geworden (Punkt V). Daß sich Rokker, der die Parteizugehörigkeit überhaupt verwarf, jetzt noch nicht durchsetzte, lag sicherlich nicht zuletzt an den Linkskommunisten und ihrem Einfluß auf die Richtlinien . - Auf der Gründungskonferenz der rheinland-westfälischen FAU setzten sich die Syndikalisten kraft ihrer solideren ideologischen und organisatorischen Grundlagen gegen den sich formierenden, linkskommunistischen Unionismus durch. Die Einigung kam jedoch nicht ohne Konzessionen von seiten der Syndikalisten zustande; daß sie dauern würde, war von Anbeginn nicht sehr wahrscheinlich. Rudolf Rocker, der an der Einigungskonferenz führend beteiligt war, schrieb im Rückblick über die mit der "Freien Vereinigung" verschmolzenen Organisationen: "Rein gefühlsmäßig standen uns diese Organisationen sehr nahe, obgleich sie mit unseren Grundsätzen nur oberflächlich bekannt waren"[26]. Der Zusammenschluß war mehr als ein Kartellverhältnis, in dem jede Gruppe ihre organisatorische Selbständigkeit behalten hätte, er war eine Verschmelzung; aber die heterogenen Elemente dieser Verschmelzung verhinderten, daß sich jemals ein kohärentes neues Organisationsgebilde daraus ergab. Sobald im Reiche die Bergarbeiter-Union größere Arbeitermengen anzuziehen begann und Arbeiter-Unionen nach dem Essener Beispiel sich auszubreiten anfingen, und sobald der theoretische Klärungsprozeß im deutschen Unionismus weiter vorgeschritten war, schieden diese unionistischen Elemente aus der Verbindung in der FAU aus. Im Dezember 1919 schien der Zusammenhalt noch möglich und die FAU konstituierte sich im Reichsmaßstabe als "Freie Arbeiter-Union Deutschlands" (FAUD). Doch schon im Februar 1920 hielten die Unionisten ihre erste selbständige Reichskonferenz ab. Die Fluktuation zwischen beiden Organisationen, der FAUD und der sich bald darauf konstituierenden AAUD, war in den folgenden Jahren aufgrund der aufgezeigten Affinitäten immer sehr stark; die Grenzen waren an vielen Orten unscharf und die lokalen erneuten Vereinigungen nicht selten. Tendenziell entwickelten sich jedoch der deutsche Syndikalismus und der deutsche Unionismus seit Anfang 1920 auseinander, und sie blieben getrennt bis zu ihrem gemeinsamen und unwiderrufbaren Ende nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

26) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 193.

3. Die Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S)

Die KPD(S) hatte in der Aktionsphase seit ihrer Gründung bis Ende April 1919 ihre führenden Persönlichkeiten durch den Tod verloren (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Johann Knief u. a.) und ihre Organisation war zerrüttet; sie bestand im wesentlichen aus Organisationskernen in den Großstädten und im mitteldeutschen und rheinischen Industriegebiet, denen gegenüber die Berliner Zentrale ziemlich macht- und einflußlos war, zumal sie - wie im Kriege der "Spartakus"-Bund - durch den permanenten Belagerungszustand seit April 1919 wiederum in der Illegalität arbeiten mußte[1]; das Zentral-Organ der KPD(S), die "Rote Fahne", war im Januar und März 1919 und vom Mai bis Dezember am Erscheinen gehindert. In der Zeit der Aktionsstille seit Ende April setzte sich Paul Levi, der durch Kooptation und eigentlich gegen seinen Willen in die Zentrale gewählt worden war, mit einem Kurs durch, der in vorbedachter Weise die Linkskommunisten und die Syndikalisten aus der Partei hinauszudrängen suchte. In ihnen sah Levi die Verantwortlichen für die Niederlagen während der Aktionsphase und damit die Schuldigen an der gegenwärtigen Zerrüttung der Partei. Er erkannte sehr genau, daß die Enttäuschung über die Ergebnislosigkeit jener Kämpfe große Mengen der Arbeiter für neue Organisationsformen und radikalere Losungen empfänglich gemacht hatte, wie sie in den Kreisen der Linkskommunisten und der Syndikalisten umliefen. Er mahnte, auch dann müsse der Kommunist fest bleiben, "wenn die Krisis des Proletariats sich auslebt in scheinrevolutionären Phrasen syndikalistischer Herkunft"[2]. Nicht das mache den Kommunisten aus, daß er jeweils die radikalste Phrase gebrauche, sondern daß er jeweils über die klarste Einsicht in die soziale Situation verfüge. Paul Levis Maßnahmen zur Herstellung der Autorität der Partei-Zentrale waren die ersten Schritte auf dem Wege zur organisatorischen Zentralisierung, die sich auf dem 5. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1920 erst endgültig durchsetzte; sie schienen Mitte 1919 in besonderer Weise durch die Situation der Illegalität gerechtfertigt und hatten noch nichts mit dem "demokratischen Zentralismus" der Bolschewiki zu tun; Levis Zentralisierungsmaßnahmen in der Partei resultierten aus der Aporie, in welche die Partei in den vergangenen Mo-

1) Vgl. dazu den Geschäftsbericht der Zentrale in: Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 26 ff.
2) "Die Internationale, eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus", 1. Jg. (1919), Heft 15/16, p. 284.

naten mit dem auf dem Gründungskongreß festgelegten Kurs geraten war.

Paul Levi setzte sich dennoch mit seinen Bemühungen um die organisatorische Straffung der KP der heftigsten Kritik aus. Anfang August 1919 analysierten z. B. die Hamburger Linkskommunisten diese Zentralisierungstendenzen in der Partei als Folgeerscheinung davon, daß bis vor kurzem nicht unerhebliche Teile ihrer Mitglieder in der USPD organisiert gewesen seien, einer Partei, die wie die SPD "eine Organisation zur Beherrschung der Massen durch ihre Führer"[3] sei. Die aus der linksradikalen Bewegung hervorgegangene KPD(S) habe jedoch als Partei der Massenbewegung mit dem Führerprinzip grundsätzlich gebrochen; sie habe ihre Hauptaufgabe darin zu sehen, "für eine in ihren Bewegungen von allen bürokratischen Fesseln befreite Masse die passendste Form der Organisation zu finden"[4], die es den Massen gestatte, selbst handelnd auf den Plan zu treten. - Zum ersten Zusammenstoß zwischen den durch die Hamburger Organisation vertretenen Linkskommunisten und der Partei-Zentrale kam es auf der Mitte August 1919 in Frankfurt/Main abgehaltenen Reichskonferenz der KPD(S)[5]. Paul Levi trat dort in seinem Referat wiederum für die Arbeit in den Parlamenten ein und verwarf den Einheitsorganisations-Gedanken, ohne bereits die Parole von der Arbeit innerhalb der bestehenden Gewerkschaften auszugeben[6]. Gleichzeitig begann er seine Polemik gegen die Hamburger Kommunisten, in denen er den "Sammelpunkt der Opposition"[7] sah. Levi hatte keinen leichten Stand gegen die in fast allen Organisationen im Reiche noch immer vorherrschende linkskommunistische Tendenz. Die taktischen Verfahrensweisen, die er in dieser Lage anwandte, um seine Grundsätze durchzusetzen, entsprachen sicherlich nicht dem demokratischen Prinzip der Willensbildung; sie wurden von den Hamburgern prompt als "die ersten Ansätze eines neuen Bonzentums ..., das sich in der kommunistischen Partei einzunisten versucht"[8] denunziert. Während auf der Konferenz im August den 22 Reichsbezirken der Partei, die zum Teil weit über 10 000 Mitglieder hatten, nur jeweils 1 Delegierter zugestanden worden war, waren die stimmberechtigten Mitglieder der Zentrale fast

3) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 83: Die Wurzeln der Diktatur.

4) Ibidem. In diesen Argumenten tauchen kaum verändert die Grundgedanken, welche die ISD während des Krieges dem "Spartakus"-Bund entgegenhielten, wieder auf: Bruch mit dem bürokratischen Führerprinzip in der Partei und rigorose Trennung von der USPD.

5) Vgl. zum Folgenden: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96; "Kommunistische Rätekorrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 15/16.

6) In diesem Sinne noch das Rundschreiben zur Gewerkschaftsfrage der Zentrale vom 28. 8. 1919. Vgl. Rudolf Rettig, op. cit., p. 19 f.

7) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96.

8) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96.

vollständig erschienen und hatten - nach dem Bericht der Hamburger - alle Redakteure, Bezirkssekretäre und Wanderredner eingeladen und "eine ganze Zahl guter Freunde und getreuer Nachbarn zur Unterstützung mitgebracht"[9]; hätte sich auf diese Weise eine Mehrheit für die Zentrale ergeben, so wäre die Spaltung der Partei, die sich dann im Oktober 1919 in den ersten Ansätzen vollzog, bereits jetzt zustande gekommen. Die von der Zentrale erstrebte Mehrheit fand sich nicht, da die versammelten Redakteure und Bezirkssekretäre überwiegend zu der Position der Linkskommunisten neigten. Man setzte für die innerhalb der nächsten 8 Wochen einzuberufende erneute Reichskonferenz einen bestimmten Wahlmodus fest; die Zentrale legte sich jedoch nicht darauf fest, daß nur die von den Organisationen gewählten Delegierten stimmberechtigt seien. - Auf dem vom 20. bis 24.10.1919 einberufenen 2. Parteitag der KPD(S), dem sogenannten Heidelberger Parteitag[10], wurde dann mit 24 gegen 18 Stimmen der Zentrale das Stimmrecht zugesprochen und damit erst die Voraussetzung für den Sieg des Levi-Kurses geschaffen.

In den Gegensätzlichkeiten zwischen der Zentrale und der linkskommunistischen Opposition stießen die Haltungen aufeinander, die während des Krieges bereits die Führer des "Spartakus"-Bundes von ihrer eigenen radikalen Gefolgschaft und von den ISD unterschieden hatten und die auf dem Gründungskongreß der KPD(S) den Kreis um Rosa Luxemburg der linkskommunistischen Majorität konfrontiert hatten[11]. Nach der Frankfurter Reichskonferenz kommentierten die Bremer Linkskommunisten die Haltung der Zentrale, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich bei ihrem Eintreten für die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaftsverbänden, zu der sie nun eindeutig neigte, um dieselbe fehlerhafte Stellungnahme handele, "die die Spartakusleute während des Krieges zur Parteispaltung einnahmen"[12]. Die Hamburger Linkskommunisten führten den mangelnden Willen der Zentrale, eine auf dem Willen der Parteimitglieder basierende Konferenz einzuberufen, auf die Tradition des "Spartakus"-Bundes zurück: "Die Führer - frühere Mitglieder des "Spartakus"-Bundes und solche, die jetzt "spartakistischer" geworden sind wie die Spartakisten - erachten es für ihre Aufgabe, die Führerdiktatur in der KPD zu errichten"[13]. Diese historische Inbezugsetzung des Verhältnisses zwischen der Levi-Zentrale und den Linkskommunisten führte schließlich

9) Ibidem.

10) Der Parteitag fand illegal statt; daher mußte der Verhandlungsort von Tag zu Tag gewechselt werden; er befand sich nacheinander in Wachenburg, Heidelberg, Mannheim und auf dem Dillsberg am Neckar.

11) Vgl. dazu den Abschnitt über den Gründungskongreß der KPD(S).

12) "Der Kommunist", (Bremen) 1. Jg. (1918/19), Nr. 135 Beilage.

13) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 153.

dazu, daß Laufenberg und Wolffheim überhaupt den Spartakismus in Gegensatz stellten zum Kommunismus[14], ohne allerdings damit volle Zustimmung im eigenen Lager zu finden, und ohne auch damit ganz recht zu haben, denn die linkskommunistische Tendenz war ja durchaus in den Mitgliederschichten des "Spartakus"-Bundes zahlreich vertreten gewesen. - Auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 fand also die große Auseinandersetzung zwischen der Zentrale und den Linkskommunisten statt, deren Sprecher wiederum die Hamburger waren. Paul Levi griff in diesem Kampf mit dem Linkskommunismus aus taktischen Gründen eine Invektive auf, die vor dem ersten Weltkrieg vom rechten Flügel und vom Zentrum der SPD auf die Linksradikalen um Rosa Luxemburg angewandt worden war; er nannte die Haltung des linken Flügels der Partei "Syndikalismus"[15]. Er hypostasierte die taktischen und organisatorischen Differenzen seit dem Gründungskongreß zu einem Kampf zwischen Marxismus und Syndikalismus in der Partei[16]. Namentlich Laufenberg und Wolffheim suchte er in seinem Referat über die politische Lage an Hand ihrer Zeitschriften- und Broschürenliteratur nachzuweisen, daß sie nicht mehr das Recht hätten, sich als Kommunisten zu bezeichnen und folglich für die Partei nicht mehr tragbar seien. Er zitierte u. a. einen Artikel Heinrich Vogelers, der in der Hamburger KAZ geschrieben hatte, man müsse "mit syndikalistischen Kampfmitteln" zur "kommunistischen klassenlosen Gesellschaft" gelangen. Nun war Vogeler, der intellektuelle Enthusiast der Revolution und politische Neuling, zwar mit seiner Vermengung syndikalistischer und unionistischer Theoreme weitgehend typisch für die linkskommunistischen Massen, für den Hamburger Unionismus war er aber gerade nicht repräsentativ. Laufenberg und Wolffheim, denen sich u. a. auch Karl Becker aus Bremen anschloß, hatten dann auch leichtes Spiel, den Anwurf des "Syndikalismus" zurückzuweisen; sie zeigten sich mit Recht erstaunt, daß noch vor zwei Monaten auf der Frankfurter Reichskonferenz vom prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Kommunismus und ihrem "Syndikalismus" nicht die Rede gewesen sei[17], und sie konnten darauf hin-

14) S. Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.

15) Daß sich Levi des Unterschiedes zwischen den Syndikalisten und den Linkskommunisten sehr wohl bewußt war, verrät z. B. eine Formulierung in der Diskussion um die Haltung der Partei während der Kämpfe im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch, in der er beide säuberlich auseinanderhält; er redet dort vom "Ausgleiten der Syndikalisten und unserer früheren Opposition", Bericht über den 4. Parteitag der KPD(S) am 14. und 15. April 1920, Berlin 1920, p. 21.

16) Vgl. "Die Internationale", 1. Jg. (1919), Heft 15/16, p. 284: "Die Frage war die, ob die marxistische Schule dem Gang der proletarischen Revolution gemäß sei oder durch syndikalistische - sie nennen es Gedanken - zu ersetzen sei".

17) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 38.

weisen, daß im Norden nicht die Absicht bestehe, sich mit den Syndikalisten zusammenzuschließen - wie das im Ruhrgebiet in der FAU geschehen war -, daß im Gegenteil im "Syndikalist" gerade eine heftige Attacke gegen die Hamburger Unionisten erfolgt sei[18]. Laufenberg war sachlich im Recht, wenn er behauptete, daß die Zentrale "einen Popanz des in der Partei umgehenden Syndikalismus'"[19] aufgerichtet habe.

Paul Levi postulierte in offensichtlicher Wendung gegen den norddeutschen Linkskommunismus in seinen dem Parteitag unterbreiteten "Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik"[20] abermals die Teilnahme an Parlamentswahlen und die fraktionsmäßige Zusammenschließung der Kommunisten innerhalb der bestehenden Arbeiterräte; die "Vereinigung der zielklarsten Proletarier" in der Organisationsform der politischen Partei hielt er ebenso für unentbehrlich für den siegreichen Kampf um die Diktatur des Proletariats wie "straffste Zentralisation" innerhalb einer solchen Partei. Als uneingestandene Prämissen des Verhaltens der Partei in der Aktionsphase und ein "von Anarchisten und Syndikalisten gepriesenes, tatsächlich aber gegenrevolutionäres Mittel" verwarf er die Sabotage, die passive Resistenz und die Vorstellung, daß der Generalstreik ein einmaliger, kraft der Organisation beliebig anwendbarer revolutionärer Akt sei. Die Absicht dieser Leitsätze zeigte sich im Schlußsatz, in dem es hieß, Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilten oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt hätten, seien aus der Partei auszuschließen[21]. Die Leitsätze Paul Levis wurden von dem Parteitag mit unwesentlichen Modifikationen[22] von 31 stimmberechtigten Kongreßteilnehmern - darunter 8 Stimmen der Zentrale - angenommen; 18 Delegierte stimmten dagegen und galten damit als aus der KPD(S) ausgeschlossen; die Spaltung der deutschen Kommunistischen Partei zeichnete sich ab. Wolffheim erklärte, man werde von nun an eine "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" haben und eine "Kommunistische Partei Deutschlands", die den gesamten Norden, das Rheinland, Berlin und Teile Sachsens umfassen werde[23]. - Die ausgeschlossenen Dele-

18) Ibidem, p. 34.

19) Ibidem, p. 34.

20) Ibidem, p. 3-6. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. VIII.

21) Ibidem, p. 6. Der letzte Teil des Satzes ("... oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben...") wurde dann mit 23 gegen 19 Stimmen gestrichen. S. ibidem, p. 42.

22) S. ibidem, p. 42.

23) Ibidem, p. 43. Am 4. Verhandlungstag wurden dann insgesamt 25 Kongreßteilnehmer von der Partei ausgeschlossen; von ihnen kamen 5 aus Berlin, 4 aus Hamburg, 7 aus Bremen, 4 aus Hannover, je 1 aus Dresden, Magdeburg, Lübeck und Essen plus 1 Wanderredner. S. ibidem, p. 45.

gierten protestierten gegen das ganze Verfahren, das sie als eine Überrumpelung bezeichneten, und besonders gegen die unerwartete Vorlage der Leitsätze Levis, die erst in letzter Minute im Reiche bekannt gemacht worden waren[24] und also von der Mitgliedschaft gar nicht diskutiert werden konnten. Die Zentrale führte in der Folgezeit die Schwierigkeit der Verbindung unter dem Belagerungszustand an als - nicht ganz überzeugendes - Alibi für dies Versäumnis. - Die weiteren Verhandlungen des 2. Parteitages nach dem Ausschluß der 18 Oppositionellen zeigten übrigens, daß durch diesen Akt keineswegs vollkommene Klarheit in den wesentlichen taktischen Fragen der Partei geschaffen worden war. In der Diskussion der Leitsätze über den Parlamentarismus wurden weiterhin Stimmen laut, die gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen im gegenwärtigen Augenblick sprachen[25]. In der Diskussion der noch heikleren Gewerkschaftsfrage trat nach wie vor der rheinland-westfälische Korreferent für den Austritt aus den alten Verbänden und für den Ausbau der "Allgemeinen Arbeiter-Union" ein[26]; Levis Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage hatten ohnehin die prinzipielle Forderung nach der Bekämpfung der Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der alten Verbände erweitert um den Zusatz, daß der Kampf auch - "wenn es sein muß"[27] - außerhalb der Gewerkschaften geführt werden könnte; dies räumte er namentlich dem Ruhr-Bergarbeiterrevier ein und erkannte damit das fait accompli der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" an. Mit dieser Festlegung der Gewerkschaftstaktik auf die Arbeit innerhalb der alten Verbände und der gleichzeitigen Anerkennung der dieser Direktive konträren, aber nicht mehr aus der Welt zu schaffenden selbständigen Unionsbildung der Bergarbeiter begannen die endlosen Streitigkeiten, die in den folgenden Jahren die KPD-Zentrale mit ihren selbständigen Gewerkschaftsverbänden auszutragen hatte.

Mit der Spaltung der KPD(S) während der Phase der revolutionären Ernüchterung im Oktober 1919 traten etwa gleichzeitig zwei Theorien von der Rolle der Partei in der Revolution im deutschen Kommunismus hervor, die sich beide auf Rosa Luxemburgs politische Vorstellungen beriefen. Die Autoren dieser beiden Konzeptionen, Karl Radek und Anton Pannekoek, hatten vor dem Weltkrieg gemeinsam zu den Linksradikalen in der SPD gehört. Karl Radek stützte jetzt die Position der KPD(S)-Zentrale, Anton Pannekoek versuchte, die Position der linkskommunistischen Mehrheit zu untermauern. - Radek, seit Ende 1918 aus der Sowjetunion wieder nach Deutschland zurückgekehrt und seit dem 12. 2. 1919 zwar inhaftiert, aber nicht politisch isoliert[28], hatte an den Heidelberger Parteitag ein Begrüßungsschreiben gerichtet[29], das bei Eröffnung des Kongresses verlesen wurde und mit dem Levis Leitsätze in allen wesentlichen Punkten übereinstimmten. Beide, Radek und Levi, ließen sich - ohne dies öffentlich einzugestehen, von den linkskommunistischen Kritikern aber sofort denunziert - von der Idee leiten, daß die KPD(S) zu ihrer organisatorischen Konsolidierung der Einbeziehung des linken Flügels der USPD bedürfe. Ein Mittel zu diesem Zweck war die Absage an die Grundsätze des Linkskommunismus; Radek schien dabei der Gedanke des organisatorischen Bruches mit der Linksopposition in der KP ferner zu liegen als Levi. - In der Frage der Wahlbeteiligung warnte Radek den Kongreß vor jeder Festlegung der Partei: sie sei "weder eine prinzipiell parlamentarische Partei wie die Sozialdemokratie, noch eine prinzipiell antiparlamentarische Partei wie die Anarchisten"[30]. Stehe man mitten im revolutionären Kampfe, so brauche man selbstverständlich das Parlament nicht; in einer Situation der revolutionären Erschöpfung der Masse, der Unterdrückung der Organisation usw. seien kommunistische Vertreter im Parlament jedoch von der größten Wichtigkeit, um die Massen nach der Niederlage wieder zu sammeln[31]. - In den Gewerkschaften gelte es, die "konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie"[32] zu bekämpfen; werde man als Unterlegener ausgeschlossen, so sei die Vereinigung in neuen Organisationen gerechtfertigt; es sei aber ein unnützes Beginnen, von vornherein gegen die Millionenverbände der bestehenden Gewerkschaften "mit solchen aus dem Ärmel geschüttelten Neuorganisationen"[33] wie den Unionen aufkommen zu wollen. Mit den Unionsbildungen isoliere man sich nur von den Massen, die nach wie vor den alten Gewerkschaften zuströmten. - Schließlich trat Radek wie Levi für straffe Zentralisierung der Parteiorganisation ein. Wer im Bür-

24) S. die Erklärung der Oppositionellen: Ibidem, p. 43 f. Nach der Darstellung der Hamburger KAZ (1. Jg. (1919), Nr. 153) waren die Leitsätze erst einige Tage vor Beginn des Kongresses im Erfurter "Kommunist" und in der Hanauer "Freiheit", also nur in 2 Provinzblättern der KPD(S), veröffentlicht worden.
25) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 45-51.
26) S. ibidem, p. 57 f.
27) Ibidem, p. 66.

28) Vgl. zu Radeks Tätigkeit im Jahre 1919 die Darstellung: Otto Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 2 (1962), p. 87 ff. Schüddekopf stellt vorzugsweise die außenpolitischen Implikationen der Tätigkeit Radeks dar.
29) Es wurde von der Parteizentrale als Broschüre herausgegeben: Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, ein Schreiben an den Oktober-Parteitag der KPD, Berlin 1919.
30) Ibidem, p. 6.
31) Vgl. dazu Levis Leitsätze über den Parlamentarismus, in denen mit anderen Worten das Gleiche gesagt wird. S. Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 62 ff.
32) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 7.
33) Ibidem, p. 7. Vgl. dazu Levis Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage, in: Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 64 ff.

gerkrieg und unter dem Belagerungszustand Föderalismus und konsequente Demokratie innerhalb der Partei fordere, der löse praktisch die Partei in eine Reihe von Ortsgruppen auf, "in denen allerhand Götter kleineren Formats als angebliche Willensvollstrecker der örtlichen Mitgliedschaften ihrer persönlichen Unklarheit und Wirrköpfigkeit frönen können"[34]. Radeks und Levis Forderung nach zentralisierter Führung der Partei entsprang ihrer Vorstellung von der Partei als Zusammenfassung des klassenbewußtesten Teils des Proletariats, als dessen revolutionärer Avantgarde. Levi hatte der Opposition vorgeworfen, sie wolle "die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Massen"[35] ersetzen. Radek schrieb, die Partei sei nicht die Masse der "unbewußten Kommunisten, die erst durch Prügel klug werden", sie solle vielmehr das Bewußtsein des Proletariats darstellen. "Die Parteileitung, die aus den reifsten, entschiedensten Elementen des Kommunismus besteht"[36], müsse im Rahmen der allgemeinen Richtlinien des Kommunismus oft schnell entscheiden, den Kurs der Partei bestimmen, Losungen ausgeben können. - Radek und Levi rechneten bei ihren taktischen Reflexionen von der gegenwärtigen Stagnationsphase ausgehend mit einem langen und langsamen Gang der deutschen Revolution. Radek gab zu bedenken, die wirtschaftliche Not könne im Winter 1919/20 wieder spontane Kämpfe bringen, das sei aber nicht zwangsläufig so und außerdem könne das Proletariat sie verlieren[37]. Levi erwartete den Tiefpunkt der Krise des deutschen Kapitalismus erst 1926[38]. Gegen diese Einschätzung der revolutionären Lage wandte sich Laufenberg in seinem Bericht über den Parteitag vor der Hamburger Organisation[39]. Seine Sicht der revolutionären Lage kann als typisch für die linkskommunistische Erwartenshaltung gelten[40]. Er hielt der Zentrale entgegen, daß ihre Taktik nur dann begründet sei, wenn man glaube, die "revolutionäre Kraft der Masse sei erlahmt und mit dem Aufstand der Masse sei vor der Hand nicht mehr zu rechnen"[41]. Das deutsche Proletariat habe aber nicht die Zeit, noch ein halbes Dutzend Jahre mit der Ergreifung der Macht zu warten; der kommende Winter bringe wahrscheinlich die Entscheidung. Verliere man das Vertrauen in die spontane revolutionäre Kraft der Massen, so bleibe einem allerdings nur "der Weg der

34) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 11.
35) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 62.
36) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 11.
37) Karl Radek, ibidem, p. 6.
38) S. Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 14.
39) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 160: Bericht von der Reichskonferenz.
40) Vgl. z. B. in diesem Sinne Fritz Sturm: Die Differenzen in der Frage zum Parlamentarismus, in: "Der Kommunist", (Bremen) 2. Jg. (1919), Nr. 135 Beilage.
41) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 160.

künstlich organisierten Verschwörung"[42], den die Zentrale beschritten habe; sie habe abermals eine "Führerorganisation" aufgerichtet und nicht eine Organisation der unmittelbaren Selbsttätigkeit der Arbeiter, eine "Klassenorganisation", wie sie in den Unionen angelegt sei.

Anton Pannekoek, der unmittelbar nach dem Novemberumsturz nach Deutschland zurückgekehrt war, als ständiger Mitarbeiter der Bremer "Arbeiterpolitik" gearbeitet und für die IKD agitiert hatte[43], nahm bald nach dem 2. Parteitag der KPD(S) Stellung für die ausgeschlossenen Oppositionellen. Nachdem er schon im Dezember 1919 in einer abwägenden Artikelserie im Bremer "Kommunist"[44] sich mit der Taktik der nordwestdeutschen Linkskommunisten solidarisch erklärt hatte, vereinigte er in den ersten Monaten des Jahres 1920 deren taktische Vorstellungen mit seinen vor und während des Weltkrieges aufgestellten politischen Prämissen und verdichtete sie zur Kohärenz einer politischen Theorie[45]. - Für Pannekoek waren die in Radeks Begrüßungsschreiben an den 2. Parteitag formulierten taktischen Forderungen "der schärfste Ausdruck" dessen, was er den in der dritten Internationale wieder aufkommenden "Opportunismus"[46] nannte. Er stellte im internationalen Kommunismus eine Tendenz fest, die große Menge der Arbeiter, die noch abseits standen, zur praktischen Parteiarbeit heranzuziehen und daher das Verbindende der verschiedenen Arbeiterparteien hervorzuheben; neben dieser "opportunistischen" Tendenz stand - nach Pannekoek - eine andere, die "durch Wort und Tat die Köpfe revolutionieren" wollte und dazu die neuen Prinzipien des Klassenkampfes in revolutionärer Zeit schärfstens abhob von den überkommenen Anschauungen[47]; er nannte diese Tendenz die "radikale" . - Der "Opportunismus" gehe von der falschen Vorstellung aus, daß man eine möglichst mitgliederreiche Partei haben müsse, um die Revolu-

42) Ibidem.
43) S. z. B.: Anton Pannekoek, Bolschewismus und Demokratie. Vortrag, gehalten vor der Ortsgruppe Neumünster der Internationalen Kommunistischen Partei, Neumünster 1919.
44) S. "Der Kommunist", (Bremen) 2. Jg. (1919), Nr. 201-204: Taktische und organisatorische Streitfragen; die Artikelserie erschien unter Pannekoeks Pseudonym Karl Horner.
45) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik, Wien 1920; Pannekoek schrieb diese Zusammenfassung seiner linkskommunistischen Ideen im Hinblick auf den 2. Komintern-Kongreß im Juli 1920. Die Schrift erschien zuerst als Zeitschriftenaufsatz in dem Wiener KP-Organ "Kommunismus, Wochenschrift für Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus", 1. Jg. (1920), Heft 28/29, p. 976-1018, unter dem Titel: Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik des Kommunismus. Diese Zeitschriftenfassung ist neuerdings wieder abgedruckt worden von einer "Projektgruppe Räte" in Westberlin in der Publikation: Parlamentarismusdebatte, Pannekoek, Lukács u. a., Berlin 1968, p. 20-62.
46) Ibidem, p. 11.
47) Ibidem, p. 8. Man erkennt unschwer, daß Pannekoek in der opportunistischen Tendenz die Fortsetzung der Anlehnungspolitik des "Spartakus"-Bundes an die USPD sah, die radikale Tendenz als Fortsetzung der Haltung der ISD bzw. IKD.

tion zu machen; weder eine Massenpartei, noch eine Parteienkoalition sei jedoch dazu imstande; die bestimmenden Kräfte der Revolution liegen in den psychischen Faktoren, "tief im Unterbewußtsein der Massen und in den großen weltpolitischen Ereignissen"[48]. Es sei die Aufgabe der Partei, in der revolutionären Situation den Massen mit unverwässerten, möglichst scharf umrissenen Grundsätzen aufzuwarten. Diese klaren Grundsätze verwische die Taktik des "Opportunismus". Die vorübergehende Stagnation der Entwicklung der Weltrevolution war nach Pannekoek kein Grund, zu den historisch überlebten Kampfformen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsarbeit zurückzukehren, die charakteristisch gewesen waren für die zweite Internationale. Der Parlamentarismus verbot sich im Stadium der Revolution aus zwei Gründen: Zum ersten war er die "typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen eine untergeordnete Rolle spielten"[49]; er hemmte die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen. Zum anderen hatte er nach Pannekoeks Beobachtung die unvermeidliche Tendenz, den revolutionären Willen der Parlamentarier zu korrumpieren. Habe man einmal den legalen Boden des Parlaments betreten, könne man nicht umhin, zur Sicherung der eigenen Stellung zu den Mitteln kleinlicher Diplomatie zu greifen; "schließlich dient nicht mehr das Parlament als Mittel zum Kommunismus, sondern der Kommunismus als werbende Losung steht im Dienste der parlamentarischen Politik"[50]. Pannekoek stellte sich hinter die antiparlamentarische Entscheidung des Gründungskongresses der KPD(S); sie entsprang gemäß seiner Deutung "nicht der unreifen Illusion eines leichten, raschen Sieges, sondern dem Bedürfnis, sich von der geistigen Abhängigkeit von Parlamentsvertretern zu befreien ..., da man jetzt den Weg zur eigenen Aktion in dem Aufbau des Rätesystems vor sich sah"[51]. - In den Gewerkschaften, den unmittelbar aus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entstandenen Einrichtungen, hatte Pannekoek schon vor dem Kriege die eigentlich adäquaten Organisationen des Klassenkampfes gesehen[52] In der Form der durch den Bürokratisierungsprozeß in die bestehende kapitalistische Ordnung integrierten Riesenorganisation waren sie ihm Relikte der vorrevolutionären Epoche, sie waren zu einem

48) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 9.
49) Ibidem, p. 18.
50) Ibidem, p. 19. Vgl. dazu auch: Anton Pannekoek, Bolschewismus und Demokratie, p. 12: "Soweit aber die gewählten Parlamentarier bemüht sind, dem Volkswillen zu genügen, sind sie bald umgarnt von dem parlamentarischen Schmutz, Parteidisziplin, Kulissenschieberei, Intrigen, Redseligkeit, und die parlamentarische Regierung der Parteihäupter ist schon so gut wie unabhängig vom Volkswillen ..."
51) Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 20.
52) S. oben den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff; s. auch: Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 21 ff.

"Organ der Herrscher" geworden. In der Beantwortung der Frage, wie der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufzunehmen sei, trat Pannekoek Radek mit aller Schärfe entgegen[53]. Es sei unnütz, innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände arbeiten zu wollen, denn diese Verbände seien aufgrund ihrer gesamten Struktur untauglich zu revolutionären Zwecken. Die siegreiche Revolution werde sie hinwegfegen und Arbeiterunionen würden sich in ihrem Verlauf an deren Stelle in Betrieb, Industrie, Wohnort, Bezirk usw. spontan etablieren. Die Unionen, in denen Pannekoek Nachbildungen der russischen Sowjets sehen wollte[54], seien in Deutschland ohne großen Erfolg geblieben, weil ihre Propaganda mit dem Niedergang der Revolution zusammengefallen sei. "In revolutionären Zeiten werden aber die Arbeiter genötigt sein, die Betriebsorganisation zur Grundlage ihres Zusammenschlusses zu machen"[55]. - In der Argumentation Pannekoeks gegen die von Radek geförderten Zentralisierungsbestrebungen der KPD(S) traten die Grundgedanken seiner politischen Theorie besonders klar hervor. Wie die Zentrale die Linkskommunisten "Syndikalisten" genannt hatte, bezeichnete er die Politik der Zentrale als eine Art "neuen Blanquismus"[56]. Er meinte damit die gerade in den Schriften Radeks hervorgetretene Auffassung, eine revolutionäre Minderheit könne die politische Gewalt erobern und in der Hand behalten, "und dies sei die Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat"[57]. Eine solche quasi-konspiratorische, von den Massen abgelöste Politik führe allenfalls zur Diktatur der Kommunistischen Partei, niemals zur Diktatur des Proletariats als Klasse. Eine solche Partei, die als proletarische Elite die Revolution für die Massen machen wolle, sei unter Umständen in Rußland gerechtfertigt, wo es die Trägheit der ungeheuren Bauernmassen zu überwinden gegolten habe; in den westeuropäischen Industriestaaten hingegen müsse die Revolution aus der Spontaneität der Arbeitermassen selbst entstehen; hier stelle sich vor allem das Problem, den tief verwurzelten Einfluß der bürgerlichen Kultur auf das Proletariat zu überwinden, das Proletariat in der Aktion zum eigenen Bewußtsein zu bringen. - Wie gerade die Vorgänge in der KPD(S) gezeigt hätten, lä-

53) S. Pannekoeks Karl-Horner-Artikel in: "Der Kommunist", (Bremen) 3. Jg. (1920), Nr. 22: Die Gewerkschaftsfrage.
54) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 23: "Noch absichtlicher der Sowjetidee nachgebildet, aber schwach durch das Stagnieren der Revolution, sind die "Unionen" in Deutschland. Jede Neubildung solcher Art, die die zentralisierten Verbände und ihre innere Festigkeit schwächt, räumt ein Hemmnis der Revolution aus dem Wege und schwächt die konterrevolutionäre Macht der Gewerkschaftsbürokratie".
55) S. Pannekoek in: "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 22.
56) S. seinen Karl-Horner-Artikel: Der neue Blanquismus, in: "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 27.
57) Ibidem.

ge es in der letzten Konsequenz der Radekschen Vorstellungen, nicht einmal die ganze KP die Diktatur ausüben zu lassen, sondern allein die Zentrale[58].

Vergleicht man die Vorstellungen Pannekoeks und Radeks Ende des Jahres 1919 über den Weg, den die KPD(S) einzuschlagen habe, mit der Diskussion, die Rosa Luxemburg 1904 mit Lenin über die Organisation der russichen Sozialdemokratie führte, so sind gewisse Analogien nicht von der Hand zu weisen. Pannekoek verfocht im engsten Anschluß an Rosa Luxemburg die schöpferische Initiative der Massen gegen den Führungsanspruch eines allgewaltigen zentralen Komitees. Wenn Paul Levi die "klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse" gegen den "chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse" ausspielte, so stellte er sich - wissentlich oder unwissentlich - hinter Lenins Organisationsvorstellungen, und seine Argumentation war der Kautskys von der "bunt gemischten Masse" aus dem Jahre 1912 gar nicht so unähnlich[59]. Er teilte jedenfalls nicht mehr den Glauben an die konstruktiv-revolutionären Möglichkeiten der modernen Massen. Die theoretische Folgerichtigkeit im Weiterdenken von den Spontaneitätsvoraussetzungen der sozialdemokratischen Linksradikalen vor 1914 und bei deren Applikation auf die gegenwärtige Situation (1919) lag bei Pannekoek. Seine politische Theorie stand und fiel mit der Behauptung, daß die den modernen industrieproletarischen Massen innewohnenden revolutionären Energien die Transformation der kapitalistischen Ordnung zustande zu bringen fähig seien. Wurde diese Behauptung durch den Gang der deutschen Revolution bestätigt - und daran glaubten die meisten linkskommunistischen Intellektuellen bis etwa 1923 - so wäre sie entwicklungsfähig gewesen. Wurde sie aber in der Revolution widerlegt, so mußte eine auf dieser raison d'être sich gründende Organisation zwangsläufig eine sektiererische Entwicklung nehmen. - Pannekoek behielt nach der Gründung der KAPD im April 1920 seine Stellung des intellektuellen Mentors der deutschen Linkskommunisten bei, ohne eine gewisse skeptische Distanz zu dem Entwicklungsgang der Partei und ihrer Union ganz aufzugeben. In unmittelbarerer Weise vertrat

58) "Und in weiterer Konsequenz dieser Lehre ist es wieder nicht die ganze kommunistische Partei, sondern ihre Zentrale, die diese Diktatur ausübt, zuerst innerhalb der Partei selbst, wo sie aus eigener Machtvollkommenheit Personen ausschließt und eine Opposition mit schäbigen Mittel hinauswirft. Auch in dem, was Struthahn (Pseudonym Karl Radeks, d. Verf.) darüber sagt, liegt an sich viel Wertvolles; aber die stolzen Worte über die Zentralisierung der revolutionären Kraft in den Händen altbewährter Vorkämpfer würden mehr Eindruck machen, wenn man nicht wüßte, daß sie zur Verteidigung einer kleinen opportunistischen Politik der Mogelei mit den Unabhängigen und der Sehnsucht nach der Parlamentstribüne dienen solle". "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 22.

59) S. oben den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

Pannekoeks politischer Gefährte und Freund, der Schriftsteller Herman Gorter, bereits seit Ende 1918 dessen Theorien zuerst innerhalb der linkskommunistischen Opposition, später innerhalb der KAPD.

Wie Pannekoek die radikale Konsequenz aus Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen zog, so stand Radek Ende 1919 zu der taktischen Haltung Rosa Luxemburgs, wie sie sich in deren Entscheidung für die Parlamentsarbeit und in ihrer Haltung zur Gewerkschaftsfrage auf dem Gründungskongreß der KPD(S) abgezeichnet hatte. Er konnte sich als legitimer Verwalter von Rosa Luxemburgs politisch-taktischem Vermächtnis in der revolutionären Depressionsphase der zweiten Jahreshälfte 1919 verstehen, nachdem alle spontanen Massenaktionen ergebnislos niedergeschlagen worden waren. Erstaunlich ist nicht seine Argumentation zugunsten des Levi-Kurses, sondern seine Abwendung von den früher mit Pannekoek geteilten Spontaneitätsprämissen der sozialdemokratischen Linken vor dem ersten Weltkrieg. Diese Wendung erfolgte während seiner Tätigkeit 1917/18 in Rußland und unter dem unmittelbaren Eindruck der Leninschen Taktik. Im Zusammenhang mit den bolschewistischen Säuberungsaktionen gegen die russischen Anarchisten im April 1918 hatte Radek bereits die Vorstellung, daß "in der Revolution alles auf der Selbständigkeit der Massen aufbauen"[60] müsse, als gegenrevolutionär und kleinbürgerlich gekennzeichnet und sich für die wirtschaftliche und organisatorische Zentralisation ausgesprochen. Lenin erwähnt gelegentlich Radeks Konversion vom Standpunkt des linken Kommunismus im Jahre 1918[61]. Ähnlich den ehemaligen Bremer Linksradikalen Paul Frölich und Karl Becker nahm Radek allerdings in der KPD(S) dann z. B. bei der Gelegenheit des Kapp-Putsches und der März-Aktion eine besondere linke Haltung in taktischen Fragen ein; weder er noch die übrigen Mitglieder der Gruppe um die "Arbeiterpolitik" konnten sich so schnell von ihren linksradikalen Ursprüngen lösen.

Die beiden aufgezeigten konträren organisatorisch-taktischen Entwürfe in der deutschen KP am Ende des ersten Jahres ihrer Existenz, über deren tatsächliche Verbreitung in den kommunistischen Mitgliedschaften mit Sicherheit nichts auszusagen ist, die man aber nicht überschätzen darf, entwickelten sich 1920 folgerichtig weiter. Der von Paul Levi und Karl Radek inaugurierte Kurs der Partei führte im Dezember 1920 zur Vereinigung der KPD(S) mit dem linken Flügel der USPD und

60) Karl Radek, Anarchismus und Räteregierung, aus dem Russischen übersetzt und mit einem Vorwort von Fritz Sturm, Hamburg o. J. (1919), p. 11. Die Broschüre erschien zuerst als Artikelserie zur Rechtfertigung der bewaffneten Aktion gegen die russischen Anarchisten im Zentralorgan der Bolschewiki.

61) S. W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. III, p. 407.

machte damit erst die deutsche KP zur Massenpartei, in der die Prinzipien der organisatorischen Zentralisation, der Beteiligung an Parlamentswahlen und der kommunistischen Arbeit in den Verbänden des ADGB sich durchsetzten. Diejenigen Kräfte im deutschen Kommunismus, die diesen Kurs ablehnten, aber keineswegs geschlossen zu dem in Pannekoeks Überlegungen skizzierten Programm standen, fanden sich zum größten Teil in der im April 1920 gegründeten "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) zusammen, in der sich Pannekoeks Denken besonders durch die Vermittlung seines Landsmanns Herman Gorter durchsetzte, die aber schon bald wichtige Gruppierungen im Verlauf ihres theoretischen Klärungsprozesses wieder abstieß.

VI. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "FREIEN ARBEITER-UNION DEUTSCHLANDS (SYNDIKALISTEN)" (FAUD(S))

1. Der Gründungskongreß der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)" im Dezember 1919 und sein Programm

Die Politik der Levi-Zentrale der KPD(S) führte nicht nur zum Bruch mit dem größten Teil der Linkskommunisten, sie bemühte sich auch, einen möglichst klaren Trennungsstrich zwischen den eigenen Organisations-Prinzipien und denen der Syndikalisten von der "Freien Vereinigung" zu ziehen. Die offene Distanzierung von den Syndikalisten begann ziemlich genau mit dem Ende der Aktionsphase und mit dem Beginn des Massenzulaufs zu der "Freien Vereinigung" im Juni 1919. Mitte Juni hatte die Zentrale in einem Aufruf[1] die syndikalistische Propaganda in ihren Reihen untersagt. Die Zentrale erklärte die syndikalistische Agitation insofern mit dem Kommunismus für unvereinbar, als diese gegen die Organisationsform der politischen Partei und gegen die Zentralisierung in der Organisation auftrat und für revolutionäre Teilaktionen politischen Charakters im gegenwärtigen Moment. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Syndikalismus wurde im Juli und August von seiten der Zentrale fortgesetzt. Ein Beitrag in der theoretischen Monatsschrift der KPD(S), der "Internationale"[2], versuchte im Juli 1919 nachzuweisen, daß der Syndikalismus nichts weiter sei als "ein verärgerter Bruder des opportunistischen Gewerkschaftlers". "Seine Organisationsideale und seine Taktik des wirtschaftlichen Kampfes sind nichts anderes als ein aus der Verärgerung entstandenes Spiegelbild der Gewerkschaftsbewegung"[3]. Der Syndikalismus habe es niemals zur eigenen Ideologiebildung gebracht, usw.; der Aufsatz analysierte richtig, wenn er den deutschen Syndikalismus der "Freien Vereinigung" als reines Oppositionsgebilde ohne feste Ideologie be-

1) S. "Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin", 1. Jg. (1919), Nr. 20/21. Der "Kämpfer" erschien als Ersatz für das verbotene Zentralorgan der KPD(S), die "Rote Fahne". S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. VII. Daß der Aufruf wirklich an die Mitglieder der "Freien Vereinigung" gerichtet war, zeigt die ausdrückliche Wendung an die gewerkschaftlich Organisierten in der KPD. Der Gebrauch des Begriffes "Syndikalismus" als Invektive gegen die Unionisten in der KPD wurde erst nach dem 2. Parteitag im Oktober geläufig. Vgl. auch die Reaktion der "Freien Vereinigung" auf den Aufruf im: "Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 32: Die KPD und die Syndikalisten.
2) M. J. Braun, Gewerkschaft, Partei und Arbeiterrat (Beitrag zur Beurteilung des Syndikalismus), in: "Die Internationale, eine Wochenschrift zur Praxis und Theorie des Marxismus," 1. Jg. (1919), Heft 5/6, p. 6. ff.
3) Ibidem, p. 8

schrieb, denn zu einer solchen neuen ideologischen Identität kam diese Organisation nach ihrem Ausschluß aus der SPD (1908) erst wieder mit dem Programm des Gründungskongresses der FAUD im Dezember 1919. Die Analyse ging fehl, soweit sie diese Charakterisierung des deutschen Syndikalismus auf die internationale Bewegung ausdehnte; es war dem "Syndikalist" ein leichtes, auf die überaus fruchtbare Theorienbildung in den romanischen Ländern hinzuweisen[4]. - Scharf und gründlich wurde schließlich die Abgrenzung des Kommunismus gegen den Syndikalismus in einem zuerst als Vortrag im Juni gehaltenen, dann im August (1919) von der Zentrale als Broschüre herausgegebenen Beitrag[5] vollzogen. Er erklärte die antietatistischen Vorstellungen des Syndikalismus für illusorisch; man werde sehr wohl nach Eroberung der Diktatur des Proletariats die Staatsmaschinerie benützen müssen zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats. In der Organisation wie im Wirtschaftsleben bedeute Zentralismus in der modernen Industriegesellschaft eine wünschenswerte Konzentration der Kräfte. Der Beitrag forderte den Ausschluß von allen Verwirrung in die Partei tragenden prinzipiellen Syndikalisten. - Die Impulse zur Trennung zwischen Kommunismus und Syndikalismus gingen von der Partei-Zentrale aus. Die Berliner Geschäftskommission der "Freien Vereinigung", die im Dezember 1918 ihren Mitgliedern den Anschluß an die linksradikalen Gruppierungen empfohlen hatte, beschwor zuerst die gemeinsamen Kämpfe und dann die verwandten Zielsetzungen; sie reagierte jeweils auf die Angriffe der KPD(S)-Zentrale mit mehr oder weniger sachlichen Gegenpolemiken. Seit sich aber in der zweiten Jahreshälfte von 1919 Rockers Kurs bei den Syndikalisten durchzusetzen begann, ergriff man auch von der Seite der "Freien Vereinigung" die Initiative zur Klärung der Fronten. Der "Syndikalist" sprach bald nur noch pauschal von den "drei sozialdemokratischen Parteien", und er meinte die SPD, die USPD und die KPD(S). Er grenzte die "Freie Vereinigung" als Organisation der "freiheitlichen Kommunisten" gegen die "Staatskommunisten" der KPD ab.

Das intensive Bemühen der KPD(S)-Zentrale und der Geschäftskommission der Syndikalisten um die möglichst klare Herausstellung der jeweils spezifischen Organisations-Grundsätze resultierte nicht zuletzt daraus, daß in den Mitgliederschichten weit über die Aktionsphase bis Mai 1919 hinaus die prinzipiellen Unterschiede zwischen beiden Organisationen weder erkannt noch anerkannt wurden. Der "Syndikalist" veröffentlichte Leserbriefe, in denen von der "völligen Übereinstimmung in geistiger, ökonomischer und politischer Hinsicht"[6] zwischen Syndikalismus und Kommunismus die Rede war. Fritz Kater stellte auf der Gründungskonferenz der rheinland-westfälischen FAU Mitte September fest, daß trotz der Ausschluß-Androhungen der KPD(S)-Zentrale und trotz der Erklärung der unmittelbar vorausgegangenen Reichskonferenz der USPD, man könne nicht zugleich Unabhängiger Sozialdemokrat und Syndikalist sein, der größte Teil der anwesenden Delegierten und der größte Teil der Arbeitermassen, die sie vertraten, dennoch einer der beiden Parteien angehörte[7]. Diese Doppelzugehörigkeit zur syndikalistischen Organisation und zur Kommunistischen Partei war auch später noch - nachdem der 13. Kongreß der Syndikalisten seinerseits die ausschließliche Zugehörigkeit zur FAUD gefordert hatte - noch durchaus häufig. Diese Doppelzugehörigkeit war für die neu in die Organisation Hinzugekommenen charakteristisch; die langjährigen, prinzipienfesten Anarchisten oder Syndikalisten wandten sich spätestens bei der Durchsetzung des Levi-Kurses von der KPD(S) wieder ab[8].

Trotz der gewissen Trägheit der Mitgliederschichten divergierten die Entwicklungslinien der Kommunistischen Partei und der "Freien Vereinigung" in der zweiten Hälfte des Jahres 1919. So oberflächlich auch der Zusammenschluß der FAU in Rheinland-Westfalen im September des Jahres gewesen sein mochte, er gab doch ohne Zweifel der in ihr dominierenden "Freien Vereinigung" der Syndikalisten einen erheblichen organisatorischen Auftrieb. Schon auf der September-Konferenz hatte Kater gefordert, dieser Zusammenschluß müsse sich möglichst bald auf Reichsebene vollziehen. Außerhalb des Ruhrgebiets hatten sich im Laufe des Jahres unter ähnlichen Bedingungen Ortsvereine der "Freien Vereinigung" in Berlin und Umgebung, in Thüringen, Sachsen, Schlesien, Süddeutschland und in den Hafenstädten der Ost- und Nordseeküste aufgebaut[9]. Während einer dreiwöchigen Aufhebung des Belagerungszustandes traten vom 27. bis 30. Dezember 1919 in Berlin alle angeschlossenen Organisationen zum 12. Reichskongreß der "Freien Vereinigung" zusammen, der zum Gründungskongreß der FAUD(S) wur-

4) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 37: Der Syndikalismus und seine Gegner.
5) F. Brandt, Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919. Vgl. auch die Stellungnahme der FAUD in: "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

6) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 2/3. Vgl. auch "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 12.
7) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.
8) Vgl. dazu Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 383. Er berichtet von einer "ganzen Anzahl alter anarchistischer Genossen in Deutschland, die sich nach dem 1. Kongreß der KP in Berlin der neuen Partei sogar direkt anschlossen, weil sich jener Kongreß gegen die parlamentarische Betätigung erklärt hatte." - Sieben Monate danach "erkannten die meisten ihren Irrtum und traten aus der Partei wieder aus."
9) Nach Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 192.

de[10]. 109 Delegierte vertraten nach Angaben der Geschäftskommission 111 675 Mitglieder[11]. Der Zusammenschluß im Ruhrgebiet, dem bei weitem bedeutendsten Rekrutierungsfeld der Organisation, vom September des Jahres wurde bestätigt und die "Freie Vereinigung" wurde im ganzen Reich umbenannt in "Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)". Die Wiederaufnahme des Namens der rheinland-westfälischen Zusammenfassung der sozialrevolutionären Gewerkschaftsgruppen war insofern im Dezember 1919 schon nicht mehr berechtigt, als zu dieser Zeit die unionistischen Elemente der Vereinigung bereits im Ruhrgebiet wie im ganzen Reich im Begriff waren, sich aus dem Organisationsbereich des Syndikalismus herauszulösen[12]; durch den Kongreß selbst konnte diese Entwicklung zur organisatorischen Absonderung der Unionisten nur beschleunigt werden, denn die von ihm angenommene Prinzipienerklärung gab der Organisation in mehrfacher Hinsicht eine ganz neue Orientierung.

Die Berliner Geschäftskommission hatte - vermutlich aus dem begründeten Gefühl des Ungenügens an den programmatischen Generalformeln der Organisation seit 1908 - Rudolf Rocker damit beauftragt, ein neues Programm auszuarbeiten. Rockers "Prinzipienerklärung des Syndikalismus" wurde seit Mitte November (1919) den Mitgliedern der "Freien Vereinigung" zur Diskussion gestellt[13]. Auf dem Gründungskongreß stand seine Rede[14] zur Erläuterung der Prinzipienerklärung im Mittelpunkt; sie markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung der syndikalistischen Organisation mit ihrer Stellungnahme zum Verhältnis der FAUD zu den politischen Parteien und zur Diktatur des Proletariats. - Rocker erklärte die politischen Parteien als ebenso dem Bürgertum eigen wie den nicht davon zu trennenden Parlamentarismus; wenn man die Parteien prinzipiell ablehne, so stelle man sich unmittelbar in die Tradition der Ersten Internationale, die ursprünglich ausschließlich wirtschaftliche Organisationen anerkannt habe. Das Streben nach Erlangung der politischen Macht habe nichts mit Sozialismus zu tun. "Wenn ein Syndikalist dieser oder jener Partei angehört, so ist das Privatsache. Die wirtschaftliche Organisation der Syndikali-

10) Man zählte die folgenden Kongresse der FAUD im Anschluß an die Zählung der "Freien Vereinigung"; der 12. Kongreß der FAUD war also eigentlich deren erster.

11) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

12) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Gründung der AAUD. S. dazu auch den Bericht der Hamburger Linkskommunisten über den Gründungskongreß der FAUD in: KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 3.

13) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 50. S. den Text der Prinzipienerklärung im dokumentarischen Anhang Nr. IX. Sie erschien auch als Broschüre: Rudolf Rocker, Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus, Berlin 1920.

14) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

sten hat mit keiner politischen Partei etwas zu tun'"[15]. Diese Festlegung des Verhältnisses zur KPD - denn diese war neben der USPD die einzige überhaupt in Frage kommende Partei - war erst ein Schritt auf dem Wege der Umkehrung der anfänglichen Empfehlung der "Freien Vereinigung" an ihre Mitglieder, sich den linken Parteien anzuschließen, zum Verbot der Parteizugehörigkeit, das auf dem 13. Kongreß im folgenden Jahre ausgesprochen wurde. - Gegen die Diktatur des Proletariats wandte sich Rocker, soweit sie die Diktatur einer Partei bedeute; die Formel habe mit Sozialismus wiederum nichts zu tun, sie stamme aus dem Arsenal der Bourgeoisie.

"Wenn unter Diktatur des Proletariats nichts anderes verstanden wird als Ergreifung der Staatsmaschine durch eine Partei, wenn man darunter nur die Etablierung eines neuen Staates versteht, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den besitzenden Klassen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirkung der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger und Vertreter der Diktatur des Proletariats'"[16].

Der in Rockers Rede angedeutete Kurs wurde in der folgenden Zeit vor allem von der Berliner Geschäftskommission der FAUD vertreten; den auch nur ansatzweise theoretisch geschulten Kommunisten in der FAUD mußte die Ablehnung der Parteiarbeit und die Verwerfung der Diktatur des Proletariats als Ziel des Kampfes unannehmbar sein. Entsprechende Stimmen wurden auf dem Gründungskongreß laut; ein Sprecher der Bergarbeiter des Ruhrgebiets versprach, im nächsten Jahre würden 200 000 Bergarbeiter in syndikalistischem Sinne organisiert sein; dazu müsse man aber den Namen "Syndikalisten" fallen lassen. "Teilweise seien die Syndikalisten den Bergarbeitern nicht revolutionär genug'"[17].

Sowohl die Ablehnung von Partei und Diktatur des Proletariats wie die Forderung der Gewaltlosigkeit in Rockers Programm, gegen die auch bereits auf dem Gründungskongreß Einspruch erhoben wurde[18],

15) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2. Diese Bestimmung des Verhältnisses der syndikalistischen Organisation zu den politischen Parteien entsprach noch etwa derjenigen in der Charte d'Amiens der französischen CGT von 1906; dort hieß es - um eine Nuance weniger restriktiv - :"... Les organisations confédérées (n'ont) pas, en tant que groupements syndicaux, à se préoccuper des partis et des sectes qui en dehors et à côté, peuvent poursuivre en toute liberté, la transformation sociale." Zitiert bei Colette Chambelland, op. cit., p. 39.

16) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

17) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 3.

18) Ein Düsseldorfer Kommunist trat Rockers prinzipieller Gewaltlosigkeits-Forderung entgegen mit dem Argument, man müsse die dem Sozialismus feindlichen Kräfte mit Waffengewalt zur Mitarbeit zwingen. S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

resultierten aus seiner anarchistischen Theorie, die er ganz unter dem Einfluß Peter Kropotkins[19] während seiner langjährigen Redakteurtätigkeit im Kreise der ostjüdischen Gemeinde im Londoner east-end entwickelt hatte. Ihre Zusammenfassung legte er nun in seiner Prinzipienerklärung des Syndikalismus vor. - Kropotkin, der Theoretiker des kommunistischen Anarchismus, verwarf - gegen Marx gerichtet - die Dialektik als methodologische Basis der politischen Ökonomie und forderte deren Ersetzung durch die deduktiv-induktive Methode der Naturwissenschaften[20]. Zweck des politisch-ökonomischen Studiums sollte die Ermittlung der menschlichen Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung sein. Da das Endziel jeder Wissenschaft eine Anweisung für das praktische Leben sei, "muß sie studieren, mit welchen Mitteln die Summe der gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse am besten unter dem geringsten Arbeitsaufwand und mit den besten Resultaten für die Allgemeinheit zu befriedigen ist"[21]. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann die Grundforderung der optimalen Bedürfnisdeckung nicht erfüllen, sie muß folglich durch ein nach ganz anderen Grundsätzen aufgebautes Produktions- und Distributionssystem ersetzt werden. Spezifika des kapitalistischen Ausbeutungssystems sind für Kropotkin die Tatsachen der Arbeitsteilung und der Zentralisation. Er hielt beide Entwicklungen nicht für irreversibel und unternahm es wiederholt, Trends in der Gegenwart (um 1900) nachzuweisen, die Dezentralisierung und Beseitigung der Arbeitsteilung intendierten. Solche Trends glaubte er erkennen zu können - und er untermauerte seine Beobachtungen durch umfangreiche statistische

19) Peter Kropotkin, geb. am 9.12.1842 in Moskau, kam aus einem der ältesten russischen Adelsgeschlechter; er diente von 1862-67 als Offizier der zaristischen Armee; danach Studium der Naturwissenschaften, insbesondere der Geographie; bedeutende wissenschaftliche Publikationen über die Gletscherforschung; 1872 auf einer Reise nach Belgien und in die Schweiz Bekanntschaft mit Bakunin und begeisterter Anhänger des Bakunisten-Flügels der ersten Internationale; nach der Rückkehr nach Rußland intensive politische Arbeit mit den Nihilisten; 1874 verhaftet und 1876 Flucht nach England; dann Redaktion der anarchistischen Zeitschrift "La Révolte" in der Schweiz und Ausweisung; 1883 in Lyon 5 Jahre Gefängnis wegen anarchistischer Agitation; im Januar 1886 begnadigt und bis 1918 im Exil in London. Nach der russischen Oktoberrevolution Rückkehr nach Rußland; dort bald im Gegensatz zur Regierung der Bolschewiki; lebte während seiner beiden letzten Jahre zurückgezogen in der Provinz und starb 1921; die FAUD unternahm in dieser Zeit große Spendenaktionen für Kropotkin. Vgl. auch den Nachruf Rudolf Rockers auf Kropotkin in "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr. 7.

20) Vgl. dazu und zum folgenden die Zusammenfassung der Ideen Kropotkins durch Rudolf Rocker, welche die für Rocker bedeutenden Momente in Kropotkins Denken hervortreten läßt, in seinem Vorwort zu: Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, Wohlstand für alle, Berlin 1919 (Kater-Verlag).

21) S. ibidem, p. 9.

Faktenkompilationen[22] - im Ausbau nationaler Industrien und in der Intensivierung und den Autarkiebestrebungen der Landwirtschaft. Im Gegensatz zu den marxistischen Analysen versuchte er empirisch nachzuweisen, daß die Kleinindustrien in der jüngsten geschichtlichen Entwicklung nicht aufgerieben worden seien, sondern sich sehr wohl behauptet und konsolidiert hätten. In der von Kropotkin propagierten kleinindustriellen und agrarischen Gesellschaft sollte es zur Vereinigung von Industrie, Landwirtschaft und Handwerk, von körperlicher und geistiger Arbeit kommen. - Die Basis dieser neuen Gesellschaft, einer Föderation selbständiger Produktionsgemeinschaften, wäre nach Kropotkin die Solidarität, die verantwortliche Selbsttätigkeit der Produzierenden; sie würde an die Stelle der Prinzipien der Autorität und der Zentralisation treten, auf denen die gegenwärtige Gesellschaft beruhe[23]. Den Beweis, daß eine solche Gesellschaft realisierbar sei, versuchte er in der Form einer antidarwinistischen Anthropologie zu entwickeln, die die Solidarität und wechselseitige Hilfe als entwicklungsgeschichtliches Moment aufzeigte[24]. Diesem Grundgedanken des "Gesetzes von der gegenseitigen Hilfe" und des "Solidaritäts- und Sozialtriebes" widmete Kropotkin noch sein letztes Werk[25], die durch seinen Tod (1921) unvollendet gebliebene, breit angelegte "Ethik". In dieser Anthropologie wurzelte Kropotkins grenzenloser Glaube an die Spontaneität der Massen[26]; sein Spontaneitätsbegriff war letztlich ahistorisch und damit ganz verschieden von dem des Linkskommunismus; Pannekoek z. B. präzisierte immer wieder, daß die revolutionären Qualitäten erst den modernen industrie-proletarischen Massen eigen seien[27]. Die ahistorische Beschaffenheit des kommunistischen Anarchismus kommt noch klarer zum Vorschein im Denken Gustav Landauers, des deutschen Übersetzers Kropotkins, der gleichfalls großen Einfluß auf Rocker ausübte[28]. Rocker paraphrasierte z. B. Landauers voluntaristische Grundsätze: "Nicht die Zeit, nicht die ökonomischen Ver-

22) Vgl. dazu Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, p. 148 ff.; und: Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1921, p. 1-31.

23) Vgl. dazu die frühe Schrift Kropotkins: La loi et l'autorité, Paris 1913, die auch in deutscher Übersetzung verbreitet war.

24) S. Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Berlin 1921 (Kater-Verlag).

25) S. Peter Kropotkin, Ethik, Bd. I, Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit, Berlin 1923 (Kater-Verlag).

26) Vgl. dazu z. B. Peter Kropotkin, Die Französische Revolution, Leipzig 1909.

27) Vgl. den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

28) Rocker machte seine persönliche Bekanntschaft durch Kropotkin, als Landauer 1901 neun Monate in London weilte. S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 131. Vgl. auch Rocker über Landauer, ibidem, p. 122-135.

hältnisse, nur unsere innerste Erkenntnis, unser Wollen können die Brücke schlagen, die uns aus der Welt der Lohnsklaverei ins Neuland des Sozialismus führen kann"[29].

Die theoretischen Passagen über Autorität, Zentralisation und Staat in der Prinzipienerklärung der FAUD (Abs. 10 bis 17) gingen direkt auf Kropotkins Anarchismus zurück. Die organisatorischen Passagen der Prinzipienerklärung, die in den Statuten der FAUD(S) noch einmal präzisiert wurden[30], knüpften an die bisherige Praxis der "Freien Vereinigung" an, waren aber zugleich stärker beeinflußt vom französischen Beispiel des revolutionären Syndikalismus[31]. - In Frankreich war die doppelte Gliederung der revolutionär-syndikalistischen Organisation in vertikale und horizontale Verbände aus der 1902 erfolgten Vereinigung der vertikal aufgebauten CGT mit den regionalen "bourses de travail" entstanden. Obwohl die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses in Prinzipienerklärung und Statuten vorgesehenen Schemas bleibender Diskussionsgegenstand im "Syndikalist" war und trotz intensiver Agitation wurde dieser Aufbau der FAUD von den Arbeitern nur schwer verstanden und kam über Ansätze nicht hinaus. Zunächst sollten sich an einem Ort jeweils "Vereinigungen aller Berufe" bilden; kamen in ihnen mehr als jeweils 25 Personen desselben Industriezweiges[32] zusammen, so hatten diese Ortsvereine für den betreffenden Zweig zu konstituieren. Der Überblick über die im November 1922 bestehenden Ortsvereine der FAUD läßt einigermaßen solide Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Organisation zu[33]. Die Geschäftskommission zählte zu dieser Zeit im Reiche 214 "Vereinigungen aller Berufe"; die bei weitem stärkste Industriegruppe stellten die Bergarbeiter mit 126 Ortsvereinen[34]; es folgten die Metallarbeiter mit 80, die Bauberufe mit 43, Verkehrsarbeiter mit 12, Lederarbeiter mit 2, Glaser, Töpfer und Kopfarbeiter mit je 1 Ortsverein. Diese Reihenfolge kann als konstant angenommen werden; besonders die stärkste Repräsentanz der Berg- und Metallarbeiter steht außer Frage. - Die lokalen Vereine hatten völliges Selbstbestimmungsrecht und eine eigene, den jeweiligen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Satzung, die lediglich den Grundsätzen der FAUD nicht widersprechen durfte. Diese Vereine sollten sich vertikal zu Industrieföderationen auf Reichsebene zusammenschließen; von den insgesamt 12 vorgesehenen Industrieföderationen kamen in der Geschichte der FAUD nur 5 zustande: 1. Föderation der Bergarbeiter, 2. Föderation der Bauarbeiter, 3. Föderation der Metall-Industriearbeiter, 4. Föderation der Holzarbeiter, 5. Föderation des Bekleidungs- und Verkehrsgewerbes[35]. - Sobald mehrere Ortsvereine in einem Orte oder engeren Bezirk vorhanden waren, sollten diese in horizontalem Zusammenschluß eine Arbeiterbörse bilden. Auf der ersten Reichskonferenz der Arbeiterbörsen im Juni 1922 bestanden 32 davon, in denen 204 FAUD-Ortsvereine, d. h. etwa die Hälfte der zu jener Zeit bestehenden, zusammengefaßt waren[36]. Da die Arbeiterbörsen nur dort zustande kamen, wo mehrere Ortsvereine auf engerem geographischen Raum existierten, gibt ihre Verteilung über das Reich eine klare Vorstellung von den organisatorischen Schwerpunkten der FAUD(S): 14 Börsen bestanden im Ruhrgebiet, 7 im mitteldeutschen Industriegebiet und die restlichen 11 in Großstädten. Die in der Prinzipienerklärung vorgesehene Reichs-Föderation der Arbeiterbörsen kam auf der selben Konferenz nicht zustande. - Die wichtigsten überregionalen Einrichtungen der FAUD waren der Kongreß, die Geschäftskommission und das obligatorische Verbandsorgan "Der Syndikalist". Der Kongreß, der mindestens alle 2 Jahre einberufen werden mußte, war die oberste Vertretung der FAUD und wurde von den Ortsvereinen beschickt, von denen - nach französischem Vorbild - jeder unabhängig von seiner Mitgliederzahl das gleiche Stimmrecht hatte. Der Kongreß entschied über die eingegangenen Anträge und überwachte die Tätigkeit der Geschäftskommission, deren Wahl ihm auch oblag. - Die Geschäftskommission

29) Rudolf Rocker, Sozialdemokratie und Anarchismus, p. 4.

30) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

31) Die Kenntnis des französischen revolutionären Syndikalismus war jetzt verbreiteter als vor dem Weltkriege. Es wurden vom Kater-Verlag u. a. folgende Broschüren vertrieben: Emile Pouget, Der Syndikalismus, Berlin 1919; Georges Yvetot, Das ABC des Syndikalismus, Wien 1919. In den folgenden Jahren stand die FAUD auch in Kontakt mit der revolutionären Minderheit im französischen Syndikalismus, der CGTU; vgl. Augustin Souchys "Briefe aus Paris" in "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 25 ff. Die CGTU, die sich noch wiederholt spaltete, trat der auf Grund der deutschen Initiative 1922 gegründeten syndikalistischen Internationale nicht bei.

32) Mit der Durchsetzung des neuen Kurses begann sich das Industrieverbands-Prinzip auf Kosten des Berufsverbandes, der in der "Freien Vereinigung" bisher gültig war und an dem offenbar besonders Fritz Kater hing, durchzusetzen. Eine Zeit lang war in unentschiedener Weise die Rede vom "Berufs- bzw. Industrie-Verband".

33) Folgende Zahlen aus: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47.

34) In der Tatsache, daß Bergarbeiter und Metallarbeiter - also die bestbezahlten Teile des Proletariats - das Gros der FAUD-Mitglieder ausmachten, mag man ein weiteres Indiz dafür sehen, daß es sich bei den Angehörigen der linksradikalen Organisationen keineswegs nur um die "besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten" (Arthur Rosenberg) handelte. Eine ganz überzeugende soziologische Feldstudie der sozialen Zusammensetzung der linksradikalen Organisationen ist aufgrund des spärlichen statistischen Materials wohl kaum jemals möglich.

35) S. Fritz Katers Rechenschaftsbericht in: "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", 2. Jg. (1926), Nr. 5.

36) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 24. S. dort auch die Aufstellung der einzelnen Arbeiterbörsen. Vgl. weiterhin: Franz Barwich, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin 1923.

hatte ihren ständigen Sitz in Berlin und war das oberste Exekutivorgan der FAUD. Ihre Tätigkeit war eingeschränkt auf die mündliche und schriftliche Verbreitung der syndikalistischen Doktrin und auf die Vermittlung zwischen den einzelnen Lokalorganisationen zum Zwecke der Solidarität in Streik- und Aussperrungsfällen; über Unterstützungskassen verfügte sie nicht. Jeder Ortsverein hatte mindestens 1 % des Wochenlohnes jedes seiner Mitglieder als wöchentlichen Beitrag das ganze Jahr hindurch einzuziehen, - eine Beitragssumme, die unter der des ADGB lag. 1919 war von den einzelnen Industrieföderationen ein vierteljähriger Beitrag von 10 Pfennigen pro Mitglied, von noch nicht föderierten Vereinen ein monatlicher Beitrag von 10 Pfennig pro Mitglied an den Agitationsfond der Geschäftskommission vorgesehen. Grundsätzlich waren alle Funktionen in der FAUD ehrenamtlich; in der Regel wurden aber etwa 5 Mann für ihre Agitationsarbeit entschädigt[37], und zwar mit einer Summe, die von der Berliner Arbeiterbörse festgesetzt wurde. Den Vorsitz der Geschäftskommission hatte bis 1930 Fritz Kater inne; er ging dann auf ein jüngeres, während der zwanziger Jahre zur Bewegung gestoßenes Mitglied, den dreißigjährigen gelernten Schlosser Reinhold Busch über[38]. - Als wichtigstes Agitationsmittel gab die Geschäftskommission die Wochenschrift "Der Syndikalist" heraus, in der neben grundsätzlichen theoretischen Erörterungen alle Bekanntmachungen, die die Gesamtorganisation betrafen, gedruckt wurden. Der "Syndikalist" erreichte 1920 mit etwa 120 000 Exemplaren seine höchste Auflageziffer[39]; 1922 stand sie bei 78 000[40], 1924 nach Angaben der Geschäftskommission bei 25 000[41]. Die Redaktion des "Syndikalist" ging von den beiden Vorkriegs-Mitgliedern der Bewegung Max Winkler und Fritz Köster auf Augustin Souchy über, der sie 1930 Helmut Rüdiger übergab. Neben dem "Syndikalist" erschien vom 1. Juli 1921 bis Januar 1924 als wichtigstes Publikationsorgan der FAUD "Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland" als Sprachrohr der Ruhr-Opposition in Düsseldorf. Auderdem gaben die Holz-, Metall- und Bauindustrie-Föderationen eigene Blätter heraus und Rocker bezeugt die Existenz "einer ganzen Anzahl

37) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 54: Föderalismus und Zentralismus in der Praxis: "Dem gegenüber betragen die Verwaltungskosten bei unseren föderativen Vereinigungen fast null! Bei 150 000 bis 200 000 Mitgliedern mit etwa 6 Millionen Mark Beiträgen werden bisher nur 6 Kopfarbeiter in ganz Deutschland besoldet."

38) S. Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 16.

39) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 196. S. auch "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 12.

40) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47.

41) "Die Internationale", (IAA), 2. Jg. (1926), Nr. 5.

kleiner lokaler Organe"[42], die in der Regel nur kurze Zeit erschienen. Ab 1924 gab die Berliner Geschäftskommission noch zusätzlich das Organ der syndikalistischen Internationale, der "Internationalen Arbeiter-Assoziation", heraus, das ab 1934 in Amsterdam weiter erschien. Die überaus rührige Tätigkeit des syndikalistischen Verlagshauses Fritz Katers[43] wurde auch nach dem organisatorischen Niedergang der FAUD fortgesetzt; 1929 gründete man eine "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde", die zweimonatlich bis 1933 die Zeitschrift "Besinnung und Aufbruch" herausgab. Noch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme versuchten die deutschen Syndikalisten, ihre publizistische Tätigkeit illegal fortzusetzen[44].

An Nebenorganisationen baute die FAUD eine Jugendorganisation und einen Frauenbund auf. Bald nach der Gründungskonferenz konstituierte sich am 18. Januar 1920 die "Föderation der revolutionären Jugend deutscher Sprache"[45], die in Berlin ein eigenes Blatt mit dem Namen "Die Freie Jugend" und ab Dezember 1920 eine Beilage zum "Syndikalist" unter dem Titel "Die Junge Menschheit" herausgab. Aus der Jugendorganisation gingen eine ganze Reihe späterer Führer der FAUD hervor und Rocker weist mit besonderem Stolz auf den zahlreichen Anhang der FAUD unter den Jugendlichen hin[46]. - Etwa gleichzeitig bildete sich der "Syndikalistische Frauenbund" als Vereinigung von Hausfrauen, die nicht in der Industrie beschäftigt waren; der Frauenbund, in dem Rockers Frau Milly Witkop[47] führend tätig war, verfügte über eine Monatsbeilage im "Syndikalist" und eine in Dresden erscheinende Zeitschrift, "Die schaffende Frau". - Obwohl das Gesamtschema des

42) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 196. So erschien z. B. in Mannheim: "Arbeiter-Börse, Sozialrevolutionäres Organ der Freien Arbeiter-Union Süddeutschlands (Syndikalisten)", 1. Jg. (1920).

43) Vgl. dazu den bibliographischen Anhang, in dem in Parenthese die Druckerzeugnisse des Kater-Verlages vermerkt sind.

44) Rocker erwähnt die unter dem Schutztitel "Deutschtum im Ausland" und "Blätter zur Pflege deutscher Art, hrgg. vom Verband deutscher Schulen im Ausland" herausgegebenen Zeitungen, von denen etwa 7 Nummern erschienen. Im Januar 1934 erschien "Soziale Revolution, Organ der deutschen Anarcho-Syndikalisten im Ausland, angeschlossen an die IAA", Paris/Stockholm; ein hektographiertes, illegal in Deutschland erscheinendes Blatt mit dem gleichen Titel ist in jener Zeitung abgebildet.

45) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 5.

46) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 405: "Wenn die FAUD während der ersten Jahre der Revolution einen so starken Aufschwung nehmen konnte, so war dies hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß sie die Kraft besaß, junge Menschen anzuziehen ... Die ganze Bewegung in Thüringen bestand fast nur aus jungen Genossen. Starke Jugendbewegungen bestanden in Leipzig, Dresden, Chemnitz, im Rheinland, Schlesien und fast überall in Mittel- und Süddeutschland."

47) Milly Witkop-Rocker (1886 - 1955) war ukrainische Jüdin, die nach London ausgewandert war; sie machte Rockers Bekanntschaft während seiner Tätigkeit in London; s. Rockers Memorial: Rudolf Rocker, Milly Witkop-Rocker, Berkley-Heights 1956.

Aufbaus der FAUD zu kompliziert war, fand der extrem föderative Grundgedanke in den ersten Nachkriegsjahren, in denen - wie ein zeitgenössischer Beobachter gelegentlich im Zusammenhang mit Organisationsfragen feststellte - der "anarchistelnde Kommunismus zur Salonmode geworden"[48] war in den deutschen Arbeiterorganisationen, starke Resonanz.

Mit einem gewissen Recht feierten die deutschen Syndikalisten auch die in den ersten Nachkriegsjahren häufig geübte Praxis des Massen- und Generalstreiks als Sieg der von ihnen propagierten direkten Aktion[49]. Als Verzweiflungstaktik ist die direkte Aktion allerdings so alt wie die Arbeiterbewegung und an ihrer Ausübung um 1918 war die Agitation der "Freien Vereinigung" nur unmaßgeblich beteiligt. Zum System wurde sie in der Theorie und Praxis des französischen revolutionären Syndikalismus entwickelt[50] und nach dessen Vorbild in Deutschland seit 1904 von den Anarchisten um den "Freien Arbeiter" propagiert[51]. Die Methodik der direkten Aktion umfaßte die weite Skala vom einfachen Betriebsstreik bis zum Generalstreik, der die soziale Revolution einleiten sollte, und alle Formen der Sabotage, von der cancanny-Taktik (bewußt langsame und schlechte Arbeitsausführung) bis zur gewaltsamen Zerstörung der Produktionsmittel[52]. - Die geläufigste Form der Verweigerung der Arbeitsleistung war auch in der "Freien Vereinigung" (bzw. der FAUD) der Streik. Gemäß der auf dem Gründungskongreß angenommenen Streikresolution hatte jeder Ortsverein völlige Dispositionsfreiheit über Anfang und Abschluß eines Streiks und war verpflichtet, sich im Streikfalle aus eigenen Mitteln 14 Tage lang zu finanzieren. Nur im äußersten Notfalle rief die Geschäftskommission, die selbst über keine Unterstützungskassen verfügte, die anderen Organisationen im "Syndikalist" zur Solidarität auf und leitete die daraufhin eingehenden Gelder weiter. Die numerisch schwachen Vereine der FAUD waren im Rahmen dieser Streikregelung und angesichts der riesenhaften Verbände des ADGB und der straff organisierten Unternehmerverbände zu selbständigen Aktionen nicht fähig. Sie entfalteten

48) Eugen Prager, op. cit., p. 14.
49) S. Absatz 21 der Prinzipienerklärung der FAUD. Rocker auf dem Gründungskongreß: "Die politischen Parteien, die sich nur mit dem Parlamentarismus befaßt haben, greifen heute zu den Kampfmitteln der direkten Aktion wie Generalstreik, Boykott, Rätesystem usw., weil ihre eigenen Waffen verbraucht sind." "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.
50) Als klassische Schrift über die Methoden der direkten Aktion gilt die Darstellung des französischen militanten Syndikalisten Emile Pouget, Le sabotage, Paris 1910.
51) S. Arnold Roller, Die direkte Aktion, Revolutionäre Gewerkschaftstaktik, New York 1912. Vgl. dazu auch den Abschnitt über die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland.
52) Vgl. Robert Goetz-Girey, op. cit., p. 53 ff. Die gewaltsamen Praktiken wurden von den deutschen Wortführern des Syndikalismus nicht aufgenommen.

ihre Aktivität in den spontanen Massenstreiks und innerhalb der vom ADGB beschlossenen Lohnkämpfe. - Die von der FAUD durch die Methoden der direkten Aktion angestrebte neue Gesellschaft sollte auf dem Rätesystem aufbauen. Obwohl Rocker bis ins Jahr 1919 hinein die russischen Räte für eine ausgesprochen syndikalistische Organisationsform hielt und obwohl die "Freie Vereinigung" bis zur Durchsetzung des neuen Kurses seit Dezember 1919 das revolutionäre Beispiel Rußlands nicht in Frage stellte[53], war die syndikalistische Rätekonzeption doch nicht unwesentlich vom Rätesystem nach bolschewistischem Vorbild, wie es die KPD-Zentrale und der linke Flügel der USPD vertraten, verschieden[54]. Bei zweifelloser Affinität beider Rätevorstellungen[55] war das, was die Syndikalisten seit Dezember 1919 Rätesystem nannten, nichts anderes als die aktuelle Umbenennung der herrschaftslosen Gesellschaftskonzeption, wie sie schon vom anarchistischen Flügel der ersten Internationale vertreten worden war; Rocker wies in seinen Erläuterungen zu der Prinzipienerklärung auf dem Gründungskongreß darauf hin, daß sogar schon der Name "Arbeiterrat" in der französischen Schweiz und in Spanien innerhalb der ersten Internationale aufgetaucht sei. - Die deutschen Syndikalisten verstanden sich als Anhänger des "reinen Rätesystems"[56], das gemäß der Prinzipienerklärung (Abs. 6 ff.) auf den bestehenden syndikalistischen Organisationsgrundlagen aufzubauen war. Der erste Schritt der gesellschaftlichen Reorganisation bestand in der Eroberung der Werkstätten, der Betriebe und des Bodens, welche der Verwaltung der Produzenten selbst unmit-

53) Vgl. dazu Eduard Willeke, Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 128. Bd. (1928), p. 894. - In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurde vom "Syndikalist" noch Lenins "Staat und Revolution" als Agitationsschrift empfohlen; deren Forderung der "Zerstörung der Staatsmaschine" war den Syndikalisten zu dieser Zeit noch wichtiger als die Seitenhiebe gegen den Kropotkinschen Anarchismus, die darin enthalten sind; s. W. I. Lenin, Staat und Revolution, Berlin 1918 (Aktions-Verlag), p. 92 etc.
54) Vgl. dazu die treffendste vergleichende Analyse: Karl Korsch, Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm, in: "Der Sozialist", 1. Jg. (1919), p. 402 ff.; Karl Diehl (Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, Jena 1924, p. 71 ff.) und Willeke (loc. cit.) überbetonen den Zusammenhang beider Konzeptionen; Diehl meint, daß die syndikalistischen Ideen auch von größtem Einfluß auf die Ausbildung der bolschewistischen Lehre gewesen seien; er ließ sich von den äußeren Analogien zu sehr bestechen. Willeke bringt das Verhältnis auf die wohl zutreffendere Formel: "Man könnte den Rätegedanken, wenigstens in seiner ursprünglichen Form, als den spontanen und den Syndikalismus, soweit es sich dabei um die revolutionäre Richtung handelt, als fein ausgeklügelte Ausdrucksform ein und derselben Grundeinstellung bezeichnen."
55) Vgl. hierzu und zum folgenden auch: Peter von Oertzen, Betriebsräte, p. 210 ff.
56) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 30 usw. Vgl. zum folgenden auch: Franz Barwich, Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Parteikommunismus und Staatskommunismus, der Rätegedanke von unten auf! Berlin 1923.

telbar unterstellt werden sollten. Im stufenweisen Aufbau von unten nach oben über die Kreise und Bezirke bis zu den insgesamt 12 Industrieföderationen auf Reichsebene, die aber alle nur Koordinationsfunktionen haben sollten, vollzog sich dann die Organisation der Produktion. Um eine konsequente Bedarfsdeckungswirtschaft aufzubauen, bedurfte es darüber hinaus einer "Organisation der Konsumtion". Diese Aufgabe fiel den Arbeiterbörsen zu, die außerdem alle Funktionen der bürgerlichen Kommunalverwaltung übernehmen sollten. Nach dem Siege der sozialen Revolution fungierten die Arbeiterbörsen als statistische Büros, die festzustellen hatten, welche Bedarfsartikel vorhanden waren und welche fehlten. Die Ergebnisse sollten an die oberste Vertretung, die Föderation der Arbeiterbörsen, weitergegeben werden und diese teilte den Industrieföderationen mit, welche Güter gebraucht würden, woraufhin diese deren Produktion veranlaßten. Sämtliche Angelegenheiten, z.B. kultureller Art, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Produktions- und Distributionsmechanismus standen, sollten den lokalen Gruppen überlassen bleiben. Allenfalls einige oberste Räte, die sich aus den Industrieföderationen und der Föderation der Arbeiterbörsen rekrutierten und rein repräsentative Funktionen hatten, waren als Vertretung gegenüber dem Ausland vorgesehen. - Diese Rätekonzeption, über deren Durchführbarkeit im einzelnen zu reden die Theoretiker der FAUD sich weigerten[57], unterschied sich klar von der der Bolschewiki. Gemeinsam war der sozialrevolutionäre Anspruch, die Ablehnung des Parlamentarismus und jeder Arbeit in den bestehenden gesetzlichen Körperschaften; in der unmittelbar taktisch ausschlaggebenden konstruktiven Zielsetzung waren beide geradezu konträr:[58] Die Syndikalisten wollten die sofortige Errichtung einer Gesellschaft aus autonomen Produktionsgenossenschaften, die Absorption aller politischer Funktionen durch die Wirtschaftsorganisationen und damit schließlich die Abschaffung des Staates; das am Bolschewismus orientierte Rätesystem, das von der KPD-Zentrale und von der linken USPD um den Jahreswechsel 1919/20 vertreten wurde, sah im Gegensatz dazu eine starke zentrale Instanz vor und propagierte den politischen Klassenkampf mit der Diktatur des Proletariats als nächstem Ziel.

Das auf dem Gründungskongreß der FAUD angenommene Programm blieb bis 1933 ohne wesentliche Abänderung gültig. Mit einem gewissen Recht hat man den Gründungskongreß im Dezember 1919 den Höhepunkt des deutschen Syndikalismus genannt[59]. Im Dezember 1919 fand sich der größte Teil der sozialrevolutionären Gewerkschaften noch einmal unter einem gemeinsamen Programm, im Februar 1920 schon

57) S. Willeke, loc.cit., p.880.
58) Vgl. im gleichen Sinne: Peter von Oertzen, Betriebsräte, p.211.
59) Eduard Willeke, loc.cit., p.872 f.

hielten die Unionisten ihren ersten selbständigen Reichskongreß ab - auf Kosten des Mitgliederbestandes der FAUD(S); bald schon nach dem Gründungskongreß setzte auch innerhalb der FAUD(S) die Diskussion um dessen Programm ein und die Organisation begann, sich in verschiedene Richtungen aufzuspalten.

2. Die politische Haltung der Berliner Geschäftskommission der FAUD(S)

Ein russischer Beobachter der internationalen Syndikalisten-Bewegung nach dem Weltkriege bemerkte gelegentlich, es gebe drei Richtungen im gegenwärtigen Syndikalismus: den reformistischen Flügel, den revolutionären Flügel und den "Syndikalist"[1]; der "Syndikalist" war das Organ der FAUD-Geschäftskommission, die in den folgenden Jahren der konsequenteste Vertreter des von Rudolf Rocker auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) im Dezember 1919 vorgelegten und vom Kongreß angenommenen Programms wurde. Während die wichtigsten Sprecher der Geschäftskommission (Rudolf Rocker, Augustin Souchy, Fritz Oerter) ihre anarchistischen Grundsätze bereits in die Bewegung der deutschen Syndikalisten mitgebracht hatten, mußten sich Fritz Kater und die älteren Mitglieder der "Freien Vereinigung" - soweit sie mit dem neuen Kurs einverstanden waren und nicht wie Karl Roche z. B. aus der Bewegung ausschieden[2] - diese neuen Grundlagen erst aneignen. Kater wurde erst während einer gemeinsam mit Rocker verbrachten Schutzhaftzeit im Februar und März 1920 mit den Ideen des kommunistischen Anarchismus näher vertraut[3]. Rocker berichtet, durch den täglichen Verkehr miteinander im Gefängnis "vollendete sich bei ihm erst eine neue Phase seiner geistigen Entwicklung, die schon lange begonnen, aber noch keinen Abschluß gefunden hatte"[4]. Die auf dem 13.

1) Sinowjew, zitiert bei Eduard Willeke, loc.cit., p.877.
2) Roches Kritik an der Geschäftskommission ist zweifellos weitgehend typisch für die Kräfte, die den neuen Kurs nicht mitmachten; s.Roche im "Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.21: "Wollen wir zum Sozialismus, so kann es nur durch die rücksichtsloseste Klassenkampfführung geschehen, dann müssen wir so handeln, wie wir behandelt werden. Wer den Vollzug der Revolution zum Sozialismus anders darstellt, ist ein politisches Kind oder persönlich feige." Roche befürwortete die Diktatur des Proletariats und lehnte die Gewaltlosigkeits-Parolen der Berliner Geschäftskommission ab.
3) Rocker beschreibt Kater Ende 1919 als einen "Sozialrevolutionär alter Schule, den der Syndikalismus zwar auf neue Bahnen gebracht, der aber in vielen Hinsichten noch ziemlich stark von den ersten sozialistischen Ideengängen beeinflußt wurde, die er in seiner Jugend empfangen hatte." Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.139.
4) Ibidem, p.140.

Kongreß der FAUD im Oktober 1921 beschlossene Namensänderung der Organisation zeigte den Abschluß der Anarchismus-Rezeption durch die Geschäftskommission an; der Name der FAUD wurde ergänzt durch die Parenthese "Anarcho-Syndikalisten" mit der Begründung, zeigen zu wollen, daß "der deutsche Syndikalismus die praktische Organisationsform des kommunistischen Anarchismus"[5] sei. Daß dies der Fall wäre, wurde allerdings besonders von der Gruppe in Zweifel gezogen, die seit April 1919 mit der erneuten Herausgabe des "Freien Arbeiter" die anarchistische Vorkriegs-Tradition fortsetzte. Rocker hatte anfänglich - bevor er sich in der "Freien Vereinigung" mit seinem Programm durchgesetzt hatte - dieser Gruppe seine Mitarbeit zugesagt[6], die sich als "Föderation kommunistischer Anarchisten" konstituierte. Auch Souchy und Oerter schrieben im "Freien Arbeiter", der 1920 mit einer Auflageziffer von etwa 7000 in Berlin erschien[7]. Das Programm der Föderation[8] stammt vermutlich von Rocker; er überwarf sich aber im Laufe des Jahres 1919 mit dem Herausgeber des "Freien Arbeiter", Rudolf Oestreich, angeblich wegen dessen Autokratismus und wegen antisemitischer Züge seines Blattes[9]. - Wegen weiterer persönlicher Streitigkeiten kam es noch zur Spaltung innerhalb der Gruppe um den "Freien Arbeiter"; die Gegner Oestreichs bildeten schließlich mit Erich Mühsam eine "Anarchistische Vereinigung". Erich Mühsam führte nach seiner Amnestierung (1924) die Tradition des Landauerschen Anarchismus fort mit der Herausgabe der Zeitschrift "Fanal", die ab Oktober 1926 als Ein-Mann-Unternehmen erschien, und deren Redaktion Rudolf Rocker gelegentlich aushilfsweise übernahm; Rocker bezeichnet Mühsam als einen seiner "vertrautesten Freunde jener Zeit"[10]. Auch hier zeigt sich wiederum, daß es besonders der Anarchismus Landauers war, der mit dem Kropotkinschen kommunistischen Anarchismus von der Berliner Geschäftskommission fortgesetzt wurde[11]. - Soweit die sehr heftigen Auseinandersetzungen des 13. Kongres-

5) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 38 Beilage.

6) Im Verlag des "Freien Arbeiter" erschienen 1919 Rockers Flugschriften "Sozialdemokratie und Anarchismus" und "Zur Geschichte der parlamentarischen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung", beides ursprünglich in Mosts "Freiheit" um 1898 herum erschienene Arbeiten.

7) S. Karl Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Jena 1922, p. 109.

8) S. "Der Freie Arbeiter", 12. Jg. (1919), Nr. 13.

9) Oestreich führte später sogar einen Prozeß gegen Rocker wegen der Besitzrechte an einer Bibliothek deutscher anarchistischer Emigranten in London.

10) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 374 ff.

11) Rocker bemerkt: "Erich Mühsam gehörte nicht der FAUD an, stand jedoch mit den Genossen der anarcho-syndikalistischen Bewegung im besten Einvernehmen und sprach häufig in ihren Versammlungen in Berlin und im Lande." Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 385.

ses der FAUD ideologische Ursachen hatten, wurden sie - von der Oestreich-Gruppe geschürt - von der Opposition im Namen des Anarchismus gegen den Syndikalismus ausgefochten. Diese ideologische Polemik verfing jedoch nicht und Souchy hatte zweifellos recht, wenn er angesichts dieses Streites feststellte, innerhalb des deutschen Syndikalismus "ging die Bewegung so weit den freiheitlichen Prinzipien entgegen, daß in der Tat die Anarchisten allen Grund haben können, zufrieden zu sein"[12]. Gerade die Intransigenz, mit der die Geschäftskommission die Prinzipien des kommunistischen Anarchismus vertrat, war für die weitere Entwicklung der Organisation von größter Bedeutung.

Der politischen Haltung der Geschäftskommission war nach dem 12. Kongreß die Neigung zur lediglich aufklärerisch werbenden politischen Sekte inhärent; soweit sie durch diese Richtung repräsentiert wurde, entwickelte sich die ehemalige "Freie Vereinigung" von einer Organisation proletarischer Interessenvertretung zu einer Organisation für kommunistisch-anarchistische Propaganda und Agitation, als welche sie allerdings Erstaunliches leistete[13]. Die Haltung der Geschäftskommission resultierte unmittelbar aus dem neuen Programm selbst, das von der Überzeugung ausging, daß "der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage" (Prinzipienerklärung Abs. 16) sei[14]. Im unmittelbaren Anschluß an Landauer wollten die Kreise um die Geschäftskommission zuerst die "Revolutionierung der Köpfe"; man verstand sich als Kulturbewegung und war als solche im Hinblick auf die erstrebte soziale Transformation primär an der Umerziehung der Individuen und nicht an der Anziehung der Massen interessiert. Rocker hatte auf dem Gründungskongreß gefordert, "man solle nicht so sehr darauf achten, große Massen zu organisieren, sondern die Hauptsorge gelte der Aufklärung der Mitglieder"[15]. Aus dem Bedürfnis, die eigene Doktrin so scharf wie möglich von der ihr benachbarten politischen Theorienbildung abzuheben, erklärt sich die intransigente Haltung der Berliner Geschäftskommission gegenüber der KPD einerseits und den linkskommunistischen Organisationen (AAUD und KAPD) andererseits.

12) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 42.

13) Rückblickend sah Rocker 1947 in dieser Tätigkeit das eigentliche Verdienst der FAUD: "Denn wenn auch die FAUD in ihren besten Zeiten keine großen, selbständigen Aktionen unternehmen konnte, so hat sie doch viel dazu beigetragen, das geistige Erbe des freiheitlichen Sozialismus zu wahren und zu mehren, was gerade in einem so autoritären Lande wie Deutschland als ihr größtes Verdienst bezeichnet werden muß." Rudolf Rocker, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung, New York, London, Stockholm 1947, p. 10.

14) Vgl. dazu z. B. Karl Roche, Der proletarische Ideenmensch, Berlin o. J. (1919) (Kater-Verlag).

15) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

Die folgenreichste Entschließung des Gründungskongresses der FAUD(S) war die Definition der negativen Stellung zu den politischen Parteien und zur Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Muster. Von der ablehnenden Haltung in beiden Punkten rückte die Geschäftskommission auch dann nicht ab, als sie als einzige der von der VKPD zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront aufgerufenen Organisationen[16] diese Aufforderung beantwortete. Den am 7.1.1921 in der "Roten Fahne" erschienenen Aufruf beantwortete sie mit dem Hinweis auf ihre Prinzipienerklärung, die alle Bestrebungen zur Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates gutheiße[17]. Die Geschäftskommission erklärte sich bereit, den Mitgliedern der FAUD die Unterstützung der von der VKPD beabsichtigten Aktionen - vorwiegend sozialpolitischen Maßnahmen - zu empfehlen. Voraussetzung sei, daß alle an den Aktionen beteiligten Organisationen gleichberechtigt mitwirkten, da die Syndikalisten "selbstredend nach wie vor jede Unterordnung unter irgendeine politische Partei und jede Diktatur prinzipiell ablehnen"[18]. Da die Geschäftskommission damit nichts Neues gesagt und keine Konzession gemacht hatte, veröffentlichte die Zentrale der VKPD den Antwortbrief der FAUD gar nicht erst. Die Aktionsgemeinschaft zwischen Syndikalisten und KP in der ersten Phase der Revolution bis Mitte 1919 war unwiderruflich vorüber. Nach den großen bewaffneten Kämpfen im Anschluß an den Kapp-Putsch und nach der März-Aktion der VKPD machte die Geschäftskommission jeweils die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zur KPD und USPD für deren Teilnahme an den erfolglosen Insurrektionen verantwortlich. Unmittelbar nach der Niederwerfung der Kämpfe im Ruhrgebiet Ende März 1920 forderte der "Syndikalist" zuerst ohne Umschweife: "Wer nicht den politischen Parteien den Rücken kehrt, muß aus unserer Bewegung ausscheiden." Diese Forderung setzte sich auf dem 13. Kongreß der FAUD (9. bis 14.10.1921) durch. Souchy begründete den Ausschließlichkeitsanspruch der FAUD damit, daß sich durch den Verlauf der Revolution in Rußland und in Deutschland herausgestellt habe, daß "die politischen Parteien, auch die sogenannte kommunistische, ein größerer Hemmschuh als Beförderer der sozialen Revolution"[19] seien. Die vom Kongreß angenommene Resolution über die Stellung zu den Parteien erklärte:

16) Folgende Organisationen waren angesprochen: ADGB, AFA, AAU, FAU(S), SPD, USPD, KAPD. Vgl. auch: Werner T. Angress, op. cit., p. 92.
17) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 3.
18) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 3.
19) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 16. Vgl. auch "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 19: Partei oder Gewerkschaften.

"Der Föderalismus verlangt Selbstverwaltung und Entscheidungsfreiheit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens und lehnt jede innerorganisatorische Einwirkung aller Parteien und gleichwertiger Organisationen ab. Demzufolge können Mitglieder syndikalistischer Organisationen einer politischen Partei nicht angehören"[20].

Diese Formel, die an Radikalität die Bestimmung des Verhältnisses zu den Parteien im französischen revolutionären Syndikalismus bei weitem übertraf, war vorerst eine ziemlich abstrakte Forderung, der - zumal im Ruhrgebiet - in der Praxis nur der geringere Teil der syndikalistisch Organisierten entsprach. Daß die Geschäftskommission sie durchzusetzen vermochte, lag nicht zuletzt daran, daß die große Menge der parteikommunistisch orientierten FAUD-Anhänger der Gelsenkirchener Richtung sich Ende 1920 organisatorisch verselbständigt hatte[21].

In ähnlicher Weise wie gegen die KPD versuchte die Geschäftskommission, sich in aller Schärfe gegen die KAP und die AAU abzugrenzen; sie bezeichnete es als bewußte und absichtsvolle Lüge der bürgerlichen Presse, "wenn sie die KAP und AAU als syndikalistisch bezeichnet. Wir stehen in keiner Verbindung mit beiden Organisationen"[22]. Formulierungen wie die folgenden wurden zwischen 1920 und 1923 zu Stereotypen in der Argumentation der Geschäftskommission und sind bezeichnend für ihren anarchistischen Dogmatismus[23]:

"Wir Syndikalisten dürfen uns nicht in der Beurteilung der KAP von dem anarchistischen, oder richtiger föderativen Charakter dieser Partei - wir denken hier vornehmlich an die völlige Autonomie ihrer lokalen Gruppen und an das entschlossene Brechen mit dem Bonzensystem - beirren lassen. Geistig und politisch ist die KAP dagegen auf extremsten Marxismus eingestellt. - Unsere Stellung zur KAP kann nur eine Stellung zum Marxismus sein"[24].

Als im April 1921 eine Vereinbarung mit der AAU und gemeinsame Richtlinien von den Berliner Vereinen beider Organisationen ausgear-

20) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 42.
21) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die FAU Gelsenkirchener Richtung und die Union der Hand- und Kopfarbeiter.
22) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 21; vgl. auch Nr. 27, 40 usw.
23) Vgl. dazu Curt Geyer, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena 1923, p. 51: "Die Exklusivität, die absolute Schärfe der Abgrenzung kommt am wenigsten von ganz und gar entgegengesetzten Dogmen, von Theorien, deren Gedankengänge der eigenen Haltung ganz fremd sind, sondern von Anschauungen und Theorien, deren Züge, ohne dogmatisch erstarrt zu sein, sich den eigenen nähern und mannigfache Gemeinsame mit ihnen haben."
24) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 40.

beitet wurden[25], gehörte die Geschäftskommission zu den Kräften, die diese Annäherung scheitern ließen.

Eine ähnlich kompromißlose Stellung wie zu den politischen Parteien nahm die Geschäftskommission zu den gesetzlichen Betriebsräten ein. Schon im August 1919 hatte Karl Roche im Namen der "Freien Vereinigung" erklärt, die syndikalistischen Arbeiter könnten sich an den gesetzlichen Betriebsräten nicht beteiligen, da sie den Klassenkampf mit den Methoden der direkten Aktion führten. "Die syndikalistischen Kampfmittel sind mit den Aufgaben eines Betriebsrates unverträglich"[26]. Auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) kam ein Kompromiß zustande, indem man diese in einer Resolution zur Betriebsrätefrage zwar prinzipiell ablehnte, aber gleichzeitig einräumte, daß örtliche Verhältnisse, organisatorische und praktische Gründe in den Betriebsbelegschaften zu einer Beteiligung von FAUD-Mitgliedern an den Wahlen zu den Betriebsräten führen könnten[27]. Gleich nach dem Kongreß setzte im "Syndikalist" eine andauernde und heftige Kampagne zum Boykott der Wahlen zu den Betriebsräten ein[28], und diese Haltung der Geschäftskommission blieb auch in den folgenden Jahren unverändert. Eine besondere Position nahmen in dieser wie in vielen anderen Fragen die FAUD-Organisationen im Ruhrgebiet ein, die sich niemals in ihrer Mehrheit dem Einfluß der Berliner Geschäftskommission unterwarfen. Sie beteiligten sich zum Teil und mit nicht geringen Erfolgen[29] an den Betriebsrätewahlen.

Eine weitere Eigenart der politischen Haltung der Berliner Geschäftskommission waren die Gewaltlosigkeits-Parolen, die sie in Umlauf setzte. Schon vor dem Weltkriege hatte die antimilitaristische Agitation eine große Rolle in der Tätigkeit der "Freien Vereinigung" gespielt. Rocker war Mitte 1919 durch seine pazifistische Agitation in Deutschland bekannt geworden und seine Forderung nach Umstellung der Rüstungsbetriebe auf die Produktion landwirtschaftlicher Geräte war seitdem Programmpunkt der Geschäftskommission geworden. Auf dem Gründungskongreß im Dezember (1919) hatte Rocker erklärt, die Syndikalisten seien grundsätzliche Gegner jeglicher Gewalt, aber die soziale Revolution könne "auch nicht mit Glacéhandschuhen durchgeführt werden"[30]. Zum radikaleren Sprecher der Gewaltlosigkeit machte

25) S. dazu den folgenden Abschnitt über die Düsseldorfer Opposition in der FAUD(S).
26) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 36.
27) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1920), Nr. 1.
28) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 3, 5, 6 Beilage, 9, 25 usw.
29) S. von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 53. Dort als Ergebnis der Betriebsrätewahlen vom Ende April 1920 für das Ruhrgebiet: "Freie Gewerkschaften": 402 Mandate; Syndikalisten: 340 Mandate; Christliche Gewerkschaften: 134 Mandate; Polnische Gewerkschaften: 51 Mandate.
30) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

sich Fritz Oerter im Laufe des Jahres 1920; er verbannte die Gewalt als eine Form der Herrschaft und forderte unter Berufung auf Kropotkin die Ersetzung der Gewalt im proletarischen Emanzipationskampfe durch die Solidarität[31]. Ende 1920 stellte der "Syndikalist" zwei Strömungen der Bewegung in dieser Frage fest: eine, "die die absolute Gewaltlosigkeit wolle, und die etwa in Fraenkl[32] und Oerter" sich verkörpere und eine andere, "die für die bedingte Gewalt"[33] sei. - Mit diesem von der Berliner Geschäftskommission vertretenen Grundsatz der Gewaltlosigkeit hing ihre quietistische Haltung zu den großen bewaffneten Aktionen des Proletariats zusammen, die sie als "Putsche" ablehnte; im März/April 1920 und im März 1921 stritt sie jedesmal zuerst die Beteiligung von FAUD-Mitgliedern an den Kämpfen heftig ab, mußte deren Teilnahme aber dann doch post festum sanktionieren[34]. Die wenigen Aktionen, zu denen von der Geschäftskommission die Initiative mit ausgegangen war, oder die sie zumindest billigte, blieben von untergeordneter Bedeutung. Im Sommer 1920 führte die FAUD z. B. mit der AAU und der KAP gegen die Direktiven der KPD gemeinsame Sabotageakte zur Verhinderung von Waffentransporten zur Unterstützung Polens im russisch-polnischen Kriege erfolgreich durch[35]. Als auf dem Höhepunkt der inflationären Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 die Geschäftskommission aus ihrer Reserve hervortrat und - in der tatsächlich für die wirtschaftskämpferischen Methoden der FAUD extrem günstigen Situation[36] - seit dem September 1923 im "Syndikalist" zum Generalstreik aufrief, war der ohnehin vergleichsweise geringe Mitgliederbestand der Organisation so zusammengeschrumpft, daß ihre Aufrufe nur eine hilflose Geste blieben.

Mit diesen Aufrufen ging die Selbstkritik aus den Reihen der Geschäftskommission einher; man ließ sich keine Illusionen darüber, daß die FAUD als Kulturbewegung versagt hatte oder doch ohne Erfolg geblieben war. Rudolf Rocker schrieb schon Ende November 1921 nach dem deprimierenden Eindruck des 13. Kongresses an Max Nettlau, er

31) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 30: Gewalt und Gewaltlosigkeit; vgl. auch Fritz Oerter, Gewalt oder Gewaltlosigkeit, Dresden 1921.
32) Victor Fraenkl (1869 - 1951) Dr. jur., war Justizrat in Berlin und der politische Strafverteidiger der Linksradikalen; er verteidigte u. a. Max Hoelz und Karl Plättner in ihren politischen Prozessen; er war der Vorsitzende der "Freien Vereinigung der Kopfarbeiter" in Berlin, später führendes Mitglied der FAUD; 1933 drang er bis zu Görings Ministerium vor, um Gerechtigkeit für den eingekerkerten Erich Mühsam zu fordern; 1934 Emigration und 1951 Tod im Exil in Locarno. S. den Nachruf in: "Die Freie Gesellschaft", 3. Jg. (1952), Nr. 29.
33) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 44.
34) Vgl. das Kapitel über die linksradikalen Organisationen in der Aktion.
35) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 30. Vgl. auch Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 123.
36) Vgl. zur wirtschaftlichen Lage: Arthur Rosenberg, Geschichte, p. 152 f.

habe oft den Eindruck, daß ein guter Teil der deutschen Anarchisten nichts anderes als "durch anarchistischen Einfluß verdorbene Sozialdemokraten"[37] sei; nur so lasse sich erklären, daß so viele zur Kommunistischen Partei übergelaufen seien, "die doch von Anfang an autoritär bis auf die Knochen war"[38]. In einer der Selbstkritiken vom Ende des Jahres 1923 gestand man sich ein, daß von der an sich schon unbedeutenden Zahl der Mitglieder nur ein ganz kleiner Teil in föderalistischem Sinne arbeite und Anteil nehme an allen Aufgaben der Bewegung; wahrscheinlich seien das nur 2000 bis 3000 Anhänger; "die anderen handeln nicht anders wie die Zentralverbände, auch sie verlassen sich auf die gewählten Vorstände, zahlen Beiträge und besuchen hin und wieder eine Versammlung"[39]. Rockers Beurteilung war genau zutreffend; aus der Sozialdemokratie hervorgehend hatte die "Freie Vereinigung" vor dem Weltkriege mit dem Ausschluß aus der SPD (1908) ihre eigentliche raison d'être verloren und rezipierte nur oberflächlich die Doktrin des revolutionären Syndikalismus; nach dem Novemberumsturz war die Anlehnung an die linksradikalen Parteien daher zu erwarten;nachdem die Organisation unter dem Einfluß der anarchistischen Tradition schließlich zu einem wirklich neuen Programm gekommen war und sich auch von der KPD lossagte in der Konsequenz dieses Programms, da reduzierte sie sich zu einer - allerdings außerordentlich rührigen - politischen Sekte. Als man auf dem 15. Kongreß der FAUD im April 1925 in Dresden darüber diskutierte, ob man als Kampforganisation oder als Sekte weiter existieren sollte[40], da war die Organisation bereits wieder faktisch zur Sekte geworden und bestand als solche bis 1933.

Die Prinzipienerklärung und die sie mit radikaler Strenge vertretende Geschäftskommission hatten weit geringeren Einfluß als in Berlin im Ruhrgebiet. Dort entstanden im Laufe des Jahres 1920 zwei starke Oppositionsbewegungen gegen die politische Haltung der Berliner Geschäftskommission; eine Oppostion innerhalb der Organisation gegen die "Berliner Prinzipienwächter"[41], die ideologische Hilfe aus den Anarchisten-Kreisen um den "Freien Arbeiter" erhielt; und eine oppositionelle Bewegung, die - ohne jemals ganz in die syndikalistische Bewegung integriert gewesen zu sein - nicht bereit war, den Kontakt mit der KPD zu lösen, und die sich gegen Ende des Jahres als

37) Brief Rudolf Rockers an Max Nettlau vom 30.11.1921, in: Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau, Anarchismus-Archiv des IISG (Amsterdam).
38) Ibidem.
39) "Der Syndikalist", 5.Jg.(1923), Nr.31: Was der nahende Zusammenbruch bringen kann und was er bringen könnte.
40) "Der Syndikalist", 7.Jg.(1925), Nr.16.
41) "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.54.

"Freie Arbeiter-Union, Gelsenkirchener Richtung" zusammenschloß und einen eigenen Weg ging.

3. Die Düsseldorfer Opposition um "Die Schöpfung"

Eine starke Strömung in der FAUD des Ruhrgebiets war nicht bereit, den Weg, den die Berliner vorzeigten, mitzugehen. Ihre Opposition ergab sich aus Ursachen taktischer, ideologischer und persönlicher Art und war in sich nicht homogen. Sie gruppierte sich um das ursprünglich als syndikalistische Tageszeitung geplante, dann in unregelmäßiger Folge erscheinende Publikationsorgan "Die Schöpfung"[1], das vom Juli 1921 bis Januar 1924[2] in Düsseldorf erschien. Herausgeber war der gelernte Fliesenleger und ehemalige Redakteur des "Pionier" Fritz Köster. - Etwas vereinfachend könnte man sagen, daß in diesen Kreisen vor allem der Unmut der Aktivisten gegen die dogmatische Haltung und die taktische Unbeweglichkeit der Geschäftskommission zum Ausdruck kam. In Ansätzen war dies die gleiche Motivation wie die der aktivistischen Mitgliederschichten des deutschen Anarchismus 1897, die damals eine ihren täglichen Nöten adäquatere Politik forderten als Landauer sie entwickelte[3]. Ein die Entwicklung der FAUD genau beobachtender Kritiker fragte die Geschäftskommission 1922 in der "Schöpfung", ob man denn ohne Konzessionen und Kompromisse auskommen könne. "Die brutalen ökonomischen und sozialen Verhältnisse schlagen uns andauernd unsere Prinzipien um die Ohren. Wir haben zu wählen"[4]. Er sah die Wahl zwischen dem Wege, der unwiderruflich zur orthodoxen Sekte führe, und der Bahn, die die Tradition sozialrevolutionären Gewerkschaftertums weitergehe. Er warf der Geschäftskommission vor, in einer Situation, in der alles auf die "Interessengemeinschaft" des Proletariats ankomme, ausschließlich die Pflege der "Ideengemeinschaft" zu betreiben. In diesem Sinne schrieb der österreichische Anarchist Rudolf Großmann[5] unter seinem

1) Bereits während der Kapp-Tage im März/April 1920 hatten die Syndikalisten des rheinland-westfälischen Industriegebiets den Versuch gemacht, ein eigenes Organ zu schaffen. Kurzfristig erschien diese Zeitschrift mit dem Namen "Die Schöpfung" in Elberfeld. S. "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.6.
2) Mitteilung der Landes- und Stadt-Bibliothek Düsseldorf vom 30.10.1963.
3) Vgl. oben den Abschnitt über die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland.
4) "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921/22), Nr.135.
5) Großmann war als junger Mann in die USA ausgewandert; dort wurde er wegen führender Beteiligung an einem Weberstreik zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt; floh aus den USA und lebte einige Zeit nach der Jahrhundertwende in London; zerstritt sich mit den dortigen Anarchisten (u. a. Rocker) und ließ sich in Wien nieder; nach: Rudolf Rocker, Memorien, Bd.

Pseudonym Pierre Ramus in der "Schöpfung"; Großmann wollte die FAUD als "revolutionierende Aktionsbewegung" verstanden wissen im Gegensatz zur Geschäftskommission, die vorerst nur durch Agitation und Organisation wirken wollte[6]. Im gleichen Sinne schrieb Theodor Plievier[7], zu dieser Zeit der Dithyrambiker des Anarchismus[8] und führendes Mitglied der FAUD. Unermüdlich bestand die "Schöpfung" auf Gegenwartsaktionen. Anfang September 1921 trat die FAUD Rheinland-Westfalens mit einem Aktionsprogramm hervor, das u.a. ein befristetes Ultimatum an die Reichsregierung und an die Arbeitgeberverbände vorsah, nach dessen Ablauf der Generalstreik des Gesamtproletariats einsetzen sollte[9]. Bezeichnenderweise nahm der "Syndikalist" von diesem Aktionsprogramm gar keine Notiz. Der aktivistischen Grundhaltung der Düsseldorfer Opposition entsprach die wilde Experimentierfreude, die in ihren Kreisen entfaltet wurde. Als nach dem Märzgeschehen von 1921 für längere Zeit keine größeren Aktionen mehr zustande kamen, wandte man die Energien auf die Verwirklichung der Siedlungstheorien, die von Gustav Landauer entwickelt worden waren und die zum Programm und zur Agitation der "Föderation kommunistischer Anarchisten" gehörten[10]. Einige solcher Siedlungszellen kamen nach dem Vorbild von Vogelers Worpsweder Barkenhoff in der Gegend um Düsseldorf zustande[11]. Auch von den österreichischen Anarchisten um Großmann wurden solche Siedlungsversuche unternommen[12]. Ein weiteres eifrig betriebenes Projekt des Kreises um die "Schöpfung"

II, p.456; er gab ab November 1918 in Klosterneuburg bei Wien die Zeitschrift "Erkenntnis und Befreiung. Organ des herrschaftslosen Sozialismus" heraus; er stand in dauerndem Kontakt mit der deutschen anarchistischen Bewegung.

6) S. z.B. "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.42.

7) Theodor Plievier (1892 - 1955), Proletarierkind aus Berlin-Wedding, verließ mit 17 Jahren Berlin; Wanderschaft durch Österreich, Ungarn, Holland, Rußland, Südamerika; abwechselnd Minenarbeiter, Dolmetscher, Segelschiffmatrose, Viehtreiber usw.; im ersten Weltkrieg bei der kaiserlichen Marine und aktive Teilnahme an der Revolution in Wilhelmshaven; Redakteur des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel, dann linksradikaler Volksredner, Publizist; 1929 Revolutionsroman: "Des Kaisers Kulis"; 1933 Emigration in die UdSSR; nach zweitem Weltkrieg Roman-Trilogie: Stalingrad/Moskau/Berlin; vgl. das Plievier-Heft des FAUD-Organs "Besinnung und Aufbruch" November 1932; s. auch: Harry Wilde, Theodor Plievier, Nullpunkt der Freiheit, München/Wien/Basel 1965; dort viel Atmosphärisches aus den anarchistischen Kreisen in Deutschland nach 1918, s.p. 9-88.

8) S. Theodor Plievier, Anarchie, Weimar o.J.(1919).

9) S. "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.46.

10) Vgl. dazu die Artikelserie: Gustav Landauer und die sozialistische Siedlungsaktion, in: "Der Freie Arbeiter", 13.Jg.(1920), Nr.26 ff.

11) Weitere Siedlungen dieser Art bezeugt Großmann 1921 in Deutschland: Habertshof, Bergfried (Bayern), Schlüchtern, Frankenfeld und Blankenburg; s. "Erkenntnis und Befreiung", 3.Jg.(1921), Nr.28.

12) S. "Erkenntnis und Befreiung", 1.Jg.(1919), Nr.25 und 31.

war die Errichtung weltlicher Schulen im Geiste des spanischen Anarchisten und Pädagogen Francisco Ferrer; auch hier gab es einige Ansätze zur Verwirklichung des Projekts[13].

Im Ruhrgebiet, wo ja im September 1919 der organisatorische Zusammenschluß der Syndikalisten mit den Unionisten vorübergehend vollzogen worden war, wurde niemals eine so strenge dogmatische Grenze zwischen FAU und AAU eingehalten, wie dies durch die Berliner Geschäftskommission gefordert wurde; die Grenzen zwischen beiden Organisationen waren hier noch mehr als in den übrigen Teilen des Reiches fließend. Als nach dem Mißlingen der Märzaktion der VKPD 1921 die konterrevolutionären Kräfte im politischen Tagesgeschehen spürbar die Oberhand gewannen, kam es wie in vielen Orten so auch in Berlin zu Einigungsversuchen zwischen der AAU und der FAU. Man vereinbarte in Berlin im April 1921, daß bis zum Ende der Einigungsverhandlungen die Pressepolemik von beiden Seiten schweigen solle, und einigte sich auf gemeinsame Richtlinien zu einer Aktionsgemeinschaft, deren wichtigste Punkte hießen:

"1. Geleitet von dem Bestreben, eine einheitliche Kampfführung der sich organisatorisch wie ideologisch nahestehenden Organisationen der FAU und AAU zu ermöglichen, wurde von der Berliner Ortsgruppe beider Organisationen ein paritätisch zusammengesetzter Aktionsausschuß zwecks dauernder Verständigung und Fühlungnahme beider Organisationen miteinander gebildet. ...
5. Als notwendiges Übergangsstadium erkennen beide die Diktatur des Proletariats an, wobei unter "Diktatur" die ausschließliche Willensbestimmung der werktätig Schaffenden, also eine Klassen- aber keine Partei-Diktatur zu verstehen ist"[14].

In beiden Organisationen, FAU und AAU, setzte ein heftiger Kampf um diese Vereinbarungen ein. Sie wurden befürwortet von den Vertretern der Einheitsorganisations-Tendenz in der AAU und von den zur Düsseldorfer Opposition neigenden Mitgliedern in der FAU; die Anhänger der Geschäftskommission der FAUD und die KAP-Anhänger in der AAUD torpedierten schließlich die Verhandlungen. Nach der Darstellung der Düsseldorfer Opposition[15] war das Abkommen über die Einstellung aller Polemik durch zwei von der Geschäftskommission lancierte Artikel[16] - "ob bewußt oder unbewußt sei dahingestellt" - gebro-

13) Heinrich Vogeler leitete einige Zeit eine solche Schule. Vgl. seine pädagogischen Schriften: Heinrich Vogeler, Siedlungswesen und Arbeitsschule, Hannover 1919; Heinrich Vogeler, Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft, Hamburg 1921.

14) "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.17; "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.54.

15) "Die Schöpfung", 1.Jg.(1921), Nr.54.

16) "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.15 und 17: Syndikalisten und AAU.

chen worden, was die KAP-Fraktion in der AAU wiederum als Beweis der fehlenden Einigungsbereitschaft der FAU gegen die eigene Opposition ausspielte. - Bald nach Beginn ihres Erscheinens hatte sich die "Schöpfung" zur Fürsprecherin der linksradikalen Einigung gemacht[17], die in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 auch verschiedenenorts zustande kam; so z. B. in Höchst a. M., wo auf der Grundlage der Berliner Richtlinien sogar eine Fusion der FAU- und AAU-Ortsvereine durchgeführt wurde[18]. Das Organ der Geschäftskommission fuhr fort, Bündnisse mit "allen Staatssozialisten von der SPD bis zur AAU"[19] zurückzuweisen. Auf dem 14. Kongreß der FAUD im November 1922 wurde ein Antrag aus Stettin, die allgemeine Verschmelzung der FAUD und der AAUD durchzuführen, abgelehnt[20]. Auch gegenüber dem Flügel der Unionisten, der sich den Syndikalisten am meisten näherte, der Einheitsorganisations-Tendenz, überwog die dogmatische Starre der Geschäftskommission, obwohl sachliche Differenzen kaum noch bestanden; als einzigen Streitpunkt nannte Pfemfert gelegentlich das Gewaltlosigkeits-Postultat der Geschäftskommission[21].

Neben dieser beweglicheren taktischen Haltung der Düsseldorfer, die auf ihren ausgeprägten Aktionsdrang zurückging, wurden die innerorganisatorischen Gegensätze in der FAUD zum Teil auch ideologisch motiviert. Rocker meinte die Düsseldorfer, wenn er im November 1921 in einem Brief an Max Nettlau klagte, ein Teil der alten Anarchisten habe sich "in die höheren Regionen eines impotenten 'Übermenschentums'"[22] verrannt und sei für jede ernstliche Tätigkeit verloren. Von seiten der Geschäftskommission wurde den Düsseldorfern "Individualismus"[23] vorgeworfen; wenn dieser Begriff überhaupt eine ideologische Bedeutung haben und nicht nur die Eigenwilligkeit der Oppositionellen stigmatisieren sollte, so mußte er auf die Theorien geprägt sein, die im "Freien Arbeiter" unter dem Einfluß von Großmanns "Erkenntnis und Befreiung" vertreten wurden; Großmann, der im April

17) Vgl. "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 37, 42, 46, 54 usw.; vgl. auch die ständige Rubrik: Der Schrei nach Einigung.
18) "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 54. Die "Schöpfung" betont, daß es sich bei den Initiatoren dieser Vereinigung nicht um Neulinge in der FAUD handelte, sondern um zwei Genossen, die schon vor dem ersten Weltkrieg der "Freien Vereinigung" angehört hatten.
19) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 38.
20) "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 24.
21) "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1.
22) Brief Rudolf Rockers in Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau vom 2. 11. 1921.
23) Die ideengeschichtliche Tradition des individualistischen Anarchismus wurde in der von Benedict Lachmann in Berlin seit 1919 herausgegebenen Halbmonatsschrift "Der individualistische Anarchist" fortgesetzt; die Tradition des Stirnerschen Anarchismus in dem von Dr. Anselm Ruest herausgegebenen Blatt "Der Einzige". Mit beiden hatte der "Individualismus" der Düsseldorfer direkt nichts zu tun.

und Mai 1921 eine Agitationsreise durch Deutschland machte[24], leitete in Wien einen Anarchisten-Bund "Erkenntnis und Befreiung im Sinne Leo Tolstois" und berief sich theoretisch u. a. auf Nietzsche. - Die ideologischen Gegensätze sind letztlich weniger leicht greifbar als die persönlichen Animositäten zwischen den einzelnen anarchistischen bzw. syndikalistischen Wortführern. Zwischen Köster und Kater bestanden persönliche Spannungen schon vor dem Weltkriege[25], zwischen Rocker und Großmann seit ihrer gemeinsamen Londoner Zeit und zwischen Rocker und dem Herausgeber des "Freien Arbeiter" war es 1919 zum Zerwürfnis gekommen.

All diese latenten Spannungen waren zur Entladung gekommen, als Kater Ende August 1921 die oppositionellen Regungen im Ruhrgebiet als "Spintisieren, Theoretisieren, Eigenbrödlern"[26] bezeichnet hatte; er löste damit eine Auseinandersetzung aus, die auf dem 13. Kongreß im Oktober des Jahres ihren Höhepunkt erreichte und den Eindruck vermittelte, als sei die gesamte Organisation in der Auflösung begriffen. Die Auseinandersetzungen gingen noch eine Weile nach dem Kongreß weiter. Als Fritz Köster, dem auf dem 13. Kongreß durch Losentscheid die Redaktion des "Syndikalist" übertragen worden war, gelegentlich die kleinliche und dogmatische Haltung der Geschäftskommission karikierte[27], wurde er sofort seines Postens enthoben und Augustin Souchy übernahm die Redaktion. Auf dem 14. Kongreß im November 1922 war es zu einem gewissen Ausgleich zwischen der Berliner und der Düsseldorfer Richtung in der FAUD gekommen[28], und im Laufe des Jahres 1923 wurden die Differenzen zwischen beiden durch die Inflationswirbel verwischt.

4. Die "FAU Gelsenkirchener Richtung" und die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)"

Die Nachteile der hypertrophischen Entwicklung der rheinland-westfälischen Organisation beschrieb Rocker: Die Situation habe es mit sich gebracht, daß die Organisation oft Tausende neuer Mitglieder auf-

24) S. seine Reportage über die Verhältnisse im deutschen Anarchismus und Syndikalismus in: "Erkenntnis und Befreiung", 3. Jg. (1921), Nr. 29 ff.
25) S. dazu Fritz Köster in der "Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 59.
26) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 36. Vgl. auch Katers nachdrückliche Zurückweisung der Siedlungsaktionen in "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 31.
27) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 11 Beilage.
28) Vgl. die Kongreßberichte in: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47 und: "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 24.

nehmen mußte, die erst geistig geschult und für die anarcho-syndikalistischen Anschauungen hätten reif gemacht werden müssen; in den meisten Fällen habe es sich um gewesene Mitglieder der alten Zentralverbände gehandelt[1]. Der Teil der nach dem Ruhr-Generalstreik sich seit Juni 1919 enttäuscht vom alten Zentralverband abwendenden Arbeiter, der am wenigsten von der geistigen Schulung durch die Anarcho-Syndikalisten erreicht wurde, war in der zweiten "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" zusammengeschlossen, die im Juni 1919 unter der Protektion der KPD(S) aufgebaut wurde in Konkurrenz mit der Bergarbeiter-Föderation der "Freien Vereinigung"[2]. Sie war dann als ziemlich kleine Minorität an der problematischen Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September 1919 beteiligt, ohne in diesem Bündnis aufzugehen[3]. Einige Monate lang herrschte in der ehemaligen "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" ein unentwirrbares Durcheinander von unionistischen Ideen (Betriebsorganisation, Einheitsorganisation) und syndikalistischer Propaganda. Mit der Zeit löste sich das Durcheinander; "die Syndikalisten behielten die Oberhand; der syndikalistische, föderative Gedanke dominierte eine Zeitlang und hat sich in die Hirne der Arbeiter eingefressen"[4]. Die Union behielt das durch den September-Zusammenschluß (1919) erworbene Etikett "Freie Arbeiter-Union" bei und nannte sich nach ihrem Vorort "Gelsenkirchener Richtung". Nachdem im Juni 1920 der Belagerungszustand in Rheinland-Westfalen aufgehoben wurde, setzte die politische Agitation von seiten der Parteien ein und die marxistischen Prinzipien begannen, sich in der Organisation gegen den oberflächlich aufgenommenen Syndikalismus durchzusetzen. "In unzähligen öffentlichen Versammlungen wurde der syndikalistische Geist gebrandmarkt und eine marxistische Grundlage in der Organisation geschaffen"[5]. Seit Februar 1920 gab die FAU Gelsenkirchen ein eigenes Publikationsorgan heraus: "Freie Arbei-

1) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 193.
2) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen FAU.
3) Im VKPD-Gewerkschafts-Organ hieß es dazu später: "Die Ausweisung der in der Union führenden Genossen, die zahllosen Verhaftungen und Verfolgungen beraubten die Bergarbeiter-Union der besten Kräfte und machten sie in der illegalen Periode zu einem Spielball syndikalistischer Elemente, die vom Belagerungszustand nicht betroffen wurden, und führte im September und Oktober 1919 sogar zu einer scheinbaren Verbindung zwischen der Union und der syndikalistischen "Freien Vereinigung"." S. "Der Kommunistische Gewerkschafter, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten", 1. Jg. (1921), Nr. 3: Die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen.
4) S. "Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten," 1. Jg. (1921), Nr. 7: Warum hat sich die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen?
5) Ibidem.

ter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter". Während in den ersten Nummern noch der Kampf um die politische Macht prinzipiell verworfen wurde, nahm das Blatt bald schon eine versöhnlichere Haltung zu den politischen Parteien ein.

Den äußeren Trennungsstrich zur syndikalistischen FAUD(S) zogen die Gelsenkirchener als sie vom 31.10. bis 2.11.1920 einen eigenen Reichskongreß einberiefen, auf dem sich ihnen die Bergarbeiter-Unionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen[6]. Nach diesem Zuwachs begann die Organisation, die zunächst unter dem Einfluß der USPD stand, auch für die KPD interessant zu werden, obwohl ihre bloße Existenz als selbständige, vom Bergarbeiterverband abgespaltene Gruppe im Widerspruch stand zu der Parole der Levi-Zentrale, man müsse die Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der alten Verbände bekämpfen. Allerdings hatte Levi schon auf dem 2. Kongreß der KPD(S) der Existenz der Bergarbeiter-Union Rechnung getragen; im Januar 1921 komplimentierte die gerade entstandene VKPD die Gelsenkirchener: Während alle anderen Unionen ein Spielball syndikalistischer Theorien geworden seien, wären in der FAU Gelsenkirchen "zu einem gewissen Teil Faktoren vereint, die der revolutionären Bewegung dienstbar zu machen, möglich und notwendig erscheint"[7]. - Die FAU Gelsenkirchen hatte nach langen Beratungen ihr Verhältnis zur VKPD am 18.1.1921 in folgender Weise bestimmt:

"Die Union hat keinerlei Anweisungen von der Partei entgegenzunehmen, sondern arbeitet nach den Richtlinien des Internationalen Rates, in den sie einen Vertreter entsenden wird ... Die Parteigenossen in der Union dagegen haben die selbstverständliche Pflicht, darüber zu wachen, daß die Union den wirklichen Klassenkampf auf marxistischem Boden führt. Die Partei kann also nur durch die kommunistischen Mitglieder der Union mittelbar wirken, genau wie in anderen Verbänden auch"[8].

Die FAU Gelsenkirchen hatte sich bei den Verhandlungen mit der VKPD im Januar ausbedungen, daß die Partei den Anschluß aller aus dem ADGB ausgestoßenen Gewerkschaftsgruppen an die Union befördere. Als Gegenleistung wollte die Union die Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" aufgeben. Um diese beiden Punkte ging die endlose Diskussion zwischen der KPD und der Union während der ganzen folgenden Jahre. Die KPD-Zentrale bemühte sich, die mit ihrer gewerkschaftlichen Zellen-Taktik nicht zu vereinbarende Wirksamkeit der

6) Nach eher zu hoch als zu niedrig gegriffenen Zahlenangaben brachte die rheinland-westfälische Organisation etwa 90 000, die mitteldeutsche etwa 10 000, die oberschlesische etwa 15 000 Mitglieder in die Vereinigung. S. pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15821/28.
7) "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1. Jg. (1921), Nr. 3.
8) "Freie Arbeiter-Union", 2. Jg. (1920), Nr. 4. Der "Internationale Rat" war das vorbereitende Gremium für die Moskauer "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI).

selbständigen Gewerkschaften in jeder Hinsicht einzudämmen[9] und förderte den Anschluß der übrigen selbständigen Verbände nicht. Die FAU zieh die Partei des Vertragsbruches und kartellisierte sich gegen deren Willen im Mai 1921 mit zwei anderen Verbänden, dem "Verband der Hand- und Kopfarbeiter" (Berlin) und dem "Landarbeiter-Verband" (Braunschweig), die beide aus der Opposition gegen die "Instanzenpolitik" ihrer freigewerkschaftlichen Stammverbände im November 1918 entstanden waren[10]; sie nahm gleichzeitig die linkskommunistische Parole für den Austritt aus den Gewerkschaften wieder auf.

Dennoch bemühte sich die FAU Gelsenkirchen um die Aufnahme in die "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI)[11], die von der FAUD (S)-Geschäftskommission kategorisch abgelehnt wurde. Ein entsprechendes Gesuch vom September 1920 wurde vom vorbereitenden Gremium der neuen Gewerkschafts-Internationale erst im Januar des folgenden Jahres positiv beantwortet. Auf dem Gründungskongreß der RGI im Juni 1921 war die Gelsenkirchener Union mit sechs Delegierten vertreten. Da diese gewerkschaftliche Parallelorganisation zur Komintern aber im Sinne der Zellen-Taktik der KPD-Zentrale auf die Union Einfluß zu nehmen suchte[12], war damit nur ein neuer Konfliktherd geschaffen. Als sich die drei seit Mai des Jahres kartellisierten selbständigen Verbände am 4. September 1921 zur "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)" zusammenschlossen, erklärten sie:

"Die Freie Arbeiter-Union gibt die Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften!" auf, weil sie sich bewußt ist, daß sie Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale ist und bleiben muß, um mit ihr und der Deutschen Kommunistischen Partei gemeinsam den revolutionären Kampf des gesamten Proletariats bis zum Siege durchführen zu können. Um dieses zu erreichen, fordert die FAU von der KPD das Zugeständnis, daß alle Ausgeschlossenen nach endgültiger Entscheidung der Verbandstage, der FAU beizutreten haben, weil nach den Moskauer Beschlüssen neue Gewerkschaften nicht gebildet werden dürfen"[13].

9) Der Berliner "Hand- und Kopfarbeiter-Verband" z.B. war nur unter der Bedingung in die RGI aufgenommen worden, daß er "keine propagandistische Tätigkeit außerhalb Berlins betreibt und keine Neugründung von Ortsgruppen vornehme." S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1.Jg.(1921), Nr. 6; vgl. auch: Paul Hermberg, loc.cit., p.230 f.

10) S. den ausführlichen Bericht der Vertreter dieser Verbände auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921, in: "Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)", 3.Jg.(1921), Nr.35.

11) Zu Entstehung und Geschichte der RGI vgl. Günther Nollau, Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln/Berlin 1959, p.164 ff.

12) Vgl. dazu den Brief des "Internationalen Rates" an die FAU Gelsenkirchen vom Mai 1921: "Eure Wortführer haben, als sie um Aufnahme in den Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände ersuchten, Verpflichtungen übernommen, die sie heute nicht mehr einzuhalten gewillt sind". In: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1.Jg.(1921), Nr.18. Vgl. auch Rudolf Rettig, op.cit., p.83 ff.

Der Zusammenschluß der drei Verbände im September 1921 bedeutete eine abermalige Konsolidierung der ehemaligen FAU Gelsenkirchen, deren Mitgliederzahl damit nach eigenen Angaben[14] auf rund 168 000 stieg. Der von der KPD gestellte Korreferent (Fritz Heckert) äußerte sich auf dem Kongreß sehr unzufrieden über dessen Verlauf; die Bemühungen der KPD, die Ausdehnung der selbständigen Verbände einzudämmen, waren durch den Verschmelzungskongreß abermals vereitelt worden.

Die neue Organisation wurde von der KPD immer wieder dazu angehalten, mit den anarcho-syndikalistischen und den reformistischen Tendenzen in ihrem Inneren fertig zu werden; ein Sprecher der Union selbst wies auf dem Verschmelzungskongreß als letzte Ursache für die Auseinandersetzungen mit der KPD darauf hin, daß die "Organisation eine gewisse syndikalistische Tradition hinter sich" habe. "Sie war stark durchsetzt vom Geiste des Föderalismus und des Anarchismus"[15]. Die Organisation, die sich aus diesen Ideen noch längst nicht ganz herausgewunden habe, sei durch das Einschwenken der KPD auf die Linie einer militärischen Disziplin konsterniert worden. Prüft man auf diese syndikalistische Vergangenheit hin die Satzungen[16], die der Verschmelzungskongreß annahm, so wird sichtbar, daß die Union der KPD ein gutes Stück entgegengekommen war, ohne aber ihre linkskommunistische und syndikalistische Herkunft ganz zu verleugnen. Beibehalten wurden die Prinzipien der Einheitsorganisation (§ 2) und der Betriebsorganisation (§ 4). Im regionalen Zusammenschluß sollten die Betriebsorganisationen Wirtschaftsbezirke bilden; die Union baute 4 solcher Bezirke auf: rheinland-westfälisches Industriegebiet, Mitteldeutschland, Berlin-Brandenburg und Schlesien. Im wirtschaftlichen Zusammenschluß sollten sie Industriegruppen bilden; die eigentliche industrielle Grundlage war seit den ersten Anfängen der Union Mitte 1919 der Einzugsbereich des Bergbaus gewesen und er blieb es auch; mit Stolz verwies man auf dem September-Kongreß 1921 auf einen beträchtlichen Zulauf aus der Metallindustrie; der "Verband der Hand- und Kopfarbeiter" schließlich brachte die Berufsgruppe der Kommu-

13) S. "Union", 3.Jg.(1921), Nr.35.

14) S. ibidem. Hermberg (loc.cit., p.231 f.) stellte allerdings aufgrund zuverlässigen Materials fest, daß die Mitgliederzahl der Union zwischen Januar und Juli 1922 sich bei Nichtberücksichtigung Schlesiens nur um die 70 000 bewegte.

15) "Union", 3.Jg.(1921), Nr.35.

16) S. Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale, o.O. 1921. S. den dokumentarischen Anhang Nr.X.

nal- und Staatsarbeiter, der "Freie Landarbeiter-Verband" die Gruppe der Landarbeiter in die Union. Auf dem 2. Reichskongreß der Union im Oktober 1922 in Essen wurde der Anspruch, so viele Industriezweige als möglich zu organisieren, aufrecht erhalten; die RGI und die KPD suchten hingegen, der Union diesen "Universalismus" auszureden und ihren Organisationsbereich auf den Bergbau einzuschränken[17]. - Den Ortsgruppen blieb eine weitgehende Autonomie (§ 9); sie verwalteten ihre inneren Angelegenheiten selbständig und führten auch Aktionen auf lokaler Ebene aus eigener Initiative (§ 17) durch. Oberste Instanz in allen Fragen war der Reichskongreß, oberste Exekutive die Reichszentrale, die aus besoldeten Funktionären bestand, die aber jederzeit zurückberufen werden konnte (§ 8). Die Reichszentrale gab auch das Zentralorgan "Union" heraus, das für das Ruhrgebiet zuerst in Gelsenkirchen, ab März 1922 in Essen, für das mitteldeutsche Industriegebiet in Halle und für Schlesien in Gleiwitz erschien. Obwohl in der Aufzählung der Kompetenzen der Reichszentrale (§ 9) z. B. ein Zug zur zentralistischen Organisationsgestaltung nicht zu verkennen ist, blieb die reale Organisationsstruktur der Union föderalistisch. Auf dem 3. Kongreß der Union im Mai 1924 in Bochum monierte ein Sprecher der Reichszentrale, das Gefüge der Organisation, besonders das Verhältnis zwischen der Zentrale und den einzelnen Wirtschaftsbezirken, sei immer lockerer geworden; so hätten sich allmählich Zustände herausgebildet, "die nicht einer zentralistisch aufgebauten starken Organisation entsprachen, sondern mehr in eine föderalistische Eigenbrödelei hinausliefen"[18]. - Wie bei der AAUD und der FAUD(S) waren die Mitgliederbeiträge sehr gering (§ 6) und es ging ein permanenter Streit zwischen der KPD und der Union um die Erhöhung der Beiträge, die die KP forderte. Gleichfalls wie die Unionisten und Syndikalisten hatte die Union als sozial-revolutionäre Organisation (§ 3) keine Unterstützungskassen. Im Gegensatz zur AAU und zur FAU beteiligte sie sich gemäß ihren Statuten an allen gesetzlichen Körperschaften (gesetzlichen Betriebsräten usw.) und an Lohnverhandlungen (Abschluß von Tarifverträgen usw.) (§ 3). Diese Beteiligung an Lohnverhandlungen und an Betriebsratwahlen war auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921 eine der umstrittensten Fragen gewesen, entsprach sie doch weder dem sozialrevolutionären Selbstverständnis noch dem revolutionären Temperament weiter Mitgliederkreise der Union[19]. Die Zustimmung des Kongresses zu diesen

17) S. dazu den Brief der RGI an den 2. Reichskongreß der Union in: "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35.
18) "Union", 4. Jg. (1924), Nr. 9.
19) Über die gleiche Frage kam es 1922 in der KAP und in der AAU zur Spaltung. Vgl. unten den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAUD. Vgl. zur Frage der Beteiligung an Lohnverhandlungen auch die Einladung der FAU Gelsenkirchen zum Verschmelzungskon-

Kampfmitteln resultierte einerseits aus einer gewissen revolutionären Erschöpfung des deutschen Proletariats, sie war andererseits zweifellos eine Konzession an die KPD. Die weiterhin vorhandenen radikalen Stimmungen, die gegen die Einrichtung von Streikfonds und gegen die Durchführung von Teilstreiks sich aussprachen, machten sich auch in der Folgezeit bemerkbar. Die RGI ermahnte den 2. Kongreß der Union (Oktober 1922), es gebe Genossen, die glaubten, der Kampf um Teilforderungen verzettele nur die Kräfte und die Energien der Arbeiterklasse und es sei möglich, die ganze Energie und alle Kräfte für den entscheidenden letzten Kampf zu sparen. "Das ist eine fehlerhafte und in ihrem Wesen reaktionäre Auffassung"[20].

Die periodisch sich in der Union durchsetzenden Stimmungen dieser Art, die immer wieder auch die Propaganda für den Austritt aus den alten Gewerkschaftsverbänden aufnahmen, bewirkten es, daß das Verhältnis der Organisation zur KPD und zur RGI andauernd gespannt blieb[21]. Über die Frage der Unterordnung unter die Direktiven der RGI kam es noch Anfang 1924 zum Ausschluß einer widerspenstigen Minorität der Union, die von Paul Weyer angeführt wurde, aus der KPD. Vorort dieser Minorität war Gelsenkirchen; im März 1924 berief sie einen eigenen Kongreß in Essen ein und verselbständigte sich damit. - Die parteifreundliche Mehrheit mit dem Sitz in Bochum, die von dem Angestellten Hammer angeführt wurde, hatte die Unterstützung der RGI[22]. Die Bedeutung der Union im politisch-gewerkschaftlichen Bereich wurde nicht nur durch diese Spaltung verringert; die Union erfuhr mit der beginnenden wirtschaftlichen Stabilisierung den gleichen Mitgliederschwund wie die anderen sozialrevolutionären Gewerkschaften; Ende 1924 bestanden nur noch die beiden traditionell größten Industriegruppen der Union; die Industriegruppe Bergbau zählte noch 14 000, die Industriegruppe Metall rund 6 700 Mitglieder[23].

Mit der FAUD und der AAUD war der Kontakt niemals ganz abgebrochen. Nach Abspaltung der Gelsenkirchener Richtung im Oktober 1920 hatte die FAUD noch eine Anzahl von Ortsvereinen um die Jahreswende 1920/21 an die neue Organisation verloren; die Geschäfts-

greß, die die Teilnahme befürwortet, um den freigewerkschaftlichen Gegnern "die Larve abzureißen in Verhandlungen". S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf Nr. 15849/105.
20) "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35.
21) S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35 im Hinblick auf den 2. Kongreß der Union im Oktober 1922: "Viele unserer Genossen sahen dieser Tagung mit starken Befürchtungen entgegen, waren doch in den letzten Monaten wieder stärkere Differenzen zwischen den Unionisten und der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufgetreten. In der Union rangen noch anarchistisch-syndikalistische Einstellungen um die Vorherrschaft ..."
22) S. den Brief der RGI an diesen Teil der Union in der "Union", 4. Jg. (1924), Nr. 9.
23) S. Rudolf Rettig, op. cit., p. 211.

kommission klagte Anfang 1921, eine ganze Reihe von kleinen Organisationen sei ins Lager der Gelsenkirchener übergelaufen mit Kassen und Vereinsutensilien und unter Zurücklassung einer beträchtlichen Schuldenlast[24]. Obwohl die FAUD(S) im Laufe des Jahres 1921 gerade im Ruhrgebiet große Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte, blieb sie den Gelsenkirchnern anscheinend zahlenmäßig überlegen[25]. Die Geschäftskommission der FAUD(S) versuchte wiederholt darzutun, daß die Gelsenkirchner sich an die KPD verkauft hätten; nach dem 2. Kongreß der Union stellte der "Syndikalist" befriedigt fest: "Die Gelsenkirchner Union unter der Kuratel der KPD!"[26] - Die AAU, die gleichfalls nach der Gründung der FAU Gelsenkirchen einzelne Ortsgruppen an diese verloren hatte[27], unterhielt eine Zeitlang Vereinigungsverhandlungen mit den Gelsenkirchnern; auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921 kam auch ein Vertreter der AAUD zu Worte, der die Union zur Unabhängigkeit von den politischen Parteien mahnte und gegen die Zellen-Taktik der KPD polemisierte[28]; der Geschäftsbericht der Union auf dem gleichen Kongreß stellte aber fest, daß man nach langen Verhandlungen mit der AAU zur Überzeugung gelangt sei, "daß die Vereinigung mit der letztgenannten Gruppe aus verschiedenen Gründen nicht möglich sei"[29]. - Es kam dennoch immer wieder sporadisch zur lokalen Bildung von Aktionsausschüssen zwischen den sozialrevolutionären Gewerkschaften[30] und auch zu Einigungsbestrebungen[31]; auch zur KAPD waren Verbindungen vorhanden; so beschloß eine Resolution des Verschmelzungskongresses der Union, einen Vertreter zum nächsten Kongreß der KAPD zu schicken. -

24) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 7.

25) Eine Umfrage des Regierungspräsidenten in Düsseldorf ergab z. B. in Duisburg im Mai 1921 etwa 5 000 Mitglieder der FAUD(S), die FAU Gelsenkirchen hatte "bei weitem nicht die Stärke der FAUD(S)"; in Mülheim/Ruhr hatte im April 1921 die FAUD etwa 5 000 Mitglieder, die FAU Gelsenkirchen etwa 3 000. S. pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/50 u./72.

26) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 44.

27) In Neuss a. Rh. z. B. ging die Ortsgruppe der FAU Gelsenkirchen aus der 300 Mann umfassenden lokalen AAU hervor; s. pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/76.

28) Vgl. auch: "Der Kampfruf" (Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 20: Zur Reichskonferenz der Gelsenkirchener Union. An die Mitglieder der Freien-Arbeiter-Union Gelsenkirchen.

29) "Union", 2. Jg. (1921), Nr. 35.

30) Im Februar 1922 bildeten z. B. die Unions-, die AAU- und die FAUD(S)-Ortsgruppen in Bochum einen gemeinsamen Aktionsausschuß. S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/170.

31) In Oberhausen forderten z. B. im Februar 1922 die lokalen Gruppen der Union und der FAUD(S) ihre Geschäftsleitungen auf, "auf schleunigstem Wege eine Reichskonferenz zwecks organisatorischem Zusammenschluß aller revolutionären Gewerkschaften einzuberufen." S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/175.

Obgleich alle diese sozialrevolutionären Organisationen mehr Gemeinsames als Trennendes hatten und obgleich sie in zunehmendem Maße das gleiche Schicksal (Spaltungen, Mitgliederschwund usw.) aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung während der Jahre 1920 bis 1924 erfuhren, verhinderte der in groteskem Mißverhältnis zu ihrer effektiven Stärke überentwickelte Verbandsegoismus der Gruppen eine Vereinigung dieser Kräfte auf der äußersten Linken. Die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands" übertraf in gewisser Weise die anderen Gruppen noch an taktischem Unvermögen. Ihren unionistischen und syndikalistischen Ursprüngen verhaftet trat sie in ein dauernd in Frage gestelltes Einverständnis mit der KPD; zum Bündnis mit der FAUD(S) und der AAUD nicht fähig, bildete sie ein linkskommunistisches Erbstück, dessen die KPD niemals recht froh wurde. Seit dem 9. Parteitag der KPD im April 1924 bestand die Forderung der Rückführung sämtlicher selbständiger Gewerkschaftsverbände in die entsprechenden Sektionen des ADGB, um dort revolutionäre Arbeit gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu leisten; diese Forderung wurde vom 5. Weltkongreß der Komintern im Juni 1925 wiederholt und noch im gleichen Jahre gelang der KPD die Verschmelzung der nach der Spaltung von Anfang 1924 noch vorhandenen parteifreundlichen Mehrheit der Union mit den freigewerkschaftlichen Verbänden; die Vereinigung der Industriegruppen Bergbau und Metall gelang "unter wider Erwarten günstigen Bedingungen"[32] und besiegelte das Ende der "Union der Hand- und Kopfarbeiter", des bedeutendsten der der KPD assoziierten selbständigen Gewerkschaftsverbände[33].

32) O. K. Flechtheim, op. cit., p. 137.

33) Der Anfang 1924 abgespaltene parteifeindliche Flügel der Union unter der Führung Paul Weyers spielte nach 1926 noch eine gewisse Rolle in den rudimentären "revolutionären Industrieverbänden", die in Verbindung standen mit der linkskommunistischen Gruppe "Kommunistische Politik" um Karl Korsch und die Tradition der "Union der Hand- und Kopfarbeiter" teilweise fortsetzten. Vgl. Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition ..., loc. cit., p. 373 f.

VII. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "ALLGEMEINEN ARBEITER-UNION DEUTSCHLANDS" (AAUD)

1. Der Gründungskongreß der AAUD im Februar 1920 und die Diskussion des Programms

Trotz dem Zusammenschluß mit der "Freien Vereinigung" der Syndikalisten auf der Düsseldorfer Konferenz im September 1919 und obwohl die Gewerkschafts-Leitsätze des 2. KPD-Kongresses der Neubildung von Unionen nicht günstig waren, emanzipierte sich die unionistische Bewegung weiter von der Bevormundung durch die Syndikalisten und strebte eine festere und überregionale Form der Organisation an. Im Ruhrgebiet selbst wurden Stimmen laut, die den Zusammenschluß vom September mißbilligten. Das mit der linkskommunistischen Opposition solidarische Organ der KPD(S) für Rheinland-Westfalen erklärte Ende November, die verworrene Gewerkschaftspolitik der Zentrale und die energische Propaganda der Syndikalisten hätten dazu geführt, daß sich der Zusammenschluß auf einer Grundlage vollzogen habe, "die den Grundsätzen des Kommunismus und der Allgemeinen Arbeiter-Union direkt widerspricht"[1]. Die Essener AAU erklärte am 21.12.1919, sie lehne "ein Eingehen auf die syndikalistischen Grundsätze ab"[2] und sehe in der Zusammenarbeit mit der KPD den einzig richtigen Weg. Am eindeutigsten traten die Wortführer des nordwestdeutschen Unionismus für den Bruch mit den Syndikalisten ein. Wolffheim schrieb Anfang Dezember[3], die Leitsätze der rheinland-westfälischen FAU seien ganz unannehmbar; die Syndikalisten sähen in den Betriebsorganisationen nur Mittel zur Zertrümmerung der alten Gewerkschaften, im übrigen klebten sie an ihren veralteten Berufsverbänden und akzeptierten die neue Kampforganisation der Betriebsorganisation nicht; die Unionisten dürften von ihrem Programm nichts preisgeben. -

Am 16.12.1919 hatte die Hamburger KAZ einen Aufruf an alle revolutionären Betriebsorganisationen erlassen, der den Zusammenschluß aller Unionen und die Schaffung einheitlicher Grundlagen als dringende Notwendigkeit bezeichnete[4]; er schlug eine Reichskonferenz aller revolutionären Betriebsorganisationen vor in Bremen, das nach dem Ausschluß der Oppositionellen auf dem Oktober-Kongreß der

1) Zitiert in: KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.183.
2) KAZ (Hamburg), 2.Jg.(1920), Nr.4: Die Essener AAU gegen die Syndikalisten.
3) S. KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.185: Zusammenschluß mit den Syndikalisten?
4) KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.194: Aufruf an die Revolutionären Betriebsorganisationen.

KPD(S) zum Vorort der kommunistischen Gesamtopposition geworden war. "In vielen Orten Deutschlands bestehen revolutionäre Betriebsorganisationen, die zwar im Aufbau nicht einheitlich sind, die in der theoretischen Erkenntnis aber übereinstimmen"[5]. - Überblickt man, was bis zum Februar 1920 an theoretischen Ergebnissen der unionistischen Bewegung vorlag, so zeigt sich allerdings auch in der theoretischen Erkenntnis die Uneinheitlichkeit der jungen Bewegung. Die beiden theoretischen Impulse für den deutschen Unionismus, die direkt auf die amerikanische IWW zurückgingen, waren bereits unterschiedlich; Wolffheims Unionismus leitete sich von der parteifeindlichen Haltung der IWW-Mehrheit her, Dannenbergs Agitation ging auf einen die politische Partei befürwortenden Zweig der IWW zurück[6]. Otto Rühle war von der Überlebtheit der Organisationsform der politischen Partei schlechthin überzeugt und ging damit noch über die Hamburger Position hinaus, die ja ein befristetes Nebeneinander von Partei und Unionen vorsah[7]. Die Berliner Unionisten um Karl Schröder befürworteten das Nebeneinander von Partei und revolutionären Betriebsorganisationen auf lange Sicht[8]. Wegen dieser Frage des Verhältnisses der Unionen zur Partei kam es auch noch zum Bruch zwischen den Hamburger und den Bremer Linkskommunisten. Neben den schon im August/September 1919 sichtbaren Differenzen über die Rolle der Unionen kam es zu einer weiteren Entfremdung zwischen beiden durch Laufenbergs und Wolffheims "Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat"[9], die seit Mitte November (1919) deren nationalbolschewistische Agitation einleitete; Laufenberg und Wolffheim spielten, seitdem sie ihre Energien auf die Propaganda ihrer nationalbolschewistischen Ideen konzentrierten, keine führende Rolle mehr im deutschen Unionismus; die Führung der Hamburger Unionisten ging auf den ehemaligen Wortführer der syndikalistischen "Freien Vereinigung", Karl Roche, über. - Der Sprecher der Bremer Unionisten, Karl Bekker[10], machte in Übereinstimmung mit seinem politischen Freund Paul Frölich und im Anschluß an dessen Kritik an der Hamburger und Berliner Organisation der KPD(S) vom September 1919[11] den Hamburgern

5) Ibidem.
6) Vgl. Karl Dannenberg, Warum Allgemeine Arbeiter-Union?, Braunschweig 1919. Vgl. dazu auch unten den Abschnitt über den Braunschweiger Industrie-Unionismus.
7) S. oben den Abschnitt über die Entstehung des deutschen Unionismus.
8) S. Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Berlin 1920, p. 6; die Schrift erschien im Januar 1920.
9) S. KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.173 Beilage; vgl. dazu unten den Abschnitt über Laufenbergs und Wolffheims nationalbolschewistischen Flügel in der KAP.
10) Vgl. Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen 1919. S. dazu oben den Abschnitt über die Entstehung des deutschen Unionismus.
11) S. Paul Frölich, Die syndikalistische Krankheit, Sonderabdruck aus "Die Internationale" (dort nicht erschienen), o.O., o.J.(1919).

zum Vorwurf, sie verträten eine Theorie, nach der sofort nach dem Siege der proletarischen Revolution alle Parteien - einschließlich der Kommunistischen Partei - aufgelöst werden müßten[12]; er hielt mit Frölich eine solche Vorstellung für eine "syndikalistische" Utopie.

Die Vertreter dieser verschiedenen Richtungen im deutschen Unionismus trafen zur ersten Reichskonferenz der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD) am 14. Februar 1920 in Hannover zusammen. Es waren u. a. Vertreter aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Hannover, Berlin, aus Mitteldeutschland, Schlesien und dem Ruhrgebiet anwesend; die Gelsenkirchener Richtung der FAU war durch einen Gast vertreten[13]. Die Diskussion war erwartungsgemäß verworren und wurde am 16. 2. 1920 von der Polizei durch die Verhaftung aller 150 Delegierten[14] abgebrochen, bevor man sich auch nur annähernd auf gemeinsame Richtlinien einigen konnte. In der Diskussion standen einander gegenüber die von Karl Becker im Auftrage der Bremer Informationsstelle der Gesamtopposition in der KPD(S) ausgearbeiteten Richtlinien und die von Karl Roche für die Hamburger Unionisten vertretenen Leitsätze für die AAU. - Becker präsentierte seine Richtlinien als "marxistische" Alternative zum "Syndikalismus" der Hamburger Leitsätze[15]. In "durchaus marxistischem Sinne"[16] verstand er die Unionen als revolutionäre Gewerkschaften im Dienste des wirtschaftlichen Massenkampfes; er sah für die erfolgreiche Durchführung dieses Kampfes die zentrale Zusammenfassung der Betriebsorganisationen nach Industriezweigen einerseits, nach Wirtschaftsgebieten andererseits vor[17]. Er glaubte nicht, daß die Unionen geeignet seien, die Kommunistische Partei zu ersetzen, sondern sah in ihnen ein geeignetes Mittel für die KPD, "alle Betriebe der wichtigsten Industrie- und Verkehrszweige durch ein fest gefügtes Vertrauensmännersystem zu erfassen"[18]. In Beckers Richtlinien fehlten die Idee der Einheitsorganisation und die Idee des Föderalismus. Becker und die Bremer Unionisten hatten mit diesem Programm auf dem Kongreß nicht die Stimmung für sich; weder Becker noch Paul Frölich war dann an der Gründung der KAP im April des Jahres beteiligt; beide blieben in der

12) S. Karl Becker in: KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 36: Die Loslösung von der Partei.
13) S. Hans Bötcher, op. cit., p. 66. Bötcher spricht irrtümlicherweise von einer ersten Reichskonferenz der AAUD im April 1920.
14) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 40: Die Konferenz der Arbeiter-Union gesprengt - 150 Teilnehmer verhaftet - Dreyer und Rühle in Ketten abgeführt!
15) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 38, Karl Becker: Zur Reichskonferenz der AAU.
16) Ibidem.
17) Vgl. auch Karl Becker, op. cit., p. 14: "Die Allgemeine Arbeiter-Union wird ihre Aufgaben nur lösen können, wenn die Betriebsorganisationen zentral zusammengefaßt sind in den einzelnen Orten und Wirtschaftsbezirken und weiterhin in den einzelnen Industriezweigen."
18) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 38.

KPD und spielten in der AAU künftig keine Rolle mehr; nach Laufenberg und Wolffheim waren damit zwei weitere prominente Initiatoren des deutschen Unionismus aus der Bewegung ausgeschieden. - Die von Becker als "syndikalistisch" apostrophierten Hamburger Leitsätze hielten an der Idee der Einheitsorganisation fest, sie lehnten die Einrichtung von Industrieunionen überhaupt ab und sahen nur eine lockere Verbindung der örtlichen Unionen in Wirtschaftsgebieten vor; zur Einheitsorganisation hieß es in der von Roche dem Kongreß vorgelegten und von ihm angenommenen Resolution:

"Die Allgemeine Arbeiter-Union organisiert die Lohnarbeiterschaft zum Endkampf gegen den Kapitalismus und für die Erzwingung der Räte-Republik. Zu diesem Zweck ruft sie die Lohnarbeiterschaft auf, sich auf dem Boden der revolutionären Einheitsorganisation zusammen zu finden, sich eine große Union zu schaffen"[19].

Die einzige gemeinsame Basis, die die erste Reichskonferenz der AAU fand, formulierte Roche in der gleichen Resolution ex negativo:

"Zur Allgemeinen Arbeiter-Union können nicht solche Organisationen gehören, welche: 1. an der Durchführung des Betriebsrätegesetzes sich beteiligen, 2. die Diktatur des Proletariats ablehnen, 3. nicht die Betriebsorganisation als organisatorische Grundlage anerkennen"[20].

Damit war die allgemeinste Abgrenzung gegen den reformistischen ADGB (Punkt 1, 2 u. 3) und gegen die syndikalistische FAUD(S) (Punkt 2 u. 3) gegeben; eine eigene organisatorische und taktische Grundlage für die AAUD stand noch aus.

Die der Konferenz vorgelegten Richtlinien wurden in den folgenden Monaten von den Betriebsorganisationen im Reiche diskutiert; deren Vorschläge gingen an den Vorort der Bewegung, der nunmehr von Bremen nach Hamburg verlegt wurde; die Hamburger Unionisten sichteten sie und legten einen Extrakt daraus der zweiten Reichskonferenz der AAUD am 9. und 10. Mai 1920 in Berlin vor als Organisationsstatut[21]. Die Gliederung der AAUD war denkbar einfach. Die Betriebsorganisationen schlossen sich lokal zu Ortsgruppen zusammen; die Ortsgruppen schlossen sich zu Wirtschaftsgebieten zusammen, als deren Exekutive sich ein Aktionsrat aus den Delegierten der Ortsgruppen bildete. Die Kompetenzen der Wirtschaftsbezirke waren in den Satzungen

19) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 47. Die Hervorhebung ist im Original. Die Bremer Unionisten hatten diese Resolution trotz dem Auftrag des Kongresses nicht veröffentlicht.
20) Ibidem. Hervorhebung im Original.
21) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 58. S. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), Berlin 1921, p. 46 f. S. den dokumentarischen Anhang Nr. XII.

unzureichend abgesteckt und blieben eines der gravierendsten Streitobjekte zwischen der späteren majoritären Richtung der AAUD und ihrer Opposition, die z.T. die vollkommene Autonomie der Wirtschaftsbezirke forderte. Die erste Reichswirtschaftsrats-Sitzung im August 1920 sah folgende 18 Wirtschaftsbezirke im Reich vor: 1. Wasserkante, 2. Pommern, 3. Ost- und Westpreußen, 4. Groß-Berlin, 5. Brandenburg, 6. Posen, 7. Nieder-Lausitz, 8. Schlesien, 9. Ost-Sachsen, 10. West-Sachsen, 11. Mitteldeutschland, 12. Niedersachsen, 13. Thüringen, 14. Rheinland-Westfalen, 15. Hessen-Nassau, 16. Rheinhessen, 17. Baden-Rheinpfalz, 18. Bayern[22]. Die Zahl und die Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke[23] änderte sich in den folgenden Jahren aufgrund der mannigfachen Spaltungen in der AAUD erheblich. - Jeder Wirtschaftsbezirk entsandte einen Delegierten in den Reichswirtschaftsrat, die oberste Exekutive der AAUD; mit der Errichtung des Reichswirtschaftsrates wurde die Hamburger Organisation beauftragt und diese kündigte an, diese Aufgabe "ohne bezahlte führende Angestellte"[24] erledigen zu wollen. Alle Funktionäre waren jederzeit abberufbar und alle technischen Angelegenheiten (Beitragsfestsetzung, Rechtsschutz, Streikunterstützungen usw.) blieben Sache der lokalen und regionalen Organisationen. - Oberste Instanz in allen Fragen war die Reichskonferenz, auf der nach Beschluß der zweiten Reichskonferenz die Delegierten nicht nach Wirtschaftsbezirken, sondern entsprechend der Mitgliederzahl, die sie repräsentierten, abstimmten. Um die Frage, ob die Entschließungen der Reichskonferenz verbindlich sein sollten für alle angeschlossenen Organisationen, entstand bald schon ein heftiger Streit. Die Satzungen der zweiten Reichskonferenz boten eine Art Kompromißformel: Die Beschlüsse seien für alle Mitglieder der AAU "nur dann bindend, wenn programmatische oder organisatorische Fragen der Gesamtmitgliederschaft so frühzeitig unterbreitet worden sind, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war"[25]. - Eine Resolution der Konferenz verpflichtete jeden Wirtschaftsbezirk, der dazu in der Lage war, ein Publikationsorgan im Sinne der AAU herauszugeben. Ein Zentralorgan für die ganze AAU im Reiche wurde nie herausgegeben, obwohl mit der Durchsetzung der Berliner Richtung deren Organ, "Der Kampfruf", immer mehr die Funktion eines solchen Zentralorgans erfüllte. Ein zeitgenössischer Beobachter zählte 1921 ungefähr zehn wöchentlich von den einzelnen Wirtschaftsbezirken herausgegebene Zeitungen. Die wichtigsten von

22) S. pol. Akt. der Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/1.

23) Ihre genaue Abgrenzung s. in: "Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)" Wirtsch.-Bez. Ost-Sachsen, 1.Jg.(1920), Nr.19.

24) KAZ (Hamburg), 2.Jg.(1920), Nr.41: Die zweite Reichskonferenz der AAU.

25) Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p.47.

diesen Zeitschriften, die meist mit kurzer Lebensdauer herausgegeben wurden, waren: "Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)", der ab April 1920 wöchentlich in Berlin erschien; der "Unionist, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union", der etwa gleichzeitig in Hamburg zu erscheinen begann; seit Ende 1920 wurde in Düsseldorf herausgegeben: "Klassenkampf, Organ der AAU (Revolutionäre Betriebsorganisationen)" Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen.

Die Hamburger "syndikalistischen" Leitsätze von der ersten Konferenz hatten im Mai 1920 sich weitgehend durchgesetzt. Von einer gewerkschaftlichen Hilfsrolle der Betriebsorganisationen für die KPD(S) - wie sie von den Bremern gefordert worden war - war nicht mehr die Rede; von der Forderung nach zentraler Zusammenfassung in Industriegruppen waren keine Spuren geblieben. Ein extremer Föderalismus zeichnete das Organisationsstatut aus, der Spielraum ließ für die unterschiedlichen Tendenzen im deutschen Unionismus. Karl Roche, der auf die Formulierung des Statuts maßgeblich Einfluß genommen hatte, verwies nicht nur durch sein föderalistisches Denken und seine Ablehnung der politischen Parteien auf seine syndikalistische Herkunft, er fühlte sich auch nach wie vor ausdrücklich allen Syndikalisten verbunden, "die auf dem Boden der Rätediktatur stehen"[26]. Wenn also die Bremer und später die Berliner Unionisten die Hamburger Richtung "syndikalistisch" nannten, so war das weitgehend berechtigt. Der Einfluß dieser syndikalistischen Unterströmung sollte allerdings in der AAUD nicht von Dauer sein.

Auf ein gemeinsames Programm konnte man sich auch während der zweiten Reichskonferenz nicht einigen. Der im ganzen verwirrende und tumultuarisch sich gebärdende Entwicklungsprozeß der unionistischen Bewegung endete niemals in ein relativ stabiles Organisationsgefüge wie das der FAUD(S). Die Syndikalisten konnten schon im November 1918 auf den Vorkriegskadern wieder aufbauen und hatten seit Dezember 1919 ein zwar nicht unumstrittenes, aber klar umrissenes Programm. Die unionistische Bewegung entstand erst aus der Rätebewegung in der deutschen Revolution; auf den in der Revolution gebildeten Betriebsorganisationen gründend zog sie eine ganze Reihe von sozialrevolutionären Theorien und Theoretikern an und stieß sie wieder ab, ohne eine definitive Form zu gewinnen. Der dauernde Entwicklungsprozeß war selbst Teil des Selbstverständnisses der Unionisten. So meinte Karl Roche in seiner Betrachtung der zweiten Reichskonferenz: "Die Revolution selbst schafft sich ihre Kampfinstrumente und gibt ihnen Form und Schärfe. Der junge Riese AAU wird schon seine Haut straffen. Ihn von vornherein darin einzwängen, hieße ihn töten

26) S. "Unionist", 1.Jg.(1920), Nr.2.

wollen"[27]. Im gleichen Sinne hieß es dann im Gründungsprogramm der KAPD über die AAU: "Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne"[28].

Die Hamburger Unionisten traten auf der zweiten Reichskonferenz im Mai 1920 führend in der Bewegung hervor. Einen Monat vorher hatte aber die Konstituierung der KAPD stattgefunden, in der Dr. Karl Schröder in Berlin die führende Rolle spielte; er, der seit Mitte 1919 im Berliner Publikationsorgan der KPD(S) unionistische Ideen vertrat und im Januar 1920 mit einer rasch verbreiteten Broschüre über die Aufgaben der revolutionären Betriebsorganisationen hervorgetreten war[29], machte in den folgenden Monaten mit seinem kombinierten Programm für KAP und AAU Berlin zu dem bald wichtigsten Ausstrahlungszentrum des deutschen Unionismus. Auf der dritten Reichskonferenz der AAUD im Dezember 1920 hatte die Berliner Richtung bereits die Oberhand, die Hamburger Richtung bildete die stärkste Opposition in der Organisation. - Die AAUD war nicht erst das Geschöpf der KAPD, wie es später von Berliner KAP-Kreisen suggeriert wurde[30], sie bestand lokal seit August 1919 und auf Reichsebene seit Februar 1920, also bereits viel früher als die Partei. Während die im Oktober 1919 ausgeschlossenen Oppositionellen auf dem dritten Reichskongreß der KPD(S) am 25. und 26. Februar 1920 noch einen letzten vergeblichen Versuch machten, mit den Abänderungsvorschlägen der Bremer Informationsstelle zu den Heidelberger Leitsätzen wieder in die Partei integriert zu werden, überwanden die Unionen bereits die Bremer Tendenz, die eine Subordination der revolutionären Betriebsorganisationen unter die KPD beabsichtigte, und konstituierten sich als selbständige Organisation auf Reichsebene.

27) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 47.
28) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1920, p. 10.
29) Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Januar 1920 geschrieben im Auftrage der 22er Kommission der Betriebsobleute der Revolutionären Betriebsorganisationen Groß-Berlin, Berlin 1920.
30) Vgl. dazu u. a. den historischen Bericht im rheinland-westfälischen Organ der AAU "Der Klassenkampf", 1. Jg. (1921), Nr. 15: "Es wird vielfach, und zwar hauptsächlich von den Berliner Organen, der KAZ sowie dem "Kampfruf", die irrige Ansicht verbreitet, als sei die KAPD die Mutter der AAU ..." Dieser irrigen Meinung schlossen sich bereits Hans Bötcher (op. cit., p. 66) und Paul Hermberg (loc. cit., p. 214) an und noch Peter von Oertzen (op. cit., p. 213) folgt dieser falschen Darstellung.

2. Die Entwicklung der majoritären Richtung der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD)

Die Konsolidierungsphase des deutschen Unionismus zeichnet sich in der Folge seines tulmutuarischen Entstehungsprozesses durch eine noch größere Mannigfaltigkeit organisatorischer Verzweigungen aus als sie bereits für den deutschen Syndikalismus festgestellt wurde. Die nach rechts, zur USPD, tendierende Strömung des Braunschweiger Industrie-Unionismus wurde im ersten Jahr der AAUD innerhalb der Bewegung überwunden und verschwand völlig; die nach links, zu den Syndikalisten, tendierende Einheitsorganisations-Tendenz schied vor allem in Reaktion auf den faktischen Unterordnungs-Anspruch der Unionen unter die KAP im Oktober 1921 aus und verselbständigte sich in der "Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation" (AAUE); während die Hauptströmung in der FAUD in sich relativ homogen blieb, vollzog sich in der majoritären Richtung der AAUD im März 1922 abermals eine Aufspaltung, die das unwiderrufliche Abgleiten der AAUD ins Sektenwesen einleitete.

In den Jahren 1920/21 ist vorerst eine starke Aufwärtsentwicklung des Unionismus zu vermerken; die AAUD vermochte es 1920, besonders in Mitteldeutschland und in geringerem Ausmaße im Ruhrgebiet ihre Organisationen auszubauen und stärkere oder kleinere Gruppen der FAUD zu sich herüberzuziehen[1]; ein Zirkular des Berliner Vorstandes der AAU vom 13.1.1921 meldet "derartige Fortschritte, daß alle Funktionäre überbelastet sind"; als Mitgliederstand der Union allein in Berlin wurden am 1.12.1920 angegeben: 21 376 Männer, 4 348 Frauen, 3 680 Jugendliche[2]. Diese starken Aufwärtsimpulse wurden gedrosselt durch die organisatorische Zerrüttung der AAUD, welche die niedergeschlagene März-Aktion (1921) mit sich brachte. Das wohl zuverlässigste Bild von der relativen Stärke der einzelnen Wirtschafts-Bezirke zeigt folgende Aufstellung des Mitgliederstandes von der 4. Reichskonferenz im Juni 1921: Groß-Berlin: 16 000, Nord-West: 14 215, Westdeutschland: 8 298, Westsachsen: 5 123, Ostsachsen: 3 000, Brandenburg: 3 000, Niedersachsen: 2 250, Niederlausitz: 2 000, Thüringen: 1 400, Mitteldeutschland: 1 325, Mittelsachsen: 613, Rheinhessen: 400, Württemberg: 300, Pommern: 280[3]. Die Gesamtmitgliederzahl der AAUD, die in der ersten Jahreshälfte 1921 zweifellos ihren

1) S. Paul Bötcher, op. cit., p. 73; dort Beispiele.
2) Zitiert in: Pol. Akt. der Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/27.
3) Masch. schriftl. Protokoll der Reichskonferenz der AAU am 12./14. Juni 1921, in: Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/81. Dies nicht zur Veröffentlichung bestimmte Protokoll scheint am ehesten glaubwürdige Zahlen herzugeben.

Höhepunkt erreichte, lag wahrscheinlich höher als bei den rund 58 000 auf diesem Kongreß vertretenen Unionisten, doch sind die 200 000 Mitglieder, die für Anfang 1921 angegeben wurden, sehr wahrscheinlich übertrieben[4]; eine genauere Angabe über die Mitgliedermenge der AAUD ist bei der - selbst für die Beteiligten - schwer zu überschauenden Entwicklung der Organisation und bei dem durch jeweils äußere Umstände bedingten Wechsel von Auf- und Abwärtsbewegungen nicht möglich; sicher ist dann der rapide Absturz mit dem Abschluß der Inflationsperiode Ende 1923. - Zur allgemeinen soziologischen Charakterisierung der Unions-Mitglieder bemerkte ein analytisch geschulter Zeitgenosse einen Zug, der bereits als Spezifikum auch des deutschen Syndikalismus vermerkt wurde[5]; nämlich, daß sich unter den Unionisten "durchaus nicht etwa nur ungelernte Arbeiter, wie es anfangs bei der IWW der Fall war, sondern ... auch gerade sehr oft hochqualifizierte Arbeiter"[6] befanden, die vielfach jahrzehntelang in den "Freien Gewerkschaften" organisiert gewesen waren und die in Reaktion auf die Kriegs- und Nachkriegspolitik dieser alten Verbände protestierend ausgetreten waren. Wie bei den Syndikalisten waren die Industriezweige Bergbau und Metall die am stärksten in den Unionen vertretenen.

Ein Blick auf die Stärke der einzelnen Wirtschaftsbezirke im Juni 1921 läßt erkennen, daß Groß-Berlin und Nord-West die im höchsten Maße gefestigten Organisationen in der Union darstellten; bei Berlin und Hamburg lag auch die ideologische Führung. - In Hamburg, seit Anbeginn des deutschen Unionismus Vorort dieser Bewegung, formulierte Karl Roche das Programm, das nicht unerheblich von den Berliner Vorstellungen über die Aufgaben der Union verschieden war; Roche war auf der zweiten Reichskonferenz der AAUD im Mai siegreich gegen die parteikommunistisch orientierten Bremer Unionisten angetreten und sträubte sich jetzt als Sprecher der Hamburger AAU und wurzelnd in seiner Herkunft aus der syndikalistischen "Freien Vereinigung" gegen die Wiedereinführung einer politischen Partei neben oder gar über den Unionen, wie sie von den Berliner KAP-Kreisen mit Erfolg propagiert wurde. Er hielt die politischen Parteien für ungeeignet zu revolutionären Zwecken: "Die alten Organisationen, die Parteien - sie stehen mehr oder weniger alle zur Demokratie"[7]. Mit der heftigen Polemik gegen die Parteien im Hamburger AAU-Blatt "Der Unionist", in dem - wie im April 1921 ein parteikommunistischer Beobachter feststellet - die KAP "vielleicht noch mehr hergenommen (wird) als die anderen Parteien"[8] näherte sich die Hamburger Richtung stark der ostsächsischen Einheitsorganisations-Tendenz; auch im Widerstand gegen die Berliner Rehabilitierungsversuche zentralistischen Organisationsaufbaus[9] schlugen sich die Hamburger in der folgenden Zeit zur ostsächsischen Richtung und nach der Gründung der AAUE, die auf Initiative Ostsachsens erfolgte, stellte die Hamburger Organisation erhebliche Kontingente dieses neuen Organisationszweiges[10]; mit diesem Anschluß großer Teile der Hamburger Richtung an die AAUE endete ihre oppositionelle Rolle innerhalb der Organisation.

Die majoritäre Richtung der AAUD wurde seit Mitte 1920 vom Unions-Konzept des Berliner linkskommunistischen Kreises um Dr. Karl Schröder bestimmt, der bis zur Gründung der KAPD im April 1920 in der linken Opposition der KPD nicht wortführend hervorgetreten war. Karl Schröder[11] hatte nach Abschluß seines Philosophiestudiums seit 1912 enge Kontakte zu den Linksradikalen in der SPD durch die Vermittlung Franz Mehrings geknüpft und hatte während des Krieges zum engeren "Spartakus"-Kreis um Rosa Luxemburg gehört; seit 1918 zeichnete er als Mitherausgeber der Berliner "Roten Fahne", die im Laufe des Jahres 1919 zum lokalen Sprachrohr der linken Oppositionellen wurde und in der man auch die Frage der Aufgaben und des Aufbaus der revolutionären Betriebsorganisationen ausgiebig diskutierte. Aus dieser Diskussion, die neben Schröder von einigen weiteren, meist jungen Intellektuellen (Dr. Alexander Schwab, Arthur Goldstein u. a.[12]) angeführt wurde, ging auch die erste Broschüre über Organisation und Funktion der Unionen hervor[13], die Schröder mit Friedrich Wendel[14] im

4) S. Paul Bötcher, op. cit., p. 73. Rudolf Rettig (op. cit., p. 40) hält sich an die offiziellen Zahlenangaben, wenn er die Mitgliederentwicklung der AAUD folgendermaßen anzeigt: 1920: 80 000, 1921(März): 200 000, Anfang 1922: 70 000. Ernst Drahns (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1926, Bd. VII, p. 1190) Angabe einer AAUD-Mitgliederzahl von 212 000 für das Jahr 1922 ist irreführend und allenfalls als Sammelziffer für alle syndikalistischen und unionistischen Organisationen etwa zutreffend. Für Peter von Oertzens Vermutung, der politische Einfluß der Unionen sei 1923/24 am größten gewesen (Betriebsräte, p. 207) gibt es keinen Anhalt.

5) Vgl. den Abschnitt über die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung".

6) Paul Bötcher, op. cit., p. 74.

7) Karl Roche, Demokratie oder proletarische Diktatur! Ein Weckruf der Allgemeinen Arbeiter-Union Ortsgruppe Hamburg, Hamburg o. J., p. 16. Vgl. auch: Karl Roche, Die Allgemeine Arbeiter-Union, Hamburg o. J.

8) S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1. Jg. (1921), Nr. 13: Die Union in Hamburg.

9) Vgl. die eingehende Darstellung der Hamburger und der Berliner Stellung zur Frage Föderalismus/Zentralismus bei Paul Bötcher, op. cit., p. 76-80.

10) Aufgrund des gemeinsamen Föderalismus meinte bereits Paul Bötcher (op. cit., p. 76), man müsse vielleicht richtiger die "Hamburger" Richtung als die "Ostsächsische" bezeichnen.

11) S. biographischen Anhang. Die folgenden biographischen Fakten nach Angaben von Frau Wally Schmelzer (Berlin) an Herrn Olaf Ihlau vom August 1965 und nach der anonym veröffentlichten Dokumentation: Die Roten Kämpfer, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7. Jg. (1959), p. 438 ff.

12) S. biographischen Anhang und den Abschnitt über die Entwicklung der KAPD.

13) Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der revolutionären Betriebs-Organisation, Berlin 1920.

14) Zur Entwicklung Friedrich Wendels, der bald zum Fürsprecher des Hamburger National-

Auftrag des Vorstandes der Berliner revolutionären Betriebsorganisationen im Januar 1920 veröffentlichte, die bald in 120 000 Exemplaren verbreitet war[15] und der Schröder weitere Schriften folgen ließ[16]. In der Verurteilung der bestehenden "angeblich sozialistischen" Gewerkschaften unterschied sich seine Argumentationsweise nicht von den bereits 1919 in unionistischen Kreisen aufgestellten Thesen; er warf den alten Verbänden neben ihrer Kriegs- und Nachkriegspolitik im einzelnen vor:

"Bureaukratie, Berufsführertum, kapitalistisch geartete Zentralisation, Förderung der Klassengegensätze, Bildung neuer Klassengegensätze durch Berufsvereinigung oder Industrieverbände, Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ... Unterstützungs- und Versicherungswesen"[17].

Auch in der geschichtlichen Charakterisierung der alten Gewerkschaften als Produkte einer Phase des "wirtschaftlichen Kleinkrieges gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum"[18] schloß er sich z.B. Wolffheims und Beckers Thesen an[19]. Die Umgestaltung der alten Gewerkschaftsverbände schien ihm nach den Erfahrungen der vergangenen 18 Monate unmöglich, die Bemühung der KPD um ihre Revolutionierung illusionär. Anders als die bislang wichtigsten unionistischen Theoretiker machte Schröder keine ideologischen Anleihen IWW-unionistischer (Wolffheim), parteikommunistischer (Bekker) oder syndikalistischer Art (Roche), sondern er versuchte - besonders in der Schrift "Vom Werden der neuen Gesellschaft" - unmittelbar auf dem Rätegedanken der deutschen Revolution aufzubauen. Gemäß seinem Verständnis traten Räteorganisationen überall da in Erscheinung, "wo sich der Gedanke der absoluten Gegensätzlichkeit von Ausbeutern und Ausgebeuteten zur Wirklichkeit drängt", überall dort, "wo der Prozeß der Umwälzung in revolutionärer Reinheit zu Tage tritt"[20]. Nach den großen Beispielen der Pariser Kommune, der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 hatten sich Räteorganisationen in Deutschland relativ spät und zaghaft in der November-Revolution herausgebildet. Im aktuellen Prozeß der "allmählichen Durchbrechung und Vernichtung der gesamten bürgerlich-bureaukratischen Ordnung, des kapitalistisch-imperialistischen Nationalstaates"[21] kam den revolutionären Betriebsorganisationen als organisatorischem Niederschlag der revolutionären Rätebewegung die Aufgabe zu, zugleich "unendlich bewegliche Instrumente des Klassenkampfes" und "Urzellen der neuen Gesellschaft"[22] zu sein. Warum gerade diese Betriebsorganisationen die adäquaten Klassenkampforganisationen seien, versuchte Herman Gorter, der Ende 1918 nach Berlin gekommen war und dort die ganze Entwicklung der linkskommunistischen Opposition in ständiger Verbindung mit dem Schröder-Kreis verfolgt hatte[23], die Schröderschen Gedanken nachdrücklich unterstützend vor allem aus der zunehmend vertikalen Verbundsstruktur der gegenwärtigen kapitalistischen Großunternehmen zu beweisen, in denen die Unterteilung in Berufe, die Organisationsgrundlage der alten Gewerkschaftsverbände, keine Rolle mehr spielte[24]. "Es sind die Betriebe, nicht mehr die Berufe, die die Kraft ausüben und die Macht haben in der neuen, der jetzigen Gesellschaft"[25]. Nach Gorters Beobachtungen war für die Arbeiter, soweit sie wirklich revolutionär waren, in den großen Auseinandersetzungen der Jahre 1918 bis 1921 jeweils die natürliche Zusammenfassung in den industriellen Großbetrieben, nicht in Gewerkschaften, ausschlaggebend gewesen. "Sie kämpften in den Betrieben und nach Betrieben geordnet"[26]. Während Pannekoek den in der AAU zusammengefaßten revolutionären Betriebsorganisationen gegenüber sich skeptisch-abwartend verhielt[27], sah Gorter in ihnen die Verwirklichung der schon vor dem ersten Weltkriege von den holländischen Tribunisten formulierten Forderung nach klassenkämpferischen Organisationen, die sich aus der spontanen revolutionären Aktion ergeben sollten[28]; er setzte sein theoretisches Vermögen und sein Prestige in Arbeiterkrei-

bolschewismus in Berlin wurde, vgl. unten den Abschnitt über die nationalbolschewistische Richtung in der KAPD.

15) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Berlin 1921.

16) Nach der Januar-Broschüre erschien: Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, Berlin o.J. (1920) und als Fortsetzung im Juli 1920: Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Allgemeine Arbeiter-Union, Berlin 1920.

17) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 5 f. Vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation), Berlin 1921, p. 6 f.: Die alte Organisation. S. auch: Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union? Reform oder Revolution?, Berlin o.J. Beide Broschüren wurzeln in Schröders Gedankengängen oder bieten ähnliche Diskussionsergebnisse wie sie in seinen Schriften ausgebreitet sind.

18) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 9.

19) Vgl. oben den Abschnitt über die Ursprünge des deutschen Unionismus.

20) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6.

21) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 6.

22) Ibidem, p. 6; s. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p. 16-24.

23) S. Pannekoeks Nachruf auf Gorter in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 9.

24) S. Herman Gorter, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o. O., o. J. (Berlin 1921), p. 11 ff.

25) Ibidem, p. 11.

26) Ibidem, p. 12.

27) Vgl. oben den Abschnitt über die Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).

28) S. dazu oben den Abschnitt über Anton Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

sen für die Entwicklung der "Allgemeinen Arbeiter-Union" im Sinne der Berliner Richtung ein.

Diese Richtung unterschied sich nicht nur durch ihre andersartige theoretische Fundierung von den übrigen Strömungen im deutschen Unionismus. Der eigentliche Konfliktstoff lag in ihrer Option für eine gewisse Zentralisierung im Aufbau der AAUD und für die Zusammenarbeit der Union mit der KAPD, also in taktischen Fragen. - Für Schröder war die zentralistisch-bürokratische Organisationsform der alten Gewerkschaftsverbände selbstverständlich nicht akzeptabel; die AAU bedeutete auch für ihn den "Tod des Bürokraten"[29]. Die Zusammenfassung der Betriebsorganisationen von unten nach oben in Ortsgruppen, Wirtschaftsbezirken und schließlich in der umfassenden AAUD auf Reichsebene, auf deren straffer Durchführung die Berliner mit Nachdruck bestanden[30], sollte geschehen durch Funktionäre, die gewählt waren vom "Vertrauen der Gleichgestellten", und die "jederzeit abberufbar, gestützt nur von Selbstarbeitenden"[31] sein sollten. Diese Zusammenfassung hatte nach Schröder nichts zu tun mit dem Zentralismus im alten Sinne, "einem Zentralismus, der die Massen um Weniger willen gängelt und knechtet"[32]. Sie schien ihm gerade das Mindestmaß organisatorischer Straffung der AAU zu gewährleisten, dessen eine revolutionäre Organisation bedurfte und das die Hamburger und die ostsächsische Richtung mit ihrem Bestehen auf der weitestgehenden Selbständigkeit der Einzelbetriebe oder der Einzelbezirke nicht anerkennen wollten. - Noch entscheidender als der Streit um Zentralismus oder Föderalismus war für die Entwicklung der AAU (und der KAP) die Frage des Verhältnisses der Unionen zur politischen Partei. Als entschiedenste Befürworter der Zusammenarbeit der Unionen mit der sie fördernden politischen Partei traten die Berliner Gründer der KAPD auf. Nach Schröder wurde durch die KPD(S) "die Masse als Werkzeug einer Partei"[33] mißbraucht; der Kampf galt der "Einzeldiktatur und (dem) organisierten Cliquen- und Instanzentum"[34], nicht Führern schlechthin. Eine im positiven Sinne führende Rolle sollte der KAP gegenüber der Union auf längere Zeit zukommen; die Union "anerkennt vorläufig die Notwendigkeit einer proletarischen Partei"[35]. In ihr - die

29) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6.
30) Vgl. dazu auch Paul Bötcher, op. cit., p. 75 ff.
31) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6; vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p. 20 f.
32) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 7. Vgl. auch: Karl Schröder, Das Werden der neuen Gesellschaft, p. 14 f.
33) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 8.
34) Ibidem, p. 8.
35) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 8.

von den herkömmlichen Parteien wesentlich verschieden sein sollte[36] - hatte sich eine klar blickende Elite zusammenzuschließen, die das "Studium aller Verhältnisse, aller Ereignisse, die Schulung noch nicht restlos Geklärter"[37] betrieb, die also "Geburts- und Erziehungshilfe"[38] für die Union leistete und sich mit der Erfüllung ihrer Aufgabe auf lange Sicht selbst überflüssig machte. Dies - insbesondere was die allmähliche praktische Selbst-Erübrigung der Partei betraf - recht fragwürdige Programm brachte viele Unionsanhänger gegen sich auf; obwohl sich Mitte 1921 Herman Gorter mit seiner ganzen Autorität dafür einsetzte[39], blieb das Verhältnis von Union und KAP auch in der majoritären Richtung der AAUD ein beständiger Diskussionsgegenstand.

Die Gründung der KAPD im April 1920 hatte der Berliner Richtung einen solchen Auftrieb gegeben, daß durch Beschluß der ersten Reichswirtschaftsrats-Tagung am 15. und 16.8.1920 der Sitz des Reichswirtschaftsrates und damit die oberste Exekutive der AAUD von Hamburg nach Berlin verlegt wurde[40] und dort trotz gelegentlicher Anträge der Opposition auf Rückverlegung nach Hamburg[41] bis zum Ende der AAU blieb. Mit den programmatischen Leitsätzen für die Union, die die Berliner auf der dritten Reichskonferenz der AAUD vom 12. bis 14.12. 1920 in Leipzig vorlegten[42], bestimmten sie die Diskussion im deutschen Unionismus bis zur Spaltung der AAU im März 1922 und konfrontierten sich als relativ zielbewußte Mehrheit einer recht großen, aber auch diffusen Opposition. Die Demarkationslinie zwischen Mehrheit und Opposition bildete sich durch die unterschiedliche Haltung zu drei Fragen. Zur Verbindlichkeit der Entschlüsse der Reichskonferenzen für alle angeschlossenen Organisationen, zur Stellung der KAP als "politischem Gehirn"[43] der Unionen und zur Beschickung des Gründungskongresses der "Roten Gewerkschafts-Internationale" (RGI). - Der Streit um Zentralismus oder Föderalismus spitzte sich schon auf der Leipziger Reichskonferenz zu auf die Frage, ob die Reichskonferenz bindende Entschlüsse fassen könne; die Mehrheit des Kongresses

36) Vgl. dazu unten den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD.
37) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 14.
38) Ibidem, p. 14; vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (1921), p. 24-28.
39) S. Herman Gorter, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o. O., o. J. Vgl. auch unten den Abschnitt über die Entwicklung der KAPD.
40) "Der Kampfruf" (Ostsachsen), 1. Jg. (1920), Nr. 19: Der Reichswirtschaftsrat der AAU.
41) Ein solcher Antrag der Opposition wurde auf der 4. Reichskonferenz im Juni 1921 abgelehnt. S. "Der Kampfruf", 2. Jg. (1921), Nr. 8.
42) "Der Kampfruf" (Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 35: Protokoll der Tagung der Reichskonferenz der AAU, und: Die Allgemeine Arbeiter-Union (1921), p. 47 f.; s. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XIII.
43) "Der Kampfruf" (Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 35.

erneuerte den in den Statuten der zweiten Reichskonferenz formulierten Beschluß, daß die Entscheidungen dieser höchsten Instanz der AAU dann bindend seien, wenn die betreffenden Fragen so frühzeitig der Gesamtmitgliedschaft vorgelegen hätten, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war. Man fügte nun hinzu, wer sich derartigen Beschlüssen nicht füge, der stelle sich selbständig außerhalb der AAUD. Die Delegierten der Bezirke Nord-West, Ostsachsen und West-Deutschland folgten allerdings dieser Aufforderung nicht, obwohl sie in den Reichskonferenzen lediglich "orientierende Besprechungen"[44] sehen wollten. Die mangelnde Einheit der AAUD in und zu den März-Kämpfen wurde von einer Reichswirtschaftsrats-Sitzung im Mai 1921 als Argument für energischere Zentralisierung ausgewertet: Die falsche Autonomie der einzelnen Wirtschaftsbezirke müsse fallen; "straffe Zusammenfassung zu einheitlichem Kampfe, zur Durchführung einer grundsätzlichen Plattform wurde allgemein für notwendig gehalten"[45]. Mit den gleichen Argumenten und in pointierterer Form trat Karl Schröder auf der vierten Reichskonferenz im Juni 1921 in Berlin in seinem Hauptreferat[46] für "den Zentralismus des Rätesystems von unten nach oben"[47] ein und für allgemeine Verbindlichkeit der Konferenz-Beschlüsse und setzte die Berliner programmatischen Leitsätze der dritten Reichskonferenz gegen die oppositionellen Programme der Bezirke Württemberg und Ostsachsen durch[48]. In der Frage des bindenden Charakters der Reichskonferenzbeschlüsse ging die Mehrheit unter Anführung Berlins einen entscheidenden Schritt über das Organisations-Statut hinaus, das im Mai 1920 noch unter der Vorherrschaft Hamburgs zustande gekommen war: Man strich den Passus über die obligatorische vorherige Kenntnisnahme der Anträge durch die Mitgliedschaften. Die Wirtschaftsbezirke Ostsachsen, Westsachsen, Mittelsachsen, Wasserkante, West-Deutschland, Rheinhessen, Württemberg und Teile Mitteldeutschlands und Thüringens erklärten dies als ein Spaltungsmanöver der Mehrheit, beugten sich aber "dem Gewaltakt der Berliner Richtung"[49], um solche Spaltungsabsichten zu vereiteln. In den von der Reichskonferenz der AAUD vom 6. bis 9.11.1921 in Eisenach angenommenen Statuten hieß es dann zur Reichskonferenz bündig: "Ihre Beschlüsse haben bindende Kraft für die Gesamtorganisation"[50]. Außerdem wurde ganz neu eingeführt ein fünfköpfiger "Reichsarbeitsausschuß" (RAA), dem neben einem von der Reichskonferenz gewählten Obmann vier Funktionäre des Vororts der AAU - mithin Berlins - angehörten. Damit war die Vorherrschaft Berlins auch statutenmäßig gesichert.

Die gleiche Entwicklungstendenz zur radikalen Durchsetzung des Berliner Konzepts ist auch in der Bestimmung des Verhältnisses der Unionen zur KAP zu verfolgen. Obwohl die KAPD gleich bei ihrer Gründung die AAUD in ihrem Programm als Nebenorganisation requirierte, nahm die Mai-Konferenz der AAU (1920) diese Neugründung noch kaum zur Kenntnis. Erst auf der dritten Reichskonferenz im Dezember des Jahres setzte die Diskussion zwischen den KAP-Fürsprechern und den bisher vorherrschenden Vertretern der Einheitsorganisation ein; klare Gegner des kombinierten KAP/AAU-Programms waren Ostsachsen, West-Deutschland und - wenn auch nicht ganz geschlossen - Nord-West[51]. Zur Festigung ihres Einflusses in den Unionen hatte die KAP auf ihrem Parteitag im Februar 1921 ihre Mitglieder nachdrücklich verpflichtet, mit aller Kraft in der AAU tätig zu sein[52]. Die Opposition auf der vierten Reichskonferenz im Juni 1921, die wieder durch die Delegierten der Wasserkante, Ostsachsens und West-Deutschlands zu Worte kam, sah darin einen erneuten Schritt der Berliner zur Spaltung der Unionen; diese "Zwangsrekrutierung für die Union" sei eine Diktatur über die Mitglieder der KAP und erfolge, um der Partei mehr Einfluß zu verschaffen[53]. Die Abänderungsvorschläge der Opposition zum Berliner Programm, das die Leipziger Reichskonferenz angenommen hatte, erklärten statt der Anerkennung der KAP durch die Unionen bei prinzipieller Ablehnung politischer Parteien lapidar: "Die AAU bekämpft alle politischen Parteien, weil ihre Organisationsformen der bürgerlichen Epoche entsprechen"[54]. In Ostsachsen war bereits in diesem Sinne die Liquidation der KAP durch die Unionen im Dezember 1920 erfolgt[55]; in Hamburg schloß die AAU Anfang Juni 1921 alle Mitglieder der KAP aus[56]. Die Berliner Vorstellungen vom gemeinsamen Kampfe der AAU mit der KAP setzten sich nur durch um den Preis der Abspaltung erheblicher Teile der Unionsbewegung. Wie der Streit um die Verbindlichkeit der Reichskonferenz-

44) "Der Kampfruf" (Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.35; s. auch "Der Kampfruf" (Berlin), 2.Jg.(1921), Nr.10: Die Opposition innerhalb der AAU.

45) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.4.

46) S. "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.8: Bericht der Reichskonferenz; s. auch: "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.27/28.

47) Ibidem.

48) S. den Text der beiden oppositionellen Programmentwürfe in: "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.21/22.

49) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.8.

50) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.29 Beilage: Bericht von der Reichskonferenz der AAUD in Eisenach vom 6. bis 9. November 1921.

51) Vgl. die Diskussionsbeiträge auf der Leipziger Reichskonferenz in: "Der Kampfruf", 1.Jg.(1920), Nr.35 und: "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.27/28.

52) S. KAZ (Berlin), 1.Jg.(1921), Nr.178: Zur Arbeit der KAP in der Union.

53) Vgl. das Protokoll der Reichskonferenz in: "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.4.

54) Ibidem.

55) Vgl. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

56) S. "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.4.

Beschlüsse war die Frage des Verhältnisses zur KAP Ende 1921 aufgrund der Durchsetzung der Berliner Richtung und des Beginns der organisatorischen Kristallisierung der Einheitsorganisations-Tendenz um die ostsächsische Organisation erledigt.

Dieser Prozeß wurde schließlich beschleunigt durch die unterschiedliche Stellungnahme der Berliner Richtung und insbesondere des Wirtschaftsbezirks Ostsachsen zur Gründung der "Roten Gewerkschafts-Internationale" (RGI), die im Juli 1921 in Moskau stattfand. Die Dezember-Konferenz der Unionisten von 1920 nahm eine Resolution an, die die Zugehörigkeit der AAUD zur Kommunistischen Internationale "aufgrund ihres Programms und ihrer revolutionären Aktivität"[57] erklärte; Ostsachsen, Württemberg, West-Deutschland und Braunschweig lehnten diese Resolution und auch die Aufnahme der AAU in die Komintern als sympathisierende Organisation ab. Diese Auseinandersetzungen liefen parallel zu denen um die Aufnahme der KAP in die Komintern, die namentlich von Karl Schröder betrieben, von Otto Rühle nach dessen Erfahrungen auf dem zweiten Weltkongreß der Komintern im Sommer 1920 abgelehnt wurde[58]. Die Reichswirtschafts-rats-Sitzung vom Mai 1921 beschloß mit zwei Drittel Mehrheit die Entsendung einer Delegation der AAUD zum Gründungskongreß der RGI gegen die Stimmen der Opposition. Schröder sah in der Teilnahme an der Gründung dieser neuen Internationale eine wünschenswerte Gelegenheit, die Ideen der deutschen Unionisten dem internationalen Proletariat vorzutragen[59] und - nachdem dieses Unterfangen der KAP im Rahmen der Komintern bereits als gescheitert angesehen werden mußte[60] - eine unionistische Opposition in der RGI aufzubauen. Die Stellung der AAU-Delegation auf dem Moskauer Kongreß Anfang Juli 1921 war allerdings aussichtslos; die "revolutionäre Gewerkschafts-Opposition" der VKPD erhielt 11 Stimmen für die Beschlußfassungen des Kongresses, die FAU (Gelsenkirchener Richtung) und die AAU je 2 Stimmen[61]. Abgesehen von der quantitativen Schwäche der AAUD auf diesem Kongreß wurde sie mit ihren Gewerkschaftsthesen völlig isoliert durch die unzweideutige Stellungnahme des Generalsekretärs der RGI, Losowski. In seinem Grundsatzreferat über "Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften" sprach er sich für die Zellen-Taktik der VKPD

57) "Der Kampfruf", 1.Jg.(1920), Nr.35.

58) Vgl. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAP. S. auch Rühles Kritik an der Komintern in: "Die Aktion", 10.Jg. (1920), Nr.37/38.

59) S. Schröders Hauptreferat auf der Juni-Konferenz 1921 in: "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.8.

60) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die KAPD und die Dritte Internationale.

61) S. dazu und zum folgenden: Bericht der Delegation der AAU vom Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, in: "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.28 Beilage.

aus und erklärte die Behauptung der deutschen Unionisten, die Gewerkschaften seien unverbesserlich konterrevolutionär, schon deswegen für falsch, weil "die Gewerkschaften eine Widerspiegelung der Arbeiterklasse sind"[62]. Während Schröder die Verbindung der RGI mit der Komintern von vornherein abgelehnt hatte, kündigte Losowski enge Zusammenarbeit der beiden Internationalen an. Der RGI-Gründungskongreß war für die AAUD ein Mißerfolg, der die Kritik der Opposition an der Beschickung zu rechtfertigen schien. Der Kontakt der AAU mit der RGI wurde bald ganz abgebrochen, wozu der Verlauf der KAP-Diskussion auf dem dritten Weltkongreß der Komintern[63] entscheidend beitrug; der RGI-Delegierte auf der Eisenacher Konferenz der AAU im November 1921 reiste schon am zweiten Tag wieder ab. Die theoretisch weniger selbstbewußte Gruppierung der FAU Gelsenkirchen blieb - wenn auch kein bequemes - Mitglied der RGI.

Als die drei Kardinalfragen (Verbindlichkeit der Reichskonferenz-Entscheidungen, Stellung zur KAP und zur Beschickung des RGI-Gründungskongresses) Ende 1921 praktisch durch die Abspaltung der Opposition geklärt waren und die Vorherrschaft der KAP über die Unionsmehrheit feststand, zeichnete sich bereits eine neue und ähnlich brisante Konfliktursache ab, die die AAU in zwei Lager spaltete und nicht aus inneren Richtungskämpfen resultierte, sondern aus den veränderten sozialen Gegebenheiten. Nach der Niederwerfung der März-Aktion der VKPD (1921) machte sich eine wachsende revolutionäre Lethargie der deutschen Arbeiter bemerkbar, die aus der neuen und anscheinend nunmehr definitiven sozialen Situation herrührte: Die gegenrevolutionären Kräfte in Wirtschaft, Armee, Verwaltung und Justiz bestimmten fortan aktiv das politische Tagesgeschehen[64]. Diese Erkenntnis breitete sich im Laufe des Jahres 1921 in Unionskreisen aus[65] und zwang zur Stellungnahme zu den nunmehr den politischen Alltag bestimmenden Lohnkämpfen und Teilstreiks, die in hinreichend präziser Form weder in den programmatischen Entwürfen der AAU noch im KAP-Programm enthalten war. Die verschiedenen Positionen, die sich um die Jahreswende 1921/22 im deutschen Unionismus herausbildeten, waren in auffälliger Weise denen ähnlich, die im deutschen Syndikalis-

62) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.28 Beilage; dort Auszüge aus den die AAU betreffenden Passagen der Rede.

63) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die KAP und die Dritte Internationale.

64) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte, p.100 ff.

65) Vgl. dazu: "Der Klassenkampf", 3.Jg.(1922), Nr.4: "Der erste Ansturm der proletarischen Revolution ist durch die internationale Bourgeoisie und die mit ihr verbündeten Amsterdamer Gewerkschaften erfolgreich abgeschlagen worden." "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.34: "Die erste stürmische Welle der Revolution ist in Deutschland abgeebbt. Die Zeit der direkten bewaffneten Auseinandersetzungen, der Besetzung von Regierungsgebäuden usw. ist einer ruhigeren gewichen."

mus nach der März-Aktion (1921) feststellbar waren. - Der hektische Aktivismus der Kreise um das rheinland-westfälische AAU-Organ "Der Klassenkampf" ist vergleichbar dem Aktionsbedürfnis der Ruhr-Opposition um die "Schöpfung" in der FAUD; eine wichtigere Gruppe in der AAU um Karl Schröder lehnte rigoros jegliche Beteiligung der AAU an wirtschaftspolitischen Tageskämpfen ab und zeigte eine doktrinäre Starrheit, die - bei ganz unterschiedlichen Inhalten - an die Haltung der Geschäftskommission der FAUD gemahnt; wie in der Gelsenkirchener Richtung setzte sich endlich in der AAU-Mehrheit die Meinung durch, die Beteiligung an praktischen Tageskämpfen sei unumgänglich. Die gemeinsame theoretische Basis, die den divergierenden Haltungen in der AAUD zugrunde lag und mit der die sozialrevolutionäre Zielsetzung der Union in einer anscheinend nicht mehr revolutionären Situation gerechtfertigt wurde, waren die Thesen von der "Todeskrisis des Kapitalismus", die seit 1921 von der KAPD formuliert wurden[66] und die trotz aller gegenteiligen Zeichen daran festhielten, daß das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus dessen endgültiges Schlußstadium sei. - Die Eisenacher Reichskonferenz der AAUD im November 1921 verabsäumte über der endlosen Programm- und Statutendiskussion die Stellungnahme zu den aktuellen Fragen des Verhaltens in den Lohn- und Teilstreiks, obwohl diese bereits kontrovers beantwortet wurden. Der Berliner "Kampfruf" hatte zur Zeit der Konferenz bereits dargelegt[67], daß unter dem Zwang der Verhältnisse, des momentanen Stagnierens der Revolution, der Kampf der Union um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen nicht zu vermeiden sei; dabei sei aber unabdingbar, daß man die Illusion, mit Erreichung dieser Nahziele sei objektiv eine Besserung der Lage der Proletarier bewirkt, zerstöre; eine solche Besserung sei innerhalb des Kapitalismus nicht möglich; auch dürfe man in diesen situationsbedingten taktischen Maßnahmen keinen Augenblick die wesentliche Aufgabe der Unionen sehen, denn das wäre ein Bruch mit der bisherigen Gesamttaktik. "So lange nun die Union das große Ziel der proletarischen Revolution im Auge hat, ist die Gefahr nicht allzu groß, daß die Beteiligung an Lohnkämpfen dem Opportunismus Terrain verschafft"[68]. Diese Position, die schließlich die Mehrheit der AAU für sich hatte und während der ersten Monate des Jahres 1922 in der Berliner KAZ gegen diejenige des Schröder-Kreises verfochten wurde, war den Unionisten um den Düsseldorfer "Klassenkampf" nicht hinreichend aktionsbetont. Sie sahen die adäquate Taktik während der gegenwärtigen Stagnationsphase in einer Art re-

66) S. dazu im einzelnen unten den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAPD.
67) S. "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.26-28: Die Stellung der Union zu den Lohnkämpfen.
68) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.28.

volutionären Gymnastik, in der Bildung von Aktionsräten mit der Aufgabe der sporadischen, gleichsam probeweisen Besetzung von Betrieben und der Beschlagnahme von Lebensmittellagern[69]; "Streiks und Betriebsbesetzungen, organisierte Beschlagnahme von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen, Ansichreißen der öffentlichen Gewalt an einzelnen Orten, wenn auch nur auf kurze Zeit, das sind alles Aktionen, deren Führung die Union übernehmen muß"[70]. - Gegen beide taktischen Entwürfe wandte sich eine lebhaft umstrittene Artikelserie im Berliner "Kampfruf" aus dem engeren Schröder-Kreis in Berlin[71]. Deren Autor - vermutlich Karl Schröder selbst - erkannte sehr scharf die schwachen Punkte in beiden Entwürfen. In der Düsseldorfer Opposition wies er den einigermaßen blindwütigen Tatendrang nach und verwarf ihre "Aktivität um jeden Preis"[72]. Für weit gefährlicher aber hielt er die Parole der Beteiligung an Lohnkämpfen; eine solche Beteiligung sei der Schritt der revolutionären AAU zum "Reformismus"[73], zur Übernahme gewerkschaftlicher Funktionen und folglich zur Preisgabe des systemsprengenden sozialrevolutionären Charakters der Union. - Mochten soweit die Gefahren der beiden Gegenpositionen treffend gekennzeichnet sein, so zeichnete sich in dem Beharren auf der reinen revolutionären Taktik in einer allen Anzeichen nach nicht mehr aktuell revolutionären Phase eine doktrinäre Grundhaltung ab; sie wurde theoretisch gestützt durch die - mit marxistischen Kategorien nicht haltbare - Argumentation, daß der Kampf um höhere Löhne ein Kampf um größeren Anteil am Privateigentum sei: "Nicht ein Stück des kapitalistischen Privateigentums, sondern das kapitalistische Privateigentum überhaupt ist das Kampfobjekt der Allgemeinen Arbeiter-Union"[74]. Die Unionisten hätten sich keineswegs indifferent zu verhalten im täglichen Existenzkampf gegen das Kapital, doch sei dieser Kampf nicht Sache der Union, sondern Angelegenheit eines jeden Unionisten als "Einzelmenschen"; die AAU organisiere "die proletarische Klasse zu dem alleinigen Zwecke der direkten Beseitigung des Kapitalismus als System; die persönliche Interessenvertretung des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus geht sie gar nichts an"[75]. - Diese neue Theorie - die in der Tat genug Angriffsflächen bot - drängte Karl

69) S. dazu den die Diskussion auslösenden Artikel eines rheinland-westfälischen AAU-Sprechers in: "Der Kampfruf", 2.Jg. (1921), Nr.34: Neue Wege im Klassenkampf. Vgl. die Schrödersche Kritik daran mit einer Gegenkritik in: "Der Klassenkampf", 3.Jg.(1922), Nr. 4.
70) Ibidem.
71) "Der Kampfruf", 3.Jg.(1922), Nr.4-8: Die Union - was sie ist und was sie nicht ist.
72) "Der Kampfruf", 3.Jg.(1922), Nr.2: Neue Wege im Klassenkampf?
73) Vgl. auch: "Der Kampfruf", 3.Jg.(1922), Nr. 5: Das Wesen des modernen Reformismus.
74) "Der Kampfruf", ibidem.
75) "Der Kampfruf", 3.Jg.(1922), Nr.4.

Schröder innerhalb der von ihm und seinen Freunden zur Vorherrschaft im deutschen Unionismus geführten Berliner Richtung in die Defensive. Seine "Einzelmensch-Theorie" oder - wie es auch hieß - sein "Individualismus" wurde zum Anlaß, bereits bestehende persönliche und theoretisch-taktische Spannungen in der Berliner KAP durch den Ausschluß Schröders und seines engeren Freundeskreises zu lösen[76]. Die Replik auf dessen Artikelserie im Berliner "Kampfruf" erfolgte in der Berliner KAZ[77]; man wies - unter kräftigem Appell an das verbreitete Ressentiment gegen die Intellektuellen - nach, daß die vom Schröder-Kreis nahegelegte Haltung die AAU zum völligen Attentismus, zum Streikbruch und zur Passivität verurteile: "Der Unionist hat also in Zukunft seine wirtschaftlichen Interessen allein nach Gutdünken zu vertreten und im übrigen zu warten, bis der Moment der direkten Beseitigung des Kapitalismus gekommen ist"[78]. - Die Initiative zum Ausschluß ging von der KAPD aus; auf einer Zentralausschußsitzung der Partei am 5. und 6. März 1922 wurde Karl Schröder mit Arthur Goldstein und Emil Sach ausgeschlossen; die AAU Groß-Berlin schloß sich diesem Verdikt mit rund 1000 gegen 20 Stimmen an[79]; wieder einmal waren damit im deutschen Unionismus die führenden Theoretiker abgestoßen, nachdem sie zu seinem Selbstverständnis maßgeblich beigetragen hatten. - Arthur Goldstein schloß sich bald darauf Paul Levi an und kam mit der Rest-USPD 1922 zur SPD zurück[80]. Karl Schröder hingegen gab sich nicht sofort geschlagen; mit finanzieller Hilfe aus KAP-Kreisen in Essen und aufgrund reger Agitation vereinigte er eine Minderheit der KAP und der Union um seine Thesen und konstituierte die sogenannte "Essener Richtung" der KAP und der AAU[81]. In den folgenden Jahren gaben die Berliner Richtung und die Essener Richtung je eine eigene KAZ und je einen eigenen "Kampfruf" heraus.

Die weitere Entwicklung der nunmehr in sich gespaltenen majoritären Richtung der AAU ist dadurch gekennzeichnet, daß in der Essener und in der Berliner Richtung die KAP und die AAU noch enger zusammenrückten. In der Berliner Richtung wurde dem Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, dem bald einzigen relativ mitgliederreichen und

76) S. dazu im einzelnen den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAP; vgl. auch Paul Hermberg, loc. cit., p. 218 ff.

77) KAZ (Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 9: Was geht in der Union vor? und: Nr. 10-12: Die Union - was sie nicht ist und was sie sein soll. Letzterer Artikel stammte von einem Mitglied des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAPD.

78) KAZ (Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 19: Offenes Rundschreiben an alle Mitglieder der Partei.

79) Ibidem.

80) Vgl. den Bericht der Zentralausschußsitzung der KAP vom 24. 9. 1922 in: KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 67.

81) Zu den Stärkeverhältnissen beider Richtungen vergleiche unten den Abschnitt über die organisationsfeindlichen Tendenzen in den linksradikalen Organisationen.

organisatorisch unversehrten der ganzen AAUD, eine bisher ungewöhnliche Machtstellung eingeräumt; der Reichs-Arbeitsausschuß z. B. war nicht mehr der Reichskonferenz, sondern der Berliner AAU verantwortlich[82]. Die fünfte Reichskonferenz dieser Richtung im Juni 1922 stand im Zeichen der Spaltung und der Selbstbestätigung der Richtigkeit der "Todeskrisen"-Theorie und der eingeschlagenen Taktik der Beteiligung an Lohnkämpfen; es kam sogar zur Teilnahme einer Berliner AAU-Delegation an einem Kongreß der gesetzlichen Betriebsräte, die aber keine Annäherung brachte. Das ungeheuer wachsende Inflationselend brachte 1923 den aktivistischen Kreisen um den Düsseldorfer "Klassenkampf" erhebliche Resonanz in der Berliner Richtung der Union. Auf der sechsten Reichskonferenz Anfang April 1923 mußte sich die Berliner AAU-Führung einen Mangel an Aktivität vorwerfen lassen; die Düsseldorfer wiederholten ihren Vorschlag, "Aktionsausschüsse" zu bilden mit anderen sozialrevolutionären Organisationen, um - wie eine Funktionärskonferenz von Groß-Hamburg im gleichen Sinne forderte - "in alle Kämpfe der Arbeiterschaft mit allen Kräften unter den Losungen der Revolution aktiv einzugreifen"[83]. Die Berliner weigerten sich, auf ein "Gemisch von Union, Syndikalisten und KPD-Leuten" zu bauen und sich "durch Revolutionsspielereien lächerlich zu machen"[84]. Durch diese seltsam starre Haltung war damit die AAUD gerade dann zur völligen Ineffektivität verurteilt, als sich ihre Theorie von der "Todeskrise des Kapitalismus" durch die wirtschaftliche Entwicklung zu bestätigen schien; sie landete in der gleichen Aporie wie die FAUD(S). Nach eigenen Angaben hatte die Berliner Richtung der AAUD Ende 1922 nur noch rund 12 000 Mitglieder im ganzen Reiche[85]. Wie Presse- und Broschürenmaterial der AAUD Berliner Richtung ausweisen[86], geriet die Organisation auch theoretisch in ein unfruchtbares Repetieren ihrer Grundsätze und in immer größere Entfernung von der Masse der Arbeiterschaft. - Dieses Schicksal hatte die Berliner Richtung mit der Essener Richtung der AAUD gemeinsam, die nach Angaben der Berliner KAZ Ende 1922 nur noch 600 Mitglieder zählte[87]. In

82) Vgl. den Organisationsbericht der 6. Reichskonferenz in "Der Kampfruf", (Berliner Richtung) 4. Jg. (1923), Nr. 14.

83) "Der Kampfruf" (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 24.

84) Ibidem. Die Berliner AAU hatte schon die Aktionsgemeinschaftsthesen mit der FAUD(S) 1921 abgelehnt. S. "Der Kampfruf", 2. Jg. (1921), Nr. 2: Wir und die Syndikalisten.

85) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

86) S. Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) hrsgg. von der AAU Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin 1923, mit den nur leicht veränderten Statuten und programmatischen Richtlinien von 1921. Und - mit der vorgenannten Broschüre nicht identisch -: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Die revolutionäre Betriebsorganisation), hrsgg. von der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1923, eine Neuauflage der Broschüre mit dem gleichen Titel von 1921.

87) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

ihrem "Kampfruf" die Parolen gegen die gesetzlichen Betriebsräte um einiges aggressiver vorbringend und die "reformistischen" Lohnkämpfe verurteilend[88] nahmen die Essener für sich in Anspruch, die eigentliche Tradition der AAU fortzusetzen, und beriefen eine Reihe eigener Reichskonferenzen ein. Organisationsnachrichten fehlten bald ganz im Essener "Kampfruf". - Beide Richtungen konnten 1923 ihren Mitgliederbestand geringfügig verbessern aufgrund der Inflationswirren, sanken jedoch durch die Zerschlagung ganzer Wirtschaftsbezirke und das Verbot ihrer Presse vom November 1923 bis Februar 1924[89] etwa auf den Stand von Ende 1922 zurück. Gemeinsam mußten sie in den folgenden Jahren - mehr oder minder resigniert - das - wie sie es verstanden - ungeheure Mißverhältnis zwischen der objektiv nach wie vor revolutionären Lage und dem gering entwickelten revolutionären Klassenbewußtsein des Proletariats feststellen. Bei der wachsenden theoretischen Unfruchtbarkeit des deutschen Unionismus war die Entwicklung zur politischen Sekte, die neben dem politischen Tagesgeschehen und davon kaum mehr berührt ihre Prinzipien repetiert, zwangsläufig. Eine Selbstkritik aus den Reihen der Union vom Mai 1931 charakterisierte die Entwicklung der Organisation nach 1921: Ein tiefer Riß klaffe zwischen Theorie und Praxis aller linkskommunistischen Organisationen; "obwohl nach dem Räteprinzip aufgebaut, bildeten sich infolge der ausschließlich ideologischen Betätigung im rapiden Tempo Führercliquen heraus, die sich untereinander aufs heftigste befehdeten. Ein wahres Spaltungsfieber setzte ein, das mit fortschreitender Vereinzelung in immer hemmungsloseren Formen sich vollzog"[90]. - Dennoch erwies die Union eine erstaunliche Beharrungskraft; in nunmehr stetiger Reibung mit der KAP setzten sich in den Restbeständen der majoritären Richtung der AAUD die Kräfte durch, die unter der Parole einer "beweglicheren Taktik" auf die aktive Beteiligung der Union an allen täglichen Kämpfen der Arbeiter drängten. Mit der Durchsetzung dieser Kräfte erfolgte die "praktische Liquidierung der KAP"[91], die in entgegengesetztem Sinne Einfluß zu nehmen suchte, und die Union bewies schließlich noch einmal ihre Unabhängigkeit von dieser Partei, vor der sie bereits bestanden hatte und die sie überdauerte. Auf einer

88) S. z. B. "Der Kampfruf" (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 15: Der historische Weg der AAU; "Der Kampfruf" (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 10: Grundlagen und Aufgaben der AAU, zur Reichskonferenz.

89) S. den Bericht der kombinierten Reichskonferenz der KAP/AAU Essener Richtung in: "Proletarier", 5. Jg. (1924), Nr. 10.

90) Kritik an den Waffen. Eine Betrachtung über wirtschaftliche und politische Arbeiterorganisationen, ihr Wesen, ihre Rolle im proletarischen Klassenkampf, Hrsg. Allgemeine Arbeiter-Union Bezirk Mitteldeutschland, unveröffentlichtes masch. schriftl. Manuskript 1931, p. 37.

91) Kritik an den Waffen, p. 38.

Vereinigungskonferenz vom 24. bis 27.12.1931 schloß sie sich mit den Restbeständen der AAUE zu einer "Kommunistischen Arbeiter-Union Deutschlands" (KAUD) zusammen und wurde erst durch die nationalsozialistische Machtübernahme zerschlagen; die letzte Nummer des Berliner "Kampfruf" als Organ der KAUD erschien im Februar 1933.

Die wichtigsten Tendenzen, die die majoritäre Richtung der Union in ihrer organisatorischen Konsolidierungsphase von 1920 bis 1921 abstieß und die eigene Alternativprogramme anboten, waren einerseits der Braunschweiger Industrie-Unionismus, in dem sich das IWW-Erbe der AAU am nachhaltigsten bemerkbar machte, und andererseits die Einheitsorganisations-Tendenz, die sich seit Herbst 1921 verselbständigte und als "Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation" (AAUE) konstituierte.

3. Der Braunschweiger Industrie-Unionismus

Die direkten IWW-Einflüsse auf den deutschen Unionismus waren auf eine gewisse ideologische und vermutlich auch finanzielle Starthilfe eingeschränkt[1]. Nach Wolffheims Ausscheiden bezeugte Karl Roche auf der Leipziger Reichskonferenz im Dezember 1920 zwar einen lebendigen Kontakt der Hamburger Union mit den amerikanischen IWW[2], betonte jedoch gleichzeitig, die AAU könne weder die IWW noch die WIIU kopieren. In letzterer Organisation, einer parteibejahenden Abspaltung der IWW, die sich seit 1915 "Workers International Industrial Union" (WIIU) nannte[3], war Karl Dannenberg[4] vor dem Weltkrieg als Redakteur tätig gewesen und versuchte nun von Braunschweig aus in ihrem Sinne auf die unionistische Bewegung in Deutschland Einfluß zu nehmen[5]. Dies gelang ihm besonders 1920 im mitteldeutschen Industriegebiet durch die Herausgabe einer in Braunschweig erscheinenden Zeitschrift "Allgemeine Arbeiter-Union", durch schriftliche und mündliche Agitation. In seiner Agitation hatte die Idee des revolutionären Industrie-Verbandes eine zentrale Stellung, die in den frühesten Programmentwürfen der linkskommunistischen Gewerkschaftsopposition

1) Vgl. oben den Abschnitt über das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Anfänge des deutschen Unionismus.

2) S. "Der Kampfruf", 1. Jg. (1920), Nr. 35.

3) Vgl. dazu Hans Böttcher, op. cit., p. 45 ff., und: Fred Thompson, op. cit., p. 38 ff.

4) Biographische Fakten über den Deutsch-Amerikaner Dannenberg zu ermitteln, mißlang bereits 1920 der politischen Polizei; s. pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/2. Eigene Erkundigungen des Verfassers blieben ebenfalls erfolglos.

5) Karl Dannenberg, Warum AAU? Revolutionäre Klassenaktion versus Bonzentum, Braunschweig o. J. (1919).

eine wesentliche Rolle gespielt hatte[6] und einer bereits vorhandenen Tendenz in den Gewerkschaften entgegenkam. Mit ähnlicher Einseitigkeit wie die Fanatiker der Einheitsorganisation und mit nicht geringem pädagogischen Geschick setzte Dannenberg das Gelingen der proletarischen Revolution in einen kausalen Zusammenhang mit der rechten Organisation der revolutionären Kräfte. Die bestehenden Gewerkschaftsverbände waren nach seiner Meinung unbrauchbar wegen ihrer reformistischen Praxis, weil sie die Revolution "nur als Endziel hervorheben, aber eine endlose Reihe von Palliativmitteln und Reformen als Gegenwartsforderungen propagieren"[7]; vor allem aber war ihre Organisation nach Berufs- bzw. Fachverbänden veraltet, da sie in keiner Weise "dem hochzentralisierten Charakter der modernen Industrie"[8] angemessen sei. Wie die übrigen Unionisten wollte Dannenberg die Basis der neu zu schaffenden revolutionären Wirtschaftskampf-Organisation unmittelbar am Orte der Produktion sehen; allerdings nicht in den kleinsten Zellen der Betriebsorganisationen, sondern in den verschiedenen Industrien, deren Arbeiter sich in umfassenden Verbänden straff zentralisiert und machtvoll vereinigen sollten. Im Gegensatz zu den alten Verbänden hatten sich die Arbeiter zu organisieren "nicht nach ihrem spezifischen Fach, nicht nach dem Werkzeug, das sie gebrauchen oder dem Rohstoff und Material, welches sie zufällig verarbeiten, sondern nach dem Charakter der Produkte, welche sie herstellen, mit anderen Worten - nach der Industrie, in der sie tätig sind"[9]. Das gesamte Wirtschaftsleben ließ sich nach den Vorstellungen des Industrie-Unionismus in sechs Industrie-Gruppen zusammenfassen: 1.) Agrikultur, Land, Fischerei und Produkte des Wassers, 2.) Bergbau, 3.) Transport und öffentlicher Verkehr, 4.) Manufaktur und allgemeine Produktion, 5.) Bauindustrie und allgemeine Konstruktion, 6.) Öffentliche Betriebe und Anstalten[10]. Jede dieser Industrie-Gruppen sollte - in sich noch einmal regional und nach Produktionsbereichen unterteilt -

6) Vgl. dazu die Abschnitte über die spontanen Streikbewegungen während des Krieges und über die Hamburger Linksradikalen.

7) Karl Dannenberg, Der Weg zur Macht, oder: Die konstruktiven Grundlagen des Sozialismus, o.O. o.J., p.16.

8) Ibidem, p.18.

9) Ibidem, p.24.

10) S. ibidem, p.23. Vgl. auch im einzelnen dazu die von Dannenberg übersetzten und herausgegebenen Broschüren: Daniel de Leon, Die Prinzipienerklärung der IWW, oder: Die geschichtliche Bedeutung des sozialistischen Industrie-Unionismus im Sozialisierungsprozeß, Braunschweig o.J.; und: Eugene V. Debs, Der sozialistische Industrie-Unionismus, oder: Rückständiger Fachegoismus gegenüber revolutionärer Klassensolidarität, aus dem Englischen übertragen und umgearbeitet von Karl Dannenberg, hrgg. vom Deutschen Press-Komitee, Literatur-Büro der WIIU, Hoboken N.J. 1920.

eine Kampfeseinheit in der revolutionären Übergangszeit und eine große Verwaltungseinheit in der zukünftigen neuen Gesellschaft bilden[11].

Diese Modellvorstellung des revolutionären Industrie-Unionismus, die sich im einzelnen viel zu ausschließlich als Gegenmodell zur "American Federation of Labor" (AFL) präsentierte und den spezifischen deutschen Bedingungen des Gewerkschaftswesens nicht gerecht wurde, erregte dennoch das Interesse gewisser Arbeiterkreise, in denen sich die Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Neuorganisierung nach Industrieverbänden durchgesetzt hatte[12]. Dies Interesse wurde nicht sofort - wie bei der Mehrheit des deutschen Unionismus - durch die strenge Ablehnung der Arbeiterparteien von der SPD bis zur KPD durch die Braunschweiger Unionisten zurückgestoßen. Wie in Amerika die WIIU in engster Verbindung mit der "Socialist Labor Party" (SLP[13]) agitierte, so suchte ihre deutsche Filiale in Braunschweig den Kontakt zu den großen Arbeiterparteien und hatte vorübergehend Erfolg damit in den Kreisen der linken USDP. Unter anderen sympathisierten namentlich Ernst Däumig und Richard Müller um die Jahreswende 1920/21 mit den Dannenbergschen Ideen und versprachen sich von der Schaffung autonomer Industrieverbände eine partielle Auflokkerung der zentralistischen Organisation des ADGB[14]. - Innerhalb der AAUD war der Braunschweiger Industrie-Unionismus zu dieser Zeit allerdings schon ganz isoliert besonders auf Grund seiner strengen Kopierung des amerikanischen Vorbildes; die Prinzipienerklärung, die die AAU Braunschweig z.B. auf den Reichskonferenzen der AAUD vorlegte, war eine nur leicht retouchierte Übersetzung der Prinzipienerklärung der IWW aus dem Jahre 1907[15]. Es fehlten schließlich in dieser Richtung die beiden wesentlichen Impulse der deutschen Unionsbewegung: die Idee der Betriebsorganisation und der Wille zur föderali-

11) Vgl. auch Hans Bötcher, op.cit., p.29 ff.

12) Dannenberg wandte sich ausdrücklich an diese Kreise: "Seit dem Zusammenbruch der 2. Internationale hat sich auch in der sozialistischen Bewegung dieses Landes eine gewaltige Unzufriedenheit mit den alten, quasi durch Tradition geaichten, theoretischen und taktischen Begriffen entwickelt. .. Wie aus den programmatischen Äußerungen beinahe sämtlicher sozialistischen Parteien zu ersehen ist, scheinen sie alle mit der Idee des Industrie-Unionismus zu kokettieren ... Besonders diesen Elementen ist ein Studium dieses Werkes zu empfehlen." Vorwort Dannenbergs zu: Eugene V. Debs, Der sozialistische Industrie-Unionismus, p.8.

13) Der Führer der WIIU, Daniel de Leon, war gleichzeitig Führer der 1874 gegründeten SLP. Bis zu seinem Tode im Jahre 1914 spielte die Partei eine bestimmende Rolle für diesen Seitenzweig der IWW, verlor dann aber mit der WIIU an Bedeutung. Die WIIU löste sich 1925 auf. S. Fred Thompson, op.cit., p.40.

14) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/2.

15) S. den Text in: Karl Dannenberg, Der Weg zur Macht, p.1. Vgl. mit dem Text der IWW-Prinzipienerklärung aus dem Jahre 1907 in: Fred Thompson, op.cit., p.I.

stisch-antibürokratischen Organisationsgestaltung. Außerdem konnte von einem so übergreifenden Gebilde wie dem Industrieverband nur dann sinnvollerweise die Rede sein, wenn nennenswerte Teile der Arbeiterschaft einer Industrie unionistisch organisiert waren. Da aber selbst im Bergbau und der Metall-Industrie die Unionisten eine sehr geringe Minderheit bildeten, mußte die anfänglich so wichtig genommene Idee des Industrieverbandes bald an Aktualität verlieren; hier zeigte sich tendenziell die gleiche Entwicklung in der AAU wie im deutschen Syndikalismus, wo der Aufbau von Industrie-Föderationen zwar angepackt, dann aber als Fragment belassen wurde. - All diese Faktoren bewirkten es, daß die Mehrheit der AAUD und ihre Opposition sich auf der Dezember-Konferenz 1920 nur in einem Punkte einig war: in der Verurteilung der Braunschweiger Richtung. Ein Delegierter aus Mitteldeutschland erörterte ausdrücklich die Frage "Bezirks- oder Industrie-Unionismus" und plädierte für die Beibehaltung der Einteilung der AAUD nach Wirtschaftsbezirken[16]. Roche bezeichnete die Dannenbergschen Bemühungen als Versuch der "Bildung rechtssozialistischer Zellen in der Union"[17] und der Berliner "Kampfruf" sprach von "sozialdemokratischen Flausen Dannenbergscher Couleur"[18], die die Union glücklicherweise im Begriff sei, schnell und einmütig abzuschütteln. Der Lagebericht der politischen Polizei vermerkt im Juni 1921, der Braunschweiger Unionismus sei zusammengebrochen und "der amerikanische Agent Dannenberg" sei spurlos verschwunden[19].

4. Die "Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation" (AAUE)

Eine bedeutendere Rolle als der Braunschweiger Industrie-Unionismus spielte die von Anfang an im deutschen Unionismus vorhandene Einheitsorganisations-Tendenz, die sich in der Opposition gegen die Berliner Richtung in der AAUD und unter der Führung des ostsächsischen und nord-westdeutschen Wirtschaftsbezirks verselbständigte. Entsprechend der Forderung nach Aufhebung der Zweiteilung der Arbeiterorganisationen in politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse war in Dresden schon im Dezember 1920[1], in Hamburg im Juni 1921 die Auflösung der KAP durch die Unionisten erfolgt[2]. Der ost-

16) S. "Der Kampfruf", 1.Jg.(1920), Nr.35.
17) Ibidem.
18) Ibidem.
19) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/95.
1) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.
2) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

sächsische Delegierte im Organisationsbüro der AAUD war bereits im Juni 1921 ausgeschieden, weil - nach seinem Urteil - "die Opposition doch nicht mit der Berliner Richtung unter einen Hut zu bringen sei"[3]. Die Gesamtopposition gegen die siegreiche Berliner Richtung hatte im gleichen Monat auf der 4. Reichskonferenz der Unionisten noch einmal den organisatorischen Bruch vermieden, ohne ihn schließlich verhindern zu können; die Mitgliedschaften der oppositionellen Wirtschaftsbezirke verweigerten die Zustimmung zur Haltung ihrer Delegierten auf der 4. Konferenz der AAU und lehnten das Berliner Programm vorbehaltlos ab, nachdem der von den Berlinern dominierte Reichs-Arbeits-Ausschuß alle Unionisten, die die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Reichskonferenz nicht anerkennen wollten, ausgeschlossen hatte. Die Spaltung aufgrund der längst vorhandenen Differenzen in den Fragen der Zentralisation, des Verhältnisses zur KAP und der Stellung der Union zur RGI und zur Komintern wurde zumal beschleunigt durch die Stagnation der revolutionären Entwicklung in Deutschland nach der Niederlage der März-Aktion (1921) der VKPD; der objektiven Möglichkeiten erfolgreichen Wirkens als Organisation durch den Sieg der gegenrevolutionären Kräfte benommen, begannen die taktischen und persönlichen Streitigkeiten im Inneren aller linksradikalen Organisationen sich auszutoben.

Der Wirtschaftsbezirk Ostsachsen hatte am frühesten mit der KAP gebrochen; er hatte mit den Thesen Otto Rühles[4] eine Alternative zum Berliner Programm in der Unions-Bewegung anzubieten. In Fortführung der gemeinsamen Arbeit in der frühen KAP machten sich Rühle und Pfemfert zu den theoretischen Anführern der Sammlung der Opposition in der AAU; Diskussions-Plattform war seit Anfang 1921 Pfemferts "Aktion"; eine Informationsstelle der Opposition wurde zuerst in Leipzig eingerichtet. Auf der 4. AAU-Reichskonferenz im Juni 1921 lagen zwei Richtlinien-Entwürfe der Opposition vor[5], die beide - wie Rühle es formulierte - diktiert waren von dem Widerstand gegen "die Bevormundung und Herrschaft einer dünnen Schicht KAP-Leute über die AAU"[6]. Der zweite dieser Entwürfe, der von Ostsachsen vorgeschlagen worden war und auf den sich die Anhänger der Einheitsorganisation schon auf der Eisenacher Reichs-Wirtschaftsrats-Sitzung im Mai des Jahres vorläufig geeignigt hatten, wurde im Oktober 1921 auf der ersten selbständigen Reichskonferenz der Opposition in Leipzig als "Richtlinien für die Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisa-

3) "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr. 8.
4) Vgl. unten über die syndikalistische Richtung in der KAP.
5) S. "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.21/22.
6) "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.21/22: Otto Rühle: Aufruf an die Opposition in der AAU.

tion)" angenommen[7]. Diese Richtlinien setzten - abgesehen von der Grundforderung der Einheitsorganisation - lediglich einige Akzente anders als das Berliner AAU-Programm; so lehnten sie das "Berufsführertum" schlechthin ab und forderten die Ehrenamtlichkeit aller Funktionen in der Organisation (Punkt 6 u. 7); sie markierten das Ziel der "herrschaftslosen Gesellschaft", für das die "Diktatur des Proletariats als Klasse" ein Durchgangsstadium zu sein hatte (Punkt 3) stärker. Die in Punkt 4 benannten nächsten Aufgaben der AAU wären in ihrer Abstraktheit auch den Anhängern der majoritären Richtung der AAU kaum unannehmbar erschienen. Anscheinend gaben sich diese Richtlinien als Minimalprogramm, das der größtmöglichen Zahl der untereinander keineswegs einigen oppositionellen Unionisten den Zusammenschluß ermöglichen sollte. Praktisch unterschied sich auch die Stellung der Gründungskonferenz der AAUE zu der aktuellen Frage der Teilnahme an Lohnstreiks nicht von derjenigen der AAU-Mehrheit der Berliner Richtung, die diese ein halbes Jahr später gegen die "Essener" einnahm. Prinzipiell erklärte sich die Konferenz ausschließlich für Massenstreiks revolutionären Charakters und gegen Lohnkämpfe; sie räumte aber ein, daß die Unionsmitglieder bei Ausbruch solcher Kämpfe "um der proletarischen Solidarität willen nicht abseits stehen"[8] könnten. - Auf der Leipziger Gründungskonferenz waren dreizehn Bezirke ganz oder teilweise durch 23 Delegierte vertreten; die zahlenmäßige Stärke dieser Abspaltung und mithin der Mitgliederverlust der AAU ist nicht zu ermitteln; sie darf nicht zu niedrig angesetzt werden, obwohl Pfemferts Angabe im Dezember 1922, seine Organisation umfasse 60 000 Mitglieder, zu diesem Zeitpunkt unglaubwürdig ist[9]. Dem zeitgenössischen Beobachter erschien es Mitte 1922 unter dem frischen Eindruck der erneuten Spaltung der AAU in Berliner und Essener Richtung, als stelle die AAUE die aufsteigende Tendenz innerhalb des deutschen Unionismus dar[10]; aber nach der momentanen Anziehungskraft, die all die Neugründungen auf der äußersten Linken im Augenblick ihres Entstehens ausübten, setzte in der AAUE der durch die größere Ungunst der sozialen Situation bedingte Desintegrationsprozeß vehementer und vielgestaltiger ein als in den anderen linksradikalen Organisationen.

7) S. "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42: Bericht von der Einheitskonferenz der AAUE: "Die heutige Reichskonferenz betrachtet die Richtlinien Ostsachens als grundlegende Richtlinien der Einheitsorganisation." S. den Text der Richtlinien im dokumentarischen Anhang, Nr. XV.

8) S. den Text der Resolution in: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42.

9) Vgl. "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1. Hermberg (op. cit., p. 223) zitiert kritisch die von der AAUE behauptete Mitgliederzahl von 212 000, in der in der Tat eine Propagandaziffer zu sehen ist.

10) S. Paul Hermberg, op. cit., p. 224. Hermberg sagte der AAU den gleichen Auflösungsprozeß voraus, wie ihn die parteifreundliche WIIU im amerikanischen Unionismus genommen hatte.

Der eigentliche Kristallisationskern der gesamten Organisation blieb der Wirtschaftsbezirk Ostsachsen, dessen Programm von Otto Rühle aufgestellt wurde; es blieb der einzige zusammenhängende theoretische Entwurf in der Geschichte der AAUE. Im wesentlichen waren Rühles Ideen über Organisation und Ziele der Unionen bereits dargelegt in der politisch-literarischen Produktion während seiner kurzen KAP-Zugehörigkeit[11]; im September 1921 begann er mit der Veröffentlichung einer erweiterten und systematisierten Fassung seiner Unions-Thesen in der "Aktion"[12], die er 1924 noch einmal ergänzte[13]. Während die AAU-Mehrheit immerhin die Thesen von der "Todeskrisis des Kapitalismus" als Argumentationsbasis für die von ihr geforderte Errichtung neuer und revolutionärer Organisationen anbot, wurde von Rühle bis 1924 die Frage nach der Aktualität der Revolution gar nicht weiter gestellt. Diese Aktualität voraussetzend drehte sich sein Denken um die eine Frage: "Welche Art der Organisation ist nunmehr die Organisation der Revolution, des revolutionären und sozialistischen Zeitalters?"[14] In der Verurteilung der "vorrevolutionären" Organisationen, der Parteien und der Gewerkschaften, brachte er in pointierter Form die Ideen vor, die seit 1919 Gemeingut des deutschen Unionismus waren. Partei und Parlamentarismus hingen nach Rühle unlöslich zusammen, die Partei ist "eine Formation und Waffe für die Interessenkämpfe auf der Basis bürgerlicher Politik"[15]. Ähnlich obsolet waren ihm die Gewerkschaften in der revolutionären Epoche; seit ihren Anfängen und ausschließlich bemüht um "die Herbeiführung besserer Lohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems"[16], durch ihre bürokratische Führung in dieses System integriert und durch ihre Kriegs- und Nachkriegspolitik vollends kompromittiert, schien ihm ihre Revolutionie-

11) S. besonders die stilistisch unter dem Einfluß expressionistischer Prosa stehende Darstellung: Otto Rühle, Revolution ist keine Parteisache!, Berlin 1920.

12) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38 ff: Otto Rühle, Grundfragen der Organisation. Erschien auch in Broschürenform: Otto Rühle, Grundfragen der Organisation, Frankfurt a. Main o. J. (1921).

13) Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden o. J. (1924). Diese Schrift wurde im Mai 1965 von einer Münchener Gruppe von Rätesozialisten neu herausgebracht als Beitrag zur Diskussion einer "neuen Arbeiterbewegung" und mit der Aufforderung zur Überwindung von "bürgerlichen Organisationsformen und bürokratischen Apparaten" in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung.

14) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38.

15) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38. Vgl. auch zur Charakterisierung der politischen Parteien: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 38 ff.

16) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 39/40. Vgl. auch: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 44 ff.

rung unmöglich, ihre Reformierung eine Illusion. Stimmte die ablehnende Charakterisierung der "vorrevolutionären" Arbeiterorganisationen so weit vollkommen - bisweilen bis zur wörtlichen Übernahme - mit Karl Schröders Unions-Thesen von 1920[17] überein, so kam mit Rühles Beobachtungen über die Rolle der Zentralisation in der bürgerlich-vorrevolutionären Epoche ein eigener Zug hinzu. Im Zentralismus glaubte er eine wesentliche Grundlage des bürgerlichen Staates sehen zu können, die Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Schulbetrieb, Militär und politische Organisationen in gleicher Weise bestimmte. Er erkannte - hierin weniger einseitig als die syndikalistische Kritik des Zentralismus[18] - dessen Vorteile, die in der Konzentration der Kräfte lagen; die Nachteile für eine politische Organisation überwogen jedoch nach seiner Meinung; sie lagen darin, daß der Zentralismus, "den Willen der Mitglieder lähmt, die individuelle Kraftentfaltung unterbindet und damit das Individuum in seiner Entwicklung zu selbständiger Persönlichkeit, zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit verhindert"[19]. Dies waren die alten Argumente, die sich aus der Vorkriegs-Kritik an der Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen ergeben hatten; der durch Rühle repräsentierte Zweig des Linkskommunismus vertrat sie am radikalsten und längsten. Neben diesen analytischen Überlegungen stimmte Rühle auch in der Darlegung des Wesens und der Aufgaben der neuen revolutionären Organisationen, der Betriebsorganisationen, mit Schröder überein[20] bis auf den - praktisch allerdings entscheidenden - Punkt der Einheitsorganisation. Deren Notwendigkeit leitete er daraus her - auch hier der Argumentation der Syndikalisten verwandt -, daß in der revolutionären Epoche ein Unterschied zwischen wirtschaftlichem und politischem Kampf wie bisher nicht mehr möglich sei; "da spitzt sich auch der kleinste Lohnkampf im Handumdrehn zu einer politischen Aktion zu"[21]. Während Schröder behauptete, Räteorganisationen wie die Einheitsorganisation könnten erst im Laufe der revolutionären Kämpfe entstehen[22], sah Rühle in jeder Organisation, die sich nicht schon jetzt

17) Vgl. dazu oben das Resumé der Schröderschen Gedankengänge im Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

18) Vgl. dazu oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der FAUD.

19) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

20) Rühle bekannte sich gelegentlich zu Schröder so lange, "als er noch kein KAP-Bonze war und noch nicht mit dem russischen Rubel 'sympathisierte'". "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 45/46.

21) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

22) Schröder polemisierte gegen die Opposition auf der Reichskonferenz im Juni 1921: "Die Idee, daß es nur eine Organisation geben solle, sei flach und erfordere kein Nachdenken. Sie sei primitiv und werde meist von Genossen vertreten, die in der Bewegung keine Erfahrung hätten." Unveröffentlichtes masch. schriftl. Protokoll der Reichskonferenz der AAU vom 12 bis 14. Juni 1921, in: Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/81.

als Einheitsorganisation präsentierte, ein Relikt aus der bürgerlichen Epoche. Obwohl mehr prinzipielle Gemeinsamkeiten zwischen beiden unionistischen Richtungen bestanden als taktische Gegensätze, wurden letztere von den literarischen Wortführern je länger je mehr mit fast monomanischer Wut gegeneinander ausgespielt und zogen die Spaltung nach sich.

Was sich an Richtungskämpfen zwischen den größeren Tendenzen im deutschen Unionismus ergab, wiederholte sich noch einmal im kleineren Maßstab innerhalb der zu so ungünstiger Stunde geborenen AAUE. - Die theoretisch-literarische Vertretung lag bis 1924 bei Otto Rühle und Franz Pfemfert, die sich durch das Hinzustoßen des späten USP-Renegaten und Berliner Justizrates Dr. jur. James Broh[23] zum Triumvirat ergänzten und in der "Aktion" für die Einheitsorganisation stritten; ihnen standen als stetige Mitarbeiter in dieser Tätigkeit bei die expressionistischen Schriftsteller Carl Sternheim, Max Herrmann-Neiße und Oskar Kanehl. Unter ihrem Einfluß und als quasi-offizielles Organisationsblatt der AAUE erschien seit 1921, von der Berliner Organisation herausgegeben, die "Betriebsorganisation", die ab 1922 den Kopf "Die Einheitsfront, Organ der AAUE" trug; die hier zu Worte kommenden Kräfte der AAUE bildeten in den folgenden Jahren den organisatorischen Kern, der sich behauptete in der Auseinandersetzung mit denen, die zu einer allzu radikalen Auslegung der föderalistischen Grundsätze ("Fabrikschornstein-Autonomie") neigten, und im Kampfe mit anderen Formen der Desintegration wie Intellektuellen-Feindschaft, Isolierung durch Nichtteilnahme an Teilstreiks usw. Ein anderer relativ fester Kreis von AAUE-Genossen bildete sich in Frankfurt a. Main und in Hamburg, wo der "Unionist" nun als Organ der Einheitsorganisation erschien. - Auf der 2. Reichskonferenz der AAUE am 24. und 25. 9. 1922 in Weimar, von der man sich eine Stabilisierung der Organisation versprach, zeigte sich aber, daß diese bereits aus einem schwer entwirrbaren Knäuel kontroverser Richtungen bestand. Allein in der Klage über den "Terror der Gewerkschaften" gegenüber den in den Betrieben oft vereinzelten AAUE-Mitgliedern waren sich die meisten Delegierten einig. Streit entstand über den gegenwärtigen nur informativen Charakter der Reichskonferenzen, das rechte Verständnis des föderalistischen Prinzips, die empfohlene Solidarität in Teil-

23) Dr. Broh, bislang führender Vertreter der Berliner USPD, brach Anfang 1920 durch die Veröffentlichung einer scharfen Kritik am "Revolutionsprogramm" der USPD vom März 1919 mit seiner Organisation; er forderte die Nichtbeteiligung an Parlamenten und an der Gewerkschaftsarbeit und statt dessen die Organisierung "revolutionärer Betriebs- und kommunaler Arbeiterräte". S. Dr. James Broh, Entwurf eines Programms der USP verfaßt im Auftrage der politischen Kommission des Aktionsrates Charlottenburg, sowie Kritik des Aktionsprogramms, Berlin 1920. Zu seiner Sicht der Entwicklung der KPD und der USPD s. besonders: Parolen und Programm der KPD, von James Broh, in: "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 39/40.

streiks und die Nichtbeteiligung an den Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsräten. Angesichts der auseinanderstrebenden Tendenzen, die auf der Weimarer Konferenz sichtbar wurden, sah ein Beobachter die AAUE vor die Frage gestellt: "Räteorganisation oder Desorganisation?"[24]. Die Hauptströmung in der AAUE, die eine organisatorische Festigung durch die Verbindlichkeits-Erklärung der Reichskonferenzbeschlüsse und die Errichtung von Reichsinstanzen anstrebte, schloß sich während des Jahres 1923 unter Vorangehen der Ortsgruppen von Frankfurt a. Main, Dresden und Berlin innerhalb der Organisation zu einer Fraktion der "Rätekommunisten" zusammen, wollte aber das Risiko einer Spaltung um jeden Preis vermeiden[25]. Von der Berliner "Einheitsfront" wurde dieser Zusammenschluß mit der Lehre aus der Weimarer Konferenz begründet, daß "es unmöglich ist, auf der Basis der Desintegration und des Partikularismus im Interesse der Revolution erfolgreiche Arbeit zu leisten"[26]. -

Zwei in Organisation und Programm der AAUE angelegte Möglichkeiten machten sich schon bald nach der Gründungsversammlung bemerkbar: die der gänzlichen Organisationsverneinung und die des Überganges zur syndikalistischen FAUD. Während des Jahres 1922 häuften sich im Heidenauer AAUE-Organ "Die Revolution"[27] die Stimmen, die für die Abschaffung der Reichskonferenzen und sämtlicher organisatorischer Bindungen überhaupt plädierten und die Zielangabe der Klassendiktatur des Proletariats aufgaben. Diese Tendenz, deren Entstehung zur Fehde im ostsächsischen Stammbezirk der AAUE zwischen Dresden und Heidenau führte und die auch im Reiche Anhänger hatte, beschloß Ende 1923 die organisatorische Selbstauflösung[28]. Sie stand wie die artverwandte Düsseldorfer Strömung in der FAUD in Verbindung mit dem österreichischen tolstojanischen Anarchisten Rudolf Großmann[29]. - Die Weimarer Konferenz der AAUE hatte den Bezirk Westsachsen ausgeschlossen angeblich wegen seiner Befürwortung der Teilnahme der AAUE an Wahlen zu gesetzlichen Betriebsräten[30], wie sie im Zwickauer Blatt "Der Weltkampf"[31] propagiert worden sei. Tatsächlich war diese Propaganda des westsächsischen Bezirks nur Teil

24) "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 39/40.
25) S. dazu "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 15.
26) "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 4.
27) "Die Revolution, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Einheitsorganisation", 1. Jg. (1921) ff.
28) S. Einzelheiten unten im Abschnitt über die organisationsverneinenden Tendenzen.
29) S. "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 41/42.
30) Vgl. die Diskussion um den Ausschluß im Bericht über die Reichskonferenz der AAUE am 24. / 25. September 1922 in Weimar, in: "Die Revolution", 2. Jg. (1922), Nr. 40.
31) "Der Weltkampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Einheitsorganisation, Wirtschaftsbezirk Westsachsen", 4. Jg. (1921) ff.

einer offeneren Taktik, die ein Paktieren mit allen etwa gleich intentionierten Organisationen vorsah; die Zwickauer Genossen sahen die Organisation vor die Alternative gestellt, entweder - wie die Fraktion der Rätekommunisten - in dogmatischer Prinzipienstarrheit die AAUE zu dezimieren und ins "Sektiererwesen" abdrängen zu lassen, oder die Organisation nach allen Seiten hin offen zu halten und so der stagnierenden Bewegung neue Impulse zu geben[32]; sie führten ihren Kampf gegen die "Reinheitsorganisation" und für die "Massenorganisation"[33]. In konsequenter Weise unterhielten die Zwickauer, die auch außerhalb ihres engeren Bezirkes einige hundert Anhänger im Reiche hatten, nach ihrem Ausschluß Verhandlungen mit der "Union der Hand- und Kopfarbeiter" und mit der FAUD(S). Auf einer Versammlung der Zwickauer AAUE am 10. 5. 1923 kam je ein Sprecher dieser beiden Organisationen zu Worte und legte deren Grundsätze dar[34]; die Entscheidung fiel im August 1923 für die Eingliederung in die FAUD der Syndikalisten[35]. - Aufgrund dieser Richtungskämpfe und des Verbots an vielen Stellen des Reiches um die Jahreswende 1923/24 wurde die Integrationskraft der AAUE erheblich reduziert[36]. Es gab nach der Weimarer Konferenz im September 1922 jahrelang nur den lockeren Zusammenhalt einer gemeinsamen Reichs-Informations-Stelle in Zwickau, der sich seit Anfang 1923 noch eine Reichs-Informations-Stelle der Rätekommunisten in Frankfurt a. Main gegenüberstellte[37]. Gegen den Widerstand der durch die Zwickauer Informations-Stelle vertretenen übrigen Teile der AAUE veranlaßten die Rätekommunisten schließlich die Einberufung einer 3. Reichskonferenz der AAUE vom 21. bis 23. 6. 1924 in Dresden. Die Vorbereitung der Reichskonferenz war besonders von der AAUE in Frankfurt a. Main und Hamburg betrieben und vom Dresden-Ostsächsichen Bezirk durchgeführt worden. Die Hauptsorge der rätekommunistischen Fraktion galt der Stabilisierung der Organisation; in ihren von Dresden vorgelegten Statuten[38] kamen sie doch wieder auf die - wenn auch eingeschränkte - Verbindlichkeit der Beschlüsse der jährlich abzuhaltenden Reichskonferenz zurück und führten auch wieder - wie in

32) Vgl. z. B. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 14.
33) Vgl. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 10, 15 usw.
34) S. die für die jeweilige Organisation historisch aufschlußreichen Reden in: "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 22 u. 25.
35) S. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 35. Der "Weltkampf" erschien ab Nr. 37 des 5. Jahrgangs mit dem Untertitel "Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) Wirtschaftsbezirk Westsachsen"; er stellte vermutlich im Oktober 1923 sein Erscheinen ein.
36) Vgl. dazu den Rückblick: Drei Jahre AAUE, in: "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.
37) S. "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 4.
38) S. den Text der Statuten in: "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 6. S. auch: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 60 ff.

der AAU - einen Reichswirtschaftsrat ein. Die Zwickauer Informations-Stelle mit ihrer Anhängerschaft wurde wegen ihrer Ablehnung von Reichskonferenzen usw. ausgeschlossen; sie erklärte sich in ihrem Publikationsorgan "Proletarischer Zeitgeist"[39] weiterhin als "Ablehner der zur Vergewaltigung und Energielähmung führenden bindenden Entschlüsse"[40] und konstatierte die erneute Spaltung der AAUE. Der "Proletarische Zeitgeist" erschien als Diskussionsblatt dieses AAUE-Splitters noch bis 1933[41]. Die Rätekommunisten, zu denen eine nicht abschätzbare, aber sehr kleine Zahl von Mitgliedern gehörte, konnten sich nunmehr als unangefochtene Erben der AAUE-Tradition betrachten. Sie verfügten noch einige Jahre über die "Aktion" und länger noch über die "Einheitsfront" als Publikationsorgane. Rühle stellte noch einmal in ihrem Dienst eine Art theoretische Zusammenfassung der Einheitsorganisations-Diskussion auf[42], bevor er sich 1925 von der linksradikalen Tradition resigniert abwandte[43] und in die SPD zurückkehrte. - Wie allgemein in den Jahren der vorübergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung seit 1924 ein Trend zum Zusammenschluß zwischen den linksradikalen Splittergruppen entstand, so sah sich auch die Rest-AAUE nach Partnern um. Die am längsten gehegten Verbindungspläne galten der FAUD(S); schon in der KAP hatten sich Rühle und Pfemfert zu Verteidigern der deutschen Syndikalisten gegen ungerechtfertigte Anwürfe gemacht[44]; auf dem Gründungskongreß der syndikalistischen Internationale, auf dem Pfemfert im Dezember 1922 als Gast anwesend war, hob er die Gemeinsamkeiten der AAUE und der FAUD hervor und sah lediglich in den Gewaltlosigkeits-Forderungen der Syndikalisten einen ernsthaften Gegensatz; an gemeinsamen Grundsätzen nannte er im einzelnen: Föderalismus, direkte Aktion, Generalstreik und soziale Revolution, Betriebe und Werkstätten als Fundament der kommenden Gesellschaft; beide seien antiautoritär, staatsfeindlich und gegen die Parteidiktatur[45]. Nach dem IAA-

39) "Proletarischer Zeitgeist, Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung", 1. Jg. (1922), ff.
40) "Proletarischer Zeitgeist", 3. Jg. (1924), Nr. 26: An alle Mitglieder der AAUE.
41) Die letzte Nummer (12. Jg. (1933)) erschien bereits in der Illegalität als hektographiertes Zirkular.
42) Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden 1924.
43) S. dazu: Otto Rühle, Warum bleiben die Massen in der Partei?, in: "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 15: "Die Massen bleiben in der Partei als Produkte und Opfer einer Erziehung, die sie in Familie, Schule, Fabrik, Kaserne, Partei und Staat erhalten haben. - Eine Erziehung zu Gehorsam, zu Respekt vor der Autorität, zur Unselbständigkeit, zum Minderwertigkeitsgefühl, zur Angst vor der Verantwortung. - Solange wir diese Erziehung haben, wird es Kirche und Parteien geben, werden Pfaffentum und Parteibonzen nicht auszurotten sein."
44) S. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.
45) S. "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1; s. auch: "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 1-4.

Gründungskongreß lebte die Diskussion um eine Assoziierung mit der FAUD in Anknüpfung an die gemeinsamen Richtlinien der Berliner AAU und FAU vom April 1921[46] wieder auf[47], blieben aber ohne praktische Ergebnisse.

Nach der teilweisen Revision der AAUE-Leitsätze im Juni 1924 waren die meisten der ehemaligen Differenzen mit der früheren unionistischen Mehrheit aus dem Wege geräumt; Versuche, mit der KAP/AAU Berliner Richtung ins Gespräch zu kommen, scheiterten an der Ablehnung der KAP[48]. - Müheloser und erfolgreich waren schließlich 1926 die Verhandlungen der Rest-AAUE mit einer linken Oppositionsgruppe jüngsten Datums aus der KPD, mit der eine Vereinigung aufgrund des Programms viel weniger nahelag als mit der AAU oder der FAU, von der die AAUE aber nicht jahrelange und in persönliche Animositäten ihrer Sprecher umschlagende taktische Scharmützel trennten. Es kam im Laufe des Jahres 1926 zuerst zu einem "Kampfkartell", dann zu einer Vereinigung mit einer vor allem in Niedersachsen bestehenden und zu Beginn des Jahres aus der KPD ausgeschlossenen linken Oppositionsgruppe um Iwan Katz[49]. Eine Konferenz beider Gruppen in Göttingen am 20.11.1926 beschloß die Gründung eines "Spartakusbund Nr. 2" als "politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation"; die Berliner "Einheitsfront" der AAUE und das "Mitteilungsblatt" der Katz-Gruppe wurden zusammengelegt und erschienen unter dem neuen Kopf "Spartakusbund". Diese Verbindung, die von der Berliner KAP als historische Schattenbeschwörung beargwöhnt wurde[50], dauerte nicht lange und die AAUE bestand selbständig weiter. Franz Pfemfert entzog nun seine "Aktion" der Einheitsorganisation und stellte sich und sein Blatt in den Dienst trotzkistischer Oppositionsgruppen[51]. Einigermaßen intakte AAUE-Gruppen bestanden weiter in Dresden, Hamburg und Frankfurt/M[52]. Als sich in der Rest-AAU die wirtschaftlich-politische Einheitstendenz in dem Maße durchsetzte, daß

46) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Düsseldorfer Opposition in der FAUD.
47) S. "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 8 und 11.
48) Ein Brief James Brohs vom Oktober 1924 an die Berliner KAZ mit dem Vorschlag der Gründung einer Kampfgemeinschaft blieb unbeantwortet. S. "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 12.
49) Zur Person Iwan Katz' und zur Vorgeschichte der Gruppe s. Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition ..., loc. cit., p. 366 ff.
50) S. "Proletarier", 2. Jg. (1926), Heft 8/9: Die Auferstehung des Spartakus.
51) Vgl. dazu Siegfried Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, phil. Diss. Heidelberg 1958 (Masch.).
52) In Frankfurt/M. gab die sehr rührige AAUE noch 1926 eine Zeitschrift neu heraus: "Die Proletarische Revolution, Organ für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse", Hrg. AAUE Frankfurt/M; das Blatt erschien bis 1932.

es 1931 zur praktischen Auflösung der KAP kam, stand der Wiedervereinigung der Restbestände der beiden Strömungen im deutschen Unionismus nichts mehr im Wege, die im Dezember 1931 erfolgte.

VIII. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS" (KAPD)

1. Der Gründungskongreß der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) im April 1920 und sein Programm

Sogleich nach dem Ausschluß der 18 oppositionellen Delegierten auf dem Heidelberger Kongreß der KPD(S) riefen die Linkskommunisten unter der Führung Hamburgs zur Sammlung gegen die Zentrale auf:

"Alle Parteiorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auf dem Standpunkt stehen, daß die proletarische Diktatur die Diktatur der Klasse sein muß und nicht die Diktatur der Führerschaft einer Partei, die weiterhin der Auffassung sind, daß revolutionäre Massenaktionen nicht von einem geheimen Führerbund von oben her befohlen, sondern aus dem Willen der Massen selbst emporschlagen müssen und vorbereitet werden durch die organisatorische Zusammenfassung der revolutionären Proletarier in revolutionären Massenorganisationen auf breitester demokratischer Grundlage, werden aufgefordert, sich mit der Parteiorganisation in Hamburg ... in Verbindung zu setzen"[1].

Die Hamburger Linkskommunisten um Laufenberg und Wolffheim begannen, sich durch ihre "Erste Kommunistische Adresse" seit Mitte November 1919 als Sprecher der Gesamtopposition der KPD(S) zu disqualifizieren. Die Bremer Organisation, der man die Funktion der Informationsstelle der Opposition übertragen hatte, wurde zunächst zum Sammlungspunkt des Linkskommunismus. Sie war bereit, die Haltung gegen den Parlamentarismus bis zu einem gewissen Grade zu revidieren; die Informationsstelle legte Abänderungsanträge zu den Heidelberger Leitsätzen vor, die von den Hamburgern nicht anerkannt wurden; die Opposition des 2. Parteitages war jetzt in sich gespalten. Die Bremer Informationsstelle stritt im Namen der Oppositionsmehrheit zu Beginn des Jahres 1920 an zwei Fronten, gegen die Zentrale und gegen die Hamburger gleichzeitig[2]. Die Mehrheit der Opposition beabsichtigte zu dieser Zeit keineswegs die Spaltung der Partei; nach dem Oktober-Parteitag der KPD(S) (1919) hatten sich mit Laufenberg nur drei weitere der ausgeschlossenen Delegierten für die sofortige Tren-

1) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 151. Hervorhebung im Original.
2) Vgl. zur Situation in der Opposition den sehr aufschlußreichen Artikel im "Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1920), Nr. 2: Aus der KPD. Die Genesung der KPD.

nung von der Partei erklärt, die übrigen waren gegen einen solchen Schritt[3]. Die durch die Bremer Informationsstelle repräsentierte Mehrheit der Oppositionellen war sich der Tatsache bewußt, das Gros der Mitgliedschaft der KPD(S) hinter sich zu haben; sie rechnete außerdem mit einer Wendung der Komintern zu ihren Gunsten und gegen die Levi-Zentrale, da Pannekoek, der sich ja in einer Reihe von Aufsätzen um die Jahreswende 1919/20 mit ihrer Taktik einverstanden erklärt hatte, von Lenin persönlich und als Theoretiker sehr geschätzt wurde[4]. Sie drängte auf einen neuen Parteitag, auf dem nach der nunmehr abgeschlossenen Meinungsbildung über die Heidelberger Leitsätze von der Mitgliedschaft der Partei abgestimmt werden sollte. In einem Aufruf vom 23.12.1919 forderte die Bremer Informationsstelle:

"1. Einberufung einer neuen Reichskonferenz Ende Januar.
2. Zulassung aller Bezirke, die vor der 3. Reichskonferenz zur KPD gehörten, ganz gleich, ob sie die Leitsätze anerkennen oder nicht.
3. Die sofortige Zur-Diskussionstellung von Leitsätzen und Anträgen für die Reichskonferenz.
4. Die Zentrale ist verpflichtet, bis zur Einberufung der neuen Konferenz jede weitere parteispaltende Tätigkeit einzustellen"[5].

Die Zentrale hingegen betrachtete die oppositionellen Bezirke der Partei nach dem Heidelberger Kongreß als ausgeschlossen; Levi verfolgte seine parteiinterne Politik, die zur Abspaltung der Opposition führen sollte, unbeirrbar weiter. Sie berief in Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden und anderen Städten Großversammlungen gegen die dortige oppositionelle Majorität der Kommunisten ein. Die Bezirke, deren Konferenzen sich nach dem 2. Parteitag gegen die Heidelberger Leitsätze ausgesprochen hatten, wurden in der Zentralausschußsitzung der KPD(S) am 7. und 8. Februar 1920 endgültig ausgeschlossen[6]. Der 3. Parteitag der KPD(S) am 25. und 26. Februar bestätigte noch einmal den Ausschluß der Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Ostsachsen und lehnte ein Eingehen auf die Abänderungsvorschläge der Bremer Informationsstelle der Opposition mit der Begründung ab, sie könne nicht darüber verhandeln, so lange die Opposition sich nicht von der "kleinbürgerlich-nationalistischen Richtung Wolffheim-Laufenberg" losgesagt habe[7]. Der Nationalbolschewismus

3) So der Bremer Sprecher in der Diskussion der Zentralausschußsitzung der KPD(S); vgl. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 48.
4) Vgl. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.
5) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 197.
6) Vgl. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 36: Aus der KPD. Die Spaltung der Partei nun doch perfekt. Vgl. auch Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.
7) S. Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S) am 25. u. 26. Februar 1920, Berlin 1920, p. 7.

Laufenbergs und Wolffheims machte der Zentrale in der Tat leichtes Spiel; anders als in Heidelberg lagen jetzt mit marxistischen Grundsätzen schwerlich zu vereinbarende Programmsätze vor; der Nationalbolschewismus diente der Zentrale aber auch jetzt wieder als Vorwand, insofern als er in der Gesamtopposition nur von einer kleinen Minderheit vertreten wurde und gerade die Bremer Oppositionellen schon seit zwei Monaten gegen Laufenbergs und Wolffheims "Adresse" polemisierten[8]. - Auf dem 3. Parteitag wurde offenbar, in welchen Zustand der Zerrüttung die KPD(S) geraten war durch die Spaltungsvorgänge. Heinrich Brandler resignierte nach seinen Beobachtungen in Rheinland-Westfalen: "Wir haben überhaupt noch keine Partei"[9]. Der Geschäftsbericht der Zentrale präzisierte die Lage in den einzelnen Bezirken der Partei[10]. In den ausgeschlossenen Bezirken, die durchweg die mitgliederstärksten der Partei waren, versuchte die Zentrale die Organisation neu aufzubauen; in Groß-Berlin schlossen sich von etwa 8000 Mitgliedern nur etwa 500 der Zentrale an[11]. Auch in den nicht pauschal ausgeschlossenen Bezirken war die Opposition sehr stark; in Essen standen z. B. von nahezu 2000 Mitgliedern nur 43 zur Zentrale und deren Leitsätzen[12]. Trotz dieser für die Opposition äußerst günstigen Lage vollzog sich die Spaltung der KPD(S) auch in den Wochen nach dem 3. Parteitag noch nicht, der am 2. Verhandlungstage von der Polizei gesprengt wurde und so zu keinem Abschluß der Diskussion gelangte. Die spaltungswillige Fraktion der Hamburger Nationalbolschewisten war zu klein, um eine Parteineugründung zuwege zu bringen und die Bremer Oppositionsmehrheit erkannte die Spaltungsmanöver der Levi-Zentrale weiterhin nicht an; zudem verhinderte der Streit der Oppositionsmehrheit mit den Nationalbolschewisten eine solche organisatorische Neubildung. Der entscheidende Anstoß zur Gründung der KAPD kam von außen. Die Zentrale hatte in der Folge ihrer aktionsfeindlichen Haltung zuerst gegen den Generalstreik bei der Gelegenheit des Kapp-Putsches am 13. 3. 1920 aufgerufen und hatte dann Vertreter zu den Verhandlungen über das sogenannte "Bielefelder Abkommen" zur Beilegung der bewaffneten Kämpfe im Ruhrgebiet im Anschluß an den Generalstreik delegiert[13]. Der ehemaligen linken Opposition der KPD(S) erschien dies Verhalten als ein "Aufgeben des revolutionären Kampfes"[14], als eine Überleitung der Politik der Kommunisten von der revolutionären Ak-

8) Vgl. dazu den Abschnitt über die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus.
9) Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S), p. 16.
10) S. ibidem, p. 34-38.
11) S. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.
12) S. "Der Klassenkampf", 1. Jg. (1921), Nr. 15.
13) Vgl. Einzelheiten zu diesen Vorgängen unten im Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in der Aktion 1920/21.
14) S. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 122.

tivität zur Passivität. In unmittelbarer Reaktion darauf rief die Berliner Organisation eine Konferenz der Gesamtopposition im deutschen Kommunismus zusammen, die die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen "Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" am 4. und 5. April 1920 in Berlin beschloß. 24 auswärtige und 11 Berliner Delegierte vertraten nach eigenen Angaben etwa 38 000 ehemalige Mitglieder der KPD(S), d.h. mehr als 50 % der Gesamtmitgliedschaft[15]. Von den ehemaligen Bezirken der KPD(S) hatten folgende Delegierte entsandt: Berlin, Brandenburg, Nord, Nordwest, Thüringen, Ostsachsen, Westsachsen, Elberfeld-Barmen; andere Bezirke waren nicht vertreten wegen der Verkehrsschwierigkeiten in der wirren Situation nach dem Kapp-Putsch und schlossen sich später der neuen Partei an. Dem Kongreß präsidierte je ein Vertreter der drei linkskommunistischen Richtungen, die bei der Gründung der KAPD zusammenkamen: Berlin, Hamburg und Dresden.

Die auf dem Kongreß gehaltenen Referate waren durchweg hoch gestimmt. Das Bewußtsein herrschte vor, etwas völlig Neues zu schaffen, was bisher noch nirgendwo Tatsache geworden sei: "Die proletarische Partei, die das Führertum alten Stils endgültig verabschiedet und selbst und eigenmächtig ihre Geschicke bestimmt"[16]. In dem vom Gründungskongreß erlassenen Aufruf[17] an das deutsche Proletariat hieß es daher, die KAPD sei "keine Partei im überlieferten Sinne"[18]; das Hauptziel der neuen Organisation sei die "Befreiung von jeglichem Führertum"[19]. In so entschiedener Weise war in der Tradition des jüngeren Radikalismus das Führerproblem in den proletarischen Organisationen nur von den ISD bzw. IKD formuliert worden. Man nahm nur deren Forderungen wieder auf und distanzierte sich wie diese Vorläuferorganisation auch offen vom "Spartakus"-Bund; die Tendenz des "Spartakus"-Bundes während des Krieges sei noch auf "eine Partei alten Kalibers" hinausgelaufen; sie "lief darauf hinaus, daß die Massen das Objekt der theoretischen Ausführungen und Vorschriften der Führer zu sein haben"[20]; von einer "Begünstigung oder einer Entwicklung der antiautoritären Stimmung der Massen konnte keine Rede sein"[21]. Man sah in der Entwicklung der Zentrale der KPD(S) eine abermalige Bestätigung der so oft zitierten Notwendigkeit der Selbständigkeit der Massen. Im Vorwort zum Programm der KAPD vom Mai 1920 hieß es dazu, die verräterische Haltung der Levi-Zentrale rechtfertige aufs neue die Erkenntnis, "daß die radikale Beseitigung jeglicher Führerpolitik die Voraussetzung für den raschen Fortgang der proletarischen Revolution in Deutschland"[22] sei. Auch auf die subjektive Seite des sozialen Transformationsprozesses, der Pannekoek in Reaktion auf Kautskys Sozialfatalismus so große Bedeutung zugemessen hatte, wies man nachdrücklich hin:

"Unter Sozialismus verstehen wir nicht nur die tote Mechanik der sozialistischen Produktionsform, sondern die geistige Wandlung zu sozialistischem Denken und Empfinden. Mit dem Werden der sozialistischen Welt, mit dem Werden der Räte, muß auch der letzte Schimmer des kapitalistischen Denkens, des eigensüchtigen Fühlens ausgetrieben werden"[23].

Ein Berliner Sprecher forderte den Kongreß zur Stellungnahme zum Kampfmittel der Sabotage auf. Darüber sei vielleicht bei Marx nichts zu finden, es sei aber zumal im Kampf gegen die "Weißen Garden" der Freikorps unentbehrlich. Man könne sich überhaupt, nachdem man die Kampfmethoden des Syndikalismus übernommen habe, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber einer Kampfgemeinschaft mit den Syndikalisten verhalten. Selbstverständlich ziehe man einen klaren Trennungsstrich gegenüber der Ideologie des Syndikalismus, die auf einem vormarxistischen Standpunkt stehengeblieben sei[24]. Zu den Hamburger Nationalbolschewisten, deren Sprecher Laufenberg und Wolffheim auf dem Kongreß nicht anwesend waren, hieß es, man könne Sätze wie den des "Burgfriedens mit der Bourgeoisie" nicht akzeptieren. Der Kongreß nahm schließlich eine Resolution für die 3. Internationle an und Entschließungen über die Organisationsgrundsätze der Partei, gegen den Parlamentarismus und gegen das Betriebsrätegesetz sowie für die AAU.

Die vom Gründungskongreß der KAPD beauftragte Programm-Kommission legte ihr Werk Mitte 1920 den der Partei angeschlossenen Organisationen zur Diskussion vor. Das Programm wollte nicht mehr sein als eine Zusammenfassung der bisherigen linkskommunistischen Selbstverständigungsversuche. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse um den Kapp-Putsch vom März 1920 ging das Programm von der Voraussetzung aus: "Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ist überreif für den Ausbruch der proletarischen Re-

15) Vgl. hierzu und zum folgenden: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90: Bericht über den Gründungs-Parteitag der KAPD am 4. und 5. April 1920 in Berlin.
16) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.
17) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 15/16. S. auch im dokumentarischen Anhang Nr. XVI.
18) Ibidem.
19) Ibidem.
20) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.
21) Ibidem.
22) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1920, p. 3; vgl. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XVII.
23) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.
24) Ibidem.

volution"[25]. Wenn die objektiven Bedingungen für die soziale Revolution gegeben seien, die permanente Krise aber nicht die Revolution auslöse, so müßten die hemmenden Faktoren subjektiver Natur sein. Die Ideologie des deutschen Proletariats sei immer noch im Banne bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen befangen.

"Die Psychologie des deutschen Proletariats in seiner gegenwärtigen Verfassung trägt nur allzu deutlich die Spuren der jahrhundertelangen militaristischen Versklavung, daneben aber auch die Merkmale eines mangelnden Selbstbewußtseins, wie sie sich als Folge des parlamentarischen Kretinismus der alten Sozialdemokratischen Partei und der USP einerseits sowie des Absolutismus der Gewerkschaftsbureaukratie andererseits mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußten. Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle. Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats"[26].

Das war - nur leicht paraphrasiert - Pannekoeks Theorie der sozialen Revolution, wie er sie Ende 1919 und Anfang 1920 im dauernden Kontakt mit der linken Opposition im deutschen Kommunismus entwickelt hatte[27]. Mit seinen Worten lehnte das Programm die Arbeit im Parlament und in den Gewerkschaften als "reformistische" und "opportunistische" Kampfmethoden ab[28], die der Entwicklung des proletarischen Selbstbewußtseins nur hinderlich seien und Verwirrung stifteten. - An der Ausarbeitung des Programms der KAPD hatte die Berliner Organisation, der als Initiatorin der neuen Partei von Anfang an die Führungsrolle zufiel, entscheidenden Anteil. Den Theoretiker und Sprecher der Berliner KAP, Karl Schröder, verbanden seit Ende 1918 enge freundschaftliche Beziehungen mit Herman Gorter, dem Freund und ideologischen Gefährten Anton Pannekoeks. Man hat in Pannekoek den Inspirator des Programms der KAPD vom Mai 1920 zu sehen; bald nach Veröffentlichung des Programms billigte er es vollinhaltlich. Es blieb gültig bis Ende 1923; der Parteitag der Berliner Richtung der KAP im September 1923 beschloß - nach Ausschluß Karl Schröders und seiner Anhänger und angesichts der inzwischen gemachten Erfahrungen - ein umfangreicheres und in mancher Hinsicht neues Programm[29].

Die konkrete Festlegung des Organisationsaufbaus durch eine Verbands-Satzung erfolgte in der KAP wie in der AAU erst allmählich in

25) Programm der KAPD (1920), p. 6.
26) Programm der KAPD (1920), p. 7.
27) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heidelberger Parteitag.
28) Programm der KAPD (1920), p. 8.
29) S. Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924.

der Diskussion, obwohl die Berliner Gründergruppe dem ersten Kongreß der Partei gleich fertige Statuten vorlegte[30]. Diese Statuten gaben sich entsprechend den Ideen des "proletarischen Zentralismus" der Berliner[31] nicht hinreichend föderalistisch, um widerspruchslos von den übrigen Strömungen in der KAP und von den Mitgliedern hingenommen zu werden. Das KAP-Programm vom Mai 1920 beschränkte sich auf die allgemeine Empfehlung zur Statuten-Diskussion, daß die Garantie der unmittelbaren und unverfälschten Ausdrucksmöglichkeit des revolutionären Massenwillens das Leitmotiv für den Aufbau der Partei sein müsse[32]. In dieser Diskussion waren die vorgesehenen Instanzen desto umstrittener je höher sie in der Staffelung von der Orts-Organisation bis zur Reichs-Leitung rangierten. In radikaler Weise um die Selbstbestimmung der Mitglieder in der Partei bemüht, lehnte insbesondere der Wirtschaftsbezirk Ostsachsen ein Weisungsrecht der höheren Instanzen ab[33]; da die ostsächsische Richtung schon bald aus der Partei gedrängt wurde, setzte sich schließlich die Satzung, die dem Gründungskongreß vorgesetzt worden war, mit geringen Abänderungen durch. Die vom Parteitag festgesetzten Wirtschaftsbezirke der KAP, deren Anzahl und Grenzen sich wie bei der AAU auf die Dauer erheblich veränderten, untergliederten sich in Ortsgruppen. Die Selbständigkeit der Wirtschaftsbezirke war im Vergleich mit den entsprechenden Organisationseinheiten in der AAU und der FAU allezeit erheblich eingeschränkter; ihre Autonomie bestand nur in technischen Fragen, im übrigen oblag ihnen die "Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen" (Punkt 3). Trotz dem zentralen Organisationsaufbau war der demokratische Charakter der Willensbildung in der Partei durch mehrere Vorkehrungen gesichert: Der Parteitag, die oberste beschlußfassende Instanz, war mindestens einmal jährlich einzuberufen und wurde von den Delegierten der Wirtschaftsbezirke beschickt, die allein stimmberechtigt waren; Einberufung, Tagesordnung und Anträge

30) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90; s. den Text der Statuten im dokumentarischen Anhang Nr. XVIII.
31) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU. Vgl. dazu auch Karl Schröder auf dem 2. Parteitag der KAP: "Den Zentralismus im alten Sinne lehnen wir ab; er ist für uns etwas Totes. Aber eine Zusammenschmiedung, wie sie der Fortgang der Revolution ... uns notwendig aufzwingt durch das Werden der Räteorganisation, diese Art des Zentralismus können und dürfen wir nicht ablehnen, bei der Gefahr, in einzelne Splitter zu zerfallen. Der Föderalismus, sofern er bedeutet die vollkommene Freiheit jeder kleinen einzelnen Gruppe, ist ein Unding und widerstrebt dem Gedanken der Gemeinschaft sowohl wie der Räteorganisation." Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP vom 1.-4. 8. 1920, unveröffentlichtes masch. schriftl. Manuskript, p. 117.
32) S. Programm der KAPD (1920), p. 3 f.
33) S. einen Statutenentwurf mit dieser Tendenz in: KAZ (Groß-Berlin) 1. Jg. (1920), Nr. 108.

eines Parteitages mußten so rechtzeitig bekanntgegeben werden, daß eine vorherige Diskussion durch die Mitglieder möglich war (Punkt 7). Durch die Wahl- und Funktionsveränderungen der beiden höchsten Exekutiv-Organe der Partei, der "Zentralleitung" - dann "Zentralausschuß" genannt - und dem "Geschäftsführenden Ausschuß" (Punkt 9) - dann "Geschäftsführender Hauptausschuß" genannt - wurde die demokratische Organisationspraxis allerdings beeinträchtigt. Die "Zentralleitung", bzw. der "Zentralausschuß", bestand aus je einem Delegierten eines jeden Wirtschaftsbezirks und den Mitgliedern des "Geschäftsführenden Ausschusses", der die laufenden Geschäfte zwischen den Parteitagen wahrnahm und damit eine Schlüsselstellung hatte. Wurde gemäß den Gründungs-Statuten der "Geschäftsführende Ausschuß" unmittelbar vom Parteitag mit einfacher Mehrheit gewählt (Punkt 9), so sanktionierte das neue Statut der KAPD, das auf dem sechsten Parteitag im September 1923 angenommen wurde, lediglich einen bestehenden Zustand, wenn es dem Vorort der Partei - als der kein anderer als Berlin jemals in Frage kam - das Recht einräumte, den "Geschäftsführenden Hauptausschuß" aus seinen Reihen zu stellen[34]. Eine ähnliche statutenmäßige Festlegung der Vorrangstellung der Berliner Organisation ist auch in der Entwicklung der AAU festzustellen[35]. Sie beruhte in der KAP nicht zuletzt darauf, daß Berlin nicht nur die Ursprungsstätte der Partei war, sondern daß sich hier auch nach Abspaltung der Hamburger und der Dresdener Richtung ihr Organisationsleben immer ausschließlicher konzentrierte. Der gesamte Presse- und Verlagsapparat der KAP befand sich - auch dies seit dem sechsten Parteitag statutenmäßig festgelegt -[36] in den Händen des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg. Von den früheren linksradikalen bzw. linkskommunistischen Presseorganen war der Bremer "Kommunist" mit dem Verbleiben der Bremer Linkskommunisten in der KPD(S) für die KAP ausgefallen; der Dresdener "Kommunist" erschien zuerst als Organ der KAP und stellte Ende 1921 nach der Gründung der AAUE sein Erscheinen ein; die bis zur Gründung der KAP wichtigste Zeitung der linken Opposition in der KPD(S) von überregionaler Bedeutung, die Hamburger KAZ, erschien - nach der Isolierung der Hamburger Nationalbolschewisten - Ende September 1920 zum letzten Mal. Das Berliner Verlagshaus der KAP gab neben dem gesamten Broschüren- und Flugblattmaterial und dem Unions-Organ "Der Kampfruf" das wichtigste Publikationsorgan der Partei heraus, die "Kommunistische Arbeiter-Zeitung" (KAZ) für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, die nach Angaben der Polizeiakten im Januar 1921 mit 8000 Exemplaren in Berlin, mit

34) S. Programm der KAPD (1924), p. 43.
35) S. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU.
36) S. Programm der KAPD (1924), p. 44.

5000 im Reiche vertrieben[37] und nach Abspaltung des Schröder-Kreises seit Mitte 1922 in Berlin und Essen durch je selbständige Redaktionen hergestellt wurde. Zudem wurden im Namen des gleichen Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin zwei Jahrgänge der "Kommunistischen Montags-Zeitung, Organ der KAPD" seit 1920 herausgebracht; im gleichen Verlagshause erschien ab Oktober 1920 als theoretisches Organ der KAP, in dessen ersten Jahrgängen die Beiträge von Pannekoek und Gorter zahlreich waren, der "Proletarier, Monatsschrift für Kommunismus"[38]. -

Der KAP als politischer Partei waren als Nebenorganisationen angegliedert die in der AAU zusammengefaßten Betriebsorganisationen, die Kampforganisationen und die Jugendorganisationen. - Das Programm der KAP war vor allem eine Zusammenfassung bereits formulierter Prinzipien der Linkskommunisten; in einem Punkte war es aber neu: in dem Versuch, das Verhältnis der KAP zu den Arbeiter-Unionen, zur AAU, zu bestimmen. In der AAU hatte sich schon im Februar 1920 die Tendenz, die gegen eine Unterstellung der Unionen unter die KPD(S) war, durchgesetzt; die Existenz der neuen, die Bildung der Unionen im Gegensatz zur KPD(S) fördernden Partei, schuf eine ganz neue Situation. Die Berliner, die in der weiteren Entwicklung der AAU die Führerrolle übernahmen, aber zugleich alle entschiedenen Befürworter der Einheitsorganisation gegen sich aufbrachten, vertraten die enge Zusammenarbeit der Betriebsorganisationen mit der KAP. Nach dem Parteiprogramm sollte die KAP "in nimmermüder Propaganda" innerhalb der Union arbeiten; Kampfparolen müßten vereinbart werden und die Betriebsorganisationen zu "beweglichen Waffen der Partei"[39] sich entwickeln. Die Partei sollte die Aufgabe der "Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft"[40] übernehmen, die Unionen sollten die breite Massenbasis bilden, auf deren organisatorischem Fundament die neue Gesellschaft nach der siegreichen Revolution sich unmittelbar aufbauen würde. Dieses Berliner Konzept wurde recht schnell von einem großen Teil der Unionisten angenommen; bereits gegen Ende des Jahres 1920 war die AAU zu einer Art ergänzenden Wirtschaftskampf-Organisation der KAP geworden. - Eine weitere Neben-

37) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15681/64.
38) Der erste "Proletarier" erschien bis Mitte 1922; er wurde vom November 1924 bis November 1927 von der Berliner Richtung der KAP neu herausgegeben mit dem Kopf "Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf, Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" und erschien noch ein drittes Mal im Februar 1933 bereits in der Illegalität vorgeblich als Organ der "Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands", tatsächlich jedoch hergestellt im alten KAP-Verlagshaus in Berlin.
39) S. Programm der KAPD (1920), p. 12.
40) Ibidem, p. 12.

organisation der KAPD war die illegale "Kampforganisation"[41]. Die seit Anfang 1920 von der KPD(S) aufgebauten Kampforganisationen, para-militärische Truppen für den Fall des bewaffneten Kampfes, wurden von der Spaltung der Partei zwar auch betroffen, in der Praxis bestand jedoch die Aktionsgemeinschaft weiter. Im Mai 1920 bildete sich eine militärische Zentrale aller revolutionären Parteien Deutschlands, die ihren Sitz in Berlin hatte. Die Zentrale der KPD ermahnte dazu, "daß unter allen Umständen Fühlung mit der USPD, der KAPD, der Arbeiter-Union und den Syndikalisten zu nehmen"[42] sei. Soweit die Kampforganisationen überhaupt realisiert wurden, ist anzunehmen, daß sich in ihnen aktivistische Elemente zusammenfanden, für die das Parteietikett eine durchaus untergeordnete Bedeutung hatte; gemäß den Statuten der Kampforganisation der KAP konnten auch waffenfähige Arbeiter dazugehören, die nicht der Partei angehörten. Das Interesse der KAP an solchen para-militärischen Organisationen ergab sich aus ihrem "maximalistischen", aktiven Klassenkampf-Programm[43]. Die Statuten der Kampforganisation[44] begründeten ihre Notwendigkeit:

"Analog der klaren Erkenntnis, daß nur der bewaffnete Aufstand das Proletariat aus der Knechtschaft befreien kann, daß auch andererseits die Reaktion dem Proletariat den Kampf aufzwingen wird, sieht sich das revolutionäre Proletariat gezwungen, eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe es in der Lage ist, zur gegebenen Stunde als vollwertige Kampftruppe den Kampf aufzunehmen"[45].

Die Kampforganisationen sollten sich in jedem Wirtschaftsbezirk bilden. Soweit sie tatsächlich aufgebaut wurden, waren sie als Wanderklubs oder Sportvereine getarnt. Die Waffen waren im Betrieb oder in bewachten Verstecken aufbewahrt. Die Kampforganisationen sollten im Rahmen revolutionärer Massenbewegungen ihre Aktivität entfalten und dann militärisch unabhängig, aber in ständigem Kontakt mit der politischen Führung der Partei operieren. Sie blieben organisatorische Fragmente und waren mit den Kampforganisationen der extremen Rechten, den Freikorps, Wehrverbänden usw., weder im Organisations- und Ausstattungsgrad noch hinsichtlich ihrer Effektivität auch nur vergleichbar. Als sich im August 1920 die militärischen Leitungen der USPD, der KPD(S) und der KAPD zu einer Tagung trafen, vermerkte man in allen Bezirken einen Mangel an Mitgliedern, an Waffen und an Munition in den Kampforganisationen[46]; relativ am besten organisiert waren diejenigen in Berlin, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland. An bekannten Kommunisten waren auf dieser Tagung Franz Jung als Vertreter der KAP und Paul Frölich als Vertreter der KPD(S) anwesend. Im Oktober 1920 gab die KAP-Führung die Parole aus an ihre Mitglieder, aus dem bisherigen Bündnis mit der USP und KPD in den Kampforganisationen auszuscheiden und eigene militärische Kadres zu schaffen[47]. Durch diese Maßnahme und durch die Zerschlagung des ganzen militärischen Organisationsnetzes der Linksradikalen im Ruhrgebiet im Januar 1921 verlor die ohnehin nur rudimentär entwickelte Kampforganisation der KAPD immer mehr an Bedeutung. Nach dem Bericht eines am Aufbau der Kampforganisation führend beteiligten KAP-Mitglieds war im Februar 1921 die Berliner Kampforganisation der KAP zu dem Zeitpunkt kaum brauchbar. Nach Polizeiberichten schien "weder die KAPD noch die AAU ihren Kampforganisationen allzu viel Vertrauen entgegenzubringen"[48]. Wie bereits in der Betrachtung der Rolle der Linkskommunisten und Syndikalisten in den Kämpfen vom November 1918 bis April 1919 zu sehen war[49], spielte das organisatorische Moment in diesen großen Sozialbewegungen eine geringe Rolle. - Mit der Dreiteilung in die Partei und die mit ihr verbundenen Betriebsorganisationen und Kampforganisationen war das Grundmuster der KAPD aufgestellt. Die Partei forderte außerdem noch den Aufbau von Jugendorganisationen, die sich als "Kommunistische Arbeiter-Jugend" (KAJ) am 27. und 28.11.1920 in Braunschweig konstituierten. Die KAJ hatte Mitte 1921 angeblich etwa 4150 Mitglieder in 44 Ortsgruppen, war also im Verhältnis zur Gesamtpartei sehr stark[50]. Sie gab seit 1921 ein eigenes Publikationsorgan in Berlin heraus unter dem Titel "Rote Jugend, Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend"; die KAJ hatte große Selbständigkeit gegenüber der Partei und hielt ihre eigenen Reichskongresse ab; sie stand in dauernder enger Verbindung mit der einige hundert Mitglieder umfassenden Jugendorganisation der holländischen KAP[51] und führte einen permanenten Klein-

41) Zuverlässige Angaben über diesen Organisationszweig sind sehr spärlich. Aus dem Presse- und Broschürenmaterial der KAPD ist über diese Geheimorganisation natürlich nichts zu erfahren. Die folgende Darstellung stützt sich auf das in den Polizeiakten enthaltene Material. S. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785; Rote Armee, 2 Mappen.

42) Zitiert in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/29.

43) S. Programm der KAPD (1920), p. 8.

44) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/7; s. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XIX.

45) S. ibidem.

46) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/28.

47) S. Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/51.

48) Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15786/47.

49) S. oben den Abschnitt über die Stellung der linksradikalen Kräfte in und zu den Kämpfen vom November 1918 bis April 1919.

50) S. Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15680/1.

51) S. "Rote Jugend", 3. Jg. (1923), Nr. 8. Die Jugendorganisation der KAPH gab gleichfalls ein eigenes Blatt heraus, das mit einer Auflagezahl von 500 und unter dem Namen "De Baanbreker" erschien.

krieg mit den Jugendorganisationen der KPD, nachweisbar bis 1927. - Der Auf- und Ausbau dieses weiteren Organisationsrahmens der KAP war in vielfacher Weise abhängig vom Entwicklungsgang der Partei.

2. Das Berliner Zentrum der KAPD

Die Levi-Zentrale der KPD(S) hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit der Spaltung der Partei ihr Ziel erreicht hatte. Nach Darstellung der Zentrale hatte die Taktik der Opposition durch die Ablehnung legaler Mittel in einer nicht mehr aktuell revolutionären Situation zur Folge, daß die KP sich von der wirklichen geschichtlichen Aktion abkapseln und in eine religiöse Sekte verwandeln würde, "die die reine Lehre hütet und die 'reine revolutionäre' Aktion als Sektenritual betreibt"[1]. Auf dem 4. Parteitag der KPD(S), der 10 Tage nach der Gründungsversammlung der KAPD stattfand, ging man über den erheblichen Mitgliederverlust forsch hinweg mit der Erklärung, es spiele keine Rolle, ob die Partei an Zahl zugenommen habe; Hauptsache sei, sie habe sich zu größerer Entschlossenheit und Klarheit entwickelt[2]. - Bei dieser Indifferenz gegenüber der KAPD blieb es schließlich in den folgenden Monaten nicht. Man prangerte einerseits die von der KAP, bisweilen mit Brachialgewalt, unternommenen Stör- und Sprengversuche der von der Zentrale einberufenen Versammlungen an[3]; andererseits konzentrierte man die Polemik gegen den linken Flügel der KAP um den "Anarchisten" Otto Rühle[4] und das rechte Extrem der Partei um die "Nationalisten" Laufenberg und Wolffheim[5] und bemühte sich - zu Unrecht -, beide als für die neue Partei schlechthin repräsentativ hinzustellen. Nachdem gegen Ende des Jahres 1920 diese beiden extremen Flügel der linkskommunistischen Partei abgestoßen waren, gab neben den grundsätzlichen Differenzen vor allem die vorübergehende Zugehörigkeit der KAP zur 3. Internationale Anlaß zur Fortsetzung der Polemik. Lenin selbst empfahl noch im August 1921 nach Ausschluß der deutschen Linkskommunisten aus der Komintern, die KPD solle jetzt der KAP nicht mehr so viel Aufmerksamkeit schenken. "Durch unsere Polemik gegen sie machen wir für sie nur Reklame"[6].

1) "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.20: An die Partei! Zum organisatorischen Abschluß der Parteidifferenzen.
2) S. "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.66 ff. Vgl. auch die Betrachtung zur Parteispaltung in der der Zentrale unterstehenden "Internationale", 2.Jg.(1920), Nr.21.
3) Vgl. dazu zahlreiche Berichte in: "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.53, 61, 91, 97 usw.
4) S. "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.65, 68, 71, 74, 82.
5) S. "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.71, 73, 85, 100.

Neben der Selbstrechtfertigung gegenüber der KPD hatte die eben entstandene KAPD in den ersten Monaten die schwierige Aufgabe, die ihr zuströmenden, mit der Zentrale unzufriedenen kommunistischen Arbeiter unter einem gemeinsam anerkannten Programm und Statut zusammenzubringen. Dies gelang schließlich doch nur durch das Abstoßen der Hamburger und der ostsächsischen Richtung[7], was wiederum einige Verwirrung selbst im engeren Kreis der Berliner KAP-Gründer nach sich zog. Das charakterisierende Moment, das für alle ermittelbare Mitglieder dieser Berliner KAP-Führungsgruppe zutrifft, ist deren Herkunft aus der USPD bzw. dem "Spartakus"-Bund, während die bisher wortführenden Organisationen der Linkskommunisten in Hamburg und Bremen aus der ISD- bzw. IKD-Bewegung direkt hervorgegangen waren. Durch diese unterschiedliche Herkunft erklären sich zum Teil die Auseinandersetzungen in den Fragen des Föderalismus und der Einheitsorganisation, in denen sich die ehemaligen linken "Spartakus"-Leute gegen die ehemaligen IKD-Anhänger in Hamburg und Dresden bis Ende des Jahres 1920 in der KAP durchsetzten. Hier liegt die Bruchstelle in der Entwicklung von den linksradikalen ISD bzw. IKD zur KAP. Allerdings war der Zusammenschluß beider Strömungen seit dem Gründungskongreß der KPD(S) vorbereitet. Die ehemaligen IKD-Kräfte schieden auch keineswegs generell aus der neuen Partei aus; die Dresdener und die Hamburger KAP-Fraktionen wurden letztlich nicht wegen prinzipieller Unvereinbarkeit, sondern wegen ihres jeweiligen Führungsanspruches aufgrund einzelner besonderer Programmpunkte aus der Organisation hinausgedrängt. Pannekoek, der ehemalige Mentor der IKD, dessen linkskommunistische Thesen bereits das KAP-Programm vom Mai 1920 maßgeblich geprägt hatten, erklärte sich schon am 5.6.1920 in einem Brief an die KAZ[8] unter Hinweis auf seine Karl-Horner-Artikel vom vergangenen Jahreswechsel in der Presse der Hamburger und Bremer KPD(S)-Opposition[9] mit der KAPD solidarisch und legte etwa gleichzeitig die Zusammenfassung seiner Thesen zur Stärkung der Position der deutschen Linkskommunisten auf dem 2. Weltkongreß der Komintern vor[10]. Herman Gorter bot

6) Lenin, Ein Brief an die deutschen Kommunisten, in: "Die Kommunistische Internationale", 2.Jg.(1921), Nr.18, p.90 ff.
7) Vgl. dazu unten die entsprechenden Abschnitte.
8) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.112.
9) Vgl. oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).
10) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik. Wien 1920. Vgl. auch oben den Abschnitt über den Heidelberger Parteitag der KPD(S).

gleichzeitig seinen Berliner Freunden seine regelmäßige Mitarbeit für die KAZ an.

Versucht man, die aus der Berliner KPD(S)-Opposition hervorgegangene Gründergruppe der KAPD zu ermitteln, was bei der weitgehenden Anonymität und der starken Fluktuation der Organisation nicht leicht ist[11], so ergibt sich folgendes Bild: Neben dem agitatorisch und pädagogisch mitreißenden und erfolgreichen Karl Schröder[12] stand der zurückhaltendere und problembewußtere Alexander Schwab[13] an der Spitze des Berliner Zentrums der KAP; Schwab hatte sich schon in und nach seinen umfangreichen Studien der Philosophie, Philologie und Sozialwissenschaften um die Kontaktpflege zwischen Studenten und Industriearbeitern bemüht und war während des Krieges und über die theoretische Aneignung Hegels und Marx' zum "Spartakus"-Bund gestoßen; er trat in der schriftlichen Agitation kaum hervor, wird jedoch von KAP-Veteranen der eigentliche spiritus rector der ersten Jahre der Partei genannt[14]. Zur KAP-Gründergruppe und zum engen Freundeskreis um Schröder und Schwab gehörte auch der etwa gleichaltrige Journalist Bernhard Reichenbach[15], der während und nach dem Studium der Geschichte und Nationalökonomie an führender Stelle in der Jugendbewegung tätig gewesen war und dann zu den Mitbegründern der USPD zählte. Schröder besonders nahe stand anfangs der gleich ihm aus Pommern kommende Handwerkersohn, gelernte Buchdrucker und Journalist Friedrich Wendel[16], der seit 1907 Mitglied der SPD gewesen und in der Berliner Organisation des "Spartakus"-Bundes alle Stationen der linken Opposition durchlaufen hatte; er trat im Januar 1920 mit Schröder als früher Theoretiker des Unionismus hervor[17] und war Gründungsmitglied der KAP. Gleich Wendel hatte der Jurist Arthur Goldstein bereits mit Schröder in der Berliner KPD(S)-Opposition Unionsthesen verfochten. Adam Scharrer[18] war als gelernter Dreher in den Berliner Rüstungsarbeiter-Streiks zur Bewegung der Revolutionären Betriebsobleute gestoßen und zur linken Gewerkschaftsopposition in der KPD(S); er war Redakteur an der KAZ und eines der langjährigsten KAP-Mitglieder. Der gelernte Tischler Peter Utzelmann[19] war mit wichtigen Aufgaben organisatorischer Art nach dem Kapp-Putsch von seinen Berliner KAP-Freunden nach Mitteldeutschland geschickt worden. Fritz Rasch war der eigentliche Organisator der Spaltung der Berliner KPD(S) gewesen und ihm fiel wie Emil Sach, dem Kassierer im Vorstand der Partei, ein großer Teil der technisch-organisatorischen Lasten zu.

Diese Lasten waren nicht gering, denn von Mai bis August 1920 wuchs die Zahl der Parteimitglieder kontinuierlich. Obwohl die bereits im Zusammenhang mit der FAUD und der AAUD bemerkten Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Mitgliederstärke auch auf die KAP zutreffen, kann man mit Gewißheit annehmen, daß sie die meisten Mitglieder zwischen dem 1. Parteitage im April und dem 2. Parteitage Anfang August 1920 zählte. Eine Sitzung des Zentral-Ausschusses der Partei behauptete Ende Mai - wahrscheinlich doch etwas übertreibend -, die Organisation umfasse jetzt etwa 75 % der Mitglieder der KPD(S)[20] und vor dem 2. Parteitag wurde immer noch eine ständig wachsende Zahl von Ortsgruppen vermeldet[21]. Den zuverlässigsten Eindruck von der absoluten und von der relativen Stärke der einzelnen Wirtschaftsbezirke der KAP vermitteln die nicht zur Veröffentlichung bestimmten Zahlen, die bei der Überprüfung der Mandate auf dem 2. Parteitag angegeben wurden: Berlin 12 000, Nord 3 000, Altona 1 953, Sachsen-Anhalt 1 400, Nordwest 1 000, Pommern 1 100, Niedersachsen 1 200, Ostsachsen 3 100, Ostpreußen 1 500, Rheinland-Westfalen 5 500, Frankfurt/Main 1 000, Zwickau 2 000, Mitteldeutschland 3 200, Besetzte Zone 2 500[22]. Die rund 40 000 Anhänger, die die KAP also Anfang August 1920 umfaßte, dürften das Maximum an Mitgliederstärke in ihrer Geschichte sein, da mit dem Ausschluß der Nationalbolsche-

11) Dazu ein KAP-Veteran: "Die Berliner Gründergruppe der KAP, das ist schwer zu sagen. Richtig ist folgendes: Die absolute Mehrheit des Spartakusbundes (90%) war KAPistisch. Von ca. 50 000 Mitgliedern gehörten mehr als 45 000 zur KAP und damit die ganze Prominenz und wir hatten sehr viel Intellektuelle! Schauspieler, Dichter, Maler, Lehrer usw. Franz Jung, Karl Schröder, Balluschek (Maler, d. Verf.), Friedrich Wendel, Goldstein, Seemann (Reichenbach, d. Verf.), es ist eine endlose Namensreihe. Sie läßt sich meiner Auffassung nach nicht mehr exakt eruieren, da die meisten der damaligen Zeitgenossen ja tot sind, bzw. in den revolutionären Kämpfen 1918/19/20 ermordert wurden." Alfred Weiland, Brief an den Verfasser vom 15. 10. 1967.

12) Vgl. die Charakterisierung von Schröders Persönlichkeit in: Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 439 f.

13) S. den biographischen Anhang; vgl. auch die Würdigung Schwabs in: Annedore Leber (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet, Berlin/Frankfurt/Main 1957, p. 130 ff.

14) Peter Utzelmann (Tonband-Mitteilung vom Dezember 1966) betont, daß im Berliner KAP-Zentrum durchaus kollektiv gearbeitet wurde, daß aber, wenn man schon nach einem Führer frage, Schwab eher als Schröder "der Kopf" der Partei zu nennen sei. Ein anderer charakterisiert ihn: "Schwab gebrauchte keine Schlagworte. Er stellte sich zur Verfügung, er bot sich dar und war bereit, sich jeweils vorschieben zu lassen, wenn das Mißtrauen der Mitgliedschaften gegen die Spitze bedrohliche Ausmaße angenommen hatte." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 421.

15) S. den biographischen Anhang; vgl. auch Hanno Drechsler, Die SAPD, p. 368.

16) S. den biographischen Anhang.

17) Vgl. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU.

18) Vgl. den biographischen Anhang.

19) S. den biographischen Anhang.

20) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 100.

21) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 105.

22) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, masch. schriftl. Manuskript, p. 23. In der Zählung dieses Manuskripts wurde der Gründungsparteitag nicht berücksichtigt; daher wird der tatsächliche 2. Parteitag in irreführender Weise der 1. ordentliche Parteitag genannt.

wisten noch auf dem 2. Parteitage die lange Reihe der Spaltungen und Absplitterungen begann, welche die Organisation schnell dezimierte.

Die Taktik des bei weitem stärksten Bezirks der neuen Partei, der Berliner KAP, war nach Ausweis der Presse darauf bedacht, Idiosynkrasien in der Art Ostsachsens oder Hamburgs zu vermeiden, die ihn allzu leicht von den Arbeitermassen isolieren konnten. Das Berliner Zentrum der Partei war vor allem bestrebt, der KPD(S)-Zentrale ungerechtfertigte Aktionsträgheit nachzuweisen; die Berliner KAP glaubte vorbehaltlos an die Aktualität der Revolution und bestückte die geringsten Anlässe mit revolutionären Hoffnungen in der Überzeugung, die schon das Programm dargetan hatte, daß "der Sozialismus nicht kommt, auch wenn die Bedingungen dazu da sind, wenn die Menschen nicht wollen"[23]. Lokale Hungerrevolten im Mai/Juni 1920 z. B. waren ihr Anlaß genug festzustellen: "Die objektiven Voraussetzungen der Revolution sind da." Man könne ihr Losbrechen nicht auf die Stunde voraussagen, aber "jeder, der geschichtlichen Sinn hat, weiß, daß das bald geschehen wird"[24]. Sie bekannte sich in bewußtem Gegensatz zur KPD(S) offen zur Sabotage als einem durch die revolutionären Umstände bedingten Mittel im Klassenkampf und erklärte, von einem bestimmten Punkte ab sei dieser Kampf eine Auseinandersetzung "mit Fäusten und Zähnen, mit Messern und Knüppeln, aber besser noch mit Gewehren, MG, Handgranaten und Sprengstoff"[25]. Tagespolitisches Nahziel war der Berliner KAP in den ersten Monaten die Verhinderung des Zustandekommens und der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes, das Anfang August in Kraft trat und die Einziehung sämtlicher aus dem Kriege noch zurückbehaltener Waffen und Munitionsteile gebot. Auf dem 2. Parteitag hieß es, die Tätigkeit der Organisation sei "konzentriert um die Frage des Entwaffnungsgesetzes" und man hoffe, noch Zeit zu haben, um "gegen das Gesetz ein großes Manöver zu inszenieren"[26]. Besonders empfindlich wurden durch das Gesetz die illegalen Kampf-Organisationen der Partei getroffen, deren Entwicklung in der Folgezeit durch chronischen Waffen- und Munitionsmangel gekennzeichnet war. - Die Versuche der KAP, Massenaktionen gegen dieses Gesetz in Gang zu bringen, scheiterten an der Nichtbeteiligung der KPD(S) und der USPD[27]. In der gleichen Richtung, den proletarischen aktiven Kampf gegen den sich konsolidierenden bürgerlichen Staat wieder anzufachen, gingen die Sabotageaktionen gegen Munitionslieferungen an die Gegner der UdSSR im russisch-polnischen Krieg im Sommer 1920, die von der

23) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.95: Mehr Aktivität!
24) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.107.
25) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.118: Illusionen.
26) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, p.188.
27) Vgl. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.121: Zur Entwaffnung der deutschen Revolution.

KPD als "Revolutionsromantik" abgetan[28] und von der KAP in Gemeinschaft mit der AAUD und der FAUD erfolgreich durchgeführt wurden. Diese taktische Haltung des Berliner KAP-Zentrums wurde vom 3. Parteitag (15. bis 18.2.1921) bestätigt; ein Redner forderte unter dem Beifall des Kongresses "eine erhöhte Angriffstätigkeit der Partei gegen die kapitalistische Wirtschaft und gegen alle demokratischen Einrichtungen"[29]. Man dürfe sich nicht durch die Redensart abschrecken lassen, die Konterrevolution warte nur auf einen Anlaß, um über das Proletariat herzufallen; es gelte durch Angriff, durch den offenen Kampf, die "demokratischen Illusionen" zu zerstören. War es der KAP in allen Fällen mißlungen, die KPD für ihre Taktik der vorsätzlichen und permanenten Anti-Gesetzlichkeit zu gewinnen, so mußte ihr der Umschwung der VKPD auf die Offensivtaktik in der März-Aktion 1921[30] als ein Einschwenken auf ihre eigene Linie erscheinen; die KAZ jubelte: "Die Massen der VKP handeln nach unseren Parolen!"[31]. Infolgedessen wurde die Taktik der KAP unmittelbar nach der Niederlage in den mitteldeutschen Märzkämpfen auch keineswegs in Frage gestellt. In einer vom Berliner Führungskreis gemeinschaftlich mit Herman Gorter verfaßten Auseinandersetzung und Abrechnung mit der Kritik an der März-Aktion forcierte man die bisherige "Linie einer aktiv - revolutionären Politk"[32] noch und sah als nächste Aufgabe der KAP die Bildung von Aktionsausschüssen und die Durchführung von Betriebsbesetzungen nach italienischem Vorbild, die in den bewaffneten Kampf um die Staatsgewalt münden sollten[33]. Als aber im Laufe des Jahres die ganze politische Tragweite der Niederschlagung der März-Aktion sichtbar wurde und als sich viele aktivistische Kräfte - wie im Falle Karl Plättners und seiner Anhänger besonders sinnfällig wird[34] - enttäuscht von der Partei abwandten, geriet die KAP in eine merkliche taktische Unsicherheit. Der 4. Parteitag im September 1921 erklärte es nunmehr als die Aufgabe der KAP, "den Willen zur Revolution im deutschen Proletariat wachzuhalten" und in Hinblick "auf die demnächst wieder aufwärts führende Welle der revolutionären Bewegung"[35] sich bereit zu halten. Gorter begründete diese Perspektive in seiner Rede auf dem Parteitag mit dem Fazit seiner weltpolitischen Analyse, die

28) Vgl. dazu Bernhard Reichenbach, loc. cit., p.164.
29) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.172.
30) Vgl. dazu im einzelnen unten den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.
31) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.181.
32) Der Weg des Dr.Levi, der Weg der VKPD, hrsgg. von der KAPD, o.O., o.J. (Berlin 1921), p.30; die Hervorhebung ist im Original.
33) S. ibidem, p.29-32.
34) Vgl. dazu unten den Abschnitt über Karl Plättners organisierten Bandenkampf.
35) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.232: Lehren des Parteitages.

Situation des Kapitalismus sei "politisch etwas besser, aber ökonomisch sehr schlecht" und gebe noch immer Anlaß zu sehr "großen Hoffnungen"[36]. Eine gleichzeitig in der KAZ erscheinende Artikelserie "Zur Taktik der Partei" kam zu dem Schluß, der Gedanke einer besonderen deutschen Revolution sei "zwar nicht geradezu unmöglich, aber jedenfalls mehr und mehr unwahrscheinlich." Das Entwicklungstempo der revolutionären Bewegung sei "von neuem als Problem zu betrachten"[37]. Die taktische Konzeption der ersten Hälfte des Jahres hatte nun an Aktualität merklich eingebüßt; man verwies nachdrücklich auf die notwendige propagandistische Kleinarbeit zur Entwicklung des proletarischen Selbstbewußtseins und blieb die Angabe praktisch-politischer Nahziele schuldig.

Etwa gleichzeitig mit der taktischen Aporie, in die die KAP seit Mitte 1921 geriet, begann die öffentliche Diskussion der Theorie von der "Todeskrisis des Kapitalismus". Es ging in dieser Diskussion eigentlich mehr um die Rationalisierung einer Hoffnung, um die Ausdeutung eines Schlagwortes als um eine Theorie; denn ein einigermaßen kohärentes Thesengefüge kam darin nicht zustande. Noch 1925 konstatierte ein kritischer Beitrag zu dieser Diskussion den "so schwer von allen Genossen empfundenen Mangel einer zusammenfassenden Darstellung der Theorie der Todeskrisis des Kapitalismus"[38]. So weit die kontroverse volkswirtschaftliche Essayistik über die Frage der Todeskrise - in der jeder Versuch einer Zusammenfassung sofort eine Widerlegung erfuhr[39] - ein zutreffendes Bild ermöglicht, gehörten folgende Überlegungen zu den Grundlagen der prätendierten Theorie: Ausgangspunkt war Rosa Luxemburgs im Zusammenhang mit ihrer Imperialismus-Theorie aufgestellte These, daß infolge der Kapitalsakkumulation im kapitalistischen Produktionsprozeß Angebot und Nachfrage sich nicht decken könnten, daß sich immer ein Überschuß von Produkten ergebe, mithin eine Absatzkrise, die die gewaltsame Erschließung neuer Märkte erforderlich mache. Daran anschließend erklärte man den Weltkrieg als einen bislang unvorstellbaren und verzweifelten Versuch der nationalen Bourgeoisien, diese systembedingte Krise zu überwinden; die Absatzstockung sei behoben worden durch das Auftreten des Staates als Käufer aller vorhandenen Waren und durch die Kriegsproduktion[40].

36) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr. 232: Rede des Genossen Gorter.
37) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr. 243.
38) "Proletarier", 1.Jg.(1925), Heft 8.
39) Selbst die beiden Theoretiker des Berliner KAP-Zentrums waren sich hier nicht einig. Schwabs Ausführungen über die "Todeskrise" auf der Zentralausschuß-Sitzung der KAPD am 5./6.3.1922 z.B. wurden von Schröder in Zweifel gezogen. S. KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg. (1922), Nr.19. Vgl. besonders die Auseinandersetzungen über die "Todeskrisen"-Theorie im "Proletarier", 3.Jg.(1927), Heft 3, 6, 7, 9, 10/11.
40) Vgl. dazu "Proletarier", 3.Jg.(1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

Die damit dem Kapitalismus gewährte Frist sei nach dem Weltkriege noch einmal verlängert worden durch "Vertrustung, Friedensverträge, Völkerbundsakten"[41] usw., sei aber begrenzt und ihr Ende absehbar, was sich u.a. durch den Rückgang der Produktivität des Welt-Kapitalismus anzeige[42]. - Die Diskussion dieser Thesen, die seit Beginn des NEP-Kurses in Rußland im internationalen Kommunismus ihre Aktualität verloren, erschöpfte sich in der KAP weitgehend im Streit um die richtige oder falsche Auslegung der Marxschen und Luxemburgschen sozialökonomischen Grundbegriffe und in volkswirtschaftlichen Detailfragen. Ende 1924 wurden Stimmen laut in der KAP/AAU der Berliner Richtung, die eine situationsadäquatere Fundierung von Programm und Taktik forderten und meinten, es sei "die höchste Zeit, mit dem Unfug von der 'Todeskrise' ein Ende zu machen"[43]. Pannekoek warnte 1927 im "Proletarier" vor der leichtfertigen Auffassung, der Kapitalismus sei nicht regenerationsfähig und sprach von einer "anhaltenden wirtschaftlichen Depression", aus der auf lange Sicht die Revolution hervorgehen werde[44].

In der "Todeskrisen"-Diskussion zeigte sich das Bemühen, der KAP neue Grundlagen zu geben, nachdem ihre ursprüngliche Basis, die - zumindest affektiv unmittelbare - Evidenz der Revolution mit der Niederschlagung im März 1921 hinfällig geworden war. Von diesem Zeitpunkt her datieren auch die taktischen und persönlichen Konflikte, die nach den bisherigen Absplitterungen zur Spaltung der Partei im März 1922 führten. Die Konflikte waren bereits auf dem September-Parteitag (1921) intern ausgefochten worden[45], wurden aber erst wirklich brisant, als sich um das vom Parteitag eingesetzte "Informations- und Organisationsbüro" für eine zu gründende linkskommunistische Internationale eine festere Fraktion bildete. Der besondere Rigorismus dieser Fraktion kam zum Ausdruck in der Ablehnung der Beteiligung der AAU an Lohnkämpfen[46] und in dem angestrengten Bemühen, schnellstmöglich eine KAI ins Leben zu rufen[47]. Beides waren taktische Verhaltensweisen, die besonders den im Produktionsprozeß stehenden Ar-

41) Weltkrise und Klassenkampf, Berlin o.J., Flugschrift der KAPD, p.1.
42) S. z.B. die Faktenkompilation im "Proletarier", 3.Jg.(1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.
43) S. "Proletarier", 1.Jg.(1927), Heft 8.
44) "Proletarier", 3.Jg.(1927), Heft 7/8: Karl Horner, Prinzip und Taktik.
45) Schröder erklärte am 16.3.1922, wenn es nach ihm gegangen wäre, sei der Bruch in der KAP schon im September 1921 vollzogen worden. S. KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg.(1922), Nr. 21; vgl. auch KAZ (Essener Richtung), 1.Jg.(1922), Nr.30: "Schon die Haltung der Parteimitgliedschaft in und zu den März-Kämpfen 1921 ... zeigte einen innerlichen Riß in der Auffassung der unmittelbar anzuwendenden Klassenkampfmethoden."
46) S. dazu Einzelheiten oben im Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAU.
47) S. dazu auch unten den Abschnitt über die KAI.

beitern und ihren praktischen Tagesfragen wenig Verständnis entgegenbrachten, und die von der Mehrheit des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAP nicht gebilligt wurden[48]. Das Internationale Büro entfaltete um die Jahreswende 1921/22 große Aktivität ohne Vorverständigung mit dem Hauptausschuß der Partei und bereiste etwa die Hälfte der Wirtschaftsbezirke der KAP, um dort für seine taktische Linie zu werben. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, der sich auf dem 4. Parteitag geschlossen gegen die Gründung einer neuen Internationale ausgesprochen hatte, bevor nicht die KAPD im Inneren gefestigt sei, räumte der internationalen Lageerörterung und der Propaganda des Internationalen Büros in der von ihm besorgten Parteipresse wenig Raum ein. Die bei der rapide rückläufigen Entwicklung der KAP leicht ins Persönliche umschlagenden Querelen über die Funktion der Union und den Zeitpunkt der Konstituierung der linkskommunistischen Internationale wurden auf der Zentralausschuß-Sitzung am 5. und 6. März 1922 verhandelt und gaben den Anlaß zur organisatorischen Entzweiung der beiden Fraktionen. Durch Manipulation des Abstimmungsmodus der Sitzung gewann Schröder eine Mehrheit für seine Fraktion, die nicht den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen in der Mitgliedschaft der Partei entsprach. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin der KAP schloß daraufhin Karl Schröder, Arthur Goldstein und Emil Sach aus wegen parteischädigenden Verhaltens und wegen ihres "maßlosen persönlichen Ehrgeizes"[49]. Die Berliner AAU schloß sich diesem Verdikt gegen Schröder, Sach und Reichenbach mit rund 1000 gegen 20 Stimmen an[50] und setzte auch die Redaktion des "Kampfruf" ab, die Schröders neuen Unions-Thesen eine Plattform geboten hatte. Schröder seinerseits, der nur die ungeteilte Unterstützung der mitgliederschwachen Bezirke Kiel, Dresden und Stettin hinter sich hatte, erklärte kurzerhand die bisherige Parteiführung für abgesetzt und konstituierte einen neuen Geschäftsführenden Hauptausschuß in Essen. Diese Spaltung - deren Ursachen nur insofern objektiv zwingend erscheinen als sie durch die soziale und wirtschaftliche Situation bedingt waren, d.h. mit der Aufgabenbestimmung der Unionen zusammenhingen - traf die Substanz der KAP und beeinträchtigte die nationale und internationale Organisationsentwicklung der Linkskommunisten in entscheidender Weise.

Zunächst konkurrierten die beiden Hauptausschüsse der KAP, nach deren Sitz sich die beiden Tendenzen "Berliner" und "Essener" Richtung nannten. Nach - durchaus glaubwürdigen - Ermittlungen der Berliner Richtung stellten sich in Berlin etwa 100 KAP-Mitglieder hinter den Essener Ausschuß, rund 1600 hinter den Berliner[51]. In den verschiedenen Wirtschaftsbezirken, die im März 1922 zum Teil bereits auf eine einzige Ortsgruppe zusammengeschrumpft waren[52], stellten sich die Vertreter beider Ausschüsse zur Diskussion und die Mehrheit der Mehrzahl der Versammlungen solidarisierte sich mit der Berliner Richtung[53], obwohl nicht überall der Unterschied zwischen beiden Richtungen so groß war wie in Berlin. In der Diskussion zwischen den Sprechern der Berliner und der Essener wurde von beiden Seiten mit so starken persönlichen Inkriminierungen und Verleumdungen gearbeitet, daß an eine Wiedervereinigung schon bald nicht mehr zu denken war, obwohl Herman Gorter seine Autorität dafür einsetzte[54]. - Die Sprecher der Essener, Schröder, Reichenbach, Sach usw., hatten im Ruhrgebiet einen Geldgeber gefunden, der es ihnen ermöglichte, seit Mitte März eine KAZ, seit Anfang Juni 1922 einen "Kampfruf" in eigener Regie als Organe der Essener Richtung herauszubringen, und sie riefen dazu auf, den entsprechenden Publikationsorganen der Berliner die Gelder zu sperren. Sie beriefen einen eigenen Parteitag am 4. und 5.6.1922 in Hannover und eine eigene Zentralausschuß-Sitzung im Oktober ein, deren Übersichten über den organisatorischen Stand der Essener Richtung entmutigend waren[55]. Da sich ihre Organisationsarbeit immer ausschließlicher auf die KAI konzentrierte, verfielen die Wirtschaftsbezirke der Essener bald ganz und seit 1924 brachte ihre Presse keine Organisationsnachrichten mehr. Die Zentralausschuß-Sitzung vom Oktober 1922 trat - nach den eigenen Worten der Essener - in einer Situation der "bislang stärksten politisch-persönlichen Ernüchterung" zusammen und konstatierte eine "auf Jeden einwirkende politische Depression durch die zahlenmäßige Stärke der Berliner"[56]. In der Folge der nur mehr geringen Integrationskraft des Essener KAP-

48) Hierzu und zum folgenden vgl. Einzelheiten im vollständigen stenografischen Protokoll der Zentralausschuß-Sitzung vom 5./6. März 1922, in: KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg. (1922), Nr. 19-22; vgl. auch - weniger detailliert - das Resumé in: KAZ (Essener Richtung), 1.Jg. (1922), Nr. 1.

49) KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg. (1922), Nr. 19: Offenes Rundschreiben an alle Mitglieder der Partei.

50) KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg. (1922), Nr. 20.

51) KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 26; die Organe der Berliner Richtung führten die Zählung von 1920 ab weiter, die Presse der Essener Richtung zählte ihre Jahrgänge seit der Spaltung (1922).

52) Der Organisations-Referent auf der Zentralausschuß-Sitzung im März 1922 erklärte: "Wirtschaftsbezirke, die aus einem einzigen Ort oder aus 12 Mitgliedern bestehen, sind ein Unding". Er forderte eine Neuaufteilung der Bezirke; s. KAZ (Groß Berlin), 3.Jg. (1922), Nr. 22.

53) S. KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 26: Übersicht über die Verhältnisse in 17 Wirtschaftsbezirken der KAP.

54) S. seine im Selbstverlag erschienene beschwörende, aber eindeutig zugunsten der Essener Richtung argumentierende Schrift: Herman Gorter, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, o.O., o.J. (1922).

55) S. KAZ (Essener Richtung), 1.Jg. (1922), Nr. 6-11 und Nr. 23.

56) KAZ (Essener Richtung), 1.Jg. (1922), Nr. 23.

Teils entstand noch einmal innerhalb dieser Richtung eine Fraktion, die ihren Vorort in Leipzig hatte und im November 1923 "die KAP liquidierte" und sich als "Kommunistischer Rätebund" konstituierte[57]. Der Rätebund gab in unregelmäßiger Folge die Blätter "Die Epoche, Kampforgan des Kommunistischen Rätebundes" und "Die Perspektive, Kampforgan der Union revolutionärer Betriebsorganisationen" bis Ende 1924 heraus. Er war in der Essener Richtung vor allem in Reaktion auf die starke Stellung entstanden, die in ihr die früheren Theoretiker der Berliner KAP-Gründergruppe innehatten; die Rätebundisten versammelten sich in der Polemik gegen diesen "Literatenzirkel" und versuchten, das verbreitete antiintellektualistische Ressentiment in KAP-Kreisen[58] zum Bestandteil ihres Programms zu machen; außer diesem Unterscheidungsmerkmal zeichneten sie sich durch ihre Ablehnung der "Exekutivgewalt der KAP über die AAU" in der bisherigen Form aus und verstanden sich als wirksamere Garanten der "inneren ideellen und organisatorischen Geschlossenheit der Union der Betriebsorganisationen im Kampfe um die Vollendung der proletarischen Diktatur"[59]. Diese Zurückweisung der Unterordnung der AAU unter die KAP brachte den Rätebund in die Nähe der AAUE; Vereinigungsvorschläge an die Einheitsorganisation wurden jedoch von dieser wegen der Intellektuellen-Hetze der Leipziger Richtung abgelehnt[60]; nach der Auflösung dieser Richtung gegen Ende des Jahres 1924 gingen ihre Mitglieder größtenteils zur AAUE. - Während also die Essener Richtung organisatorisch bald zusammenbrach, hatte sie doch zumindest anfangs fast alle Intellektuellen in ihren Reihen, die bisher Programm und Taktik der KAP formuliert hatten, und sie mokierte sich - nicht ganz zu Unrecht - über die geringe theoretische Potenz der Berliner[61]. Vom engeren Kreis der Berliner KAP-Gründer war außer Friedrich Wendel[62] und Arthur Goldstein[63] auch Alexander Schwab bis Mitte 1922 aus der Partei ausgeschieden; Schwab hatte zwar auf der Zentralausschuß-Sitzung im März noch eine vermittelnde Haltung einzunehmen versucht, ließ aber in seinem Referat bereits erkennen, daß er kein Interesse mehr an der praktischen Organisationsarbeit hatte; er hatte nach der Enttäuschung, die er auf dem 3. Komintern-Kongreß erfuhr und die ihn seinen bisherigen Freunden entfremdete, bereits seine Funktionen im Internationalen Büro nicht mehr wahrgenommen und erklärte Ende März 1922 seinen Austritt aus der KAP[64]. Die Freundschaft und theoretische Übereinstimmung zwischen Schröder und Gorter bewährte sich hingegen auch nach der Spaltung der Partei; Gorter, der durch längere Krankheit an den Spaltungsvorgängen nicht unmittelbar beteiligt war, unterstützte die Essener Richtung ohne Vorbehalt. In seiner Begründung der Essener Taktik[65] ging Gorter davon aus, daß bei objektiv revolutionärem Zustand Deutschlands und Europas fast das gesamte deutsche Proletariat "reformistisch" sei; "alle kämpfen für 'Reformen' und 'Aufbau'"[66]. In einer solchen Situation sei es absolut notwendig, daß wenigstens eine Gruppe das Prinzip der Revolution mit der äußersten Konsequenz hochhalte, um den Prozeß der proletarischen Selbstbewußtseins-Entwicklung zu fördern und um bei erneuter Aktualisierung der Revolution den Kern der proletarischen Emanzipationsbewegung bilden zu können; daher keine Beteiligung der AAU an Lohnkämpfen und die sofortige internationale Organisierung der konsequenten Revolutionäre gegen die erdrückende Masse der "Opportunisten". - Diesen Kampf gegen den "Reformismus" führte nachweisbar der Essener "Kampfruf" bis April 1926, die Essener KAZ - zuletzt in unregelmäßiger Folge und in Kleinformat - bis 1929. Ein Teil der prominenten Vertreter der Essener (Schröder, Reichenbach) war bis 1925 wieder in die SPD zurückgekehrt, ein anderer Teil zog sich ganz von der politischen Tätigkeit zurück (Sach z. B.). Innerhalb der SPD gruppierten sich viele ehemalige KAP-Mitglieder wieder um Schröder und bauten mit ihm schließlich seit 1929 einen revolutionären Zirkel, die "Roten Kämpfer", auf, der sich schon vor 1933 auf eine Periode der Illegalität einstellte, bis 1936 im Widerstand arbeitete und die meisten Mit-

57) S. dazu "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.

58) Vgl. dazu unten den Abschnitt über das Intellektuellen-Problem.

59) "Die Epoche", 1. Jg. (1923), Nr. 1: Die Liquidation der KAPD und die Formierung des Kommunistischen Rätebundes.

60) S. "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6: Vom wahren Wesen des "Kommunistischen Rätebundes".

61) Vgl. z. B. KAZ (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 23: Antwort an die Berliner: "Nachdem die Berliner Führer monatelang nach der Spaltung aus eigener geistiger Armut zur Ausfüllung ihrer KAZ nicht nur eine Reihe unserer früheren Aufsätze und Aufrufe Wort für Wort übernommen haben, sondern sogar unsere Broschüre "Die Allgemeine Arbeiter-Union" als ihr geistiges Eigentum ihrer Mitgliedschaft vorgesetzt haben und dadurch eine ausgeprägte Fähigkeit des Zitierens bzw. des Abschreibens bewiesen haben ..." usw.

62) Vgl. unten den Abschnitt über den Hamburger Nationalbolschewismus.

63) S. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

64) Vgl. die Notiz in: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 1. Jung berichtet, Schwab habe sich um diese Zeit "mit der revolutionären Idee des Widerstandes gegen jede Form von Politik zu identifizieren begonnen." Er habe den "Kreislauf der politischen Arbeiterbewegung, aus der Masse eine Spitze zu schaffen, und diese Spitze dann durch Unterdrückung der Massen in Permanenz zu halten ... zu dieser Zeit als erster und am klarsten erkannt." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 421.

65) S. dazu besonders Herman Gorter, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der KAPD.

66) S. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 23: Herman Gorter, Die Essener und die Berliner Richtung; s. auch "Der Kampfruf" (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 14 ff: Herman Gorter, Die Richtigkeit der Essener Richtung in der Frage des Mittuns in wirtschaftlichen Kämpfen.

glieder der Berliner Gründergruppe der KAP wieder versammelte (Schröder, Schwab, Reichenbach, Goldstein, Utzelmann u.a.)[67].

Die Führung der Berliner Richtung der KAP war gleich nach der Spaltung weitgehend anonym geworden; neben Adam Scharrer, der von Anfang an eine starke Position in der Berliner Organisation der Partei hatte und auf der März-Zentralausschuß-Sitzung in deren Namen scharf gegen die Gründung der KAI aufgetreten war[68], spielten in den folgenden Jahren bis dahin nicht namentlich hervorgetretene, zum Teil aus der Jugendorganisation nachrückende Arbeiter die führende Rolle[69]. Diese Richtung verstand sich als die authentische Fortsetzung der Parteitradition[70] und berief vom 14. bis 16. Mai 1922 bereits den von den erheblich verwirrten Mitgliedern geforderten 5. Parteitag der KAP[71] im Bewußtsein ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit im Stammsitz der gegnerischen Richtung, in Essen, ein. Die Diskussion der Spaltung verlief nicht ganz ohne Anti-Intellektuellen-Ressentiment[72], und die Stimmen häuften sich, die zwar keine prinzipielle Revision, aber doch eine zeitgemäßere Umformulierung des Parteiprogramms verlangten. Damit wurde der Bezirk Groß-Berlin beauftragt; er legte dem 6. Parteitag (9. bis 11.9.1923) ein zweites Programm der KAPD vor[73], das dieser annahm. Dies Programm fügte dem ersten ein Exposé über die "Todeskrise des Kapitalismus"[74] hinzu und strich - wie schon auf dem Essener Parteitag gefordert worden war[75] - die 1920 noch enthusiastische Unterstützung der russischen Revolution[76]. Im übrigen war das "maximalistische" konkrete Aktionsprogramm der KAP von 1920 nun sehr allgemeinen Überlegungen über die "Aufgaben der Arbeiterklasse nach der Übernahme der politischen Macht"[77] gewichen. Die eigentliche Streitfrage zwischen Berlinern und Essenern, die Aufgabe der Union, wurde im neuen Programm gar nicht aufgegriffen; dazu waren vom 5. Parteitage "Leitsätze zur Taktik" angenommen worden[78], die den Unionsgenossen vorschlugen, im Streikfalle im jeweiligen Betriebe die Politisierung des Streiks zu bewirken, dann einen Aktionsausschuß zu wählen und mit diesem "die revolutionäre Situation so weit wie möglich vorwärts zu treiben"; nehme die Belegschaft die Unionsparolen nicht auf und bilde keine Aktionsausschüsse, so sei von den AAU-Genossen keinerlei Streikfunktion zu übernehmen, im übrigen aber "selbstverständlich Solidarität zu üben." - Dergleichen verwirrende Kasuistik entstand zwangsläufig aus dem Bemühen, an der revolutionären Taktik der KAP in einer längeren, nicht mehr revolutionären Phase der sozialen Entwicklung festzuhalten. Die Austragung der Differenzen mit den Essenern nahm zudem einen so großen Platz ein in der Tätigkeit der Berliner Richtung[79], daß sie sich immer weiter von den an weniger prinzipiellen Fragen dringender interessierten Arbeitermassen entfernte. Bereits eine Zentralausschuß-Sitzung der Berliner im Februar 1923 stellte fest, viele Wirtschaftsbezirke lägen völlig darnieder; man verspüre wenig geistiges, aktives Leben und vermisse jede eigene Initiative; "nach außen hin ist von einer KAP nichts zu merken"[80]. - In den Hungerrevolten und Streiks seit Mitte 1923 sparte ihre Presse dann nicht mit revolutionären Aufrufen. Die KAP spielte in diesen Aktionen bereits gar keine Rolle mehr, wurde aber dennoch von den Repressionsmaßnahmen gegen die kommunistischen Organisationen, die mit Beginn der Stabilisierung durchgeführt wurden, betroffen. Immerhin gab es in der Berliner Richtung auch über 1924 hinaus ein, nun fast ganz auf den Bezirk Berlin-Brandenburg eingeschränktes Organisationsleben. Sie bildete eine weitgehend sektiererische Gruppe, deren

67) Vgl. dazu die Dokumentation über die "Roten Kämpfer" (loc. cit.) und demnächst die Marburger Dissertation von Olaf Ihlau über die Geschichte der "Roten Kämpfer".

68) S. sein Referat in: KAZ (Groß-Berlin), 3.Jg. (1922), Nr. 20.

69) Weitgehend repräsentativ mag die politische Biographie Alfred Weilands sein: Alfred Weiland, geboren am 7.8.1906 in Berlin-Moabit, stammte aus einer sozialistischen Familie, die sich während des ersten Weltkrieges dem "Spartakus"-Bund anschloß; sehr frühe Kontakte mit der sozialistischen Jugendbewegung und Teilnahme an der Entwicklung des linken Flügels des "Spartakus"-Bundes bis zur Gründung der KAP; bereits 1925 verantwortliche Funktionen in der AAU und dann in der KAP, Redakteur an der KAZ und 1927 internationaler Verbindungsmann der KAP/AAU; Tätigkeit in der Erwerbslosenbewegung und im Februar 1933 wegen Verbindungen zu dem holländischen Reichstags-Attentäter van der Lubbe (der den holländischen Linkskommunisten nahestand) verhaftet; 1935 entlassen und bis 1938 unter Schutzhaft; nach 1945 in der DDR, dann nach West-Berlin übersiedelnd. Brief Alfred Weilands an den Verfasser vom 15.10.1967. Herr Weiland nennt als weitere Namen in der Führung der KAP nach 1924: Lincke, Michaelis, Wilfrath und Pinkowski.

70) Am 24.3.1922 erklärte der Bezirk Groß-Berlin, er stehe "nach wie vor auf der programmatischen und theoretischen Grundlage des Programms und der in den Broschüren "Klassenkampforganisation des Proletariats" (von Herman Gorter) und "Der Weg des Dr. Levi - der Weg der VKPD" vertretenen Auffassung." KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 24.

71) Vgl. das Protokoll des 5. Parteitages in: KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 35-40.

72) So wurde u.a. verlangt: "Niemals sollte ein Intellektueller führende Stellung einnehmen. Sie sollten arbeiten, aber nicht führen. Ihnen zur Seite sollten immer zwei bis drei Proletarier stehen." KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 39.

73) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924.

74) S. ibidem, p. 5-14: Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft im Zeitalter des Imperialismus.

75) S. KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 36.

76) Vgl. Programm der KAPD (1924), p. 23-30: Leitsätze zur KAI.

77) Ibidem, p. 33 ff.

78) S. KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 39.

79) Vgl. dazu die endlose Artikelserie: Essener und Berliner Richtung. Antwort an Gorter, in: KAZ (Berliner Richtung), 4.Jg. (1923), Nr. 24-34.

80) KAZ (Berliner Richtung), 4.Jg. (1923), Nr. 5.

vorzugsweise gegen die KPD gerichtete Kritik[81] von Fall zu Fall Aufmerksamkeit erregte. Die KAP erfüllte damit eine kritische Funktion, wie sie in ähnlicher Weise vor dem ersten Weltkrieg der "Freien Vereinigung" z. B. in der Massenstreik-Diskussion zugefallen war. So erlangte ihre Kritik an der KPD und der 3. Internationale z. B. eine gewisse Publizität in der sogenannten "Granaten-Affäre", den Ende 1926 durch die englische Presse eingeleiteten Enthüllungen über die Belieferung der Reichswehr mit in Rußland produzierten Waffen und Munitionsteilen[82]; für die KAP war das eine unerwartet krasse und propagandistisch auswertbare Bestätigung ihrer seit 1921 vertretenen Behauptung, die 3. Internationale sei zum Handlanger der internationalen Bourgeoisie geworden.

Im Zusammenhang mit diesem polemisch-propagandistischen Erfolg kam es noch einmal zur Fraktionsbildung in der Rest-KAP Berliner Richtung, an der zugleich der esoterische, nur mehr von verbandsinternen Streitfragen bestimmte Charakter der Diskussion offenbar wurde, die in der Organisation noch stattfand. Die im November 1927 vollzogene erneute Spaltung kam über die mehr oder minder strenge Interpretation des Prinzips des Antiparlamentarismus zustande: Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ernst Schwarz[83], der im Mai 1926 mit Karl Korsch aus der KPD wegen "ultralinker" Abweichung ausgeschlossen worden war, dann eine Oppositionsgruppe um die Zeitschrift "Entschiedene Linke" aufgebaut und u. a. im Reichstag im Zusammenhang mit der "Granaten-Affäre" die KPD und die Komintern im Sinne der KAP kritisiert hatte, stand mit den Führern der Berliner KAP/AAU seit November 1926 in engem Kontakt. Anfang 1927 schloß sich die "Entschiedene Linke", die gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder stärker war als die KAP, mit der KAP/AAU Berliner Richtung zusammen, da in allen wesentlichen Programmpunkten Übereinstimmung bestand. Gegen diesen Zusammenschluß, der im Rahmen einer "elastischen Taktik"[84] weitgehend - nach Darstellung der Opposition - ohne Mitgliederkonsultation zwischen den Sprechern der KAP und der "Entschiedenen Linken" (EL) ausgehandelt worden war, um die Reichstags-Plattform und die Diäten Schwarz' zu nutzen, entstand heftiger Widerspruch besonders in den KAP-Gruppen in Berlin, Hamburg und Leipzig[85]. Die Opposition gab seit November 1927 je ein eigenes Publikationsorgan für die Partei und für die Union heraus[86] und warf der KAP-Führung vor, zu einer "parlamentarischen Zweckmäßigkeitspolitik" übergegangen zu sein, statt am Prinzip des "revolutionären Antiparlamentarismus"[87] festzuhalten. Die Essener sahen in dieser "elastischen Taktik" nur eine weitere Bestätigung für den "Reformismus" der Berliner; sie bemühten sich aber vergeblich deren Opposition zu sich herüber zu ziehen; auf einem Parteitag der Berliner KAP-Richtung zu Ostern 1928 kehrte die Opposition zurück aufgrund der Versicherung, die "Entgleisung im Falle des Parlamentariers Schwarz" sei berichtigt. "Eine Wiederholung solcher Experimente kommt nicht in Frage"[88]. - Aufgrund des Auseinanderfalls der Verbindung mit der EL und aufgrund dieser letzten Probe des KAP-spezifischen Doktrinarismus zerfielen bald auch die letzten Bezirke der Partei, die 1931 bis auf einen kleinen Rest, der noch einmal eine eigene KAZ[89] herausbrachte, praktisch aufhörte zu existieren. Die vergleichsweise stärkere und beweglichere AAU übernahm "in Wahrheit immer mehr die Aufgaben der alten KAP"[90]. Nachdem sich Ende 1931 auch die AAU und die AAUE zusammengeschlossen hatten, waren sämtliche Filiationen der linkskommunistischen Tradition in Deutschland kurz vor ihrem unwiderruflichen Ende noch einmal zusammengekommen, das mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten besiegelt wurde.

3. Die KAPD und die Dritte Internationale

Die lange gehegte Vorstellung der linken Opposition in der KPD(S), ihre Taktik habe die volle Billigung der Bolschewiki, gründete sich - abgesehen von dem allgemeinen Eindruck der Identität ihres eigenen revolutionären Tatendrangs mit dem der russischen Genossen - auf die Erinnerung an die übereinstimmende kompromißlose Verurteilung der

81) S. die umfangreiche Zusammenfassung ihrer KPD-Kritik: Die KPD im eigenen Spiegel. Aus der Geschichte der KPD und der 3. Internationale, Berlin o. J. (1925) (172 S.) (KAPD-Verlag).
82) S. dazu die KAP-Broschüre: Von der Revolution zur Konterrevolution. Rußland bewaffnet die Reichswehr, Berlin o. J. (1927).
83) Vgl. zur Biographie Schwarz' und zur Geschichte seiner Gruppe: Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition in der KPD, loc. cit., p. 379 ff.
84) Vgl. dazu die Kritik in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 11: Spaltung in der KAP Berliner Richtung.
85) S. KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 11.
86) "Kommunistischer Arbeiter, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands - Opposition", 1. Jg. (1927) - 2. Jg. (1928), und: "Klassenfront, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Opposition (Revolutionäre Betriebs-Organisation)", 1. Jg. (1927).
87) "Kommunistischer Arbeiter", 1. Jg. (1927), Nr. 1: Antiparlamentarismus oder antiparlamentarischer Opportunismus.
88) "Kommunistischer Arbeiter", 2. Jg. (1928), Nr. 5.
89) "Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der KAPD", Berlin-Lichtenberg, 1. Jg. (1931) - 3. Jg. (1933).
90) Brief von Herrn Alfred Weiland an den Verfasser vom 14. 8. 1967. Eine Reihe der ehemaligen KAP-Mitglieder der Berliner Richtung arbeitete nach 1933 im Widerstand unter den Namen "Revolutionäre Obleute" und "Gruppe Internationaler Sozialisten".

"Sozialpatrioten" (USPD und SPD), die auf der Zimmerwalder Konferenz begonnen hatte[1]. Sowohl die ehemaligen ISD als auch Pannekoek, deren geistiger Mentor, hatten während des Krieges den Kampf im Sinne der Leninschen Resolution von Zimmerwald geführt und spielten nun eine hervorragende Rolle in der linken KPD(S). Man verkannte über diesen taktischen Berührungspunkten aber die tieferen prinzipiellen Differenzen, die sich z. B. aus den spontaneistischen Vorstellungen der linken deutschen Kommunisten und dem elitären Parteiverständnis der Bolschewiki ergeben mußten[2]. So hatte Lenin auch schon in einem Brief vom 10.10.1919 - noch vor Bekanntwerden des Radekschen Schreibens an den 2. Parteitag der KPD(S) und damit grundsätzlich übereinstimmend - die Ablehnung der "Ausnutzung der legalen Möglichkeiten", der "Beteiligung am bürgerlichen Parlament, an den reaktionären Gewerkschaften oder Scheidemannschen Arbeiterkomitees oder Betriebsräten" als eine "Krankheit des Wachstums" der kommunistischen Bewegung in Deutschland bezeichnet[3]. Aufgrund dieser Übereinstimmung zwischen Lenin und Radek - und der von letzterem beeinflußten Levi-Zentrale der KPD(S) - hinsichtlich des linken Flügels der Partei wurde Anfang 1920 das Amsterdamer Büro der 3. Internationale, dem die mit den linken Kommunisten solidarischen Genossen Pannekoek und Gorter vorstanden, durch einen Telefonanruf aus Moskau aufgelöst[4]. Der überwiegend oppositionelle Bezirk Berlin hatte außerdem am 7. 2. 1920 in einem Schreiben des "Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale" (EKKI) eine Vermahnung wegen seiner antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Haltung und eine Einladung zur Aussprache in Moskau erhalten. Ungeachtet all dieser offenkundigen Mißbilligungen der Opposition durch das EKKI legte die Berliner Gründer-Gruppe der KAPD größten Wert auf die Zugehörigkeit zur 3. Internationale. Der Berliner Referent zur Frage der Internationale auf dem Gründungskongreß im April 1920 behauptete trotzig: "Wir haben ... nicht um Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale zu ersuchen, sondern wir haben unseren Anschluß nur zu erklären"[5]. Man hielt die

1) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Bremer Linksradikalen.

2) Vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt über Herman Gorters Auseinandersetzung mit Lenin.

3) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 191, Beilage: Lenin über die Taktik der Kommunisten: Grüße an die deutschen, italienischen und französischen Kommunisten. In einem Vorwort verwiesen die Hamburger Linkskommunisten nachdrücklich auf die Verurteilung der "Sozialpatrioten" in dem Brief, meinten aber im übrigen, keine Stützung der Taktik der Levi-Zentrale darin finden zu können. - Ein erstes Beispiel der an Selbsttäuschung grenzenden Ignorierung der russischen Mißbilligung, die in den folgenden Monaten typisch war für die Haltung der Linkskommunisten gegenüber Moskau.

4) Vgl. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121 f.

5) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

russischen Genossen für unzureichend und einseitig informiert über die Zustände in der deutschen KP und baute im übrigen seine Hoffnungen auf die Gemeinsamkeit des "maximalistischen Programms" der russischen Revolution und der KAPD; die Levi-Zentrale, die den Befreiungskampf des Proletariats in Etappen führen wolle und die im März 1919 der Gründung der Komintern gar nicht zugestimmt habe, könne unmöglich der richtige Vertreter der deutschen Kommunisten in der 3. Internationale sein. Der Gründungskongreß nahm einstimmig eine Resolution an, die erklärte, die KAPD stehe "vorbehaltlos auf dem Boden der 3. Internationale"[6]. Dem daraufhin aufkommenden Gerücht, die KAPD sei in die Komintern aufgenommen, trat sofort am 18.4.1920 das Westeuropäische Sekretariat der 3. Internationale entgegen[7]. Die Befürchtungen der KPD(S)-Führung und insbesondere Paul Levis, der in der Auseinandersetzung mit den linken Kommunisten die deutsche KP organisatorisch gefestigt hatte und nun durch die Anerkennung der KAPD von Seiten des EKKI eine mögliche Gefährdung seines ganzen Werkes sah, waren jetzt und in den folgenden Monaten sehr groß.

Vom KAP-Gründungskongreß wurden der Schiffsbauer Jan Appel[8], der die Entwicklung der vom EKKI inkriminierten Hamburger Opposition klarlegen sollte, und Franz Jung für die Berliner Opposition zum mündlichen Bericht bei der Führung der Komintern nach Moskau entsandt. Von nun an entstand ein gutes Jahr lang ein wahrer Reiseverkehr unter den erschwerenden Umständen der Illegalität von der Berliner KAPD-Zentrale zur Moskauer Komintern-Spitze. Die Delegation Appel/Jung kam nach abenteuerlicher Fahrt[9] Anfang Mai (1920) nach Petersburg und Moskau und hatte dort Unterredungen mit Lenin, Sinowjew und anderen Führern der Komintern und der KPdSU. Sie wurde persönlich gefeiert, aber die vorgetragenen Argumente der KAP gegen die Levi-Zentrale und ihre eigenen programmatischen Vorstellungen stießen auf geschlossene Ablehnung[10]. Die Argumente der Russen waren diejenigen, die Lenin bereits in seinem Brief vom Oktober 1919 angedeutet hatte und die er dann ausführlicher darlegte in seiner Schrift "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"[11]; er las Appel und Jung u. a. Passagen aus dem Manuskript die-

6) Ibidem.

7) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 57: Die 3. Internationale und die KAPD.

8) S. den biographischen Anhang.

9) Appel und Jung gelangten mit Hilfe eines Hamburger KAP-Genossen als blinde Passagiere auf einen Fischdampfer, dessen Besatzung sie auf hoher See zur Kursänderung nach Murmansk zwangen, wo sie am 1. Mai 1920 einliefen. Vgl. dazu die Beschreibung: Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 143 ff.

10) S. dazu ibidem, p. 157 ff; die Darstellung Jungs ist in den faktischen Details nicht sehr zuverlässig.

11) W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. III, p. 389 ff. Lenin schrieb die Abhandlung

ser Abhandlung vor[12], hatte also aufgrund seiner seit langem ausformulierten verschiedenen Auffassung von Organisation und Taktik der KP und unter dem Einfluß Radeks und der Levi-Zentrale sein Urteil über die linken Kommunisten in Deutschland bereits gefällt; er sah keine Veranlassung, es zu revidieren. Die Position der KAP-Delegation Appel/Jung war besonders schwach durch die Tatsache, daß sie kein allgemein anerkanntes Programm ihrer Partei vorzulegen hatte[13] und daß ihre Verurteilung der sich inzwischen abzeichnenden nationalbolschewistischen und syndikalistischen Flügel der KAP so als Privatmeinung abgetan werden konnte[14]. Lenin lehnte die antigewerkschaftliche und antiparlamentarische Haltung und die Fragestellung "Parteidiktatur oder Klassendiktatur?" nach wie vor entschieden ab. - Als Reaktion auf das Beitrittsgesuch dieser ersten KAP-Delegation erfolgte unter dem Datum vom 2.6.1920 ein "Offenes Schreiben des EKKI an die Mitglieder der KAPD"[15], das eigentlich alle Illusionen darüber, zu welcher der beiden kommunistischen Parteien in Deutschland Lenin und die Führung der Komintern stand, endgültig hätte beseitigen müssen. Die Taktik der KAP wurde als "ein direktes Abweichen vom Kommunismus" bezeichnet und das EKKI erklärte rundheraus, "daß in allen jenen wichtigsten prinzipiell-taktischen Problemen, die jetzt in Deutschland ... zu brennenden Tagesfragen geworden sind, nicht die KAPD, sondern die KPD(S), im Recht ist"[16]. Es schlug vor, bis zu den Beschlußfassungen des 2. Weltkongresses der Komintern, denen sich die KAP unterwerfen sollte, unverzüglich ein Übereinkommen mit der Zentrale der KPD(S) zu treffen und ein provisorisches, gemeinsames Organisationsbüro zu bilden unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des EKKI[17]. - Da über das Schicksal der Delegation Appel/Jung Ungewißheit herrschte und da die KAP auf jeden Fall auf dem 2. Komintern-Kongreß vertreten sein wollte, reiste Otto Rühle - in Unkenntnis des

im April 1920 und ergänzte sie im Mai; sie erschien im Juni in russischer, im Juli in deutscher, französischer und englischer Sprache. Vgl. auch zu dieser Schrift: Hellmuth Kolbe, W.I. Lenins Werk "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" - eine bedeutende Hilfe für die junge KPD, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 2. Jg. (1960), p. 255 ff. Die lückenhafte und oberflächliche Darstellung dieses Aufsatzes verzeichnet die Rolle Levis und verschweigt diejenige Radeks völlig.

12) Tonband-Mitteilung von Herrn Appel.

13) Das erste Programm der KAPD war Mitte Mai 1920 redaktionell abgeschlossen und erschien erst Ende Mai im Druck; vgl. oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD.

14) S. Bericht der nach Moskau entsandten Delegation, in: Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, Berlin o.J., p. 3-6.

15) S. Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, p. 7-12. S. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 128, Beilage.

16) Ibidem, p. 8; Hervorhebung im Original.

17) S. ibidem, p. 12.

EKKI-Briefes, der erst nach Beginn des 2. Komintern-Kongresses in die Hände der KAPD gelangte, - Ende Mai illegal nach Moskau[18]; Anfang Juli stieß dort August Merges zu ihm als anderer KAP-Delegierter für den 2. Weltkongreß der 3. Internationale, der am 19. Juli begann. Während seiner mehrwöchigen Reisen war Rühle bereits vieles aufgefallen, das er mit der besonderen, von der westeuropäischen verschiedenen, Bedingtheit der russischen Revolution erklärte; so besonders das allen Formen der staatlichen und wirtschaftlichen Organisation unterliegende Prinzip des Zentralismus, das - nach Rühles Beobachtungen - von den Bolschewisten so konsequent entwickelt worden sei, daß es zum "Überzentralismus" geführt habe[19]. Die Übertragung dieses Prinzips auf die Organisation und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung schien Rühle völlig absurd. Als den Versuch eben einer solchen Übertragung beurteilten er und Merges die vom EKKI unter maßgeblicher Mitarbeit Karl Radeks ausgearbeiteten 21 Aufnahmebedingungen in die Komintern[20], die dem 2. Kongreß vorgelegt werden sollten und die die beiden KAP-Delegierten vor Beginn des Kongresses zu Gesicht bekamen. Die Bedingungen, die u.a. tatsächlich die Thesen des 2. Parteitages der KPD(S) zum Verhältnis von Partei, Klasse und Masse, zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage einschlossen, schienen Rühle und Merges eine Neuauflage der Heidelberger Leitsätze. "Sie waren nur etwas großzügiger aufgemacht, etwas theoretischer frisiert, etwas mehr ins Zentralistisch-Diktatorische potenziert"[21]. Radek erklärte der KAP-Delegation, der Aufnahme ihrer Partei in die Komintern stehe nichts mehr im Wege, wenn sie sich allen Kongreßbeschlüssen unterwerfe - also auch der zustimmenden Beschlußfassung über die u. a. gegen die KAP gerichteten Aufnahmebedingungen. Die beiden KAP-Delegierten reisten daraufhin noch vor Beginn des Weltkongresses nach Deutschland ab, nachdem auch Unterredungen Rühles und Merges' mit Lenin, Sinowjew u.a. ergebnislos gewesen waren. Eine Einladung des Kongresses, die sie noch auf der Rückreise erreichte und ihnen beschließende Stimmen zusicherte, schlug die Delegation aus, um nicht das Todesurteil über die KAPD mitbeschließen zu müssen. Auf diese Weise war von den deutschen antiautoritären Linksradikalen auf dem 2. Komintern-Kongreß, dessen Beschlüsse die autoritäre Stellung der russischen Staatspartei im inter-

18) S. seinen "Bericht über Moskau", in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40.

19) S. ibidem.

20) S. die vom Kongreß angenommenen, zuerst in 19 Punkte unterteilten "Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale", in: Protokoll des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, p. 746 ff. S. auch Günther Nollau, Die Internationale, (op. cit.), p. 388-393.

21) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40.

nationalen Kommunismus zementierten, nur das FAUD-Mitglied Augustin Souchy anwesend[22], um Widerspruch zu leisten in der Diskussion der Stellung der Partei in der Revolution[23] und der Frage des Parlamentarismus[24].

Das KAP-Zentrum in Berlin hatte nach Bekanntwerden des EKKI-Briefes vom 2.6.1920 empört reagiert[25] und der 2. Parteitag mißbilligte aufs schärfste das von der Komintern angemaßte Einspruchsrecht in die inneren Angelegenheiten und Probleme der einzelnen kommunistischen Landesorganisationen. Nach den 21 Bedingungen des 2. Komintern-Kongresses hielt ein Teil der KAP jede weitere Bemühung um die Aufnahme der Partei in die 3. Internationale für vergeblich, ja für gefährlich. Dieser Teil gruppierte sich um Rühle, Pfemfert und Broh, die Anführer der Einheitsorganisations-Tendenz, die seit August 1920 besonders in Pfemferts "Aktion" eine Kampagne gegen die russische "Parteidiktatur" und "Führer-Internationale" begannen[26]. - Der Teil, der weiterhin und nun erst recht die Aufnahme der KAP betreiben wollte, war stark repräsentiert durch fast die gesamte Berliner Parteiführung und durch den größten Teil der nach wie vor vom großen Beispiel der Oktober-Revolution faszinierten Mitgliedermenge. Von der Berliner Führung war gleich nach Rühles und Merges' Rückkehr das Verhalten dieser Delegation als "schwerer Fehler" bezeichnet worden[27] und gleichzeitig begann die heftigste Polemik gegen den besonderen ostsächsischen Kurs in der Partei, der von Rühle gesteuert wurde[28]. Hatte sich der Parteitag Anfang August noch gegen den Ausschluß Rühles erklärt, so vollzog ihn nun eine Zentralausschuß-Sitzung der KAP am 30. und 31. Oktober dennoch wegen "parteizerrüttender Tätigkeit"[29]. Dieselbe Sitzung des Zentralausschusses beschloß, obwohl der Parteitag keine entsprechende Weisung gegeben hatte[30], erneut eine Delegation nach Moskau zu schicken, die sich aus den wichtigsten Repräsentanten des zentralistischen Kerns der KAP, aus Schröder, Gorter und Rasch zusammensetzte. Schröder hatte schon auf dem 2. Parteitag das Verhalten der Kominternführung als "Radekmethoden" qualifiziert, die man übereinstimmend ablehne, durch die man sich aber nicht entzweien lassen dürfe[31]. Den Anlaß zu dieser neuen Delegation hatten Gespräche der Berliner KAP-Führer mit dem Vorsitzenden der 3. Internationale, Sinowjew, auf dem Hallenser Parteitag der USPD Mitte Oktober 1920 gegeben. Als Motiv für das hartnäckige - und angesichts der strengen KAP-Forderung nach ausschließlicher Selbstbestimmung der Mitgliedschaften nicht unbedenkliche - Bemühen um den Anschluß an die Komintern, gab Gorter die Notwendigkeit an, in der "revolutionär-opportunistischen" 3. Internationale eine "revolutionär-marxistische" Opposition zu bilden[32] und nach Möglichkeit eine linke Fraktion gegen die 21 Punkte des 2. Kongresses zusammenzubringen. Die Delegation Schröder/Gorter/Rasch kam im November 1920 illegal nach Rußland mit dem Ziel, die Aufnahme der KAP als sympathisierende Partei zu bewirken, ohne Abstriche am Parteiprogramm zuzulassen. Nach wiederholten Unterredungen mit Lenin, Trotzki, Bucharin, Sinowjew u. a. und nach zwei Sitzungen des EKKI erreichte sie, daß die KAPD offiziell am 5.12.1920 als "sympathisierende Partei mit beratender Stimme ... provisorisch"[33] in die Komintern aufgenommen wurde. Diese Entscheidung des EKKI für die Aufnahme der KAP in die Internationale war eine Maßnahme, auf die - wie im Falle des nach all den Kämpfen mit den Linken in der KPD besonders allergischen Paul Levi augenfällig wurde[34] - die KPD(S)-Führung mit großer Verärgerung reagierte. Tatsächlich änderte diese Entscheidung aber nicht das geringste an der grundsätzlichen Haltung des EKKI zu den deutschen Linkskommunisten. Nachdem schon ein weiterer Offener Brief der Komintern-Spitze an die KAP-Mitglieder[35] Mitte Oktober ergangen war mit der Aufforderung zum Übertritt in die KPD(S), wiederholte die Aufnahme-Resolution vom Dezember den gleichen Wunsch. Allein diesem Zweck, den "besten Proletarier-Elementen aus der KAPD" entgegenzukommen und ihnen den Übertritt in die KPD(S) zu erleichtern, sollte

22) Souchy war nicht offiziell von der FAUD delegiert, sondern bei der Gelegenheit seiner russischen Studienreise anwesend.

23) S. Protokoll des 2. Weltkongresses der Komintern, p. 95 ff.

24) S. ibidem, p. 448 ff.

25) S. den Aufruf "An den 2. Kongreß der 3. Internationale", in: Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, p. 13 ff.

26) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 31/32, 33/34 usw.; s. auch Franz Pfemfert, Die Parteidiktatur der 3. Internationale, Berlin 1921.

27) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 137; s. außerdem die Polemik gegen Rühle: ibidem, Nr. 138, 139, 143, 144, 154 usw.

28) S. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

29) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 138.

30) Bernhard Reichenbachs Darstellung (loc. cit., p. 133) verlegt den Parteitagsbeschluß irrigerweise vor die dritte Moskau-Delegation; tatsächlich erfolgte die Zustimmung des Gothaer Parteitages zum Beitritt erst im Februar 1921, also post festum.

31) S. Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP, p. 144.

32) S. Herman Gorter, Die KAPD und die 3. Internationale, in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 162.

33) S. den offiziellen Bericht der Delegation in: "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3: Delegation nach Moskau; s. auch KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 155: Die KAPD gehört zur 3. Internationale!

34) Paul Levi trat im Februar 1921 aus Protest wegen der seit längerer Zeit bestehenden Differenzen in der Frage des KAP-Anschlusses und der italienischen Politik des EKKI vom Vorsitz über die VKPD zurück.

35) S. den Text des Briefes in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 45/46.

gemäß der Absicht des EKKI die Aufnahme der KAPD dienen[36]. Die Aufnahme-Resolution erklärte im übrigen nach wie vor die Taktik der KAP, besonders in den Fragen der Gewerkschaften und des Parlaments, für falsch und forderte die Teilnahme der KAPD am bevorstehenden Verschmelzungskongreß der KPD(S) und der linken USPD und die brüderliche Unterstützung aller revolutionären Aktionen der VKPD. - War zweifellos das Bemühen, die erprobten Kämpfer in der KAPD nicht durch den Ausschluß ihrer Organisation zu brüskieren, das Hauptmotiv für die EKKI-Entscheidung, so war sicherlich auch das Prestige und die Verhandlungsgeschicklichkeit Gorters, der auf der ersten EKKI-Sitzung in einem einstündigen Referat die Haltung der KAPD darstellte und Trotzki als Korreferenten des EKKI in der Diskussion gegenübertrat[37], von Bedeutung. Diese dritte KAP-Delegation neigte nach ihrer Rückkehr nach Deutschland zu einer - mutmaßlich aus Zweckoptimismus und subjektiver Überzeugung von der noch offenen Entwicklungsrichtung der Komintern[38] resultierenden - Überbewertung der erreichten Ergebnisse bei völliger Mißachtung der fragwürdigen Modalitäten der Aufnahme-Resolution[39]. In der vermeintlichen Anerkennung der KAPD durch die Komintern und der gleichfalls nur vermeintlichen Aufnahme der FAU Gelsenkirchen in die RGI[40] wollte die Delegation "erste Anzeichen dafür" sehen, "daß sich die 3. Internationale auf den Weg der Prinzipien der KAPD zu begeben anschickt"[41]. Die provisorische Aufnahme der KAP in die 3. Internationale brachte der Organisation nicht nur einen vorübergehenden Prestige-Gewinn, sondern sehr wahrschein-

36) S. "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3; vgl. dazu auch Sinowjews Arbeitsbericht des EKKI, in: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 185 und 187.

37) Gorters Referat wurde niemals veröffentlicht, während Trotzkis Gegenreferat in der "Internationale", dem Publikationsorgan der Komintern, abgedruckt wurde.

38) Zu diesem Eindruck trug bei, daß Lenin sich im persönlichen Gespräch mit den verschiedenen KAP-Delegationen sehr verständnisvoll, wenn auch nicht in der Sache entgegenkommend, zeigte. Nach dem Bericht der dritten Delegation sagte Lenin sinngemäß: "Ich bleibe zunächst bei der Methode der Zellenbildung in den Gewerkschaften. Ob der Weg der Allgemeinen Arbeiter-Union, der andersgearteten Entwicklung von Partei, Klasse, Masse, in Westeuropa der richtigere sein wird - vielleicht - wir müssen es abwarten." ("Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3). Ähnlich auch Rühle über sein Gespräch mit Lenin (s. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40). Einzig Franz Jung fühlte sich persönlich von Lenin nicht ganz ernst genommen: "Von mir hat Lenin keine Antwort entgegengenommen. Er hat mich mit sichtlicher Ironie behandelt - Mitläufer ..." (Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 157).

39) S. "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3: "Ohne auf den materiellen Inhalt der Resolution einzugehen, sehen wir das Entscheidende in der Anerkennung der KAPD."

40) Das Aufnahmegesuch der Gelsenkirchener FAU vom September 1920 wurde in Wahrheit erst im Januar 1921 vom vorbereitenden Gremium der RGI in Moskau positiv beantwortet. Vgl. oben den Abschnitt über die FAU Gelsenkirchener Richtung und die Union der Hand- und Kopfarbeiter.

41) "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3.

lich auch eine Aufbesserung ihrer Kasse; wenn man den Erkundungen der politischen Polizei glauben darf, erhielten die KAP und die AAU für ihre Presse und für sonstige Kampfzwecke bis Ende März (1921) einmalig 5 Millionen und für eine mit der VKPD zu bildende Aktionsgemeinschaft 3 Millionen Mark[42]. Die KAPD schloß sich angesichts dieser Tatsachen nach Abspaltung des nationalbolschewistischen und des syndikalistischen Flügels dem Optimismus der Delegation an; der erweiterte Zentralausschuß begrüßte in einer Sitzung am 21. und 22. 12. 1920 den Erfolg der Delegation als ersten Schritt des EKKI zur Überprüfung der Beschlüsse des 2. Weltkongresses, forderte zum "unerbittlichen Kampf gegen jede Form des ... Opportunismus" in der Internationale auf und schickte Arthur Goldstein als Vertreter der KAP mit beratender Stimme im EKKI nach Moskau[43]. Der 3. Parteitag im Februar 1921 billigte erwartungsgemäß den Anschluß der KAP an die Komintern. Die vom EKKI gewünschte Annäherung der beiden deutschen KP realisierte sich nur punktuell in der Aktionsgemeinschaft während der März-Aktion[44]; seit April 1921 wies die KAP-Presse jede Hoffnung auf eine Verschmelzung mit der VKPD zurück[45]. Die Alternative des Zusammenschlusses der KAP mit der VKPD oder des Ausschlusses aus der 3. Internationale wurde vom EKKI gleichzeitig beibehalten. Sinowjew hatte bereits auf dem 10. Parteitag der KPdSU Anfang 1921 angekündigt, man werde auf dem kommenden 3. Weltkongreß der Komintern die Frage der KAPD "auf die Spitze treiben"[46].

Im Bewußtsein, daß der 3. Komintern-Kongreß eine Entscheidung bringen werde, reiste im Mai 1921 wiederum Jan Appel (Pseudonym: Hempel) mit Alexander Schwab (Pseudonym: Sachs) und einem Leipziger Metallarbeiter namens Meyer (Pseudonym: Bergmann) nach Moskau, versehen mit der Weisung, die Beschlüsse des 2. Kongresses anzugreifen und nach Möglichkeit eine Opposition innerhalb der 3. Internationale zustande zu bringen[47]. Die Delegation Appel/Schwab/Meyer traf bereits Mitte Mai in Moskau ein und ergänzte sich dort durch Reichenbach, der inzwischen Goldstein als Vertreter der KAPD im EKKI abgelöst hatte und unter dem Pseudonym Seemann tätig war. - Die Aufgabe, die Beschlüsse des 2. Kongresses anzugreifen, lösten die vier

42) Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15681/13.

43) S. den Text der Resolution des Zentralausschusses im "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3. Über den ersten Vertreter der KAP im EKKI schriftliche Auskunft von Herrn Bernhard Reichenbach an Olaf Ihlau.

44) S. unten den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.

45) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 185: Wir und die 3. Internationale.

46) S. ibidem die Rede Sinowjews.

47) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 203: Bericht von der Zentralausschuß-Sitzung am 5. Juni 1921; s. auch den Delegations-Bericht in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

Delegierten der KAPD mit großer Tatkraft und Geschicklichkeit; sie bildeten während des ganzen 3. Kongresses vom 22.6. bis 12.7.1921 die geschlossenste Reihe des prinzipiellen Widerspruchs gegen die Taktik des EKKI und der russischen Staatspartei. Sie versuchten in der Diskussion über Trotzkis Referat über die Aufgaben der Komintern[48], Sinowjews Rechenschaftsbericht des EKKI[49], Radeks Referat über die Taktik der 3. Internationale[50], in der Diskussion der Gewerkschaftsfrage[51] und des Referats Lenins über die Taktik der KPdSU[52] in mutiger Weise Kritik zu üben und ihre eigene Stellung zu den jeweiligen Fragen darzulegen. Sie legten in fast allen Kommissionen zu den genannten Fragen eigene Thesen vor[53] und verbreiteten einen Abriß der Geschichte der KAPD in englischer und französischer Übersetzung[54], um für ihre Opposition bei den anderen Landesorganisationen zu werben. Die Möglichkeit der Einflußnahme der KAP-Delegation wurde - abgesehen von ihrer Isoliertheit und quantitativen Schwäche - vermindert durch die Manipulation der Tagesordnung des Kongresses zu ihren Ungunsten; so veranlaßte u.a. die Einschränkung der Redezeit der deutschen Linkskommunisten die - mit ihren früheren SDP-Genossen im übrigen nun nicht mehr solidarische - holländische Delegierte Roland-Holst zum Protest gegen diese "geistige Vergewaltigung" der KAP-Vertreter[55]. Zudem waren vor dem Kongreß in der russischen Presse und im Zentralorgan der Komintern wenig sachliche Darstellungen der Ziele der KAP gegeben worden und insbesondere Radek und Sinowjew versuchten während des Kongresses, durch Insinuierungen und entstellende Zitate die Partei der Lächerlichkeit preiszugeben[56]. - Die Realisierung des anderen Ziels der KAP-Delegation, die Errichtung einer linken Fraktion auf dem Kongreß, wäre die Voraussetzung gewesen für eine praktisch erfolgreiche Opposition gegen die 21 Punkte. Die seit Mitte Mai in Moskau geführten Gespräche mit sympathisierenden Kongreß-Delegierten aus Bulgarien, Luxemburg, Mexiko, Spanien, England, Belgien und mit Vertretern der nordamerikanischen IWW[57] hatten aber

48) S. Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.97-106 (Schwab, Reichenbach).
49) Ibidem, p.221, 225 (Appel).
50) Ibidem, p.485-497 (Appel).
51) Ibidem, p.721-724 (Meyer).
52) Ibidem, p.766-769 (Schwab), p.793-797 (Appel).
53) S. den Text der Thesen im "Proletarier", 1.Jg.(1920/21), Heft 7.
54) Er ist fast vollständig wiedergegeben in Bernhard Reichenbachs KAP-Aufsatz, loc.cit., p.120 ff.
55) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.345; s. auch: KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920/21), Nr.214.
56) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.187 ff (Sinowjew); vgl. den Protest der KAP-Delegation, ibidem, p.224; ibidem, p.442 ff. (Radek).
57) S. dazu und zum folgenden KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.219.

bereits vor Beginn des Kongresses erkennen lassen, daß eine solche Fraktionsbildung nicht möglich war. Die KAP-Delegierten hatten versucht, eine gemeinsame Oppositions-Grundlage zu schaffen durch die Absprache in den Fragen des Antiparlamentarismus, der Ablehnung der Zellen-Taktik und der "Überzentralisation" der Bolschewiki und der Komintern. Obwohl in der Frage des Parlamentarismus die meiste Aussicht auf ein gemeinsames Vorgehen der Gesamtopposition bestand, scheiterten alle Einigungsbemühungen - nach Meinung der KAP-Delegation - an der Furcht der anderen "aus der Dritten Internationale ausgeschlossen zu werden"[58]. Tatsächlich war aber gerade im Falle der beiden wichtigsten auf dem Kongreß vertretenen und mit den Zielen der KAP sympathisierenden Organisationen, der CNT der spanischen Syndikalisten und der nordamerikanischen IWW, die Furcht vor dem Ausschluß offenbar nicht so groß; die CNT schloß sich später der syndikalistischen Internationale an, die IWW gehörten weder der 3. Internationale noch irgendeiner der mit dieser rivalisierenden an[59]. Die prinzipiellen Gegensätze zwischen diesen syndikalistischen Organisationen und der KAP waren hinreichend groß, um eine Einigung auf dem Kongreß zu verhindern. - Neben der Minderheit in der niederländischen KP hinter Pannekoek und Gorter gelang es lediglich, die linken Kommunisten Bulgariens sich zu assoziieren, denen während des Kongresses die Aufnahme verweigert wurde mit Radeks Begründung, man halte es nicht für angebracht, dort, wo eine große KP bestehe, durch die Aufnahme der Opposition "eine Prämie auf Zersplitterungsversuche zu setzen"[60]. Anscheinend unerwartete, wenn auch nicht sehr effektive Stützung ihrer Kritik an der "opportunistischen" Taktik der Komintern und der KPdSU erfuhr die KAP schließlich durch die Sprecherin der russischen "Arbeiteropposition"; diese "Arbeiteropposition"[61] war in Rußland seit dem Frühjahr (1921) gegen den NEP-Kurs entstanden[62] und sah wie die deutschen Linkskommunisten in diesem neuen Kurs eine Vorbereitung der Bolschewiki zur "Rückkehr zum Kapitalismus"[63]. -

58) Ibidem.
59) S. dazu unten den Abschnitt über die IAA der Syndikalisten.
60) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.145. Vgl. auch den Bericht des bulgarischen Delegierten: KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.219: Die linken Kommunisten Bulgariens.
61) S. den Diskussionsbeitrag Alexandra Kollontais zu Lenins Referat: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.776 - 781. Die KAP-Delegation würdigte A. Kollontais Ausführungen: "Das Auftreten dieser Genossin aus der russischen Opposition war ein Ereignis, und man kann sagen von sehr weittragender Auswirkung. Bisher hat es dort noch niemand gewagt, offen gegen die jetzige Politik der Bolschewiki und der Sowjetregierung aufzutreten". KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.219.
62) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt/Main 1966, p.181 ff.
63) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.219; vgl. auch im einzelnen unten den Abschnitt über die KAI. Eine Dokumentation zur "Arbeiteropposition" s. neuerdings in: Frits

Angesichts ihres ziemlich einsamen Kampfes auf dem 3. Weltkongreß der Komintern mußte die KAP-Delegation schließlich das Fazit ziehen, daß der "Gedanke der Bildung einer Opposition in der Dritten Internationale eine Illusion"[64] gewesen sei. Die beiden Ziele dieser letzten Delegation der KAP nach Moskau waren nicht ohne Mut und Geschick verfolgt, aber eindeutig nicht erreicht worden.

Sinowjew und Radek stellten der Partei im Namen des EKKI ein Ultimatum von 2 bis 3 Monaten für die Verschmelzung mit der VKPD; nach diesem Termin habe die KAP den Ausschluß aus der Komintern zu gewärtigen. Die Delegation lehnte dies Ultimatum ab, erklärte aber trotz der Vollmacht, die ihr aus Berlin telegrafisch übermittelt worden war, den Austritt der KAPD aus der 3. Internationale nicht, um die Mitglieder der Partei selbst entscheiden zu lassen. Das war eine effektvolle Geste, die in der Sache einer Austrittserklärung gleichkam, da man der Empörung der Parteigenossen über die Behandlung ihrer Moskau-Delegation gewiß sein konnte. Noch Ende Juli traf man die Vorkehrungen zur Gründung einer eigenen linkskommunistischen Internationale[65]; der Kampf der KAPD um die 3. Internationale war - wie Bernhard Reichenbach es ausdrückte[66] - zu Ende, der Kampf der Partei gegen die 3. Internationale begann.

Exkurs:
Die Kontroverse Herman Gorters mit Lenin.
Gorters Versuch einer sozio-ökonomischen Begründung des westeuropäischen Linkskommunismus

Mit den organisatorischen Beziehungen der KAPD zu der Komintern engstens verquickt verlief die theoretische Kontroverse Herman Gorters mit Lenin. Sie muß im Zusammenhang der auf einen von Moskau unabhängigen, westeuropäischen Kommunismus gerichteten Oppositionsbewegung gesehen werden, die bereits in Rosa Luxemburgs Kritik an der russischen Revolution[1] zum Ausdruck kam und dann bis 1923 noch einmal sich in den hegelianisch inspirierten Neubelebungsversuchen marxistischer Theorie bei Karl Korsch und Georg Lukacs manifestierte. Ohne nachweisliche Verbindung mit der westeuropäischen

Kool, Erwin Oberländer (Hrg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten u. Freiburg i. B. 1967.

64) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

65) S. dazu unten den Abschnitt über die KAI der Linkskommunisten.

66) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 131.

1) S. Rosa Luxemburg, Die Russische Revolution, eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1963.

philosophischen Opposition gegen Lenin postulierte Gorter teilweise übereinstimmend mit Rosa Luxemburg in der Diskussion praktischer, organisatorischer und taktischer Fragen die notwendige Eigenständigkeit des westeuropäischen Kommunismus in enger Gemeinschaft mit seinem politischen Gefährten und niederländischen Landsmann Anton Pannekoek. Dr. Herman Gorter, Sohn eines niederländischen Schriftstellers, kam nach dem Studium der klassischen Philologie, nach der intensiven Beschäftigung mit der Philosophie Spinozas und Kants zur Lektüre des Marxschen Werkes und trat Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der niederländischen Sozialdemokratie bei[2]. Er wirkte als Gymnasiallehrer und hatte bei Eintritt in die "Sociaal-Democratische Arbeiders-Partij" (SDAP) bereits einen Namen als Dichter und Führer einer impressionistischen Dichterschule[3]. Für die SDAP gab er zeitweilig die marxistische Zeitschrift "De Nieuwe Tijd" heraus und wurde schnell zum populären Agitator der Bewegung. Mit Anton Pannekoek und in freundschaftlicher Beziehung zu den Linksradikalen in der SPD (besonders zu Karl Kautsky, solange dieser zur Linken in der SPD zählte) kämpfte er gegen den Revisionismus in der Bewegung[4] und seit 1903 für die Idee des Massenstreiks. Als Führer der oppositionellen Gruppe um die Zeitschrift "De Tribune" wurde er 1909 mit Pannekoek u. a. aus der SDAP ausgeschlossen und war Mitbegründer der "Sociaal-Democratische Partij" (SDP), der ersten selbständigen Partei der Linksradikalen in Westeuropa. Seine 1909 in Niederländisch und Deutsch erscheinende Einführung in den historischen Materialismus[5] fand neben seiner politischen Dichtung[6] dieser Jahre sehr weite Verbreitung; sie wurde in der Weimarer Republik noch wiederholt neu aufgelegt. Gorter versuchte, ausgehend von der Frage "Woher kommt es, daß zu einer bestimmten Zeit so und so gedacht wird?" den Leser über den Weg von Beispielen aus dem alltäglichen Erfahrungsbereich induktiv mit den Inhalten des historischen Materialismus vertraut zu machen. Der besondere Akzent der Schrift wurde durch das abschließende Kapitel "Die Kraft des Individuums"[7] gesetzt, wo es u. a. im Anschluß an Pannekoek und nach ausführlichem Zitat Dietzgens hieß:

2) Vgl. hierzu und zum folgenden den Nachruf Pannekoeks auf Herman Gorter in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 9.

3) Sein lyrisches Epos "Mei" gilt heute als ein Höhepunkt niederländischer moderner Dichtung und ist Pflichtlektüre in den Schulen.

4) Vgl. dazu seine Schriften: De grondslagen der sociaal-democratie (1906) und: Marxisme en Revisionisme (1907).

5) Herman Gorter, Der historische Materialismus. Für Arbeiter erklärt von Herman Gorter, Stuttgart 1909.

6) In "Een klein heldendicht" (1906) beschrieb er das Erwachen des Klassenbewußtseins in einem Arbeiterpaar, in "Pan" (1916) in symbolischer Form "die Befreiung der Menschheit durch den Kampf der Arbeiter" (Pannekoek in seinem Nachruf auf Gorter).

7) Herman Gorter, Der historische Materialismus, p. 126 ff.

"Die gesellschaftliche Macht, die uns treibt, ist kein totes Fatum, kein ungefügiger Klumpen Materie. Sie ist die Gesellschaft, sie ist eine lebendige Kraft. - Freilich, wir müssen in der Richtung gehen, die sie geht. Der Arbeitsprozeß treibt uns in eine Richtung, die wir nicht selber bestimmen. Wir machen die Geschichte nicht aus freien Stücken - Aber ... wir machen sie"[8].

Die Schrift endete mit dem Aufruf "Der Geist muß revolutioniert werden!". Gorter war der Meinung, nur mit einem neuen, selbstbewußten und selbsttätigen Menschen könne man eine neue Gesellschaft errichten und hielt den geistigen Emanzipationsprozeß der Arbeiter für die erste Aufgabe der Revolution. - Darin, daß dieser Emanzipationsprozeß nicht hinreichend befördert worden war, sah Gorter die letzte Ursache für das Versagen der Parteien der 2. Internationale im August 1914. In einer deutschsprachigen Schrift von 1915[9] führte er dies von ihm als katastrophal empfundene Versagen, insbesondere der deutschen Sozialdemokratie, erstens auf die mangelnde Aufklärung der Arbeiter über die Entwicklungsgesetze der imperialistischen Phase des Kapitalismus, zweitens auf den in den Arbeitermassen selbst tief eingewurzelten Reformismus zurück, in dem sie von ihren bürokratischen Führern noch bestärkt wurden.

"Die Masse, ganz und gar vom Verlangen nach Gewinn, nicht nach Revolution erfüllt, wurde von den Führern darin noch verstärkt. Sie überließ zu diesem Zwecke alles den Führern, wurde selber schlaff und träge. Und je weniger aktiv, je weniger zielbewußt die Masse wurde, um so mehr betrachteten die Führer sich selbst als die eigentlichen Träger der Bewegung"[10].

Die einzig mögliche Regeneration der revolutionären Arbeiterbewegung sah Gorter in der durch die deutschen Linksradikalen in der SPD und die niederländischen "Tribunisten" von lange her theoretisch vorbereiteten und nun durch die materielle Not des Weltkrieges provozierten Aktion der Massen selbst. "Die Masse muß jetzt anfangen selber zu handeln, die Masse muß kommen"[11].

Als Massenaktion größten Stils und als ersten Schritt der Weltrevolution begrüßte Gorter die russische Oktoberrevolution von 1917; er feierte Lenin enthusiastisch als den "Vorkämpfer der Weltrevolution"[12]. Mit der hohen Wertschätzung Lenins als genialem Praktiker der Revo-

8) Ibidem, p. 127, Hervorhebung im Original.
9) Herman Gorter, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie, Amsterdam 1915. Vgl. die Rezension der Schrift im Organ der Zimmerwalder Linken: "Vorbote", 1. Jg. (1916), Nr. 1, p. 63.
10) Herman Gorter, Der Imperialismus, p. 63.
11) Herman Gorter, Der Imperialismus, p. 75, Hervorhebung im Original.
12) Herman Gorter, Die Weltrevolution, (Widmung an Lenin).

lution ging einher die Hochachtung vor dem Theoretiker der proletarischen Revolution, der in seiner Schrift "Staat und Revolution"[13] im August/September 1917 unter dem unmittelbaren Eindruck der Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte in der Februar-Revolution des gleichen Jahres auch staatstheoretisch den Grund gelegt hatte zu einer ganz neuen, proletarischen Organisierung des gesellschaftlichen Lebens. In Übereinstimmung mit den Marxschen Gedanken über die Pariser Kommune von 1871 bezeichnete es Lenin als die Hauptaufgabe des Proletariats in der Revolution, "die bürokratisch-militärische Maschinerie"[14] des vorgegebenen Staates zu zerbrechen und an deren Stelle eine qualitativ neue Organisation zu errichten auf der Grundlage von "arbeitenden Körperschaften" nach Vorbild der Kommune, die legislative und exekutive Eigenschaften vereinigen und deren Mitglieder u. a. jederzeit absetzbar sein sollten. Lenin entwarf in dieser Schrift die Theorie für "das Rätesystem als die moderne Form der konsequenten demokratisch-sozialistischen Revolution"[15]. Diese 1918 veröffentlichte Abhandlung Lenins wirkte - verbunden mit seinem Prestige des siegreichen Revolutionärs - in höchstem Maße attraktiv auf die linksradikalen Theoretiker sämtlicher Parteiungen (in Deutschland von den sozialdemokratischen Linksradikalen[16] bis zu den Anarcho-Syndikalisten[17]) und führte bei vielen von ihnen zur vorschnellen Identifizierung der eigenen Vorstellungen über Taktik und Ziel des revolutionären Kampfes mit denen Lenins und der Bolschewiki. So ist z. T. auch Gorters spätere Enttäuschung über die Entwicklung des Staatsmanns Lenin und über die Entwicklung der russischen Revolution auf ein zu weit gehendes Verständnis dieser Schrift, die er noch 1918 ins Niederländische übersetzte[18], im Sinne der eigenen Intentionen zurückzuführen[19]. Lenin ging in "Staat und Revolution" u. a. ausführlich auf die Auseinandersetzung Kautskys mit Pannekoek[20] ein und gab Pannekoeks Parole von der Vernichtung und Auflösung des

13) W. I. Lenin, Staat und Revolution, Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. II, p. 315 - 420.
14) Ibidem, p. 348.
15) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 125.
16) "Staat und Revolution" erschien noch 1918 in deutscher Übersetzung in Pfemferts "Aktions"-Verlag und in Borchardts "Lichtstrahlen"-Verlag, wo Anfang 1919 bereits mehrere Auflagen vergriffen waren.
17) Vgl. dazu unten Rocker über "Staat und Revolution" im Abschnitt über die IAA.
18) Frits Kief, Gorter als politicus onderschat, in: De Gids, 125. Jg. (1965), p. 78.
19) Diese Enttäuschung gestand Gorter später ein: "Ich habe sehr lange nicht verstanden, wie es kam, daß Moskau diese Losungen ausgab, daß Moskau wollte die Erhaltung der Gewerkschaften und des Parlamentarismus. Das konnte ich lange Zeit von den Bolschewiki und von Lenin nicht verstehen." Gorter auf dem Parteitag der KAPD, s. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 232.
20) W. I. Lenin, Staat und Revolution, p. 412-419.

Staates durch die Machtmittel des Proletariats gegen Kautskys Forderung nach dem Kampf um die vorhandene Staatsgewalt und ihre Institutionen recht. Lenin interessierte hier lediglich die von Pannekoek aufgeworfene Fragestellung; keineswegs billigte er dessen Theorie von den revolutionären Massen und dessen Organisationsverständnis, das dem seinigen völlig konträr war. "Auch 1917 gibt Lenin sein Prinzip der straffen Parteidiktatur und des Parteizentralismus nicht auf. Wenn Lenin das Rätesystem empfiehlt, bekennt er sich damit noch lange nicht zu Föderalismus und Spontaneität der Massen"[21]. - Unterlag Gorter in dieser Frage eine Zeit lang gleich vielen anderen wahrscheinlich einem falschen Eindruck - noch war in den ersten Jahren der russischen Revolution angesichts der Bedrohung durch die westlichen kapitalistischen Nationen und durch den Bürgerkrieg die Ausschaltung der Räte und die Parteidiktatur der Bolschewiki zu rechtfertigen -, so sah er in anderen Punkten sehr klar die unterschiedlichen Voraussetzungen der russischen und der deutschen und westeuropäischen Revolution. Bei aller Begeisterung für das epochale Geschehen der Oktoberrevolution wies Gorter bereits in seiner zwischen September 1917 und Juli 1918 verfaßten "Weltrevolutions"-Schrift die Grenzen der Vorbildlichkeit der russischen Revolution für die revolutionäre Bewegung in Westeuropa auf. Den ersten großen Unterschied zwischen der russischen und der westeuropäischen Revolution sah er in der Tatsache, daß die russischen Revolutionäre die aufgrund der besonderen Sozialstruktur ihres Landes vorhandene große Masse der armen Bauern auf ihrer Seite gehabt hatten, daß aber eine entsprechende Hilfe für das westeuropäische Proletariat nicht vorhanden sei[22]. Das zweite wesentliche Unterscheidungsmoment sah er in der relativ schwachen Organisation des Kapitalismus im überwiegend feudal-agrarischen Rußland, während im hochindustrialisierten Westen Europas, insbesondere in Deutschland und England, der Kapitalismus seinen höchsten Grad der Organisation erreicht habe[23]. Zusammenfaßend: "Die proletarische Klasse stand in Rußland mit einer sehr zahlreichen Hilfsmacht einem schwachen Kapitalismus gegenüber, in West-Europa steht sie als revolutionäre Klasse allein gegen einen sehr starken Kapitalismus"[24]. - Was das westeuropäische Proletariat unmittelbar von der russischen Revolution lernen konnte, das war nach Meinung Gorters zuerst, daß sein Programm "nur-revolutionär" zu sein habe; daß "alle Forderungen von nur reformierender Natur, wie der Achtstundentag, die Arbeitergesetzgebung etc." zu vermeiden seien[25]. Insbesondere aber sah er in

21) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 128.
22) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 82 ff.
23) S. ibidem, p. 83 ff.
24) Ibidem, p. 83.
25) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 69.

den russischen Sowjets die adäquate Organisationsform des revolutionären Proletariats im Westen wie im Osten: "Das Proletariat der Welt soll überall als Mittel zur Revolution und als neue Form seiner Gesellschaft, vor, während und nach der Revolution Arbeiter-Räte errichten"[26].

Mochten diese beiden Momente der russischen Revolution - das (wie es später hieß) "maximalistische" Revolutionsprogramm und die Räteidee - 1917/18 noch weitgehend dem proletarisch-revolutionären Purismus Gorters entsprechen, so zeigte sich in der russischen Entwicklung der folgenden Jahre, daß Gorter offenbar gerade in ihnen andere Prinzipien am Werke gesehen hatte, als sie tatsächlich wirksam waren. - Das vollständige Revolutionsprogramm, das die Vertreter der holländischen Tribunisten bereits auf der Kienthaler Konferenz vorgelegt hatten und das Gorter entsprechend seinem Verständnis der Oktoberrevolution ergänzte, sah folgende Maßnahmen vor:

"Die Staatsmacht in den Händen des Proletariats. - Die Gesetzgebung durch das Proletariat. - Sicherung eines Existenzminimums an alle Arbeiter und mit den Arbeitern gleich zu stellenden. - Beherrschung und Regelung der ganzen Produktion, des Handels, des Transportes durch das Proletariat. - Beherrschung und Regelung der Distribution der Produkte durch das Proletariat. - Arbeitspflicht für Alle. - Annullierung der Staatsschulden. - Konfiszierung der Kriegsgewinne. - Steuern nur auf Kapital und Einkommen, die erste steigend bis zur Enteignung des Vermögens. - Enteignung der Banken. - Enteignung aller großen Betriebe. - Enteignung des Bodens. - Rechtsspruch durch das Proletariat. - Abschaffung aller Zölle und Tarife. - Abschaffung des Militärsystems. - Bewaffnung des Proletariats"[27].

Verglichen mit diesem internationalen Aktionsprogramm der proletarischen Revolution mußte die Oktober-Revolution nur als erster Schritt in Richtung auf seine Verwirklichung in Rußland von Gorter verstanden werden. Wie sich Gorter später - nach seinem Bruch mit der Komintern - eingestand, waren selbst in der ersten Phase der russischen Revolution von Oktober 1917 bis zum Kronstädter Aufstand im Februar 1921 im Sinne jenes Aktionsprogramms lediglich folgende "proletarisch-kommunistischen" Maßnahmen der Bolschewiki gewesen: die Sozialisierung der Industrien, des Handels und des Transports, das Staatsmonopol auf die wichtigsten Ernährungsprodukte und Rohstoffe, die Arbeitspflicht, das Prinzip der Unentgeltlichkeit der staatlichen Leistungen; "bürgerlich-demokratisch" seien von Anfang an gewesen: die Verteilung des Bodens an Private, das bäuerliche Wahlrecht und die

26) Ibidem, p. 75.
27) Ibidem, p. 65.

Parteidiktatur der Bolschewiki[28]. Gorter hielt vorerst - wie Rosa Luxemburg, die davon überzeugt war, daß "die unmittelbare Landergreifung durch die Bauern mit sozialistischer Wirtschaft meist gar nichts gemein hat[29]" - mit seiner öffentlichen Kritik an dieser gravierendsten "bürgerlich-demokratischen" Maßnahme der russischen Revolution, der Landverteilung an die Kleinbauern[30], zurück. Er konnte sich aber nicht verhehlen, daß die Entwicklung in Rußland seit 1918 nicht zur Verwirklichung seines "rein-proletarischen" Revolutionsprogramms hin, sondern von ihm fort führte.

Noch manifester vollzog sich diese Entwicklung in der Frage der Räteidee. Für Gorter waren die russischen Sowjets die - entsprechend den Organisationsvorstellungen der Tribunisten[31] - unmittelbar aus der Massenbewegung hervorgegangenen organisatorischen Vehikel des spontanen Massenwillens; er sah in ihnen den Anfang einer neuen Organisationsform des revolutionären Proletariats[32]. Von dem russischen System der Orts-, Bezirks- und Zentral-Räte und dem aus ihnen gewählten Exekutiv-Komitee erklärte er: "Dieser geschmeidige und bewegliche Körper ist die erste sozialistische Regierung der Welt"[33]. Die Mitglieder dieser Körperschaften sollten nur kurzfristig amtieren, niedrig bezahlt werden und fortwährend rechenschaftspflichtig sein, "um zu verhindern, daß eine neue Bürokratie, eine neue stelbständige Macht sich über die Arbeiter erhebt"[34]. - War für Gorter das dergestalt funktionierende Rätesystem die extremste Form der Demokratie, die institutionelle Garantie der unverfälschten Transmission der Impulse des Massenwillens in die Staatsgewalt, so waren anfangs für Lenin die Räte zwar spontan entstandene Instrumente, deren er sich zur Zertrümmerung der alten Staatsmaschinerie bediente, letztlich aber - wie ein prominenter Historiker des Bolschewismus, der selbst mit der

28) Herman Gorter, Die kommunistische Arbeiter-Internationale, in: "Proletarier", 2.Jg. (1922), Sondernummer zum 2.Kongreß der KAI.

29) Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, p. 55. Die Schrift wurde erst 1922 von Paul Levi posthum veröffentlicht.

30) Für Gorter war diese Agrarfrage im Prinzip schon in seinen Auseinandersetzungen innerhalb der SDAP um 1900 aktuell gewesen, als die Mehrheit der Partei zur Gewinnung der Stimmen der Landarbeiter und Pächter die Forderung nach Verteilung der Allmenden ins Wahlprogramm aufnehmen wollte; er lehnte diese Landverteilung bereits damals als reaktionär ab. S. Frits Kief, loc.cit., p. 78.

31) Vgl. oben den Abschnitt über Anton Pannekoeks Spontaneitätstheorie und sein Organisationsverständnis.

32) S. Anton Pannekoek, La politique de Gorter, in: La révolution prolétarienne, revue syndicaliste révolutionnaire, 1952 (Août/Sept.), p. 13 f.

33) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 74.

34) Ibidem, p. 74; vgl. zu Gorters Räte-Verständnis auch seine spätere KAP-Schrift: Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o.O., o.J. (Berlin 1921).

linkskommunistischen Sicht der russischen Revolution eng vertraut war, formulierte - "ein Fremdkörper in der bolschewistischen Parteilehre"[35]. Wie bereits in der Diskussion der Organisationsfrage zwischen Lenin und Rosa Luxemburg vor dem Weltkriege sichtbar geworden war[36], teilte der unter ganz anderen historischen und sozio-ökonomischen Bedingungen mit relativ kleinen, straff zentralisierten Kadern von Berufsrevolutionären arbeitende Lenin in keiner Weise die Spontaneitäts-Prämissen der deutschen und niederländischen Linksradikalen, die in Reaktion auf die Bürokratisierungserscheinungen in der Arbeiterbewegung entwickelt worden waren. Diese prinzipiellen Differenzen brachen auch jetzt wieder auf. Mit Verweis auf die schwierige Kriegssituation der jungen Sowjet-Union etablierten die Bolschewiki bereits 1918 eine Parteidiktatur, die das ganze Rätesystem der Sowjets zur Attrappe machte, da dies ohne die Möglichkeit der proletarischen Wahl-, Presse- und Meinungsfreiheit nicht funktionieren konnte[37]. Diese Aushöhlung des Rätegedankens blieb Rosa Luxemburg und Herman Gorter ebenso wenig verborgen[38] wie die Verwischung des proletarisch-revolutionären Charakters der russischen Revolution durch die Konzessionen an die Masse der Kleinbauern.

In der "Weltrevolutions"-Schrift waren 1918 bereits alle prinzipiellen Differenzen zwischen Lenin und Gorter implizite enthalten, obwohl jede Form ausdrücklicher Kritik in ihr fehlte. Diese Phase der ehrlichen, wenn auch nicht unkritischen Begeisterung Gorters für Lenin und die russische Revolution, die persönlich u.a. durch die Gefolgschaft der Tribunisten gegenüber Lenin in der Zimmerwalder Linken und durch den regen Verkehr Gorters mit den russischen Revolutionären in der Schweiz entstanden war, endete 1919. Ende 1918 war Gorter nach Berlin gekommen und verfolgte aus unmittelbarer Nähe und besonders in freundschaftlichem Kontakt mit Karl Schröder die Entwicklung der jungen KPD(S). Als spätestens um die Jahreswende 1919/20 offenbar wurde, daß Lenin in allen wesentlichen taktischen Fragen zur Levi-Zentrale der KPD(S) und gegen deren Opposition stand, die sich in ihrer Mehrheit zum "rein proletarischen" Revolutionsprogramm und zur Massenaktions-Idee bekannte, da schufen die latenten prin-

35) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 156.

36) S. oben den Abschnitt über Rosa Luxemburgs Spontaneitäts-Prämissen.

37) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 155 ff.

38) S. ibidem, p. 163: "Rosa Luxemburg und ebenso Gorter sahen besonders auf die bürgerlichen Züge, auf das Jakobinertum der Bolschewisten und lehnten es ab." Rosa Luxemburg schrieb schon im Herbst 1918: "Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt." Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, p. 75.

zipiellen Differenzen zwischen Lenin und Gorter im praktisch-organisatorischen Bereich gegnerische Fronten. - Nachdem bereits um die Jahreswende 1919/20 die gleichen Fragen der Parteidiktatur, des Parlamentarismus und der Gewerkschaften mit ähnlichen Argumenten zwischen Radek und Pannekoek diskutiert worden waren[39], faßte Lenin im April 1920 seine Kritik an der linken Opposition im internationalen Kommunismus zusammen[40], in der er in besonders scharfer Weise mit den jüngsten taktischen Stellungnahmen der niederländischen Tribunisten, namentlich Karl Horners (i. e. Anton Pannekoek) zu Gericht ging. - Die Frage "Diktatur der Klasse oder Diktatur der Partei?" erkannte er gar nicht an und plädierte - zumal in Perioden der Illegalität der KP - für "strengste Zentralisation und Disziplin"[41]. In der prinzipiell antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Position der Tribunisten und der linken Opposition überhaupt sah er nur die Unfähigkeit zum Kompromiß, das für den praktischen Revolutionär unerläßlich sei; in diesen Fragen urteilten - nach Lenin - die Linkskommunisten "wie Doktrinäre der Revolution", die "naiv die subjektive Ablehnung einer bestimmten reaktionären Institution für deren tatsächliche Zerstörung durch die vereinten Kräfte einer ganzen Reihe von objektiven Faktoren"[42] hielten. Er beurteilte die linkskommunistischen Strömungen in den verschiedenen europäischen Ländern ausschließlich vor dem historischen Erfahrungshintergrund der Bolschewiki und bezeichnete es gelegentlich als den Plan seiner Schrift, in organisatorisch-taktischer Hinsicht "auf Westeuropa das anzuwenden, was in der Geschichte und der heutigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung und allgemeiner Gültigkeit ist"[43]

Gorter hatte in seiner "Weltrevolutions"-Schrift die Vorbildlichkeit der russischen Revolution in zwei wesentlichen Momenten gelten lassen, in ihrem maximalistischen Charakter und in ihrer Organisationsform, den Sowjets. Die von Lenin geforderte Allgemeingültigkeit von Organisation und Taktik der Bolschewiki-Partei aber mußte Gorter, der niemals die unterschiedlichen Bedingungen der revolutionären Bewegung in Rußland und in Westeuropa aus den Augen gelassen hatte, zum heftigsten Protest veranlassen. Der "Kinderkrankheits"-Schrift Lenins trat er nach wie vor ehrerbietig, aber entschieden entgegen in seinem unmittelbar nach Bekanntwerden der Leninschen

39) S. oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).
40) W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, (op. cit.).
41) Ibidem, p. 415. Vgl. zu der ganzen Frage: Der "linke" Kommunismus in Deutschland, Führer- Partei-Klasse-Masse, p. 410-417.
42) Ibidem, p. 431 f.
43) Ibidem, p. 417.

Schrift verfaßten "Offenen Brief an den Genossen Lenin"[44]. In diesem Offenen Brief bot Gorter die Summe seiner politischen Theorie auf, um die Taktik der Linkskommunisten als notwendig unterschiedlichen und eigenen Weg der westeuropäischen Revolution neben der russischen Entwicklung zu rechtfertigen. Seine ganze Argumentation entwickelte er aus der bereits 1917/18 klar benannten, nunmehr ins Kritische gewendeten Feststellung der andersartigen sozio-ökonomischen Gegebenheiten der Revolution in Rußland und in Westeuropa, als dessen typischste Repräsentanten er Deutschland und England ansah. Lenin erkannte - gemäß Gorter - nicht, daß das Kleinbauerntum in Westeuropa als revolutionärer Faktor ausfiel, da die Zahl der Kleinbauern vergleichsweise gering, die Bedeutung und das Ausmaß des Großgrundbesitzes vergleichsweise niedrig sei.

"Im allgemeinen wird die Bedeutung der armen Bauern als revolutionärer Faktor von Osten nach Westen immer kleiner. In Teilen Asiens, Chinas, Indiens, wäre diese Klasse, wenn die Revolution dort ausbräche, absolut Ausschlag gebend, in Rußland bildet sie für die Revolution den unentbehrlichen, einen Hauptfaktor, in Polen und einigen Staaten des südöstlichen und Mittel-Europas ist sie für die Revolution noch bedeutend, aber je mehr man dann nach dem Westen geht, desto feindlicher steht sie der Revolution gegenüber"[45].

Während in Rußland das Millionenheer der armen Bauern dem quantitativ wenig ausgeprägten Proletariat zur Seite gestanden sei, könne das westeuropäische allenfalls auf eine ganz dünne Schicht des unteren Mittelstandes in der Revolution zählen. "Das Proletariat in Westeuropa steht allein"[46]. Auch auf die ihm objektiv nahestehende und wichtige Sozialschicht des Mittelstandes (Ladenbesitzer, Handwerker, untere Beamte und Angestellte) könne es keine Hoffnung setzen, da diese nicht - wie Lenin behaupte - zwischen Kapital und Arbeitern schwanke. Die Interessen des weitaus größten Teils des Mittelstandes seien noch mannigfaltiger und enger mit den Interessen des Großkapitals verknüpft[47] als die des Kleinbauerntums. Zudem war nach Gorter in Rechnung zu stellen, daß das westeuropäische Proletariat nicht nur allein, sondern auch einem ungleich höher entwickelten und besser organisierten Kapitalismus gegenüberstand als das russische Proletariat und Kleinbauerntum, dem sich in der Revolution nur die Reste eines asia-

44) Zuerst in Fortsetzungen gedruckt in der Berliner KAZ (KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 121 ff) dann als Broschüre: Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin o. J. (1920).
45) Ibidem, p. 7, Hervorhebung im Original.
46) Ibidem, p. 11.
47) Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin, p. 51 f.

tischen Despotismus und eines verfaulenden Feudalregimes entgegengestellt hätten[48]. - Auf Grund dieser Unterschiede sei die von Lenin geforderte Taktik zwar für Rußland die einzig richtige, für das westeuropäische Proletariat hingegen sei sie grundfalsch. Aus der Tatsache, daß das westeuropäische Proletariat von nirgendwo Hilfe zu erwarten habe, folgere der taktische Schluß, daß es ganz auf seine eigene Tatkraft und Spontaneität verwiesen sei, daß in der Revolution die Bedeutung der proletarischen Masse viel größer, die Bedeutung der Führer viel kleiner als in Rußland sein müsse: "Das Proletariat, fast unbewaffnet, allein, ohne Hilfe, einem so einheitlichen Kapitalismus gegenüber, das bedeutet in Deutschland: jeder Proletarier, die große Mehrheit, ein bewußter Kämpfer"[49]. - Das Verkennen der Isoliertheit des Proletariats in Westeuropa und der geschlossenen Gegnerschaft aller übrigen Sozialschichten gegen die Revolution lag nach Meinung Gorters auch der Taktik der Arbeit in den reaktionären Institutionen der Gewerkschaften und des Parlaments zugrunde. Lenin rechne mit Rissen in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteiungen, lasse sich daher auf Kompromisse ein und habe einzig die Quantität der Gefolgschaft im Sinne, statt deren Qualität durch die Arbeit in rein proletarischen Organisationen, den Betriebsorganisationen, und außerhalb der reaktionären Institution des Parlaments zu klarstem Klassenbewußtsein zu steigern. Mit der Forderung nach der geistigen Loslösung des Proletariats vom Bürgertum als unabdingbarer Voraussetzung für das Gelingen der Revolution unter den spezifischen Bedingungen Westeuropas nahm Gorter das Leitmotiv seiner Vorkriegsschriften in neuem Zusammenhang wieder auf. In äußerst knapper und klarer Form faßte er seine Argumentation zusammen:

"1. Die Taktik der westeuropäischen Revolution muß eine ganz andere sein als die russische.
2. Denn das Proletariat steht hier allein.
3. Das Proletariat muß hier also die Revolution allein machen gegen alle anderen Klassen.
4. Die Bedeutung der proletarischen Massen ist daher relativ größer, die Bedeutung der Führer geringer als in Rußland.
5. Das Proletariat muß daher hier die allerbesten Waffen haben für die Revolution.
6. Da die Gewerkschaften ungenügende Waffen sind, müssen sie ersetzt werden durch oder geändert werden in Betriebsorganisationen, die zu einem Bund vereinigt werden.
7. Da das Proletariat die Revolution allein machen muß und keine Hilfe hat, muß es sich geistig und seelisch sehr hoch erheben. Es ist darum besser, in der Revolution den Parlamentarismus nicht zu gebrauchen"[50].

In Gorters Argumentation setzte sich in unverfälschter Weise die auf der äußersten Linken in der Sozialdemokratie vor dem Weltkriege entwickelte Vorstellung fort, die Revolution könne nur das Werk der unmittelbaren Selbsttätigkeit, der Spontaneität der modernen Industriearbeitermassen sein. Seit der russischen Revolution sah Gorter in den Arbeiterräten die Form, in der sich der revolutionäre Massenwille zu organisieren habe und die in einem proletarischen Staate ein Maximum an demokratischer Willensbildung zu garantieren geeignet sei. Sein proletarisch-demokratischer Radikalismus, sein Ernstnehmen des Rätegedankens und der Idee der proletarischen Weltrevolution, machte ihn neben Rosa Luxemburg zum ersten kommunistischen Kritiker der russischen Revolution[51].

Gorter hatte noch vor Abschluß seines Offenen Briefes die Annahme der 21 Bedingungen des 2. Weltkongresses der Komintern erfahren und damit die internationale Akzeptierung der Taktik Lenins und des EKKI; er bedauerte, daß die westeuropäischen Abgeordneten des Kongresses sich vom "Glanze der russischen Revolution" hätten "blenden lassen", rief aber sogleich auf: "Wohlan, wir werden also den Kampf in der 3. Internationale aufnehmen"[52]. Dies Bemühen dauerte bis zum Ausschluß der KAPD aus der Komintern im Juli 1921, führte u. a. zu einer Moskau-Reise Gorters und der persönlichen Aussprache mit Lenin und den Komintern-Führern im November 1920 und endete mit der

48) "Wenn man vom Osten Europas her nach Westen wandert, überschreitet man an einer gewissen Stelle eine ökonomische Grenze. Sie läuft von der Ostsee nach dem Mittelmeer, ungefähr von Danzig nach Venedig. Diese Linie scheidet zwei Welten voneinander. Denn westlich dieser Linie herrscht das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, vereinigt im höchstentwickelten Bankkapital, fast absolut. Das landwirtschaftliche Kapital sogar ist diesem Kapitale untergeordnet oder hat sich mit ihm schon verbünden müssen. Dieses Kapital ist in höchstem Maße organisiert und faßt sich in die festesten Staatsregierungen der Welt zusammen. - Östlich dieser Linie besteht weder diese riesige Entwicklung des konzentrierten Industrie-, Handels-, Transport-, Bankkapitals, noch seine fast absolute Vorherrschaft, noch infolgedessen der festgefügte moderne Staat." Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin, p. 17 f.
49) Ibidem, p. 13.

50) Ibidem, p. 88.
51) Die niederländischen Linkskommunisten suchten schließlich die Anfänge des Stalinismus in der seit dem 2. Komintern-Kongreß allgemeinverbindlich auftretenden Taktik Lenins und der Bolschewiki. Vgl. Pannekoeks historische Beurteilung Lenins: "Sa tâche historique, en tant que chef du parti bolchevik, était de relever la Russie de sa forme de production primitive et agraire à l'industrialisation au moyen d'une dictature sociale et politique qui conduisit au socialisme d'Etat. Et parce qu'il ne connaissait le capitalisme que de l'extérieur et non pas de l'intérieur, il crut pouvoir libérer les travailleurs du monde entier en en faisant les cohortes disciplinées du "parti communiste". Ils n'avaient plus qu'à suivre dès lors l'exemple russe ... La politique de Lénine a, logiquement, par la suite abouti en Russie au stalinisme." Anton Pannekoek, La politique de Gorter, loc. cit., p. 14.
52) Herman Gorter, Offener Brief, p. 80.

Konstituierung einer eigenen linkskommunistischen Internationale, deren Theoretiker Gorter war[53]. Er erklärte nunmehr die ganze Taktik Moskaus seit Mitte 1919 als einen "strategisch-politischen Rückzug Rußlands"; dessen Situation sei 1919 so prekär gewesen, daß die Russen nur einen Weg gesehen hätten, um ihre Revolution zu retten: die Anziehung möglichst großer, auch nicht-kommunistischer Massen, die sich dem Ansturm des europäischen Kapitals widersetzen würden; dieser Kompromiß mit den Massen auf Kosten des Prinzips sei die Absage an die Revolution in Deutschland, den zunächst fälligen Schritt zur Weltrevolution gewesen: "Was als Rettung Rußlands projektiert wurde, war zugleich der Verderb für die deutsche Revolution"[54].

4. Die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus

Die Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim hatten schon während des Weltkrieges eine Sonderstellung in der Opposition auf Grund der nationalen Orientierung ihrer außenpolitischen Überlegungen[1]. Im Gegensatz zum konsequenten Internationalismus der ISD, bzw. IKD, vertraten sie folgenden kriegspolitischen Grundsatz:

"Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft Ausbeutungsfunktion der Minderheit ist, sondern soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist, erwächst dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Das Proletariat muß sich dagegen wehren, daß einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, daß höher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muß sich dagegen wehren, daß das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verletzt werde. Hieraus resultiert in Kriegsfällen, die die

53) S. unten den Abschnitt über die KAI.
54) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.232.
1) Der Hamburger Nationalbolschewismus ist der bisher am häufigsten dargestellte Zweig des deutschen Linkskommunismus. Zu der Stellung und der Rolle der Hamburger Kommunisten um Laufenberg und Wolffheim in der Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus s. Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, p.107-120; außerdem: Karl O.Paetel, Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, p.36-53. Der folgende Abschnitt beschränkt sich - soweit nicht Ungenauigkeiten in den vorliegenden Darstellungen zu korrigieren oder Ergänzungen anzufügen sind - auf die Analyse der Stellung der nationalbolschewistischen Minderheit im deutschen Linkskommunismus und in der KAPD.

Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung"[2].

Laufenberg und Wolffheim unterschieden dann zwischen militärischer Unterordnung des Proletariats und politischer Unterordnung desselben; letztere lehnten sie ab und machten sie der "Burgfriedens"-Politik der SPD zum Vorwurf. Während des Revolutionsgeschehens selbst traten beide mit der Idee hervor, man müsse das Volk unter Waffen lassen und im Bunde mit der Sowjet-Union einen revolutionären Volkskrieg gegen die imperialistischen Ententemächte führen[3]. Im Banne dieser Ideen trat Laufenberg während seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Hamburger Arbeiterrats vom November 1918 bis Januar 1919 gegen alle Schritte ein, die einen Bürgerkrieg in Deutschland verursachen konnten, mit dem Ziel, die militärische Schlagkraft gegen die Entente nicht zu verzetteln. Vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zwischen den Ententemächten und Deutschland begannen Laufenberg und Wolffheim noch einmal im Mai 1919 von ihren nationalbolschewistischen Voraussetzungen her eine heftige Agitation gegen die Unterzeichnung des Vertrages[4]. Im übrigen trat die nationalbolschewistische Agitation vollkommen hinter die Propaganda der revolutionären Betriebsorganisation, also des Gewerkschaftsprogramms des deutschen Linkskommunismus, zurück bis zum November 1919. So wurden Laufenberg und Wolffheim auf dem 2. Parteitag der KPD(S) auch nicht wegen ihrer nationalbolschewistischen Ideen von der Zentrale angegriffen[5], sondern wegen ihres "Syndikalismus", d.h. ihrer unionistischen Propaganda. Das nationalbolschewistische Programm wurde erst unmittelbar nach ihrem Ausschluß aus von den beiden Hamburgern ausgebreitet mit der Absicht, die ausgeschlossenen Oppositionellen der KPD(S) unter diesen Parolen vereinigen zu können[6]. Am 3. Novem-

2) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915, p.44. Hervorhebung im Original.
3) Vgl. dazu Karl O.Paetel, op.cit., p.38 f; und: O.E. Schüddekopf, op.cit., p.108 f.
4) Vgl. KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.17: Wir klagen an!; ibidem, Nr.18: Die Friedenskatastrophe der deutschen Regierung.
5) Anders die Darstellung bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt/M. 1948, p.144, die von der Diskussion des 2. Parteitages berichtet: "Sie drehte sich um drei Grundfragen: erstens die Liquidierung des Nationalbolschewismus der Wolffheim-Laufenberg, die im Wesentlichen schon vor dem Parteitage entschieden worden war, deren Nachwirkungen aber einen gehässigen Ton in die Diskussion brachten ...". Im gleichen Sinne Karl O. Paetel, op.cit., p.46; beide Darstellungen überschätzen die Relevanz des Nationalbolschewismus in der Diskussion innerhalb der KPD(S); diese setzte erst nach dem 2.Parteitag und in Reaktion auf den Ausschluß im November 1919 voll ein; Hauptgegenstand der innerparteilichen Diskussion war tatsächlich seit dem Gründungskongreß die Gewerkschaftsfrage.
6) S. "Der Kommunist" (Bremen), 2.Jg.(1920), Nr.2: "Die Adresse sollte die Fahne sein,

ber 1919 erschien Laufenbergs und Wolffheims "Erste Kommunistische Adresse an das Deutsche Proletariat" als Beilage zur Hamburger KAZ[7]; sie stellte die Alternativfrage "Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg?". Sie griff in schärfster Form die Akzeptierung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung an, die sie des nationalen Verrats im Auftrage des deutschen Kapitals beschuldigte. Kapitalistische Politik sei in Deutschland gegenwärtig nur noch denkbar unter der Voraussetzung, "daß die Kapitalisten Deutschlands sich zu Agenten des Finanzkapitals des Völkerbundes machen, daß sie durch ihre staatlichen Organe das Blutgeld eintreiben lassen, das sie den Völkerbundstaaten überantworten"[8]. Der Kampf gegen die Fremdherrschaft sei folglich in der augenblicklichen Situation zugleich der Kampf gegen das deutsche Kapital. Solange das deutsche Kapital, gestützt auf die Militärmacht, in Deutschland die Herrschaft innehabe, sei zwangsläufig auf Grund der aktuellen Verelendung des Proletariats eine Bürgerkriegssituation gegeben. Erst nach dem Sieg der sozialen Revolution, nach der Durchsetzung der Diktatur des Proletariats auf der breiten Grundlage der Volksmehrheit, sei diese Bürgerkriegssituation beendet und man könne zum revolutionären Volkskrieg gegen die westlichen Imperialisten antreten. In diesem Augenblick,

"in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Inneren ausschlaggebend interessiert. Und unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelm II."[9]

Laufenberg und Wolffheim stifteten mit diesen Thesen zwar einige Verwirrung unter den kommunistischen Oppositionellen, aber es gelang ihnen nicht, auch nur nennenswerte Teile der Gesamtopposition der KPD(S) für diese Vorstellungen zu gewinnen. Sie verloren im Gegenteil ihre bis dahin unbestrittene Rolle als Sprecher der Gesamtopposition an die Bremer Organisation und waren an der Gründung der KAPD im April 1920 schon nicht mehr direkt beteiligt[10]. Je offenbarer

um die sich die Opposition der KPD gegen die "Zentrale" scharen sollte, ...so erklärten einige Anhänger der Hamburger Adresse." Vgl. auch O.E. Schüddekopf, op.cit., p. 115 f.
7) S. KAZ (Hamburg), 1.Jg. (1919), Nr.158; auch als selbständige Broschüre: Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste Kommunistische Adresse an das Deutsche Proletariat, Hamburg 1919.
8) KAZ (Hamburg), 1.Jg. (1919), Nr.173, Beilage.
9) Ibidem.
10) S. "Die Aktion", 10.Jg. (1920), Nr.19/20; Wolffheim und Laufenberg waren auf dem Gründungskongreß nicht persönlich anwesend; vgl. auch die erstaunlich knappe Notiz in der KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr.53 über die Gründung der Partei in Berlin.

es wurde, daß sie in der KAPD auf verlorenem Posten kämpften, in desto groteskerer Weise verquickten sie ihre nationalbolschewistischen Thesen mit ihrer sehr persönlich gefärbten Polemik gegen Paul Levi, den Vorsitzenden der KPD(S)-Zentrale. Bereits im April 1920 versuchte Wolffheim darzulegen, daß Levi - durch englisches Geld bestochen - der "Judas der deutschen Revolution" sei[11]. Diese Behauptung wurde in ausführlicherer Form wiederholt in Laufenbergs und Wolffheims Mai-Aufruf von 1920[12]. Levi warf man vor, nach einer Konferenz im Oktober 1918 trotz der gegenteiligen Entscheidung der Mehrzahl der anwesenden "Spartakus"-Vertreter ein Flugblatt veröffenlicht zu haben, in dem zur Desertion von den Fronten aufgerufen wurde; diese Tat Levis habe verhindert, daß sich die imperialistische Kriegführung in eine revolutionäre habe verwandeln können; die Verherrlichung der Deserteure als Helden der Revolution "entschied über den Zusammenbruch der Front und damit über den Sieg des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital"[13]. Die beiden Autoren des Hamburger Nationalbolschewismus verstiegen sich nicht nur zu der Behauptung, Levi habe "die deutsche Front erdolcht"[14], sondern sie gingen bis zum offenen Antisemitismus, indem sie Levi als Agenten des internationalen jüdischen Finanzkapitals hinstellten, der als solcher notwendig national subversive Politik treiben müsse[15]. - Laufenberg und Wolffheim waren in dieser, die späteren Schlagwörter der Nationalsozialisten vorwegnehmenden Phase ihrer Agitation bereits völlig isoliert in der KAPD. Sie wurden vom 2. Parteitag der KAPD im August 1920 ausgeschlossen[16] und bildeten im September in Hamburg einen "Kommunistischen Bund", der in seinen Statuten[17] die AAU und die "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" als gleichgerichtete Bewegungen anerkannte. In der AAU hatten sie keine Anhänger mehr, in der "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus", einem kleinen Konventikel, verfolgten sie "zusammen mit Offizieren und Gutsbesitzern"[18] ihre Ziele weiter. - Die bis zum

11) KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr. 56: Englische Lockspitzel finanzieren den deutschen Bürgerkrieg.
12) Erschienen unter dem Titel: Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.
13) Ibidem, p.3.
14) So wörtlich ibidem, p.4.
15) KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr. 61: Paole Zion.
16) Der ganze Parteitag stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Nationalbolschewisten; Arthur Goldstein hielt für das Berliner Zentrum der KAP das Referat über "Nation und Klassenkampf" (Protokoll des 1. ord. Parteitages der KAP, p. 7-23), Laufenberg hielt das Korreferat dazu (ibidem, p. 25-53). Vgl. die Diskussion der Referate ibidem, p. 55-64.
17) S. die Statuten in KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr. 77.
18) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 126.

2. Parteitag der KPD(S) prominentesten Sprecher des deutschen Linkskommunismus waren abgetreten.

Die plötzliche Wendung Laufenbergs und Wolffheims zur nationalbolschewistischen Propaganda Anfang November 1919 erleichterte der Parteizentrale erheblich ihre Polemik gegen ihre linke Opposition. August Thalheimer erklärte im Februar 1920 zur Notwendigkeit, den Trennungsstrich zur Opposition zu ziehen, diese Aufgabe sei sehr erleichtert worden durch die Entwicklung, die die Richtung Laufenberg-Wolffheim genommen habe[19]. Er und Karl Radek waren die ersten, die für die Zentrale mit dem Nationalbolschewismus in der Opposition abrechneten. Nach dem Mai-Aufruf unterzog Thalheimer den Nationalbolschewismus einer gründlichen Analyse in einer Artikelserie in der "Roten Fahne"[20] und charakterisierte ihn u.a. als "auch einen Weg zu Hindenburg"[21]. Er wies im einzelnen nach, daß sich Laufenbergs und Wolffheims Konzeption vom "revolutionären Volkskrieg" weder auf Marx noch auf Lenin berufen könne. Lenin selbst schließlich erteilte den Hamburgern eine deutliche Absage in seiner Auseinandersetzung mit dem linken Kommunismus[22]; er sprach von den Hamburger Thesen als von "himmelschreienden Absurditäten des Nationalbolschewismus (Laufenbergs u.a.)"[23]. Die Forderung der Befreiung vom Versailler Frieden als wichtigste und nächste Aufgabe des Proletariats noch vor die Forderung der Befreiung der anderen imperialistisch unterdrückten Länder zu setzen, das sei "kleinbürgerlicher Nationalismus ..., aber kein revolutionärer Internationalismus"[24]. Mit dieser Verurteilung Lenins fiel die wichtigste Voraussetzung im Nationalbolschewismus der beiden Hamburger fort, nämlich die Möglichkeit eines Bündnisses des revolutionären Deutschland mit Sowjet-Rußland, und ihrer Agitation war die Basis endgültig entzogen.

Die Polemik der KPD(S)-Zentrale versuchte immer wieder die Verantwortung für die nationalbolschewistische Agitation zuerst der ganzen Opposition, dann der ganzen KAPD aufzuladen[25]. Sie berief sich

19) Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S), p.19.
20) "Die Rote Fahne", 3.Jg.(1920), Nr.73 ff; die Aufsätze sind zusammengefaßt in: Karl Radek/August Thalheimer, Gegen den Nationalbolschewismus, Berlin 1920, p.18; August Thalheimer, Kommunismus, Nation und Krieg.
21) Ibidem, p.34 ff.
22) W.I.Lenin, Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus (op.cit.)
23) Ibidem, p.444.
24) Ibidem, p.445.
25) Vgl. z.B. August Thalheimer, loc.cit., p.19: "Die KAPD trägt also die volle Verantwortung für diese Kundgebung und selbst das nachträgliche Abrücken von ihr würde daran nichts ändern, so lange die Partei nicht jede organisatorische Verbindung mit denen abschneidet, die sie vertreten, oder auch, ohne sich dazu zu bekennen, in ihrem Geiste handeln."

darauf, daß die Adresse vom November 1919 "im Auftrage der Ortsgruppe Hamburg der KPD" als Beilage zum Organ der Hamburger Opposition und daß der Mai-Aufruf von 1920 "im Auftrage der ersten Bezirkskonferenz des Bezirks Nord der KAP" erschienen seien. Tatsächlich gelang es Laufenberg und Wolffheim, in den Reihen der Opposition und der KAPD kleinere Kontingente zu sich herüberzuziehen, allerdings mehr auf Grund ihrer während des Krieges und in der Revolution gewonnenen Popularität als mit ihren nationalbolschewistischen Argumenten. - Die Hamburger Organisation stand keineswegs ungeteilt hinter ihren Wortführern. Bis Ende Dezember (1919) hatten sich die meisten Distrikte Groß-Hamburgs gegen die formelle Seite der Herausgabe der Adresse ausgesprochen[26]. Laufenberg und Wolffheim hatten sie als Beilage der Hamburger KAZ herausgebracht, ohne vorher die Mitgliedschaften zu befragen. Aber auch der Inhalt der Adresse wurde von mehreren Distrikten zurückgewiesen; der Distrikt Uhlenhorst erklärte z.B.:

"Die in der Adresse zum Ausdruck gekommene Auffassung..., daß für diesen Krieg (mit der Entente, d.Verf.) der Abschluß eines Burgfriedens mit der deutschen Bourgeoisie nicht nur möglich, sondern notwendig und äußerst erstrebenswert ist, lehnt die Versammlung als unvereinbar mit ihren kommunistischen Grundsätzen und als fehlerhafte Politik ab"[27].

In ihrem eigenen Bezirk erhob sich Ende 1919 also schon der Widerspruch gegen das Programm der Hamburger Nationalbolschewisten. - Pannekoek schrieb am 19.12.1919 in einem Horner-Artikel in der KAZ (Hamburg), die Hamburger Genossen seien auf einem Holzwege; sie hätten sich im Lager der Klassenfeinde nach Bundesgenossen umgesehen und sich dabei in dies Lager verirrt[28]. Die Bremer Oppositionellen stellten sich Anfang Januar 1920 den Hamburger nationalen Kommunisten ganz entschieden entgegen und schlossen sich der Kritik Thalheimers und Pannekoeks im wesentlichen an[29]. Sie stellten fest, daß überhaupt erst jetzt, am Jahreswechsel, der Inhalt der Adresse diskutiert werde und daß fast die Gesamtheit der Opposition, vor die Wahl gestellt "zwischen der theoretisch und praktisch mangelhaften, organisatorisch unbeholfenen und moralisch anfechtbaren Zentrale und dem unfehlbaren Päpstepaar der Hamburger Nationalromantiker"[30], sich für die Zentrale entscheiden würde. - An der Gründung der KAPD wa-

26) S. "Der Kommunist" (Bremen), 2.Jg.(1920), Nr.2: Die Genesung der KPD.
27) KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.205.
28) KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.197.
29) S. "Der Kommunist", 2.Jg.(1920), Nr.1: Fritz Sturm: Nationalkommunistische Romantik.
30) "Der Kommunist" (Bremen), 2.Jg.(1920), Nr.2.

ren Laufenberg und Wolffheim schon nicht mehr direkt beteiligt, obwohl sie sich natürlich der neuen Organisation der kommunistischen Opposition, die sie seit langem befürwortet hatten, anschlossen. Zuerst galt die Sorge der Berliner Spitze der KAP dem organisatorischen Zusammenhalt der neuen Partei und sie vermied es, mit den linken Abweichlern um Rühle und mit dem rechten Flügel um Laufenberg zur Genugtuung der KPD(S) zu brechen[31]. Gegen den Mai-Aufruf der Hamburger nahm aber bereits am 29.5.1920 eine Zentralausschuß-Sitzung der KAP scharf Stellung[32]. In einer Artikelserie klärte die Berliner KAZ im Mai (1920) ihre Stellung zum Nationalbolschewismus grundsätzlich[33]; besonders Arthur Goldstein trat als Referent des Berliner Zentrums der KAP in Fragen Nationalbolschewismus auf, stritt gegen ihn mit Broschüren und verurteilte ihn auf dem 2. Parteitag der KAP im August in seinem Hauptreferat[34]. Er erkannte es als Verdienst Laufenbergs und Wolffheims an, auf die Konsequenzen des Versailler Vertrages nachdrücklicher hingewiesen zu haben, als dies durch die KPD(S) geschehen sei, verwarf aber insbesondere ihre Ideen vom "revolutionären Burgfrieden mit der Bourgeoisie" vorbehaltlos. Entsprechend einer Empfehlung Pannekoeks wurde die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus auf dem 2. Parteitag der KAPD ausgeschlossen.

Außerhalb Hamburgs hatte die nationalbolschewistische Agitation nur punktuellen und ephemeren Erfolg in der KAPD[35]; auf ihren Vortragsreisen gelang es Laufenberg und Wolffheim, größere Auditorien für ihre Idee vorübergehend zu interessieren; sie fanden aber keine beständige Gefolgschaft[36]. Der einzige namhafte Wortführer des deutschen Linkskommunismus, der sich ihnen anschloß und in ihrem Sinne in Berlin zu wirken versuchte, war Friedrich Wendel[37]. Wendel war

31) Vgl. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920), Nr. 103.
32) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920), Nr. 100.
33) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920), Nr. 99-101: Der "Nationalbolschewismus" der KAPD.
34) S. Protokoll des 1. ord. Parteitages der KAP, p. 7-23; vgl. auch seine Broschüre: Arthur Goldstein, Nation und Internationale. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger Kommunismus, Berlin 1920; vgl. zu dieser Schrift auch O. E. Schüddekopf, op. cit., p. 127 f.
35) So berichtet die KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920), Nr. 114 von einem beträchtlichen Erfolg Laufenbergs und Wolffheims in der Ortsgruppe Frankfurt/Main nach einem Besuch im Juli 1920.
36) O. E. Schüddekopfs Annahme (Linke Leute, p. 108), eine Geschichte der KAP werde die erhebliche Stärke der nationalkommunistischen Strömungen in der Partei beweisen, bestätigt sich damit nicht.
37) Es wäre allenfalls noch Otto Lindemann zu nennen, ein Offizier, der sich Laufenberg und Wolffheim anschloß, in Gotha agitierte und eine militärtechnische Schrift in ihrem Sinne verfaßte, die von ihnen herausgegeben wurde: Otto Lindemann, Das revolutionäre Heer, Hamburg 1920.

mit Karl Schröder seit dem Heidelberger Parteitag einer der bekanntesten Sprecher der Berliner Oppositionellen und gehörte zum Redaktionsstab der Berliner KAZ. Nachdem eine Konferenz des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der KAP Anfang Juni 1920 den Nationalbolschewismus als unvereinbar mit dem Programm einer proletarisch-revolutionären Partei erklärt hatte, schied Wendel - offenbar nicht ganz freiwillig[38] - wegen seiner offenen Sympathien für die Hamburger aus der Redaktion der Berliner KAZ aus[39]. Er versuchte noch zwei Monate, in der Berliner KAP gegen den Beschluß der Partei zu arbeiten, daß "jede Propaganda und jede Wiederbelebung des nationalen Gedankens"[40] verboten sei; am 13.8.1920 trat er - gleich Wolffheim und Laufenberg einer der frühesten und populärsten Sprecher des deutschen Linkskommunismus - aus der KAPD aus und ging bald darauf zur SPD, deren Gefolgsmann er bis zu seinem Tode (1960) blieb. Laufenberg verschwand nahezu 4 Jahre von der politischen Bildfläche und trat in den Inflationswirren Ende 1923 noch einmal lokal in Hamburg hervor als Organisator sogenannter "Beschaffungs-Gemeinschaften", die das Ziel verfolgten, Erwerbslosen, Sozial- und Altersrentnern billige Lebensmittel zu besorgen; er besann sich im übrigen wieder auf die christlichen Ursprünge seiner politischen Laufbahn und versuchte eine Synthese zwischen Sozialismus und Christentum zu bilden[41]. Er lehnte bis zu seinem Lebensende (1932) Beziehungen zu den Nationalsozialisten ab, während Wolffheim mutmaßlich zum Strasser-Kreis in der NSDAP gehörte; Wolffheim starb im Konzentrationslager[42].

5. Die syndikalistische Richtung in Ostsachsen

Eine ungleich größere Anhängerschaft als der Hamburger Nationalbolschewismus hatte die Idee der Einheitsorganisation im deutschen Linkskommunismus; sie leitete sich direkt aus einer der wesentlichen Entstehungsursachen dieser linksradikalen Traditionslinie her, der Kritik am bürokratisch erstarrten Gefüge der alten Arbeiterorganisationen, während die Vorstellungen des Nationalbolschewismus gleichsam von außen an die linksradikale Bewegung herangetragen wurden. Die Forderung, die herkömmliche Spaltung der Arbeiterbewegung in Partei- und Gewerkschaftsorganisation müsse aufgehoben werden, war

38) Vgl. seinen Brief in: KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr. 66: Was wird aus der KAPD?
39) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg. (1920), Nr. 112.
40) S. KAZ (Hamburg), 2.Jg. (1920), Nr. 12.
41) S. "Die Aktion", 14.Jg. (1924), Nr. 2. Laufenberg stand zu dieser Zeit einem "Bund für deutschen Aufbau" vor und gab als dessen Organ das Blatt "Wege und Ziel" heraus.
42) S. O. E. Schüddekopf, Linke Leute, p. 433.

vor dem Weltkriege bereits in der Agitation Dr. Friedebergs enthalten und wurde von Rosa Luxemburg erwogen; im letzten Kriegsjahr machten sich die Bremer Linksradikalen zum literarischen Fürsprecher der vermutlich spontan in den Massenstreikbewegungen aufgekommenen Idee der Einheitsorganisation und die IKD führten deren Propaganda fort; seit 1919 war Otto Rühle, ehemals Anführer der Dresdener IKD, im engeren Bereich des Wirtschaftsbezirks Ost-Sachsen der KPD(S) zum Wortführer des Einheitsorganisations-Gedankens geworden. Sein Publikationsorgan war das ehemalige Dresdener IKD-Blatt "Der Kommunist", das bis zur Gründung der AAUE Ende 1921 erschien. In Berlin wirkte Franz Pfemfert im Sinne Rühles durch seine Zeitschrift "Die Aktion". Pfemfert hatte sein Programm des "ehrlichen Radikalismus", unter dem er seine Zeitschrift gegründet hatte, während des Krieges fortgesetzt. Die "Aktion" konnte während der Kriegsjahre weiter erscheinen unter der Bedingung, nur feuilletonistische Beiträge zu veröffentlichen, was zur Folge hatte, daß Pfemfert die namhaftesten Expressionisten zwischen 1914 und 1918 um sein Blatt versammelte. Mit einem Teil des Intellektuellen- und Künstler-Kreises um die "Aktion" gründete er 1915 eine "Antinationale Sozialistische Partei" (ASP) in Berlin, deren illegale Tätigkeit besonders in der Kritik am "Verrat" der Sozialdemokratie im August 1914 bestand[1]. Im April 1918 veröffentlichte Pfemfert in Broschürenform eine Sammlung seiner sich auf Rosa Luxemburg berufenden Kritik an der SPD aus den letzten Vorkriegsjahren[2]. Die ASP-Gruppe solidarisierte sich sofort nach dem 9. November 1918 mit dem "Spartakus"-Bund, in dem Pfemfert anfangs die revolutionäre Organisation sah, die er vor dem Kriege als "revolutionäre syndikalistische Partei" gefordert hatte[3]. Er entwickelte in den ersten Monaten der Revolution eine rege Agitation in seiner Zeitschrift und in Vorträgen gegen die Einberufung der Nationalversammlung[4]. Die ASP-Gruppe ging in der KPD(S) auf; nach Beginn des Levi-Kurses in der Partei gehörte Pfemfert zur linken Opposition. Er berief sich zur Stützung seiner linkskommunistischen Grundsätze besonders auf Karl Liebknechts Gefängnisaufzeichnungen aus den Jahren 1916/17, die er zuerst veröffentlichte[5], und auf die antiparlamentari-

1) S. den Aufruf der ASP in: "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 45/46. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Albert Ehrenstein, Karl Otten, Hans Siemsen und Carl Zuckmayer.

2) Franz Pfemfert, Die Sozialdemokratie bis zum August 1914, Berlin 1918 (Aktions-Verlag).

3) S. "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 47/48; 9. Jg. (1919), Nr. 2/5.

4) S. "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 47/48: Franz Pfemfert, Nationalversammlung ist Konterrevolution.

5) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 30/31. S. auch: Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß (op. cit.); vgl. oben den Abschnitt über die Diskussion der Organisationsfrage im "Spartakus"-Bund.

sche Entscheidung des Gründungskongresses der KPD(S). Pfemfert sah in der neuen Entwicklung der KP seit dem Heidelberger Parteitag den "Bankrott der KPD"[6]; für ihn war im Januar 1920 die Parole des "Spartakus"-Bundes "Alle Macht den Räten!" unverändert gültig:

"Alle Macht den Räten! Das bedeutet: Beseitigung des Bonzentums, Ausschaltung der gegen den revolutionären Willen des Proletariats wirkenden Berufspolitiker, Entfernung der Parlamentarier. Das bedeutet: Dezentralisation, bedeutet Vernichtung des sozialdemokratischen Kadavergehorsams, bedeutet Auslösung aller revolutionären Kräfte, die im deutschen Proletariat 40 Jahre lang niedergehalten waren, bedeutet endlich: Todesstoß den zentralistisch regierten Gewerkschaften und Parteien"[7].

Nach endgültigem Ausschluß der oppositionellen Bezirke der KPD(S) im Februar 1920 forderte Pfemfert, man solle in jedem Falle versuchen, die gegenwärtigen Führer der Partei durch die Arbeit innerhalb derselben zu Fall zu bringen[8]; eine Wiederbegründung der ASP lehnte er ebenso ab wie eine organisatorische Verselbständigung der Opposition. Es gelte immer noch das Programm der KPD(S) vom Gründungsparteitag, dem bisher einzigen regulären Kongreß der deutschen Kommunisten; um dies Programm sollte sich die Opposition versammeln unter dem Namen "Spartakusbund". "Wir wollen ein Bund sein, keine übliche üble politische Geschäftspartei"[9]!

Pfemfert stand mit Rühle spätestens seit Anfang 1919 in Kontakt; Rühle schrieb Beiträge pädagogischer Art in der "Aktion"[10] und Pfemfert empfahl in seiner Zeitschrift die Lektüre des Dresdener "Kommunist"[11]. Seit der Gründung der KAPD im April 1920 wurde der unter der unmittelbaren Einwirkung Rühles stehende Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen zum Ausstrahlungszentrum der syndikalistisch orientierten Opposition in der Partei. Auf dem Gründungskongreß waren Rühle und Pfemfert gegen die Aufnahme des Partei-Begriffs in den Namen der neuen Organisation aufgetreten. Vierzehn Tage nach dem Kongreß sprach sich eine Wirtschaftsbezirks-Konferenz Ost-Sachens nur unter Vorbehalten für den Anschluß an die Partei aus[12]. Sie bedauerte, daß

6) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 1/2.

7) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 1/2; Hervorhebung im Original.

8) S. hierzu und zum folgenden: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 11/12: Das Gemengsel aus Führerehrgeiz und Führerdünkel.

9) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 11/12.

10) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 51/52.

11) S. "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 12/13. Neben der "Aktion" und dem Dresdener "Kommunist" erschien seit 15. 5. 1920 in Zwickau ein Blatt mit gleichgerichteter Tendenz: "Kommunist, Arbeiter-Zeitung, Organ der KAPD und der AAU für die Bezirke Zwickau, Werdau, Glauchau und das Vogtland".

12) "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1920), Nr. 20; s. auch: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

man sich unter dem Namen einer Partei zusammengeschlossen und dadurch in organisationstechnischer Hinsicht die notwendige Klärung in der deutschen Arbeiterbewegung verzögert habe. Die Konferenz verband mit ihrem Beitrittsentschluß die Erklärung, sie werde "unausgesetzt und mit allen Energien darauf hinarbeiten ..., aus der KAPD auch organisationstechnisch ein revolutionäres Instrument zu machen"[13]. Diese Vorbehalte begründete die Konferenz:

"Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzberechtigung gebunden an die Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, den wir im Zeitalter der Revolution grundsätzlich ablehnen. - Ist die Demokratie die klassische Form der bürgerlichen Herrschaft, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung und Vertretung bürgerlicher Interessen. Die Politik jeder Partei führt darum notwendigerweise zum Opportunismus und zu den ihm entsprechenden taktischen Methoden (Verhandlungen, Kompromisse, Reform), die wir grundsätzlich ablehnen"[14].

In systematisierender Zusammenfassung legte Otto Rühle die sich hinter dieser Begründung der Parteiverneinung abzeichnende Organisationsvorstellung Anfang Mai (1920) vor[15]. In Rühles Überlegungen setzte sich die Bürokratiekritik und die organisatorische Neuerungsbemühung der linksradikalen Bewegung vor und während des Weltkrieges in der radikalsten Weise fort. In Rühles Sicht lag der revolutionäre Niedergang der KPD(S) darin begründet, daß in ihrem Organisationsrahmen der revolutionäre Wille der radikalen deutschen Arbeiterschaft wiederum nicht die adäquate Form gefunden hatte; die revolutionären Energien des Proletariats würden in ihr wiederum an Führer delegiert[16]. Die KPD sei die letzte Partei gewesen und die KAPD dürfe - bei Strafe ihres Unterganges - nicht wieder zu einer solchen werden. Die genuin proletarische Organisationsform, die den revolutionären Inhalt garantiere, sei mit den Arbeiter-Unionen im Entstehen begriffen.

Rühle und Pfemfert standen seit der Gründung der KAPD im Gegensatz zur zentralistischen Berliner Führung der Partei und näherten sich in der Auseinandersetzung mit dieser sehr weitgehend syndikalistischen Prinzipien an. Rühle wies auf die treffenden Beobachtungen der Syndikalisten über "die zunehmende Hohlheit und Korruption des parlamentarischen Betriebs"[17] hin und schloß sich ihrem Antiparlamentarismus an. Pfemfert nahm die Syndikalisten in Schutz gegen die

13) Ibidem.
14) Ibidem.
15) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 17/18: Eine neue kommunistische Partei?; erschien auch selbständig als Broschüre: Otto Rühle, Revolution ist keine Parteisache, Berlin 1920.
16) Vgl. ibidem, p. 5 f.
17) Ibidem, p. 5.

Invektiven der KPD(S)-Zentrale: "Führerparteien werden immer gegen den 'Syndikalismus' kämpfen, sie kämpfen dabei um ihre Führerposten"[18]. Neben dem entschiedenen Antiparlamentarismus und den stark ausgeprägten antiautoritären Tendenzen hatte der von Rühle und Pfemfert vertretene Flügel der KAPD mit dem Syndikalismus das Prinzip der Einheitsorganisation und des extremen Föderalismus gemeinsam[19]. Zum organisatorischen Aufbau sah Rühles Programm vom Mai 1920 vor, die Allgemeine Arbeiter-Union solle sich nach Industriegruppen aufbauen, auf der untersten Stufe föderativ und oben lediglich durch eine Art Obleute-System zusammengehalten. Im Juli 1920 konkretisierte der ostsächsische KAP-Flügel, der sich demonstrativ gegen den Parteibegriff gerichtet "Kommunistischer Arbeiter-Bund Deutschlands" nannte, seine Vorstellungen vom Aufbau der Partei in einem Statutenentwurf, der dem 2. Parteitag im folgenden Monat vorgelegt werden sollte. Dieser Entwurf sah u. a. vor:

"Der Bund ist eine föderativ aufgebaute Organisation. Die Mitglieder schließen sich zu Ortsgruppen zusammen; diese verbinden sich nach ihrer geographischen Lage und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zu Bezirken. ... Die Wirtschaftsbezirke müssen alljährlich einmal zu einem Bundestag zusammenkommen . ... Der Bundestag stellt eine lose Verbindung dar und dient zum Austausch der gemachten Erfahrungen. Zur Fassung bindender Entschlüsse ist derselbe nicht berechtigt"[20].

Diese von den Ostsachsen postulierte Autonomie der Wirtschaftsbezirke war dem Berliner Zentrum der Partei, das um jeden Preis an einer weisungsberechtigten Spitze der Partei festhalten wollte, naturgemäß ein Ärgernis. Der minoritäre Flügel setzte sich gegen die Mehrheit der Berliner Richtung auf dem 2. Parteitag nicht durch und sein Entwurf wurde nicht angenommen. Obwohl aber die KPD(S) seit April des Jahres ihre Polemik auf Rühle konzentrierte[21] und obwohl das EKKI seinen Ausschluß gefordert hatte, sprach sich der Parteitag zwar gegen die beiden Hamburger Nationalbolschewisten, nicht aber gegen Rühle aus. "Der Parteitag erklärt sich mit dem Genossen Otto Rühle solidarisch und spricht dem EK überhaupt das Recht ab, sich in innere

18) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 1/2; vgl. dazu auch die Beiträge zur Klärung des Begriffs "Syndikalismus" in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 19/20, 29/30: Kommunismus gegen Syndikalismus?
19) Vgl. zur weiteren Annäherung dieses KAP-Flügels an den Syndikalismus im Rahmen der AAUE oben den entsprechenden Abschnitt.
20) "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1920), Nr. 29.
21) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 65: Otto Rühle; dort u. a.: "Wer noch der Auffassung ist, daß Otto Rühle Marxist sei, der hat Marx nie begriffen." S. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 68, 71, 74, 124.

Angelegenheiten der KAPD einzumischen"[22]. - Die föderalistischen Impulse in der KAPD waren zu groß, als daß man Rühle über seinen Föderalismus hätte zu Fall bringen können. Der unmittelbare Anstoß zur Abstoßung Rühles und Pfemferts von der KAPD ging aus von der Diskussion des Anschlusses der Partei an die 3. Internationale. Rühle hatte nach seiner Moskau-Delegation[23] in hellster Empörung über seine Erfahrungen in Rußland berichtet:

"Dort hat man das revolutionäre Normalschema ... Und wie sieht dieses Normalschema aus? Revolution ist Parteisache. Staat ist Parteisache. Diktatur ist Parteisache. Sozialismus ist Parteisache. - Und weiter: Partei ist Disziplin. Partei ist eiserne Disziplin. Partei ist Führerherrschaft. Partei ist straffste Zentralisation... Ins Konkrete übertragen heißt dies Schema: Oben die Führer, unten die Masse. Oben: Autorität, Bürokratismus, Personenkult, Führerdiktatur, Kommandogewalt. - Unten: Kadavergehorsam, Subordination, Strammstehen. - Ein multipliziertes Bonzentum. Eine KPD-Zentrale im Superlativ"[24].

Rühle verwehrte sich dagegen, daß man dies russische "Normalschema" in Deutschland und Westeuropa anwende. Die russische Revolution habe ein ganzes Zeitalter, das des Kapitalismus, übersprungen; entstanden sei daraus ein "politischer Sozialismus ohne ökonomische Grundlage. Eine theoretische Konstruktion. Ein bürokratisches Reglement"[25]. Rühle teilte mit Gorter und Schröder, den Inspiratoren des Berliner Zentrums der KAPD, die Meinung, die westeuropäische Revolution habe ihre eigenen Bedingungen[26]; während Gorter und Schröder aber Mitte 1920 noch glaubten, ihre Partei könne innerhalb der Komintern im linkskommunistischen Sinne wirken[27], lehnten Rühle und Pfemfert bereits jeden die Aufnahme der KAP ermöglichenden Kompromiß ab. Ihre entschiedene Haltung in der Frage des KAP-Anschlusses an die Komintern erwies sich schon im folgenden Jahre als berechtigt, denn diese Verbindung war auf die Dauer nicht haltbar. Im Herbst 1920 war aber die überwiegende Mehrheit der KAP-Mitglieder - im

22) S. dazu die Diskussion in: Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP, p. 146 bis 162; s. auch: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 33/34.

23) Vgl. oben den Abschnitt über die KAPD und die Dritte Internationale.

24) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 37/38: Moskau und wir. Auch abgedruckt in: "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 38.

25) Ibidem; vgl. dazu auch das Kapitel "Das russische Problem" in: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.

26) Auf eine eingehendere Diskussion der politischen Theorie Rühles kann hier verzichtet werden, da bereits eine ausgezeichnete, auch die späteren Werke Rühles einbeziehende Darstellung vorliegt: Sebastian Franck, Soziologie der Freiheit, Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus, eine Gedenkschrift, Ulm/Donau 1951.

Banne des glanzvollen revolutionären Beispiels in Rußland - für den Anschluß. Ihre Stimmung gegen Rühle und Pfemfert in dieser Frage ausspielend gelang den Berlinern deren Ausschluß Ende Oktober 1920[28].

Daraufhin beschloß die bisherige Bezirksgruppe der KAPD Ost-Sachsen auf einer Konferenz am 5. 12. 1920 die definitive Loslösung von der Partei mit 45 gegen 2 Stimmen[29]. Man erklärte, lediglich die Konsequenzen aus der ostsächsischen Resolution vom April des Jahres gezogen zu haben und feierte den Bruch als Überwindung der letzten der Kampforganisation noch anhaftenden Reste der Parteitradition. Die ehemalige KAP Ost-Sachsens hatte sich damit allerdings auf eine so geringe Stärke reduziert, daß sie den Anschluß an ihr nahestehende Organisationen suchte. Die Dezember-Konferenz beschloß, die bisherige KAP-Bezirksgruppe in die AAU unter der Bezeichnung "Kommunistische Bezirksgruppe in der AAU" einzubauen. Dieser Schritt der Überleitung der Parteiorganisation in die AAU war zwangsläufig das Ergebnis der ostsächsischen Richtung der KAP und gleichzeitig der Anfang der organisatorischen Verfestigung der Einheitsorganisations-Tendenz in der AAU. Die Annäherung an die Syndikalisten war damit in gleicher Weise vollendet; die ostsächsische AAU schloß sich im Dezember (1920) mit der regionalen FAUD(S) und Vertretern der KAJ und der Erwerbslosen zu einem "Revolutionären Kartell Ostsachsen" zusammen.

28) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 144. S. dazu auch: "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1919), Nr. 46: Spartakus übertrumpft. Der Anfang vom Ende der KAPD.

IX. DIE LINKSRADIKALEN ORGANISATIONEN IN DEN PROLETARISCHEN MASSENAKTIONEN 1920/21

1. Die "Rote Armee" der Ruhr-Arbeiterschaft im Anschluß an den Kapp-Putsch März/April 1920

Keine der linksradikalen Organisationen war zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Geschichte stark genug, um selbständig eine größere proletarische Aktion auslösen oder eine Sozialbewegung zu einer solchen steigern zu können. Dennoch spielte ihre Propaganda besonders in den proletarischen Massenaktionen 1920/21 eine nicht unerhebliche Rolle; es ist für das Verständnis dieser Aktionen und für das Verständnis der Geschichte dieser Jahre der Weimarer Republik nicht unwichtig, die Resonanz dieser Organisationen in ihnen - so weit wie möglich, d.h. annäherungsweise - zu bestimmen. - Die erste Massenaktion von mehr als lokaler Bedeutung erfolgte nach Abbruch der Reihe von Insurrektionen bis Mitte 1919 in der Abwehr des Kapp-Putsches im Ruhrgebiet. Die Stellung der in diesem Organisationsbereich stark vertretenen Syndikalisten und die Haltung der KPD(S) und ihrer Opposition in und zu diesen Kämpfen sollen im folgenden ermittelt und einige Rückschlüsse auf die Eigenart dieser Bewegung überhaupt gezogen werden. -

Am 13. März 1920 vertrieb der konterrevolutionäre Putsch unter der Leitung von Kapp und Lüttwitz, gestützt auf Freikorps und Teile der Reichswehr, die sozialdemokratische Regierung aus Berlin. Im Ruhrgebiet war die Erbitterung der Arbeiter gegenüber den Reichswehrtruppen besonders groß, seitdem diese auf Wunsch der Unternehmensleitungen seit Anfang 1919 in vielen Orten Standquartier bezogen und den radikalen Arbeitern in Streiks und Demonstrationen blutige Auseinandersetzungen geliefert hatten[1]. Als der Kommandierende General des für das Ruhrgebiet zuständigen Wehrkreiskommandos, von Watter, nicht sofort Stellung nahm gegen das Berliner Putsch-Regime und als einige seiner Offiziere offen mit diesem Regime sympathisierten, entstand eine Aufstandsbewegung der Ruhrarbeiter gegen die als Chargen der Konterrevolution betrachteten Reichswehrtruppen, die lawinenartig anschwoll und zur Bildung einer mehr als 80 000 Mann umfassenden "Roten Armee"[2] führte. Weitgehend unabhängig von den vom ADGB und den übrigen großen Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ausgerufenen Generalstreik, der am 15. März im ganzen Reiche geschlossen einsetzte und schon am 17. ds. Mts. die Kapp-Regierung zum Rücktritt zwang, bewaffneten sich die Radikalen im Ruhrgebiet und vertrieben bis zum 18. März in überraschend erfolgreichen Gefechten die Reichswehr- und Polizeitruppen aus ihren Stellungen zwischen Ruhr und Lippe und errichteten etwa parallel zur Lippe eine Front; vom 18. bis 21. März nahmen andere Arbeitertruppen Remscheid, Essen, Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Hamborn und Dinslaken und warfen die Reichswehr stromabwärts des Rheins bis Wesel zurück. Am 20.3. erklärten die Gewerkschaften den Generalstreik für beendet, am 22. ds. Mts. schlossen sich die SPD und die USPD dieser Erklärung an und die umgebildete, sozialdemokratische Regierung suchte Verhandlungen mit den aufständischen Ruhrarbeitern. Am 24. März wurde zwischen zwei sozialdemokratischen Reichsministern und Vertretern der SPD, USPD und eines Teils der KPD aus dem Ruhrgebiet in Bielefeld ein Abkommen unterzeichnet[3], das die Einstellung der Kämpfe und die Abgabe der Waffen von den aufständischen Arbeitern forderte und Straffreiheit für während der Kämpfe begangene Ungesetzlichkeiten und sozial- und sozialisierungspolitische Maßnahmen zusicherte. Beträchtliche Teile der Insurgenten erkannten dieses Abkommen ebenso wenig an wie ein von der Reichsregierung zum 30. März gestelltes Ultimatum. Wegen innerer Auseinandersetzungen und wegen der unzureichenden Organisation der "Roten Armee", für die drei, teilweise rivalisierende, Befehlszentralen bestanden, zerfiel dieselbe in den ersten Apriltagen. Nach letzten Gefechten verstreuter Truppen am 3. April in Duisburg, Recklinghausen und Oberhausen, am 4. in Mülheim, am 5. in Dortmund und am 6. in Gelsenkirchen[4] war die "Rote Armee" aufgerieben und die Reichswehr war wieder Herr der Lage im Ruhrgebiet; sie vergalt die Gewaltsamkeiten der aufständischen Arbeiter mit noch größerem Terror[5].

1) Vgl. hierzu und zum folgenden die Arbeit des Max-Weber-Schülers Gerhard Colm, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhr-Aufstandes vom März/April 1920, Essen 1921; Colm hatte Zugang zu zahlreichem Archivmaterial und ergänzte seine Recherchen durch persönliche Befragung von Beteiligten; seine Arbeit ist die einzige wissenschaftliche Untersuchung des Ruhr-Aufstandes und wurde durch spätere Publikationen nicht ersetzt und kaum ergänzt. Vgl. auch: Hans Spethmann (Zwölf Jahre Ruhrbergbau, op.cit.) Bd. II: Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Berlin 1928, dessen Untersuchung von Unternehmerseite finanziert wurde und eine entsprechend entstellende Tendenz hat, und E. Brauer (Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930), eine KPD-offizielle Darstellung von nicht sehr hohem Niveau.

2) E. Brauer (op. cit., p. 80) hält 120 000 Mann Stärke der "Roten Armee" noch für untertrieben. Spethmann (op. cit., p. 143) referiert als Angabe der Hagener Befehlszentrale der "Roten Armee" am 23.3.1920 eine Stärke von 120 000, als Schätzung der Reichswehr 80 000 - 100 000 Mann.

3) S. den Text des Abkommens bei Gerhard Colm, op. cit., p. 115-117; E. Brauer, op. cit., p. 67 f; H. Spethmann, op. cit., p. 156 ff.

4) S. Friedrich Stampfer. Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, p. 181.

5) Vgl. dazu am wenigsten parteiisch Gerhard Colm, op. cit., p. 139 ff.

So weit die Geschichte der "Roten Armee" im Ruhrgebiet in groben Umrissen . - Die rasche Entstehung der "Roten Armee" und ihre schnellen Anfangssiege führten zu der - besonders in der bürgerlichen Presse vertretenen - Meinung, es habe sich bei den ganzen Geschehnissen um einen vorbedachten und organisierten "bolschewistischen" Aufstand gehandelt. Tatsächlich sprechen alle Indizien dafür, daß es sich vielmehr um ein spontan entstandenes paramilitärisches Gebilde handelte, das politisch so uneinheitlich und auch unfähig war, daß es trotz der anfänglichen Erfolge nicht einmal zur Ausrufung einer Räterepublik kam, wenn man von einer Episode in Mülheim absieht. Das einzige organisatorische Moment, das sich für die Durchführung des Aufstandes nachweisen läßt, sind die seit Beginn des Jahres 1920 auch im Ruhrgebiet von USPD und KPD gemeinsam aufgebauten Kampf-Organisationen[6], deren fragmentarischer Charakter jedoch die KPD(S)-Zentrale veranlaßte, im Zusammenhang mit dem Aufstand von ihrer "völligen Hohlheit" und "vollständigen Unzulänglichkeit" zu sprechen[7]. Im übrigen vollzog sich die Aufstellung der "Roten Armee" spontan auf Grund der einhelligen Empörung der Arbeiterschaft über die anscheinend mit dem reaktionären Kapp-Regime solidarische Reichswehr in einer Art Kettenreaktion durch die Bildung lokaler Truppen, die sich - zum geringsten Teil - mit versteckten Waffen, dann durch die Übernahme der Arsenale der Bürgerwehren und schließlich durch die von den Reichswehrtruppen erbeuteten Kampfwerkzeuge ausstatteten[8], und die sich zusammenschlossen. Zum Bilde der aus der Spontaneität der Aufstandsbewegung resultierenden Uneinheitlichkeit gehört es, daß sich während der Kämpfe gleich drei Befehlszentralen der "Roten Armee" etablierten, von denen keine unangezweifelte Autorität besaß[9]. Die Zentrale in Hagen stand unter dem bestimmenden Einfluß der USPD und hielt sich an das Bielefelder Abkommen. Der Essener Zentralrat war am 25. März als oberste politische Führung von den lokalen Vollzugsräten gewählt worden und von linken Unabhängigen und Kommunisten dominiert; er rief gegen das Ultimatum vom 30. März zum Generalstreik auf und erließ noch am 1. April die - bereits illusionäre - Parole der allgemeinen Volksbewaffnung. Die militärische Oberleitung saß in Mülheim; sie war anfangs der Essener Zentrale untergeordnet, verselbständigte sich dann aber unter der Führung von linksoppositionel-

6) Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/13 ff.: Denkschrift über die "Rote Armee" und andere Kampforganisationen.
7) Zitiert in: Gerhard Colm, op. cit., p. 58; s. auch E. Brauer, op. cit., p. 86 f.
8) Vgl. dazu Gerhard Colm, op. cit., p. 65 ff, und: E. Brauer, op. cit., p. 80 ff. Neben allen Arten von Handfeuerwaffen und Sprengstoffen verfügten die Aufständischen schließlich auch über eine Reihe von Geschützen und Minenwerfern und über 2 Flugzeuge.
9) S. zum folgenden E. Brauers (op. cit., p. 49-60) Charakterisierung der 3 Zentralen; vgl. auch Gerhard Colm, op. cit., p. 61 ff.

len Kommunisten und Syndikalisten, führte die Kämpfe nach dem Bielefelder Abkommen weiter und handelte bis zuletzt unter der Parole des "Kampfes bis zum Weißbluten". - Es kann von politischer Zielstrebigkeit, von revolutionärer Planung in dieser Aufruhrbewegung ebenso wenig die Rede sein wie in den früheren Kämpfen im Ruhrgebiet und in den meisten übrigen Insurrektionen nach November 1918.

Nach Ausweis eines soziologisch geschulten und unvoreingenommenen zeitgenössischen Beobachters der Ruhrkämpfe war das "weitaus wichtigste" Motiv der Aufständischen der "Haß auf die sich erneut als reaktionär erweisende Reichswehr"[10]. Aus dieser Motivation nicht herauszulösen, aber doch erst in zweiter Linie, kam die Zielvorstellung der sozialen Revolution, der in diesen Kämpfen in konsequenter Weise nur die syndikalistischen und linkskommunistischen Arbeiter anhingen. Sie nahmen weder an den Bielefelder Verhandlungen teil, noch erkannten sie die dort getroffenen Vereinbarungen an[11], sondern hofften mit dem Aufstand den ersten Schritt zur zweiten, zur sozialen Revolution in Deutschland zu tun. Es war die Propaganda der Syndikalisten und der linken Kommunisten, die den radikalsten aktivistischen Kräften - wie zu zeigen sein wird gegen den Willen der Organisationsspitze der FAUD und der KPD(S) in Berlin - die politischen Parolen lieferte. - Die FAUD hatte etwa zum Zeitpunkt des Ruhraufstandes den Höhepunkt ihrer organisatorischen Entfaltung im Ruhrgebiet erreicht; sie hatte seit Mai 1919 ihre Föderationen ausbauen können und gewann durch die von ihr dominierte Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September an regionaler Einflußmöglichkeit. Noch waren die Differenzen, die zur Verselbständigung der Gelsenkirchener Richtung führten, Anfang 1920 nicht voll ausgeprägt. Außerdem hatte die FAU seit Oktober 1919 als einzige gewerkschaftliche Organisation eine gezielte Aktion für die Sechs-Stunden-Schicht im Kohlebergbau durchgeführt[12], in der ihre Empfehlung der Kampfmittel der passiven Resistenz bei den Arbeitern Gehör gefunden hatte, und sie führte ihren Kleinkrieg gegen die alten Gewerkschafts-Verbände erfolgreich weiter[13]. Auf dem Berliner Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 behauptete ein Duisburger Delegierter, 90 % der Bergarbeiter

10) Gerhard Colm, op. cit., p. 55.
11) Vgl. Gerhard Colm, op. cit., p. 117: "Unter den Unterschriften finden sich Vertreter der drei sozialistischen Parteien, keine Vertreter der kämpfenden Arbeiter, keine Vertreter der Opposition, also keine Syndikalisten oder Linkskommunisten."
12) Vgl. zu den Ursachen und zum Ablauf der ganzen Aktion: Manfred Dörnemann, op. cit., p. 99-147.
13) Dörnemann (op. cit., p. 63) bringt Beispiele für die fast mit sportlichem Ehrgeiz betriebene Jagd der linksradikalen Arbeiter auf die Gewerkschafts- und Partei-Mitgliedbücher ihrer organisierten Kollegen.

des Ruhrgebiets seien syndikalistisch[14] und Anfang 1920 erklärte Augustin Souchy - obwohl die Berliner Geschäftskommission mit dergleichen Prognosen vorsichtig zu sein pflegte -, im Ruhrdistrikt seien die Syndikalisten jetzt vielleicht so stark, daß sie - unter günstigen Umständen und wenn es in nicht allzu langer Zeit zu einer neuen Revolution komme - die revolutionäre Übernahme der Betriebe durch die Produzenten einleiten könnten[15]. Daß die rheinland-westfälische FAUD beträchtlichen Einfluß hatte auf die Ruhr-Insurgenten vom März 1920 ist angesichts dieser Tatsachen sicher. Folgende vom zeitgenössischen Beobachter mit Hilfe unzureichenden statistischen Materials ermittelte prozentuale gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Ruhr-Insurgenten ist in dieser Beleuchtung als Annäherungswert durchaus glaubhaft; es waren demnach 53,2 % der Aufständischen im ADGB, 44,9 % in der FAU, 1,1 % in den Hirsch-Dunckerschen und 0,8 % in den Christlichen Gewerkschaften organisiert[16]. Im Verhältnis zur jeweiligen Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften war die FAU relativ der bei weitem am stärksten durch seine Mitglieder repräsentierte Verband. Das heißt jedoch nicht, daß fast die Hälfte der Kämpfenden zielbewußt und unter einheitlicher Führung ein von der FAUD entworfenes Revolutionsprogramm zu verwirklichen suchte; das heißt vielmehr, daß dieselben aktivistischen oder auch bloß erregbaren Arbeiter, die auf Grund ihrer enttäuschten sozialrevolutionären oder auch nur sozialen Forderungen bereits aus Entrüstungsopposition aus den alten Verbänden ausgetreten waren und sich der FAU angeschlossen hatten, nun auch - allenfalls mit einigen Losungen der Syndikalisten ausgestattet[17] - diejenigen waren, die sich in den bewaffneten Kampf stürzten und am längsten in ihm ausharrten - wie am Verhalten der Mülheimer Befehlszentrale erkennbar ist. - Diese Neu-Syndikalisten, die häufig auch gleichzeitig noch der USPD oder der KPD angehörten, engagierten sich in der "Roten Armee" ungeachtet der Haltung der ideologischen Wortführer der FAUD in Berlin (Rocker, Kater, Oerter u.a.), die dieses Engagement prinzipiell ablehnten. Rocker z.B. sah sich durch das Scheitern des Ruhr-Aufstandes in seiner Überzeugung bestätigt, "daß die bewaffnete Aktion kein geeignetes Mittel zur Niederringung der militärischen Gewalt"[18] sei. Er und die anderen syndikalistischen Veteranen in der Berliner Geschäftskommission sahen die Ursache für das Engagement der FAU-Organisationen in Rheinland-Westfalen in deren mangelnder Durchdringung mit den konstruktiven Ideen des Syndikalismus und in der noch verbreiteten Parteizugehörigkeit der Mitglieder[19]. - Der starken Repräsentanz der rheinland-westfälischen Syndikalisten in der "Roten Armee" entsprach das große Maß organisatorischer Zerrüttung der FAU nach Niederschlagung des Aufstandes und nach Beginn des sogenannten "weißen Terrors" der Reichswehrtruppen; hunderte von Insurgenten wurden standrechtlich erschossen, tausende mußten fliehen - "in den meisten Fällen gerade die Vorstandsmitglieder unserer Organisationen", berichtete Rocker[20].

Die syndikalistische Organisation, deren Ideen weder vor noch nach dem Ruhr-Aufstand vom März 1920 wieder eine ähnlich große Resonanz in den proletarischen Massenaktionen hatten, war im Ruhrgebiet bis dahin besser etabliert und zahlreicher als die KPD(S). Heinrich Brandler hatte - sehr wahrscheinlich im Hinblick auf diese Dominanz der Syndikalisten und den daraus folgenden Partikularismus - Ende Februar (1920) auf dem Parteitag der KPD(S) auf Grund seiner Beobachtungen erklärt, gerade im Ruhrgebiet habe man praktisch noch gar keine Organisation[21]. Tatsächlich war selbstverständlich die KP auch im Ruhrgebiet etabliert; nach zeitgenössischen Schätzungen verteilte sich die Parteizugehörigkeit der Aufständischen in der "Roten Armee" in folgender Weise: USPD 58,4 %, KPD 30,9 %, SPD 10,7 %[22]. Die KP war also vorhanden und relativ stark repräsentiert in den Kämpfen; aber für die rheinland-westfälischen Kommunisten galt zu dieser Zeit noch immer das Wort der Berliner Parteizentrale nicht viel. - Die KPD(S)-Zentrale hatte bei Abwesenheit Levis, der im Gefängnis saß, aber durchaus in seinem Sinne am 21.3.1920 abgesprochen und am 26. ds. Mts. öffentlich erklärt, sie werde sich angesichts des großen Einflusses der SPD und USPD auf die Mehrheit der Arbeiterschaft und angesichts der geringen Stärke der KP und des Fehlens einer ausreichenden militärischen Macht zu einer sozialistischen Regierung in der Weise einer "loyalen Opposition" verhalten: "Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre

14) V. Saurma-Jeltsch, op.cit., p. 12.
15) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.10.
16) Gerhard Colm (op.cit., p.49) errechnete diese Prozentsätze mit Hilfe von Unterstützungslisten für die Opfer des März-Aufstandes, in denen bei 374 Namen die Gewerkschafts-Zugehörigkeit angegeben war.
17) Vgl. zutreffend Gerhard Colm (op.cit., p.81 f): "Vergleicht man die ... Grundsätze der Syndikalisten mit der ganzen Ruhrbewegung, so sieht man einerseits, wie durchtränkt die ganze Bewegung, teils bewußt, teils unbewußt, mit syndikalistischen Ideen und Methoden ist, zum anderen sieht man, wie die vielen Mitglieder der "Freien Arbeiter-Union" durch ihre Teilnahme an der "Roten Armee" wesentliche Grundsätze mißachtet haben."

18) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.16.
19) Vgl. auch Gerhard Colm, op.cit., p. 82.
20) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.16.
21) Bericht über den 3.Parteitag der KPD(S), p.16.
22) Gerhard Colm (op.cit., p.44) errechnete diese Zahlen aufgrund der Parteiangabe bei 149 Namen auf den Listen zur Unterstützungsaktion der Opfer des Ruhr-Aufstandes.

Ziele und Losungen"[23]. Im Sinne dieser "loyalen Opposition" gegenüber der sozialdemokratischen Regierung und unter Beibehaltung ihres bereits 1919 offenbarten aktionsfeindlichen Kurses suchte die Zentrale, mäßigend auf die rheinland-westfälischen Insurgenten einzuwirken. Am 26. März mahnte Wilhelm Pieck als Abgesandter der Zentrale auf einer Konferenz aller Vollzugsräte in Hagen "wieder und wieder zur Mäßigung", weil er unnützes Blutvergießen kommen sehe, wenn man im Ruhrgebiet die Kämpfe weiter zu treiben versuche, als es der revolutionären Gesamtlage im Reiche entspreche[24]. Im gleichen Sinne sprach Paul Levi selbst auf einer Vollversammlung der Vollzugsräte in Essen am 28. März und setzte sich der heftigen Kritik der Syndikalisten und der kampfwilligen Opposition der eigenen Partei aus[25]. - In der Stellung zu den Ruhrkämpfen aktualisierten sich wieder die Gegensätze zwischen den kämpferischen linken Kommunisten und der organisationsbedachten Zentrale und ihrer Anhängerschaft, die seit der Gründung der KPD(S) vorhanden waren. Im Ruhrgebiet hatte unter den kommunistischen Arbeitern der entschlossene Kampfeswille seit Beginn der Kapp-Abwehr-Bewegung überwogen und diese Opposition hatte sich in der Gegnerschaft zum Bielefelder Abkommen gefestigt. Sie forderte die Niederwerfung des parlamentarischen Systems und die Errichtung der Räte-Republik[26] und hoffte bis zuletzt auf eine Ausweitung der bewaffneten Kämpfe an anderen Stellen des Reiches. Diese Hoffnung der Ruhr-Insurgenten wurde enttäuscht. Die Vogtländische "Rote Armee", mit der Max Hoelz seit Mitte März eine Entlastungsaktion für die Aufständischen im Ruhrgebiet durchzuführen versuchte[27], blieb im mitteldeutschen Industriegebiet ohne Fortsetzung, da insbesondere die Chemnitzer KP-Führung unter Heinrich Brandler die Haltung der Berliner Zentrale einnahm[28] und die Aktion Max Hoelz' verurteilte mit dem Argument, es habe keinen Sinn, "im Vogtlande eine rote Armee zu organisieren, während im übrigen Deutschland die Abwürgung der

23) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 32; s. auch: "Die KPD im eigenen Spiegel" (KAPD-Verlag), p. 17 f; vgl. zur Diskussion dieser Erklärung im einzelnen: K. H. Tjaden, op. cit., p. 8 f.

24) S. Gerhard Colm, op. cit., p. 121.

25) Ibidem, p. 122. Die Berliner Zentrale entschloß sich später, nach Einsetzen des "weißen Terrors" im Ruhrgebiet, doch noch zum Generalstreik-Aufruf und zeigte keine sehr klare Haltung in der ganzen Situation nach dem Kapp-Putsch; vgl. dazu kritisch: Die KPD im eigenen Spiegel, p. 16-27. Vgl. auch O. K. Flechtheim, op. cit., p. 62 f.

26) S. Beispiele für diese Forderung der Opposition in der rheinland-westfälischen KP-Presse: E. Brauer, op. cit., p. 69 ff.; Gerhard Colm, op. cit., p. 76 ff.

27) S. die Geschichte dieser Aktion in: Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 85 ff.

28) Vgl. Heinrich Brandler, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin 1920; die Schrift wurde von der Zentrale zur Rechtfertigung ihrer Haltung nach dem Kapp-Putsch verbreitet; vgl. auch ihre Kritik durch Max Hoelz, op. cit., p. 98 ff.

Ruhrbergleute ohne ernste Gegenwehr"[29] sich vollziehe. In Berlin, von wo die Ruhr-Rebellen zuerst die Fortsetzung ihres Kampfes erwartet hatten, tat sich die linkskommunistische Mehrheit der KP mit Anstalten zum bewaffneten Kampf hervor. Sie war - wie der noch vor Ende der letzten Gefechte im Ruhrgebiet stattfindende Gründungskongreß der KAPD erklärte - "vom ersten Augenblick an entschlossen, den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen"[30]; sie habe mit ihrer Parole der Schaffung einer "Roten Armee" einen Erfolg gehabt, der ihre Erwartungen bei weitem übertroffen habe. Die von der aktivistisch-linkskommunistischen KP-Mehrheit in Berlin aufgestellten proletarischen Hundertschaften wurden aber nicht zur Grundlage einer "Roten Armee", da in der Reichshauptstadt der Verlauf des Generalstreiks ganz unter der Kontrolle der beiden sozialdemokratischen Parteien und des ADGB blieb. - Die Haltung der KPD(S)-Zentrale erleichterte der Opposition allerdings die organisatorische Verselbständigung und bot ihr später bei den Verhandlungen mit der Komintern starke Argumente gegen die Levi-Zentrale. Die Opposition konstituierte sich als die kommunistische Partei, die künftig die Führung des aktiv-revolutionären Kampfes übernehmen wollte.

2. Die März-Aktion der VKPD im Jahre 1921

In der sogenannten März-Aktion der VKPD (1921) machte zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Kommunismus die Partei selbständig und auf Grund eines Beschlusses ihrer Zentrale einen Schritt zur bewaffneten Eroberung der Staatsgewalt. Es soll im folgenden versucht werden, die Situation der KAPD im deutschen Kommunismus bei Beginn der März-Aktion aufzuzeigen und ihre Rolle in den mitteldeutschen Kämpfen zu skizzieren. Die materielle Betrachtung dieser Kämpfe und die Sichtung der kommunistischen Kritik an der März-Aktion wird einige Rückschlüsse darauf zulassen, was die Aktion von den vorhergehenden Revolten und Insurrektionen unterschied und was sie mit ihnen gemeinsam hatte. - Die Linkskommunisten hatten - wie es auf dem Gründungskongreß der KAPD hieß - niemals gesagt, "die Revolution sei tot". "Die Revolution war nicht tot, sie war nur betäubt

29) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 46; Hoelz; s. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 39; vgl. auch unten den Abschnitt über Max Hoelz.

30) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

durch die Schläge der Führer"[1]. Entsprechend dieser Überzeugung stellte die maßgebliche Berliner Richtung der KAPD ihre Taktik während des knappen Jahres der Konsolidierung der Partei vom April 1920 bis März 1921 ganz auf den nächsten Schritt zur sozialen Revolution ein. Ihre Aktionen gegen das Entwaffnungs-Gesetz, gegen die Waffenlieferungen nach Polen usw.[2] gehörten in den Rahmen dieser Taktik. Desgleichen ihre Bemühungen um die Ausweitung lokaler Streiks zu "Kämpfen um die Machtergreifung"[3], wie z. B. im wilden Streik der Elektrizitäts-Arbeiter in Berlin vom November 1920, der schließlich vom Reichspräsidenten mit Hilfe des Artikels 48 WRV niedergeschlagen wurde. Dabei waren die Arbeitslosen, der am leichtesten erregbare Teil der Arbeiterschaft, die bevorzugte Zielgruppe ihrer Agitation: "Unsere Aufgabe muß darin bestehen, die Masse der Erwerbslosen aus einem Anhängsel der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften zu einem Faktor der Revolution zu machen"[4]. Zu solchen lokalen Machtergreifungen kam es im August 1920 im Zusammenhang mit den Abwehraktionen gegen die Waffenlieferungen nach Polen z. B. in dem Ruhrort Velbert und im mitteldeutschen Köthen, wo die KAPD kurzfristig Räterepubliken ausrief[5]. Bei der geringen Stärke der Partei blieben dergleichen Unternehmungen zwangsläufig Episoden. Ihren Parolen der revolutionären Ungeduld verliehen sie aber immerhin Nachdruck und sie waren auch nicht immer ohne Konsequenzen. Anfang März 1921 z. B. hatten Max Hoelz und seine Genossen durchaus im Sinne der KAP, wenn auch nicht in ihrem direkten Auftrage, eine Reihe von Dynamit-Attentaten u. a. in Falkenstein (Vogtland), Dresden, Leipzig, und Freiberg durchgeführt[6]. In gleicher Weise war die KAPD am Sprengstoff-Anschlag auf die Siegessäule in Berlin vom 13. 3. 1921[7] zumindest indirekt beteiligt. Gleich Hoelz arbeitete Wilhelm Hering, genannt "Ferry", der Urheber des Siegessäulen-Attentats, nicht im Auftrage, aber im Sinne der KAP. Die KAZ akklamierte diese Aktionen:

1) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.
2) S. dazu oben den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAPD.
3) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 123.
4) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 170.
5) Vgl. dazu ironisch Paul Frölich auf dem 3. Komintern-Kongreß: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 227.
6) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 138 ff.
7) Am 13. März 1921 wurden an der Berliner Siegessäule 6 kg Sprengstoff entdeckt, die wegen einer defekten Zündschnur nicht explodiert waren. - Die seit 1921 bis heute gültige KP-offizielle Darstellung des Attentats bezeichnet dies als ein Werk von agents provocateurs der Polizei; s. Die Märzkämpfe 1921; mit Dokumentenanhang, hrgg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1956, p. 71 f.

"Jenen Glauben an die Überlegenheit, Gefestigtheit und Unerschütterlichkeit des bürgerlichen Machtapparates, jene Scheu vor allmächtigen Direktoren, Bonzen und bebrillten Leuten gilt es auszurotten, und alle Mittel wie das Bombenattentat in Falkenstein und das Dynamit-Attentat auf die Siegessäule sind recht, wenn sie im Blickfeld des großen Ziels bleiben"[8].

Bei dem Glauben an die andauernde Aktualität der Revolution war die KAPD also im März 1921 in höchstem Maße, wenn auch nicht mit sehr erheblichen Kräften, kampfbereit. - Eine anders motivierte, aber gleichfalls offensiv orientierte Haltung hatte sich zu dieser Zeit auch in der verfeindeten mächtigeren Schwesterpartei, der VKPD, ergeben. Der Zusammenschluß der KPD(S) mit dem linken Flügel der USPD, der seit langem durch die Politik Paul Levis vorbereitet und im Dezember 1920 zustande gekommen war, brachte der KP plötzlich Hunderttausende von Mitgliedern, einen festen Organisationsapparat und das Hochgefühl potenzierter Schlagkraft. Es fand zwischen Dezember 1920 und März 1921 aber keine unvermittelte Linksschwenkung statt in der deutschen KP. Es machten sich vielmehr die linken Kräfte geltend, die ursprünglich zur Opposition gegen Levis Kurs gehört hatten, dann aber nach Gründung der KAP in der KPD(S) geblieben waren. Im Falle Paul Frölichs ist das an einem prominenten Beispiel nachweisbar. Frölich hatte seit Gründung der Partei auf Grund seiner IKD-Vergangenheit in linker Opposition gestanden[9] und hatte auch die Haltung der Zentrale im Kapp-Putsch vernichtend beurteilt; nach seiner Meinung hätte sich die Zentrale auf keine Bekundung "loyaler Opposition" einlassen dürfen, sie hätte stattdessen "die gesamten Kräfte ... auf die Fortführung des Kampfes"[10] richten müssen. Die Zentrale hatte ihm in Reaktion auf diese Kritik bezeichnender Weise einen "Rückfall von Kinderkrankheit"[11] bescheinigt. Nach Prüfung der innen- und außenpolitischen Situation[12] setzten sich Frölich und eine Reihe anderer KP-Führer, die bisher durchaus nicht seine linkskommunistische Sicht geteilt hatten (Brandler, Thalheimer u. a.), sekundiert von einer Komintern-Delegation unter der Führung Béla Kuns[13], mit ihrem Entschluß

8) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 179: Der Geist von Hölz ist wach! - Der Artikel zog - wie schon andere vorher - die Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs der KAZ nach sich.
9) Vgl. dazu seinen Artikel vom 29. 3. 1921 in: "Die Internationale", 3. Jg. (1921), Nr. 3: Offensive. Dort seine Abrechnung mit den insurrektionellen Verabsäumungen der Levi-Zentrale.
10) "Die Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 24: Die Kappiade und die Haltung der Partei.
11) August Thalheimer in: "Die Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 25.
12) S. die ausführliche Diskussion dieser Voraussetzungen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht fortgesetzt werden kann, bei Werner T. Angress, op. cit., p. 114-117.
13) Über das umstrittene Maß direkter Einflußnahme des EKKI auf die offensive Orientierung der VKPD-Zentrale vgl. wiederum die Diskussion in: Werner T. Angress, op. cit., p. 119-122.

durch, den bei früheren Gelegenheiten so sträflich von der Levi-Zentrale verabsäumten Aufstands-Versuch jetzt zu wagen. Gestützt wurde dieser neue Kurs auch von einer linken Opposition, die sich in der Berliner Organisation nach Abstoßung der KAP bereits neu gebildet hatte, und die von Ernst Reuter (Pseudonym: Friesland) angeführt wurde, welcher selbst ursprünglich während des ersten Jahres der KPD(S) dem Kreis um Karl Schröder nahegestanden hatte[14]. - Die neuorientierte Zentrale placierte ihren Kurs selbst etwa in der Mitte zwischen der KAPD und der Levi-Zentrale. In der nachträglichen Rechtfertigungsschrift über die März-Aktion hieß es u.a. dazu, nach den richtigen und notwendigen Maßnahmen des Heidelberger Kongresses der KPD(S) gegen die übereiligen "putschistischen" Elemente sei die damalige Zentrale in das andere Extrem verfallen: in die Ablehnung von Aktionen überhaupt. "Die Rechte, die damals die Partei führte, hat sich vor evtl. Putschen derart gefürchtet, daß sie in ihrer Furcht jede Aktion verhinderte"[15]. Die Propaganda der neuen Zentrale wurde schließlich so schrill, daß sie inhaltlich den KAP-Parolen gleichkam, z. B. mit dem Aufruf vom 18. März (1921) im Zusammenhang mit der verschleppten Entwaffnung der bayrischen Freikorps: "Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet[16]!" - Die Durchsetzung dieser neuen offensiv orientierten Zentrale wurde schließlich erleichtert durch den Rücktritt der wichtigsten Repräsentanten des bisherigen aktionsfeindlichen Kurses; Paul Levi, Clara Zetkin u.a. waren Ende Februar (1921) wegen ihrer Streitigkeiten mit der Komintern-Führung aus der Zentrale ausgeschieden. - Dies also war die Situation im deutschen Kommunismus, die die Zusammenarbeit zwischen der VKPD und der KAPD in der März-Aktion ermöglichte.

Der objektiv rekonstruierbare Hergang der März-Kämpfe des Jahres 1921 ist in Umrissen folgender[17]: Am 16. März 1921 nahm der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, eine Reihe von Arbeiter-Rebellionen im mitteldeutschen Industriegebiet, die sich von früheren

14) Bezeugt in: Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 446.

15) Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig/Berlin 1921, p. 17.

16) "Die Rote Fahne", 4. Jg. (1921), Nr. 129; wie ein paar Tage zuvor die KAZ, so wurde auch diese Nummer der "Roten Fahne" beschlagnahmt. Die KAP zeigte sich überrascht von diesem Aufruf und kommentierte: "Es ist schon recht, die Arbeiter zur Selbstbewaffnung aufzurufen. Der wirkliche Kampf aber beginnt in den Betrieben; dann erst kommt die Straße dran und der Schießprügel." "Kommunistische Montags-Zeitung (Organ der KAPD)", 2. Jg. (1921), 21. März 1921.

17) Vgl. dazu die parteioffizielle Darstellung in: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive (op. cit.), und die kritische Darstellung bei Werner T. Angress, op. cit., p. 137-166.

kaum unterschieden, zum Anlaß, das Einrücken von Truppen der Sicherheits-Polizei aus Berlin anzukündigen, das am 19. ds. Mts. im Bereich um Mansfeld stattfand. Aus der Empörung der Arbeiter über diese als ungerechtfertigt empfundene Aktion und unter dem Einfluß der offensiven Parolen der VKPD-Zentrale wurde in Mansfeld in der Nacht vom 19. zum 20. März der Entschluß zum Generalstreik gefaßt, der am 21. ds. Mts. proklamiert wurde. Am 23. März kam es zu ersten Kämpfen zwischen Truppen der Sicherheits-Polizei und den sich - mehr oder minder spontan - bewaffnenden Arbeitern und zu Dynamit-Attentaten in Dresden, Freiberg, Leipzig, Plauen usw., die eine ganze Reihe ähnlicher sporadischer Aktionen und Gefechte einleiteten. Am gleichen Tage erklärten die Arbeiter der Leuna-Werke bei Merseburg den Generalstreik wegen der Vorgänge im Mansfelder Land und die Hamburger Werftarbeiter gerieten im Solidaritätsstreik in blutige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Am 24. erklärte der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 WRV den nichtmilitärischen Ausnahmezustand für die Provinz Sachsen und die Zentrale der VKPD beschloß im Verein mit der Berliner KAPD-Zentrale, am gleichen Tage zum Generalstreik im ganzen Reich aufzurufen. Dem Aufruf folgten nach Darstellung der Zentrale 1 Million, tatsächlich aber nicht mehr als 200 bis 300 000 Arbeiter[18]. In der Folge dieses Aufrufes kam es im Ruhrgebiet, in Berlin und andernorts im Reiche zu weiteren insurrektionellen Bewegungen. Der Hauptkampfplatz blieb das mitteldeutsche Industriegebiet, wo schließlich etwa 40 000 Arbeiter und rund 17 000 Mann Polizei- und Reichswehrtruppen[19] im Kampfe gegenüberstanden. Am 28. März fiel das Leuna-Werk unter dem Artilleriebeschuß der Reichswehrtruppen und am 31. ds. Mts. zog die VKPD-Zentrale den Generalstreik-Aufruf zurück angesichts der Niederlage in den mitteldeutschen Kämpfen; am 1. April zerschlugen sich dort die letzten bewaffneten Arbeitertruppen.

Der organisatorische Einfluß in den mitteldeutschen Märzkämpfen war zweifellos kompakter als in den Ruhrkämpfen im Jahr zuvor und die revolutionären Parolen waren gezielter. Beide kommunistische Parteien waren gerade in diesem Teil des Reiches relativ gut etabliert. Bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 erhielt die VKPD im Wahlkreis Halle-Merseburg 197 113 Stimmen gegen 74 754 der USPD und 70 340 der SPD[20]. Auch die KAP/AAU verzeichnete organisatorische Erfolge gerade im Gebiet um Mansfeld. Die KAZ meldete Ende Januar 1921, die Organisation der KAP und der AAU in

18) S. die Diskussion dieser Zahlenangaben bei Werner T. Angress, op. cit., p. 166.

19) S. ibidem; vgl. auch O.K. Flechtheim, op. cit., p. 75.

20) Werner T. Angress, op. cit., p. 127.

Aschersleben, Eisleben, Hettstedt, Mansfeld usw. sei gefestigt[21], und im Februar noch einmal "fortschreitende Revolutionierung der Masse im Bezirk Mansfeld"[22]. Der Generalstreik-Entschluß vom 18./19. März in Mansfeld und andere politische Maßnahmen wurden mit Sicherheit von den beiden kommunistischen Parteien forciert und durch Kuriere von den Berliner Zentralen beeinflußt[23]. Die eigentlichen Kämpfe aber mit den Polizei- und Reichswehrtruppen wurden wie im Jahr zuvor im Ruhrgebiet nicht von den kommunistischen Parteien oder etwa gar deren Zentralen getragen und organisiert, sondern von ad-hoc sich zusammenfindenden Arbeitertruppen unter dem Kommando von mehr oder weniger anonymen Führern, die in der Regel das Gerücht erprobten Rebellentums umgab. Wie im Jahr zuvor stellte sich heraus, daß die KO, deren Entwicklung unter der Ägide Paul Levis keine besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden war, keine brauchbaren Instrumente in der Hand der KP-Zentralen waren[24]. Die für die März-Aktion verantwortliche VKPD-Zentrale gestand sich später die völlige militärische Desorganisation in den mitteldeutschen Kämpfen offen ein.

Wie gering der direkte Einfluß der VKPD auf die einmal begonnenen Kämpfe war, wird sehr deutlich an den vergeblichen Bemühungen Hugo Eberleins[25], ihres eben benannten und am 22. oder 23. März in Halle eintreffenden Leiters der illegalen KO[26]. Eberlein versuchte mit Dynamit-Anschlägen, fingierten Entführungen lokaler KP-Führer und ähnlichen Maßnahmen die Kampfwilligkeit der mitteldeutschen Arbeiter zu entfachen; seine Unternehmungen scheiterten zum größten Teil an der völligen Ineffektivität der vorhandenen KO, von denen er gelegentlich resignierend bemerkte, sie besäßen nicht einmal ein vernünftiges Stück Zündschnur, um zuverlässige Arbeit zu leisten[27]. Weder Eberlein noch Béla Kun[28], der mit ihm von Halle aus im Auftrage der

21) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.168: KAPD im Mansfelder Gebirgs- und Seekreis. Es wird u.a. vermeldet, daß im Bezirk Aschersleben 14 Ortsgruppen von der FAUD zur AAUD übergewechselt seien. Die FAUD hatte im mitteldeutschen Industriegebiet - abgesehen von einzelnen Enklaven wie Sömmerda - niemals die Bedeutung der AAU/KAP.

22) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.174.

23) Von einem solchen Kurierdienst berichtet Franz Jung, Der Weg nach unten, p.202-206.

24) Vgl. zutreffend Werner T. Angress, op.cit., p.105 ff.

25) Zur Biographie Eberleins s. oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KPD(S).

26) Hierzu und zum Folgenden s. Werner T. Angress, op.cit., p.143 ff. Angress stützt sich vor allem auf die sogenannten "Vorwärts-Enthüllungen", Dokumente, die von der Levi-Fraktion als Anklagematerial gegen die Zentrale gesammelt, dann Clara Zetkin auf der Reise nach Moskau abgenommen und ab November 1921 im SPD-Organ "Vorwärts" veröffentlicht wurden.

27) S. ibidem, p.146.

28) Béla Kun (1886-1939), der Führer der ungarischen Räterepublik vom März bis August 1919, hatte großes Prestige als Organisator des bewaffneten Aufstandes. S. zu seiner ungarischen Tätigkeit neuerdings: Rudolf L. Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic, New York 1967.

Zentrale auf die revoltierenden Arbeiter Einfluß zu nehmen versuchte, konnte sich durchsetzen[29]. Ebenso wenig vermochten schließlich die Berliner Führer der KAPD, den Gang des bewaffneten Aufstandes unter Kontrolle zu bringen. Aus Berlin waren die KAP-Führer Fritz Rasch und Franz Jung nach Mitteldeutschland gekommen, um "einen Streik im Mansfeldschen zu entfesseln, zu einem Generalstreik auszuweiten, der über ganz Deutschland hätte ausgedehnt werden sollen"[30]. Die Agitation der VKPD und der KAPD trug zur Zuspitzung der Lage bei, aber die Führung der ausbrechenden bewaffneten Kämpfe lag nicht bei den Zentralen der beiden kommunistischen Parteien. Diese Führung lag bei einigen proletarischen Rebellen, die schon seit längerer Zeit in der Illegalität lebten und der KAPD entweder angehörten oder sich mit ihr solidarisierten, ohne sich deswegen der KAP-Zentrale in Berlin unterzuordnen.

Die bekannteste Erscheinung dieser Art war Max Hoelz, der seit der vogtländischen Aktion im März 1920 steckbrieflich verfolgt wurde und am 21. März (1921) auf die Nachricht vom Mansfelder Generalstreik aus Berlin in das Streikgebiet gefahren war[31]. Seit dem 23. ds. Mts. organisierte er von einem Hauptquartier zwischen Hettstedt und Eisleben aus eine Arbeiter-Kampftruppe, die sich vorwiegend spontan bewaffnete und am 25. bereits - nach Hoelz' Angaben - rund 2 500 Mann umfaßte. Nach einer Reihe von Gefechten mit Truppen der Sicherheitspolizei und nach einem vergeblichen Versuch, sich mit Arbeitertruppen der Leuna-Werke bei Merseburg am 28. März zu vereinigen, wurden Hoelz' Truppen am 1. April aufgerieben. Hoelz schickte während dieser Zeit Beutegelder an die Zentrale der KAP in Berlin zum Druck von Zeitschriften und Flugblättern[32]. Nach seiner Versicherung bemühte er sich aber vom ersten Tag der Kämpfe an vergeblich, Kontakte mit der Führung der beiden kommunistischen Parteien aufzunehmen[33]. Paul Frölich behauptete später, Hoelz sei "zu einer Unterordnung unter die politische Leitung nicht zu bewegen"[34] gewesen. Angesichts der Kon-

29) Zur Tätigkeit Kuns und Eberleins vgl. Franz Jung, Der Weg nach unten, p.202 ff.

30) Ibidem, p.198.

31) Vgl. hierzu und zum Folgenden Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 143-170; außerdem die Schrift des Adjutanten von Hoelz während der mitteldeutschen Kämpfe, des Herausgebers der "Mansfelder Volkszeitung", der sich nach dem Ende der März-Kämpfe einer Verurteilung durch die Flucht in die UdSSR entziehen konnte: Josef Schneider, Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land, Tatsachenmaterial aus der Märzaktion, Wien 1922.

32) S. Max Hoelz, op.cit., p.149 u. 152.

33) Ibidem, p.149 u. 156.

34) Taktik und Organisation der revolutionären Offensive, p.38.

zeptionslosigkeit der beiden kommunistischen Zentralen und angesichts der Rebellen-Natur Max Hoelz' ist anzunehmen, daß beide Momente zutreffend sind und daß in ihnen in taktischer Hinsicht die Hauptursache für das Scheitern der Insurrektion zu sehen ist. Hoelz erhielt einzig von der politischen Vertretung beider Parteien in Halle eine pauschale Ermächtigung, die "von führenden Berliner Parteigenossen der KPD und der KAPD gezeichnet war"[35] und die ihm die militärische Oberleitung über die kämpfenden Truppen zuschrieb. - Wahrscheinlich baute darauf und auf seiner späteren Berühmtheit die falsche Vorstellung auf, Hoelz habe tatsächlich diese Kämpfe unter Kontrolle gehalten. In Wahrheit kämpften mehrere Truppen unter verschiedenen Führern an verschiedenen Stellen im Aufstandsgebiet unabhängig voneinander und Hoelz' Koordinierungsversuche blieben in Ansätzen stecken. Einer der wichtigsten Kampfgruppenleiter neben Hoelz war Karl Plättner, von dem Franz Jung sogar behauptet, sein Anteil am Oster-Aufstand sei größer gewesen als der von Hoelz, nur sei er weniger in der Öffentlichkeit bekannt geworden[36]. Plättner war KAP-Mitglied und hatte bereits eine längere Erfahrung in der illegalen Arbeit hinter sich als Hoelz[37]. Seine Kerntruppe umfaßte über hundert Bewaffnete. War Hoelz' Operationsgebiet vorwiegend die Region zwischen Eisleben und Hettstedt, so operierte Plättner in der Gegend zwischen Halle und Bitterfeld. Er trat dort bisweilen, die Berüchtigtheit Hoelz' geschickt ausnutzend und die Polizei irreführend, unter Hoelz' Namen auf, was ihm dieser nicht verzieh[38]. - Ein noch wichtigerer Faktor in den mitteldeutschen Kämpfen als die Hoelz- und Plättner-Gruppen, von deren Art es noch mehrere gab[39], waren die bewaffneten Teile der rund 25 000 Mann zählenden Belegschaft der Leuna-Werke bei Merseburg[40]. Diese aus dem agrarischen Proletariat der engeren und weiteren Umgebung sich rekrutierende Belegschaft ohne organisatorische Tradition bildete die wahrscheinlich stärkste Organisation der AAUD in Mitteldeutschland. Seit Sommer 1920 war hier Peter Utzelmann unter dem Pseudonym Kempin tätig, der Gründungsmitglied der KAPD war und der außerhalb Berlins gegangen war, nachdem er in der Abwehr des Kapp-Putsches mit seinen linkskommunistischen Genossen "etwas weit vorgeprescht" war. Nach seinen Angaben zählte die AAU in den Leuna-Werken zur Zeit der März-Aktion rund 10 000 Mitglieder und verfügte über eine eigene Zeitung[41]. Utzelmann war am 21. März mit seinem KAP-Genossen Max Prenzlow, einem Berliner Metallarbeiter, und zwei KPD-Vertretern von einer Massenversammlung in den Leuna-Werken zum Führer des Aktionsausschusses zur Durchführung eines eventuellen Streiks benannt worden. Schon am nächsten Tage begann man mit der Ausgabe von Waffen an die Arbeiter und am 23. und 24. März, nach Beginn des Generalstreiks der Leuna-Werke, wurden insgesamt 17 proletarische Hundertschaften aufgestellt gegen die möglicherweise anrückenden Truppen der Sicherheitspolizei[42]. Es kam zu Rivalitäten zwischen den beiden kommunistischen Parteien in der Führung des Generalstreiks[43], die eine Entschlußfassung über die wichtigsten taktischen Fragen erschwerten. Die KAP-Vertreter hatten eine stärkere Position als ihre KPD-Genossen, doch sie standen ebenso wenig in Kontakt mit ihrer Berliner Parteizentrale wie die KPD-Vertreter. Utzelmann und Prenzlow wußten nichts von der Zustimmung der Berliner KAP-Zentrale zu den Aufstands-Parolen der VKPD[44]; sie hielten auf Grund ihrer Kenntnis der Lage im mitteldeutschen Industriegebiet einen Aufstandsversuch für unsinnig und wollten über den Generalstreik nicht hinausgehen; sie verurteilten Hoelz' Vorgehen in der schärfsten Weise[45]. Wenn diese Darstellung zutrifft, so wäre darin die wesentliche Ursache für das Verbleiben der Leuna-Truppen im Werksbereich und ihre Einrichtung auf den Defensivkampf zu sehen. Auf diese Weise wurden am 28. März zuerst die isolierten, zu dieser Zeit aber wenige Kilometer entfernten Truppen Hoelz' bei Ammendorf geschlagen[46] und

35) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 157.
36) Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 212.
37) Vgl. unten den Abschnitt über Plättners "Organisierten Bandenkampf".
38) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 181. Franz Jung zeichnet Hoelz in seinen Erinnerungen als "arrogant und auf Schaustellung bedacht" (Der Weg nach unten, p. 211). Durch Jungs Erinnerungen geht allerdings ein ausgesprochen medisanter Zug. Nach seiner Darstellung war Plättner Hoelz' "Hauptkonkurrent." Hoelz habe vor seiner Verhaftung Plättner wegen des Einbehaltens von Geldsummen und einigen Platinlöffeln, die im Gefecht bei Ammendorf am 28. März erbeutet worden waren, vor einem Partei-Ehrengericht verklagt.
39) Eine weitere Truppe focht unter der Leitung der lokalen KPD-Führer Lembk und Bowitzki in Halle. Hoelz berichtet (op. cit., p. 164) von einer weiteren Gruppe um Gerhard Thiemann, die in Bitterfeld kämpfte.
40) Die folgende Darstellung beruht auf Tonband-Mitteilungen von Herrn Peter Utzelmann.

41) Nach der Auskunft Peter Utzelmanns bestand die erfolgreichste Agitationsweise der Linkskommunisten unter den Leuna-Arbeitern darin, daß sie sich unter die bisweilen vier und mehr Stunden lang in Zügen anfahrenden Arbeiter mischten und mit ihnen diskutierten.
42) S. Das Leunawerk, Leipzig/Berlin 1921, p. 24.
43) So z. B. in der Frage der Notdienste, der Arbeit zur Instandhaltung wichtiger Maschinen und Apparate, die von der KPD befürwortet, von der KAP abgelehnt wurden. S. Werner T. Angress, op. cit., p. 151.
44) Peter Utzelmann bezeichnet es heute als für ihn unerklärlich, daß Schröder und Schwab in Berlin nicht gesehen hätten, daß die VKPD den März-Putsch mit Rücksicht auf die innerpolitischen Intereressen der UdSSR unternommen hätte.
45) Utzelmann referiert eine Bemerkung Prenzlows, derzufolge dieser gewillt war, Max Hoelz zu "beseitigen", wenn er ihm "vor die Flinte" komme.
46) Hoelz hatte eine Entlastungsoffensive der Leuna-Arbeiter angefordert, erhielt aber lediglich 1000 Schuß Munition, bevor er von den Regierungstruppen umzingelt wurde. S. Max Hoelz, op. cit., p. 162 f.

dann das Leuna-Werk unter Artilleriefeuer von den Regierungstruppen zurückerobert. Auch dies Verhalten des wichtigsten Kontingents der mitteldeutschen Insurgenten, der Leuna-Arbeiter, zeigt den vollkommenen Mangel an Koordination der politischen und militärischen Führung der März-Aktion. Der Aufstand verlief letztlich unabhängig von den Weisungen der beiden kommunistischen Parteien, die für sein Entstehen zumindest mitverantwortlich waren. Spielte beim Ausbruch der mitteldeutschen März-Kämpfe 1921 das organisatorische Moment eine größere Rolle als in den März-Kämpfen von 1920 im Ruhrgebiet, so ergibt doch die materielle Betrachtung, die Frage nach den eigentlichen Trägern des Aufstandes, daß in soziologischer Sicht hier wie dort ein bestimmter Typus des Aktivisten das Geschehen bestimmte, der sich keiner der mit revolutionärem Anspruch auftretenden Parteien ganz zuordnen ließ[47]. Im deutschen Kommunismus hatte sich auf Grund einer bestimmten Kräftekonstellation in der Führung der Wille zum Aufstand durchgesetzt; die objektiven Bedingungen aber, die unzulänglichen organisatorischen Mittel und die politisch-soziale Situation, bewirkten es, daß auch in der März-Aktion die Organisationen vor den nicht kontrollierbaren Kräften der elementaren Rebellion zurücktreten mußten.

Auf den einen Punkt der Unzulänglichkeit der militärischen Organisation konzentrierte sich nach der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes die Kritik der für die Aktion verantwortlich zeichnenden Zentrale der VKPD[48]. Sie gestand sich ein, daß die organisatorische und ideologische Kleinarbeit zur Erziehung der Proletariermassen für den Bürgerkrieg nahezu vollkommen verabsäumt worden sei. Sie selbst habe nicht genügend Zeit gehabt, um "die durch die offensive Taktik erfolgte Umstellung der Partei auch organisatorisch durchzuführen"[49]. Das Scheitern des Aufstandes sei die Folge dieser Versäumnisse:

"Der Märzaufstand im Jahre 1921 aber mußte schon deshalb zu Falle kommen, weil er militärisch auch nicht einen Augenblick eine einheitliche Organisation, eine einheitliche Leitung zustande zu bringen vermochte und weil wieder die vielen militärischen Leitungen auch nicht einen Augenblick im Einklang mit der politischen Leitung der Bewegung standen"[50].

47) Vgl. den folgenden Abschnitt über Max Hoelz.
48) S. dazu besonders die anonym erschienene Schrift der Zentrale: Das Leunawerk, Leipzig/Berlin 1921, die ausschließlich dieser Kritik gewidmet ist. Vgl. auch: Organisation und Taktik der revolutionären Offensive, p. 128-132; Franz Richter, Der legale und der illegale Apparat.
49) Das Leunawerk, p. 9.
50) Ibidem, p. 4 f. Hoelz' Gegenargumentation (Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 172 f.) gegen diese Behauptung ist nicht überzeugend.

Diese Beobachtung war zutreffend; die Zentrale blieb aber die Erklärung schuldig, warum sie bei so mangelhafter Vorbereitung dennoch ihre Kampfparolen ausgegeben hatte. Die Andeutung, die Zentrale hätte die Parole des Massenstreiks und der Bewaffnung der Arbeiter in den Mansfelder Vorgängen ausgeben müssen, wenn sie sich nicht hätte unglaubwürdig machen wollen[51], kam dem Eingeständnis gleich, daß sie die Gefangene ihrer eigenen Offensiv-Parolen war . - Die "Leunawerk"-Schrift hielt im übrigen an der Richtigkeit der Offensiv-Theorie und an der These fest, daß die politisch-sozialen Bedingungen für eine erfolgreiche Insurrektion in Mitteldeutschland gegeben gewesen seien. Dies bestritt Paul Levi in seiner spektakulären Kritik an der März-Aktion. Er verurteilte die ganze Aktion erwartungsgemäß vernichtend; bereits in der ersten Aprilwoche versuchte er - unter der Preisgabe vieler organisationsinterner Fakten - nachzuweisen[52], daß die neue Zentrale der VKPD eine unverantwortliche "Spielerei mit dem Aufstand"[53] getrieben habe. Da weder die organisatorischen, noch die politisch-sozialen Voraussetzungen für die bewaffnete Übernahme der Staatsgewalt durch die Kommunisten gegeben gewesen seien, habe man in der Aktion einen reinen Putsch zu sehen, den "größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte"[54]. Clara Zetkin nahm Levis Bakunisten-Invektive auf und testierte der Zentrale in einer der Zentralausschuß-Sitzung vom April (1921) vorgelegten Resolution zur März-Aktion einen "Rückfall in die Kinderkrankheit des Radikalismus"[55]. Noch setzte sich diese Sicht der März-Aktion nicht durch und Levi wurde von der selben Sitzung aus der Partei ausgeschlossen; nachdem aber seit Mai 1921 Clara Zetkin u. a. Lenin und dem EKKI die sachliche Richtigkeit der Levischen Kritik mit Erfolg nachgewiesen hatte und nachdem der 3. Komintern-Kongreß im Juni/Juli entsprechende Empfehlungen gab, rückte die VKPD ab August 1921 auch offiziell vom offensiv orientierten Kurs ab. - Die offizielle KAPD-Kritik der März-Aktion schloß sich weder der immanent-technischen Kritik der Zentrale, noch der prinzipiellen Kritik Paul Levis an. Herman Gorter gab mit den Berliner Führern der KAP eine Schrift heraus unter dem Titel "Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD"[56], in der das Scheitern

51) Das Leunawerk, p. 10.
52) Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921.
53) Ibidem, p. 35.
54) Ibidem, p. 39.
55) "Sowjet, Kommunistische Zeitschrift, Hrg. Paul Levi", 3. Jg. (1921), Heft 1.
56) Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, o. O., o. J. (Berlin 1921). Die Broschüre erschien anonym und ist ein Gemeinschaftswerk der Berliner KAP-Spitze; sie hat aber eindeutig die Diktion Gorters; vgl. auch seinen Aufsatz: Lehren der März-Aktion, Nachschrift zu dem "Offenen Brief an Lenin von Herman Gorter", in: "Proletarier", 1. Jg. (1920/21), Nr. 5.

der März-Aktion aus der angeblich falschen taktischen Haltung der KPD seit Mitte 1919 hergeleitet wurde. Nach dieser Darstellung wurden die mitteldeutschen Kämpfe durch zwei Faktoren ausgelöst: durch den "offenen Angriff der Konterrevolution auf das revolutionäre Proletariat Mitteldeutschlands" und durch den plötzlichen Übergang der VKPD "von der Parlaments- und Gewerkschaftstaktik zum offenen Angriff auf die Staatsautorität"[57]. Die politisch-sozialen Voraussetzungen für die Erhebung der Arbeiter waren nach Meinung der KAP-Führer gegeben; ihre Kritik galt dem zweiten der beiden genannten Faktoren: Nicht die März-Aktion selbst sei - wie Levi sagte - ein Putsch, wohl aber das Verhalten der VKPD-Zentrale sei putschistisch zu nennen[58]. Nachdem die Zentrale der KPD(S) im Einvernehmen mit dem EKKI seit nun mehr als einem Jahr die revolutionären Instinkte der radikalen Arbeiter durch Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit fehlgeleitet habe, könne man einen so plötzlichen Kurswechsel zum direkten bewaffneten Kampf, wie ihn die VKPD vollzogen habe, nur als Putschismus bezeichnen. Sie habe bezeichnender Weise ihre Aufrufe zur Selbstbewaffnung der Arbeiter schon vor der Generalstreikbewegung im Mansfelder Land hinausgehen lassen.

"Wenn eine Partei, die, statt die revolutionäre Kraft des Proletariats aufzubauen, Parlament und Gewerkschaften unterstützt und dadurch das Proletariat schwächt und seine revolutionäre Kraft unterminiert, dann (nach diesen Vorbereitungen!!) auf einmal losschlägt und eine große, angreifende Aktion beschließt, für dies selbe, von ihr selbst geschwächte Proletariat, so ist das im Grunde ein Putsch. Das heißt eine von oben beschlossene, nicht aus den Massen selbst hervorkommende, von vornherein zum Scheitern verdammte Tat"[59].

Die geringe Resonanz, die die Generalstreikparolen im gesamten Deutschland gehabt hatten, zeigte zudem - in Gorters Sicht -, wie unsinnig es sei, die Massen um jeden Preis an die Partei zu ziehen, ohne auf den Stand ihrer proletarischen Bewußtseinsbildung allzu großen Wert zu legen. "Die Hälfte, oder viel mehr als die Hälfte, tat nicht mit, und die Mitglieder bekämpften einander"[60]. - Im übrigen bestätigte sich die Berliner KAP-Zentrale die Richtigkeit ihrer Teilnahme an den mitteldeutschen Kämpfen. Während die Kämpfe im Jahr zuvor - einschließlich der "Roten Armee" im Ruhrgebiet - aus der Defensive entstanden seien in Reaktion auf das Vorprellen der Konterrevolution, sei in den mitteldeutschen Kämpfen zum ersten Mal die deutsche Arbeiterklasse initiativ geworden. Die große Bedeutung der März-Kämpfe liege vor allem darin, daß für die Arbeiterschaft der "Bann der Passivität gebrochen" sei. "Die ängstliche Scheu, jedem Entscheidungskampfe auszuweichen, ist endlich überwunden worden"[61]. - Von den Sprechern der Einheitsorganisationstendenz in der KAP, die zur Zeit der März-Aktion schon außerhalb der Partei standen, erfuhren das Verhalten der KAP-Zentrale und ihre Beurteilung des mitteldeutschen Aufstandes die schärfste Kritik. Wie Levi konnten Rühle und Pfemfert weder hinreichende organisatorische noch ausreichende politische Voraussetzungen für den kommunistischen Angriff auf die Staatsgewalt in der März-Aktion entdecken[62]. Sie hielten die offizielle Beteiligung der KAP/AAU an dem Aufstand für das Werk unverantwortlicher Führer, deren Treiben allein durch die obsolete Organisationsform der Partei ermöglicht werde. - Ähnlich doktrinär wie dies Urteil über den März-Aufstand fiel das der Berliner Geschäftskommission der FAUD(S) aus. Sie hatte von Anfang an die Aktion abgelehnt, da ihr weder die Parteien noch der bewaffnete Kampf als geeignete Mittel erschienen, das Ziel der sozialen Revolution zu erreichen. Sie ging so weit, die VKPD und die KAPD nach Niederschlagung des Aufstandes als "Schrittmacher der Reaktion"[63] zu bezeichnen. Wie schon im Jahr zuvor hatte ein großer Teil ihrer - in Mitteldeutschland nicht sehr zahlreichen - Mitglieder während der Märzkämpfe unbekümmert um die Haltung der Geschäftskommission zu den Waffen gegriffen[64]. Kater führte die Beteiligung dieser Mitglieder an den Kämpfen auf deren junge Zugehörigkeit zur FAUD(S) zurück und auf ihre noch immer bestehende Parteizugehörigkeit[65]. Die Sprecher der Einheitsorganisationstendenz im Linkskommunismus und die Wortführer der Syndikalisten fanden durch die März-Aktion nur das bestätigt, was sie immer schon gewußt hatten. Sie waren bereits nicht mehr fähig, neue Impulse aus der politisch-sozialen Wirklichkeit aufzunehmen und für ihre Theorie fruchtbar zu machen, sondern standen gleichsam abseits im Winkel und murmelten das Credo ihrer Prinzipien. - Die KAPD, die im Jahr zuvor mit dem

57) Der Weg des Dr. Levi, p. 7.
58) Vgl. Der Weg des Dr. Levi, p. 10-12: Der Putschismus der VKPD.
59) Herman Gorter, Lehren der März-Aktion, Nachschrift zu dem Offenen Brief, loc. cit.
60) Herman Gorter, ibidem.

61) Der Weg des Dr. Levi, p. 22. Vgl. zur Rechtfertigung der Haltung der KAP-Zentrale auch Jan Appel in: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 493 f.
62) S. "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 15/16: Franz Pfemfert, Die Märzkatastrophe der deutschen Revolution; Otto Rühle, Das Ende der Mitteldeutschen Kämpfe; James Broh, Ich klage an. Vgl. dazu die Kritik in: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive, p. 116. Dort auch die extrem ablehnende Stellungnahme Laufenbergs und Wolffheims, die nicht mehr zur KAP gehörten, zu den Märzkämpfen von 1921.
63) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 13, Kopftitel. Vgl. die Replik in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 184: Und der Kater spricht ...
64) S. oppositionelle Stimmen aus den aktivistischen Kreisen der FAUD(S) in: "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 16 und: "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 19.
65) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 16.

Anspruch aufgetreten war, die Partei des aktiv-revolutionären Klassenkampfes zu sein, hatte diesem Anspruch in der März-Aktion nicht genügen können. Ihre Führer hatten geglaubt, die Märzkämpfe 1921 seien der Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Auseinandersetzungen[66] mit dem absterbenden Kapitalismus. Da sich diese Erwartung in den folgenden Jahren als falsch erwies, endete auch ihr Weg in einer politischen und sozialen Aporie.

3. Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten

Alle linksradikalen Organisationen (KAP, AAU, FAU) waren gemäß ihrem Anspruch die extremsten Vertreter sozialrevolutionärer Forderungen; ihnen allen war gemeinsam der innerorganisatorische antiautoritäre Zug. Die Frage nach der objektiven und subjektiven Disposition der Individuen, die sich den dergestalt charakterisierten Organisationen anschlossen und unter ihren Parolen - bisweilen unter Einsatz ihres Lebens - stritten, ist ungemein schwierig zu beantworten. Immerhin ist es möglich, wenigstens einige konstitutive Merkmale eines Typus des linksradikalen Aktivisten aus der Anonymität des sozialen Prozesses herauszulösen. Im folgenden sei versucht, soweit wie möglich die individuellen Motivationen der linksradikalen Aktivisten zur Sprache zu bringen. - Ausgangspunkt einer solchen Aktivität ist die leidenschaftliche Verneinung der als ungerecht empfundenen bestehenden Gesellschaftsordnung und der Glaube an deren Veränderbarkeit zum Besseren hin. Diese leidenschaftliche Verneinung führt individuell zum Bewußtsein des Rebellentums, das die verschiedensten Ausdrucksformen annehmen kann[1]. Bei vielen der intellektuellen Wortführer der linksradikalen Organisationen artikulierte sich dieses Bewußtsein in der Form des literarischen Protestes[2]. Jedoch war der-

66) Der Weg des Dr. Levi, p. 19: "Die Weltkrise ... fängt eben erst an, sie wird schrecklich werden und kann und wird unsern Sieg bringen."

1) Willeke, der einige Mitglieder der Geschäftskommission der FAUD und eine Reihe von Militanten kennenlernte, stellte fest, daß das soziale Grundbewußtsein dieser Männer das "Anderssein-Wollen", das "Rebellenbewußtsein" sei; "Rebellentum" gelte bei ihnen als höchste Tugend (Eduard Willeke, Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus, loc. cit.). Vgl. dazu einige Titel Rudolf Rockers: Jugend eines Rebellen (1. Bd. seiner Selbstbiographie), John Most, Das Leben eines Rebellen usw.

2) Franz Pfemfert machte während der Kriegsjahre seine Zeitschrift "Die Aktion" zur bedeutendsten Plattform des sozialen Protestes, der im deutschen literarischen Expressionismus enthalten war. Franz Jung, der selbst zu den bedeutenderen Repräsentanten dieser literarischen Bewegung gehörte, schrieb düster-ratlose Prosa und soziale Skizzen. Sein Pendant im dramatischen Schaffen war Ernst Toller. Stilistisch konventioneller und propagandistisch direkter waren die literarischen Arbeiten Werner Möllers, Theodor Plieviers und Erich Mühsams. Daß dergleichen literarischer Protest nicht rein unverbindlich und theoretisch blieb, zeigt das Beispiel Werner Möllers, der im Berliner Januar-Aufstand erschossen wurde; Mühsam und Toller brachte ihre Beteiligung an der Bayrischen Räterepublik hohe Festungsstrafen ein; Franz Jung lebte während der ersten Jahre nach der November-Revolution fast permanent in der Illegalität.

gleichen theoretisch überhöhtes Rebellentum nicht typisch für die linksradikalen Arbeiter, die in bestimmten Situationen wegen oft geringfügig erscheinender Anlässe und zur Durchsetzung durchaus begrenzter Forderungen zu den gerade erreichbaren Waffen griffen, um diesen Forderungen mit Gewalt Nachdruck zu verleihen[3]. Dergleichen Aktivismus scheint völlig anonym zu sein, u.a. deswegen, weil er meist im Leben eines Arbeiters eine bloße Einzelepisode blieb. Dennoch ist es möglich, durch die - mit aller gebotenen Vorsicht - verallgemeinernde Betrachtung der Person und der Tätigkeit Max Hoelz' einiges über diesen Typus des Aktivisten auszusagen.

Wenn Max Hoelz vielen proletarischen Zeitgenossen als "unzweifelhaft einer der populärsten Revolutionäre der deutschen Revolutionsbewegung"[4] erschien, so nicht zuletzt deshalb, weil in seiner Person und in seinen Taten viele Merkmale und Willenstendenzen manifest wurden, die er mit seinen revolutionären Klassengenossen gemeinsam hatte[5]. - Ein erstes bedeutsames Merkmal ist die Tatsache, daß Hoelz - 1889 als Sohn eines Schneidemühlenarbeiters geboren - bis zum ersten Weltkrieg politisch vollkommen indifferent war. Unter dem Eindruck des materiellen Elends seiner hart arbeitenden Eltern war Hoelz in seiner Jugend vor allem von ehrgeizigen Berufswünschen getrieben; nach mehreren Jahren landwirtschaftlicher und industrieller Tagelöhnerarbeit ging er zwei Jahre nach England, bildete sich dort als Techniker aus und arbeitete nach seiner Rückkehr in diesem Beruf; er zog als Freiwilliger in den Weltkrieg und war dann - im Oktober 1918 als Kriegsbeschädigter entlassen - ohne Arbeit. Durch den mit Entsetzen durchlebten Frontkrieg für politische Parolen empfänglich

3) Der Komplexität dieser Erscheinung werden am ehesten gerecht die literarischen Gestaltungen jener Vorgänge durch Beteiligte. Vgl. besonders Franz Jung, Die rote Woche, ein Proletarier-Roman, Berlin 1921; Franz Jung, Proletarier, Erzählung, Berlin 1921; Karl Schröder, Die Geschichte Jan Beeks, Berlin 1929.

4) Josef Schneider, op. cit., p. 41.

5) Hoelz war sich dessen bewußt und stilisierte sich besonders während seiner Gerichtsverhandlung in dieser Weise. Vgl. dazu: "Ich bringe ... viel Persönliches zur Sprache. Das war unvermeidlich, denn alles Persönliche war zugleich Gemeinsames. Nicht nur ich hatte schwer arbeitende arme Eltern, nicht nur ich wurde als Knecht geprügelt, lief weg, suchte hungernd Arbeit, glaubte an Gott und zog in den Krieg, nicht nur mir gingen die Augen auf, so daß ich das Gewehr gegen die Unterdrücker wandte, nicht nur ich stand vor den Klassenrichtern, nicht ich allein lag nackt und blutig in den Folterkammern deutscher Zuchthäuser!" Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, Vorwort.

gemacht[6], wurden ihm 1917 die ersten Eindrücke sozialistischer Programmatik von einem sozialdemokratischen Redakteur vermittelt[7]. In solcher Weise gerade mit dem dürftigsten politischen Rüstzeug versehen, doch durch das Kriegserlebnis und die Hungersnot rebellisch gestimmt, veranlaßte er am 9. November 1918 die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in seinem Wohnort Falkenstein im Vogtland; er war dann Mitglied der USPD und gründete Anfang 1919 die Ortsgruppe der KPD(S) in Falkenstein. In der durch wachsende Arbeitslosigkeit und Hungersnot einerseits, durch Noskes blutige Repressionspolitik gegen die revoltierenden Arbeiter andererseits bedingten Radikalisierungsbewegung in der deutschen Arbeiterschaft kam Hoelz schließlich als Anführer einer lokalen Arbeitslosenrebellion zu der für ihn in den folgenden Jahren charakteristischen Aktionsweise der bewaffneten Selbsthilfe und des bewaffneten Aufstandes. - Diese Entwicklung vom politisch Indifferenten über die Politisierung durch Krieg und Arbeitslosigkeit zum linksradikalen Aktivisten kann als durchaus typisch gelten für die an den bewaffneten Kämpfen der Revolutionszeit beteiligten Arbeiter.

Bereits die erste Aktion Max Hoelz', in der er (nach seinen Worten) "mehr gefühlsmäßig als aus Überlegung zu Handlungen getrieben" wurde, die ihn "ganz unvermittelt aus der normalen bürgerlichen Bahn herausschleuderten"[8], zeigte Merkmale, die sich in allen linksradikalen gewaltsamen Aktionen wiederfinden. Die Erregung der Menge in Falkenstein, einer Textilindustriestadt mit 17 000 Einwohnern und etwa 4 000 Arbeitslosen, richtete sich gegen die Kommunalverwaltung, der man vorwarf, ihre Geschäfte nachlässig zu führen; die Sterblichkeitsquote sei wegen der schlechten Lebensmittel- und Brennstoffversorgung ungleich höher als in den benachbarten Städten. In der Massendemonstration von 5 000 Arbeitern am 24.4.1919, deren Sprecher Hoelz wurde, zwang man schließlich den Bürgermeister, mit einem Aufruf der Erwerbslosen an der Spitze des Demonstrationszuges mehrere Stunden lang durch die Stadt zu marschieren[9]. Man erreichte damit die Zusage für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und das Versprechen der verbilligten Abgabe von Brennholz aus den Stadtforsten. Der Bürgermeister rief daraufhin unverzüglich Reichswehrtruppen nach Falkenstein, die sämtliche Mitglieder des Arbeitslosenrates

6) Vgl. ibidem, p. 32-50.
7) Der Redakteur war Georg Schumann von der "Leipziger Volkszeitung", ein späteres Mitglied der KPD. Vgl. Georg Schumann, Max Hölz, der "gemeine Verbrecher", Material zu dem an Max Hölz verübten Justizmord, Halle/Merseburg 1923, p. 3.
8) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 55.
9) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 55 ff., und: Josef Schneider, Die blutige Osterwoche, p. 42.

festnahmen, außer Hoelz, dem die Flucht gelang. - Im Prinzip verliefen so all die ungezählten lokalen Insurrektionen und Streiks von 1918 bis 1921.

Weiteren Aufschluß über die Eigenart jener Aktionen kann man aus der Betrachtung der späteren Taten Max Hoelz' gewinnen. Bald nach der vogtländischen Parallelaktion Max Hoelz' zu den Kämpfen der "Roten Armee" im Ruhrgebiet im März 1920 schrieb Paul Levi ein kritisches Porträt von Hoelz, in dem er ihn als eine Art edlen Räuber zeichnete, dem es darauf ankomme, "da zu nehmen, wo etwas ist, und es dahin zu tun, wo nichts ist"[10]. Hoelz reagierte sehr empfindlich auf Levis Qualifizierung seiner Taten als primitive Gerechtigkeitsaktionen: Dergleichen "Fällen wurden erledigt, ohne uns indessen von unserem Hauptziel abzubringen: Der Befreiung der Arbeiter vom kapitalistischen Joch durch den Sturz der alten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und dem Aufbau einer neuen klassenlosen Gesellschaft"[11]. Levi sah in Hoelz den archaischen Sozialrebellen, Hoelz verstand sich selbst als moderner revolutionärer Klassenkämpfer. Die Antwort darauf, welcher der beiden historischen Kategorien Hoelz mit seiner Aktionsweise zwischen 1919 und 1921 tatsächlich entsprach, ist vor allem durch die Mythenbildung um die Person Hoelz' erschwert, die Hoelz selbst durch sein Verhalten vor Gericht wesentlich förderte und an der sich nach seiner Inhaftierung die KPD maßgeblich beteiligte.

Vergleicht man Hoelz' Aktionsweise etwa mit der am Beispiel südwesteuropäischer sozialer Erscheinungen gewonnenen Typologie des "Sozialrebellen"[12], so ergeben sich verblüffende Analogien im einzelnen, im ganzen geht die Analogie jedoch nicht auf. Die Unterschiede beruhen im wesentlichen darauf, daß der klassische Sozialrebell Produkt der Agrargesellschaft ist[13], Hoelz jedoch gerade im hochindustriellen Zentrum Mitteldeutschlands wirkte. - Mit seinen Taten vom April 1919 bis April 1921 entsprach Hoelz recht genau dem Archetyp des Sozialrebellen, "der von den Reichen nahm, um den Armen zu geben und der niemals tötete außer in Selbstverteidigung oder gerechter Rache"[14]. Die Güterverteilungsaktionen, die er im Vogtland durchführen ließ, waren die Grundlage seiner rasch wachsenden Popularität. Zur Veranschaulichung eines von vielen Beispielen: Als sich ein Arbeiter

10) Levis Artikel erschien anonym in der "Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 23: Hölz.
11) Max Hoelz, Aus meinem Leben (einziger wortgetreuer, vom Verfasser autorisierter Druck nach dem Manuskript), Berlin o. J. (Aktions-Verlag), p. 8. S. dort auch Beispiele für Beschlagnahmungen und Verteilungen von Lebensmitteln.
12) S. dazu die höchst interessante Pionierarbeit: Eric J. Hobsbawm, Sozialrebellen, archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1962.
13) S. ibidem, p. 40 ff.
14) Ibidem, p. 28. Hobsbawm sieht in Robin Hood, einer mutmaßlich historischen Gestalt, die die Sage mit diesem Zitat charakterisiert, den Archetypus des Sozialrebellen.

bei Hoelz wegen der Verweigerung einer geringen Lohnzulage beklagte, schickte Hoelz einen Boten an dessen Arbeitgeber, einen Gutsbesitzer, mit der Forderung, sofort 10.000 Mark auszuzahlen, andernfalls man seine Pferde aus dem Stall holen und verkaufen würde; der Gutsbesitzer zahlte[15]. Auf die gleiche Weise erhielt Hoelz nach Aufstellung seiner "Roten Armee" während des Kapp-Putsches von den Plauener Industriellen wöchentlich zuerst 45.000, dann 100.000 Mark für die Ausstattung und Ernährung seiner Truppen[16]. - Das Sondergericht konnte Hoelz später nur mit einer individuellen Erschießung belasten[17]; in der Selbstverteidigung scheute Hoelz allerdings kein Mittel der Gewaltsamkeit[18]. - Typische, in ganz verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten übereinstimmend feststellbare Merkmale der sozialen Rebellion sind: das Erstürmen der Gefängnisse, die Verbrennung der Archive und Gerichtsakten und die Brandlegung in den Villen der Reichen[19]. Es gelang Hoelz wiederholt, in verwegenen Gewaltstreichen inhaftierte Mitkämpfer zu befreien[20]. Ende des Jahres 1920 griff er zu diesem Zweck zum Mittel des organisierten Terrors. Um "den noch vom Kapp-Putsch her eingekerkerten Genossen Erleichterung zu verschaffen und an ihrer gewaltsamen Befreiung zu arbeiten"[21], organisierte er etwa 50 Mann in Berlin, Braunschweig und im Vogtland, mit denen er in einer Reihe von Dynamit-Anschlägen auf Gerichtsgebäude "die Behörden beunruhigen und die Bürger erschrekken"[22] wollte und in der so gestifteten Verwirrung die Gefangenen zu befreien beabsichtigte. Nach genauem Plan erfolgten die Anschläge in Dresden, Leipzig, Freiberg und anderen Orten. Über den im Grunde

15) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 61. Einen anderen Fall beschreibt Hoelz so: "In einer Sitzung des Arbeitslosenrates erschien ein Blinder, der seinen kümmerlichen Unterhalt mit Korbflechten verdiente, und bat um ein Darlehen von tausend Mark, um sich Weiden für seine Arbeit kaufen zu können. Ich sandte sofort ein Mitglied des Vollzugsrates zu einem steinreichen Großhändler, dem die Unmassen seines Geldes große Sorgen bereiteten, ließ ihn holen und forderte ihn auf, dem Blinden das Gewünschte zu geben; der arme Reiche erklärte sich dazu bereit." Ibidem, p. 60; dort auch weitere Beispiele.
16) S. ibidem, p. 89 und 92.
17) Nach Darstellung des Gerichtes hatte Hoelz einen Gutsbesitzer in einem Wutanfall erschossen; die Beweisführung des Gerichtes war jedoch sehr lückenhaft und unzureichend; s. dazu Hoelz' Rechtsanwalt in: Georg Schumann, op. cit., p. 9 ff.
18) Ein Beispiel: Auf dem Bahnhof von Oberkotzau (Bayern) von einer größeren Anzahl von Polizisten umstellt, zog Hoelz eine entsicherte Handgranate aus der Tasche, um sich mit den Polizisten in die Luft zu sprengen, sobald man Hand an ihn legte; die Geste genügte hier wie in anderen Fällen: die Gendarmen flohen, Hoelz entkam; s. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 84 f.
19) Vgl. dazu Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 43 ff.
20) S. die Beschreibung einer Befreiungsaktion von 24 Genossen Hoelz' aus dem Plauener Gefängnis in: Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 93 ff.
21) Ibidem, p. 137 f.
22) Ibidem, p. 139.

noch vorpolitischen Charakter dieser Aktionen gab sich Hoelz später selbst Rechenschaft: "Eine politische Wirkung für die kommunistische Bewegung versprach ich mir von diesen Sprengungen nicht. Sie waren für mich nur Mittel zum Zweck"[23]. - Gleicher Art waren die Aktenvernichtungen; während der Kapp-Kämpfe zwang Hoelz die beiden Amtsrichter von Falkenstein, sämtliche Gerichtsakten auf einem freien Platz aufzuschichten und eigenhändig Feuer daran zu legen[24]. - Besonders während der März-Kämpfe 1920 und 1921 kam es zu zahlreichen - zum Teil strategisch motivierten - Brandlegungen an den Häusern reicher Bürger[25]. - Als weiteres Merkmal des Sozialrebellen beschreibt Hobsbawm für die Agrargesellschaft: "Die Bevölkerung hilft kaum jemals den Behörden, den "Bauernbanditen" zu fangen. Dies gilt ebenso für die sizilianischen Dörfer der vierziger Jahre, wie für die moskowitischen des 17. Jahrhunderts"[26]. Es trifft auch im Falle Hoelz' zu. Er wurde seit Beginn seiner Tätigkeit am 24.4.1919 steckbrieflich gesucht und die Summe, die auf seine Ergreifung gesetzt wurde, betrug bei Ausbruch des Kapp-Putsches bereits 30.000 Mark. Daß er dennoch 2 Jahre lang als Outlaw dem Zugriff der Polizei entging, lag nicht nur an seiner persönlichen Tollkühnheit, sondern an der Tatsache, daß er - wie Levi schrieb - in der Tat "von der zwar untätigen, aber heißen Sympathie des gesamten Vogtlandes"[27] getragen wurde. Die Beispiele für seine Rettung vor der Polizei durch Kameraden oder durch ihm persönlich ganz unbekannte Arbeiter sind zahlreich in seinen Erinnerungen[28]. Die Sage, die sich um ihn zu weben begann, beschrieb ihn als allgegenwärtig und unfaßbar zugleich.

All diese Merkmale mögen Hoelz hinreichend als Sozialrebellen kennzeichnen; dieser Typus ist offenbar nicht zwangsläufig an die Agrargesellschaft gebunden, sondern in revolutionären Zeiten auch in der

23) Ibidem.
24) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 96 ff. Vgl. dazu aus einem anonymen Traktat syndikalistischer Provenienz aus dem Ruhrgebiet über "Wege und Aufgaben der sozialen Revolution": ... "Dann begibt sich jeder Syndikalist mit einem Dutzend Arbeitern nach dem Rathaus, dem Amtsgericht und dem Postamt. Dort werden sämtliche Grund- und Rechnungsbücher, Registriermappen, Akten usw. zum Fenster hinaus auf einen lustig flakkernden Scheiterhaufen geworfen. Das gleiche wird bei den Banken geschehen mit allen Rechnungsbüchern, Konsols, Quittungen und mit allem Papiergeld, dessen wir habhaft werden können. Der verstockteste Bourgeois, der ein solches Autodafé sieht, wird seine letzten Hoffnungen begraben." Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/5.
25) S. dazu Max Hoelz in: Georg Schumann, op. cit., p. 34.
26) Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 29. Sogar Details des Idealtypus des Sozialrebellen, wie Hobsbawm ihn zeichnet, treffen auf Hoelz zu; so z. B. daß er längstens 2-4 Jahre sich zu behaupten vermag, daß seine feste Gefolgschaft nicht mehr als 60 Mann umfaßt, usw.
27) "Die Internationale", loc. cit.
28) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 65, 69, 70 f, 73 ff., 77, 83 f usw.

administrativ desorganisierten Industriegesellschaft möglich[29]. Hobsbawm betont immer wieder, daß das klassische Sozialbanditentum der bäuerlichen Gesellschaft zwar ein Protest sei, aber ein unrevolutionärer Protest. Die Sozialrebellen "können nur Unrecht gutmachen und beweisen, daß man hin und wieder die Unterdrückung auch umkehren kann"[30]; sie sind in dem Sinne vor-politisch, daß sie nicht die staatliche Gewalt anstreben, daß sie objektiv auch gar nicht fähig sind, eine ganze Gesellschaftsordnung umzustürzen. Dieser vor-politische Charakter des Sozialrebellentums ist Hoelz und einem beträchtlichen Teil des deutschen Linksaktivismus eigen, obwohl sie mit revolutionär-klassenkämpferischem Anspruch auftraten. Angesichts der im Prinzip klareren dichotomischen Struktur der kapitalistischen Industriegesellschaft erfolgt die Solidarisierung des Sozialrebellen mit der revolutionären Ideologie der unterprivilegierten Klasse mit größerer Wahrscheinlichkeit als in der Agrargesellschaft mit weniger klar entwickelten Klassenfronten. Das ändert aber nichts an der nichtrevolutionären Beschaffenheit des Sozialrebellentums[31]. Im modernen Kapitalismus, der gekennzeichnet ist durch machtvolle Organisationsbildung im Staat und in der Wirtschaft, ist das revolutionäre Interesse organisationsbedürftig. Hoelz' Verhältnis zu den eigentlichen Trägern des revolutionären Interesses, den politischen Parteien, ist weiterhin aufschlußreich über das soziale Phänomen, das er repräsentiert.

Wenn auch das Sozialrebellentum Hoelz' z. B. in der März-Aktion der VKPD 1921 in den Dienst der Partei gestellt wurde, so sperrte es sich doch grundsätzlich gegen jede Art organisatorischer Integration. Hoelz gehörte seit Anfang 1919 der KPD(S) an, "obgleich er in die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus und der bolschewistischen Disziplin hineinpaßte, wie etwa ein Schinderhannes hineingepaßt haben würde"[32]. Er gehörte der KPD allerdings vorerst auch nur so lange an als sie noch keine "Partei der bolschewistischen Disziplin" war, d. h. so lange die linkskommunistische Tendenz des Gründungskongresses dominierte. Nach seiner vogtländischen Parallelaktion zu den Ruhrkämpfen 1920 wurde er von der Levi-Zentrale wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen[33]. Hoelz war mit dieser linkskommunistischen Tendenz in vielfacher Weise verbunden. Seine rudimentären Kenntnisse des Sozialismus verdankte er Herman Gorters "Historischem Materialismus"[34] und insbesondere Otto Rühle, bei dem er Mitte 1919 einen sechswöchigen Kurs über die Grundbegriffe des Sozialismus in der Lüneburger Heide mitmachte. Seine dabei gewonnenen Einsichten beschrieb er später: "Bis zu dem Kursus bei Otto Rühle glaubte ich, daß eine proletarische Revolution zur Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten g e m a c h t werden könne durch den Willen und den Mut einiger hundert opfermütiger Menschen"[35]. Erst die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus habe ihm die Erkenntnis gegeben, daß eine Revolution nicht ausbreche, weil Hunderte oder Millionen Proletarierherzen ihr entgegenschlügen, sondern daß sie resultiere aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Die von Rühle vermittelten theoretischen Erkenntnisse hatten allerdings keine erkennbaren Auswirkungen auf Hoelz' Aktionsweise; viel wahrscheinlicher ist, daß Hoelz sich Rühles organisatorische und taktische Konzeption zu eigen machte, also vom "Ende der Parteien" überzeugt war. Von den Berliner Führern der KAPD behauptete er jedenfalls: "Mit ihrer Taktik war ich nie einverstanden, obwohl sie immer meinten, ein Mensch mit meinem Temperament könne nur auf ihrer Seite stehen"[36]. Zweifellos stand Hoelz der von Rühle geschaffenen AAUE, die einen extremen Föderalismus forderte und von der ein Teil nach 1921 bis zur programmatischen Selbstauflösung der Organisation ging, gefühlsmäßig näher als den zentralistischen Kreisen der KAP um Karl Schrö-

29) Die Unterschiede und Analogien zwischen dem Sozialrebellen in der Agrargesellschaft und dem in der Industriegesellschaft müßten selbstverständlich gründlicher, als es hier geschieht, auch empirisch herausgearbeitet werden; für den Zweck der Beweisführung, daß es sich beim linksradikalen Aktivismus um ein weitgehend vor-politisches Phänomen handelt, scheinen die dargebotenen Beispiele hinreichend. Der rechtsradikale Aktivismus der Freikorps z. B. tritt dagegen von vornherein politisch auf, d. h. mit dem Ziel, eine bestehende Gesellschaftsordnung zu konservieren oder eine vergangene wieder herzustellen.
30) Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 42.
31) Auch dies erkannte Levi in seinem Hoelz-Porträt ("Die Internationale", loc. cit.); er sah in Hoelz' Wirken das Wiederauftauchen des alten Gedankens, daß ein einzelner Mann "heraus aus seinem warmen und rechtschaffenen Herzen, kraft seines starken Armes und starken Willens" die gesamte Gesellschaftsordnung umstürzen könne. "Die Einkleidung solcher Gedanken in der Form der göttlichen Sendung war die Einkleidung des 16. Jahrhunderts; die Verkleidung desselben Gedankens im 20. Jahrhundert ist dem Kommunismus entnommen. Wie aber im 16. Jahrhundert die göttliche Sendung, so ist im 20. Jahrhundert der Kommunismus nichts anderes als die Verkleidung, Kommunismus selbst ist der Gedanke nicht."

32) Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948, p. 115.
33) Nach einer noch vorsichtigen Kritik Heinrich Brandlers an Hoelz ("Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 39) hieß es am 11. 4. 1920 ("Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 46): "Hölz stellt sich mit seinen Leuten durch seine wirren Aktionen außerhalb der Partei, da die Partei nur leben kann, wenn die Parolen der Gesamtheit ausgeführt werden!"
34) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 71 f.: "Von der einschlägigen Literatur über Gewerkschafts- und politische Fragen kannte ich nur: Herman Gorter "Der Historische Materialismus". In den Jahren vor der November-Umwälzung hatte ich ausschließlich technische Bücher gelesen."
35) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 72 f.
36) Ibidem, p. 136. Dergleichen Versicherungen in Hoelz' Memoiren sind grundsätzlich mit Skepsis aufzunehmen, da Hoelz zur Zeit ihrer Niederschrift völlig in Abhängigkeit von der KPD geraten war, die seinen Mythos pflegte.

der. Es ist durchaus typisch für den linksradikalen Aktivismus, daß - wie auch im Falle Hoelz' sichtbar wird - die politischen Theoreme, die oberflächlich aufgenommen wurden, recht beziehungslos zur politischen Praxis waren. Der Rebell Hoelz ließ sich nicht in herkömmliche Formen der Organisation einfügen. Auch mit Rühle überwarf er sich schließlich wegen dessen Kritik an der März-Aktion von 1921[37]. Er war erbittert darüber, daß - während er selbst seine Haut aufs Spiel setzte - der Theoretiker und Intellektuelle Rühle während der Märzkämpfe "in der Frühlingsfrische" auf einem Gut bei Freiberg weilte und dann noch obendrein vernichtende Kritiken schrieb[38].

Während die Sprecher der Einheitsorganisationstendenz im deutschen Linkskommunismus ein besonderes Anrecht auf "ihren Max Hoelz" geltend machten[39], blieben ihnen die Vertreter der Berliner Richtung der KAPD nichts schuldig in der Ruhmpreisung des Rebellen. Für die Linkskommunisten war Hoelz eine Art Idol, der Inbegriff proletarischer Klassenkampfenergie. Nach seiner Gefangennahme schrieb die "Aktion" in einem dithyrambischen Anruf an Hoelz: "Du bist der Instinkt des noch gefesselten Proletariats, das unzerstörbar, unvergänglich, unsterblich ist"[40]. In der Berliner KAZ hieß es nicht weniger emphatisch: "Hölz kann nicht verhaftet, nicht getötet werden, Hölz wird immer umgehen unter dem Proletariat, denn Hölz bedeutet: Es gibt kein Hindernis, wenn das Proletariat selbst handelt"[41]. Die Mentalitäts-Entsprechungen zwischen der KAPD und Hoelz bewirkten, daß er zwischen April 1920 und April 1921 dieser Partei am nahesten stand von allen politischen Organisationen. Seine Beutegelder flossen in die Kasse der Berliner Zentrale der KAPD[42].

Da sich Hoelz' Aktionsweise nur entfalten konnte in größeren proletarischen Massenbewegungen und da diese nach den Märzkämpfen (1921) nicht mehr aufkamen, wäre er wahrscheinlich aus dem politischen Leben verschwunden, wenn er nicht verhaftet und verurteilt worden wäre. Gerade seine Aburteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus aber machte ihn in einer ganz anderen Weise zu einem Politikum, und zwar zu einem solchen, das vielleicht an Brisanz seinen bewaffneten Aufstandsversuchen gleichkam. Diese Entwicklung brachte die Abwendung Hoelz' von den linkskommunistischen Kampfgenossen und die Hinwendung und Rückkehr zur KPD, die als große Apparatpartei unvergleichlich wirksamere Mittel in der öffentlichen Meinungsbildung einsetzen konnte als die schrumpfende KAPD. Denn eben in diesem Bereich der öffentlichen Meinung wurde der lebenslange Zuchthäusler Hoelz zur Symbolfigur in den folgenden Jahren der Weimarer Republik. Zur Ausgestaltung des Mythos, der sich um ihn zu bilden begann, trug Hoelz selbst kräftig und in entscheidender Weise bei durch sein Auftreten vor dem Sondergericht, vor das er am 13. Juni 1921 gestellt wurde. Er erkannte die Autorität des Gerichtes nicht an und erklärte gleich zu Beginn des Prozesses, er fühle sich nicht als Angeklagter, sondern als Kläger gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Vertreter seine Richter seien[43]. Er versuchte nicht ohne Erfolg, den Prozeß als ein Exempel von Klassenjustiz hinzustellen, und hatte den Beifall der proletarischen Öffentlichkeit, die - mit Recht - aufgebracht war über die Einseitigkeit der Rechtssprechung in voraufgegangenen Fällen zu Ungunsten der linken Aufrührer und zu Gunsten der Umstürzler von rechts[44]. Der Prozeß Hoelz hatte größere Publizität als der irgendeines der anderen inkriminierten Linksaktivisten; bereits während der Verhandlungen fanden Demonstrationen statt, die seinen Freispruch forderten[45]. Während sich seine Feinde in der KPD, insbesondere Heinrich Brandler - der als Vorsitzender der März-Zentrale gleichfalls vor Gericht stand -, nach wie vor von ihm distanzierten, erregte Hoelz' Popularität auch das Interesse des EKKI. Der 3. Weltkongreß der Komintern nahm am 25.6.1921 eine Solidaritätserklärung an, in der es hieß, man könne Hoelz' Taktik des individuellen Terrors und der Sabotageakte nicht billigen, erkenne aber an, daß seine Taten aus der "Liebe zum Proletariat, dem Haß gegen die Bourgeoisie"[46] entsprungen seien. Jan Appel als KAPD-Vertreter protestierte vergeblich gegen diese Qualifizierung; Hoelz habe niemals das Ziel der sozia-

37) "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.15/16.

38) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zu Roten Fahne, p.171 und 173. Hoelz' Frau brachte sogar Rühle und Pfemfert mit der Verhaftung ihres Mannes in Verbindung, s. Ludwig Bergmann, Max Hölz, seine gesamte Biographie und die wahren Vorgänge bei seiner Verhaftung. Nach einem von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf, Berlin 1921, p.26 ff. Hoelz selbst reduzierte diese Anschuldigung darauf, daß derjenige, der ihn am 15.4.1921 der Polizei verriet, ein ehemaliger Offizier, ihm durch Rühle bekannt gemacht und empfohlen worden war; s. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p.181 f.

39) Vgl. besonders: "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.29/32: Sonderheft für Max Hölz, mit Beiträgen von: Franz Pfemfert, Max Herrmann - Neiße, Victor Fraenkl, Raoul Hausmann, Maximilian Harden u.a.; erschien auch als selbständige Broschüre.

40) "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.25/26.

41) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.182.

42) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p.149, 152, 181, 187.

43) S. "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr.29/32: Bericht über den Prozeß Hölz. Vgl. auch Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p.208 ff.

44) S. dazu die Untersuchung: E.J. Gumbel, Zwei Jahre Mord, Berlin 1921, deren Statistiken später (1924) erweitert und von staatlicher Seite bestätigt wurden; sie zeigen eine ungeheure Diskrepanz in der Strafzumessung für politische Straftaten von links im Vergleich mit denen von rechts auf.

45) Z.B. kam es Ende Juni in Berlin bei Theateraufführungen der "Weber" von Gerhart Hauptmann zu spektakulären Demonstrationen zugunsten von Hoelz. S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg.(1920/21), Nr.209.

46) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p.218.

len Revolution aus den Augen gelassen und habe "die Taktik der KAPD ausgeführt und vertreten"[47]. Obwohl die KAP/AAU in einer Pressekampagne in diesem Sinne Hoelz gegen die Vorbehalte der KPD als wahren Kommunisten feierte[48], wandte sich Hoelz bald nach seiner Verurteilung immer mehr der KPD zu. Ende 1921 erklärte er in einem Brief an die "Rote Fahne" seinen Bruch mit der KAPD, was die KAZ nur erklären konnte als Folgeerscheinung der "trockenen Guillotine der deutschen Zuchthäuser", als Resultat der körperlichen und geistigen Zerrüttung Hoelz'[49]. Waren während Hoelz' Prozeß seine Verteidiger noch von den linksradikalen Organisationen gestellt worden (James Broh (AAUE), Victor Fraenkl (FAUD(S)), so übernahm in den folgenden Jahren die "Rote Hilfe", die Unterstützungs- und Hilfsorganisation der KPD, tatkräftig und mit propagandistischem Effekt die Agitation für die Wiederaufnahme des Verfahrens und für die Amnestie[50]. Hoelz wurde dabei immer mehr zum Repräsentanten schlechthin des gefangenen Revolutionärs, zur Symbolfigur der Klassenjustiz. Auf diese Weise kam es Ende 1926 u.a. zur Bildung eines "Neutralen Komitees" zur Überprüfung des Falles Hoelz, dem neben vielen linken Intellektuellen auch berühmte bürgerliche Künstler, Schriftsteller und Professoren angehörten[51]. Ein von der Kommunistischen Reichstagsfraktion schon lange gefordertes politisches Amnestiegesetz trat am 14.7.1928 in Kraft und befreite auch Hoelz. Er wurde etwa 1 Jahr lang von der KPD als zugkräftiger Propagandist im Reiche umhergeschickt und nach Schwinden des öffentlichen Interesses nach Rußland gesandt, wo er vermutlich ein Opfer der stalinistischen Bürokratie wurde.

47) Ibidem, p. 218 f.

48) S. z.B. "Der Kampfruf", 2.Jg.(1921), Nr.10: Hölz.

49) KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920/21), Nr.256: Max Hölz.

50) Ende 1923 schrieb der "Kampfruf" (Berliner Richtung, 4.Jg.(1923), Nr.42): "Es scheint nun ..., daß die KPD, resp. Moskau, den Sieg davongetragen hat. Ob es die größeren Kassen sind oder die heutige Geistesverfassung Max Hölz' mag dahingestellt sein."

51) Unter anderen: Joh.R.Becher, Rudolf G. Bindung, Bert Brecht, Martin Buber, Prof. Albert Einstein, Samuel Fischer, Heinrich George, Kurt Hiller, Herbert Ihering, Alfred Kerr, Heinrich Mann, Thomas Mann, Ernst Rowohlt, Kurt Tucholsky, Arnold Zweig.

X. DIE DESINTEGRATIONSERSCHEINUNGEN IN DEN LINKSRADIKALEN ORGANISATIONEN

1. Die organisationsfeindlichen Tendenzen

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 auf Grund der akzellerierenden Inflation und der von 180 000 im Juli auf 1,5 Millionen im Dezember ansteigenden Zahl der Arbeitslosen[1] noch einmal "Novemberstimmung" im Reich herrschte, waren die linksradikalen Traditionen in Deutschland von der KPD unwiderruflich isoliert, die anarcho-syndikalistische und die linkskommunistische Tradition standen einander unversöhnlich gegenüber und jede der beiden war in sich noch einmal in mehrere Richtungen aufgespalten. Ihre Streik- und Insurrektionsaufrufe erreichten lediglich wenige Arbeiter, ihre Organisationen waren nur mehr Traditionsvereine und nicht mehr Faktoren des politischen Lebens in Deutschland, als die sie bis Ende 1921 immerhin gelten konnten. Ihre revolutionären Bekundungen provozierten nun allein noch die Polizei- und Militärbehörden;nachdem durch die Finanzhilfe des Dawes-Plans und die Ausgabe der neuen Rentenmark im November 1923 eine Periode wirtschaftlicher Stabilisierung eingeleitet worden war, wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nicht nur die KPD vom November 1923 bis Februar 1924 verboten; auch die links von ihr stehenden Organisationen wurden durch das Eingreifen der staatlichen und militärischen Behörden erheblich dezimiert. So wurden die Ortsvereine der FAUD von einer Reihe von Wehrkreiskommandos in Westfalen, Hannover, Mecklenburg und Pommern verboten; in Sachsen und Bayern wurde die FAUD ganz in die Illegalität gedrängt[2]. Das Verbot zog in der Regel die Beschlagnahme sämtlicher Vereinsutensilien mit sich, und einige Mitglieder, die die Organisation illegal weiterführen wollten, wurden vor Gericht gestellt. Die FAUD verlor 1923/24 zwei Drittel ihrer Mitglieder; nach ihren eigenen - eher zu hoch gegriffenen - Angaben blieben ihr 1924 25.000. - Ganz entsprechend stellte eine gemeinsame Reichskonferenz der KAP und AAU der Essener Richtung am 3.2.1924 fest, daß die Tätigkeit der Organisationen durch Verhaftungen und Verfolgungen "fast vollständig lahmgelegt"[3] sei. Nach Schätzungen linkskommunistischer Beobachter[4] zählte die Berliner KAPD Ende 1924 noch etwa 2.000 Mitglieder, die Essener KAP rund

1) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p.145 ff.

2) Hierzu und zum folgenden s. Fritz Katers Bericht für den 2. Kongreß der IAA, in: "Internationale", (IAA), 2.Jg.(1925), Nr.5, p.119 f.

3) "Proletarier", 5.Jg.(1924), Nr.10.

4) S. dazu den Bericht eines AAUE-Mitglieds in: "Die Aktion", 14.Jg.(1924), Nr.15.

700; die Mitgliederzahl der AAU wurde - wahrscheinlich zu hoch und außerdem bei eingestandener Unsicherheit - pauschal mit 70.000 angegeben.

Durch diese staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die linksradikalen Organisationen wurde eine Entwicklungstendenz in diesen Gruppierungen beschleunigt, die seit ihrer Gründung vorhanden gewesen und seit der März-Niederlage von 1921 offen hervorgetreten war: die Tendenz zur Desintegration des Organisationskörpers. Diese Tendenz war verursacht durch eine in allen linksradikalen Organisationen vertretene Schicht erst durch den Krieg politisierter und aktionsbeflissener Mitglieder, die sich mit den mehr oder minder genau verstandenen sozialrevolutionären Organisationszielen solidarisierte, an der praktischen Organisationsarbeit aber nicht das geringste Interesse hatte. Diese Haltung dokumentiert sehr anschaulich das organisationsverneinende Programm einer späten KPD-Renegatin, die im Auftrage der Hamburger AAUE[5] erklärte:

"Zeitungen soll man schaffen ... Die werden bezahlt, und von dem Geld gibt man die neue Nummer heraus. Wenn sie niemand lesen will, ist sie nicht mehr wert, als daß sie krepiert. Druckereien brauchen wir nicht; werden uns im Kampfe sowieso genommen; nehmen wir uns gegebenenfalls im Kampf. Flugblätter, Betriebshetzereien machen wir selbst. Können ja lesen und schreiben. Zu Streikfonds sammeln wir nicht; streiken ohnehin ohne Unterstützung. Wenn unsere Genossen gefangen sitzen, sammeln wir; freiwillig. Wir schicken nichts an Zentralkassen ab. Die behalten immer den größten Teil für Gehälter von Leuten, die es nachher für ihre Aufgabe ansehen, uns über den Mund zu fahren. Brauchen wir mündliche Verständigung, rufen wir unsere Genossen zusammen, so viele oder so wenige ihrer sind. - Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht wird uns gelingen, wenn jeder von uns eine Waffe hat, sie gebrauchen kann und sie zu gebrauchen entschlossen ist"[6].

Sie erklärte kategorisch: "Was im deutschen Proletariat nicht organisationsscheu ist, das ist nicht revolutionär[7] ...". Bei einer solchen in den Mitgliederschichten verbreiteten Einstellung zur Organisation verwundert es nicht, daß die linksradikalen Organisationen niemals auch nur feste Konturen annahmen; die Organisationsleiter selbst waren zu keiner Zeit imstande, genaue Angaben über die Mitgliederzahl zu machen, da jene organisationsfeindlichen Kreise ihnen die Agitationsbeiträge, die Einführung von Mitgliedsbüchern und überhaupt die

5) Ketty Guttmann, Los von Moskau!, Hamburg o.J.(1924), hrsg. von der AAUE Hamburg.
6) Ibidem, p.23.
7) Ketty Guttmann, Los von Moskau, p.5.

Auskunft verweigerten[8]. - Die bisher charakterisierten Tendenzen sind in den einzelnen linksradikalen Organisationen in massierter Form recht genau nachweisbar. In der FAUD traten sie konzentriert auf in der Düsseldorfer Opposition um die "Schöpfung". Der Vorwurf des "Individualismus", den die Berliner Geschäftskommission an die Düsseldorfer Syndikalisten richtete, implizierte nicht zuletzt eine Kritik an deren Nonchalance in praktischen Organisationsfragen. Die Geschäftskommission warnte z.B. im Hinblick auf den 13. Kongreß nachdrücklich vor den Kameraden, die zum hundertsten Male vorbringen würden, "daß jede Organisation, wie sie auch beschaffen sei, die Mörderin der Freiheit" sei, und die die "Organisationslosigkeit als Allheilmittel"[9] anbieten würden. Rockers Ansprache an den 13. Kongreß[10] schließlich war eine einzige Auseinandersetzung mit dem als Disziplinlosigkeit und organisatorische Indifferenz mißverstandenen Föderalismus der FAUD. - Der extreme Föderalismus im Aufbau der AAUE gab zu den gleichen Mißverständnissen Anlaß[11]. Im Verlaufe des Jahres 1922 machte sich im bedeutendsten Ausstrahlungszentrum der Organisation, in Ostsachsen, eine Tendenz mit wachsendem Nachdruck bemerkbar, die jede überlokale organisatorische Bindung ablehnte und die von der AAUE-Mehrheit wegen ihres Programms der "Fabrikschornstein-Autonomie"[12] desavouiert wurde. Diese Tendenz hatte ihren Vorort in der sächsischen Industriestadt Heidenau im Bezirk Dresden und verfügte über das seit 1921 dort erscheinende AAUE-Organ "Die Revolution". Auf einer Reichstagung der AAUE im September 1922 in Weimar prallten die beiden Richtungen aufeinander, deren Differenzen die "Aktion" auf die Gegensatzpaare Kommunismus-Individualismus, Räteorganisation-Desorganisation brachte[13]. Wie die Düsseldorfer "individualistische" Opposition in der FAUD, so stand auch die Heidenauer Opposition in der AAUE in dauernder Verbindung mit dem Österreicher Rudolf Großmann, den Rühle - und mit ihm die Mehrheit der AAUE -

8) Eben diese Erscheinungen beklagte Kater schon auf dem Gründungskongreß der FAUD. Von den ausgeschickten Fragebogen der Geschäftskommission waren beträchtliche Teile unbeantwortet geblieben. S. "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.1.- 1921 beantworteten von 422 Ortsvereinen nur 251 die von der Geschäftskommission verschickten Fragebogen zum 13. Kongreß. S. "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.41.
9) "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.39.
10) S. Rudolf Rocker, Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923.
11) In einem Rückblick auf das erste Jahr der AAUE heißt es u.a.: "Wer da, wie es nicht selten geschieht, im Föderalismus nichts anderes sieht und sehen will als eine lose, unverbindliche Form der Zusammenfassung, unter deren Deckmantel alle Sonderinteressen partikularistisch sich austoben können, der hat Sinn und Zweck des föderalistischen Aufbaus, wie der Organisation überhaupt noch nicht erfaßt." "Die Aktion", 12.Jg.(1922), Nr.35/36.
12) "Die Aktion", 14.Jg.(1924), Nr.6: Drei Jahre AAUE.
13) "Die Aktion", 12.Jg.(1922), Nr.39/40.

als tolstoianischen Pazifisten ablehnte[14]. Die Heidenauer Opposition schuf eine eigene Reichs-Informationsstelle zur Sammlung gleichgerichteter AAUE-Gruppen, hatte aber offenbar keinen großen Erfolg mit der Zusammenfassung der Organisations-Feinde in der Einheitsorganisations-Bewegung. In der Diskussion über die Notwendigkeit und die Existenzberechtigung von Organisation, die in der AAUE Heidenau 1923 ihren Höhepunkt erreichte und die sich in der "Revolution" niederschlug, wurden erstaunlich klare Formulierungen hervorgebracht; in ihnen kamen Forderungen zum Ausdruck, die die Heidenauer Tendenz als im engsten Sinne zur linksradikalen Tradition gehörig ausweisen und die zeigen, daß es sich bei diesem Seitenzweig der AAUE lediglich um die extreme Ausprägung eines Aspektes dieser Tradition handelte. Die psychologische Konstante der "Bonzen-Furcht" umschreibend hieß es z. B.:

"Organisation ist nach konstruktionsnotwendigen Baugesetzen (Leitsätze, Richtlinien, Statuten) durchgeführte Zusammenfügung von bearbeitungsfähigen Bausteinen (Menschen) durch Bauleute (Organisatoren, Führer, Bonzen) zu einem Gebäude, welches den Gedanken eines Baumeisters (die Bau-Idee, das Prinzip, das Programm) verkörpert"[15].

Und an diese Definition anschließend rief man auf: "Ans Werk, Genossen! Reißt von den Organisationen los, was ihr losreißen könnt. Zerstört das Mauerwerk, indem ihr eigenbewußte Lebenszellen werdet. Das ist schöpferische Zerstörung!"[16] Statt Organisationen wurde gefordert die "Verselbständigung der einzelnen Menschen (d.h. die Individualisierung der Massen)"[17]; ein Postulat übrigens, das fast im gleichen Wortlaut in den Richtlinien der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" aus dem Jahre 1891 nachzulesen ist. - Die Heidenauer setzten bis August 1923 ihre Polemik gegen die Mehrheit um Rühle und Pfemfert fort und schritten dann zur äußersten - und nachgerade grotesk anmutenden - Konsequenz ihrer Organisationsverneinung: zur programmatischen Selbstauflösung. Eine Mitgliederversammlung der AAUE Heidenau erklärte am 1. 8. 1923, daß

"alle Organisationen sich überlebt haben, daß die Einheitsfront aller Schaffenden nur in den Betrieben und auf dem Lande zustandekommen kann, ja muß, wenn die Organisationen aller Schattierungen sich auflösen, weil sie den Spaltungsbazillus, somit die Uneinigkeit, durch Programme, Führer und Firmenschild, in der Arbeiterbewegung bilden und im Interesse des Fortschritts ein Hemmschuh sind(? d. Verf.). - Aus dieser kurz skizzierten Erkenntnis zogen die Genossen in Heidenau die Konsequenz und zerschlugen als erste Organisation dieselbe"[18].

14) "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 41/42.
15) "Die Revolution", 3. Jg. (1923), Nr. 22: Los von den Organisationen!
16) "Die Revolution", 3. Jg. (1923), Nr. 22.
17) Ibidem.

Man stellte das Erscheinen des Verbandsorgans ein und empfahl den Mitgliedern, im Rahmen von Wanderklubs und Laienspielvereinigungen weiterhin für die soziale Revolution tätig zu sein. - Mochte die selbstmörderische Konsequenz der Heidenauer Einheitsorganisation auch ein Einzelfall sein, so war der in ihr gipfelnde Trend doch in allen linksradikalen Organisationen vorhanden. In der KAP/AAU Essener Richtung traten ähnliche organisationsfeindliche Strömungen im Bereich des Ende 1923 abgespaltenen "Kommunistischen Räte-Bundes" in Leipzig auf[19]. - Aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem individuellen Anspruch der Mitglieder auf unmittelbare Beteiligung an der Führung und Gestaltung der Organisation und dem sich an der Spitze der großen Arbeiterorganisationen verselbständigenden Funktionärsapparat waren vor dem ersten Weltkrieg die linksradikalen Tendenzen entstanden; in den unter diesen Umständen während und nach dem Krieg herausgebildeten linksradikalen Organisationen blieb die "Bonzen"- und "Instanzen"-Furcht beständig ein intellektueller und psychischer Grundfaktor; auf Grund der Stagnation der organisatorischen Entwicklung seit Mitte 1921 und wohl auch aus einer gewissen Resignation darüber, daß das Führer-Massen-Problem nirgendwo zufriedenstellend gelöst war, entfalteten sich 1922/23 in den linksradikalen Organisationen die organisationsfeindlichen Tendenzen, die - wie in jeder Protest-Bewegung[20] - von Anfang an vorhanden waren, und trugen ihr Teil zum Schrumpfungsprozeß bei, an dessen Ende die politische Sekte stand.

2. Das Intellektuellen-Problem

Ein weiterer Aspekt des Zerfalls der linksradikalen Organisationen ist die Dissoziierung ihrer soziologischen Grundkomponenten: die Abstoßung der intellektuellen Kräfte einerseits, die Verselbständigung der verbliebenen aktivistischen Kader andererseits. - Gleich dem organisationsfeindlichen Grundzug in diesen Organisationen ging durch sie hindurch ein anti-intellektualistischer Trend. Dieser Trend hatte wenig gemein mit dem philosophisch artikulierten Anti-Intellektualismus der Kreise um Georges Sorel im französischen Syndikalismus z.

18) "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 17.
19) "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.
20) Das gleiche Gegenüber eines organisationsfeindlichen und eines organisationsbestrebten Flügels läßt sich in der deutschen Jugendbewegung vor 1914 nachweisen. Vgl. dazu: Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, Hamburg 1963, p. 39 f.

B.[1]. Er war in erster Linie ressentimenthaft und wird u.a. in dem unüberhörbaren proletarischen Autonomie-Pathos der Presseerzeugnisse der Linksradikalen greifbar. Das FAUD-Organ präsentierte sich als Wochenblatt, "das geschrieben wird von Proletariern, von Handarbeitern, die meist am Tage in kapitalistischer Fron seufzen oder arbeitslos das Straßenpflaster drücken." Die große Schar der Intellektuellen stehe der syndikalistischen Organisation und ihrer Presse fern[2]. Das in Zwickau im Verlag der AAUE erscheinende Blatt "Proletarischer Zeitgeist" deklarierte sich programmatisch schon im Zeitungskopf als "eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung" und die meisten anderen linksradikalen Zeitungen traten mit dem gleichen Pathos der proletarischen Selbständigkeit auf. - Das Verhältnis der linksradikalen Bewegung zu den Intellektuellen war schon bald nach der Gründung der KPD(S) Gegenstand der Diskussion gewesen. Im August 1919, als die KPD(S) selbst noch vorwiegend von akademisch gebildeten Intellektuellen nicht-proletarischer Herkunft geführt wurde, nahm man in dem unter dem Einfluß der Zentrale stehenden Diskussionsorgan[3] eine eindeutig positive Haltung zu den kooperationswilligen Intellektuellen ein. Man machte von ihrer Mitarbeit sogar in besonderem Maße das Gelingen der Revolution abhängig. Die "Rolle der Kopfarbeit im Produktionsprozeß" gewähre dem Intellektuellen "eine ausschlaggebende Bedeutung"[4]; die Frage sei allerdings noch offen, ob die Intellektuellen sich ihrer historischen Rolle im revolutionären Prozeß gewachsen zeigen würden. In der linken Opposition der KP machten sich von Anfang an im Kampf gegen die Taktik und gegen die bizarre Persönlichkeit des Parteivorsitzenden und Rechtsanwalts Dr. Paul Levi Zeichen von Intellektuellen-Feindschaft bemerkbar, für die der Artikel in der "Internationale" insofern Verständnis zeigte, als ja tatsächlich in der Vergangenheit Intellektuelle zur Sozialdemokratie gekommen seien, "um hier die Führerrolle zu spielen, die ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht glückte"[5]. Man warnte indes von seiten der Zentrale davor, eine "Politik der schwieligen Faust" zu proklamieren, wie sie unvermeidlicherweise in aktivistischen Kreisen der Linken in der KPD populär war und wie sie auch gelegentlich in deren Presse

1) Vgl. dazu Irving Louis Horowitz, Radicalism an the Revolt against Reason. The Social Theories of Georges Sorel, London 1961.
2) "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.37; vgl. auch "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr. 6: Die "Intelligenten" und der Syndikalismus.
3) "Die Internationale", 1.Jg.(1919), p.223 ff.: Die Kommunistische Partei und die Intellektuellen.
4) Ibidem, p.227.
5) Ibidem, p.225.

Ausdruck fand[6]. Auf dem Gründungskongreß der KAPD betrachtete man die Feststellung, in der neuen Organisation seien "ja keine Intellektuellen", sondern "nur Arbeiter", als gutes Omen, als "glückverheißend auch für die weitere Entwicklung"[7]. Auf dem 2. Parteitag, Anfang August 1920, war es seltsamerweise einer der führenden Intellektuellen der Partei, Dr. Karl Schröder, der das vorherrschende anti-intellektualistische Ressentiment zusammenfaßte:

"Das eine Wichtige hat sich in der Debatte herauskristallisiert: Ein sicherer Instinkt der Proletarier: Wir müssen uns restlos von den Intellektuellen befreien! ... Aus diesen Instinkten heraus spricht das drohende 'Wehe, mißbraucht uns nicht! Denkt an die Millionen Toten, die Führerparolen zum Opfer gefallen sind. Mißbraucht uns in keiner Weise für irgendwelche Theorien!'"[8]

Die Ursachen des Intellektuellen-Hasses suchte Schröder zutreffend in der in linksradikalen Kreisen so tief verwurzelten Ablehnung von Arbeiterführern aller Art. Dies Ressentiment, das in fast allen Organisationsrichtungen festzustellen war, wurde wieder am deutlichsten in den extremen nach 1921 entstandenen Seitenzweigen, in der Heidenauer Richtung in der AAUE und im "Kommunistischen Rätebund". In beiden Seitenzweigen der linkskommunistischen Tradition versuchte man, das antiintellektualistische Ressentiment theoretisch zu formulieren; die folgenden Artikulationsversuche seien nicht wegen ihres - sehr geringen - theoretischen Eigenwertes referiert, sondern als Symptome des Auflösungsprozesses der linksradikalen Organisationen. Die Heidenauer "Revolution" geißelte unermüdlich die "unheimliche Abhängigkeit des deutschen Proletariats von seinem intellektuellen Führergeschmeiß"[9]. In ihr wurde schließlich in unverkennbarer Anlehnung an Theoreme der - auch Sorels Denken prägenden - Lebensphilosophie Bergsons und seiner Epigonen gegen jene Abhängigkeit des deutschen Proletariats von seinen bürgerlich-intellektuellen Führern angetreten:

"(Die) Überordnung des Verstandes über alle übrigen menschlichen Lebens-Äußerungen und -Funktionen beruht auf der historisch-materialistisch leicht erklärbaren Grundlage der Entwicklung der Maschine in der kapitalistischen Wirtschaftsform ... Die Kalkulation, die Berechnung, lauter rein verständ-

6) S.z.B. KAZ (Hamburg), 1.Jg.(1919), Nr.180: Das Proletariat und die bürgerlichen Intellektuellen; dort u.a.: "Das Proletariat lehnt es ab, sich mit jenen zu identifizieren, die der bürgerlichen Gesellschaft den Rücken kehren aus Trotz oder Ekel und um der Arbeiterklasse etwas sagen zu wollen."
7) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr.90.
8) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, p.92.
9) "Die Revolution", 2.Jg.(1922), Nr.17.

liche Angelegenheiten, wurden Lebensgesetz kapitalistischer Wirtschaftsform, das im Geistesleben der bürgerlichen Gesellschaft in der Verherrlichung und Überordnung des Intellekts, des Verstandes, sich widerspiegelt"[10].

Die Proletarier sollten den übertriebenen Respekt vor den Intellektuellen ablegen und ihren eigenen Kräften allein vertrauen. - In ganz ähnlicher Weise wurde von den Leipziger Rätebundisten in der "Epoche" der erst noch zu entwickelnde "proletarische Intellekt" dem vorherrschenden "bürgerlichen Intellektualismus" z. B. gegenübergestellt: Dem politischen Denken der Arbeiterschaft habe bislang das Merkmal der Selbstverantwortlichkeit gefehlt. "Der politisch immer mehr entwurzelnde bürgerliche Intellektualismus, der keine Säfte mehr aus bürgerlicher Wissenschaft saugen kann, vermag dem auswegsuchenden proletarischen Intellekt nur noch das Rezept zu verschreiben, sich weiter seiner ideellen Aufsicht anzuvertrauen"[11]. -

Noch aufschlußreicher über die spezifische Intelligenz-Feindlichkeit als diese Manifestationen ist die große Zahl der von den linksradikalen Traditionen von 1918 bis 1923 angezogenen und wieder abgestoßenen Intellektuellen. Es ist kaum eine andere Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt, die einen ähnlichen Verschleiß an intellektuellen Wortführern aufzuweisen hätte und für die das kurzfristige Bündnis von Intellektuellen mit unzufriedenen Massen in ähnlichem Ausmaße charakteristisch gewesen wäre[12]. Eine Ausnahme bildete hier lediglich die FAUD, in deren Mitgliederschichten das antiintellektualistische Ressentiment keineswegs fehlte, deren Organisationsspitze, die Geschäftskommission in Berlin, aber die theoretisierenden Elemente durch ihren dogmatischen Eifer förderte; in der FAUD war in den Großstädten eine nicht unbeträchtliche Zahl von Lehrern, Künstlern und anderen Angehörigen freischaffender Berufe organisiert[13]; in Berlin bestand eine "Vereinigung der Kopfarbeiter", die auf Initiative des Justizrates Victor Fraenkl zustande gekommen war. Qualifiziert durch ihre proletarische Herkunft blieb auch die intellektuelle Führung der FAUD (Rocker, Souchy, Oerter) relativ stabil. - Am unbeständigsten war in den linksradikalen Traditionen nach 1918 - wie bereits in der Bewegung der "Jungen" - das Engagement der re-

10) "Die Revolution", 2. Jg. (1922), Nr. 20: Revolution und Wissenschaft.
11) "Die Epoche", 2. Jg. (1924), Nr. 5: Bürgerliche Wissenschaftler in den Niederungen der Kapitalskultur.
12) Heinrich Brandler, der als kritischer Beobachter die Entwicklung der linksradikalen Organisationen verfolgte, kennzeichnet sie: "Alle diese Tendenzen sind Zerfallserscheinungen der Arbeiterbewegung ... - die sehr reale, aber ungeformte Unzufriedenheiten verkörperten, so lange sie leitende Persönlichkeiten fanden, die diesen Stimmungen der Unzufriedenheit Ausdruck verliehen." Brief vom 24. 7. 1964 an den Verfasser.
13) Vgl. Hans Bötcher, op. cit., p. 92 ff.

voltierenden, von anti-bürgerlichen Affekten getriebenen Künstler. Sie waren vor dem Kriege zum Teil politisch indifferent gewesen oder hatten sich dem allgemeinen, nicht ausgesprochen politischen, Protest der Expressionisten angeschlossen (z. B. Heinrich Vogeler, Franz Jung) und waren durch Krieg und Revolutionsereignisse zu der Überzeugung gekommen, daß die bürgerliche Gesellschaft an ihrem Ende angelangt sei[14]; ihre - zumeist sehr ernst gemeinte - Kooperationswilligkeit in den Organisationen der extremen Linken erlosch zum Teil mit dem Ende der revolutionär erregten Jahre (1918 - 1923) und mit dem voranschreitenden organisatorischen Zerfall; Jung z. B. resignierte und verhielt sich apolitisch, Vogeler hingegen arbeitete in der KP bis zu seinem Lebensende. - Für die mit der organisatorischen Ausformung der linksradikalen Tendenzen in unmittelbarerer Weise verbundenen Intellektuellen ist die Tendenz zu vermerken, daß sie, sobald sie eine programmatische Plattform errichtet hatten, von der sich emanzipierenden Bewegung bald ausgestoßen wurden; so blieb für viele der geistigen Initiatoren der anarcho-syndikalistischen Tradition (z. B. Gustav Keßler, Dr. Raphael Friedeberg, Dr. Robert Michels) und für die meisten der geistigen Initiatoren der linkskommunistischen Tradition (Julian Borchardt, Dr. Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim, Friedrich Wendel, Dr. Karl Schröder, Dr. Alexander Schwab, Otto Rühle, - um nur die wichtigsten zu nennen) ihr linksradikales Engagement eine Episode ihres politischen Lebenslaufes, während die von ihnen miterrichteten Organisationen ihre Mitarbeit überdauerten.

14) Aufschlußreich dazu Franz Jungs Bemerkungen in seinem russichen Reisebericht zur Situation der bürgerlichen Intelligenz in Rußland: "Nicht anders wird es dem deutschen Intellektuellen ergehen. Der Hammer der sozialen Revolution trifft auch ihn und wird nicht viel von ihm übrig lassen. Es bleibt jedoch noch ein Weg, noch bevor er an der Wand steht. Laß alles stehn und liegen und gehe auf die Wanderschaft, tauche unter. Es drängt zu gehen nach Spitzbergen in die Kohlengruben ... Oder geh in die Städte Sibiriens. Ein neuer Schlag von Tramps ist dort im Entstehen." Franz Jung, Reise in Rußland, Berlin o. J., p. 23 (KAPD-Verlag). Heinrich Vogeler widmete seine Agitationsschrift: Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft (Hamburg 1921), "Den Bürgern ..., die ihre letzte gestaltende Kraft nicht an den Selbstmord hingeben wollen." Auch er schlug vor "unterzutauchen": Er forderte vom Künstler, "sich frei zu machen von allen bürgerlichen Luxusbedürfnissen" und "mit den Arbeiterkolonnen hinanzuwandern aufs Land, mit ihnen das Arbeitsleben zu teilen; und nun wird die neue Kunst erwachsen aus den primitiven Bedürfnissen. Der Künstler wird nun ganz der Gestalter der Lebensbedürfnisse des Proletariats." Heinrich Vogeler, Proletkult, Kunst und Kultur in der kommunistischen Gesellschaft, Hannover 1920, p. 4. - Beide Künstler lösten übrigens ihren Anspruch ein und leisteten jahrelang zum Teil in entlegenen asiatischen Republiken der UdSSR Aufbauarbeit.

3. Die Verselbständigung des Aktivismus: Karl Plättners "Organisierter Bandenkampf"

Eine andere Art von Substanzverlust bedeutete für die linksradikalen Organisationen das Schrumpfen und schließlich die Ablösung der aktivistischen Teile ihrer Mitgliedschaft. Obwohl für die KAPD und AAUD und für die FAUD - so weit sie nicht unter dem pazifistischen Einfluß der Berliner Geschäftskommission stand - die bewaffnete Gewaltanwendung Programmpunkt war, blieb das Verhältnis dieser Organisationen zu den für diesen Zweck geschaffenen para-militärischen Verbänden immer sehr locker und problematisch. Die KAP schien - nach Polizeiberichten[1] - von ihren Kampforganisationen selbst nicht viel zu halten; die durchweg unbedeutenden para-militärischen Verbände gediehen niemals zu organisatorischem Zusammenhalt. Die "Roten Garden" und "Roten Armeen", die vom November 1918 bis Mai 1919 und in den Märzkämpfen von 1920 und 1921 auftraten, waren Augenblicksgebilde, die sich aus den insurrektionellen Bewegungen heraus erst bildeten. Die sporadischen und organisatorisch unstabilen Manifestationen des linksradikalen Aktivismus und besonders dessen Ablösung von den linksradikalen Organisationen lassen sich verdeutlichen an der politischen Tätigkeit Karl Plättners. -

Plättner, 1893 geboren, war bis zum August 1914 gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisiert gewesen; während des Krieges war er in leitender Stellung in der linksradikalen Jugendbewegung tätig und wurde wegen der Verteilung von Liebknecht-Flugblättern und wegen seiner Agitation in dessem Sinne 1917 zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er gehörte nach dem November-Umsturz zu den Dresdener IKD und forderte bereits am 13.11.1918 als Mitglied des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates die Entwaffnung aller bürgerlichen Kräfte und "die Bewaffnung der proletarischen roten Garde und der in den industriellen Betrieben beschäftigten Proletariermassen"[2]. Er arbeitete dann als Agitator (Wanderredner) in der KPD(S) und durchlief die Entwicklungsphasen der linkskommunistischen Opposition bis zur Gründung der KAPD im April 1920. Er war an den meisten größeren bewaffneten Insurrektionen des Jahres 1919 beteiligt[3]. An der Vorbereitung und an den Barrikadenkämpfen der Bremer Räterepublik von Mitte Januar bis zum 7. Februar (1919) hatte er maßgeblichen Anteil; in der Sitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates vom 20.1. 1919 erklärte er sich für die bewaffnete Weiterführung des Kampfes um die Diktatur des Proletariats; nachdem die USP negativ zur Bewaffnung des Proletariats Stellung genommen habe, sei es verständlich, daß die Arbeiterschaft selbständig versuche, in den Besitz von mehr Waffen zu gelangen. "Wenn Mitglieder in der Regierung versagen, ist es selbstverständlich, daß es Genossen gibt, die illegale Wege beschreiten"[4]. Nachdem die Bremer Barrikadenkämpfe in den ersten Februartagen durch Regierungstruppen niedergeworfen worden waren, gelang Plättner die Flucht[5]. Im März trat er in den im Zusammenhang mit den Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin wieder aufflackernden bewaffneten Auseinandersetzungen aktivistischer Teile der Arbeiterschaft mit Regierungstruppen hervor und wurde im September abermals verhaftet. In den Kämpfen im Anschluß an den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet März/April 1920 war er wiederum dabei und gehörte dann der KAPD - wie er es ausdrückte - "mit Haut und Haaren an"[6]. Plättner hatte während der ganzen Zeit seit November 1918 sein Ziel der Organisierung revolutionärer bewaffneter Kampftruppen an verschiedenen Orten in Deutschland unbeirrbar weiter verfolgt und auch theoretisch zu begründen versucht[7]. In der KAPD stand er zum Berliner Zentrum und beteiligte sich literarisch an den Richtungskämpfen innerhalb der Partei[8]. Im Rahmen der KAPD formulierte er schließlich sein Programm der "individuellen Expropriation der Expropriateure"[9]. Als seit April 1920 längere Zeit Massenaktionen größeren Ausmaßes nicht mehr zustande kamen, organisierte er Überfälle auf Banken, Postkassen und Zechen und stellte die erbeuteten Geldmittel der Berliner Führung der KAP zum Druck von Zeitungen, Broschüren und Flugblättern zur Verfügung[10]. Bei diesen "Expropriationsaktionen" in

1) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15786/47; vgl. auch oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD und sein Programm.
2) "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 1.
3) Vgl. dazu seinen Brief an den Justizminister in: Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, mein Leben hinter Kerkermauern, Berlin 1930, p. 98 ff.

4) Paul Müller/Wilhelm Breves, Bremen in der Revolution, p. 88.
5) S. ibidem, p. 155.
6) S. den Bericht von Plättners Prozeß in: KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52: Karl Plättner und Genossen.
7) Vgl. dazu: Karl Plättner, Das Fundament und die Organisierung der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.
8) S. Karl Plättner, Rühle im Dienste der Konterrevolution. Das ostsächsische Sportkommunisten-Kartell oder: Die revolutionäre Klassenkampfpartei, Hettstedt o. J. (1920).
9) Vgl. KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52.
10) Vgl. dazu das Porträt, das Franz Jung gibt, der Plättner als Leiter der Kampforganisation der KAP bestens kannte: "Karl Plättner verstand sich darauf, in der Provinz Kassenüberfälle zu organisieren, wenn gerade kein politischer Auftrag akut war und Ebbe in der Parteikasse. Um die Plättner-Gruppe hatte sich ein besonderes Hilfskorps gebildet, das sich aus den Ehefrauen und Bräuten der Bandenmitglieder zusammensetzte, geeignet zur Auskundschaftung eines Objekts wie zur späteren Verschleierung des Überfalls. Plättner erschien zu irgendeiner Besprechung stets in Begleitung von zwei, drei Mädchen, bemerkenswert unscheinbar, typische Frauen aus dem Volk - seine Schutzgarde." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 212.

Mitteldeutschland, Thüringen, Braunschweig, Sachsen und Brandenburg, die er von Mitte 1920 bis zu seiner Verhaftung Mitte 1921 mit seinen Gruppen durchführte, erbeutete er insgesamt nach Schätzungen der Polizei weit über eine Million Goldmark baren Geldes[11]. Max Hoelz, der selbst zeitweilig mit diesen "Expropriationsgruppen" arbeitete, bestätigt, daß nur ein geringer Teil dieser Summen einbehalten wurde, um "die jahrelang illegal lebenden Genossen einigermaßen über Wasser zu halten"[12]. Dem Gericht gelang es später nicht, Plättner des Raubes aus eigennützigen Motiven zu überführen; in der Urteilsbegründung hieß es, es sei berücksichtigt worden, daß die Plättner-Leute, insbesondere aber Plättner selbst, "von der Richtigkeit ihrer Ideen überzeugt waren und ihr Führer als eine Art Fanatiker für sie eingetreten ist und sie zu verwirklichen versucht hat, ohne selbst besondere Vorteile daraus zu ziehen"[13]. -

Die März-Kämpfe 1921 in Mitteldeutschland, in denen Plättner im Rahmen der militärischen Führung eine wichtige Funktion hatte[14], brachten für ihn die große Enttäuschung seiner revolutionären Hoffnungen und gleichzeitig den Bruch mit der KAPD. Er hatte seit dem Zusammenbruch der März-Aktion den Eindruck, daß alle Linksparteien versagt hätten[15] und schlug die Umstellung der KAP auf die Aktionsweise des "organisierten Bandenkampfes" vor, die von der Partei aber abgelehnt wurde. Der Grundgedanke des organisierten Bandenkampfes war, daß die "individuellen Expropriationen der Expropriateure" gerade in Zeiten der Stagnation der Revolution auf die Arbeiterklasse aktivierend und vorwärtstreibend wirkten. Plättner legte seine Vorstellungen in einer Broschüre dar[16], deren wildes und kämpferisches Pathos bereits aus seiner politischen Isolierung resultierte. Es hieß dort u.a.:

"Und jetzt kommt es darauf an, eine illegale Kampforganisation zu schaffen, die Ungesetzlichkeiten begeht, jetzt kommt es darauf an, ein Werkzeug, ein Instrument dem klassenbewußten Proletariat zu geben, das mit dem Gebrauch der Bombe Bescheid weiß, das sich in den Gefilden der Chemie zurechtfindet, das Dynamit als seine tägliche Nahrung gebraucht, das Dynamitbomben auf den Straßen rollen läßt, wie sie beim Sturze des deutschen Kaisertums seine Fahnen in den Gossen herumtrieben"[17].

Oder eine andere Probe dieses verbal bis zur Lächerlichkeit geführten Radikalismus:

"Und hatte sie (die Arbeiterschaft, d. Verf.) noch keine Waffe, so hatte sie zusammengeballte Fäuste, die in das Gesicht der menschlichen Karikaturen, die auf die haarlose Schädeldecke der Bourgeoisie gehörten und Beulen hinterließen. Oder, im Sinne Max Hölz' zu handeln: Habt ihr keine Waffen, so habt ihr doch Streichhölzer - jagt die Zwingburgen der Kapitalisten in die Luft, kauft euch Streichhölzer und steckt die Villen der Besitzenden in Brand, gießt nicht Wasser, sondern Benzin in die Flammenmeere, holt Dynamit und laßt keinen Stein auf dem anderen, denn diese Welt ist nicht mehr zu retten"[18].

Für die Schrift zeichnete verantwortlich der "Oberste Aktionsrat der KAPD", der ursprünglich die oberste Instanz der Kampforganisationen der KAP war, beim Erscheinen der Broschüre aber schon nur noch außerhalb der Partei wirkte[19]. Hinter der inhaltlosen aufrührerischen Rhetorik der Schrift stand immerhin ein recht genauer Organisationsplan, den Plättner seit längerer Zeit ausgearbeitet hatte. Bei der Aushebung der Plättner-Gruppe[20] bestanden 7 "Kampfgebiete" vor allem in Mitteldeutschland, in denen je eine "Kampfgruppe" unter je einem "Hauptkampfgebietsleiter" selbständige Aktionen durchführte. Höchste Instanz war der "Oberste Aktionsrat", in dem Plättner selbst das Ressort für Propaganda und Heranschaffung von Sprengstoffen, Chemikalien und Geld innehatte; er verfügte u.a. über eigene Schreibkräfte und Kuriere, die einen festen Wochenlohn erhielten. - Bis zu welchem Grad organisatorischer Festigung diese Gruppen gelangten und in welchem Maße sie von kriminellen Elementen durchsetzt waren, ist im einzelnen nicht mehr zu ermitteln. - Plättner, dessen theoretische politische Bildung ganz in der linkskommunistischen Tradition wurzelte[21],

11) So der Polizei-Vizepräsident von Berlin, zit. in: Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. XII.
12) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 142 Hoelz verurteilt diese Aktionen im Rückblick: "Der tatsächliche politische Gewinn stand aber in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die kommunistische Bewegung durch die Expropriationen erlitt. Abgesehen davon, daß die meisten revolutionären kommunistischen Arbeiter die Expropriationen nicht verstanden und nicht billigten, wurden viele an den Überfällen beteiligte Genossen durch diese Art des revolutionären Kampfes korrumpiert."
13) S. Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. XIV.
14) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.
15) S. KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 53.
16) Karl Plättner, Propaganda der Tat! Der organisierte rote Schrecken! Kommunistische Parade-Armeen oder organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg, o. O. (Berlin), o. J. (1921).

17) Ibidem, p. 21.
18) Ibidem, p. 15.
19) Gemäß den Generalakten des Justiz-Ministeriums betr. Abwehr von Umsturzbewegungen, Nr. 135/8466 P (Bundesarchiv Koblenz).
20) Vgl. hierzu und zum Folgenden KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 53 und 54.
21) Aufschlußreich darüber ist die Lektüreliste Plättners, die er im Zuchthaus aufstellte. Er wünschte Rosa Luxemburgs Massenstreikschrift und "Junius"-Broschüre, Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich" und das "Kommunistische Manifest", Gorters "Historischen Materialismus" und seine "Weltrevolution". S. Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. 69.

repräsentierte die in den linksradikalen Organisationen vorhandene aktivistische Tendenz, die sich buchstäblich nach dem März 1921 totlief. Seine Tätigkeit war jederzeit in einem unmittelbareren Sinne politisch als die des Sozialrebellen Hoelz, d.h. sie stellte sich in bewußter Weise in den Dienst der die Übernahme der Staatsgewalt intendierenden radikalen Partei. War Hoelz der Exponent spontaner Gewalttätigkeit im politischen Kampfe, so war Plättner der Repräsentant organisierter Gewalttätigkeit; während Hoelz durch die Bewegung der großen Insurrektionen im März 1920 und 1921 getragen und populär wurde, blieb Plättners Propaganda der Tat ohne vergleichbaren Widerhall; insbesondere sein zu abstrakt konzipiertes Programm des "organisierten Bandenkampfes" erwies sich in der Depressionsphase nach der Niederschlagung des März-Aufstandes von 1921 als nicht praktikabel. - Als Plättner im September 1923 nach 2 Jahren Untersuchungshaft mit zehn anderen Bandenmitgliedern als politischer Häftling vor dem Reichsgericht stand, distanzierte sich die KAP Berliner Richtung ausdrücklich von ihm, erklärte aber gleichzeitig, daß man von der KAPD in einer wirklich revolutionären Situation nicht erwarten dürfe, "daß sie die Banken bewacht, damit nicht "geräubert" wird"[22]. Als Ursache der Ablösung Plättners von der Partei führte sie an, daß eine Umstellung der Organisation auf den Bandenkampf - wie Plättner sie gefordert hatte - zwangsläufig zur Folge gehabt hätte, daß alle prinzipiellen Fragen nur noch von militärischen Führern und nicht mehr von den Mitgliedern selbst entschieden worden wären. "Diese Konsequenz zogen Plättner und Genossen und wollten den Kreis der Mitglieder auf die nur in ihrem Sinne tätigen Genossen beschränkt wissen, was auf die Liquidierung der Partei zugunsten von kleinen Gruppen hinauslief"[23]. Die Berliner testierten ihm, daß seine Theorie, die alle Mitangeklagten teilten, ihn als Bakunisten ausweise. In der Tat war Plättner seit März 1921 bei der Aktionsweise der von Johann Most[24] gepriesenen russischen Narodniki-Bewegung des vergangenen Jahrhunderts angelangt. Anders als im agrarisch-feudalen Rußland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Propaganda der Tat im hochindustriellen und revolutionär erschöpften Deutschland der zweiten Hälfte des

22) KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52.
23) Ibidem.
24) Nicht zufällig wurde seit 1921 auch wieder Johann Mosts Schrift: Revolutionäre Kriegswissenschaft - ein Handbuch zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitro-Glycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw., hektographiert verbreitet. Wie dazu von Seiten der Polizei bemerkt wurde, waren die darin vorgeschlagenen Fabrikations-Anweisungen von Explosiven usw. völlig veraltet und kaum noch anwendbar; bei praktischer Funktionslosigkeit berauschte man sich offenbar an dergleichen umstürzlerischen und gefährlich klingenden, tatsächlich aber nahezu harmlosen Traktaten.

Jahres 1921 zur Funktionslosigkeit verurteilt; in Plättners Tätigkeit nach März 1921 blieben lediglich die destruktiven und abenteuerlichen Aspekte[25] eines nunmehr funktionslosen Aktivismus.

25) Auf diese Aspekte in den linksradikalen Organisationen weist gelegentlich auch Peter von Oertzen hin; (Betriebsräte p. 218).

XI. DIE INTERNATIONALEN ORGANISATIONSGRÜNDUNGEN DER SYNDIKALISTEN UND DER LINKSKOMMUNISTEN

1. Die "Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA) der Syndikalisten

Die in den linksradikalen Organisationen nach anfänglicher Solidarität um sich greifende offene Feindseligkeit gegen das politische Regime Sowjet-Rußlands hatte zur Folge, daß sich sowohl die Syndikalisten der FAUD(S) wie die Linkskommunisten der KAPD um die Konstituierung eigener Internationalen bemühten. - Anknüpfend an Bestrebungen der Vorkriegszeit[1] war bereits auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) (Dezember 1919) die Schaffung einer syndikalistischen Internationale gefordert worden[2]. Der Gründungskongreß der Komintern im März 1919 hatte die Syndikalisten trotz ihrer "ideologischen Verirrung" als "wackere Revolutionäre" apostrophiert. In den Leitsätzen zum zweiten Komintern-Kongreß wurde die Ambivalenz in der Einschätzung der Syndikalisten (und der Unionisten) so ausgedrückt:

"Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der zweiten Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d.h. dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts"[3] .

Der Gründungskongreß der FAUD(S) nahm eine Entschließung für die russische Sowjet-Republik an[4]. Aus diesem solidarischen Verhältnis heraus hatte Augustin Souchy, der sich von April bis Oktober 1920 auf einer Studienreise in Rußland befand[5], den Beitritt der FAUD zum Internationalen Sowjet der Gewerkschaften erklärt und hatte bei seiner Abreise versprochen, in Deutschland für die vom zweiten Komintern-Kongreß (Juli/August 1920) beschlossene Gründung einer revolutionären Gewerkschafts-Internationale zu werben[6]. - Diese gegen die 1919 wieder begründete "gelbe" Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam gerichtete Organisation trat im Juli 1921 unter dem Namen "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI) - auch "Profintern" genannt - zu ihrem ersten Kongreß zusammen[7]. - Inzwischen war jedoch das wechselseitig wohlwollende Verhältnis zwischen Komintern und Syndikalisten durch das Bekanntwerden der 21 Aufnahmebedingungen des zweiten Komintern-Kongresses gründlich gestört worden. Am heftigsten im internationalen Syndikalismus war die Reaktion der FAUD(S), die sich der Kritik Otto Rühles[8] vorbehaltlos anschloß[9] und in den 21 Punkten das "auf die Spitze getriebene Autoritätsprinzip"[10] sah. Die deutschen Syndikalisten übernahmen die Initiative für die Gründung einer von Moskau unabhängigen Internationale. Die FAUD berief im Dezember 1920 eine erste internationale Syndikalistenkonferenz nach Berlin ein, zu der Vertreter der amerikanischen IWW, der englischen "Shop Stewards and Workers Councils", der französischen CGT-Minorität "Comité des Syndicalistes Révolutionnaires" und der syndikalistischen Organisationen von Schweden, Holland, Norwegen, Spanien, Italien, Portugal und Argentinien erschienen[11]. Auf dem Kongreß stellte sich heraus, daß die FAUD mit ihrer Forderung nach der Bildung einer eigenen Internationale und mit ihrer Ablehnung der Diktatur des Proletariats und der politischen Parteien fast allein dastand[12]. Die französischen und amerikanischen Vertreter erklärten sich sogleich gegen die Neugründung einer Internationale; ganz auf der Seite der FAUD stand nur die schwedische Vertretung. Zur Frage der Diktatur des Proletariats und der politischen Parteien einigte man sich auf Kompromißformeln; man richtete eine "Informationskommission" aus deutschen, englischen und holländischen Vertretern in Holland ein und forderte zur Teilnahme am Gründungskongreß der RGI, der ursprünglich für den 1. Mai 1921 geplant war, auf. Auf dem Gründungskongreß der RGI, der dann erst im Juli 1921 stattfand, war außer der FAUD nur die portugiesische CGT nicht vertreten[13]. - Die AAUD wurde auf diesem Kongreß brüskiert und trat der neuen Gewerkschafts-Internationale nicht bei[14]. Ganz ähnliche Erfahrungen hatte eine Reihe von syndikalistischen Landesorganisationen gemacht. Eine im Anschluß an den

1) Im September/Oktober 1913 hatte ein erster internationaler Kongreß der revolutionären Syndikalisten in London stattgefunden. S. "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.7.
2) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.1.
3) S. "Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale", 2.Jg.(1920), Nr.11.
4) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.1.
5) S. seinen Reisebericht: Augustin Souchy, Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland und in der Ukraine?, Berlin 1921.
6) So die Darstellung eines RGI-Funktionärs in: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1.Jg.(1921), Nr.1: Die Konvulsionen des Syndikalismus.
7) Vgl. zu ihrer Geschichte: Günther Nollau, Die Internationale, p.164 f.
8) Vgl. dazu den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.
9) Der "Syndikalist" druckte Rühles Bericht von seiner Delegation zum zweiten Komintern-Kongreß vollständig aus der "Aktion" ab; s. "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.38.
10) "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.35.
11) S. "Der Syndikalist", 3.Jg.(1921), Nr.4 Beilage. Vgl. auch Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.220.
12) Vgl. dazu den zwar tendenziösen, aber anschaulichen Bericht in: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1.Jg.(1921), Nr.1.
13) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.222.
14) Vgl. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

13. Kongreß der FAUD im Oktober 1921 stattfindende Zusammenkunft von deutschen, holländischen, schwedischen, tschechoslowakischen und amerikanischen Syndikalisten zeigte, daß der Moskauer Kongreß für viele zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt hatte. Man beauftragte die Informationskommission mit der Einberufung eines internationalen Syndikalisten-Kongresses nach Berlin. Während der Jahre 1921/22 kam es dann in verschiedenen Ländern zum Anschluß der Syndikalisten an die RGI (z. B. die CGTU in Frankreich), zur Spaltung der Landesorganisation über die Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale (z. B. in Holland) oder z. B. die amerikanischen IWW schlossen sich weder der RGI noch der syndikalistischen Internationale an.

Rocker hatte inzwischen, gegen Ende des Jahres 1921, den besonderen Kurs der deutschen Syndikalisten ausführlich zu erklären versucht[15]. Er meinte feststellen zu können, daß in linksradikalen Kreisen im internationalen Maßstab allmählich ein Umschwung in der Beurteilung des Verlaufs der russischen Revolution eingesetzt habe. Seine eigene und anderer Begeisterung für den Lenin, der "Staat und Revolution" - "eine sonderbare Mischung marxistischer und anscheinend anarchistischer Ideengänge"[16] - geschrieben hatte, führte er auf ein Mißverständnis der Leninschen Intentionen zurück. In den romanischen Ländern zumal, in denen die Tradition der Bakunistischen Internationale noch lebendig sei, bestehe die Neigung, "den Bolschewismus mit den Ideengängen und Bestrebungen Bakunins zu verwechseln"[17]. Wenn die Anarchisten und Syndikalisten bisher mit ihrer Kritik wegen der äußeren und inneren Bedrängnisse der Sowjet-Republik zurückgehalten hätten, so sei es jetzt - nach Lenins 21 Aufnahmebedingungen in die Komintern - nicht länger an der Zeit zu schweigen. Nach Rocker lief man Gefahr, wenn man die Mißachtung der individuellen Freiheitsrechte in der Sowjet-Union weiter dulde, daß die gesamte Idee des Kommunismus diffamiert werde; in seinem Verständnis handelte es sich bei dem bisherigen Entwicklungsgang der russischen Revolution um den Zusammenbruch einer ganz spezifischen Variante des Kommunismus: "Was wir in Rußland heute vor sich gehen sehen ... ist die Bankerotterklärung des Staatssozialismus in seiner schlimmsten und abschreckendsten Gestalt"[18]. Rocker denunzierte dann im einzelnen Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki gegen die russischen Anarchisten, die am 12.4.1918 mit einer blutigen Säuberungsaktion begannen und dazu führten, daß gegenwärtig (1921) zahlreiche russische Anarchisten

15) S. Rudolf Rocker, Der Bankerott des russischen Staats-Kommunismus, Berlin 1921.
16) Ibidem, p. 29.
17) Rudolf Rocker, Der Bankerott des russischen Staats-Kommunismus, p. 4.
18) Ibidem, p. 7.

und Syndikalisten im Gefängnis saßen[19]. Diesbezügliche Anfragen der Syndikalisten auf dem Gründungskongreß der RGI waren totgeschwiegen worden. In der Stellung der Bolschewiki zu dem ukrainischen Bauernführer und Sozialrebellen Nestor Machno[20], der 1918 zusammen mit den Bolschewisten gegen ein konterrevolutionäres Regime in der Ukraine gekämpft hatte und dann wegen seiner anarchistischen Vorbehalte gegen die Bolschewisten von diesen seinerseits als Bandit verfolgt wurde, erkannte Rocker das gleiche Verhaltensmuster wie gegenüber den russischen Anarchisten: "Am ersten Tage band man ihnen Lorbeerkränze, am zweiten kreuzigte man sie"[21]. Im Kronstädter Aufstand vom März des Jahres (1921) schließlich sah Rocker den Versuch des russischen Proletariats, das repressive System der Bolschewiki abzuschütteln[22]. Aus der Summe dieser Erfahrungen leitete er die Notwendigkeit der Sammlung all der internationalen Kräfte der Arbeiterbewegung ab, die sich dem "Fluch des Zentralismus"[23] der Moskauer Internationale entziehen wollten.

Die FAUD(S) zog mit ihrer konsequenten Ablehnung der RGI schließlich in der Tat einen erheblichen Teil der syndikalistischen Landesorganisationen auf ihre Seite. Auf der von ihr im Juni 1922 einberufenen internationalen Syndikalisten-Konferenz wurde ein provisorisches Büro der syndikalistischen Internationale in Berlin eingerichtet, zu dessen Sekretär Rudolf Rocker ernannt wurde[24]. Rocker wurde mit der Abfassung einer Prinzipienerklärung für die neue Internationale beauftragt. Das provisorische Büro rief zum ersten Weltkongreß der syndikalistischen Internationale im Dezember 1922 alle revolutionär-syndikalistischen Landesorganisationen auf, die in gleicher Weise gegen die RGI wie gegen die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale waren. Ein Briefwechsel vom August bis Oktober 1922 zwischen S. A. Losowski, dem Generalsekretär des Exekutivbüros der RGI, der dringend bat, man möge die revolutionäre Gewerkschafts-Internationale nicht durch eine besondere syndikalistische Neubildung schwächen, und Rocker als Sekretär der syndikalistischen Internationale blieb ohne Erfolg. - Auf dem in Berlin stattfindenden Gründungskongreß der syndikalistischen Internationale, auf dem von den deutschen Linksradikalen nur Franz Pfemfert als Vertreter der AAUE als Gast zugegen war, wa-

19) Ibidem, p. 10: "Die 'konterrevolutionäre' Tätigkeit der russischen Anarchisten".
20) Ibidem, p. 15 ff.: "Nestor Machno und die Bolschewisten." Zu Machnos Geschichte vgl. im einzelnen die im Verlag des "Freien Arbeiter" herausgegebene Darstellung: Arschinoff, Die Geschichte der Machno-Bewegung, Berlin 1921.
21) Rudolf Rocker, Der Bankerott ..., p. 15.
22) Rudolf Rocker, Der Bankerott ..., p. 19 ff.: Der Aufstand in Kronstadt.
23) Ibidem, p. 45 ff.
24) S. "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 25, und: Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 223 f.

ren nach Angaben der FAUD(S)[25] folgende Landesorganisationen vertreten: Argentinien (200 000 Mitglieder), Chile (20 000), Dänemark (600), Deutschland (120 000), Holland (22 500), Italien (500 000), Mexiko (30 000), Norwegen (20 000), Portugal (150 000), Schweden (32 000). Die bei weitem stärkste Landesorganisation des internationalen Syndikalismus, die spanische CNT, hatte sich 1919 der Komintern angeschlossen, war dann unter der Diktatur Primo de Riveras funktionsunfähig und schloß sich - nach Darstellung Rockers - durch nicht legitimierte Vertreter der RGI an, sprach sich dann 1923 aber auf einer geheimen Konferenz in Saragossa für den Anschluß an die syndikalistische Internationale aus[26]. Auch die italienischen Syndikalisten hatten sich zuerst der Komintern und der RGI spontan angeschlossen, waren dann aber nicht bereit, sich unterzuordnen. "In Anbetracht dieser Vorgänge war dann auch", schreibt Rocker rückblickend, "der Gründungskongreß der IAA in Berlin eine entschiedene Absage an die Komintern und die Diktatur der Bolschewisten und ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen des freiheitlichen Sozialismus"[27]. In bewußtem Rekurs auf die erste Internationale, genauer: auf deren anarchistischen, durch Bakunin repräsentierten Flügel, nannte man den Zusammenschluß "Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA): "Der neuen IAA fällt die Aufgabe zu, das Werk der Ersten Internationale ... weiter zu führen zum endgültigen Sturz von Staat und Lohnherrschaft, zur Errichtung einer freien, staatenlosen Gesellschaft!"[28]. - Als Sekretäre der IAA wurden neben dem in Berlin lebenden russischen Emigranten Alexander Schapiro Rudolf Rocker und Augustin Souchy gewählt; die organisatorische Last lag also ausschließlich auf der Geschäftskommission der FAUD, die neben den anfallenden Koordinationsaufgaben (Übermittlung von Solidaritätsgeldern zwischen den einzelnen Landesorganisationen usw.) einen wöchentlichen Pressedienst, eine zweimonatige "Internationale Revue" und das Organ der IAA "Die Internationale"[29] herausgab. Die von Rocker verfaßte und vom Gründungskongreß der IAA mit geringen Änderungen angenommene Prinzipienerklärung[30] unterschied sich nur geringfügig von derjenigen der FAUD(S). Die Gründung der IAA war eine erstaunliche organisatorische Leistung der Geschäftskommission der FAUD, verzettelte aber gleichzeitig deren innerorganisatorische Energien. Die internationale

25) S. "Der Syndikalist", 4. Jg. (1923), Nr. 1. Die Mitgliederzahlen sind vermutlich sämtlich zu hoch angesetzt.
26) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 230 f.
27) Ibidem, p. 232.
28) "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1.
29) "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", Berlin 1. Jg. (1924) ff.
30) S. den dokumentarischen Anhang Nr. XX.

Organisation wurde zu einem Zeitpunkt realisiert, als der Höhepunkt der Entwicklung des deutschen Syndikalismus längst überschritten war; gewissermaßen setzten die intellektuellen und organisatorischen Führer der FAUD damit ein Epitaph. - Sämtliche Neubelebungsversuche der anarcho-syndikalistischen Bewegung nach dem zweiten Weltkriege gingen theoretisch auf die Prinzipienerklärung der IAA zurück[31].

Nach der Gründung der IAA im Dezember 1922 stießen noch folgende Landesgruppen zu ihr[32]: die belgischen "Cercles Syndicalistes Fédéralistes", die anarcho-syndikalistischen Gruppen Bulgariens, die polnische anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsopposition, die Propagandagruppe der FAU in Österreich, der syndikalistische Gewerkschaftsbund Japans und schließlich im Mai 1929 die bedeutendste Gruppierung, die "Kontinental-Amerikanische Arbeiter-Assoziation"[33], die auf Initiative der argentinischen Landesföderation "Federación Obrera Regional Argentina" (FORA) zustande gekommen war. In der argentinischen Organisation der Anarcho-Syndikalisten war und ist vor allem der spanische Emigrant Diego A. de Santillan[34] als Vermittler des europäischen oder in engerem Sinne des deutschen Syndikalismus tätig. - Die IAA hielt weitere Kongresse in Amsterdam (1925), Lüttich (1928) und Madrid (1931) ab; ihr Sekretariat wurde 1933 zuerst nach Holland, dann nach Spanien verlegt und mit der Niederlage der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg, in dem die anarcho-syndikalistische Bewegung eine hervorragende Rolle spielte[35], zerschlagen. Die Funktion

31) Rocker berichtet, daß sie die Diskussionsbasis für den organisatorischen Wiederaufbau des Anarcho-Syndikalismus in Amerika nach dem zweiten Weltkrieg bildeten. S. Rudolf Rocker, Anarchism and Anarcho-Syndicalism, in: Feliks Gross (Ed.), European Ideologies, New York 1948, p. 386.
32) Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 233 f.
33) Es gehörten diesem lateinamerikanischen Zusammenschluß die anarchistischen und syndikalistischen Organisationen folgender Länder an: Argentinien, Paraguay, Bolivien, Mexiko, Guatemala, Brasilien, Uruguay, Peru, Chile.
34) D. A. de Santillan wurde etwa um die Jahrhundertwende in Spanien geboren; er studierte dort Philosophie und Literatur und wurde 1917 wegen seiner Teilnahme an einer Generalstreikbewegung zu einem Jahr Kerker verurteilt; 1918 Emigration nach Buenos Aires, wo er als Redakteur an der anarchistischen Tageszeitung "La Protesta" arbeitete und die Wochenbeilage "Suplemento de la Protesta" einrichtete, über die vor allem die lateinamerikanische Rezeption des deutschen Anarcho-Syndikalismus erfolgte; de Santillan nahm am spanischen Bürgerkrieg von Anfang bis Ende teil und war zeitweilig Wirtschaftsminister in Katalonien; er kam bei Europareisen mit den Führern der FAUD in Kontakt; er ist mit einer Tochter Fritz Katers verheiratet und lebt heute in Buenos Aires; er ist der spanische Übersetzer Rockers, Landauers u. a.; 1946 erschien u. a. in Buenos Aires de Santillans spanische Übersetzung des 3. Bandes der Rocker-Memoiren. Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 277 ff.; Brief von Herrn de Santillan an den Verfasser vom 30. 8. 1964.
35) Vgl. dazu das Werk Augustin Souchys, der als Sekretär der IAA häufig in Spanien gewesen war und von 1933 bis zum Ende des Bürgerkrieges dort blieb: Augustin Souchy, Nacht über Spanien, Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt o. J. (1948). Nach Rudolf

der IAA war auf die Rolle eines retardierenden Moments in der internationalen Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung durch die RGI beschränkt. Daß sich die RGI niemals recht entfaltete[36], lag nicht zuletzt daran, daß - wie Rocker es später formulierte - "die IAA ihr (der RGI, d. Verf.) von Anfang an das Spiel verdorben" hatte. Eines habe die IAA doch zustande gebracht: Sie habe verhindert, "daß den neuen Machthabern in Moskau beträchtliche Teile der freiheitlichen Bewegung ins Netz gegangen" seien, auf die sie es besonders abgesehen hätten. Darin bestand - nach Rockers Meinung - "das große historische Verdienst, das sich die IAA erworben hat"[37]. - Am nachhaltigsten ist heute die Wirkung des von den deutschen Anarcho-Syndikalisten geprägten Programms der IAA in den lateinamerikanischen Ländern, in denen - nach den Erfahrungen Augustin Souchys[38] - Rudolf Rockers Schriften, soweit sie übersetzt wurden, und sein Name noch in weiten Arbeiterkreisen bekannt sind. - Es ist sicherlich kein bloßer Zufall, daß sich die stärksten Organisationen der IAA in fast ausschließlich agrarischen oder industriell gering entwickelten Ländern befanden und daß in diesen Ländern die Tradition der IAA überlebt, während sie in Deutschland selbst abgebrochen ist[39]. In einer administrativ und wirtschaftlich anscheinend unvermeidlich zentralisierten, hoch entwickelten Industrienation wie im Deutschland der zwanziger Jahre blieb der revolutionäre Syndikalismus - trotz seiner berechtigten Kritik am innerorganisatorisch undemokratischen Charakter der bürokratisierten großen Arbeiterorganisationen und trotz der Faszinationskraft seiner Räteidee - auf die Dauer zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Rocker (Anarchism and Anarcho-Syndicalism, loc. cit., p. 384) hatte die CNT kurz vor Francos Machtübernahme über zwei Millionen Mitglieder und verfügte über 36 Tageszeitungen.

36) Vgl. dazu: Günther Nollau, op. cit., p. 165.

37) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 239.

38) S. Augustin Souchys Nachruf auf Rudolf Rocker in: "Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur", 13. Jg. (1958), p. 337 ff.

39) 1947 schrieb Rocker in der amerikanischen Emigration: "Von der alten FAUD sind auch die letzten Ansätze verschwunden." S. Rudolf Rocker, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung; mit einem Vorwort von Helmut Rüdiger, New York, London, Stockholm 1947, p. 5. Seit 1. November 1949 versuchte in Darmstadt "Die Freie Gesellschaft, Monatsschrift für Gesellschaftskritik und freiheitlichen Sozialismus" die Tradition des deutschen Anarcho-Syndikalismus fortzusetzen. Im 1. Heft schrieben u. a. Rudolf Rocker, de Santillan und Helmut Rüdiger. Die Zeitschrift stellte gegen Mitte der fünfziger Jahre ihr Erscheinen wieder ein. Daneben erschienen nach dem 2. Weltkrieg die anarchistischen Zeitschriften "Information. Anarchistische Betrachtungen zur Politik, Geschichte und Gegenwart" in Hamburg, die Anfang der sechziger Jahre ihr Erscheinen "mangels Interesses" einstellte, und die "Befreiung, Organ der Föderation der deutschsprachigen Anarchisten" in Mühlheim/Ruhr, die z. Zt. noch weiter erscheint.

2. Die "Kommunistische Arbeiter-Internationale" (KAI) der Linkskommunisten

Die Gründer der syndikalistischen Internationale fanden bereits eine Vielfalt traditionsreicher syndikalistischer Landesorganisationen vor, um deren Zusammenschluß sie sich bemühen konnten; als die KAPD seit Ende Juli 1921 zur Bildung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI) aufzurufen begann, gab es nirgendwo in der Welt eine der KAPD vergleichbare Organisation, statt dessen aber verwandte Tendenzen in den kommunistischen Parteien mehrerer europäischer Länder, von denen sich einige erst in der Folge dieser Aufrufe der deutschen Linkskommunisten zu selbständigen Organisationen formierten. - Nachdem die deutsche KAP-Delegation auf dem 3. Kongreß der Komintern im Juni und Juli 1921 vergeblich versucht hatte, eine linke Opposition innerhalb der Komintern durch Absprache mit sympathisierenden Linksgruppen anderer Landesorganisationen zuwege zu bringen[1], beschloß bereits am 31. Juli 1921 eine Zentralausschuß-Sitzung der KAPD gleich nach Entgegennahme des Berichts der Moskau-Delegation, Vorbereitungen zur Gründung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" zu treffen[2]. Eine zu diesem Zweck einberufene Kommission legte dem Parteitag der KAPD im September 1921 umfangreiche Richtlinien zur "Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale"[3] vor, die unverändert angenommen wurden[4]. Damit wurde im September 1921 ein "Internationales Informations- und Organisationsbüro" der KAI geschaffen, das künftig als Herausgeber des bisherigen theoretischen Organs der KAPD, des "Proletarier", zeichnete, und dem alle Koordinationsaufgaben der vorerst einmal noch sehr hypothetischen linkskommunistischen Internationale in den folgenden Jahren oblagen. Der eigentliche Motor dieser in den ersten Monaten nach dem 3. Komintern-Kongreß mit großem Elan betriebenen Bemühungen um die internationale Zusammenfassung der Linkskommunisten war der engere Kreis in der Berliner KAP-Spitze um Karl Schröder, der bisher auch für den "Proletarier" persönlich verantwortlich gezeichnet hatte. Mit eben dem Eifer, mit dem er ein Jahr zuvor für den Anschluß der KAP an die Komintern gewirkt hatte, setzte er sich nun für die Errichtung einer 4. Internationale ein. Die Initiativfreudigkeit des "Internationalen Informations- und Organisationsbüros", dem er vorstand, war eine der Ur-

1) Vgl. oben den Abschnitt: Die KAPD und die 3. Internationale.

2) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 219: Die KAPD auf dem 3. Weltkongreß.

3) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 224, und: "Proletarier", 1. Jg. (1920/21), Heft 8.

4) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 222.

sachen für Schröders Konflikt mit dem "Geschäftsführenden Hauptausschuß", die dann zur Spaltung der KAP im März 1922 führten; der Hauptausschuß mißbilligte verschiedene Eigenmächtigkeiten des "Informationsbüros". Auf der entscheidenden Zentralausschuß-Sitzung der Partei am 5. und 6. März 1922 stellte sich heraus, daß die Meinungen über die alsbaldige Gründung einer eigenen Internationale verschieden waren[5]; auf der für Mitte 1922 geplanten Internationalen Konferenz der Linkskommunisten sollte es nach der Meinung der einen, die sich vor allem um den Hauptausschuß scharten, wegen der geringen Stärke und Effektivität der KAPD und der internationalen linkskommunistischen Bewegung noch nicht zur Konstituierung einer neuen Internationale kommen; die anderen, die Anhänger Schröders, forderten die sofortige Gründung der KAI. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für die sofortige Gründung der Internationale; nachdem aber die Spaltung der Partei im April 1922 faktisch vollzogen war, wurde in der Presse der Berliner Richtung von der KAI nur noch gelegentlich in der Form mokanter Anspielung auf die internationale "Organisations-Spielerei" der Essener gesprochen. Der 5. Parteitag der Berliner Richtung erklärte im Mai 1922, obwohl objektiv durch die Krisensituation des Kapitalismus und das opportunistische Versagen der Komintern die Bildung einer neuen Internationale gefordert sei, fehlten doch alle subjektiven Voraussetzungen, d. h. die nun einmal erforderlichen Landesorganisationen, für eine solche Gründung[6]. - Der Aufbau einer 4. Internationale wurde zum Steckenpferd der minoritären Essener und absorbierte schließlich vollends deren organisatorische Energien; seit der ersten Nummer der von ihnen herausgegebenen KAZ war die KAI der Hauptgegenstand ihrer Presseerörterungen. In offensichtlich überstürzter Weise erklärte das Organisationsbüro noch im April 1922 seine Arbeit für beendet und rief auf einer Konferenz, auf der lediglich Vertreter der holländischen KAP zugegen waren, die Gründung der KAI aus[7].

Die Thesen zur Gründung der neuen Internationale[8], die die April-Konferenz als gemeinsame Plattform des internationalen Linkskommunismus im Hinblick auf den im August 1922 einzuberufenden 2. Kongreß der KAI ausarbeitete, schlossen unmittelbar an Herman Gorters Analyse der russischen Revolution in seinem "Offenen Brief" an Lenin[9] an. Gorter, der tatkräftig für die Essener Richtung eintrat, wurde in ähnlich unbestrittener Weise wie Rocker für die IAA zum Theoretiker der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Aus der von ihm konstatierten Doppelnatur des russischen Oktober-Umsturzes von 1917 als Revolution des Proletariats und des Kleinbauerntums leitete er den Niedergang der russischen Revolution ab. Dies Bündnis des russischen Proletariats mit dem ihm um ein Vielfaches an Stärke überlegenen Kleinbauerntum bedingte nicht nur eine andere revolutionäre Taktik als in Westeuropa, es bestimmte schließlich auch den Gang der russischen Revolution und die Entwicklung der 3. Internationale zum Machtinstrument der "opportunistischen" Sowjet-Regierung[10]. Von Anbeginn war die russische Revolution - nach Gorter - durch dieses Kompromiß gekennzeichnet: "Acht Prozent industrielle Proletarier, achtzig Prozent Bauern betrug die Bevölkerung Rußlands. Die Proletarier wollten Kommunismus, die Bauern Verteilung des Bodens und Privatbesitz"[11]. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands im Februar 1921 habe endgültig den Sieg der "bürgerlich-demokratischen" agrarischen Kräfte gebracht, in derem Interesse die bürokratische Partei der Bolschewiki nunmehr gegen das Proletariat, aus dem sie hervorgegangen sei, arbeite; Zeichen dafür sah Gorter in der Wiedereinsetzung bestimmter Eigentumsrechte durch Lenins "Neue Ökonomische Politik"[12]. Da die Bauernschaft Rußlands zudem bemerkt habe, daß Maschinen und Geräte besser und billiger von ausländischen Kapitalisten zu kaufen und die eigenen Produkte gewinnbringender an diese zu verkaufen seien, sei die 3. Internationale unter ihrem Druck auf versöhnlichen, "opportunistischen" Kurs gegangen. "Gleich wie der Reformismus von Europa ... aus dem noch zahlreichen Kleinbürgertum, so kommt der Opportunismus Rußlands und der dritten Internationale aus der kleinbürgerlichen Bauernbevölkerung Rußlands hervor"[13]. Der 3. Komintern-Kongreß hatte auch Gorters Absichten, an diesem "opportunistischen" Kurs Sowjet-Rußlands noch etwas zu ändern, vereitelt. "Noch ist aber", meinte er, "trotzdem die Lage furchtbar ist, die Hoffnung nicht verloren." In der aktuellen Todeskrise des Kapitalismus bleibe einzig eine KAI als Möglichkeit, alle, "die glauben, daß nur eine rein pro-

5) S. dazu das vollständige Protokoll in: KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 19-22.
6) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 40: Fünfter Parteitag in Essen. Vgl. im selben Sinne im neuen Programm der KAP vom 6. Parteitag der Berliner Richtung (p. 23 ff.): Leitsätze zur Kommunistischen Arbeiter-Internationale.
7) S. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 3: Die Konstituierung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale.
8) S. Auszüge aus den Thesen im dokumentarischen Anhang: Nr. XXI, vgl. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 3, und: "Proletarier", 2. Jg. (1922) Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

9) Vgl. den Abschnitt über Herman Gorters Kontroverse mit Lenin.
10) Vgl. dazu: Herman Gorter, Die Moskauer Internationale, o. O., o. J. (1922), p. 4-10: Der kleinbürgerliche Charakter der dritten Internationale.
11) Herman Gorter, Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, in: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI, p. 22.
12) Vgl. dazu ausführlich Herman Gorter, ibidem, p. 24 f.
13) Herman Gorter, Die Moskauer Internationale, p. 7 f.

letarische Politik, eine Einheitsfront von nur Kommunisten noch den Sieg erringen kann"[14], zusammenzufassen.

Der 2. Kongreß der KAI fand - später als vorgesehen - vom 1. bis 5. 10. 1922 in Berlin-Spandau statt und wurde - wohl nicht ganz zu Unrecht - von der Presse der Berliner Richtung als "mißlungene Eröffnungsvorstellung der Internationale 3 1/2"[15] bezeichnet. Auf dem Kongreß waren anwesend neben der Essener KAP: die KAP Hollands, Bulgariens (Richtung Varna), Vertreter der russischen Linkskommunisten, ein Delegierter der KAJ, Gruppe Amsterdam, und ein Vertreter der AAUD; die Führerin der englischen Linkskommunisten, Sylvia Pankhurst, hatte ein Grußschreiben geschickt; über die englischen linken Kommunisten bestanden Kontakte mit ähnlichen Gruppen in Südafrika; die angeknüpften Verbindungen mit linkskommunistischen Gruppen in Jugoslawien waren zur Zeit des Kongresses abgerissen[16]. Der Kongreß stand theoretisch und organisatorisch ganz im Zeichen der deutsch-niederländischen Symbiose der Linkskommunisten; die - mutmaßlich von Gorter und Schröder verfaßten - Thesen der 1. Konferenz der KAI wurden diskutiert und ohne nennenswerte Änderungen angenommen. Man erwog die Errichtung einer Internationale der Unionen, unternahm aber keine konkreten Schritte dazu.

Die Heerschau des internationalen Linkskommunismus, die dieser Kongreß ermöglichte, war nicht sehr ermutigend. - Von der Mutterpartei der Bewegung, der deutschen KAP, war nur die minoritäre Essener Richtung in der KAI vertreten, deren Mitgliederzahl zur Zeit des Kongresses von der Berliner Richtung auf 400 bis 450 eingeschätzt wurde[17]. Ihr sekundierte - allerdings auch nicht ungeteilt - die KAP Hollands, die ungefähr 200 Mitglieder zählte und Abteilungen in einigen Städten (Amsterdam, Rotterdam, Bussum, Utrecht, Enschede, Zwolle, Den Haag, Leiden) hatte[18]. Die holländische KAP war erst am 4. 9. 1921 gegründet worden[19]; die Ursachen ihrer Abspaltung von der niederländischen KP unter der Führung Pannekoeks und Gorters reichten bis in die Zeit des Weltkrieges zurück. Damals hatte die niederländische linksradikale SDP in der Mehrheit für die Ententemächte und gegen das kriegführende Deutschland Stellung genommen[20]; eine Minderheit

14) "Proletarier", 2. Jg. (1922), Sonderheft, p. 29.
15) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 72.
16) Vgl. den Kongreß-Bericht in: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 26/27.
17) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84: Zur Frage der Internationale. Vgl. auch die von den Berlinern herausgegebene Broschüre: Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, Räteinternationale oder Führerinternationale?, Berlin o. J. (1922).
18) S. ibidem.
19) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 229.
20) Dies und das Folgende nach: Bernhard Sijes, De Raden-Beweging in Nederlanden en haar Kranten, masch. schriftl. Manuskript; Herr Sijes (Amsterdam) bereitet eine größere Publikation über den niederländischen Rätekommunismus vor. - Zur Vorgeschichte der niederländischen KAP vgl. auch: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1.

um Pannekoek und Gorter war dagegen der Meinung, man dürfe als revolutionärer Marxist keine der imperialistischen Großmächte unterstützen; die an dieser Frage entzündeten Konflikte hatten in der aus der SDP hervorgegangenen niederländischen KP weiter gewirkt und die Zustimmung der Mehrheit der Partei zu den 21 Punkten des 2. Komintern-Kongresses hatte den Graben zu den Linken in der Partei noch vertieft; diese linke Fraktion konstituierte sich im September 1921 als KAPN ("Kommunistische Arbeiders-Partij Nederland"). Die Partei gab das Organ "De Kommunistische Arbeider" in Amsterdam heraus und schloß sich auf ihrem Kongreß in Utrecht im August 1922 der KAI an. Sie zerfiel aber bald schon durch die Verwirrung, die durch die Spaltung der deutschen KAP im März 1922 geschaffen worden war; in Holland bekannte sich die Mehrheit der mitgliederschwachen KAP zu den Thesen der von Gorter inspirierten Essener Richtung der KAPD; die Anhänger der Berliner Richtung wurden 1923 ausgeschlossen, bildeten keine neue Organisation, gaben aber noch einige Zeit die Zeitschrift "De Roode Vaan" heraus[21]. Die Rest-Partei nannte ihr Publikationsorgan "De Arbeiders Raad" und löste sich erst 1932 auf Grund innerer Streitigkeiten auf. - Neben der deutschen und der niederländischen bestand eine bulgarische KAP, die etwa 1000 Mitglieder zählte[22] und deren Anfänge auf die in Bulgarien recht starke Opposition gegen die 21 Punkte des 2. Komintern-Kongresses zurückgingen. Die Vertreter der Linksopposition in der bulgarischen KP waren auf dem 3. Komintern-Kongreß in empfindlicher Weise diskriminiert worden[23] und hatten sich auf einer illegalen Tagung vom 7. bis 10. 1. 1922 in der Textilindustriestadt Sliven zur KAP Bulgariens zusammengeschlossen[24]; sie gaben eine Zeitschrift mit dem Namen "Rabotschnik Iskra" heraus und bauten in 4 Städten Arbeiter-Unionen auf. Auch hier wurde der schwungvolle Anfang der neuen Partei durch die Spaltung der deutschen KAP gedämpft; die KAPB spaltete sich in eine Richtung Varna, die zu den Berlinern in Deutschland neigte und die Mehrheit für sich hatte, und in eine Richtung Sofia, die die Essener Thesen vertrat und schon nach

21) Vor allem aus den ausgeschlossenen KAP-Anhängern der Berliner Richtung in Holland bildeten sich 1926 unter Pannekoeks geistiger Führung die Gruppen der "Internationaalen Communisten", die die Zeitschrift "Persmateriaal van de Internationaale Communisten" herausgaben, die seit 1938 in "Raden-Communisme" umbenannt wurde und bis heute erscheint.
22) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.
23) Vgl. oben den Abschnitt über die KAPD und die 3. Internationale.
24) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 11 und: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1: Brief aus Bulgarien.

einem halben Jahr ihres Bestehens sich praktisch auflöste[25]. - Große Hoffnungen hatten die Gründer der KAI in die englischen Linkskommunisten gesetzt; obwohl sie 1922 immer wieder groß ankündigten, die Konstituierung der englischen KAP stehe bevor[26], kam es in England nicht zu einer solchen organisatorischen Zusammenfassung. Die Kräfte, mit denen man für die Gründung einer englischen KAP rechnete, gruppierten sich um Sylvia Pankhurst, die Tochter der bekannten Frauenrechtlerin der Vorkriegszeit Emmeline Pankhurst[27], und deren Publikationsorgan "The Workers' Dreadnought". Sylvia Pankhurst, aus der "Women's Social and Political Union" ihrer Mutter hervorgegangen, hatte während des ersten Weltkrieges eine andere Entwicklung genommen als diese; sie gründete im Londoner east-end eine "Workers' Socialist Federation", die zur Vorbereitung der englischen KP-Gründung beitrug, ohne der Partei dann anzugehören; Lenin hatte 1920 erfolglos Syliva Pankhurst bei einer Moskaureise zur Arbeit in der englischen KP zu überreden versucht und sie dann der gleichen linken Verirrung beschuldigt wie die deutschen Genossen in der KAP[28]. Die Ursache für die Nichtbeteiligung der "Workers' Socialist Federation" an der Anfang 1921 erfolgten Gründung der KP in England war in der Tat das Prinzip des Antiparlamentarismus und der Neubildung von Arbeiter-Unionen auf der Grundlage von Betriebsorganisationen, das sie mit den deutschen Linkskommunisten teilte[29]. Der 3. Komintern-Kongreß intensivierte die Beziehungen zwischen der KAPD und den Gruppen um "The Workers' Dreadnought" vorübergehend, nach der Spaltung der KAP im März 1922 lockerten sie sich wieder; im November 1922 bemerkte die Berliner KAZ, von der englischen Bewegung habe man "wenig Nachricht in der letzten Zeit"[30]. "The Workers' Dreadnought" erschien noch bis 1924. - In der gleichen, an Selbsttäuschung grenzenden Weise wie von der englischen war auf dem 2. KAI - Kongreß von der russischen KAP die Rede. Tatsächlich bestand in Rußland - wie auch die Berliner KAP-Richtung zugab[31] - eine kleine illegal arbeitende Gruppe linker Kommunisten, die Propagandamaterial der KAPD verteilte und die mit der im Winter 1920/21 gegen die bolschewistische Parteiherrschaft aufkommenden "Arbeiter-Opposition" in Kontakt stand[32]. Es entstand aber in Rußland ebensowenig eine KAP wie in Österreich, obwohl dort ein Propaganda-Stoßtrupp der KAPD bereits die Essener KAZ unter dem Titel "Organ der KAP Österreichs" seit Ende 1922 verteilte[33]. Auch die Verbindungen mit ausgeschlossenen linken Kommunisten in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Frankreich und der Tschechoslowakei blieben ephemere Berührungen und ohne Folgen. Die KAI blieb ein lose geknüpftes Netz winziger linkskommunistischer Minoritäten, das bald auseinandergerissen wurde. Der dritte und letzte Kongreß der KAI im November 1924 hatte vor allem die "ungeheuren Schwierigkeiten"[34] zu konstatieren, mit denen die angeschlossenen Landesorganisationen zu kämpfen hatten. Sie hatten in den folgenden Jahren das gleiche Schicksal wie die deutsche KAP (Essener Richtung), die seit 1926 in ihrer - nunmehr in Kleinformat und unregelmäßig erscheinenden - Presse in zunehmend abstrakter Weise die Prinzipien der 4. Internationale diskutierte; Organisationsnachrichten fehlten nun gänzlich; die KAI war zur reinen Idee geworden, die noch einige Jahre lang von einem "Internationalen Organisations-Büro" gehütet wurde[35]. - Seit 1925 übernahm die lebenskräftigere Berliner Richtung der KAP übrigens ohne das prätentiöse Programm einer neuen internationalen Organisationsgründung die Pflege der wichtigsten internationalen Beziehungen. Sie arbeitete z. B. zusammen mit der niederländischen linkskommunistischen Gruppe "Internationaale Communisten" und der dänischen Gruppe "Kommunistik Arbejderparti"[36]. - In der Geschichte des internationalen Kommunismus waren schließlich die nationalen und internationalen Organisationsversuche der deutschen Linkskommunisten der KAP-Tradition nur eine Randerscheinung. Bei allen dogmatischen Einseitigkeiten und taktischen Fehlhaltungen zeichnete sich diese Tradition aus durch eine frühere und klarere Einsicht

25) S. dazu KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 84.

26) S. KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr. 15.

27) Emmeline Pankhurst (1858-1928) gründete 1903 die "Women's Social and Political Union" zum Zwecke der Frauenemanzipation; sie war eine der bekanntesten Suffragetten und wurde bis 1914 achtmal wegen Aufruhrs, Brandstiftung u. a. zu Gefängnisstrafen verurteilt; während des ersten Weltkrieges machte sie aus ihrer WSPU eine patriotisch-militaristische Organisation und setzte sich in Widerspruch zu ihrer 1882 geborenen Tochter Sylvia, die sich sozialistisch engagierte.

28) S. W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", loc. cit., p. 446 ff.: Der "linke" Kommunismus in England. Dort ausführliche Zitate Sylvia Pankhursts.

29) Vgl. dazu den Überblick in: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1: Die heutige Arbeiterbewegung in England.

30) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

31) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 40: Punkt "Internationale".

32) Von der KAI wurde 1922 in deutscher und russischer Sprache herausgegeben: Alexandra Kollontai, Die Arbeiter-Opposition in Rußland, mit kritischen Anmerkungen von R. Korpelanski, Mitglied der Revolutionären Arbeiter-Opposition (KAP) Rußlands, o. O. o. J. (1922). Der russische Kommentator dieser Schrift identifiziert sich nicht völlig mit der Arbeiter-Opposition, die er für eine Unternehmung von Führern gegen Führer innerhalb der bolschewistischen Partei hielt.

33) KAZ, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Österreichs, angeschlossen an die KAI, 1. Jg. (1922) ff. Der Text dieser Zeitung war mit dem der Essener KAZ identisch; sie wurde in Mülheim/Ruhr gedruckt und erschien noch 1924; vgl. auch: KAZ (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 29: KAP in Österreich.

34) KAZ (Essener Richtung), 3. Jg. (1924), Nr. 34, Beilage.

35) So 1928 Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 139.

36) Schriftliche Mitteilung von Herrn Alfred Weiland vom 14. 8. 1967 an den Verfasser.

in die Gefahren des kommunistischen Partei-Bürokratismus und der Unterwerfung der westeuropäischen Parteien unter das Vorbild und die Zwecke der sowjet-russischen Staatspartei als sie bei irgendeinem anderen Teil des internationalen Kommunismus nachweisbar ist. Erst über der "Bolschewisierung" der KPD in den zwanziger Jahren und über der stalinistischen Ausprägung des russischen Kommunismus in den dreißiger Jahren geriet diese antitotalitäre Tradition, die in den Entstehungsjahren der deutschen KP eine so wichtige Rolle spielte, völlig in Vergessenheit. - Wie für die FAUD der Syndikalisiten so gab es auch für die KAPD und die AAUD der Linkskommunisten nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft einige Versuche der Wiederanknüpfung an die Tradition der zwanziger Jahre[37]. Unter dem Druck eines ressentimenthaften Antikommunismus einerseits und eines stalinistischen Staats- und Parteiapparats andererseits[38] zerbrachen aber in den fünfziger Jahren in Deutschland auch diese schwachen Ansätze[39].

37) Nach 1945 waren Teile der ehemaligen KAP Berliner Richtung unter dem Namen "Gruppe Internationaler Sozialisten" tätig und gaben die Zeitschrift "Neues Beginnen" etwa 5 Jahre lang in Berlin heraus. Kontakte zur gleichnamigen Gruppe "Neu Beginnen" bestanden schon vor 1933 (zur Gruppe "Neu Beginnen" s. Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen", Diss. phil. Marburg 1957 (Masch.).) Mit der "Thomas-Münzer"-Gruppe gaben die gleichen KAP-Veteranen seit 1950 die Zeitschrift "Funken, Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik" bis Ende der fünfziger Jahre heraus. KAP-Tradition wurde auch fortgesetzt in dem Berliner Blatt "Von unten auf. Blätter für unmittelbare Demokratie", 1. Jg. (1948) ff.

38) Nach Mitteilung von Herrn Alfred Weiland (Brief vom 14. 8. 1967) wurden Anfang der fünfziger Jahre beide linksradikale Rest-Traditionen, die der Anarchisten und Syndikalisten und die der Linkskommunisten, in Ost-Berlin und in der DDR durch "die fast vollzählige Verhaftung aller aktiven Mitglieder ... (viele hundert Verhaftungen) vollkommen zerschlagen."

39) In der gegenwärtigen außerparlamentarischen Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik sind nicht nur manche organisationssoziologische Analogien (z. B. Frage der Organisationsverneinung oder Organisationsbefürwortung, Frage der illegalen Arbeit oder legalen Arbeit, Problem des nicht kontrollierbaren Aktivismus, proliferierende Fraktions- und Sektenbildung) vorhanden, sondern insbesondere die linksradikale Räteidee wird partiell wieder aufgegriffen und aktualisiert.

DOKUMENTARISCHER ANHANG

-I-

Richtlinien der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten aus dem Jahre 1891

Wir oppositionell gesinnten Sozialisten wollen das ganze Proletariat zu einer Schlachtreihe gegenüber der Bourgeoisie vereinigen; jedoch bekämpfen wir jede erzwungene Zentralisation, welche die freie, eigene Bewegung bestimmter Arbeiterschichten lähmt. Der Organisationskörper der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter muß unserer Ansicht nach nicht nur groß und umfangreich sein, er muß auch über starke selbsttätige Glieder verfügen; auf deren Entwicklung wollen wir besonders hinwirken.

In unserer Zeit, wo der Arbeiter Tag aus, Tag ein von einer Kaserne in die andere wandert - von der Mietskaserne in die Arbeitskaserne -, erhält sein ganzes Leben einen einseitigen kasernenmäßigen Zuschnitt, der seine Individualität mehr und mehr verkümmert. Er trocknet gleichsam aus und verliert die Fähigkeit, neuen Eindrücken kritisch gegenüber zu treten. Der Individualisierung der Arbeiter legen wir oppositionellen Sozialisten einen großen Wert bei. Wir wollen den Horizont des Arbeiters durch rege Diskussion über alle öffentlichen Fragen stetig erweitern. Wir wollen ihm nicht sofort diese oder jene allein selig machende Überzeugung aufzwingen, sondern ihn vor allem anregen, aus Diskussionen heraus sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Klärung der proletarischen und sozialistischen Ideen liegt uns am Herzen.

Wir sind für einen vollkommen freien Austausch der Meinungen. Und da wir dasselbe in der bisherigen Parteiorganisation nicht mehr finden, da der Ausschluß aus der Partei dräuend über jedem selbstdenkenden Sozialisten schwebt - ganz gleich welcher Richtung er auch angehöre-, deshalb wirken wir außerhalb des engen Rahmens der Parteiorganisation. Wir sind Sozialisten und stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Aber da die Diktatur des jetzigen Parteivorstandes jedes selbständige Denken erstickt und die Organisationsform der heutigen Partei die freie Bewegung der proletarischen Gesellschaftsklassen einschränkt, fordern wir die Genossen, die nicht mit dem Parteivorstand und seiner Taktik einverstanden sind und eine freie Ausgestaltung der Organisation anstreben, auf, gemeinsam mit uns einen "Verein Unabhängiger Sozialisten" zu bilden. Aufgabe dieses Vereins wird es sein, weiter für die Propaganda unserer Ansichten zu wirken, die einen Zweck kennen wird:

Die Befreiung der Proletarier aus den Fesseln der Knechtschaft.

Aus: Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, Die Jugend eines Rebellen, p. 364 f.

-II-

Aufruf der Bremer und Hamburger Linksradikalen vom Juli 1917

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!

Die historischen Notwendigkeiten vollziehen sich mit eherner Konsequenz und überraschender Schnelligkeit. Als die linksradikalen Ortsgruppen Bremen und Hamburg am 5. Mai in unserem Blatte einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erließen, erklärten sie: "Die Gruppe Internationale hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten." Was damals eine rein logische Schlußfolgerung war, heute ist es offenbare Tatsache. Und mehr noch hat sich erwiesen: damals konnten Hoffnungsfreudige noch erwarten, daß die Gruppe Internationale durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen, wenn auch wieder auf dem Wege zerfleischender innerer Kämpfe, die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde. Die Hoffnungen sind elend zuschanden geworden. Organisatorisch hat die Gruppe Internationale wiederum und notwendigerweise versagt, indem ihre allmächtigen Führer die um ihre Gruppenselbständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stich ließen. Damit hat die Gruppe Internationale ihre Selbständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluß gebracht. Politisch ist ihr Versagen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Absage an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene und notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stockholm der Zimmerwalder Linken eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe Internationale an den Folgen ihrer Selbstentmannung in Gotha laboriert. Die Gruppe Internationale ist tot.

Die Tatsachen haben die Entwicklung mächtig gefördert. An vielen Orten haben sich nach dem Hamburg-Bremer Aufruf linksradikale Ortsgruppen gebildet, zahlreich, jeden Pessimismus besiegend, sind die Zustimmungsschreiben, die bei uns eingelaufen sind. Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der Partei zu unternehmen. Sie maßen sich keine Rechte an, denn nicht als neue Führerpartei kann das deutsche Glied der Internationale erstehen. Sie wollen nur die nötigen Handreichungen tun, wo ein neues politisches Wesen zum Leben drängt. Deshalb fordern sie alle Gruppen auf, schleunigst die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr

Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der "Arbeiterpolitik" einzureichen. Die Genossen, welche keiner Ortsgruppe angeschlossen sind, werden aufgefordert, im selben Sinne mitzuarbeiten. Das vorläufige Aktionskomitee wird das eingegangene Material sammeln und dann schnellstens die weiteren Schritte vornehmen. So, aus der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Elemente, wird eine Partei entstehen, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

Das Aktionskomitee

Aus: "Arbeiterpolitik", 2. Jg. (1917), Nr. 30 (28. Juli 1917).

-III-

Aufruf
der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" vom
14. Dezember 1918

Was wollen die Syndikalisten?

Der Syndikalismus lebt!

Allen Gewalten von links und rechts zum Trotz stürmt er voran. Sozialdemokratische und Zentralverbands-Führer, Militärkanaille und brutale Polizei-Willkür und eine feile Justiz haben kein Mittel gescheut, die Ideen des Syndikalismus in Deutschland totzuschlagen. Unsere Presse wurde in den ersten Augusttagen verboten, führende Genossen in "Schutzhaft" gesteckt, den Vereinen und Agitatoren jede öffentliche Tätigkeit unmöglich gemacht. Und dennoch: die Kampfmittel des Syndikalismus werden heute in allen Ecken des Deutschen Reiches angewandt, instinktiv fühlt die Masse, daß die Zeit des Wünschens und Forderns vorbei, daß die Zeit des Nehmens begonnen hat. Die Arbeitermassen, jahrzehntelang in der Sozialdemokratie und den Verbänden zum Kadavergehorsam erzogen, bäumen sich auf gegen die Beamtenbürokratie. Die Arbeiter wissen jetzt, daß sie von ihren eigenen Angestellten genau so betrogen wurden, wie das gesamte Volk von der kaiserlichen Regierung. Die kaiserliche Regierung wurde gestürzt, nicht mit parlamentarisch-gesetzlichen Mitteln, sondern mit Hilfe der direkten Aktion, nicht mit dem Stimmzettel, sondern mit Waffengewalt durch streikende Arbeiter und meuternde Soldaten. Ohne auf den Auftrag weiser Führer zu warten, bildeten sich spontan allerorten Arbeiter- und Soldatenräte, die sofort daran gingen, die alten Gewalten beiseite zu schieben. Alle Macht den Ar-

beiter- und Soldatenräten! Das wurde jetzt Parole. Fabriken und Werkstätten, Bergwerke und Kasernen waren plötzlich in den Händen der arbeitenden Masse. Durch wilde Streiks schuf man sich menschenwürdige Verhältnisse.

Man hatte von uns und unsern Ideen jahrelang nichts hören wollen. Jetzt aber brauchte man unsere Waffen.

Schon aber hat sich die sozialdemokratische und zentralverbändlerische Beamtenbürokratie mit dem Unternehmertum verbunden, um den Kapitalismus zu retten. Das Ausbeutertum weiß es, und die Arbeiterschaft muß es lernen: Jede politische Freiheit und Gleichheit ohne wirtschaftliche Macht ist ein großer Schwindel, hinter dem neue Ausbeutung, neuer Imperialismus, neues Wettrüsten, neue Kriege lauern.

Das Ziel des Syndikalismus ist die Beseitigung der Lohnarbeit, die Enteignung der Großkapitalisten an Grund und Boden, an Fabriken und Produktionsmitteln. Die Errichtung der sozialistisch-kommunistischen Produktion.

Die syndikalistischen Organisationen müssen die Träger der sozialistischen Produktion werden. Alle Reformen, alle Lohnerhöhungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind Scheinreformen.

Die Aufgabe des Syndikalismus ist es, die Arbeiter reif zu machen für die soziale Revolution, sie mit Energie und Tatkraft zu erfüllen, um die Lohnknechtschaft abzustreifen. Der Syndikalismus verwirft die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus. Statt des unnützen Redens der gewählten Führer im Parlament setzt der Syndikalismus die direkte Aktion, die schaffende Tat der Massen. Auch die politischen Kämpfe führt der Syndikalismus mit gewerkschaftlichen Mitteln (Solidaritäts- und Generalstreik, Boykott, passive Resistenz, Sabot usw.), nicht aber mit papiernen Resolutionen und Protesten. Der Syndikalismus hält deshalb die Zweiteilung der Arbeiterbewegung für zwecklos, er will die Konzentration der Kräfte.

Vorläufig aber empfehlen wir unseren Mitgliedern, allerorten mit den am weitesten linksstehenden Gruppen der Arbeiterbewegung: den Unabhängigen, dem Spartakusbund, in wirtschaftlichen und politischen Fragen gemeinsam zu handeln. Wir warnen aber vor einer Beteiligung am Wahlrummel zur Nationalversammlung.

Wir Syndikalisten wissen aber auch, daß der Sozialismus nur auf internationaler Grundlage verwirklicht werden kann. Nieder also mit den nationalen Schranken! Sie dienen nur der Ausbeutung des Proletariats. Wir Syndikalisten sind international, wir reichen den Arbeitsbrüdern aller Länder in hilfreicher Solidarität die Hände. Und wir sind Antimilitaristen! Nicht erst seit gestern und heute. Wir gingen für unsere antimilitaristische Überzeugung in die Gefängnisse lange vor Ausbruch des Krieges. Wir sahen den Krieg kommen, und wir kämpften dagegen an. Die deutschen Arbeiter wollten uns nicht hören, sie haben es schwer büßen müssen. Viereinhalb Jahre lang mußten sich Millionen Männer morden, ehe den deutschen Arbeitern greifbar wurde, auf welcher Seite der Feind steht. Und noch heute haben es Millionen Arbeiter nicht begriffen! Wir Syndikalisten sind Gegner der Zentralgewalt in den Organisationen der Arbeiter. Eine wohlorganisierte Beamtenherrschaft hindert jede freie Betätigung. Wir wollen die Selbständigkeit jedes Ortsvereins. Jeder Verein verwaltet sein Geld selbst und beschließt über Anfang und Ende von Lohnbewegungen selbstherrlich.

Wir Syndikalisten sind Gegner jeder Art von Unterstützungseinrichtungen innerhlab der Gewerkschaften, weil sie die Kampfeslust des Mitgliedes lähmen. Bei Streiks und Aussperrungen tritt die freie Solidarität Aller ein.

Niemals wird Sozialdemokratie und "freie" Gewerkschaft unser Programm, unser Ziel und unsere Kampfesmittel sich zu eigen machen.

Die deutschen Arbeiter müssen sich erst Organisationen schaffen, die mit syndikalistischen Kampfeswaffen den Kapitalismus unterminieren.
Arbeiter ! Soldaten ! Kommunisten !
Lest unsere Presse und unsere Literatur !
Gründet allerorten Arbeitervereine auf unserer Grundlage !

Aus: "Der Syndikalist, Organ der sozialrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands", 1. Jg. (1918), Nr. 1.

-IV-

Statutenentwurf für die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU) vom August 1919

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die zur Zeit bestehenden Verbände, Vereinigungen und Gewerkschaften im revolutionären Kampf vollständig versagt haben, daß diese Gebilde im Gegenteil mehr und mehr dazu übergehen, durch Paktieren mit den Unternehmern (Arbeitsgemeinschaft, langfristige Tarifverträge usw.) den bestehenden Zustand der Versklavung der Arbeiterklasse zu verewigen, den kapitalistischen Staat wieder auf- und auszubauen, ist sich die revolutionäre Arbeiterschaft darüber klar, daß der Sieg des Sozialismus und Kommunismus nur durch den Zusammenschluß in einer einheitlichen Kampforganisation zu verwirklichen ist. Diese wirtschaftliche Kampforganisation hat den Namen

Allgemeine - Arbeiter - Union.

§ 1. Die Allgemeine-Arbeiter-Union ist eine wirtschaftliche Vereinigung aller Kopf- und Handarbeiter mit dem ausgesprochenen Zweck, die Ueberleitung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische vorzubereiten und bei Eintritt der sozialen Revolution durchzuführen. Für die Bergarbeiter kommt die Allgemeine-Bergarbeiter-Union in Betracht.

§ 2. Als erstes und vornehmstes Mittel zur Vernichtung der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet die Allgemeine Arbeiter-Union die Einführung des Rätesystems (Werkstatt-, Betriebs-, Fabrik-, Industrieräte).

§ 3. Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union kann jeder Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts vom 14. Lebensjahre ab werden.

§ 4. Die Organisationsform ist der Betrieb. Alle in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten schließen sich zu einer Einheit zusammen (Betriebsorganisation). Kleinbetriebe und Betriebe unter 20 Arbeitern und Angestellten werden zusammengefaßt.

§ 5. Die Organe der Allgemeinen Arbeiter-Union sind die in den Werkstätten und Betrieben gewählten Obleute (Großer Aktionsausschuß) und der aus den Reihen der Obleute gewählte Zentralausschuß des Ortes.

§ 6. Auf je angefangene 50 Mitglieder eines Betriebes oder zusammengelegter Betriebe entfällt ein Obmann. Je 10 Obleute wählen ein Mitglied des Zentralausschusses. Der Zentralausschuß gibt sich seine Geschäftsführung selbst.

§ 7. Alle Wahlen finden auf jederzeitigen Widerruf statt. Alle Aemter sind Ehrenämter. Es werden nur die baren Auslagen und Versäumnisse vergütet.

§ 8. Jeden Monat findet mindestens eine Mitgliederversammlung statt. Die Mitgliederversammlung ist die höchste Instanz am Orte.

§ 9. Bestehen in Nachbarorten Mitgliedschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union, so haben diese sofort bezirks- und wirtschaftsgebietsweise agitatorisch und organisatorisch in Verbindung zu treten. Diese Verbindung muß bis ins Kleinste und Straffste ausgebaut werden. Nähere Bestimmungen erläßt die Konferenz aller auf dem Boden der Allgemeinen Arbeiter-Union stehenden Ortsgruppen.

§ 10. Neben dem Zentralausschuß besteht in jedem Ort ein Ausschuß der Industrie- und Wirtschaftsgruppen, der die besonderen beruflichen Fragen zu behandeln hat. Jeder Industrie- und Wirtschaftszweig hat dazu einen Delegierten zu entsenden. (Bäcker, Schuhmacher, Handelsangestellte usw.)

§ 11. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg., der wöchentliche Beitrag für Mitglieder 50 Pfg. Uebertritte müssen auch bezahlt werden. Jugendliche bis zu 17 Jahren bezahlen einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pfg.

§ 12. Die Allgemeine Arbeiter-Union ist eine wirtschaftliche Kampforganisation. Sie kann sich deshalb nicht mit dem Ballast von Unterstützungseinrichtungen belasten. Es werden nur Gelder bewilligt zur Unterstützung des revolutionären Kampfes. (Streiks, Maßregelung usw.)

§ 13. Der Zentralausschuß hat die Pflicht, mit allen bestehenden revolutionären Organisationen in ständiger Fühlungnahme zu bleiben und einen Zusammenschluß auf der Grundlage des reinen Rätesystems herbeizuführen.

§ 14. Die Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union erhalten wöchentlich die Zeitung der Organisation die "Allgemeine Arbeiter-Union" unentgeltlich. Der Zeitung ist eine statistische Abteilung angegliedert, wo die Vorarbeiten zur Sozialisierung usw. durchgeführt werden.

In dem jetzigen Stadium des revolutionären Kampfes erblickt die Allgemeine Arbeiter-Union in der nachdrücklichsten Propaganda für das Rätesystem das wichtigste Mittel zur Erringung der Macht. Die Allgemeine Arbeiter-Union will ihre Mitglieder aufrütteln zu Kämpfern für wirkliche Freiheit, für wirkliche Menschheitsideale. Bei dem Siege der sozialen Revolution übernimmt die Allgemeine Arbeiter-Union als die Organisation der gesamten werktätigen Klasse die Leitung der Produktion, die Räteorganisation wird dann die Wirtschaftsorganisation der neuen Gesellschaft. Um das Endziel in diesem Kampfe ist uns nicht bange: Die Proletarier haben dabei nichts zu verlieren als ihre Ketten, dagegen eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Aus: KAZ (Hamburg) 1. Jg. (1919), Nr. 99.

-V-

Flugblatt der "Industrial Workers of the World" (IWW) vom September 1919 zum Eintritt in die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU)

IWW (Industrial Workers of the World) IWW

Proletarier Deutschlands!

Tretet ein in die "Allgemeine Arbeiter-Union", die deutsche Organisation des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt."

Das Weltkapital kann nur gestürzt werden durch das Weltproletariat. Das Weltkapital organisiert sich im kapitalistischen Völkerbund, das Weltproletariat im Verband der Industriearbeiter der Welt. Die zweite Internationale ist die Vereinigung der proletarischen Lakaien des kapitalistischen Völkerbundes. In der gewerkschaftlichen Internationale arbeitet Herr Legien Hand in Hand mit Samuel Gompers,

dem Freund und Berater des Präsidenten Wilson, des Organisators des Völkerbundes. Nieder mit dem Völkerbund der kapitalistischen Raubstaaten, nieder mit allen politischen Parteien und allen Gewerkschaften, die diesen Völkerbund unterstützen!

Hinein in den revolutionären Verband der Industriearbeiter der Welt!

Proletarier Deutschlands!

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Proletarier Deutschlands müssen sich als Klasse organisieren, um in den Endkampf einzutreten zwischen Kapital und Arbeit, den die Erhebung vom November 1918 auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat. Die Proletarier Deutschlands müssen den proletarischen Staat errichten und die proletarische Wirtschaft organisieren. Die Organe der proletarischen Staatsgewalt sind die Räte, die Grundlage jeder Wirtschaft sind die Betriebe, in denen sich der Produktionsprozeß vollzieht.

Die proletarische Klassenorganisation nimmt ihren Ausgang von der Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter in den Betrieben, in welchen sie beschäftigt sind.

Die Betriebsorganisation ist die Keimzelle der proletarischen Herrschafts- und Wirtschaftsorganisation.

Proletarier Deutschlands!

Schließt Euch zusammen auf der Grundlage der Betriebsorganisation! Die Betriebsorganisationen jeder Industrie schließen sich zusammen zur industriellen Union. Die industrielle Union ist ein Teil der "Allgemeinen Arbeiter-Union", die Allgemeine Arbeiter-Union ein Teil des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt", der unter dem Namen des Verbandes der "Industrial Workers of the World" in Nordamerika seinen Anfang nahm und schon in der ganzen englisch und spanisch sprechenden Welt Wurzel gefaßt hat. Die "Industrial Workers of the World" sind eine revolutionäre Kampforganisation. Keine Bonzen, keine großen Kassen, keine Unterstützungseinrichtungen, das ist ihre Parole. Die Führung revolutionärer Massenstreiks ist ihre Aufgabe, die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Aufrichtung der proletarischen Wirtschaft ist ihr Ziel.

Eine große Union für alle Proletarier der Welt! Die dritte Internationale muß die Internationale des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes gegen die Weltbourgeoisie sein. Macht das Wort des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels endlich zur Wahrheit:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Hinein in die Betriebsorganisation, hinein in die Allgemeine Arbeiter-Union! Hinein in den Verband der Industriearbeiter der Welt!

IWW (Industrial Workers of the World) IWW

Aus: KAZ (Hamburg) 1.Jg.(1919), Nr.104.

-VI-

Richtlinien der "Freien Arbeiter-Union" für Rheinland-Westfalen (Beschlossen auf der am 15. und 16. September 1919 in Düsseldorf tagenden Verschmelzungskonferenz)

I.

a) Die Organisation führt den Namen "Freie Arbeiter-Union".
b) Sie ist gegliedert in Föderationen der einzelnen Berufe; bei den Bergarbeitern baut sie sich aus Schachtorganisationen auf.
c) Die einzelnen Föderationen stellen sich aus Orts-, Kreis-, Provinzial- und Landesföderationen zusammen und bekennen sich zum Rätesystem auf dem Boden der wirtschaftlichen Kampforganisation.
d) Die Organisation wird gebildet aus den Mitgliedern der fünf linksstehenden Gewerkschaften, die sich nunmehr unter dem oben angeführten Namen verschmelzen.

II.

Die Organisation hat den Zweck, die geistige und materielle Lage der Arbeiter auf jedem Gebiete zu heben, den Kapitalismus und den modernen Klassenstaat mit allen Mitteln zu bekämpfen, die sich aus ihren Grundsätzen ergeben und die Reorganisation der Gesellschaft auf der Basis des freiheitlichen Sozialismus anzubahnen.

Sie propagiert als wirksamstes Mittel zu diesem Zweck die direkte Aktion, die im Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet und steht auf dem Boden der wirtschaftlichen und sozialen Klassensolidarität.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß in der jeweiligen [?] bürgerlichen Gesellschaft die Merkmale der Klassenherrschaft auf allen Gebieten in zunehmender Weise schroffer denn je in Erscheinung treten, insbesondere die wirtschaftlichen Kämpfe durch das gewaltige Erstarken der Reaktion immer schärfere Formen annehmen, ebenso durch fortwährende Knebelungsversuche seitens der Machthaber die Rechtlosmachung und Ausbeutung der Arbeiter systematisch betrieben wird und zu diesem Zweck die Besitzenden aller religiösen und politischen Schattierungen sich geschlossen ihrer wirt-

schaftlichen sowie der politischen Macht bedienen, ist es notwendig, wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird.

Dazu gehört:

Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung. Zur Freien Arbeiter-Union können alle Gewerkschaften gehören, die sich zu deren Grundsätzen bekennen und sich solidarisch erklären in den Kämpfen aller Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Organisationsform, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zur Freien Arbeiter-Union können nicht gehören solche Gewerkschaften, die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinschaft der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkennen und erstreben.

III.

a) Mitglied kann jeder männliche und weibliche Arbeiter werden, welcher die Prinzipien und das Statut der Organisation anerkennt und das 14. Lebensjahr vollendet hat.
b) Mitglieder aus anderen Organisationen, sofern diese nicht länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind und ihr Verbandsbuch abliefern, können übertreten, ohne Eintrittsgeld zu entrichten.
c) Das Eintrittsgeld beträgt eine Mark.
d) Als Mindestbeitrag empfehlen wir 75 Pfennig pro Woche.

IV.

Diese Organisation ist eine Kampforganisation und zahlt als solche nur Unterstützungsgelder in Fällen von Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen und Rechtsschutzangelegenheiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen.

V.

Als wirtschaftliche Organisation duldet die "Freie Arbeiter-Union" keinerlei Parteipolitik in ihren Versammlungen, stellt es aber jedem Mitgliede frei, sich den linksstehenden Parteien anzuschließen und dort zu betätigen, sofern der einzelne dies als notwendig erachtet.

VI.

Die Organisation macht es sich zur Aufgabe, den Idealismus der Mitglieder zu pflegen und im Falle eines Kampfes das Umlageverfahren für sämtliche Mitglieder einzuleiten.

Aus: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

-VII-

Aufruf der KPD(S)-Zentrale vom Juni 1919

An die Syndikalisten in der KPD!

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt:

Es ist nicht die Sache der Kommunistischen Partei, sich in diesem Augenblick theoretisch mit den Syndikalisten auseinanderzusetzen. Die Kommunistische Partei erkennt durchaus an, daß die Arbeiter, die den syndikalistischen Gewerkschaften anhängen, von ehrlichem revolutionärem Streben erfüllt sind. Die Unmöglichkeit der Form, in der sie sich die Organisierung der künftigen Gesellschaft vorstellen, wird sich zur gegebenen Zeit erweisen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat deswegen keine Veranlassung, aus der Zugehörigkeit zu syndikalistischen Gewerkschaften einen Grund zu Maßnahmen gegen ihre Mitglieder zu entnehmen, ebenso wenig wie sie aus der Zugehörigkeit zu den Freien Gewerkschaften solche Gründe entnehmen kann. Aber ebenso wenig wie sie den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften gestatten kann, im Rahmen der Kommunistischen Partei etwa die Ideen des sozialen Friedens durch Abschluß von Kollektivverträgen zu propagieren, kann sie den Mitgliedern der syndikalistischen Gewerkschaften gestatten, Mittel zur Erreichung des Ziels der sozialen Revolution zu propagieren, die mit den Anschauungen der Kommunistischen Partei Deutschlands unverträglich sind. Die Kommunistische Partei Deutschlands hält für Notwendigkeiten des politischen Kampfes in diesem Augenblick:

a) das Proletariat muß sich in einer politischen Partei organisieren;
b) die Organisation dieser politischen Partei muß in diesem Stadium des revolutionären Kampfes eine straff zentralisierte sein;
c) die gegenwärtige Entwicklung des revolutionären Kampfes ist über das Stadium hinaus, in dem Teilaktionen politischen Charakters dem Proletariat von Vorteil sein können. Politische Aktionen des Proletariats größeren Stils, d.h. Generalstreiks oder bewaffnete Aktionen, können heute nur von Erfolg sein, wenn sie die größten Wirtschafts-Bezirke des Reiches oder das gesamte Proletariat umfassen. Kleinere Aktionen dieser Art mit dem Ziel der Erreichung der politischen Gewalt durch das Proletariat sind Putsche.

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann Mitglieder, die in ihrer Propaganda durch Wort, Schrift und Aktion gegen diese Grundsätze verstoßen, nicht in ihren Reihen dulden. Sie ist gezwungen, sie auszuschließen.

Aus: "Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin", 1. Jg. (1919), Nr. 20/21 (14./15. Juni 1919).

-VIII-

Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik vorgelegt von der Zentrale auf dem 2. Parteitag der KPD(S) im Oktober 1919

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auffassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden können.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können, und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat geradeso, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange, zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K. P. D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaukratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die Revolution selbst kann nur von den breiten Massen des Proletariats durchgekämpft, der Sieg nur bei deren klarem Willen und tätigster Entschlossenheit errungen und gehalten werden.

Nur die Massen und nur die Tat sind Träger und Mittel der Revolution.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist zu erklären, daß die passive Resistenz zwar im gegenwärtigen Augenblick die berechtigte Notwehr des Proletariats gegen Unterernährung und körperliche Erschöpfung während des Krieges und somit vollständig berechtigt ist, aber keine Aktion revolutionärer Massen darstellt.

Die individuelle Sabotage, d.h. die Sabotage Einzelner oder kleiner Gruppen verwirft die K. P. D. als ein von Anarchisten und Syndikalisten gepriesenes, tatsächlich aber gegenrevolutionäres Mittel, das die Aktion der Massen durch die Aktion Einzelner ersetzen will, in Wirklichkeit aber dadurch, daß es von den Massen als gegen sie gerichtet empfunden wird, die Revolution hemmt.

Die K. P. D. verwirft die Anschauung als utopisch, als sei der Generalstreik oder irgendeine andere Massenaktion ein einmaliger, unvermittelter, kraft der Organisation beliebig anwendbarer revolutionärer Akt. Der Generalstreik, wie jeder revolutionäre Akt, kann nur als natürliche Frucht aus den jeweils gegebenen politischen und ökonomischen Grundlagen und in organischer Steigerung hervorwachsen.

7. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K. P. D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

8. Mitglieder der K. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.

Aus: Bericht über den 2. Parteitag der KPD(S) vom 20.-24. Oktober 1919, o. O., o. J., p. 3 ff.

-IX-

Prinzipienerklärung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)(FAUD) angenommen im Dezember 1919

Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus

Die heutige Gesellschaftsordnung, die auch die kapitalistische genannt wird, gründet sich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Versklavung des werktätigen Volkes und findet einerseits im sogenannten "Eigentumsrecht", d.h. im Monopol des Besitzes, andererseits im Staat, d.h. im Monopol der Macht, ihren wesentlichen Ausdruck.

Durch die Monopolisierung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel in der Hand kleiner privilegierter Gesellschaftsgruppen sind die produzierenden Klassen gezwungen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten den Eigentümern zu verkaufen, um ihr Leben fristen zu können und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages an die Monopolisten abtreten. Auf diese Weise in die Stellung rechtloser Lohnsklaven gedrängt, haben sie keinerlei Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der Produktion, die ganz und gar dem Selbstbestimmungsrecht der Kapitalisten überlassen ist. Es ist daher auch ganz natürlich, daß bei einem solchen Zustand der Dinge die Grundlage der heutigen Gütererzeugung nicht durch die Bedürfnisse der Menschen, sondern in erster Linie durch die Voraussetzung des Gewinnes für den Unternehmer bestimmt wird.

Da aber dasselbe System auch dem Austausch und der Verteilung der Produkte zugrunde liegt, so sind die Folgen auch auf diesem Gebiet dieselben und finden in der rücksichtslosen Ausbeutung der breiten Massen zugunsten einer kleinen Minderheit Besitzender ihren Ausdruck. Ist die Beraubung des Produzenten der mehr oder weniger verschleierte Zweck der kapitalistischen Produktion, so ist der Betrug an den Konsumenten der eigentliche Zweck des kapitalistischen Handels.

Die Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreise sie auch angehören, niemals imstande sind, den sozialistischen Aufbau durchführen zu können, sondern daß diese Arbeit nur von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter geleistet werden kann. Aus diesem Grunde erblicken sie in der Gewerkschaft keineswegs ein vorüber-

gehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisationen. In diesem Sinne erstreben die Syndikalisten schon heute eine Form der Organisation, die sie befähigen soll, ihrer großen historischen Mission und in derselben Zeit dem Kampfe für die täglichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden.

An jedem Orte schließen sich die Arbeiter der revolutionären Gewerkschaft ihrer resp. Berufe an, die keiner Zentrale unterstellt ist, ihre eigenen Gelder verwaltet und über vollständige Selbstverwaltung verfügt. Die Gewerkschaften der verschiedenen Berufe vereinigen sich an jedem Orte in der Arbeiterbörse, dem Mittelpunkt der lokalen gewerkschaftlichen Tätigkeit und der revolutionären Propaganda. Sämtliche Arbeiterbörsen des Landes vereinigen sich in der Allgemeinen Föderation der Arbeiterbörsen, um ihre Kräfte in allgemeinen Unternehmungen zusammenfassen zu können.

Außerdem ist jede Gewerkschaft noch föderativ verbunden mit sämtlichen Gewerkschaften desselben Berufs im ganzen Lande und diese wieder mit den verwandten Berufen, die sich zu großen allgemeinen Industrieverbänden zusammenschließen. Auf diese Weise bilden die Föderation der Arbeiterbörsen und die Föderation der Industrieverbände die beiden Pole, um die sich das ganze gewerkschaftliche Leben dreht.

Würden nun bei einer siegreichen Revolution die Arbeiter vor das Problem des sozialistischen Aufbaus gestellt, so würde sich jede Arbeiterbörse in eine Art lokales statistisches Büro verwandeln, um sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen. Die Arbeiterbörse hätte die Aufgabe, den Konsum zu organisieren und durch die Allgemeine Föderation der Arbeiterbörsen wäre man dann leicht imstande, den Gesamtverbrauch des Landes berechnen und auf die einfachste Art organisieren zu können.

Die Industrieverbände ihrerseits hätten die Aufgabe, durch ihre lokalen Organe und mit der Hilfe der Betriebsräte sämtliche vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen und die einzelnen Produktionsgruppen und Betriebe mit allem Notwendigen zu versorgen. Mit einem Worte: Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen.

Unter dem System des Kapitalismus werden alle Errungenschaften der Wissenschaft und des geistigen Fortschritts dem Monopolisten untertan gemacht. Jede neue Entwicklung auf dem Gebiete der Technik, der Chemie usw. trägt dazu bei, die Reichtümer der besitzenden Klassen ins Ungemessene zu steigern, im schauerlichen Gegensatz zu dem sozialen Elend breiter Gesellschaftsschichten und zu der andauernden wirtschaftlichen Unsicherheit der produzierenden Klassen.

Durch den ununterbrochenen Kampf der verschiedenen nationalen kapitalistischen Gruppen um die Beherrschung der Märkte wird eine ständige Ursache innerer und äußerer Krisen geschaffen, die periodisch in verheerenden Kriegen zur Entladung kommen, unter deren schrecklichen Folgen wiederum die unteren Schichten der Gesellschaft fast ausschließlich zu leiden haben. Die gesellschaftliche Klasseneinteilung und der brutale Kampf "Aller gegen Alle", diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in derselben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter und das Moralempfinden des Menschen, indem sie die unschätzbaren Eigenschaften der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls, jene kostbare Erbschaft, welche die Menschheit aus den früheren Perioden ihrer Entwicklung übernommen hat, in den Hintergrund drängen und durch krankhafte antisoziale Züge und Gewohnheiten ersetzen, die im Verbrechen, in der Prostitution und in allen anderen Erscheinungen der gesellschaftlichen Fäulnis ihren Ausdruck finden.

Mit der Entwicklung des Privatbesitzes und der damit verbundenen Klassengegensätze entstand für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit einer mit allen technischen Gewaltmitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutze ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen - der Staat. Ist der Staat somit in erster Linie ein Produkt des Privatmonopols und der Klassenteilung, so wirkt er, einmal in Existenz, mit allen Mitteln der List und Gewalt für die Aufrechterhaltung des Monopols und der Klassenunterschiede, folglich für die Verewigung der wirtschaftlichen und sozialen Versklavung der breiten Massen des Volkes und hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigsten Ausbeutungsinstitution der zivilisierten Menschheit emporgeschwungen.

Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie oder Republik, Despotie oder Demokratie - sie alle stellen nur verschiedene politische Ausdrucksformen des jeweiligen wirtschaftlichen Ausbeutungssystems vor, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestaltung, nie aber in ihrem innerlichen Wesen voneinander unterscheiden und in allen ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der besitzenden Klassen sind.

Mit der Entstehung des Staates beginnt die Ära der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten. Kirche und Staat waren die ersten Vertreter dieses Systems und sind bis heute sein vornehmster Träger geblieben. Und da es im Wesen des Staates liegt, alle Zweige des menschlichen Lebens seiner Autorität unterzuordnen, so mußte die Methode der Zentralisierung desto verhängnisvollere Folgen haben, je mehr der Staat den Kreis seiner Funktionen erweitern und ausbauen konnte. Ist doch der Zentralismus die extremste Verkörperung jenes Systems, das die Regelung der Angelegenheit aller einzelnen Personen in Bausch und Bogen überträgt.

Dadurch wird der Einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld

räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur - und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt. So wird der Staat zum mächtigsten Hemmnis jedes Fortschritts und jeder Befreiungsbestrebung des arbeitenden Volkes.

Die Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen, sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d.h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter, in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist aufs engste verknüpft mit der Beherrschung des Menschen durch den Menschen, so daß das Verschwinden der einen notwendigerweise zum Verschwinden der anderen führen muß.

Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann und daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu

verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

Die Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich die Religion des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Herrschaft der besitzenden Klassen verbirgt. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung erledigen zu können im solidarischen Einverständnis mit anderen Gruppen und Volksverbänden.

Die Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen - der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates - nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, die Massen geistig zu erziehen und in den wirtschaftlichen Kampforganisationen zu vereinigen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaates entgegenzuführen.

Aus: "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr. 50.

-X-

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale

§ 1.
Name und Sitz der Organisation.

Die Organisation führt den Namen "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)". Sitz der Zentrale der Organisation ist Berlin.

§ 2.
Grundlage.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) ist eine Einheitsorganisation. Sie baut sich auf nach dem Rätesystem und erstrebt den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied der Berufe.

§ 3.
Zweck, Ziel und Aufgabe der Organisation.

Die Organisation steht rückhaltlos auf dem Boden des Klassenkampfes und lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab. Sie hat den Zweck, die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben und für deren geistige Schulung und Aufklärung Sorge zu tragen. Ihr Endziel ist die Beseitigung der privat-kapitalistischen Wirtschaft und Aufrichtung der sozialistisch-kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Solange die Organisation sich im Kampf um die Erringung dieses Zieles befindet, erwachsen ihr folgende Aufgaben:

a) Zusammenschluß aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kopf- und Handarbeiter;
b) Aufklärung der Mitglieder in Wort und Schrift; Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens;
c) Herausgabe von Fachzeitschriften, Veranstaltungen von Unterrichtskursen und belehrenden Vorträgen, Einrichtung von Bibliotheken, Herausgabe von Flugschriften usw.;
d) Erteilung von unentgeltlichem Rechtsschutz, soweit die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis oder aus der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung entstehen oder wegen des Eintretens für die Organisation;
e) Gewährungen von Unterstützungen bei Maßregelungen, hervorgerufen entweder durch die Zugehörigkeit zur Organisation, durch Tätigkeit im Sinne derselben, durch Teilnahme an Aktionen im Sinne dieser Satzungen. Die Unterstützungen werden aus dem Kampffonds gezahlt. (Siehe Satzungen des Kampffonds);
f) Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter anderem auch durch den Abschluß möglichst günstiger Tarifverträge (Beteiligung an Lohnverhandlungen);
g) Kampf um das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht innerhalb des gesamten Arbeits- und Produktionsprozesses;
h) Kampf um die Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und Neuordnung und Erleichterung der Arbeitsvermittlung;
i) Kampf um die Produktionsmittel und in Verfolg dessen Uebernahme der Produktion;
k) Einleitung und Durchführung eines rücksichtslosen Kampfes gegen die Amsterdamer gelbe Gewerkschafts-Internationale und das internationale Arbeitsamt des Völkerbundes;
l) Aufnahme und Ausbau internationaler Verbindungen zur internationalen Verbreiterung der Kampfbasis.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich die Organisation aller ihr zur Verfügung stehenden Kampfmittel.

Die Organisation beteiligt sich während der Zeit des Kampfes um die Erringung des Endzieles an allen gesetzlichen Körperschaften (gesetzliche Betriebsräte usw.).

Die Durchführung von Tarifverhandlungen und die Beurkundung der Tarife erfolgt durch die jeweils zuständigen Organe der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) gemeinsam mit den in Frage kommenden Betriebsräten.

Die Reichszentrale ist berechtigt, im Einverständnis mit dem Wirtschaftsrat, in den Fällen des letzten Absatzes besondere Ausführungsbestimmungen mit bindender Kraft zu erlassen.

§ 4.
Gliederung.

Die Organisation baut sich auf der Grundlage des Rätesystems auf und bildet Betriebsorganisationen. Wo die Verhältnisse die Bildung solcher nicht zulassen, bilden sich Zahlstellen. Die Betriebsorganisationen bzw. Zahlstellen vereinigen sich zu Ortsgruppen, diese wieder zu Unterbezirken und letztere zu Wirtschaftsbezirken.

Die Einteilung in Wirtschaftsbezirke erfolgt durch den Reichskongreß, die Einteilung der Unterbezirke durch die Konferenz der Bezirkswirtschaftsräte. Die Einteilung der Ortsgruppen durch die Generalversammlung des Unterbezirks.

Die Organisation gliedert sich weiterhin in Industriegruppen. Die Einteilung der Mitgliedschaft in Industriegruppen wird durch den Reichskongreß vorgenommen. Mitglieder eines Industriezweiges, deren Stärke die Bildung einer eigenen Industriegruppe nicht zuläßt, werden durch Beschluß des Reichskongresses einer bereits bestehenden selbständigen Industriegruppe angegliedert.

Neue Industriegruppen werden bis zum nächsten Reichskongreß im Einverständnis mit dem Bezirkswirtschaftsrat, bei Reichsmaßstab im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsrat einer anderen bereits bestehenden Industriegruppe angegliedert resp. selbständig gemacht.

§ 5.
Mitgliedschaft.

Mitglied kann jeder Hand- und Kopfarbeiter (=arbeiterin) werden, welche die Satzungen der Organisation anerkennen.

Die Aufnahme erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. In strittigen Fällen entscheidet die Mitgliedschaft.

Aus anderen Organisationen übertretenden Mitgliedern wird die Zeit der dortigen Mitgliedschaft angerechnet.

Den einzelnen Mitgliedern steht ein Rechtsanspruch auf das Organisationsvermögen nicht zu.

A) Pflichten.

Die Mitglieder der Organisation dürfen keiner anderen gewerkschaftlichen Organisation angehören. Jedes Mitglied ist verpflichtet, an den von der Organisation veranstalteten Versammlungen, Unterrichtskursen usw. teilzunehmen. Dasselbe gilt für jede Form der Agitation (Verbreitung von Flugschriften, mündl. Agitation usw.).

Die Mitglieder sind verpflichtet, die Beschlüsse, Anordnungen und Maßnahmen der Organisationsorgane einzuhalten und restlos zur Durchführung zu bringen.

Wohnungs-, Arbeits- und Stellenwechsel sind den zuständigen Geschäftsstellen umgehend mitzuteilen. Jedes Mitglied ist dort zuständig, wo sich seine Arbeitsstelle befindet.

B) Rechte.

Jedes Mitglied hat beratende und beschließende Stimme, sofern es nicht länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Nach Ablauf dieser Frist ruhen sämtliche Rechte.

Jedes Mitglied hat weiter das Recht auf pünktliche Zustellung der Zeitung, auf Erteilung von Rechtsschutz nach § 3, Abs. d, und Anspruch auf die in den Satzungen des Kampffonds gewährten Rechte, soweit es die dort verlangten Bedingungen erfüllt. (Siehe Satzungen des Kampffonds.)

§ 6.
Beiträge.

Das Eintrittsgeld beträgt 2 Mark. Uebertritt aus anderen Organisationen ist frei, sofern der Betreffende nicht länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Für die Ausstellung eines verloren gegangenen Mitgliedsbuches sind 2 Mark zu entrichten.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt:
In Klasse I bei einem wöchentlichen Einkommen über 120 Mark 1.10 Mark.
In Klasse II bei einem wöchentlichen Einkommen von
unter 120 Mark wöchentlich 0.60 Mark.

Mitglieder, die Monatslohn oder -Gehalt beziehen, können die vorerwähnten Beiträge in der Form zahlen, daß sie für den ersten und zweiten Monat eines jeden Vierteljahres die Beiträge für vier Wochen, im dritten Monat für fünf Wochen entrichten.

Die Beitragsklassen werden für diese wie folgt geregelt:
Klasse I bei einem monatlichen Einkommen über 500 Mk.
Klasse II bei einem monatl. Einkommen unter 500 Mk.

Der Grundbeitrag ist an die Bezirkszentrale abzuführen.

Arbeitslosigkeit sowie Krankheit, soweit im letzteren Falle Lohn oder Gehalt für die Dauer derselben nicht gezahlt wird, befreit von der Beitragszahlung.

Zu den Grundbeiträgen werden durch Beschluß der Konferenz des Wirtschaftsbezirks besondere Zuschläge erhoben.

Ebenso sind die Industriegruppen berechtigt, Zuschläge zu erheben, die durch den Beschluß des jeweils zuständigen Reichsgruppenrates der Industriegruppe festgelegt werden.

§ 7.
Erlöschen der Mitgliedschaft.

Der Austritt aus der Organisation ist jederzeit gestattet. Er muß der zuständigen Geschäftsstelle mitgeteilt werden.

Der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgt, wenn:
a) den Bestimmungen der Satzungen nicht Folge geleistet wird;
b) Handlungen begangen werden, die den Interessen der Organisation erweislich zuwiderlaufen;
c) ein besonderer Antrag dies unter genauer Angabe des Sachverhalts fordert;
d) bei Streiks und Aktionen die Solidaritätspflicht verletzt wird;
e) Mitglieder länger als 8 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind und trotz Aufforderung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Ausschlußanträge können von jeder Körperschaft der Organisation gestellt werden. Die Entscheidung fällt die Generalversammlung der zuständigen B. O. oder Zahlstelle.

Wird gegen den Beschluß der betr. Generalversammlung nicht innerhalb vier Wochen Einspruch bei dem zuständigen B. W. R. erhoben, so ist der Ausschluß endgültig. Gegen den Beschluß der zuständigen B. W. R. - Konferenz ist Berufung an den Reichskongreß zulässig. Im letzteren Falle ist ein Antrag, wie alle anderen zum Reichskongreß satzungsgemäß einzureichen. Der Reichskongreß entscheidet endgültig.

Der Auszuschließende muß in allen Fällen mündlich gehört werden.

In dem Verfahren kann auf Erteilung einer Rüge, Aberkennung der Organisationsfunktionen für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer oder auf Ausschluß erkannt werden. Im Falle des Ausschlusses ist dieser Beschluß unter kurzer Angabe der Gründe in der nächsten Nummer des Zentralorgans zu veröffentlichen.

Der Bezirkswirtschaftsrat, die Reichszentrale und der Reichswirtschaftsrat sind berechtigt, in den Fällen des Abs. 2 Lit. a bis e jedes Mitglied und jeden Funktionär mit sofortiger Wirkung zu dispensieren. Gegen die Beschlüsse steht den Betreffenden ein Einspruchsrecht an die Generalversammlung des Wirtschaftsbezirks, an den Reichswirtschaftsrat und an den Reichskongreß zu. Bis zu deren Entscheidung behält der Beschluß Gültigkeit.

Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen oder die Aufhebung der Dispensierung kann nur erfolgen, wenn diejenige Körperschaft, welche den Ausschluß resp. die Dispensierung beantragt resp. beschlossen hat, vorher gehört worden ist.

§ 8.
Wahl der Funktionäre.

In den Betrieben oder auf den Arbeitsstätten (Zahlstellen) werden die Funktionäre mit einfacher Mehrheit gewählt. Ihre Wahldauer ist unbegrenzt. Auf Antrag aus der Mitgliedschaft können jederzeit Neuwahlen erfolgen.

Die Ortsgruppenräte werden im Verhältnis der Stärke der einzelnen Industriegruppen am Orte in der Funktionärkonferenz der Betriebsorganisation und Zahlstellen der Ortsgruppe gewählt. Die Wahl erfolgt mit einfacher Mehrheit und kann auf Antrag aus der Mitte der Funktionäre jederzeit neu erfolgen.

Die Leitung des Unterbezirks wird in der Konferenz desselben ebenso wie die Freigestellten mit einfacher Majorität auf ständigen Widerruf gewählt. Die Zurückberufung erfolgt durch einfache Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten. Dasselbe gilt auch für die Leitung und Freigestellte des Wirtschaftsbezirks.

Die Freigestellten der Reichszentrale werden durch den Reichskongreß mit einfacher Majorität gewählt. Sie stehen auf jedem ordentlichen Reichskongreß zur Neuwahl. Vorgeschlagen werden sie von jeder selbständigen Industriegruppe mit je einem Vertreter.

Die Industriegruppen haben das Recht, die Zurückziehung ihres Vertreters in der Reichszentrale beim Reichswirtschaftsrat jederzeit zu beantragen. Dieser hat dann einen Kongreß der betreffenden Industriegruppe einzuberufen, der mit einfacher Majorität die Zurückziehung beschließt.

Der Reichswirtschaftsrat wird gleichfalls auf dem Reichskongreß gewählt.

Der Reichsgruppenrat einer Industriegruppe wird durch die Delegierten der aus den Wirtschaftsbezirken einer Industriegruppe angehörenden Betriebe und Zahlstellen gewählt. Wiederwahl ist in allen Fällen zulässig.

Alle Funktionäre und Freigestellte der Organisation können jederzeit zurückberufen werden (jederzeitiges Rückberufungsrecht), wenn sie ihre Funktionen nicht im Interesse der Organisation ausüben oder den Aufgaben, die ihnen aus ihren Funktionen entstehen, nicht gewachsen sind.

§ 9.
Verwaltung.
A. Betriebsorganisation oder Zahlstellen.

Die Grundlage der Organisation ist die Betriebsorganisation oder Zahlstelle. Ob Betriebsorganisationen oder Zahlstellen zu bilden sind, wird entschieden durch die Eigenart und die Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses.

Zu ihrer Leitung wählen die Betriebsorganisationen oder Zahlstellen zwei gleichberechtigte Vorsitzende, einen Schriftführer, einen Kassierer und einen Beisitzer. Zur Kontrolle der Kassengeschäfte werden drei Revisoren gewählt, die nicht Mitglieder der Leitung sind. Der Vorsitzende beruft monatlich mindestens eine Versammlung ein und hat nach Bedarf oder auf Antrag eines Drittels der Mitgliedschaft eine Generalversammlung einzuberufen. Die Generalversammlung der Betriebsorganisationen oder Zahlstellen ist deren höchste Instanz.

B. Ortsgruppen.

Die Zahlstellen und Betriebsorganisationen schließen sich zu Ortsgruppen zusammen. Zur Leitung derselben wählt die Generalversammlung zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten, einen Schriftführer, einen Kassierer und je einen Beisitzer für jede in der Ortsgruppe vertretene Industriegruppe. Die Ortsleitung ruft nach Bedarf die Mitgliederversammlung ein, die jedoch mindestens einmal im Monat stattzufinden hat. Auf Antrag eines Drittels der Mitgliedschaft einer Ortsgruppe ist sofort eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Jede Ortsgruppe verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbständig. Innere Angelegenheiten der Ortsgruppe sind solche, die sich aus ihrer Tätigkeit für die Organisation innerhalb des Rahmens derselben ergeben.

Die Ortsleitung ist der Generalversammlung der Ortsgruppe als deren höchste Instanz verantwortlich.

Die Generalversammlung tritt nach Bedarf, jedoch mindestens alle drei Monate zusammen. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt durch die Ortsleitung. Sie setzt sich zusammen aus allen Mitgliedern. Sollte deren Zahl zu groß sein, so wird durch die Generalversammlung der Ortsgruppe ein Delegationsmodus auf der Grundlage der einzelnen Betriebsorganisationen und Zahlstellen beschlossen.

Versammlungen der einzelnen Industriegruppen werden durch die Vertreter derselben in der Ortsleitung nach Bedarf einberufen.

C. Unterbezirke.

Die Unterbezirksleitung wird gewählt von den einzelnen Ortsgruppenräten. Sie setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten, einem Schriftführer und je einem Beisitzer für jede im Unterbezirk vorhandene Industriegruppe zusammen. Die Leitung des Unterbezirks ist der Konferenz derselben als höchste Instanz und der Konferenz des Bezirkswirtschaftsrates verantwortlich.

Alle drei Monate muß eine Konferenz in den Unterbezirken stattfinden. Die einzelnen Betriebsorganisationen oder Zahlstellen entsenden bis zu 250

zahlende[n] Mitglieder[n] einen Delegierten, bis zu 500 Mitgliedern zwei Delegierte, bis zu 1000 zahlenden Mitgliedern 3 Delegierte. Für jedes weitere volle Tausend einen Delegierten. Die Einberufung der Konferenz des Unterbezirks erfolgt durch die Unterbezirksleitung. Die Tagesordnung ist mindestens drei Wochen vorher den Ortsgruppen mitzuteilen. Anträge zur Konferenz müssen mindestens eine Woche vor Beginn derselben an die Unterbezirksleitung eingereicht werden. Versammlungen der einzelnen Industriegruppen innerhalb des Unterbezirks werden durch die Vertreter der Industriegruppen in der Unterbezirksleitung einberufen.

Die Konferenz wählt die Unterbezirksleitung u. die Freigestellten. Sie regelt gleichfalls deren Bezahlung.

Jeder Unterbezirk ist in der Erledigung der inneren organisatorischen Angelegenheiten selbständig. Innere Angelegenheiten des Unterbezirks sind solche, die sich aus der Tätigkeit für die Organisation innerhalb des Rahmens derselben ergeben.

D. Wirtschaftsbezirke.

Die Unterbezirke schließen sich zu Wirtschaftsbezirken zusammen. Die Leitung besteht aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, einem Schriftführer und je einem Vertreter der im Wirtschaftsbezirk vorhandenen Industriegruppen. Sie führt die Bezeichnung Bezirkswirtschaftsrat und wird von der Konferenz des Bezirks ebenso wie die Freigestellten der Geschäftsleitung gewählt. Die Besoldung der Freigestellten wird von der Konferenz geregelt.

Der Gesamtbezirkswirtschaftsrat besteht aus allen Bezirkswirtschaftsräten der einzelnen Industriegruppen.

Je nach Bedarf werden von der Leitung des BWR. im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle Konferenzen zur Erledigung der eingelaufenen Anträge und zur Beratung aller die Organisation betreffenden Fragen einberufen.

Die Geschäftsleitung nimmt an diesen Konferenzen mit beratender Stimme teil.

Alle sechs Monate muß eine Konferenz in den Wirtschaftsbezirken stattfinden. Die einzelnen Betriebsorganisationen und Zahlstellen entsenden bis zu 500 zahlende[n] Mitglieder[n] einen Delegierten, bis zu 1000 zwei, für jedes weitere volle Tausend je einen weiteren Delegierten.

Die Einberufung der Konferenz erfolgt durch den BWR. unter Bekanntgabe an die Geschäftsleitung. Die Tagesordnung ist mindestens vier Wochen vorher den Unterbezirken zur Weiterleitung an die Ortsgruppen, Betriebsorganisationen und Zahlstellen mitzuteilen.

Anträge zur Konferenz müssen mindestens eine Woche vor Beginn derselben an die Geschäftsleitung eingereicht werden.

Konferenzen der einzelnen Industriegruppen innerhalb des Wirtschaftsbezirks werden durch ihre Vertreter im BWR. im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung nach Bedarf einberufen.

Die Geschäftsleitung des Wirtschaftsbezirks hat nachstehende Aufgaben:

1. Ausgabe der Beitragsmarken und Kassierung der Beiträge für den Wirtschaftsbezirk.
2. Ausgabe von sonstigem Material, Zeitungen, Flugblättern usw.
3. Erteilung von Rechtsschutz, soweit in den Unterbezirken keine Geschäftsleitung vorhanden ist. Wo dies der Fall ist, übernehmen die Unterbezirke die Rechtsschutzangelegenheiten selbständig.
4. Agitation und Propaganda innerhalb des Wirtschaftsbezirks.
5. Vertretungen des Wirtschaftsbezirks nach innen und außen.
6. Erledigung der sonstigen Geschäfte.

Die Geschäftsleitung ist der Reichszentrale verantwortlich.

E. Reichszentrale.

Die Reichszentrale setzt sich zusammen aus je einem Vertreter jeder selbständigen Industriegruppe. Die Vertreter werden durch den Reichskongreß gewählt. Das Vorschlagsrecht steht den Industriegruppen zu. Die Reichszentrale ist dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich. Die Einstellung von Hilfspersonal erfolgt durch die Reichszentrale auf Beschluß des Reichswirtschaftsrats, der die Besoldung der Angestellten zu regeln hat. Die Reichszentrale hat folgende Aufgaben:

1. Ausgabe der Marken, Kassierung der Pflichtbeiträge für die einzelnen Wirtschaftsbezirke.
2. Vertretung der Organisation nach innen und außen, namentlich Behörden und dritten Personen gegenüber.
3. Erledigung aller Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzungen anderen Organen der Organisation vorbehalten sind.
4. Die Aufrechterhaltung der Satzungen zu überwachen und alle satzungsgemäßen Beschlüsse zu vollziehen.
5. Leitung der gesamten Agitation und Propaganda.
6. Kontrolle des gesamten geschäftlichen Teils der Organisation.
7. Herausgabe des Zentralorgans und der einzelnen Fachbeilagen.

Die Besoldung der Freigestellten der Reichszentrale wird durch den Reichswirtschaftsrat geregelt. Als Basis gilt eine Norm, die durch den Reichskongreß festzulegen ist. Besondere Spesen unterliegen dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates.

§ 10.
Reichswirtschaftsrat.

Jeder Wirtschaftsbezirk entsendet je einen Delegierten der Industriegruppen in den Reichswirtschaftsrat. Die Leitung des Reichswirtschaftsrats setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten und einem Schriftführer und zwei Beisitzern zusammen. Der Reichswirtschaftsrat wird vom

Reichskongreß gewählt, dem er als höchste Instanz verantwortlich ist. Er ist ehrenamtlich tätig, die entstehenden Kosten werden von der Reichszentrale getragen.

Der Reichswirtschaftsrat hat die Aufgabe, alle Fragen, welche die Gesamtorganisation betreffen, zu erledigen. Er hat alle Beschwerden über Beschlüsse der einzelnen Organisationsorgane und Körperschaften zu erledigen und die Geschäftsführung der Reichszentrale zu überwachen.

Der Reichswirtschaftsrat beruft unter Bekanntgabe an die Reichszentrale den regelmäßigen oder außerordentlichen Reichskongreß ein. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, mit einfacher Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten jedes Mitglied der Reichszentrale wie deren Hilfsarbeiter von ihren Funktionen zu entheben, sobald er die Ueberzeugung gewinnt, daß die Tätigkeit oder das Verhalten des Betreffenden den Interessen der Organisation erweislich zuwiderläuft. Berufung an den Reichskongreß ist zulässig.

Weiterhin hat der Reichswirtschaftsrat jeweilig am Quartalsende den von der Reichszentrale einzureichenden Kassen- und Geschäftsbericht zu prüfen und den von der Reichszentrale halbjährlich aufzustellenden Haushaltsplan zu genehmigen.

Der Reichswirtschaftsrat tritt je nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich einmal, zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den geschäftsführenden Vorsitzenden. Die Einberufung muß erfolgen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beim Vorsitzenden beantragen.

An den Sitzungen des Reichswirtschaftsrates nimmt die Reichszentrale mit beratender Stimme teil. Die Reichszentrale hat das Recht, Anträge an den RWR. zu stellen. Das Mandat des RWR. währt bis zum nächsten ordentlichen Reichskongreß, wenn es nicht durch einen außerordentlichen Reichskongreß aufgehoben wird. Außerdem können die einzelnen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates, wenn ihre Mandanten die Ueberzeugung gewinnen, daß sie nicht mehr in ihrem Sinne tätig sind, jederzeit mit einfacher Majorität bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten zurückberufen werden.

§ 11.

Industriegruppenräte.

Zur besseren Vertretung der einzelnen Industriegruppen bzw. zur besseren Behandlung der beruflichen Fragen werden innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke durch die Delegierten der Industriegruppen Industriegruppenräte gebildet. Die Leitung setzt sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten und zwei Beisitzern zusammen. Die Finanzierung des Industriegruppenrates übernimmt der Wirtschaftsbezirk.

Die Industriegruppenräte sind dem zuständigen BWR. verantwortlich.

§ 12.

Reichsgruppenräte.

Innerhalb der Gesamtorganisation entsenden die einzelnen Industriegruppenräte Delegierte in den Reichsgruppenrat, und zwar je zwei für jeden Wirtschaftsbezirk. Die Reichsgruppenräte haben die besonderen beruflichen Interessen der gesamten Industriegruppe zu vertreten, insbesondere auch bei Abschluß von Lohnverhandlungen usw.

Die Leitung des Reichsgruppenrates setzt sich aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, einem Schriftführer und zwei Beisitzern zusammen. Die Finanzierung übernimmt die Reichszentrale.

Die Reichsgruppenräte sind dem RWR. und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

§ 13.

Reichskongreß.

1. Der Reichswirtschaftsrat hat die Pflicht, unter Mitteilung an die Reichszentrale alljährl. einen ordentlichen Reichskongreß einzuberufen. Ebenso ist der Reichswirtschaftsrat verpflichtet, auf Antrag eines Wirtschaftsbezirks sowie bei unvorhergesehenen Ereignissen einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen. Die Einberufung zum ordentlichen Reichskongreß muß acht Wochen vorher in dem Zentralorgan bekanntgegeben werden. Beim außerordentlichen Kongreß vermindert sich die Frist auf vier Wochen. In beiden Fällen ist bei Einberufung die vorläufige Tagesordnung bekanntzugeben. Alle zum ordentlichen Reichskongreß gestellten Anträge sind vier Wochen vorher an die Reichszentrale einzureichen, von wo sie spätestens 14 Tage vor Abhaltung des Kongresses sämtlichen Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten sind. Bei Einberufung eines außerordentlichen Kongresses vermindern sich die Fristen zur Einreichung auf 14 Tage vor Stattfinden des Kongresses. Die Uebermittlung an die Wirtschaftsbezirke auf sieben Tage vor Stattfinden des Kongresses.

Alle Ortsgruppen entsenden bis zu 1000 zahlenden Mitgliedern einen Delegierten und für jedes weitere volle Tausend einen weiteren Delegierten.

Freigestellte können nicht als Delegierte gewählt werden.

Abstimmungen auf dem Reichskongreß erfolgen nur, wenn mindestens zwei Drittel der entsandten Delegierten anwesend sind. Die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder ergibt sich aus der Abrechnung des Monats, in welchem die Einberufung des Reichskongresses in dem Zentralorgan bekanntgegeben wird.

Anträge an den Reichskongreß können gestellt werden:

a) von allen Betriebsorganisationen, Zahlstellen und Ortsgruppen;
b) von den Unterbezirken;
c) von den Wirtschaftsbezirken;
d) von den Geschäftsleitungen;

e) von der Reichszentrale;
f) von dem Reichsgruppenrat;
g) von dem Reichswirtschaftsrat.

Sämtliche Anträge müssen durch Mehrheitsbeschluß zustande gekommen sein. Einzelne Mitglieder können den Reichskongreß nur als Beschwerdeinstanz anrufen.

Auf der Tagung des Reichskongresses können die Delegierten Anträge zur Tagesordnung und außerhalb des Rahmens derselben stellen. Dieselben kommen zur Beratung, wenn sie mindestens von 20 Delegierten unterstützt sind.

Zur Teilnahme am Reichskongreß sind verpflichtet:
a) mit beratender und beschließender Stimme: die Delegierten;
b) mit beratender Stimme: die Vorsitzenden der Wirtschaftsbezirke sowie der Reichsgruppenräte; die Geschäftsleiter der Wirtschaftsbezirke; die Redakteure des Zentralorgans und die beiden Vorsitzenden der Preßkommission; die Geschäftsleiter der Reichszentrale; der Hauptkassierer und die Hauptkassenrevisoren; der gesamte Reichswirtschaftsrat.

Zur Leitung des Kongresses wählen die Delegierten aus ihrer Mitte zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten, zwei Schriftführer und fünf Beisitzer.

Die Reichszentrale ist verpflichtet, ein stenographisches Protokoll aufzunehmen, das sämtlichen Mitgliedern zugängig gemacht werden muß.

Der Geschäftskreis des ordentlichen Reichskongresses erstreckt sich auf:
a) Wahl des Büros;
b) Wahl der Mandatsprüfungskommission;
c) Wahl der Antragkommission;
d) Genehmigung des Berichts der Reichszentrale:
   1. Geschäfts- und Kassenbericht,
   2. Bericht über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit und Entwickelung,
   3. Bericht über die Presse;
e) Genehmigung des Berichtes des Reichswirtschaftsrates;
f) Abänderung der Satzungen;
g) Festsetzung der Grundbeiträge;
h) Wahl des Reichswirtschaftsrates und der Geschäftsleiter der Reichszentrale;
i) Wahl der Redakteure des Zentralorgans und der Preßkommission;
k) Wahl des Hauptkassierers und der drei Hauptkassenrevisoren;
l) Festlegung der Besoldungsnormen für die Geschäftsleiter und das Personal der Reichszentrale;
m) Entscheidung über etwaige Verlegung des Sitzes der Organisation;
n) Beschlußfassung über alle Anträge, welche satzungsgemäß an den Reichskongreß eingereicht worden sind;

o) Bestimmung des Tagesortes des nächsten Reichskongresses.

Alle Beschlüsse des Reichskongresses werden mit einfacher Majorität gefaßt.

Im übrigen gibt sich der Reichskongreß seine Geschäftsordnung selbst.

Die Beschlüsse des Reichskongresses sind für alle Mitglieder bindend.

Die Finanzierung des Reichskongresses erfolgt in der Form, daß die Delegierten von denjenigen Betriebsorganisationen oder Zahlstellen, durch die sie delegiert worden sind, finanziert werden. Die Kosten der übrigen Teilnehmer am Reichskongreß werden von denjenigen Organen getragen, die sie entsandt haben. Die Lokalkosten des Reichskongresses übernimmt derjenige Wirtschaftsbezirk, in dessen Bereich der Kongreß tagt.

§ 14.
Finanzierung.

Von den durch die Satzung festgelegten Grundbeiträgen bleiben ... in der Bezirkszentrale. Die restlichen ... sind an die Reichszentrale abzuführen.

Die Bezirkszentrale deckt aus ihren Einnahmen sämtliche Unkosten einschließlich Agitation, organisatorische Ausgaben, der Besoldung der Freigestellten und des technischen Hilfspersonals.

Die Reichszentrale finanziert die Auslagen der Reichsgruppenräte und den Reichswirtschaftsrat. Sie bezahlt außerdem sämtliche laufenden Ausgaben einschließlich der Agitation, soweit sie von der Reichszentrale aus veranlaßt worden ist. Ebenso erfolgt durch sie die Besoldung der Freigestellten und des technischen Hilfspersonals der Reichszentrale; sie liefert außerdem das Zentralorgan einschließlich der Beilagen für die Industriegruppen. Für die Funktionäre ist ein Mitteilungsblatt monatlich herauszugeben, dessen Finanzierung Aufgabe der Reichszentrale ist. Die Lieferung von Mitgliedsbüchern, Beitragsmarken, Satzungen, Formularen, Drucksachen, soweit diese von der Reichszentrale selbst angefordert werden, erfolgt kostenlos.

Die Reichszentrale hat innerhalb der Organisation für eine einheitliche Kassenführung und deren Kontrolle Sorge zu tragen.

Die Leitung der gesamten Kassengeschäfte übernimmt der von dem Reichskongreß zu wählende Hauptkassierer, der hauptamtlich tätig ist; dieser ist der Reichszentrale, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für seine Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

§ 15.
Revisionen.

Die Betriebsorganisationen und Zahlstellen wählen ihre Revisoren selbst. Das gleiche trifft auf die Unterbezirke und Wirtschaftsbezirke zu. Die Re-

visoren sind berechtigt, jederzeit, jedoch mindestens vierteljährlich eine Kassenrevision vorzunehmen.

Die Kontrolle der Kasse der Reichszentrale erfolgt durch die vom Reichskongreß gewählten drei Kassenrevisoren. Sie sind verpflichtet, vierteljährlich mindestens einmal eine Kassenrevision vorzunehmen und einen kurzen Bericht darüber im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Die Adresse des Obmanns der Revisoren ist im Zentralorgan bekanntzumachen. An ihn sind alle Einsendungen, soweit sie die Revisoren betreffen, zu richten. Halbjährlich muß von allen Organisationsorganen ein Geschäfts- und Kassenbericht herausgegeben werden.

§ 16.
Presse.

Für die Organisation wird ein einheitliches Zentralorgan herausgegeben, welches wöchentlich erscheint und das alle Fragen, soweit sie die Gesamtorganisation, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen betreffen, behandelt. Das Zentralorgan führt den Namen "Union", Organ der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation).

Für die einzelnen Industriegruppen werden je nach dem Stärkeverhältnis derselben besondere Beilagen zum Zentralorgan herausgegeben.

Zentralorgan und Beilagen werden den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Außerdem erscheint für die Funktionäre der Gesamtorganisation monatlich ein Mitteilungsblatt bei kostenloser Zustellung.

Zur Durchführung der technischen Arbeiten wählt der Reichskongreß zwei Redakteure mit gleichen Rechten, die hauptamtlich tätig sind, mit dem Sitz in Gelsenkirchen und Berlin; diese sind der Reichszentrale, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichskongreß für ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht verantwortlich.

Zur Ueberwachung der Presse wird auf dem Reichskongreß eine Preßkommission gewählt. In ihr müssen alle Industriegruppen durch je einen Delegierten vertreten sein. Die Adresse des Obmannes der Pressekommission ist im Zentralorgan bekanntzugeben.

§ 17.
Aktionen.

Kleinere lokale Aktionen, die sich aus irgendwelchen Mißständen ergeben, sind Sache des in Frage kommenden Betriebes, der Zahlstelle, der Ortsgruppe und des Unterbezirks. Jedoch muß über Dauer, Verlauf und Ausgang der Aktion der Geschäftsstelle des Bezirkswirtschaftsrates Mitteilung gemacht werden.

Aktionen im Rahmen eines Wirtschaftsbezirks sollen nur im Einverständnis mit der Reichszentrale und dem Reichswirtschaftsrat vorgenommen werden. Die Geschäftsstelle des Wirtschaftsbezirks ist verpflichtet,

nach Bedarf, jedoch mindestens monatlich einmal, über Dauer, Verlauf und Ausgang von Aktionen innerhalb des Wirtschaftsbezirks an die Reichszentrale zu berichten.

Aktionen im Reichsmaßstabe können nur von der Reichszentrale gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsrat nach gründlicher Vorbereitung durch die Wirtschaftsbezirke, Unterbezirke usw. vorgenommen werden. Zur Durchführung von Aktionen im Reichsmaßstabe ist die Zustimmung der einzelnen Bezirkswirtschaftsräte notwendig.

Bei außerordentlichen Situationen kann der RWR. gemeinsam mit der Reichszentrale die nötigen Maßnahmen ergreifen.

§ 18.
Auflösung der Organisation.

Eine etwaige Auflösung der Organisation kann nur auf einem zu diesem Zweck einberufenen Reichskongreß mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

In diesem Falle entscheidet der Reichskongreß auch über das vorhandene Vermögen, Inventar usw.

§ 19.
Schlußbestimmungen.

Diese Satzungen sind auf dem gemeinsamen Reichskongreß der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen, dem Freien Landarbeiter-Verband (Ind.-Verb.) und dem Verband der Kopf- und Handarbeiter aller Verwaltungsbehörden und Betriebe am 8. Sept. 1921 zu Halle (Saale) beschlossen worden. Sie treten mit dem Tage des Beschlusses in Kraft.

Die vorhandenen Organisationssatzungen erlöschen damit.

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschafts-Internationale, o. O. 1921.

-XI-

Aus den Richtlinien der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands

Was ist Organisation?

Organisieren heißt etwas einrichten, gestalten. Organisationen nennt man die Parteien, die Gewerkschaften, das Militär, die Kirche, den Staat, den Völkerbund usw. usw.

Was ist das, Organisation? Gab es immer solche Organisationen wie heute? Jeder weiß, daß das nicht so war. Bei den wandernden alten Germanen sah es anders aus, als einige Jahrhunderte später, im sogenannten "Mit-

telalter", mit den Handwerkerzünften und den unter Feudalherren leibeigenen Bauern. Eine andere Organisation besaß Deutschland, als es in viele Dutzende von Fürstentümern, Herzogtümern, freien Städten usw. zerfiel, als später im "Deutschen Reich". Das ist aber nicht etwa zufällig. Die äußeren ohne weiteres sichtbaren Formen einer Epoche sind nicht eine Hülle, die man nach Belieben anlegen oder abschälen kann. Das, was uns z. B. heute im Trust und in der Großstadt so gut wie in der Einrichtung des Einwohnermeldeamts oder der Armenkommission eines Bezirks entgegentritt, kann man von den Gesamtzuständen so wenig trennen, wie eine Baumkrone von Stamm und Wurzeln. Sie bilden ein Ganzes. Organisation ist also ein bestimmtes Gebäude auf einem bestimmten Fundament. Mit der Aenderung des Fundaments ändert sich die Organisation, so wie sich die Haut wandelt, strafft oder faltet mit dem wechselnden Zustand des ganzen Körpers. Den Untergrund der menschlichen Gesellschaftsverhältnisse bilden die Produktionsverhältnisse, die wirtschaftlichen Verhältnisse, bildet die Art, in der die Menschen die Produkte für ihre Bedürfnisse herstellen. Die moderne Produktionsform ist die des Kapitalismus. Die moderne Organisation hängt also untrennbar mit dem Wesen des Kapitalismus zusammen, ist sein Resultat. Natürlich bleibt sie nicht immer die gleiche, so wenig der Kapitalismus still steht. Es ist ein ununterbrochenes Fließen, Wachsen, Altern, Sterben, Geborenwerden. Ein geschichtlicher, ein revolutionärer Prozeß geht vor sich. Das Entstehen einer neuen Organisation verschlingt sich in langem, oft qualvollem Werden, mit den noch möglichen Lebensäußerungen und mit den Todeszuckungen der alten. Eine entscheidende Rolle in einem solchen Prozeß spielt natürlich die Einsicht, die die kämpfenden Menschen in ihn haben. Man kann um so leichter das Alte sprengen und dem Neuen Platz schaffen, je sachgemäßer man die Sprengpatrone zu legen versteht.

Die alte Organisation

Der Staat

Die Organisation des kapitalistischen Systems hat ihren vorläufig höchsten und stärksten Ausdruck im modernen Klassenstaat gefunden. Ob sie darüber hinaus im festgeschlossenen Weltwirtschaftssyndikat und Völkerbund ihr Höchstziel erreicht, hängt ab vom Kampf, vom Widerstand und Sieg des Weltproletariats, von den Etappen, in denen es fortschreitet.

Für das Proletariat ist der kapitalistische Staat der Repräsentant der herrschenden Klasse. Er ist der Beschützer der Privatwirtschaft und des Privateigentums. Er ist der Henker der Ausgebeuteten. Seine Rechtsprechung ist Klassenjustiz. Seine Einrichtung und Verwaltung (Trust, Syndikat, Bureaukratie, Militarismus, Parlamentarismus, Schullehrbucherziehung usw.) ist Knebelung und Niederhaltung des Proletariats. Sie bedeuten das Regieren einer geringen Zahl "Besitzender" und ihrer geistigen Diener über eine übergroße Mehrheit von Untertanen. Sie erniedrigen das Proletariat zum Zubehörteil der Maschine. An der Spitze gottbegnadete, kaum verantwortliche Führer, dahinter die von ihnen restlos abhängigen Verwaltungen und zuunterst die entrechteten Massen, denen man Brocken zuwirft oder die Kandare anlegt, je nachdem man die "Bestie" am leichtesten beruhigen zu können glaubt.

Parteien

Zum kapitalistischen Staat gehört als eine seiner Ausdrucksformen, als Gliedorganisation, das Parlament. Der Parlamentarismus ist eine der kennzeichnendsten Betätigungsformen der kapitalistischen Welt, d. h. einer Welt von Ausgebeuteten und Ausbeutern, einer Welt der ökonomisch politischen Ungleichheit, einer Welt der Klassengegensätze. Mit Parlamentarismus ist nicht nur zu bezeichnen die Arbeit im "offiziellen" sichtbaren Parlament, das heute nur noch ein Bureau des Kapitalismus ist, eine Kulisse, hinter der gearbeitet wird, ein Sicherheitsventil des Kapitalismus, sondern Parlamentarismus ist ein Symbol des Kapitalismus überhaupt. Er ist der Ausdruck für das Wesen, für die Struktur, für die Grundverfassung des Kapitals, für seine Taktik und seine Methoden in der augenblicklichen Epoche.

Mit dem Parlamentarismus hängt zusammen die Bildung der politischen Parteien. Infolgedessen tragen Parteien vollkommen den Charakter der kapitalistischen Organisation. Sie sind aufgebaut nach dem Grundsatz: Führer und Masse. Der Führer über der Masse; sie sind eine Organisation von oben nach unten. Der Führer befiehlt, die Masse gehorcht. Oben einer oder eine Gruppe Regierender, unten eine Armee Regierter, einige Schlaue und Millionen Esel. Die Leithammellei ist Prinzip. Die Masse ist das Objekt der Politik, das heißt, sie ist ein Ding, das man je nach den Bedürfnissen der "Führer" gebraucht. Das Werkzeug einer solchen Partei ist die Taktik, und zwar die kapitalistische Unternehmertaktik, das ist der Betrug. Der Führer ist der Unternehmer, die Partei sein Eigentum. Der andere Unternehmer sein Konkurrent. Es gilt, einmal das Eigentum zu sichern und weiterhin den Konkurrenten zu erledigen. Beides erfolgt durch die Taktik, durch die immer raffinierteren Mittel und Methoden kapitalistischer Geschäftskundigkeit. Vor nichts scheut man zurück. Parteimann sein bedeutet: den Mut aufbringen zur Borniertheit, den Mut zur marktschreierischen Phrase, den Mut zur Abtötung des Menschlichen im Menschen.

Der Entwicklung des Kapitalismus als eines wirtschaftlich politischen Systems mit der ihm entsprechenden Organisation zu seiner letzten Ausdrucksmöglichkeit in der zentralen Beherrschung der Welt durch ein kapitalistisches Weltwirtschaftssyndikat stehen zunächst noch hindernd im Wege seine ungleichmäßige Entwicklung in den verschiedenen Ländern, die Konkurrenz der Nationen, auch als Kultur- und Rassegemeinschaften, und seit der zwei-

ten Hälfte des 19. Jahrhunderts der fortschreitende organisierte Abwehr- und Angriffskampf der unterdrückten Klasse des Proletariats. Jene Zeit, in der aus der Einsicht in den kapitalistischen Prozeß das Bewußtsein des Proletariats als einer Klasse entstand, und umgekehrt das instinktive Bewußtsein zu dieser Einsicht führte, nämlich zur Einsicht in die Notwendigkeiten des Klassenkampfes, der proletarischen Solidarität, der internationalen Zusammengehörigkeit mit der Zielrichtung auf die klassenlose Gesellschaft -, jene Zeit ist die Zeit der Geburt des modernen Kommunismus.

Da aber natürlich weder der Kapitalismus am Ende seiner Kräfte war, noch das Proletariat als klassenbewußte Masse fertig dastand, sondern beider Entwicklung als ein Prozeß weiterschritt, so ist es klar, daß auch nicht ohne weiteres - und besonders vor dem politischen Siege der bisher unterdrückten Klasse - eine proletarische Organisation entstehen konnte, die als diametraler Gegensatz zur kapitalistischen, zunächst proletarischen Klassencharakter aufwies und zur Anwendung der daraus folgenden proletarischen Methoden (Kampfesarten) gelangen konnte. Ansätze dazu sind gemacht worden. Der Kampf zwischen Marx und Bakunin zeigt Spuren. Aber sie kamen natürlich nur schwach oder gar nicht oder entstellt heraus. Das proletarische Klassenbewußtsein entwickelte sich nur sehr langsam (die bloße Zahl der Mitglieder sozialistischer Organisationen hat nichts zu bedeuten) und das Charakteristische der Uebergangszeit von damals bis zur jetzigen Epoche, ist das Zusammenströmen von Scharen Ausgebeuteter im Staubecken der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften. Der Kampf dieser Organisationen von dem Boden des Kapitalismus aus, erforderte selbstverständlich nicht "Predigen" eines Zieles, sondern Aufweisen des Weges dahin, Ausnutzung aller bürgerlichen Bastionen. So war der Kampf der Gewerkschaften um Lohnaufbesserungen, der Kampf im Parlament eine politische Notwendigkeit in einer Zeit, in der etwa die Parole des freien Wahlrechts revolutionäre Energien wecken und auslösen konnte. Aber im Laufe dieses Kampfes wurde selbst das nächste Ziel "Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins" aus dem Auge verloren. Die Einstellung darauf, daß die "Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann", daß also die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats als wesentlichste Aufgabe nicht einen Augenblick außer Acht gelassen werden dürfte, trat immer mehr zurück. Sozialistische Organisationen wurden, je länger je mehr, Organisationen mit kapitalistischem Charakter und kapitalistischen Methoden. Sie wurden "Führerorganisationen", Eigentum in der Hand von Drahtziehern, die selbst noch tief im Bann kapitalistisch-bürgerlicher Anschauungen steckten. Sie wurden Selbstzweck. In der Hand von einzelnen Menschen, die losgelöst waren aus den Bedürfnissen des Proletariats, lag die "Führung" des Klassenkampfes. Der Parlamentarismus mit seiner notwendigen Konsequenz, die revolutionäre Aktivität der Massen zu lähmen, siegte. Der Klassenkampf, die Revolution wurde die Geschäftsangelegenheit eines führenden Unternehmerkonzerns. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Das "sozialistische" Parteiwesen oder vielmehr Parteiunwesen gelangte erst in der Revolution seit 1918 zur widerlichsten Entfaltung. Von der alten "sozialdemokratischen Partei" bis zur "vereinigten kommunistischen Partei" läuft in dieser Beziehung eine gerade Linie, die höchstens noch ansteigt, je näher sie der VKPD rückt.

Gewerkschaften

Brutaler noch als die Parteien offenbaren die Gewerkschaften, daß sie Organisationen vollkommen kapitalistischer Natur geworden sind. Entstanden in den Zeiten des Kleinkrieges gegen ein noch nicht allzu stark kartelliertes Unternehmertum, waren sie ursprünglich die gegebene Form für das Proletariat, anzukämpfen gegen die verelendenden Tendenzen des Kapitalismus.

"Dadurch, daß sie sie beschränkte und der Arbeiterklasse die Existenz ermöglichte, erfüllte die Gewerkschaftsbewegung ihre Rolle im Kapitalismus und wurde selbst ein Glied der kapitalistischen Gesellschaft. So wie der Parlamentarismus die geistige, so verkörpert die Gewerkschaftsbewegung die materielle Macht der Führer über die Arbeitermassen. Sie sind im entwickelten Kapitalismus, mehr noch im imperialistischen Zeitalter zu riesigen Verbänden geworden, die die gleiche Richtung der Entwicklung zeigen, wie in älterer Zeit die bürgerlichen Staatskörper selbst. In ihnen ist eine Klasse von Beamten, eine Bureaukratie entstanden, die über alle Machtmittel der Organisation verfügt, die Geldmittel, die Presse, die Ernennung der Unterbeamten. Aus Dienern der Gesamtheit ist sie zu ihren Herren geworden und identifiziert sich (setzt sich gleich) mit der Organisation. Und darin auch stimmen die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bureaukratie überein, daß trotz der Demokratie, die darin herrschen soll, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bureaukratie durchzusetzen. Die Organisation tritt ihnen gleichsam als etwas Fremdes gegenüber, als eine äußere Macht, gegen die sie rebellieren können; die aber über ihnen steht, obgleich doch diese Macht aus ihnen selbst entsprießt. Also wieder ähnlich wie der Staat." (Pannekoek).

Diese Gewerkschaften sind - alles in allem - eine bureaukratische Organisation aus der Welt der Privatwirtschaft, mit der die Leiter als feste Angestellte auf Gedeih und Verderb verbunden sind. In ihrer Existenz von der Existenz der Gewerkschaften abhängig, stehen sie unweigerlich unter dem Zwang der Verhältnisse und sind zum mindesten - den günstigsten Fall angenommen - in ihren Entschließungen beschwert und verlangsamt.

Die Gewerkschaften sind beruflich gegliederte Organisationen. Sie gingen mehr und mehr darauf aus, sich von der unerbittlichen Schärfe des

Klassenkampfgedankens abzuwenden und zu beschränken auf die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die einzelnen Berufszweige. Sie schufen und förderten die Berufskonkurrenz. Sie trennten den Arbeitenden vom Arbeitslosen, den gelernten vom ungelernten, den jugendlichen vom älteren Arbeiter, den Mann von der Frau. Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum, wurden sie in die Defensive (Verteidigungsstellung) gedrängt und verfielen dem ausgesprochensten Reformismus. Sie vermieden nach Möglichkeit große Streiks. Generalstreik, Massenstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn. Er würde ja auch die Gewerkschaften, die Existenz der Führerbureaukratie vernichten.

Die Räteorganisation als proletarische Organisation

Mit dem Untergang der kapitalistischen Epoche gehen auch die Organisationsformen dieser Epoche zugrunde. Und es wird deutlich geworden sein an der Charakteristik von Partei und Gewerkschaft, daß ihre Organisationsform kapitalistischer Natur ist oder doch geworden ist. Diese Organisationsformen beruhen ökonomisch (wirtschaftlich) auf der Privat- und Profitwirtschaft, im Weiterlaufe auf einer gesteigerten Form der Privatwirtschaft: auf dem Staatskapitalismus. Aus ihnen folgt ideologisch (d.h. als geistige Spiegelung der wirtschaftlichen Grundlage) die Verherrlichung der Persönlichkeit, des "Führers", der Autorität, die Steigerung des Individualismus und Egoismus.

Mit dem Wachsen und Werden der proletarischen Klasse entstehen natürlich Ausdrucksformen, Organisationsformen, die dieser Klasse entsprechen. Selbstverständlich erst dann, wenn in den Proletariern das volle Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß sie eine Klasse sind mit besonderen, dem Kapitalismus entgegengesetzten Interessen. Sie entstehen nicht von heute auf morgen, auch nicht von vornherein in voller Reinheit; sie entwickeln sich mit dem Fortschreiten der geistigen Klarheit und dem Hinzuströmen immer größerer Massen. Und sie können erst ganz und gar zur Reife gelangen, wenn das proletarische Fundament da ist, wenn nämlich keine Privat- und Profitwirtschaft mehr da ist, sondern eine proletarische Gemein- und Bedürfniswirtschaft.

Es ist leicht zu begreifen, daß das Proletariat, wenn es als eine Gesellschaft, als ein gemeinsames Ganzes Besitzerin aller Produktionsmittel (Bergwerke, Fabriken usw.), alles bisherigen "Eigentums" überhaupt ist, wenn allen alles gemeinsam gehört, daß es dann eine andere Organisation haben wird, als die kapitalistische es ist. Aber schon vorher schafft sich das Proletariat, und zwar um so besser, je mehr es sich als Klasse zu begreifen beginnt, Ausdrucksformen, Organe, in denen sich das Klassenbewußtsein, das soziale Bewußtsein, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit verkörpert. Diese als ein revolutionärer Prozeß entstehende Organisationsform, nennt man Räteorganisation.

Sie entwickelt sich im ununterbrochenen Kampf gegen die kapitalistischen Formen. Sie stört sie, durchbricht sie, zersprengt sie. In ihr wird das Verhältnis von Masse und Führer ein anderes sein. Der Strom wird nicht von oben nach unten gehen, sondern zunächst von unten nach oben. Später wird es das lebendige gegenseitige Durchdringen eines einheitlichen Ganzen sein.

Die Räteorganisation wird der Todfeind jedes Bureaukratismus sein, jedes Parlamentarismus, jeder Gemeinschaft mit dem Kapital. Sie wird sich ganz und gar auf die klassenbewußte Masse stützen.

Die Räteorganisation bedeutet also - solange um sie gekämpft wird - die fortschreitende Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus; vor allem auch aus den Fesseln der bürgerlichen Geisteswelt. In ihrem Werden verkörpert sich die fortschreitende Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats; der Wille, das proletarische Klassenbewußtsein in die Wirklichkeit umzusetzen, ihm auch den sichtbaren Ausdruck zu geben. Die Kraft, mit der um diese Räteorganisation gekämpft wird, ist geradezu das Thermometer, das anzeigt, wie weit das Proletariat sich als Klasse begriffen hat und durchzusetzen gewillt ist.

Damit ist auch schon klar, daß nicht die rein äußerliche Ernennung von Arbeiterräten besagt, daß sie Ausdruck der neuen, der proletarischen Organisation sind. Es wird im Lauf der Entwicklung vorkommen, daß wirkliche Räte wieder versumpfen, daß sie zu einer neuen Bureaukratie erstarren. Dann wird gegen sie der Kampf genau so rücksichtslos aufgenommen werden müssen, wie gegen die kapitalistischen Organisationen. Aber die Entwicklung wird nicht stillstehen und das Proletariat kann und wird nicht ruhen, bis es über "die Diktatur des Proletariats" weg - in der klassenlosen Gesellschaft -, dem Rätesystem, der neuen Organisation seinen geschichtlich möglichen Ausdruck gegeben hat.

Die Allgemeine Arbeiter-Union

Die Betriebsorganisation

Die Betriebsorganisation ist der Anfang zur Gestaltung der besonderen proletarischen Organisation, eben der Räteorganisation. Ansätze zu solcher Organisation waren mehrfach vorhanden. Aber erst die Revolution hat in deutlicher Ausprägung jene Betriebsorganisationen hervorgebracht, die als echte Kinder klarsten proletarischen Klassenbewußtseins angesehen werden können. Sie entstanden als Notwendigkeiten, als Klassenkampf-

waffe der Arbeiter, die kämpfen wollten. Die alten Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, konnten es nicht und wollten es nicht.

Die Betriebsorganisationen sind also nicht Künstliches. Sie sind auch kein Verlegenheitsprodukt, sondern in ihnen wird auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Grund der geistigen Klarheit über die eigenen Bedingungen, das Klassenbewußtsein des Proletariats zum kraftvollen Leben geboren. Sie sind neue Gebilde, die von unten auf wachsen, sich ausdehnen, das Alte durchbrechen, zerstören, entwurzeln und soziales Leben und Denken Wirklichkeit werden lassen.

Niemand wird leugnen können, daß wir in einer Epoche leben, in der die kapitalistische Welt am Ende ihres Lateins steht. Nur die kommunistische Produktion bedeutet den Ausweg. In dieser Epoche muß der Weg erkannt werden, auf dem am schnellsten und sichersten die Umwälzung durchgeführt werden kann. Es kommt dabei nicht allein darauf an, die politische Macht in Händen zu haben (diese Macht hatten die Proletarier 1918), sondern darauf, sie zu halten. Und da ist bei der Stärke des Kapitals in Westeuropa, bei der Macht seiner Organisation: des Staates, des Militarismus, des Parlamentarismus, der Verwaltung, der Bureaukratie, der Lehrbucherziehung, des Berufsführertums dringendste Aufgabe der Proletarier - die noch in hohem Grade in der Ideologie des Kapitalismus stecken -, sich klar zu werden über die Möglichkeiten, jene alten Formen restlos zu zertrümmern. Man kann aber nicht aufbauen, wenn man nur zertrümmert. Wer nur kritisiert, nur immer verneint, ohne positive Vorschläge machen zu können, bleibt im Grunde stecken in der bürgerlichen Welt. Kritik an ihrer Welt - allerschärfste - üben auch die Intellektuellen der Bourgeoisie. Aber Hohn und Spott allein, Selbstverhöhnung ist noch kein gewinnbringender Ausdruck für proletarisches Klassenbewußtsein. Der Kampf gegen Zentralismus und Kadavergehorsam, gegen Führer- und Bonzentum wird nicht dadurch allein erfolgreich geführt, d.h. erfolgreich für den Fortgang der proletarischen Revolution, daß man sie bis aufs Messer bekämpft und in Stücke zerschlägt, sondern daß man sie entwurzelt durch das Wachstum rein proletarischer Formen (als Anfänge der Räteorganisation). In den Betriebsorganisationen wird diese Forderung zum Leben geboren.

Wollen die Arbeiter ihre endgültige Befreiung als Klasse, und nicht nur den Vorteil einzelner Cliquen und Schichten, so müssen sie zu Formen kommen, die ganz und gar ihr eigenes Klassenwerk sind, nicht Produkte einzelner "Führer". Sie müssen zu Formen kommen, in denen Selbstdenken und Selbsthandeln nicht nur eine Phrase ist, sondern zur Tatsache wird. Und solche Formen werden aus ihrem innersten Wesen heraus, d.h. aus ihrer Entstehung aus proletarischem Klassenwollen, in absolutem Gegensatz zu jeder Form stehen, die irgendwie mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Können sie auch nicht gleich "ganz rein" sein, denn wir leben in einer Uebergangszeit, so muß ihre Richtung unbedingt und immer eindeutig sein. In ihnen muß die proletarische Solidarität geradezu

als Folge eines Rechenexempels herausspringen. Selbstverständlich wird sie damit auch zur unabweislichen Forderung.

Die Betriebsorganisationen sind zunächst in erster Linie Klassenkampforganisationen.

Sie sind (zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union) weder eine politische Partei noch eine Gewerkschaft. Beides verstanden in ihrer bisherigen Bedeutung, d.h. solche Gebilde, wie sie jeder in den heutigen Parteien und Gewerkschaften vor sich sieht.

Das Proletariat beginnt sich in ihnen bewußt zum restlosen Sturz der alten Gesellschaft, zur Einheitlichkeit als Klasse zu organisieren. In den Betriebsorganisationen werden die großen Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität; hier bereitet sich organisch (d.h. als ein natürlicher Prozeß; auf natürliche, den Verhältnissen entsprechende Weise) die Einigung des Proletariats vor. Die Betriebsorganisation ist ein Anfang kommunistischen Werdens und wird als Rückgrat der Betriebsräte zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft. Klassenlose Gesellschaft besagt: restlose Gemeinwirtschaft und restlos soziale Ausdrucksformen. Sie bedeutet absolute Vereinheitlichung des ökonomischen Fundaments.

Jeder erhält vorerst so viel als möglich ist. Später nach seinen Bedürfnissen. Jeder hat zu arbeiten, so viel jeweilig nötig ist.

Die Bildung solcher Betriebsorganisationen als Klassenkampforganisationen kann ihren Anfang nur nehmen vom Betrieb aus. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse im Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins, in unerschöpflichem Strom von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei. Das Berufsinteresse, eingeengt auf das ihm zukommende Maß. Die Betriebsorganisation wird in immer höherem Grade zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus.

Zusammenschluß der BO in der AAU

Die Betriebsorganisationen als eine Fülle lebendiger Einzelheiten schließen sich zusammen in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Dieser Zusammenschluß ist nicht die willkürliche Aneinanderkleisterung verschiedenartiger, abgeschlossener und nur für sich existierender Gebilde. Er ist ein innerlich notwendiger. Wie der Rätegedanke sich entwickelt als der Ausdruck des Klassenwollens der Proletarier, so müssen notwendig die einzelnen Be-

triebsorganisationen zusammenwachsen. Denn als bruchstückweise entstehende Bildungen finden sie erst in dem großen Strom der allgemeinen Entwicklung zur proletarischen Organisationsform ihren Abschluß. Sie fließen notwendig zusammen, wie die Einzelbäche sich finden zum Strom. Ein solcher Zusammenschluß, als ein Zusammenschluß im Rätegedanken, ist ein von unten ausgehender. Ein von der proletarischen Klasse aus gemußter und gewollter. Der Kampf als ausgebeutete Klasse schmiedet zusammen, er schafft und formt die soziale Bindung, die proletarische Solidarität, die Klassensolidarität. Nicht eine Solidarität in Worten, sondern in Taten.

Natürlich ist die Allgemeine Arbeiter-Union als Gesamtorganisation, als Anfang der Räteorganisation, nie etwas Fertiges. Immer neue Betriebsorganisationen fließen heran und oft genug wird statt klaren Wassers, Dreck und Schlamm hineingewühlt werden. Das ist ein natürlicher Prozeß. Sie wird ununterbrochen um ihre Reinheit kämpfen müssen.

Zentralismus und Föderalismus

Der Kampf, den die Allgemeine Arbeiter-Union zu führen hat, ist Klassenkampf in reinster Form. Ein Teil dieses Kampfes wird schon dadurch von ihr bewältigt, daß sie sich selbst im Gegensatz zu kapitalistischen Organisationsgebilden nach dem proletarischen Rätegedanken aufbaut. Jedenfalls strebt sie fortwährend danach, im Produktionsprozeß diesen Gedanken immer klarer und reiner in die Wirklichkeit umzusetzen. Mit ihrer Existenz allein bildet sie eine fortwährende Bedrohung aller kapitalistischen Formen. Sie gibt ein Beispiel der Entwicklung und allmählichen Kristallisierung des proletarischen Klassenbewußtseins und zwingt so das Gesamtproletariat zur Stellungnahme. Sie erinnert fortwährend an die ganz große Linie seiner Revolution. Das Wachsen in dieser Richtung wird von Tag zu Tag mehr verschwinden lassen den Kampf um den sogenannten Zentralismus und Föderalismus. Vom Standpunkt der Allgemeinen Arbeiter-Union aus wird der Streit um diese beiden Prinzipien, Organisationsformen zum öden Wortstreit. Man muß sie natürlich in ihrer bisherigen Bedeutung verstehen und ihnen keinen neuen Sinn unterschieben.

Unter Zentralismus verstehen wir jene Form, die die Massen um weniger willen gängelt und knechtet. Er ist für die AAU der Teufel, der vernichtet werden muß. Er ist antisozial.

Der Föderalismus ist sein Gegensatz, aber sein Gegensatz auf dem Boden der gleichen Wirtschaftsweise. Er bedeutet Selbstherrlichkeit, starre Eigenwilligkeit des Einzel-Individuums (oder des Einzelbetriebes, Einzelbezirkes, der Einzelnation). Auch er ist antisozial und nicht minder zu bekämpfen.

Beide Formen entwickelten sich allmählich in den vergangenen Jahrhunderten. Der Föderalismus überwog im Mittelalter, der Zentralismus in der hochkapitalistischen Periode.

Die Sympathie für den Föderalismus beruht einfach darauf, daß man in ihm die Verneinung des Zentralismus sieht, und dann annimmt, er brächte Freiheit und Paradies. Dieser Wunsch nach Föderalismus führt dann zu einem Spottbild von Autonomie (Selbstbestimmungsrecht). Man glaubt proletarisch-sozial zu handeln, wenn man jedem Bezirk, Ort (ja man müßte es jeder Person) Autonomie in allen Fragen zuerkennt. In Wirklichkeit bedeutet das, das Kaisertum abschaffen und an seine Stelle eine Fülle kleiner Fürstentümer setzen. Ueberall entstehen kleine Könige (Funktionäre), die ihrerseits einen Bruchteil der Mitgliedschaft "zentralistisch" beherrschen als ihr Eigentum. Im ganzen entsteht Zersplitterung und Zerfall.

Beide, Zentralismus und Föderalismus sind bürgerliche Ausdrucksformen. Der Zentralismus mehr großbürgerlich, der Föderalismus kleinbürgerlich. Beide sind antiproletarisch und lähmen den reinen Klassenkampf. Das Proletariat weiß, daß es nur im engsten Zusammenschluß zur Ueberwindung des Kapitals kommt. Dieser Zusammenschluß ergibt sich in immer größerer Stärke und immer weiterem Ausmaß in der Fortbildung des Rätesystems. In ihm, mit seiner Kontrolle von unten, seiner Entfesselung aller proletarischen Anlagen und Kräfte, seiner Bindung von Führer und Masse, löst sich aller Widerstreit, weil in ihm die Entwicklung des Klassenbewußtseins, die Entwicklung zur absoluten sozialen Zusammengehörigkeit, Wirklichkeit wird. Zunächst geistig, später, in der Gemeinwirtschaft, auch ökonomisch.

Es ist verständlich, da noch alles im Werden und der Weg der AAU bis zum Ziel noch lang ist, daß noch manche Fehler gemacht werden (insbesondere Uebergriffe einzelner Körperschaften, einzelner Funktionäre; oft genug erklärlich gerade durch die Liederlichkeit "autonomer" Stellen); damit wird den "Zentralisten" und "Föderalisten", die ja zumeist aus guten, aber unklaren Kämpfern bestehen, immer erneut Gelegenheit gegeben, je nachdem über Diktatur zu wettern oder mehr Diktatur zu fordern. Das wird und darf kein Hindernis sein, den geraden Weg zu gehen, der bedeutet: Das Proletariat als internationale Klasse sucht und findet in der Herausbildung des Rätesystems seinen immer engeren Zusammenschluß, der es instand setzt, den Kapitalismus und seinen Geist endgültig zu überwinden und der späterhin seine Vollendung findet in der klassenlosen Gesellschaft.

Masse und Führer

Aus der Art des Aufbaues der Allgemeinen Arbeiter-Union, wie er auch im Organisationsstatut deutlich wird, ergibt sich, daß in ihr ein anderes Verhältnis besteht zwischen Masse und Führer als in Organisationen

kapitalistischen Charakters. Sind die Proletarier in diesen ein Spielball politischer Unternehmertypen, so werden sie hier in immer höherem Grade zu Selbstträgern ihres Schicksals, des Schicksals ihrer Klasse. Hier beginnt die Theorie Gewalt zu werden, die sagt: die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.

Der Begriff "Masse" gewinnt eine andere Bedeutung als im kapitalistischen System. Im Sinne des privatwirtschaftlichen Denkens ist Masse gleich Kadaver, ein Objekt, mit dem man nach Belieben schaltet. Sie wird als "Eigentum" bestimmter Menschen, Instanzen, Cliquen angesehen. Für das proletarische Denken ist aber Masse kein zusammenhangloser Haufe unklarer Egoisten, sondern Masse ist das Proletariat, soweit es als klassenbewußtes im sozialen Denken und Wollen unlöslich verbunden ist.

Eine solche Masse entsteht nur durch eine immer sich steigernde, organisierte Selbsttätigkeit, zunächst im Kampf gegen das Kapital, beim Aufbau der eigenen Organisation, später durch gleichmäßige Mitwirkung im Produktionsprozeß.

Damit ist auch schon ausgesprochen, was "Führer" im proletarischen Sinn ist. Der Führer muß ein mit dieser klassenbewußten Masse eng verbundenes Glied sein. Er wird das Leben und Denken dieser Masse darstellen, gestalten, und seinerseits die Masse mit seinem Feuer durchglühen. Er muß so kämpfen, daß er nicht, wie der Unternehmer für sein Eigentum, für seine Fabrik, für sein Volk, für seine Nation, kämpft, sondern er muß kämpfen als Teil der großen sozial-proletarisch fühlenden, denkenden, wollenden Masse, die über die ganze Welt verbreitet ist. Er darf nicht kämpfen mit dem Bewußtsein: Ich will die proletarische Bewegung zu meiner Bewegung machen, die Revolution ist meine Angelegenheit, mir hat man zu folgen, das ist Privatkapitalismus, das ist bürgerliche Ideologie.

Die Allgemeine Arbeiter-Union lehnt also in ihrem Kampf nicht "Führer" überhaupt ab. Das hieße, jede Klugheit, jede Fähigkeit, jeden starken Willen ablehnen. Das wäre nicht Sozialismus, sondern bürgerlich militärisches Zuchthaus, tötende Gleichmacherei, Verwechslung des lebendigen Menschen mit einem Maschinenprodukt. Es wäre auch Utopismus, da wir erst am Anfang der Kämpfe und nicht am Ende stehen. Im Gegenteil, sie wird die proletarischen Führer geradezu mit der größten Verantwortung beladen. Nur ist eben die Voraussetzung, daß sich aus der Organisation, aus dem System heraus, die absolut sichere Kontrolle über jeden Verantwortlichen ergibt. In dieser Richtung bewegt sich die Räteorganisation. Sie führt einen erbarmungslosen Kampf gegen Einzeldiktatur und organisiertes Cliquen- und Instanzentum, das losgelöst ist aus den Bedingungen und Bedürfnissen der proletarischen Masse, und mit den Methoden kapitalistischen Schiebertums arbeitet. Sie wendet sich aufs schärfste gegen die Intellektuellen. Wobei sie unter Intellektuellen jene Menschen versteht, die ihre

überlegene Bildung dazu benutzen, das Proletariat zum Tummelplatz und Spielball ihrer eigenen Gedanken und Interessen zu macnen.

AAU und Diktatur des Proletariats

Die AAU steht innerlich wie äußerlich in unüberbrückbarem Gegensatz zur kapitalistischen Bourgeoisie. Daraus ergibt sich von selbst, daß sie sich auf den Boden der "Diktatur des Proletariats" stellt. Erkämpfung dieser Diktatur ist ihr nächstes politisches Ziel. Eine solche Diktatur bedeutet: Es gibt im Kampf um die kommunistische, die klassenlose Gesellschaft, keinerlei Kompromiß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapital und Arbeit. Zu ihrer Durchführung gehört notwendig die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft, vermöge der Räteorganisation.

Die Dauer der Diktatur ist abhängig vom Verschwinden der alten Mächte.

Die AAU brandmarkt, wo sie nur kann, den Schwindel der (bürgerlichen) Demokratie. Eine solche Demokratie hat zur Voraussetzung ökonomische Ungleichheit.

Das Wesen einer solchen (Stimmzettel) Demokratie zu erläutern ist unnötig für Proletarier, die ihre Wirkungen seit August 1914 in unauslöschlicher Furchtbarkeit haben fühlen müssen. Jede Demokratie dieser Art ist Diktatur der Besitzenden. In einem Augenblick nun, wo alle Vorbedingungen für die Eroberung der Macht durch das Proletariat gegeben sind, d.h. wo die Weiterexistenz des Kapitalismus nur durch eine alles bisherige Maß übersteigende Ausbeutung, ja nur durch Hinsterbenlassen zahlloser Millionen Proletarier möglich ist, werden die Ausgebeuteten in wachsender Zahl den revolutionären Kampf gegen die "Demokratie" aufnehmen und nicht ruhen, bis das Kapital am Boden liegt. Freiwillig abdanken wird es niemals, oder (wie etwa in Ungarn) nur zum Schein. Ist nun das Proletariat die herrschende Klasse, dann wird -, während gleichzeitig der Aufbau des Kommunismus vor sich geht - mit aller Kraft jede konterrevolutionäre Regung niedergehalten werden müssen; mit Gewalt. Alles andere wäre Selbstmord. Die Diktatur des Proletariats ist unvereinbar mit der Freiheit der Bougoisie. Dagegen ankämpfen ist entweder Unverstand, gutgemeintes Pfaffengeschwätz, Utopismus, oder es ist direkte oder indirekte Unterstützung der Konterrevolution.

Für die AAU bedeutet das selbstverständliche Bekenntnis zur "Diktatur des Proletariats" aber auch die grundsätzliche Abwendung von jeder Art Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Es ist das Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf mit seinen eigenen Methoden.

Die Politik, das ist der Kampf einer solchen Organisation, trägt von vornherein proletarischen Klassencharakter. Das bedeutet vor allem die Ablehnung aller und jeder Art von Parlamentarismus. Ja, umgekehrt, muß ausgesprochen werden, daß mit dem Bestehen von solchen Betriebsorganisationen, jeder Parlamentarismus notwendig zur Sabotage am Fortgang der proletarischen Revolution wird.

Weiter ist der Kampf der AAU restlos international eingestellt. Das Proletariat als Klasse wird in seinem Handeln einzig bestimmt durch seinen Charakter als internationale Einheit. Der Gesichtspunkt des Internationalen steht obenan. Die AAU steuert in der Richtung auf internationale Gemeinwirtschaft, das ist zuletzt die Menschheit als klassenlose Gesellschaft. Selbstverständlich ist die Art und Form ihres Kampfes in gewissem Grade gebunden an die Bedingungen des Landes, in dem sie kämpft. Sie wird sich von vornherein ständig mühen, Verbindung herzustellen und zu festigen zwischen den revolutionären Räten der verschiedenen Länder.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrgg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 7-11 und 16-23.

-XII-

Aufbau und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union (1921)

1. Mitglied kann jede Person werden, die Programm und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union anerkennt.

2. Die Allgemeine Arbeiter-Union wird nach dem Rätesystem aufgebaut. Die Betriebsorganisationen bilden die Grundlage. Die Betriebsorganisationen vereinigen sich zu Ortsgruppen und Wirtschaftsgebieten. Die gesamten Ortsgruppen und Wirtschaftsgebiete bilden die Allgemeine Arbeiter-Union.

3. In allen Betrieben wählen die Arbeiter ihre Vertrauenspersonen.

4. Aus der Mitte der Vertrauensleute wählen die Mitglieder einen Obmann, Schriftführer, Kassierer und ihre Stellvertreter. Diese bilden den Orts-Organisationsrat.

5. Jede Ortsgruppe delegiert einen Genossen in den Aktionsrat, der die Exekutive des Wirtschaftsbezirkes bildet.

6. Jeder Wirtschaftsbezirk delegiert einen Genossen in den Reichswirtschaftsrat, der die Exekutive des Reiches bildet.

7. Sämtliche Funktionäre sind jederzeit abberufbar.

8. Die Regelung der Beitragsleistung wie die Festsetzung der Beitragshöhe ist Angelegenheit der selbständigen Betriebs-, Orts- und Bezirks-Organisationen. Die Finanzierung des Reichswirtschaftsrats geschieht durch Umlageverfahren. Die Wirtschaftsbezirke resp. Ortsgruppen sind verpflichtet, dem Reichswirtschaftsrat die angeforderten Summen zu überweisen.

9. Es bleibt den einzelnen Orts- und Wirtschaftsbezirken überlassen, Rechtsschutz und Unterstützung, die durch Umlage aufgebracht werden müssen, bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelung zu gewähren.

10. Aus der Allgemeinen Arbeiter-Union wird ausgeschlossen, wer gegen Grundsätze und Beschlüsse derselben handelt.

11. Die Reichskonferenz wird nach Bedarf einberufen. Auf Antrag eines Drittels der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist der Reichswirtschaftsrat verpflichtet, eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Die Einberufung der Reichskonferenz muß vier Wochen, die außerordentliche 20 Tage vor Abhaltung den Wirtschaftsbezirken bekanntgegeben werden. Alle zur ordentlichen Reichskonferenz gestellten Anträge sind 20 Tage vorher beim Reichswirtschaftsrat einzureichen, der dieselben spätestens 14 Tage vor Abhaltung der Konferenz sämtlichen Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten hat. Die Wahl der Delegierten erfolgt in der Vollversammlung des Wirtschaftsbezirks.

Zur Beschickung der Reichskonferenz kommen auf die ersten 500 Mitglieder des Wirtschaftsbezirks ein Delegierter, auf jedes angefangene Tausend je ein weiterer Delegierter mehr bis zur Höchstzahl von sieben Delegierten. Um an Kosten zur Beschickung der Reichskonferenz zu sparen, erfolgt die Abstimmung auf derselben nicht nach Anzahl der Delegierten, sondern nach der Zahl der zu vertretenden Mitglieder.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz sind für alle Mitglieder nur dann bindend, wenn programmatische und organisatorische Fragen der Gesamtmitgliedschaft so frühzeitig unterbreitet worden sind, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrgg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 46f.

-XIII-

Programm der AAU, angenommen auf der Reichskonferenz in Leipzig (12. bis 14. Dezember 1920)

1. Die AAU kämpft um die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse.

2. Ihr Ziel ist die klassenlose Gesellschaft, die nächste Etappe die Diktatur des Proletariats, d. h. die ausschließliche Willensbestimmung des Proletariats über alle politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.

3. Die allmähliche Durchsetzung des Rätegedankens ist die fortschreitende Selbstbewußtseinsentwicklung der proletarischen Klasse. Die eigentlichen Diktatoren sind Beauftragte der Räte, die deren Beschlüsse auszu-

führen haben. Die Räte können jederzeit durch ihre Mandatgeber abberufen werden. Sogenannte "Führer" können nur als Berater in Frage kommen.

4. Die AAU lehnt alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden ab.

5. Die AAU wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus, denn sie bedeutet Sabotage des Rätegedankens.

6. Ebenso verwirft die AAU jede Beteiligung an gesetzlichen Betriebsräten als eine gefährliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.

7. Die AAU wendet sich gegen den Syndikalismus, soweit er dem Rätegedanken ablehnend gegenübersteht.

8. Insbesondere aber wendet sich die AAU mit äußerster Schärfe gegen die Gewerkschaften als das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland, als das Hauptbollwerk gegen die Einigung des Proletariats als Klasse.

9. Die Einheitsorganisation ist das Ziel der AAU. Alle ihre Bestrebungen werden darauf gerichtet sein, dieses Ziel zu erreichen. Ohne die Existenzberechtigung der politischen Parteien anzuerkennen (denn die geschichtliche Entwicklung drängt zu ihrer Auflösung), führt die AAU gegen die politische Organisation der KAP, die Ziel und Kampfesweise mit der AAU gemein hat, keinen Kampf, sondern ist bestrebt, in revolutionärem Kampf mit ihr gemeinsam vorzugehen.

10. Die Aufgabe der AAU ist die Revolution im Betriebe. Sie läßt sich die politische und wirtschaftliche Schulung der Arbeiter angelegen sein.

11. In der Phase der Ergreifung der politischen Macht wird die BO selbst ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betriebe durch die auf der BO sich erhebenden Betriebsräte. Die BO tritt dafür ein, daß die politische Gewalt immer nur von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Aus: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), hrgg. vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921, p. 48.

-XIV-

Grundfragen der Organisation (Otto Rühle)

Partei und Gewerkschaft sind die aus der vorrevolutionären Zeit überkommenen Organisationen des klassenbewußten Proletariats.
In ihnen wurde von der Arbeiterschaft der Klassenkampf gegen das kapitalistische System der bürgerlichen Gesellschaft geführt.
Dabei fiel der Partei die Verfechtung der politischen Interessen mit weitgesteckten Zielen zu, während die Gewerkschaft um die nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen des Tages kämpfte. Diese Scheidung der Aufgaben entsprach den Bedingungen, die sich für den Klassenkampf aus dem Charakter und der Struktur der Gesellschaft im vorrevolutionären Zeitalter ergaben.
Die erwachsene Arbeitergeneration von heute ist, sofern sie im Klassenkampfe steht, in den beiden Organisationen Partei und Gewerkschaft groß geworden.
Sie sah und sieht noch in der Zugehörigkeit zu ihren Organisationen die erste Pflicht des klassenbewußten Proletariers, den Beweis seiner politischen Reife und den Ausdruck seines Willens zum Kampfe. Politisch und gewerkschaftlich organisiert zu sein, galt ihr und gilt ihr noch als etwas so Selbstverständliches, Ernstes und beinahe Heiliges, daß jeder Versuch, sie von ihren Organisationen abzubringen, ihr als feindliche, reaktionäre, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Handlung erscheint.
Die in der Tradition alt Gewordenen bedenken dabei nicht, daß alles in der Welt gut und richtig ist nur zu seiner Zeit. Ist diese Zeit vorüber, wird das Gute schlecht und das Richtige falsch; Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.
Die Revolution, eine Epoche grundstürzender Veränderungen, die keinen Stein dieses Gesellschaftsbaues auf dem andern lassen wird, geht auch an den Organisationen des Proletariats nicht spurlos vorüber. Sie stürzt das Alte, um aus den Ruinen neues Leben zu erwecken.
Da ist es an der Zeit, zu untersuchen: Welche Umstände und Bedingungen waren es, die Partei und Gewerkschaft im vorrevolutionären Zeitalter so große Bedeutung verliehen? Sind diese Voraussetzungen heute noch gegeben, und können Partei und Gewerkschaft vor den Erfahrungen und Erfordernissen der Gegenwart bestehen? Oder aber drängen etwa neue Bedingungen und höhere Ziele des Klassenkampfes zu zeitgemäßeren, rationelleren, wirksameren Organisationsgebilden? Wenn ja - welche Art der Organisation ist nunmehr die Organisation der Revolution, des revolutionären und sozialistischen Zeitalters?

II. Die Partei

Die Partei ist bürgerlicher Herkunft. Sie stellt die klassische Organisation für die Interessenvertretung der Bourgeoisie dar. Ihre Entstehung fällt in die Zeit, in der die bürgerliche Klasse zur Herrschaft kam. Und zwar entstand sie im Zusammenhange mit dem Parlament. Das Parlament hinwiederum ergab sich aus der Organisation des bürgerlichen Staates; es bildet eine seiner wichtigsten und kennzeichnendsten Erscheinungs- und Betätigungsformen. Also: bürgerlich-kapitalistischer Klassenstaat, Parlament und Partei gehören zusammen, sind miteinander verwachsen; eins bedingt das andere, jedes funktioniert nur in Verbindung mit den übrigen.
Hatte im Feudalstaat die Gesetzgebung in den Händen des selbstherrlichen

Monarchen gelegen, der seinen absolutistischen Willen in Dekreten oder Ukasen kundgab, so ging sie im Bourgeoisstaat (der sich in seiner entwickeltsten Form als Republik präsentierte) auf das Parlament über, eine Körperschaft aus gewählten Vertretern des Volkes, d.h. vorwiegend der besitzenden Schichten des Volkes. Schließlich stellte das Parlament auch die Regierung, wenigstens die Spitzen des bureaukratischen Verwaltungsapparates im Staate.
Um auf Gesetzgebung und Verwaltung Einfluß zu gewinnen, schlossen sich die verschiedenen Interessentengruppen der bürgerlichen Klasse für die Zwecke der Wahlpropaganda, Stimmenwerbung usw. zu politischen Wahlvereinen zusammen. Aus diesen gingen mit schärferer programmatischer Ausprägung und strafferem Organisationsgefüge die Parteien hervor. Bürgerliche Parteien zur Vertretung und Verfechtung bürgerlicher Interessen im bürgerlichen Parlament.
In dem Maße, in dem sich das Proletariat zur Klasse entwickelte und als besondere Klasse mit eigenen Interessen fühlen lernte, verließ es die Gefolgschaft der bürgerlichen Gruppen, ging bei Parlamentswahlen selbständig vor und schloß sich zu diesem Zwecke zu proletarischen Vereinen, Wahlvereinen (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Verband deutscher Arbeitervereine, Demokratische und Sozialdemokratische Wahlvereine) und später zu Parteien (Eisenacher Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zusammen.
Die Partei als politisches Organisationsgebilde stammt also aus bürgerlicher Zeit, ist aus dem Wesen des bürgerlichen Staates geboren, durch den bürgerlichen Parlamentarismus bedingt und auf die bürgerliche Methode, Politik zu treiben, nämlich mittels parlamentarischer Betätigung, eingestellt. Selbst wenn sich ihre Mitglieder aus dem Proletariat rekrutieren, kann sie ihren Charakter im organisationstechnischen Aufbau wie in der politisch-taktischen Funktion nicht verleugnen oder abstreifen; sie bleibt eine Zusammenfassung der Kampfkräfte nach den Bedürfnissen und Erfordernissen bürgerlicher Politik, eine Formation und Waffe für die Interessenkämpfe auf der Basis bürgerlicher Politik, ein Instrument, das nur funktionsfähig und wirksam ist in den Methoden bürgerlicher Politik.
Die Partei, bürgerlicher Herkunft, ist somit auch bürgerlichen Wesens.
Das bürgerliche Wesen ist organisatorisch charakterisiert durch den Zentralismus.

III. Der Zentralismus

Der Zentralismus ist ein Organisationsprinzip, nach dem alle Betätigungen einer Organisation, ihre Leitung und ihr Ziel von einem Mittelpunkte (Zentrum) ausgehen und auf ihn zurückführen.
Er findet immer dort Anwendung, wo wenige über viele herrschen wollen. Im bürgerlichen Staat, der organisierten Herrschaftsgewalt einer Minderheit (Bourgeoisie) über die Mehrheit (Proletariat), findet der Zentralismus seine klassische Anwendung und Durchführung. Bureaukratie, Steuerwesen, Gerichtsbarkeit, Schulbetrieb, vor allem aber der Militarismus, weisen straff zentralistischen Aufbau auf.

Auch die Partei verkörpert das Prinzip des Zentralismus. Sie gleicht einer Pyramide, die stufenweise aufsteigt. Unten die Masse der Mitglieder, die zu zahlen und zu gehorchen haben; von Stufe zu Stufe ein Kreis von Führern in gestaffelter Rangordnung, mit immer höheren Gehältern, größeren Kompetenzen und stärkerer Befehlsgewalt. An der Spitze (Zentrale) endlich bei ein paar Leuten oder gar einem einzigen Menschen die höchste Autorität und die letzteEntscheidung. Alle Initiative, alle Disposition, aller Einfluß, alle Verfügungsgewalt ist bei den Führern; sie haben den Verwaltungsapparat, die Rednerliste, die Mandate, die Presse, die Kasse in ihren Händen. Die Masse wird gegängelt, geleithammelt, durch militärische Brutalisierung oder listige Umschmeichelung in Abhängigkeit und Unterjochung gehalten; sie bildet das Stimmvieh bei Wahlen; ihre höchste Tugend ist der Kadavergehorsam - die Parteidisziplin.
Der Zentralismus hat den Vorteil, daß er die vorhandenen Kräfte konzentriert, zur Einheit zusammenfaßt, zum Ganzen verbindet und dadurch zu größerer Leistung nach einheitlichem Gesichtspunkte befähigt; aber auch den Nachteil, daß er die Einzelinitiative ertötet, den Willen der Mitglieder lähmt, die individuelle Kraftentfaltung unterbindet und damit das Individuum in seiner Entwicklung zu selbständiger Persönlichkeit, zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit verhindert. Er ist ein Organisationssystem für Herren über Knechte.
Das Gegenstück des Zentralismus ist der Föderalismus, der dem einzelnen größtes Selbstbestimmungsrecht und weiteste Betätigungsfreiheit gewährt - ein Vorteil, dem freilich der Nachteil mangelhafter Zusammenfassung der Kräfte zum zielbewußten und leistungsfähigen Ganzen gegenübersteht. Die Partei hat dank ihrem zentralistischen Aufbau in vorrevolutionärer Zeit Großes geleistet. Sie stellte einen kunstvoll konstruierten Mechanismus dar, einer modernen Maschine vergleichbar, bei der ein Druck auf einen Knopf genügt, um von einer Zentralstelle aus ein tausendfaches Hebel- und Räderwerk in Gang zu setzen und nützliche Leistungen zu vollbringen. Sie hat nur einen Fehler: daß sie in dem Augenblicke versagt, in dem sie am nötigsten gebraucht wird. Wann wird sie am nötigsten gebraucht? In der Revolution. Da sollen von der Zentrale aus, die den Generalstab bildet, Parolen ausgegeben werden, Dispositionen, Ratschläge, Befehle hinausgehen. Die Führer drücken auf den Knopf ... aber die Leitung versagt. Denn die Revolution beginnt mit großen Wirtschaftskämpfen, mit Streiks, Unruhen, Sabotageakten, Störungen aller Art. Da stehen die Eisenbahnen still, verkehrt keine Post, stockt der Telegraphen- und Telephonverkehr, versagt der Kurierdienst. Da können auch die Parolen und Befehle der Zentrale nicht ins Land hinaus. Die Leitung ist abgeschnitten von den Massen, die sich, da sie durch

das zentralistische System zur Unselbständigkeit erzogen worden sind, nicht zu helfen wissen. Es kommt keine Einheitlichkeit der Kampfführung zustande. Ratlosigkeit, Verwirrung und Niederlage sind die Folge.
Der zentralistische Parteiapparat hat, soll er funktionieren zur Voraussetzung, daß der zentralistische Staatsapparat funktioniert. Das ist in friedlichen, vorrevolutionären Zeiten der Fall. Darum war in diesen Zeiten die Partei ein treffliches Instrument, das tadellos funktionierte und glänzende Erfolge hatte. Mit der Revolution aber hört dies auf. Die Partei versagt. Sie läßt die kämpfenden Massen im Stich. Weil die Leitung gestört ist, steht die Maschine still. Aber auch die Führer versagen. Als Berufsführer in festen Stellungen, mit geregelter Arbeitszeit und einem Gehalt, das über den Arbeiterlohn hinausgeht, sind sie keine Proletarier mehr; sie sind Beamte in gehobenen Lebensverhältnissen. Kleinbürgerliche Beamte mit kleinbürgerlichen Lebensgewohnheiten und bald auch mit kleinbürgerlicher Denkweise. Als solche verabscheuen sie die Unordnung und Unbequemlichkeit, die Aufregung und Unsicherheit - die Revolution. Der Zentralismus hat sie zu Verwaltungsmenschen erzogen, nicht zu Kämpfern. Sie wissen am grünen Tische und in den Akten Bescheid, aber nicht im Betrieb, in den Fabriken. Sie verstehen zu reden, zu rechnen, zu kalkulieren, zu verhandeln, statistische Fragebogen auszufüllen und Paragraphen zu reiten; aber sie verstehen sich nicht auf die Taktik der Revolution.
Weil sie Beamte sind, keine Proletarier, versagen sie in der proletarischen Revolution, mit der sie innerlich nichts verbindet.

....

V. Die Gewerkschaften

Wie die Parteien, so entstammen auch die Gewerkschaften dem bürgerlichen Zeitalter. Aus den Nöten einer großen Krise der sechziger Jahre wurden sie geboren.
Aber im Gegensatz zu den Parteien der Arbeiterklasse gaben sie sich nie revolutionär. Von Anfang an erklärten sie sich für politisch neutral und beschränkten sich in ihrem Wirken auf die Herbeiführung besserer Lohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems. Das ist, ohne Umschweife und Verschleierung, ein reformistisch - opportunistisches Programm.
Dem Verzicht auf große Ziele entsprach der Verzicht auf große Kämpfe. Nie dachten sie ernstlich daran, dem Kapital die geschlossene Front des Proletariats gegenüberzustellen; entstanden in den Zeiten des wirtschaftlichen Kleinkriegs gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum, begnügten sie sich als beruflich gegliederte Organisationen mit der Erzielung materieller Vorteile für einzelne Berufszweige. Sie schufen und förderten die Berufskonkurrenz. Sie trennten den Arbeitenden vom Arbeitslosen, den Gelernten vom Ungelernten, den jugendlichen vom älteren Arbeiter, den Mann von der Frau. So zerrissen sie die proletarische Front, führten Klassenschichten ein und lähmten damit den Klassenkampf.
Gefördert wurde diese Tendenz durch ein ausgebreitetes Unterstützungswesen, das Staat und Unternehmertum entlastete und die Gesinnung der Arbeiter durch Züchtung kleinlichster egoistischer Interessenjägerei geradezu verpestete.
Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum wurden sie in die Defensive gedrängt, verfielen dem ausgesprochensten liberalen Reformismus, vermieden nach Möglichkeit große Streiks, die ja gewollt oder ungewollt politischen Charakter annehmen mußten, und begnügten sich mit Ausgleichsverhandlungen über Tarife, Kollektiv-Verträge usw. Ihre Kämpfe um Lohn usw. wurden Selbstzweck, statt Mittel zum Zweck der Herbeiführung des Sozialismus. Aus dieser Verfassung der Gewerkschaften erklärt sich der Schauder vor Massenstreik und einheitlicher Massenorganisation. Generalstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn, ja als die Revolution den Generalstreik als erste bewußte und machtvolle Erhebung des Proletariats als Klasse erforderte, schrie die gesamte Gewerkschaftsbureaukratie: Generalstreik ist Generalverbrechen!
Diese Gewerkschaftsbureaukratie ist das Produkt der zentralistisch-bureaukratischen Organisationsform. Alles, was über die Parteiführer gesagt wurde, trifft auf die Gewerkschaftsangestellten in erhöhtem Maße zu. Sie stellen das echte Bonzentum dar, bilden die typischen Unteroffiziere der Arbeiter-Armee. Auf Gedeih und Verderb mit ihren Verbänden verwachsen, in ihrer Existenz von deren Existenz abhängig, vermögen sie die soziale Frage nie anders als durch die Brille ihrer engen Verbandsinteressen zu betrachten; im Konflikt zwischen Klassenkampf und Verbandskasse, Gesamtwohl und Futterkrippe entscheiden sie sich immer für die letzteren. Selbst der Vorsitzende der KPD, Paul Lange, vor die Entscheidung gestellt, griff zum Brotkorb und ließ die kommunistische Gesinnung fahren. Und das geschah am grünen Holze! Diese Gewerkschaftsbeamten waren während des Kriegs die schlimmsten Durchhaltepolitiker und ärgsten Annexionisten; während sie sich selbst reklamieren ließen, brachten sie jeden Vertreter der Opposition durch Denunziationen bei der Militärbehörde in den Schützengraben und vor die feindliche Kugel. Sie halfen das schmachvolle Hilfsdienstgesetz schaffen und suchten bis zur letzten Stunde den Ausbruch der November-Revolution zu verhindern. Kurz darauf schlossen sie mit dem Unternehmertum die Arbeitsgemeinschaft, den zweiten Burgfrieden im Interesse des Geldsacks, und betätigten sich in den Revolutionskämpfen als die bösartigsten und niederträchtigsten Hetzer gegen die kämpfenden Arbeiter. Durch schändlichen Verrat halfen sie die Kämpfe im Ruhrgebiet in Arbeiterblut ersticken, und als der Weiße Schrecken darnach Tausende von Proletariern in Gefängnisse und Zuchthäuser warf, saßen Gewerkschaftsbeamte mit in den Standgerichten, die diese blutigen Urteile fällten. Für die Gewerk-

schaften und ihre Bureaukratie, schon in normalen Zeiten ein Hindernis und eine Gefahr der Entwicklung, gibt es heute nur eins: Ausrottung, Sprengung, Vernichtung. Rücksichtslos hinweg mit ihnen in einer Zeit, die dem Kapitalismus im Lande und seinen Fronherren in der Entente die Weiterexistenz nur möglich macht dadurch, daß die das arbeitende Volk - mit Hilfe der Gewerkschaften - doppelt und dreifach auspressen können! Oder sind nicht die Gewerkschaften überall für das Akkordsystem eingetreten? Haben sie nicht das Verfahren von Überschichten, das Leisten von Überstunden usw. allenthalben gebilligt oder gar gefordert? Waren sie nicht stets und ständig die gefälligen Hausknechte des Unternehmertums? Beim Betriebsrätegesetz? In den Schlichtungsausschüssen? Gegenüber den Arbeitslosen? Gibt es überhaupt noch eine von den Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft unternommene Gaunerei und Schurkerei, bei der nicht die Gewerkschaften ihre Hand im Spiele hätten?
Eine Revolutionierung dieser verrotteten und verwahrlosten Gebilde ist unmöglich. Unmöglich ihre Umformung zu Instrumenten des Klassenkampfes. Auch eine Reformierung ist eine Illusion. Sie würde unendliche Zeit erfordern, die revolutionäre Situation verpassen und brächte an Stelle der SPD-Bureaukraten bestenfalls USP- oder KPD-Bureaukraten - das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben. Reformieren oder revolutionieren von innen aus hieße: etwas erhalten und erneuern wollen, was vernichtet werden muß. Vernichtet mit Stumpf und Stiel. Da helfen keine Sentimentalitäten! Da hilft kein Hinweis auf die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder! Alles Larifari! Trotz der großen Mitgliederzahl können die Gewerkschaften nicht einen einzigen Streik durchführen, weil sie den Zusammenbruch der Organisation und den Bankrott der Kassen befürchten; keinen Anschlag der Unternehmer auf die Rechte und Interessen der Arbeiter abwehren. Was sollen sie also noch?
Der revolutionäre Arbeiter hat kein Interesse mehr an der Erhaltung dieser Bonzen-Versorgungs-Institute, dieser Schutzgarden der Kapitals-Interessen, dieser Organisationen für systematischen Arbeiterverrat.
Er hat nur noch Interesse an ihrer raschen und gründlichen Beseitigung!

....

VII. Die Räte

Die autoritär-zentralistischen Organisationen, Partei und Gewerkschaft, führen im Falle der Übernahme der Staatsmacht mit innerer Notwendigkeit zum Bureaukratismus. Wie sollte es auch anders sein! Die Partei muß, will sie sich in der Macht halten, alle wichtigen Posten sofort mit zuverlässigen Leuten besetzen. Diese in ihrem Sinne zuverlässigen, d.h. in ihrem Sinne revolutionären Leute nimmt sie aus ihren Reihen. So werden Parteibonzen zu Regierungsbonzen, und die Staatsmacht ist

in Wirklichkeit nur die ins Allgemeingültige projizierte Parteimacht. Gesinnungstüchtigkeit im Parteisinne ist erste Vorbedingung der Herrschaft. Indem der Parteimachthaber nun aber als Staatsmachthaber über Polizei, Heer, Exekutive, öffentliche Meinung, Gerichte, Kerker und - last, not least! - Notendruckmaschinen verfügen und eine Diktatur etablieren, entsteht die Parteidiktatur, die sich nicht bloß gegen die Bourgeoisie und die gegenrevolutionären Schichten des Proletariats, sondern auch gegen die revolutionären Schichten des Proletariats wendet, sofern diese in einem anderen als dem amtlich zulässigen, behördlich abgestempelten Parteisinne revolutionär sind. Ein einfacher demagogischer Fälschertrick, der jede von der Parteinorm abweichende revolutionäre Gesinnung als "konterrevolutionär" denunziert, schafft dafür die ethisch-politische Rechtfertigung. So sitzen in Rußland die glühendsten und hingebungsvollsten Revolutionäre zu Tausenden im Kerker, nur deshalb, weil sie nicht im Sinne des Bolschewismus, d.h. der zufällig herrschenden Partei, revolutionär sind; und jeder Oktober-Bolschewist, dessen einzige revolutionäre Leistung darin besteht, daß er sich unter kluger Ausnutzung der politischen Konjunktur und unbelastet von wahrem revolutionärem Geiste an die Staatsfutterkrippe zu drängen wußte, darf diese Vorkämpfer der Revolution unter dem Beifall seiner Partei und seiner Regierung als "Konterrevolutionäre" bespeien. In Rußland hat sich auch praktisch herausgestellt, was theoretisch selbstverständlich ist: daß eine zentralistische Partei - und wäre sie von redlichstem Willen beseelt - niemals Räte zu schaffen imstande ist. Sie versackt eben im Bureaukratismus. Sie existiert in ihm und durch ihn. Rußland hat die Bureaukratie der Kommissariate. Sie regiert. Es hat kein Rätesystem. Die in öffentlichen Wahlen, nach Parteilisten und unter unerhörtem Regierungsterror zustandekommenden Sowjets sind keine Räte im revolutionären Sinne. Sie sind Rätekulissen. Sind eine politische Täuschung. Eine Weltbetrug. Alle Herrschaft in Rußland liegt bei der Bureaukratie - der Todfeindin des Rätesystems. Der Todfeindin, weil das Halbe immer der Feind des Ganzen ist.
Mit der Bureaukratie des Zentralismus konnte man den bürgerlich - liberalen Staat aufbauen, organisieren, in Gang halten. Konnte man auch die kapitalistische Wirtschaft entfalten. (Wenige herrschen über viele und beuten sie aus.)
Die proletarische Selbstregierung aber und die sozialistische Wirtschaft erfordern das Rätesystem. (Alle produzieren für den Bedarf, und alle nehmen Anteil an der Verwaltung.) Die Partei verhindert Rußland, zum Rätesystem zu kommen. Ohne Räte aber kein sozialistischer Aufbau, kein Kommunismus. Parteidiktatur ist Bureaukratenherrschaft, ist Despotie der Kommissare, ist Staatskapitalismus, ist schlimmere Ausbeutung und Knechtschaft. Die Diktatur des Zarismus war die Herrschaft einer Klasse über Klassen. Die Diktatur der Bolschewiki ist die Herrschaft von 5 Pro-

zent einer Klasse über andere Klassen und 95 Prozent der eigenen Klasse. Es gibt keinen größeren Feind der Klassendiktatur als die Parteidiktatur. Das heißt: es gibt kein größeres Hindernis zum Sozialismus, keine größere Erschwerung der Revolution, keinen größeren Gegner des Rätesystems als - die Partei. Die Überwindung der Partei ist elementare Voraussetzung der Revolution, des Rätesystems, des Sozialismus.
Räte entstehen in den Betrieben. Sie enthalten nur proletarisches Element. Als Vertrauenskörper aller Schaffenden gehen sie aus geheimen Wahlen hervor. Keine durch staatliche Machtmittel privilegierte Partei genießt in ihm Vorrechte. Ihr Bestand und ihre Zusammensetzung sind unausgesetzt der jeden Augenblick wirksamen Kontrolle des Rückrufrechts unterstellt. So spricht sich in ihnen der Wille der tätigen Massen aus. Die Spaltung in Führer und Ge(nas) führte, Regierende und Regierte, Kluge und Esel hört auf. Wie alle arbeiten, so tun alle ihren Willen kund; alle regieren sich selbst. "Die bourgeoise Organisationsform ist eingestellt auf das Individuale, sie trägt ihre Blüten im Heroenkult, die Masse ist ihr das Knetmaterial für "Bevorzugte". Die proletarische Organisationsform führt das Individuum zurück in das Gemeinsame, in das Soziale. Die Persönlichkeit, und sei es die größte, wird nicht gehätschelt werden, nicht in ferne Höhen steigen, sie wird sich nach allen Richtungen ausbreiten im Gemeinsamen, sie wird mit ihren strömenden Gluten die Massen durchdringen und mit der Masse gemeinsam wachsen." So schrieb einmal Doktor Schröder, als er noch kein KAP-Bonze war und noch nicht mit dem russischen Rubel "sympathisierte". Heute arbeitet er zentralistische "Richtlinien" aus und schwärmt für die Parteidiktatur. Die Progagierung der Räte durch die KAPD war leeres, demagogisches Wortgeklingel, denn die KAPD war eine Partei, und eine Partei ist auf die Bureaukratie eingestellt. Genau so ist die KPD-Parole: Wählt politische Arbeiterräte! eine demagogische Flause, hinter der nichts anderes steckt als der Versuch, die im Wrack der Partei schwindende Macht der Bonzen auf dem Rettungsboot von Scheinräten in Sicherheit zu bringen, damit der Segen des Bonzentums dem Proletariat ja noch recht lange erhalten bleibe.
Räte können nur vorbereitet werden von Organisationen, die in den Betrieben wurzeln, den Parteicharakter restlos überwunden und alle Parteiabhängigkeit abgestreift haben und in ihrem Aufbau das Rätesystem (nach Möglichkeit) verkörpern.

Aus: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38 ff.

-XV-

Richtlinien für die Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)

1. Die AAU ist die politische und wirtschaftliche Einheitsorganisation des revolutionären Proletariats.
2. Die AAU kämpft für den Kommunismus, die Vergesellschaftung der Produktion, Rohstoffe, Mittel und Kräfte und der aus diesen hervorgebrachten Bedarfsgüter. Die AAU will die planmäßige Produktion und Verteilung an die Stelle der heutigen kapitalistischen setzen.
3. Das Endziel der AAU ist die herrschaftslose Gesellschaft, der Weg zu diesem Ziel ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politische und wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.
4. Die nächsten Aufgaben der AAU sind: a) Die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der politischen Parteien, dieser Haupthindernisse für eine Einigung der proletarischen Klasse und für die Fortentwicklung der sozialen Revolution, die keine Partei- oder Gewerkschaftssache sein kann. - b) Die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats in den Betrieben, den Urzellen der Produktion, dem Fundament der kommenden Gesellschaft. Die Form aller Zusammenfassung ist die Betriebsorganisation. - c) Die Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens der Arbeiter. - d) Alle Maßnahmen vorzubereiten, die für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau notwendig sein werden.
5. Die AAU verwirft alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, sie wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus und an den gesetzlichen Betriebsräten; denn sie bedeutet eine Sabotage des Rätegedankens.
6. Die AAU lehnt das Berufsführertum grundsätzlich ab. Sogenannte Führer können nur als Berater in Frage kommen.
7. Alle Funktionen in der AAU sind ehrenamtlich.
8. Die AAU betrachtet den Befreiungskampf des Proletariats nicht als nationale, sondern als eine internationale Angelegenheit. Deshalb erstrebt die AAU die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Weltproletariats zu einer Räte-Internationale.

Aus: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42.

-XVI-

Aufruf des Gründungsparteitages der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) am 4. und 5. April 1920 in Berlin

An das deutsche Proletariat!

Die von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und anderen begründete Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) ist an ihrem politischen und moralischen Bankrott angelangt. Nach dem Tode jener großen Vorkämpfer des internationalen Proletariats hat eine ehrgeizige, machtlüsterne, mit allen Mitteln der Korruption arbeitende Führerclique es verstanden, im Interesse ihrer eigenen egoistischen Zwecke den Gedanken der proletarischen Revolution zu sabotieren, die Partei ins reformistische Fahrwasser zu drängen und dadurch den größten Teil der Mitglieder zur heftigsten Opposition gegen den Reformismus der Zentrale des Spartakusbundes zu veranlassen. Diese Zentrale hat es fertig gebracht, alle diejenigen Bezirke der KPD, die ihren unversöhnlichen Kampf gegen die konterrevolutionären Institutionen des Parlamentarismus, der Gewerkschaften und der gesetzlichen Betriebsräte nicht aufgeben wollten, aus der Partei auszuschließen, ohne diesen (größten) Bezirken Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt vor der höchsten Instanz der Partei, dem Parteitage, darzulegen und zu begründen. Damit hat die Zentrale des Spartakusbundes den Beweis erbracht, daß sie die Parteispaltung wollte, weil das revolutionäre Wollen der Mitgliedschaften dem konterrevolutionären Wirken der Zentrale entgegengesetzt war.

Die bisherige Opposition hat sich nunmehr als Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands konstituiert. Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist keine Partei im überlieferten Sinne. Sie ist keine Führerpartei. Ihre Hauptarbeit wird darin bestehen, das deutsche Proletariat auf seinem Wege zur Befreiung von jeglichem Führertum nach Kräften zu unterstützen.

Die Befreiung von der verräterischen konterrevolutionären Führerpolitik ist das wirksamste Mittel zur Einigung des Proletariats. Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist sich nichtsdestoweniger bewußt, daß die Einigung des Proletariats, die Einigung im Geiste des Rätegedankens, das eigentliche Ziel der Revolution bedeutet.

Arbeiter, Genossen! Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands ist die entschiedenste Vorkämpferin des deutschen Proletariats. Genossen, macht unsere Partei so aktionsfähig, daß sie das deutsche Proletariat zum Siege führt.

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Dritte Internationale!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Aus: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 15/16.

-XVII-

Programm der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) vom Mai 1920

Vorwort.

Mitten im Wirbel von Revolution und Konterrevolution vollzog sich die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Aber die Geburtsstunde der neuen Partei ist nicht Ostern 1920, wo der Zusammenschluß der bisherigen, nur in loser Fühlung mit einander stehenden "Opposition" ihren organisatorischen Abschluß fand. Die Geburtsstunde der K. A. P. D. fällt zeitlich zusammen mit jener Entwicklungsphase der K. P. D. (Spartakus-Bund), wo ein verantwortungsloser, die persönlichen Interessen über die Interessen der proletarischen Revolution stellender Führerklüngel seine persönliche Auffassung über den "Tod" der deutschen Revolution der sich energisch gegen diese persönlich interessierte Auffassung zur Wehr setzenden Parteimehrheit aufzuzwingen unternahm und auf Grund der so zurechtgemachten Privatauffassung die bisher revolutionäre Taktik der Partei in eine reformistische umzuwandeln verstand. Diese verräterische Haltung der Levi, Posner u. Co. rechtfertigt aufs neue die Erkenntnis, daß die radikale Beseitigung jeglicher Führerpolitik die Voraussetzung für den raschen Fortgang der proletarischen Revolution in Deutschland bilden muß. Das ist in der Tat die Wurzel der Gegensätze, die zwischen uns und dem Spartakus-Bund entstanden sind, Gegensätze von solcher Tiefe, daß die Kluft, die uns von ihm trennt, größer ist als der Gegensatz, der zwischen den Levi, Pieck, Thalheimer usw. einerseits und den Hilferding, Crispien und Stampfer, Legien andrerseits besteht. Der Gedanke, den revolutionären Massenwillen zum ausschlaggebenden Faktor in der taktischen Einstellung einer wirklich proletarischen Organisation zu erheben, ist das Leitmotiv für den organisatorischen Aufbau unserer Partei. Die Autonomie der Mitgliedschaften unter allen Umständen zum Ausdruck zu bringen, ist das Grundprinzip einer proletarischen Partei, die keine Partei im überlieferten Sinne ist.

Darum ist es uns eine Selbstverständlichkeit, daß das hiermit unsern Organisationen übergebene Parteiprogramm, dessen schriftliche Niederle-

gung durch die vom Parteitage hierzu beauftragte Programmkommission erfolgt ist, solange als Programm-Entwurf zu gelten hat, bis der nächste ordentliche Parteitag sich mit vorliegender Fassung einverstanden erklärt haben wird. Im übrigen dürfte mit der Möglichkeit von Abänderungsanträgen, soweit sich solche auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Partei erstrecken würden, kaum zu rechnen sein, da das Programm in seiner jetzigen Fassung nichts anders als den Inhalt der vom Parteitag einstimmig angenommenen programmatischen Erklärung in erweitertem Rahmen getreu zum Ausdruck bringt. Etwaige formale Änderungen aber werden dem revolutionären Geist, den das Programm aus jeder Zeile atmet, nichts anhaben können. Ein unverrückbarer Leitstern bleibt uns die marxistische Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, unerschütterlich bleibt unser Wille, den Kampf um den Sozialismus im Geiste des internationalen Klassenkampfes zu führen. Unter diesem Banner ist der Sieg der proletarischen Revolution gewiß.

Berlin, Mitte Mai 1920.

Die aus dem Weltkriege geborene Weltwirtschaftskrise mit ihren ungeheuerlichen ökonomischen und sozialen Auswirkungen, deren Gesamtbild den niederschmetternden Eindruck eines einzigen Trümmerfeldes von kollossalem Ausmaß ergibt, besagt nichts anderes, als daß die Götterdämmerung der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung angebrochen ist. Nicht um eine der in periodischem Ablauf eintretenden, der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Wirtschaftskrisen handelt es sich heute, es ist die Krise des Kapitalismus selbst, was unter krampfhaften Erschütterungen des gesamten sozialen Organismus, was unter dem furchtbarsten Zusammenprall der Klassengegensätze von noch nicht dagewesener Schärfe, was als Massenelend innerhalb der breitesten Volksschichten als das Menetekel der bürgerlichen Gesellschaft sich ankündigt. Immer deutlicher zeigt sich, daß der sich von Tag zu Tag noch verschärfende Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, daß der auch den bisher indifferenten Schichten des Proletariats immer klarer bewußt werdende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht gelöst werden kann. Der Kapitalismus hat sein vollständiges Fiasko erlebt, er hat im imperialistischen Raubkriege sich selbst historisch widerlegt, er hat ein Chaos geschaffen, dessen unerträgliche Fortdauer das internationale Proletariat vor die welthistorische Alternative stellt: Rückfall in die Barbarei oder Aufbau einer sozialistischen Welt.

Von allen Völkern der Erde hat bisher das russische Proletariat allein in heldenmütigem Kampfe es fertig gebracht, die Herrschaft seiner Kapitalistenklasse siegreich zu überwinden und selber die politische Macht zu übernehmen. In heroischem Widerstande hat es den konzentrischen Angriff der vom internationalen Kapital organisierten Söldnerheere erfolgreich abgewehrt und sieht sich jetzt der über alle Begriffe schwierigen Aufgabe gegenüber, die durch den Weltkrieg und den ihm folgenden mehr als zweijährigen Bürgerkrieg total zerrüttete Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Das Schicksal der russischen Räterepublik ist abhängig von der Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Nach dem Siege der deutschen Revolution wird ein sozialistischer Wirtschaftsblock vorhanden sein, der vermöge des wechselseitigen Austausches von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten imstande ist, eine wahrhaft sozialistische Produktionsweise aufzurichten ohne mehr zu wirtschaftlichen und damit auch politischen Konzessionen gegenüber dem Weltkapital genötigt zu sein. Wenn das deutsche Proletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe nicht in kürzester Frist erfüllt, ist der Fortgang der Weltrevolution auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte in Frage gestellt. In der Tat bildet Deutschland heute den Brennpunkt der Weltrevolution. Die Revolution in den "siegreichen" Ländern der Entente kann erst in Fluß kommen, wenn die große Barriere in Mitteleuropa weggeräumt ist. Naturgemäß sind die ökonomischen Voraussetzungen für die proletarische Revolution in Deutschland ungleich günstiger als in den "siegreichen" Ländern Westeuropas. Die unter der Signatur des Versailler Friedens restlos ausgeplünderte deutsche Wirtschaft hat eine Verelendung gezeitigt, die in kurzem auf eine gewaltsame Lösung einer katastrophalen Situation notwendig hindrängt. Hinzu kommt, daß der Versailler Raubfrieden nicht nur einer kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland überaus schwere, für das Proletariat unerträgliche Fesseln anlegt: seine gefährlichste Seite besteht darin, daß er die ökonomischen Fundamente der künftigen sozialistischen Wirtschaft in Deutschland unterminiert, also die Entwicklung der Weltrevolution auch nach dieser Richtung in Frage stellt. Aus diesem Dilemma hilft nur die rasche Fortentwicklung der deutschen proletarischen Revolution. Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ist überreif für den Ausbruch der proletarischen Revolution. In diesem Stadium der historischen Entwicklung, wo der Zersetzungsprozeß des Kapitalismus nur durch die Kulisse scheinbarer Machtpositionen künstlich verschleiert wird, kommt alles darauf an, dem Proletariat zu dem Bewußtsein zu verhelfen, daß es nur eines energischen Zugreifens bedarf, um von der Macht, die es eigentlich schon besitzt, wirksamen Gebrauch zu machen. In einer solchen Epoche des revolutionären Klassenkampfes, wo die letzte Phase des Ringens zwischen Kapital und Arbeit eingesetzt hat und der eigentliche Entscheidungskampf bereits im Gange ist, gibt es keinen Kompromiß mit dem Todfeind, sondern Kampf bis zur Vernichtung. Insbesondere gilt der Angriff denjenigen Institutionen, deren Tendenz auf die Ueberbrükkung der Klassengegensätze gerichtet ist, also auf eine Art politischer oder wirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten hinausläuft. Im Augenblick, wo die objektiven Bedingun-

gen für den Ausbruch der proletarischen Revolution gegeben sind, ohne daß die permanente Krisis eine akute Zuspitzung erfährt oder dann, wo eine katastrophale Zuspitzung eintritt, dieselbe vom Proletariat nicht bis zur letzten Konsequenz erfaßt und ausgewertet wird, müssen Gründe subjektiver Natur vorhanden sein, die dem beschleunigten Fortgang der Revolution als hemmende Faktoren im Wege stehen. Mit anderen Worten: die Ideologie des Proletariats befindet sich noch teilweise im Banne bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Vorstellungselemente. Die Psychologie des deutschen Proletariats in seiner gegenwärtigen Verfassung trägt nur allzu deutlich die Spuren der jahrhundertelangen militaristischen Versklavung, daneben aber auch die Merkmale eines mangelnden Selbstbewußtseins, wie sie sich als Folge des parlamentarischen Kretinismus der alten Sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. einerseits sowie des Absolutismus der Gewerkschaftsbureaukratie andererseits mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußte. Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle. Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats.

In Erkenntnis dieser Situation und in Erkenntnis der Notwendigkeit, das Tempo der weltrevolutionären Entwicklung zu beschleunigen, sowie getreu dem Geiste der 3. Internationale kämpft die K. A. P. D. für die maximalistische Forderung der sofortigen Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und für die Diktatur der Arbeiterklasse. Sie verwirft in der demokratischen Verfassung den in der gegenwärtigen Periode doppelt unsinnigen und unhaltbaren Grundsatz, auch der ausbeutenden Kapitalistenklasse politische Rechte und die ausschließliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einräumen zu wollen.

In Verfolg ihrer maximalistischen Absichten entscheidet sich die K. A. P. D. auch für die Ablehnung aller reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, in denen sie nur ein Ausweichen vor ernsten und entscheidenden Kämpfen mit der bürgerlichen Klasse sieht. Sie will diesen Kämpfen nicht ausweichen, sie fordert sie vielmehr heraus. In einem Staat, der alle Merkmale der eingetretenen Periode des kapitalistischen Zerfalls aufweist, gehört auch die Beteiligung am Parlamentarismus zu den reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden. In einer solchen Periode das Proletariat ermuntern, sich an Parlamentswahlen zu beteiligen, bedeutet im Proletariat die gefährlichen Illusionen zu wecken und zu nähren, als könnte durch parlamentarische Mittel die Krisis überwunden werden, bedeutet die Anwendung eines bürgerlichen Klassenkampfmittels in einer Situation, in der nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können. Die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus inmitten der fortschreitenden proletarischen Revolution bedeutet am Ende auch nichts anderes, als die Sabotage des Rätegedankens.

Der Rätegedanke steht in der Periode des proletarischen Kampfes um die politische Macht im Mittelpunkt der revolutionären Fortentwicklung. Das mehr oder weniger starke Echo, das der Rätegedanke jeweilig im Massenbewußtsein weckt, ist der Gradmesser für die Entwicklung der sozialen Revolution. Der Kampf um die Anerkennung revolutionärer Betriebsräte und politischer Arbeiterräte im Rahmen einer bestimmten revolutionären Situation wächst sich folgerichtig aus zum Kampf um die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur des Kapitalismus. Dieser revolutionäre Kampf, dessen eigentliche politische Achse der Rätegedanke bildet, richtet sich mit historischer Notwendigkeit gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung und folglich auch gegen ihre politische Ausdrucksform, den bürgerlichen Parlamentarismus. Rätesystem oder Parlamentarismus? Das ist die Frage von welthistorischer Bedeutung. Aufbau einer proletarisch-kommunistischen Welt oder Untergang im Sumpf der bürgerlich-kapitalistischen Anarchie? Inmitten einer so durch und durch revolutionären Situation wie gegenwärtig in Deutschland bedeutet also die Beteiligung am Parlamentarismus nicht nur die Sabotage des Rätegedankens, sondern darüber hinaus die Galvanisierung der in Verwesung befindlichen bürgerlich-kapitalistischen Welt und damit die mehr oder weniger gewollte Verzögerung der proletarischen Revolution.

Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften die Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Ihre Haltung im Weltkrieg ist bekannt. Ihr entscheidender Einfluß auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der alten Sozialdemokratischen Partei führte zur Proklamierung des "Burgfriedens" mit der deutschen Bourgeoisie, was gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an das internationale Proletariat. Ihre sozialverräterische Wirksamkeit fand ihre logische Fortsetzung bei Ausbruch der November-Revolution in Deutschland, wo sie ihre konterrevolutionäre Gesinnung durch den Abschluß einer wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem zusammenbrechenden deutschen Unternehmertum dokumentierten. Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben sie während der ganzen Periode der deutschen Revolution bis zum heutigen Tage bewahrt. Die Gewerkschaftsbureaukratie ist es gewesen, die sich am heftigsten dem in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker Wurzel schlagenden Rätegedanken widersetzte und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen folgerichtig ergebenden politischen Tendenzen mit dem Ziel der politischen Machtergreifung durch das Proletariat erfolgreich zu paralysieren verstand. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen ist so offenkundig, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zugehörigkeit zu einem gewerkschaftlichen Verbande abhängig machen. Damit ist vor aller Welt enthüllt, daß die Gewerkschaftsbureaukratie an der künstlichen Aufrechterhaltung des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems tätigen Anteil nimmt. Die Gewerkschaften sind somit neben den bürgerlichen Fundamenten einer der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates. Daß

dieses konterrevolutionäre Gebilde nicht von innen heraus im revolutionären Sinne umgestaltet werden kann, ist durch die Gewerkschaftsgeschichte der letzten 1 1/2 Jahre hinreichend bewiesen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist keine Personenfrage. Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen liegt in der ihnen eigentümlichen Struktur und ihrem System selber. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die logische Folgerung, daß nur die Zertrümmerung der Gewerkschaften selbst die Bahn frei macht für den Fortgang der sozialen Revolution in Deutschland. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes notwendig als diese fossilen Organisationen.

Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisation entstanden. Nicht in dem Sinne neu, daß sie auftaucht als etwas nie auch nur ähnlich Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, daß sie während der Revolution überall herausspringt als notwendige Waffe des Klassenkampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegende alte Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach durchaus keine bloße Form oder neue Organisationsspielerei oder gar eine mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die Zukunft wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist reine proletarische Kampfesorganisation. Nicht in Berufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein, das muß im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse als Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebsorganisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn sie auch selbstverständlich vor der Sammlung für etwa notwendig werdende Streikunterstützungen nicht ängstlich zurückscheut. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum, die Revolution im Betrieb.

Das Ziel der Betriebsorganisation ist im großen gesehen ein doppeltes. Das erste geht auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften, ihres gesamten Untergrundes und des in ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, daß in diesem Kampf die Betriebsorganisation selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle U. S. P. und K. P. -Bekenner, die entweder noch unbewußt in alten S. P. -Bahnen sich bewegen (wenn sie auch ein anderes politisches Programm annahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), oder bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets "oben" zu halten, höher steht, als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. Vor dieser Bitternis gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der U. S. P. geben, als bis sie die Berechtigung solcher - sicher noch wandlungsbedürftiger und auch wandlungsfähiger - proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätegedankens anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher erkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demaskieren und vernichten helfen.

Das zweite große Ziel der Betriebsorganisation ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung wird der Prüfstein sein müssen für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei wie die Kommunistische Arbeiterpartei - es sei denn, sie entwickle sich zu ihrem Verderben rückwärts - schnell fortschreitend und wechselnd mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogrammes. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der K. A. P. D.

Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms.

Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die K. A. P. innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten. Kampfparolen müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß erreicht werden - und die Betriebsorganisation bietet die Gewähr dafür - daß mit dem Siege, das ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen. Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf der Betriebsorganisation sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsrätesystems wird.

Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Betriebsorganisation eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Die K. A. P. D. kämpft daher um die Verwirklichung des maximalistischen revolutionären Programms, dessen konkrete Forderungen in folgenden Punkten umschlossen sind:

I. Auf politischem Gebiet:

1. Sofortiger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit allen siegreichen proletarischen Ländern (Sowjet-Rußland usw.) im Geiste des internationalen Klassenkampfes zwecks gemeinsamer Verteidigung gegenüber den aggressiven Tendenzen des Weltkapitals.
2. Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft, Aufstellung von Ortswehren, Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren usw.

3. Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte.
4. Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Wahl eines Zentralrats aus den Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands.
5. Zusammentritt des deutschen Rätekongresses als Verfassung gebende höchste politische Instanz Räte-Deutschlands.
6. Uebergabe der Presse an die Arbeiterschaft unter Leitung der örtlichen politischen Räte.
7. Zertrümmerung des bürgerlichen Justizapparates und sofortige Einsetzung von Revolutionsgerichten. Uebernahme der bürgerlichen Strafgewalt und des Sicherheitsdienstes durch entsprechende proletarische Organe.

II. Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet:

1. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen.
2. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
3. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der deutschen Arbeiterräte festzusetzen ist.
4. Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeineigentum unter Leitung der betreffenden Guts- und Ortsräte.
5. Uebernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
6. Zentrale Regelung und Leitung der gesamten Produktion durch die vom Kongreß der Wirtschaftsräte einzusetzenden Obersten Wirtschaftsräte.
7. Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf auf Grund sorgsamster wirtschaftsstatistischer Berechnungen.
8. Rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwanges.
9. Sicherung der Einzelexistenz in bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität usw.
10. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
11. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens im Interesse der proletarischen Bevölkerung.
12. Indem die K. A. P. D. der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem bürgerlichen Staat den entschiedensten Kampf ansagt, richtet sie ihren Angriff auf die gesamte bürgerliche Ideologie und macht sich zur Vorkämpferin einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung. Ein entscheidender Faktor für die Beschleunigung der sozialen Revolution liegt in der Revolutionierung der gesamten Geisteswelt des Proletariats. In dieser Erkenntnis unterstützt die K. A. P. D. alle revolutio-

nären Tendenzen in Wissenschaft und Künsten, deren Charakter dem Geiste der proletarischen Revolution entspricht.

Insbesondere fördert die K. A. P. D. alle ernstlich revolutionären Bestrebungen, die die Jugend beiderlei Geschlechts aus sich selbst heraus zum Ausdruck bringt. - Die K. A. P. D. lehnt indes jede Bevormundung der Jugend ab.

Durch den politischen Kampf wird die Jugend selbst zu höchster Kraftentfaltung gezwungen, die uns die Gewißheit gibt, daß sie mit aller Klarheit und Entschlossenheit ihre großen Aufgaben erfüllt.

Der Jugend in ihrem Kampfe jede irgendmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen ist - auch der Revolution willen - Pflicht der K. A. P. D.

Die K. A. P. D. ist sich bewußt, daß der Jugend auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ein großes Tätigkeitsgebiet im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft obliegt wie:

Die Verteidigung der Räterepublik durch die Rote Armee, die Umgestaltung des Produktionsprozesses, Schaffung der kommunistischen Arbeitsschule, die in engster Gemeinschaft mit dem Betrieb ihre schöpferischen Aufgaben löst.

Das ist das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Getreu dem Geiste der 3. Internationale hält die K. A. P. an dem Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fest, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Vernichtung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkerlicher Offiziere, seiner Polizei, seinen Kerkermeistern und Richtern, Pfaffen und Staatsbeamten ist die erste Aufgabe der proletarischen Revolution. Das siegreiche Proletariat muß daher gegen Anschläge der bürgerlichen Konterrevolution gewappnet sein. Das Proletariat muß den Bürgerkrieg, wenn er ihm von der Bourgeoisie aufgezwungen wird, mit rücksichtsloser Gewalt niederzuwerfen versuchen. Die K. A. P. D. ist sich bewußt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht innerhalb nationaler Grenzen ausgefochten werden kann. Ebensowenig wie der Kapitalismus an den Landesgrenzen Halt macht und auf seinem Raubzuge durch die Welt sich durch irgendwelche nationale Skrupel[n] Einhalt gebieten läßt, ebensowenig darf das Proletariat unter der Hypnose nationaler Ideologien den fundamentalen Gedanken der internationalen Klassensolidarität jemals aus dem Auge verlieren. Je schärfer der internationale Klassenkampfgedanke vom Proletariat erfaßt und je konsequenter er zum Leitmotiv proletarischer Weltpolitik erhoben wird, um so rascher und wuchtiger werden die Schläge der Weltrevolution das in Auflösung begriffene Weltkapital in Stücke schlagen. Hoch über allen nationalen Besonderheiten, hoch über allen Landesgrenzen, hoch über allen Vaterländern leuchtet dem internationalen Proletariat in ewigem Strahlenglanze das Fanal: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlins 1920.

-XVIII-

Statuten des Gründungs-Parteitages der KAPD vom April 1920

1. Die Parteimitgliedschaft kann jede Person erwerben, die Programm und Satzung anerkennt.

2. Die K. A. P. D. ist eine zentral aufgebaute Organisation. Die Partei baut sich auf Wirtschaftsbezirke auf, die vom Parteitag festgesetzt werden. Zwecks organisatorischer Durcharbeitung ist jeder Wirtschaftsbezirk in Ortsgruppen zu zergliedern. Die Zahl und die Art dieser Ortsgruppen bestimmt jeder Bezirk selbständig. Die Wirtschaftsbezirke beschließen ihre Organisationssatzungen selbständig, die sich im Rahmen der Gesamtpartei zu halten haben.

3. Die Aufgaben des Wirtschaftsbezirks sind Propaganda, Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen, sowie Einkassierung der Beiträge und Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirkes.

4. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 50 Pf., die vom Wirtschaftsbezirk einzuziehen und an die Hauptkasse abzuführen sind. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen die Ortsgruppe die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen.
   Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsgruppen überlassen.

5. Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Ueber den Ausschluß entscheidet die Ortsmitgliederversammlung, endgültig bei Berufung die Delegiertenversammlung des Wirtschaftsbezirkes.

6. Alljährlich findet mindestens ein ordentlicher Parteitag statt, der von der Zentralleitung einzuberufen ist. Auf Antrag von mindestens ein Drittel der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist die Zentralleitung zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verpflichtet.

7. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages muß spätestens 4 Wochen, die eines außerordentlichen Parteitages 8 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben mit Angabe der provisorischen Tagesordnung den Wirtschaftsbezirken bekannt sein. Der Eingang der Einladung der Beschikkung des Parteitages ist von den Wirtschaftsbezirken zu bestätigen. Alle für den ordentlichen Parteitag gestellten Anträge sind mindestens

14 Tage vor dem Parteitag bei der Zentrale einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor Abhaltung des Parteitags den Wirtschaftsbezirken zu unterbreiten hat.

8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.
Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:
   1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen beschickt wird. Jeder Wirtschaftsbezirk hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden.
   2. Die Redakteure und die Zentralleitung der Partei.
   3. Die Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion.

   Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind jedoch nur die aus den Wirtschaftsbezirken Delegierten der Partei. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

   Zur Gültigkeit des Beschlusses des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

9. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
   1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der Zentralleitung.
   2. Bestimmung des Ortes, an welchem die Zentrale ihren Sitz zu nehmen hat.
   3. Die Wahl der Zentralleitung.
   4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären.
   5. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

   Die Zentralleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuß von 7 Genossen, der unmittelbar vom Parteitag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird.

   ... Zentrale und geschäftsführender Ausschuß haben mindestens monatlich in einer Vollsitzung zu tagen, sie sind untereinander gleichberechtigt.

   Der erweiterten Zentrale steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses jederzeit abzuberufen und durch andere zu ersetzen.

   Die Mitglieder der erweiterten Zentrale haben in den Organisationen ihres Wirtschaftsbezirkes zu wurzeln und können jederzeit von diesen zurückberufen und durch einen anderen Vertreter ersetzt werden.

Aus: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

-XIX-

Statuten für die Kampforganisation (KO) der KAPD

1. Analog der klaren Erkenntnis, daß nur der bewaffnete Aufstand das Proletariat aus der Knechtschaft befreien kann, daß auch andererseits die Reaktion dem Proletariat den Kampf aufzwingen wird, sieht sich das revolutionäre Proletariat gezwungen, eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe es in der Lage ist, zur gegebenen Stunde als vollwertige Kampftruppe den Kampf aufzunehmen. Zu diesem Zweck bilden die einzelnen Bezirke sogenannte Abteilungen der KO, in der nach Möglichkeit alle waffenfähigen Genossen aufzunehmen sind.
2. Diese Abteilungen sind je nach Kopfzahl einzuteilen in Kompagnien, Züge, Gruppen usw. Die Führung obengenannter Abteilungen liegt in organisatorischer Beziehung in der Hand eines aus der Mitte der Genossen gewählten Obmanns.
3. Ein Hauptaugenmerk ist auf die Disziplin der Genossen zu richten, andererseits ist die Schweigepflicht auf [? gemeint: bei] illegaler Arbeit ein unbedingtes Erfordernis, da hiervon das Sein oder Nichtsein der ganzen Organisation abhängt. Es sind zu diesem Zweck folgende Paragraphen herausgegeben, welche den einzelnen Mitgliedern vorzulegen, genau zu detaillieren, und sie darauf zu verpflichten sind. Die Verrichtung illegaler Arbeit (Waffenbeschaffung) unterliegt folgenden Bestimmungen: Es ist verboten:
   1. Jedes unnötige Sprechen über Handlungen und Vorkommnisse innerhalb der Organisation.
   2. Das Sprechen über illegale Arbeiten außerhalb der Sitzungen, unter sich selbst oder anderen gegenüber.
   3. Verstöße gegen obige zwei Punkte ziehen rücksichtslose Bestrafung nach sich.
   4. Sämtliche von der Leitung herausgegebenen Anordnungen und Befehle sind strikte durchzuführen.
   5. Jede Abteilung bildet ein Abteilungs-Gericht, bestehend aus 3 Genossen als Richter und einem Genossen als Verteidiger.
   6. Vor diesem Abteilungsgericht werden alle Vergehen geringer Natur verhandelt.
   7. Schwerere Verstöße wie Verrat und dergleichen mehr unterstehen zur Aburteilung dem Tribunal des betreffenden Bezirks.
   8. Ein Austritt aus der Abteilung ist nur unter besonderen Umständen (Krankheit, Unglücksfall usw.) möglich, doch unterliegen diese Austrittserklärungen einer besonderen Prüfung von Seiten der Leitung. Beurlaubungen können stattfinden, aber auch nur unter besonderen Umständen.

Richtlinien für Aufklärung, Verbindung, Sicherung, Unterstützung der Kampforganisationen (KO)

1. Aufklärung: Jede Kampftruppe im Orte eines Bezirkes hat die militärische Lage des Gegners im Ort und in der Umgebung genau aufzuklären. Stellungen, Kasernen oder belegte Schulen und Häuser, vorhandene Schützengräben, Truppenübungsplätze, eingebaute Geschütze, Funkstationen, Wasserwerke, Untergrundbahnen und dergleichen in Stadtplänen, Karten, Situationsskizzen einzuzeichnen. Stärke des Gegners und Führer desselben sind ausfindig zu machen. Jeder Leiter des Bezirkes muß über die Lage des Feindes (Truppensammlungen, Verschiebungen) orientiert sein.

2. Verbindung: Die Verbindung innerhalb der eigenen Bezirke, mit den Nachbarbezirken und mit der Zentralleitung muß stets auf das Peinlichste gehandhabt werden. Eigenes Telephon, Radfahrer, Flieger und dergleichen. Es darf nicht vorkommen, selbst nicht im schwersten Kampfe, daß die Verbindungen unterbrochen werden.

3. Sicherung: Jede Sitzung der Kampftruppe, jede Versammlung, jedes Waffenlager muß gesichert sein. Die Sicherung geschieht wie im Felde durch Posten, Feldwachen usw.

4. Gegenseitige Unterstützung: Ausbrechende Kämpfe benachbarter Kampftruppen müssen, soweit es die eigene Lage und Kräfte erlauben, unterstützt werden. Dabei ist genaue Orientierung des Geländes der Nachbargemeinden nötig, um eine gegenseitige Beschießung zu vermeiden.

5. Meldungen: Jede örtliche Leitung muß laufende Situationsberichte über Stärke, Waffen, Stellung, Kampf usw. an den Bezirksleiter senden. Dieselbe Aufgabe trifft den Bezirk, der über die ganze Lage des Bezirksabschnittes Bericht an die Reichsleitung möglichst an Hand von Skizzen zu senden hat.

Anmerkung: Die Reichsleitung weist erneut darauf hin, daß nur die straffe Zentralisierung und durchgreifende Disziplinierung unseren Truppen zum Siege verhelfen kann.

Die Reichsleitung

Aus: Politische Akten der Regierung Düsseldorf, Rote Armee Bd. I, Nr. 15785 Blatt 7.

-XX-

Prinzipienerklärung der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA)

1. Der revolutionäre Syndikalismus ist die auf dem Boden des Klassenkampfes fußende Bewegung der werktätigen Volksschichten, welche die Vereinigung aller Hand- und Kopfarbeiter in wirtschaftlichen Kampforganisationen erstrebt, um deren Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des staatlichen Unterdrückungsapparates anzubahnen und praktisch durchzuführen. Sein Ziel ist die Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf der Basis des freien Kommunismus durch die gemeinschaftliche revolutionäre Aktion der arbeitenden Klassen selbst. Er vertritt den Standpunkt, daß nur die Wirtschaftsorganisationen des Proletariats für die Erfüllung dieser Aufgaben geeignet sind und wendet sich daher an die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten und Erzeuger gesellschaftlicher Werte, im Gegensatz zu den modernen politischen Arbeiterparteien, die für konstruktive wirtschaftliche Zwecke nicht in Betracht kommen.

2. Der revolutionäre Syndikalismus ist ausgesprochener Gegner aller wirtschaftlichen und sozialen Monopole und erstrebt deren Beseitigung durch die Wirtschaftskommunen und Betriebsverwaltungen der Industrie- und Feldarbeiter auf dem Boden eines freien Rätesystems, das keiner politischen Macht oder Partei unterstellt ist. Gegen die Politik des Staates und der Parteien stellt er die Wirtschaftsorganisation der Arbeit; gegen die Regierung der Menschen die Verwaltung der Dinge. Aus diesem Grunde erstrebt er nicht die Eroberung der politischen Macht, sondern die Ausschaltung jeder staatlichen Funktion aus dem Leben der Gesellschaft. Er ist der Meinung, daß zusammen mit dem Monopol des Besitzes auch das Monopol der Herrschaft verschwinden muß, und daß der Staat in jeder Form, auch in der Form der sogenannten "Diktatur des Proletariats", niemals ein Werkzeug für die Befreiung der Arbeit, sondern immer nur der Schöpfer neuer Monopole und neuer Privilegien sein kann.

3. Die Aufgabe des revolutionären Syndikalismus ist eine zweifache: er führt einerseits den revolutionären Tageskampf für die wirtschaftliche, geistige und sittliche Besserstellung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, andererseits ist es sein vornehmstes Ziel, die Massen heranzubilden für die selbständige Verwaltung der Produktion und der Verteilung und die Übernahme sämtlicher Zweige des gesellschaftlichen Lebens. Er ist der Überzeugung, daß die Organisation einer Wirtschaftsordnung, die sich in ihrer Gesamtheit auf die Produzenten stützt, nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige, durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst, und zwar in der Form, daß die ein-

zelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

4. Der revolutionäre Syndikalismus ist Gegner aller zentralistischen Bestrebungen und Organisationen, die dem Staate und der Kirche entlehnt sind und welche die selbständige Initiative und das eigene Denken systematisch ersticken. Der Zentralismus ist die künstliche Organisation von oben nach unten, welche die Regelung der Angelegenheiten Aller einzelnen Wenigen in Bausch und Bogen überträgt. Dadurch wird der Einzelne zur Marionette, die von oben gelenkt und geleitet wird. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einzelner Weniger, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die persönliche Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Dressur das Feld räumen. Aus diesem Grunde steht der revolutionäre Syndikalismus auf dem Boden der Föderalistischen Vereinigung, d. h. der Organisation von unten nach oben, des freiwilligen Zusammenschlusses aller Kräfte auf der Basis der gemeinschaftlichen Interessen und Überzeugungen.

5. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft jede parlamentarische Betätigung und jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften. Auch das freieste Wahlrecht kann die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern, und das ganze parlamentarische System hat nur den Zweck, der Herrschaft der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

6. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen und erblickt in dem Nationalismus nur die Religion des modernen Staates, hinter der sich lediglich die Interessen der besitzenden Klassen verbergen. Er anerkennt nur Unterschiede regionaler Art und fordert für jede Volksgruppe das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu können im solidarischen Übereinkommen mit allen anderen wirtschaftlichen, regionalen oder Landesvereinigungen.

7. Aus demselben Grunde bekämpft der revolutionäre Syndikalismus den Militarismus in jeder Form und betrachtet die antimilitaristische Propaganda als eine seiner wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen das bestehende System. Dazu gehört in erster Linie die Verweigerung der Persönlichkeit dem Staate gegenüber und besonders der organisierte Boykott der Arbeiter gegen die Herstellung von Heeresgerät.

8. Der revolutionäre Syndikalismus steht auf dem Boden der direkten Aktion. Er unterstützt alle Kämpfe des Volkes, die mit seinen Zielen der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates nicht im Widerspruch stehen. Als Kampfmittel anerkennt er den Streik, den Boykott, die Sabotage usw. Ihren höchsten Ausdruck findet die direkte Aktion im sozialen Generalstreik, in dem die Syndikalisten zur selben Zeit die Einleitung zu der sozialen Revolution erblicken.

9. Gegner jeder organisierten Gewalt in der Hand irgendeiner revolutionären Regierung, verkennen die Syndikalisten nicht, daß in den entscheidenden Kämpfen zwischen der kapitalistischen Gegenwart und der freien kommunistischen Zukunft die Dinge sich nicht reibungslos abspielen werden. Sie anerkennen daher die Gewalt als Verteidigungsmittel gegen die Gewaltmethoden der regierenden Klassen im Kampfe für die Besetzung der Betriebe und des Grund und Bodens durch das revolutionäre Volk. Ebenso wie die Expropriation der Betriebe des Landes von den revolutionären Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter praktisch ausgeführt und auf die Bahn der sozialen Reorganisation geführt werden muß, so darf auch die Verteidigung der Revolution nicht einer bestimmten militärischen oder irgend einer anderen Organisation, die außerhalb der Wirtschaftsverbände steht, überlassen bleiben, sie muß vielmehr den Massen selbst und ihren wirtschaftlichen Organisationen anvertraut sein.

10. Nur in der revolutionären Wirtschaftsorganisation des werktätigen Volkes liegt der Hebel zu seiner Befreiung und die schöpferische Kraft zum Wiederaufbau der Gesellschaft im Sinne des freien Kommunismus.

Aus: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 25.

-XXI-

Aus den Leitsätzen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale (KAI)

Die dritte Internationale.

1.

Die 3. Internationale ist eine russische Schöpfung, eine Schöpfung der russischen kommunistischen Partei. Sie wurde geschaffen, um die russische Revolution, d. h. die teilweise proletarische, teilweise bürgerliche Revolution zu unterstützen.

2.

Durch den doppelten Charakter der russischen Revolution, da die 3. Internationale sowohl die proletarische als die bürgerliche russische Revolution unterstützen mußte, durch den zweideutigen Charakter also auch ihres Zieles, wurde auch die 3. Internationale eine zum Teil proletarische, zum Teil kapitalistische Organisation.

3.

Soweit sie aufrief zur Revolution, zur Enteignung der Kapitalisten, war sie eine proletarische Organisation zur Aufhebung des Kapitalismus, soweit sie den Parlamentarismus, die Gewerkschaften, die Partei- oder Führerdiktatur behielt, war sie eine bürgerliche Organisation, geschaffen, um den Kapitalismus instand zu halten und aufzubauen. Denn der Parlamentarismus, die Gewerkschaften und die Partei- oder Führerdiktatur führen nicht zum Kommunismus, sondern zur Erhaltung des Kapitalismus.

4.

Die 3. Internationale war also von Anfang an eine teilweise kontra-revolutionäre Organisation.

5.

Diese Organisation führte denn auch in den europäischen Ländern nicht zum Sieg, sondern zur Niederlage des Proletariats.

6.

Als nun aber seit dem Frühjahr 1921 die die Diktatur über Rußland haltende bolschewistische Partei zum Kapitalismus überging, zwang sie bald die 3. Internationale, zum Kapitalismus zurückzukehren, und die 3. Internationale wurde nun in der Tat, vom Sommer 1921 ab, ganz kapitalistisch und bürgerlich. Die Revolution wurde aufgegeben, nur Reformen wurden angestrebt, der Aufbau des Kapitalismus wurde ihr Ziel.

7.

Da der russische Kapitalismus aufgebaut werden soll, und da dieser Kapitalismus nicht aufgebaut werden kann ohne die Wiederherstellung und den Aufbau des europäischen Kapitalismus, wurde die 3. Internationale gezwungen, die Revolution aufzugeben und zum Reformismus zurückzukehren, d.h. den Aufbau des Kapitalismus sich als Ziel zu setzen.

8.

Und darum, um den Kapitalismus aufzubauen, verbindet sich jetzt die 3. Internationale - gleich wie die russische, jetzt kapitalistische bolschewistische Partei sich mit den europäischen kapitalistischen Regierungen und mit dem europäischen Kapital verbindet, um den russischen Kapitalismus aufzubauen - mit der 2. und 2 1/2. Internationale zum Aufbau des europäischen Kapitals.

9.

Das Ziel der 2., 2 1/2. und 3. Internationale ist also dasselbe(,) als dasjenige der kapitalistischen Staaten und Regierungen. Die Einheitsfront dieser 3 Internationalen ist die Einheitsfront mit dem Kapitalismus.

10.

Indem der Kapitalismus sich in einer tödlichen Krise befindet und noch gar keinen Ausweg sieht, bieten die Sowjet-Regierung und die 3. Internationale sich an, ihn zu retten.

11.

Darum ist die 3. Internationale, wie die russische bolschewistische Partei, zu einer ganz kontra-revolutionären, das Proletariat verratenden Organisation geworden. Sie ist der 2. und 2 1/2. gleichzustellen.

12.

Gleichwie das Proletariat in allen Ländern in den Händen der sozialdemokratischen, der bürgerlichen und der reaktionären Parteien ein Mittel ist, um den Kapitalismus zu erhalten, aufzubauen und über die Welt zu verbreiten, und die Regierung und die Macht diesen Parteien und ihren Führern zu überliefern, so ist zu diesem selben Ziel das Proletariat nun auch ein Mittel in den Händen der 3. Internationale. Nicht die Revolution, nicht die Befreiung des Proletariats, sondern die eigene Macht im bürgerlichen Staate und die Sklaverei des Proletariats ist ihr Ziel.

Die Kommunistische Arbeiter-Internationale.

1.

So sehr die Lage des gesamten internationalen Proletariats inmitten des sich in seiner Todeskrisis befindlichen Weltkapitalismus die proletarische Weltrevolution als die Erfüllung seiner praktisch-politischen Tagesaufgabe erfordert, so wenig entspricht andererseits die geistige Einstellung und der organisatorische Zusammenhang der internationalen Arbeiterklasse dieser welthistorischen Forderung. Die Verkettung der überwiegenden Mehrheit des Weltproletariats in den Gedankengängen des bürgerlichen Privateigentums und den Formen der internationalen kapitalistisch-proletarischen Arbeitsgemeinschaft, welcher alle bestehenden Organisationen des Proletariats getrennt und vereint Vorschub leisten, stellt die revolutionären Proletarier aller Länder vor die geschichtlich unvermeidliche Konsequenz der Gründung einer neuen proletarischen Internationale.

2.

Diese neue proletarische Internationale, die Kommunistische Arbeiter-Internationale, vertritt den reinen proletarisch-revolutionären Klassenkampf, dessen praktische Aufgabe die Abschaffung des bürgerlich-kapitalistischen Privateigentums und dessen Umwandlung in proletarisch-sozialistisches Gemeineigentum ist. Darüber hinaus kämpft sie grundsätzlich für die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft.

3.

In Anerkennung der Tatsache, daß die objektiven Voraussetzungen zum Sturze der Bourgeoisie und der Herrschaft des Proletariats gegeben sind, stellt sie in den Vordergrund ihrer ganzen Tätigkeit das Prinzip der Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats, d.h. die Förderung der proletarischen Erkenntnis bezüglich der historischen Notwendigkeit der unmittelbaren Beseitigung des Kapitalismus und damit die Erweckung der proletarischen Willenskraft zur proletarischen Revolution.

4.

Diese Zielsetzung macht die offene (formal wie inhaltlich) antikapitalistische Einstellung und Führung ihres ganzen Kampfes zur Bedingung. Ihr höchster Richtungspunkt ist nicht das Sonderinteresse einzelner nationaler Arbeitergruppen, sondern das Gemeininteresse des gesamten Weltproletariats: die proletarische Weltrevolution.

5.

Als erster Schritt auf dem Wege zu ihrem Ziele erstrebt sie die Proklamation der Klassendiktatur des Proletariats in der Form der Zertrümmerung der kapitalistischen und der Aufrichtung der proletarischen Staatsgewalten (Rätestaaten). Sie lehnt alle reformistischen Kampfmethoden ab und kämpft mit den antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Waffen des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes für die Schaffung revolutionärer Arbeiterräte und revolutionärer Betriebsorganisationen (Arbeiter-Union).

6.

Insbesondere bekämpft sie die bestehenden internationalen Organisationen des Proletariats (die Londoner, die Wiener und die Moskauer Internationale), welche als die Helfershelfer der Bourgeoisie bei ihrem gemeinsamen Versuch des Wiederaufbaus des Weltkapitalismus bestrebt sind, die Einheitsfront von Bourgeoisie und Proletariat gegen die proletarische Weltrevolution herzustellen, und infolgedessen das gefährlichste Hindernis der Befreiung des Proletariats bedeuten.

Aus: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 1.

BIOGRAPHISCHER ANHANG

Appel, Jan; geb. 1890 in einem Dorf in Mecklenburg; Volksschulbildung und Schiffsbauerlehre; seit 1908 in der SPD; 1918 führende Beteiligung am Rüstungsarbeiterstreik in Hamburg und Kontakt zu den Hamburger Linksradikalen; in den revolutionären Vorgängen in Hamburg als Agitator und Vorsitzender der Revolutionären Obleute; zum "Spartakus"-Bund überwechselnd und dort in leitender Position; frühe Propaganda unionistischer Ideen und Vorkämpfer der AAU; als Delegierter der Hamburger KPD auf dem Heidelberger Kongreß im Oktober 1919 solidarisch mit der Opposition; Beteiligung an den Kämpfen im Ruhrgebiet im März 1920; vom Gründungskongreß der KAP mit Franz Jung zum 2. Komintern-Kongreß delegiert; fruchtlose Diskussion der KAP-Thesen mit Sinowjew und Lenin; nach Rückkehr u.a. Redakteur am Düsseldorfer AAU-Organ "DerKlassenkampf"; auf 3. Weltkongreß der Komintern erneut als Delegierter der KAP (Pseudonym : Hempel); Ende 1923 Verhaftung wegen Schiffsraubes bei der ersten Moskaureise 1920; Ende 1925 amnestiert und Emigration nach Holland; dort Arbeit als Schiffsbauer und in Kontakt mit der aus der holländischen KAP hervorgegangenen "Gruppe Internationaler Kommunisten"; Tätigkeit im Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung; lebt heute in Maastricht.
(Nach mündlichen Mitteilungen (Tonband) von Herrn Appel; Ergänzungen).

Becker, Karl; geb. am 19.11.1894 in Hannover; Schriftsetzerlehre und seit 1909 sozialdemokratisch organisiert; während des ersten Weltkrieges enge Verbindung mit Karl Radek und Paul Frölich; führendes Mitglied der Bremer IKD und Gründungsmitglied der KPD(S); trat in der linken Opposition des ersten Jahres der KPD(S) mit der alten IKD-Parole des Austritts aus den Gewerkschaften hervor und war einer der frühesten Autoren des deutschen Unionismus;nach dem Heidelberger Parteitag der KPD(S) tätig in der Reichsinformationsstelle der Gesamtopposition; auf der ersten Reichskonferenz der AAUD mit seinem marxistischen Programm den unionistischen Kräften unterlegen und seitdem mit Paul Frölich endgültige Abwendung vom Linkskommunismus und Verbleiben in der KPD(S); wurde von der KAP als Renegat betrachtet; nach dem 8. Kongreß Mitglied der Parteizentrale der KPD; seit 1924 mit Paul Frölich einer der Führer der rechten Opposition in der KPD; 1933 illegale Tätigkeit und Flucht nach Frankreich; 1941 von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert; am 1.12.1941 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Plötzensee hingerichtet.
(K.H. Tjaden, op.cit., Bd.II, p.115; Ergänzungen).

Borchardt, Julian; geb. 1868; vor dem ersten Weltkrieg kommunalpolitische Tätigkeit im Rahmen der SPD in Berlin; seit September 1913 Herausgeber der im Sinne der äußersten Linken in der SPD oppositionellen Zeit-

schrift "Lichtstrahlen"; die "Lichtstrahlen" wurden zur frühesten Plattform der linksradikalen Kritik an der "Burgfriedens"-Politik der SPD; Ende 1914 bereits Vorschlag der Gründung einer eigenen linksradikalen Partei; neben Karl Radek als deutscher Vertreter zur Zimmerwalder Linken um Lenin gehörig; enge Zusammenarbeit mit Pannekoek; seit der Konstituierung der ISD, Ende 1915, "Lichtstrahlen" als deren Publikationsorgan; Entzweiung mit der Bremer Majorität der ISD aufgrund persönlicher Resignation und radikal organisationsverneinender Propaganda; im April 1917 Verbot der "Lichtstrahlen"; im November 1918 erneut Herausgabe der "Lichtstrahlen", fortan aber ohne organisatorischen Kontakt mit der linksradikalen Bewegung; bis zu seinem Tode (1932) parteiloser Sozialist.
("Lichtstrahlen", 1.-4.Jg. (1913-1917); Ergänzungen).

Friedeberg, Raphael; geb. 14.3.1863 in Tilsit; höhere Schulbildung und Studium der Nationalökonomie, dann der Medizin und Promotion zum Dr. med.; als Student bereits sozialdemokratisch engagiert und Mitarbeiter am "Sozialistischen Akademiker"; erster Besitzer der "Sozialistischen Monatshefte" seit Januar 1897; 1896 Abkehr vom Parlamentarismus in Reaktion auf "Sächsischen Wahlrechtsraub"; seit 1903 aufgrund des gemeinsamen Antiparlamentarismus Kontakte mit der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; 1904 und 1905 offene Agitation für den Massen- und Generalstreik, seit Keßlers Tod im Rahmen der "Freien Vereinigung"; Bekanntschaft mit Gustav Landauer und Skizzierung einer Theorie des "historischen Psychismus" im Gegensatz zum "historischen Materialismus"; Forderung einer neuen "anarcho-sozialistischen" Parteigründung; führte die "Freie Vereinigung" von ihrem sozialdemokratischen Programm zur Rezeption syndikalistischer Ideen; Bruch mit der "Freien Vereinigung" wegen seiner anarchistischen Wendung; September 1907 Ausschluß aus der SPD; dann Rückzug von der aktiven Politik und Übersiedlung in die Schweiz; dort bis mindestens 1939 Kurarzt in Ascona und in ständigem Kontakt mit der internationalen anarchistischen Bewegung.
(Max Nettlau, Nachlaß, p.199 verso und 199 B, C, D, E, F).

Frölich, Paul; geb. am 7.8.1884 als Sohn einer sozialistisch organisierten Arbeiterfamilie; Realschule, kaufmännische Lehre, Selbststudium der Sozialwissenschaften; seit 1902 in der Arbeiterbewegung tätig; journalistische Arbeit in Leipzig und Hamburg; 1914 radikaler Gegner der "Burgfriedens"-Politik und Übertritt in die Redaktion der "Bremer Bürgerzeitung"; Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Linksradikalen Johann Knief bei gemeinsamer Herausgabe des Bremer ISD-Organs "Arbeiterpolitik"; als Delegierter der ISD 1916 auf der Kienthaler Konferenz; Kriegsdienst und seit Mitte 1918 wegen antimilitaristischer Propaganda in der Nervenheilanstalt; auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) als Vertreter der IKD in die Zentrale der Partei gewählt; auf Gründungsparteitag der KPD(S) Fürsprecher der Idee der "Einheitsorganisation" und bis Ende 1919 mit Karl Becker Vertreter des linkskommunistischen Gewerkschafts-Programms der Bildung von revolutionären Betriebsorganisationen; als Abgesandter der KPD-Zentrale beteiligt an der Bildung der 2. Münchener Räterepublik und Rechtfertigung der kommunistischen Beteiligung an derselben; als Sprecher der Bremer KP Abänderungsvorschläge zu den Heidelberger Leitsätzen (Oktober 1919) und erst auf dem 3. Kongreß der KPD(S) (Februar 1920) Absage an die linkskommunistische Bewegung; bis Mitte 1921 Fürsprecher einer aktiv-revolutionären Taktik und einer der Offensiv-Theoretiker nach der März-Aktion 1921; danach weitergehende Entwicklung nach rechts in der KPD; seit 1929 einer der Führer der rechtsabspaltenden KPO, 1932 führend tätig in der SAP; nach Konzentrationslagerhaft 1933 Emigration nach Paris, 1941 Flucht nach New York; 1950 Rückkehr nach Deutschland; Mitglied der SPD bis zu seinem Tode am 16.3.1953; Biograph und Herausgeber Rosa Luxemburgs; historische Studien; wurde in den ersten Jahren der Weimarer Republik von den Linkskommunisten als Renegat betrachtet; sein Pseudonym in diesen Jahren: Paul Werner. (Karl H. Tjaden, op. cit., Bd. II, p. 5 f; Ergänzungen).

Gorter, Herman; geb. am 26.11.1864 in Wormerveer (Niederlande) als Sohn eines Schriftstellers; höhere Schulbildung und Studium der klassischen Philologie, 1891 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über Äschylos; Gymnasiallehrer; Führer und bedeutendster Repräsentant einer impressionistischen Dichterschule ("Beweging van Tachtig"); Spinoza-Übersetzungen und Studium Kants, schließlich Studium des Marxschen Werkes und um die Jahrhundertwende Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei der Niederlande (SDAP); mit Henriette Roland-Holst Herausgeber der marxistischen Zeitschrift "De Nieuwe Tijd"; sozialdemokratische Agitationsschriften; zeitweilig in der Führung der SDAP; freundschaftliche Beziehungen zu den Linksradikalen in der SPD über Kautsky und Pannekoek; seit 1900 Kampf gegen den Revisionismus, seit 1903 Kampf für die Massenstreik-Idee; 1907 Mitbegründer der linksradikal-oppositionellen Zeitschrift "De Tribune" und 1909 mit der Tribune-Gruppe Ausschluß aus der SDAP; neben Pannekoek u.a. Gründer der niederländischen SDP; während des Weltkrieges zur Zimmerwalder Linken gehörig und Agitation für revolutionäre Massenaktionen; in seinem schweizer Exil Kontakte zu den russischen Revolutionären; im November 1918 nach Berlin, seitdem Kontakt mit der linksradikalen revolutionären Bewegung in Deutschland bis zu seinem Tode; Fürsprecher der linken Opposition in der KPD(S); Agitation für den deutschen Unionismus, seit April 1920 Hauptvertreter der politischen Theorie Pannekoeks im Rahmen der KAPD; Mitte 1920 in der Polemik mit Lenin Versuch einer sozio-ökonomischen Begründung des westeuropäischen Linkskommunismus; im November 1920 als Delegierter der KAPD nach Moskau und Bewirkung der Aufnahme der KAP in die 3. Internationale; als enger Freund Karl Schröders nach Spaltung der KAPD im März 1922 Eintreten für die Essener Richtung der KAPD; Mitbe-

gründer der niederländischen KAP; für die KAPD (Essener Richtung) bis zu seinem Tode am 15.9.1927 tätig; Theoretiker der linkskommunistischen Internationale (KAI); in den Niederlanden heute ausschließlich als Klassiker der modernen Dichtung bekannt.
(Nachruf in KAZ (Essener Richtung), 6.Jg. (1927), Nr.9; Ergänzungen).

Hoelz, Max; geb. am 14.10.1889 in Moritz bei Riesa als Sohn eines Schneidemühlenarbeiters; nach Volksschulausbildung 2 Jahre Tagelöhnerarbeit; längerer Aufenthalt in England, dort Besuch eines Polytechnikums; 1909 zurück in Deutschland, in Dresden Vorbereitung eines technischen Studiums, Gelegenheitsarbeiten; im August 1914 als Freiwilliger in einem Husarenregiment eingezogen; bis 1918 an der Front, Politisierung durch die Kriegserfahrungen; im Oktober 1918 als Kriegsbeschädigter vom Heer entlassen, Arbeitsloser; in Falkenstein im Vogtland April 1919 zum Führer des Arbeitslosenrates gewählt; Organisator von Arbeitslosenrevolten und rasch wachsende Popularität; begründete die Ortsgruppe der KPD(S) in Falkenstein nach anfänglicher Zugehörigkeit zur USPD; wiederholt verhaftet und wieder befreit, steckbrieflich gesucht; Führer der vogtländischen "Roten Armee" in der Parallelaktion zu den Ruhrkämpfen im Anschluß an Kapp-Putsch im März/April 1920; Ausschluß aus der KPD(S); politischer Schüler Otto Rühles und Repräsentant des linkskommunistischen Aktivismus; Zugehörigkeit zur KAPD; in der März-Aktion der VKPD (1921) von VKPD und KAPD zum militärischen Führer der Kämpfe im mitteldeutschen Industriegebiet ernannt; dann Festnahme im Mai (1921) und Verurteilung im Juni zu lebenslänglichem Zuchthaus; Wiedereintritt in die KPD, die seine Popularität propagandistisch auswertete; 1928 amnestiert und ein Jahr lang für die KPD auf Vortragsreisen; dann Übersiedlung nach Moskau, behördliche Verweigerung der Rückkehr nach Deutschland; zuletzt in Gorki, wo er 1934 unter nicht geklärten Umständen ertrank.
(Max Hölz, Vom "Weißen Kreuz", op. cit.; Ergänzungen).

Jung, Franz; geb. am 26.11.1888 in Neiße; höhere Schulbildung und Jurastudium abgebrochen; früher Kontakt mit den Münchener Bohème-Kreisen um Erich Mühsam und der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; 1911/12 Beiträge im expressionistischen "Sturm", seit 1913 sozialkritische Aufsätze und Skizzen in der "Aktion"; 1914 Desertion und Festungshaft in Spandau; 1912/13 erste Prosa-Veröffentlichungen in Buchform; während der Kriegsjahre zum "Aktions"-Kreis gehörig; nach dem November-Umsturz politisches Engagement in der Bewegung des Linkskommunismus und Gründungsmitglied der KAPD; als KAPD-Delegierter unter abenteuerlichen Umständen im April 1920 mit gestohlenem Schiff zum zweiten Kominternkongreß; führende Stellung in der illegalen Kampforganisation (KO) der KAPD; wichtige Rolle in den mitteldeutschen Kämpfen im März 1921; Verurteilung zu längerer Freiheitsstrafe und Flucht über Holland in die UdSSR; dort längere Tätigkeit als Wirtschaftsexperte; Enttäuschung und Rückkehr nach Deutschland; anhaltender Unwille, sich sozial einzugliedern; zwischen 1919 und 1924 zahlreiche sozialkritische Romane, Erzählungen und Dramen; nach 1923 weitgehend apolitisch, Tätigkeit als Wirtschafts- und Handelskorrespondent in Deutschland und im Ausland; 1934 Emigration über Prag, Wien, Paris, Genf und Budapest in die USA; kehrte nach 1945 zurück und starb im Januar 1963 in Stuttgart; Jung ist Repräsentant der künstlerischen, expressionistisch orientierten Intelligenz, die zur linksradikalen Bewegung stieß.
(Franz Jung, Der Weg nach unten; op. cit.; Ergänzungen).

Kater, Fritz; geb. am 19.12.1861 in Barleben bei Magdeburg; Sohn eines Landarbeiters und selbst zuerst Feldarbeiter, dann Abschluß einer Maurerlehre; 1883 beteiligt an der Gründung eines Fachvereins für Bauarbeiter in Magdeburg; während der Zeit des Sozialistengesetzes in der illegalen sozialdemokratischen Bewegung tätig; 1887 Gründung eines Fachvereins der Maurer in Barleben; 1889 Gefängnisstrafe wegen Vergehen gegen das Versammlungsverbot; Gründer und Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung "Magdeburger Volksstimme"; in engem Kontakt mit allen Wortführern der Oppositionsbewegung der "Jungen" in der SPD; stimmte auf dem Hallenser (1890) und Erfurter Parteitag (1891) gegen den Ausschluß der "Jungen" aus der Partei; 1891 erneute politische Gefängnisstrafe und Übersiedlung nach Berlin 1892; dort neben Ausübung seines Maurerberufes Gewerkschafts- und Parteiarbeit auf dem linkesten Flügel; mit Gustav Keßler 1897 Begründer der aus der Lokalisten-Bewegung hervorgehenden "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; seit 1903 deren hauptberuflicher Organisationsleiter; Herausgeber des Verbandsorgans "Die Einigkeit"; 1908 freiwilliger Austritt aus der SPD nach Ablehnung von Angeboten höherer Funktionärsposten in der SPD oder den Zentralverbands-Gewerkschaften; nach Unterdrückung der "Freien Vereinigung" im Weltkriege (1914-1918) Koordinator der illegalen Kader und wichtigster Reorganisator der "Freien Vereinigung" seit November 1918; seit Gründung der FAUD im Dezember 1919 Vorsitzender der Berliner Geschäftskommission und Besitzer des FAUD-Verlagshauses in Berlin: unter dem Einfluß Rockers erst 1919 geistige Loslösung von der SPD; 1930 Niederlegung des Vorsitzes der FAUD-Geschäftskommission aus Altersrücksichten; während des nationalsozialistischen Regimes Versuch, die Organisationsreste der FAUD zusammenzuhalten; wurde im Mai 1945 beim Demontieren eines Blindgängers getötet.
(Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater (Rocker - Nachlaß)).

Keßler, Gustav; geb. 1832, Regierungsbaumeister; zuerst politische Tätigkeit in der Berliner Fortschrittspartei; seit 1883 in den Gewerkschaften tätig; Redakteur des Organs des Fachvereins der Bauarbeiter "Der Handwerker" seit 1884; während des Sozialistengesetzes Bekenntnis zur sozialdemokratischen Bewegung und wiederholte Gefängnisstrafen und Ausweisun-

gen; Verfasser zahlreicher Schriften über die illegale Arbeit während des Sozialistengesetzes; 1897 Initiator des ersten Lokalisten-Kongresses in Halle; Redakteur der "Einigkeit"; prägte das Selbstverständnis der "Freien Vereinigung" als gewerkschaftliche Avantgarde der Sozialdemokratie; starb am 29.7.1904 in Berlin.
(Nachruf in: "Die Einigkeit", 8. Jg. (1904), Nr. 32; Ergänzungen).

Knief, Johann; geb. 1880 in kleinbürgerlichem Milieu; kam als Volksschullehrer vom linken Flügel des bremischen Lehrervereins relativ spät zur Arbeiterbewegung; verließ etwa um 1905 den Schuldienst und wurde Redakteur der linksradikalen "Bremer Bürgerzeitung"; vertrat dort vor allem die politische Theorie Anton Pannekoeks; nachdem Ende 1914 die "Bremer Bürgerzeitung" auf "Burgfriedens"-Kurs ging, Austritt aus deren Redaktion; im Juni 1916 mit Paul Frölich Gründer und Herausgeber der Bremer "Arbeiterpolitik" und Führer der Bremer Linksradikalen; im Anschluß an Zimmerwalder Konferenz vom September 1915 Vertreter der Leninschen radikalen Resolution und Befürworter der resoluten geistigen und organisatorischen Trennung der Linksradikalen von der SPD; Mitinitiator der Gründung der ISD; seit 1917/18 in der Emigration in Holland und dort in engem Kontakt mit den Linksradikalen um Pannekoek und Gorter; seit der Angliederung des "Spartakus"-Bundes an die USPD im April 1917 scharfe Polemik gegen den "Spartakus"-Bund und unermüdliche Aufrufe zur Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei; Umbenennung der ISD in IKD; im November 1918 neben Paul Frölich geistiger und organisatorischer Koordinator der IKD; starke Vorbehalte gegen Verschmelzung der IKD mit dem "Spartakus"-Bund zur KPD(S), die am Jahreswechsel 1918/19 dennoch zustande kam; durch Propagierung der "Einheitsorganisation" einer der Autoren des linkskommunistischen Gewerkschaftsprogramms des Austritts aus den alten Verbänden; seit 1919 durch Krankheit an aktiver politischer Tätigkeit verhindert; starb am 6.4.1919 in Bremen an den Folgen einer Blindarmoperation; galt in linkskommunistischen Kreisen als "ein Vorläufer der KAPD und der AAU".
(KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 14; "Proletarier", 2. Jg. (1927), Heft 2; Ergänzungen).

Landauer, Gustav; geb. 1870 in Karlsruhe als Sohn eines jüdischen Kaufmanns; Gymnasialbildung, Studium in Zürich; dort durch radikal-sozialistische Kreise 1890/91 zur Arbeiterbewegung; dann Anschluß an die Bewegung der "Jungen"; 1893 Redakteur des Publikationsorgans der "Jungen" und anarchistische Agitation; Gefängnisstrafe wegen "aufreizender" Artikel in seiner Zeitschrift, dem "Sozialist"; Verbot des "Sozialist" im Januar 1895 und dessen Wiederbegründung im August 1895; bis zum Ende des 2. "Sozialist" (1899) dessen Herausgeber; intellektueller Führer des deutschen Anarchismus; seit 1899 vorwiegend theoretische Arbeit, Studium Proudhons, Übersetzung Kropotkins; Bekanntschaft Kropotkins bei Englandreise 1902;

1908 Gründung des "Sozialistischen Bundes", als dessen Publikationsorgan der "Sozialist" neu erscheint seit Januar 1909; dessen Verbot 1915; während der Kriegszeit u. a. Dramaturg am Düsseldorfer Schauspielhaus; im November 1918 durch Kurt Eisner nach München, dort im Landes-Arbeiterrat und Kommissar für Volksaufklärung; vom 7. bis 14. April 1919 Mitglied des Zentralrates der ersten Münchener Räterepublik; durch Kommunisten hinausgedrängt und am 2. Mai 1919 von konterrevolutionären Truppen erschossen.
(Julius Bab, Gustav Landauer, Gedächtnisrede, Berlin 1919; Ergänzungen).

Laufenberg, Heinrich; geb. am 19.1.1872 im Rheinland, Sohn aus katholischer Familie; Studium der Volkswirtschaft, Promotion zum Dr. phil., Redakteurtätigkeit; von der Zentrumspartei etwa 1904 überwechselnd zur SPD; stand zum Flügel der Linksradikalen in der SPD; 1907 von Franz Mehring nach Hamburg empfohlen für die Abfassung einer Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung; Leiter der Hamburger Parteischule; 1912 Parteiverfahren aufgrund seines Radikalismus, das ihn von allen Parteiämtern ausschloß; während des Krieges mit Fritz Wolffheim Mittelpunkt der linksradikalen Opposition in Hamburg gegen die Kriegspolitik der SPD; als Sprecher der Hamburger Opposition in dauerndem Kontakt mit den Bremer ISD, ohne diesen anzugehören; führende Tätigkeit in der Hamburger Revolution im November 1918; Vorsitzender des Hamburger Arbeiterrates vom 11.11.1918 bis 21.1.1919; auf dem zweiten Parteitag der KPD(S) mit Fritz Wolffheim Sprecher der Gesamtopposition in der Partei; Mitinitiator des deutschen Unionismus; nach Lostrennung der Linkskommunisten nach dem 2. Parteitag (20. - 24.10.1919), Versuch, die Opposition unter nationalbolschewistischem Programm zu sammeln; Mitbegründer der KAPD im April 1920; aus der KAPD vom 2. Parteitag (1. - 4.8.1920) ausgeschlossen; dann nationalbolschewistische Tätigkeit im Rahmen einer "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus"; politische Publikationstätigkeit, isoliert von der linksradikalen Bewegung; lehnte Verbindung mit Nationalsozialisten ab; starb im Frühjahr 1932.
(Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute, p. 431 f; Ergänzungen).

Levi, Paul; geb. am 11.3.1883 in Hechingen; Gymnasialbildung und Jura-Studium in Berlin und Grenoble, Promotion; 1906 Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; politischer Schüler und Strafverteidiger Rosa Luxemburgs; Mitbegründer des "Spartakus"-Bundes und der KPD(S); auf Gründungskongreß der KPD(S) Referent über die Wahlen zur Nationalversammlung; mit Rosa Luxemburg gegen die Mehrheit des Kongresses Befürworter der Teilnahme an diesen Wahlen; nach Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (Januar 1919) und Leo Jogiches' (April 1919) im Mai 1919 durch Kooptation und widerstrebend in die Zentrale der KPD(S) gewählt und seitdem Führer der Partei; begann seit Juni 1919 einen Kurs, der die aktivistischen und linkskommunistischen Elemente aus der Partei hinauszudrängen suchte. Höhe-

punkt dieses neuen Kurses seine dem Heidelberger Parteitag (Oktober 1919) vorgelegten Leitsätze; nach Abspaltung der linkskommunistischen Opposition bewußte Annäherung an die USPD und im Dezember 1920 Vereinigung der KPD(S) mit linkem Flügel der USPD zur VKPD; im Februar 1920 Rücktritt vom Vorsitz aus Protest gegen die Italien - Politik der Komintern und die Aufnahme der KAPD in die 3. Internationale; nach der März-Aktion der VKPD von 1921 scharfe Kritik daran, die seinen Ausschluß aus der KPD zur Folge hatte; daraufhin Gründer und Führer einer "Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" (KAG), die sich der Rest-USPD anschloß und mit dieser 1922 zur SPD zurückkehrte; unumstrittener Führer der Linksopposition in der SPD; 1920 - 1930 Mitglied des Reichstages; stürzte am 9.2.1930 in Frankfurt/M. im Fieber zu Tode.
(K.H. Tjaden, op. cit., Bd.II, p.83; Ergänzungen).

Merges, August; geb. am 3.3.1870 in Malstadt-Murbach (Saarland); Ausbildung als Schneider und Kunststopfer, Anfang der neunziger Jahre ansässig im Kreis Gandersheim; Verwalter des Gewerkschaftshauses in Alfeld und ab 1911 Expedient des sozialdemokratischen "Volksfreund" in Braunschweig; nach Kriegsbeginn zur linksradikalen Bewegung stoßend und in Braunschweig mit August Thalheimer u.a. Vorsitzender eines lokalen "Revolutionsklubs" und "Spartakus"-Mitglied; als geschickter Redner bereits am 3.11.1918 in USP-Massenversammlung die revolutionäre Bewegung in Braunschweig einleitend; am 8.11.1918 als Vorsitzender des Arbeiterrates Erzwingung des Rücktritts des regierenden Herzogs von Braunschweig; am 10.11.1918 zum Präsidenten der Sozialistischen Republik Braunschweig gewählt; nach Wahl eines Landesparlaments im Februar 1919 Verzicht auf Präsidenten-Titel und Landtagsmandat; bis April Führer lokaler Insurrektionen und Flucht nach Berlin; dort Mitglied der KAPD und als deren Vertreter mit Rühle im Juli 1920 zum 2. Weltkongreß der Komintern nach Moskau delegiert; bis mindestens 1921 KAP-Zugehörigkeit, dann Übertritt zur KPD; wurde nach 1933 von der SS getötet.
(Ernst-August Roloff, op. cit., p.26 - 64; Ergänzungen).

Möller, Werner; geb. 1888 in Barmen; erlernte den Beruf des Klempners und war von Jugend auf sozialdemokratisch organisiert; trat 1913 mit lyrischer Arbeiterdichtung hervor; gehörte bei Ausbruch des Krieges (August 1914) zur Berliner Gruppe um Julian Borchardt; war Mitarbeiter an dessen Publikationsorgan "Lichtstrahlen" und gehörte seit Ende 1915 zu den Vorkämpfern der ISD; wegen Verbreitung von Liebknecht-Flugblättern einen Monat Schutzhaft, dann 9 Monate Gefängnis in Kottbus; nach Borchardts Ausscheiden einer der Führer der Berliner ISD und enger Mitarbeiter Johann Kniefs in dessen "Arbeiterpolitik"; Führerrolle in Berliner IKD und als deren Delegierter anwesend auf dem Gründungskongreß der KPD(S); während der "Spartakuswoche" in Berlin einer der Führer des linksradikalen Aktivismus; Beteiligung an der Besetzung des "Vorwärts"-Gebäudes am 5.1.1919 und an dessen Verteidigung; wurde nach Abbruch der Kämpfe im Januar 1919 von Reichswehrtruppen als Geisel erschossen; von Linkskommunisten als Wegbereiter ihrer Bewegung angesehen; Pseudonym: Werner Nauffacher.
(KAZ (Berliner Richtung), 3.Jg. (1922), Nr.3; Ergänzungen).

Most, Johann; geb. 1846 als Sohn eines Sekretärs in Augsburg; trat mit 13 Jahren eine Buchbinderlehre an und ging 1863 auf Wanderschaft als Buchbindergeselle; durchwanderte bis 1868 Süddeutschland, die Schweiz, Österreich, Oberitalien, Ungarn; 1867 Anhänger Lasalles und Beitritt zur ersten Internationale; 1868 populärer Diskussionsredner der Sozialdemokratie in Wien; Hauptorganisator einer sozialdemokratischen Demonstration in Wien im Dezember 1870 und daraufhin 5 Jahre schwerer Kerker; 1871 amnestiert und aus Österreich ausgewiesen; schloß sich der Eisenacher Richtung der deutschen Sozialdemokratie an; von Liebknecht abgewiesen, von Bebel freundlich aufgenommen; 1871 Redakteur der "Chemnitzer Freien Presse" und 1874 acht Monate Gefängnis wegen Demonstrationen gegen die Sedan-Feier; 1874 von den Chemnitzer Arbeitern in den Reichstag gewählt; 1874 - 1876 politische Haftstrafe; 1876 Redakteur der "Berliner Freien Presse"; 1878 fünf Monate politische Gefängnisstrafe; nach dem Sozialistengesetz aus Preußen ausgewiesen und Emigration über Hamburg nach London; dort vom 3.1.1879 bis 22.5.1882 Herausgabe der "Freiheit"; nach Ausschluß aus der SPD im August 1880 endgültige Wendung zum Anarchismus; im Mai 1881 16 Monate Gefängnis in London wegen Akklamation des russischen Zarenmordes vom März des Jahres; Verbot der "Freiheit" nach wiederholter Solidaritätsbezeugung für die irischen Freiheitskämpfer; im Dezember 1882 nach New York; in den USA weitere rastlose politische Tätigkeit in der radikalen Arbeiterbewegung und Neuherausgabe der "Freiheit"; starb 1906; wurde von den deutschen Syndikalisten und Teilen der Linkskommunisten als wesensverwandt und Vorläufer der eigenen politischen Bestrebungen angesehen.
(Rudolf Rocker, Johann Most, Das Leben eines Rebellen, op. cit.)

Mühsam, Erich; geb. am 6.4.1878 in Berlin als Sohn eines jüdischen Apothekers; Apothekerlehre und frühe Manifestationen dichterisch-schriftstellerischen Ehrgeizes; um 1900 freier Schriftsteller in München; vielfältige Beziehungen zur literarischen Bewegung des Naturalismus, Freundschaft mit Wedekind, seit 1901 mit Gustav Landauer; politische Entwicklung vom Sozialismus zum Anarchismus, Verehrer Bakunins und Kropotkins; seit 1908 Agitator des "Sozialistischen Bundes" und Herausgeber der Zeitschrift "Kain" in München; Reisen in Österreich, Italien, Frankreich; während des Weltkrieges Beteiligung an Streikbewegungen und Haftstrafe bis zum November 1918; neben Landauer u.a. Führer der ersten Bayrischen Räterepublik im April 1919; mit Ernst Toller u.a. zu Festungshaft verurteilt und 1924 amnestiert; stand in engster Verbindung mit der FAUD, ohne dieser anzuge-

hören; enge Freundschaft mit Rudolf Rocker; Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift "Fanal", revolutionäre Dichtung; 1933 verhaftet von den Nationalsozialisten; starb 1934 im Konzentrationslager.
(Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 374 ff; Ergänzungen).

Nettlau, Max; geb. am 23.7.1865 in Neuwaldegg bei Wien; Gymnasialbildung, Philologiestudium an mehreren deutschen Universitäten, Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über ein Spezialproblem der indo-germanischen Grammatik; 1885 Anschluß an die radikale Arbeiterbewegung in London; erste historische Arbeiten über den europäischen Anarchismus publiziert 1890 in John Mosts "Freiheit"; 1888 Bekanntschaft mit Kropotkin in London; seit diesem Jahr systematisches Sammeln der internationalen anarchistischen Literatur; seine Publikationen trugen wesentlich zur Rezeption des Anarchismus durch Teile der oppositionell sozialdemokratischen "Jungen" bei; jahrelange Arbeit als Privatgelehrter an fast allen großen europäischen Bibliotheken an einer umfangreichen Biographie Bakunins; lebte nach dem ersten Weltkrieg in Wien; von 1918 bis 1933 Beteiligung an der agitatorischen Arbeit der FAUD, in deren Verlag seine bedeutenden Studien zur Geschichte des Anarchismus erschienen; durch seine Publikationen im Rahmen der FAUD der wichtigste Historiograph des internationalen Anarchismus; 1933 Flucht nach Holland, dort Arbeit u.a. am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam; starb im Juli 1940 in Amsterdam.
(Bulletin of the International Institute of Social History, Amsterdam 1950, Nr. 1, p. 25 ff; Ergänzungen).

Pannekoek, Anton; geb. am 2.1.1873 in Vaassen (Holland); nach höherer Schulbildung Studium der Astronomie an der Universität Leiden und Promotion zum Dr. rer. nat.; seit 1902 führend in der niederländischen Sozialdemokratie (SDAP) tätig; Professur für Astronomie in Holland; seit 1905 mit Herman Gorter und Henriette Roland-Holst Führer des linken Flügels der niederländischen Sozialdemokratie; 1905 Berufung an die Parteihochschule der SPD nach Deutschland; 1907 Mitbegründer der linksoppositionellen Zeitschrift in der SDAP "De Tribune"; 1909 Ausschluß aus der Partei mit deren linkem Flügel, der sich als selbständige Organisation konstituierte (1909) unter dem Namen SDP; die SDP bildete 1918 die Grundlage für die niederländische Kommunistische Partei; 1912 in der Auseinandersetzung mit Kautsky erste Ansätze zu den theoretischen Prinzipien des späteren Linkskommunismus; Mitarbeiter der "Neuen Zeit" und der "Bremer Bürgerzeitung", die unter seinem maßgeblichen theoretischen Einfluß stand; 1914 Ausweisung aus Deutschland; während des Weltkrieges Befürworter der Leninschen Resolution auf der ersten Zimmerwalder Konferenz und Theoretiker der ISD; zahlreiche Beiträge in Borchardts "Lichtstrahlen" und Kniefs "Arbeiterpolitik"; 1918 Mitbegründer der niederländischen Kommunistischen Partei; Agitation in Deutschland für die IKD; nach Spaltung der KPD(S) im Oktober 1919 Fürsprecher und Theoretiker der linkskommunistischen Opposition; Inspirator des ersten Programmes der KAPD vom Mai 1920; dann intellektuelle Mentorenrolle für die KAPD und Mitbegründer der niederländischen KAP; als Gegner Lenins 1920 aus dem westeuropäischen Sekretariat der Komintern ausgeschlossen; neben zahlreichen Agitationsschriften politisch-philosophische Werke, die auf der Erkenntnistheorie Josef Dietzgens aufbauen; bedeutende astronomische Studien; blieb bis zu seinem Tode im April 1960 der Führer der niederländischen Rätesozialisten; Pseudonyme: Karl Horner, John Harper.
(Nachruf in: "Geist und Tat", 10. Jg. (1960), p. 219; Ergänzungen).

Pfemfert, Franz; geb. am 20.11.1879 in Lötzen (Ostpreußen); Kindheit und Ausbildung in Berlin; seit 1904 politischer und literaturkritischer Schriftsteller; 1910 - 1911 Schriftleiter des "Demokrat, Wochenschrift für freiheitliche Politik und Literatur", seit Februar 1911 Herausgeber der "Aktion, Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst"; vor 1914 Kritik der SPD im Sinne der Linksradikalen verschiedener Observanz; Weitererscheinen der "Aktion" während des Krieges unter der Bedingung, nur feuilletonistische Beiträge zu bringen; Pfemfert wird der wichtigste Verleger und Förderer der expressionistischen Literatur während der Jahre von 1914 bis 1918; aus dem Literaten- und Künstler-Kreis um die "Aktion" 1915 Bildung einer "Antinationalen Sozialistischen Partei" (ASP), deren Funktion sich in der Kritik an der "Burgfriedens"-Politik der SPD erschöpfte und die sich in den November-Ereignissen 1918 mit dem "Spartakus"-Bund solidarisierte; Aufgehen des ASP-Kreises um Pfemfert in der KPD(S); Pfemfert gehörte zur linkskommunistischen Majorität des Gründungskongresses der KPD(S) und stand seit Durchsetzung des Levi-Kurses in der KP seit Mitte 1919 mit seiner stark politisierten Zeitschrift zur linken Opposition; Gründungsmitglied der KAPD im April 1920; seit 1920 vertrat die "Aktion" das "Einheitsorganisations"-Programm Otto Rühles; Pfemfert blieb mit seiner Zeitschrift dieser Tendenz auch nach Ausschluß aus der KAPD (Anfang 1921) und nach Gründung der AAUE (Oktober 1921) treu; nach 1923 weiterhin Kritik der Arbeiterparteien im linksradikalen Sinne und 1926 Beteiligung an der Bildung eines "Spartakusbundes Nr. 2"; seit 1927 die "Aktion" trotzkistische Plattform; sie stellte 1932 ihr Erscheinen ein; nach 1933 Flucht Pfemferts aus Berlin in die Tschechoslowakei, 1936 nach Paris, 1940 über Lissabon nach New York; während dieser Zeit Sicherung des Lebensunterhaltes durch photographische Arbeiten; seit 1941 in Mexico-City; starb dort am 26.5.1954.
(Paul Raabe (Hrg.), Ich schneide die Zeit aus, p. 360; Ergänzungen).

Plättner, Karl; geb. am 3.1.1893 in Osterode (Ostpreußen); Volksschulbildung und Handwerkerlehre; bis 1914 in der SPD und gewerkschaftlich organisiert; während des Weltkrieges tätig in der sozialistischen Jugendbewegung und 18 Monate Gefängnis wegen der Verteilung von Liebknecht-Flug-

blättern (Hochverrat); Ende 1918 bei den Dresdner IKD und Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden; Gründungsmitglied der KPD(S) und Tätigkeit als Wanderredner im Sinne der linken Opposition; aktive Beteiligung an den meisten bewaffneten Insurrektionen in der ersten Jahreshälfte 1919, besonders in der Bremer Räterepublik; Verhaftung im September 1919 und wieder Beteiligung an den Ruhrkämpfen 1920; Gründungsmitglied der KAPD und mündliche und schriftliche Agitation für die Partei; Exponent der aktivistischen Mitgliedschaft der KAPD, die die programmatische Anti-Gesetzlichkeit der Partei in die Tat umsetzte; Bank- und Kassenüberfälle zur Finanzierung der KAP-Zeitungen und Broschüren; führende Tätigkeit in den mitteldeutschen Kämpfen 1921, zeitweilig unter Max Hoelz' Namen; nach Niederschlagung der März-Aktion (1921) mit seinem Programm der Umstellung der Partei auf den "Organisierten Bandenkampf" gescheitert und Realisierung dieses Programms unabhängig von der KAPD; Verhaftung Mitte 1921 und 1923 Prozeß in Halle; Zuchthausurteil und etwa 1928 Amnestierung; Übertritt zur KPD und u.a. Veröffentlichung eines Buches über "Eros im Zuchthaus"; angeblich 1933 beim Grenzübertritt in die Tschechoslowakei erschossen.
(Generalakten des Justizministeriums 135/84 66 P (Bundesarchiv Koblenz); Ergänzungen).

Radek, Karl; Pseudonym für: Karl Bernardovich Sobelsohn, geb. 1885 in Lemberg; publizistische Tätigkeit 1905 - 1907 in Warschau, seit 1908 in Deutschland; von 1908 bis 1912 Mitglied der SPD und zur linksradikalen Gruppe um Johann Knief zählend; 1912 Ausschluß aus der SPD und zu Beginn des ersten Weltkrieges Übersiedlung in die Schweiz; von dort mit Lenin im Zug durch Deutschland; blieb in Stockholm und kam nach Beginn der Revolution im November 1917 nach Moskau; 1917/18 bolschewistische Propagandatätigkeit unter den deutschen Kriegsgefangenen; im März 1918 Direktor für Zentraleuropäische Angelegenheiten im Außenministerium der UdSSR; unter dem Eindruck des bolschewistischen Sieges teilweise Revision seiner linksradikalen Prinzipien; im Dezember 1918 zum ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin delegiert; am Zusammenschluß seiner ehemaligen Freunde von den IKD mit dem "Spartakus"-Bund zur KPD(S) maßgeblich beteiligt; am 12.2.1919 in Berlin verhaftet; rechtfertigte und stützte Levis Maßnahmen zum Hinausdrängen der linkskommunistischen Opposition auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919; im Januar 1920 Rückkehr nach Rußland; von 1920 bis 1924 Mitglied des ZK der russischen KP und des EKKI; häufige Reisen nach Deutschland, z.B. während der März-Aktion 1921 und der Oktoberereignisse 1923; 1924 als Trotzkist nicht wiedergewählt ins ZK; 1925 bis 1927 Rektor der Sun-Yat-Sen Universität; 1927 Ausschluß und 1929 Wiederaufnahme in die KPdSU; 1937 zehn Jahre Zuchthaus; starb wahrscheinlich 1942; weitere Pseudonyme: Paul Bremer, Arnold Struthahn.
(Otto Ernst Schüddekopf, op. cit., p. 415 f; Ergänzungen).

Reichenbach, Bernhard; geb. im Dezember 1888 in Berlin und in Hamburg aufgewachsen; höhere Schulbildung, einige Jahre an der Bühne und Studium der Geschichte und Nationalökonomie; aktiv in der Jugendbewegung, Vorstandsmitglied der Freien Studentenschaft Berlins; Mitherausgeber der Zeitschrift "Aufbruch"; 1915 bis 1917 Kriegsdienst, 1917 Gründungsmitglied der USPD; bis 1919 im Pressedienst des Auswärtigen Amtes tätig; 1920 im Kreise um Karl Schröder Mitbegründer der KAPD; seit Frühjahr 1921 u.a. KAP-Delegierter beim EKKI und als solcher Teilnahme am 3. Weltkongreß der Komintern; im März 1922 zur Essener Richtung der KAP gehörend und 1924 Übertritt in die SPD; 1931 SAP, Widerstandstätigkeit und 1934 Berufsverbot als Journalist; 1935 Emigration nach England, dort während des Krieges Redakteur einer vom Foreign Office herausgegebenen Wochenschrift für deutsche Kriegsgefangene; seit 1945 Korrespondent für deutsche Zeitungen und für den Rundfunk in London; Pseudonym während seiner KAP-Zeit: Seemann.
(Hanno Drechsler, op. cit., p. 368; Ergänzungen).

Rocker, Rudolf; geb. am 25.3.1873 in Mainz in kleinbürgerlicher Familie; mit 13 Jahren Vollwaise; Volksschulbildung und nach verschiedenen Berufen schließlich Abschluß einer Buchbinderlehre; erste politische Schritte im Fachverein für Buchbinder um 1890; gleichzeitig Bekanntschaft mit Schriften Johann Mosts und Bakunins; als Leiter eines sozialdemokratischen Jugend-Leseklubs in Mainz und Anhänger der "Jungen" erste Konflikte mit der Partei; auf Brüsseler Sozialisten-Kongreß 1891 Bekehrung zum Anarchismus; illegale anarchistische Propagandatätigkeit in Mainz; Ende 1892 wegen illegaler Tätigkeit Flucht nach Paris; dort in einer Gruppe exilierter "Unabhängiger Sozialisten"; 1895 nach London und Aufnahme in die Gemeinde ostjüdischer Anarchisten als Nicht-Jude; in diesem Rahmen Redakteurtätigkeit, Herausgeber von anarchistischen Blättern in jiddischer Sprache bis 1914; persönliche Bekanntschaft mit Peter Kropotkin, dessen Schüler Rocker fortan blieb; im Dezember 1914 Verhaftung als "gefährlicher Ausländer" und Internierung bis 1918; März 1918 als Austauschgefangener nach Holland, dann im November nach Deutschland; dort sofort Kontakte mit Fritz Kater, dem Leiter der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften"; bald intellektueller Führer der deutschen Anarchisten und in der zweiten Hälfte 1919 der "Freien Vereinigung"; bestimmte seit dieser Zeit das Programm der deutschen Syndikalisten und die Taktik der Berliner Geschäftskommission der FAUD; an Gründung der FAUD (Dezember 1919) führend beteiligt; Organisator und Theoretiker der 1922 gegründeten syndikalistischen Internationale (IAA); während der Weimarer Republik Hauptfigur des deutschen Anarcho-Syndikalismus; Vortragsreisen in Europa und Amerika; März 1933 Flucht in die USA; dort u.a. bedeutende kulturphilosophische Untersuchungen; starb im September 1958 in Crompond (Mohigansee).
(Rudolf Rocker, Memoiren, 3 Bde.; Ergänzungen).

Rühle, Otto; geb. 1874; pädagogische Tätigkeit und seit 1903 Ausarbeitung eines sozialistischen Schulprogramms und Monographie über die Situation des proletarischen Kindes (1911); 1911 sächsicher Landtagsabgeordneter der SPD, seit 1912 sozialdemokratisches Reichstagsmitglied; sympathisierte mit dem linken Flügel der SPD und verweigerte im März 1915 als erster Reichstagsabgeordneter nach Karl Liebknecht die Zustimmung zur Billigung der Kriegskredite durch die SPD; Beteiligung an der Gründung des "Spartakus"-Bundes und im November 1918 Sprecher der Dresdener IKD; führende Rolle in den revolutionären Vorgängen in Sachsen um die Jahreswende 1918/19 (u.a. Absetzung des regierenden Fürstenhauses in Sachsen); Mitbegründer der KPD(S), Sprecher der linkskommunistischen Majorität auf dem Gründungskongreß der KPD(S); 1919/20 linkskommunistische Agitation, besonders für die Idee der proletarischen "Einheitsorganisation"; Mitbegründer der KAPD im April 1920 unter Vorbehalten gegenüber der Beibehaltung der Zweiteilung der Organisation in Partei und Gewerkschaft; im November 1920 Ausschluß aus der KAPD vor allem wegen seiner scharfen Kritik an den 21 Punkten des zweiten Komintern-Kongresses nach einer Moskau-Delegation durch die KAP vom Mai bis Juli 1920; seit 1920 theoretisches Haupt der "Einheitsorganisations"-Tendenz in der AAUD und Initiator der Gründung der AAUE im Oktober 1921; nach 1923 Abkehr von den linksradikalen Organisationen und Rückkehr in die SPD; bedeutende pädagogische, psychologische, biographische und kulturhistorische Studien; nach 1933 zuerst Emigration nach Prag; 1936 als pädagogischer Berater einer sozialistischen Regierung nach Mexiko angeworben; 1936 u.a. mit John Dewey Geschäftsführer des Ausschusses zur Prüfung der Moskauer Anschuldigungen gegen Trotzki; Ehrenrettung Trotzkis und in der Diskussion mit Trotzki unveränderte Ablehnung der Allgemeingültigkeit des bolschewistischen Parteiprinzips und Beharren auf antiautoritärem und demokratischem Charakter der gesellschaftlichen Transformation; im Alter noch künstlerischen Erfolg als Maler unter dem Namen Carlos Timonero; starb im Juni 1943 im mexikanischen Exil.
(Sebastian Franck, op. cit.; Ergänzungen).

Scharrer, Adam; geb. am 13.7.1889 in einem Dorf bei Nürnberg als Sohn des Gemeindehirten; Dorfschule, Hirt und 1906 Lehrzeit als Dreher; nach Gesellenprüfung Wanderschaft durch Deutschland, die Schweiz, Italien; Tätigkeit als Schlosser; 1914 Kriegsteilnehmer, dann Munitionsarbeiter; seit 1917 in Kontakt mit den Berliner Revolutionären Obleuten und Beteiligung an den Rüstungsarbeiterstreiks; in der linken Opposition der KPD(S) in Berlin und Gründungsmitglied der KAPD; Redakteur der KAZ und als führender Funktionär des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin seit 1921 in Gegnerschaft zum Schröder-Kreis; seit der Spaltung der KAP einer der Führer der Berliner Richtung und bis mindestens 1927, wahrscheinlich bis 1933 in der KAP bzw. in der AAU tätig; dem Expressionismus verpflichtete Prosaveröffentlichungen; 1929 literarischer Erfolg mit dem Kriegsroman "Vaterlandslose Gesellen"; 1933 Emigration nach Prag, 1934 in die UdSSR; 1941 Evakuierung nach Taschkent, seit 1943 in der Nähe Moskaus; 1945 Rückkehr nach Deutschland, Schriftsteller- und Redakteurtätigkeit; starb am 2.3.1948 an den Folgen eines Herzanfalls.
(H. Schurig, op. cit.; Ergänzungen).

Schröder, Karl; geb. am 13.11.1885 in Polzin (Pommern) als Sohn eines Lehrers; Gymnasialbildung und Studium der Philosophie; Promotion zum Dr. phil.; Freundschaft mit Franz Mehring und 1913 Eintritt in die SPD; Kriegsdienst und Beitritt zum "Spartakus"-Bund, enge Beziehungen zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; 1918 Mitherausgeber der "Roten Fahne" und 1919 Redakteur am lokalen Publikationsorgan der KPD(S) in Berlin; Sprecher der Revolutionären Betriebsorganisationen und Theoretiker des linkskommunistischen Gewerkschaftsprogramms; im April 1920 als Mittelpunkt des überwiegend linkskommunistischen KPD(S)-Bezirks Groß-Berlin einer der Hauptinitiatoren der Gründung der KAPD; während des Jahres 1920 Durchsetzung des von ihm in Gemeinschaft mit Herman Gorter formulierten Programms der KAP und gleichzeitig Durchsetzung seines Unions-Programms in der AAUD; im November 1920 mit Gorter illegale Reise nach Moskau und Bewirkung der Aufnahme der KAP in die Komintern als sympathisierende Partei; Ende 1921 Entwicklung neuer Unionsthesen und neben anderen Vorsitzender des Organisations- und Informationsbüros der linkskommunistischen Internationale; im März Hauptfigur im Spaltungsvorgang der KAP und Mittelpunkt der Essener Richtung der KAP; maßgebliche Beteiligung an der Organisierung der KAI; 1924 Rückkehr in die SPD und dort seit 1926 Literaturkritiker für den "Vorwärts", Lektor einer Buchgemeinschaft und Wanderlehrer; einige Roman-Veröffentlichungen; seit 1929 innerhalb der SPD Zusammenschluß mit anderen ehemaligen KAP-Mitgliedern und Vorbereitung auf eine neue Phase der Illegalität für die Arbeiterbewegung; bis 1936 Mittelpunkt des Widerstandskreises der "Roten Kämpfer" und nach dessen Entdeckung Zuchthausstrafe; nach 1945 Leiter der Oberschulen von West-Berlin und Arbeit an der Volkshochschule; von dieser Tätigkeit 1948 enthoben und Übersiedlung nach Ost-Berlin; Eintritt in die SED und Lektor beim Verlag "Volk und Wissen"; starb in Ost-Berlin am 6.4.1950.
(Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 438 ff; schriftliche Mitteilungen von Frau Wally Schmelzer (Berlin) an Herrn Olaf Ihlau; Ergänzungen).

Schwab, Alexander; geb. am 5.7.1887 in Stuttgart als Sohn eines Opernkapellmeisters; nach Besuch der höheren Schule Studium der Philosophie, Germanistik, klassischen Philologie, Nationalökonomie, Soziologie und des Staatsrechts in Rostock, Jena, Heidelberg und Freiburg; Promotion zum Dr. phil.; Lehrer an der Freien Schulgemeinde Wickersdorf und führende Tätigkeit in der "Freideutschen Jugend"; von der Rebellion der Jugendbewegung während des Weltkrieges über die theoretische Aneignung Hegels und

Marx' zum "Spartakus"-Bund und zur USPD; von Rosa Luxemburg geschätzter Theoretiker im Berliner "Spartakus"-Bund; 1919 in engster Verbindung mit Karl Schröder Führer der linken Opposition in der KPD(S) und Gründungsmitglied der KAPD; bis Mitte 1921 spiritus rector der Berliner KAP-Führung; als Vertreter der KAPD auf dem 3. Weltkongreß der 3. Internationale in Moskau unter dem Pseudonym Sachs; nach Ergebnislosigkeit dieser Delegation und nach allmählicher Abwendung vom Organisationsleben der Partei nach der Spaltung im März 1922 Austritt aus der KAPD; seit 1921 Arbeit als Journalist und Wirtschaftsschriftsteller; von 1928 bis 1933 Pressechef der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; April 1933 Schutzhaft und Arbeit im Widerstandskreis der "Roten Kämpfer"; Herausgeber einer illegalen Zeitschrift, soziologische Kurse in Jugend-, Studenten- und Arbeitergruppen; 1936 Verhaftung aufgrund seiner Widerstandstätigkeit und 1937 vom Volksgerichtshof zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt; nach verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern am 12. 11.1943 angeblich an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.
(Leber, Annedore (Hrg.), Das Gewissen entscheidet, p.130 ff; Ergänzungen).

Souchy, Augustin; geb. 1892 in Ratibor (Oberschlesien); wurde im Winter 1911/12 von einem ehemaligen Mitarbeiter an Mosts "Freiheit" für den Anarchismus gewonnen; Tätigkeit im Rahmen von Landauers "Sozialistischem Bund" in Berlin; 1915 Emigration nach Schweden, dort publizistische Arbeiten in der syndikalistischen Bewegung; 1919 Rückkehr nach Deutschland und neben Rocker führender Intellektueller der FAUD; von 1919 bis 1933 ständiger Mitarbeiter und mehrjähriger Redakteur des FAUD-Verbandsorgans "Der Syndikalist"; April bis Oktober 1920 Rußlandreise; inoffizieller Vertreter der deutschen Syndikalisten auf dem 2. Weltkongreß der Komintern; 1922 einer der drei Sekretäre der syndikalistischen Internationale (IAA); 1933 Flucht nach Frankreich, 1936 nach Barcelona bis zum Ende des spanischen Bürgerkrieges (1939); im Auftrage der spanischen CNT Reisen in ganz Europa; Leiter der Abteilung für die syndikalistische Propaganda im Ausland; nach Niederschlagung des republikanischen Spanien bis 1942 in Frankreich; dann nach Mexiko und dort achtjährige Tätigkeit für die syndikalistische und anarchistische Bewegung; Reisen in alle Länder Lateinamerikas und in die USA; 1950 Rückkehr nach Europa; Tätigkeit als Experte für Arbeiterbildung im Auftrage des "Internationalen Bundes freier Gewerkschaften" und des "Internationalen Arbeitsamtes" (Genf) in Madagaskar, Jamaica, Honduras und Äthiopien.
(Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 406 ff; Ergänzungen durch Brief Augustin Souchys an den Verfasser vom 3.8.1964).

Utzelmann, Peter; geb. 1894 in Berlin; Volksschulbildung und Tischlerlehre; 1908 organisiert in der Arbeiterjugend und seit 1912 in der SPD; 1915

Kriegsmarine und am 3.11.1918 Teilnehmer am Matrosenaufstand in Kiel; ab 15. November bei der Volksmarine-Division in Berlin; im Januar 1919 Teilnahme an der linksradikalen Insurrektion in Berlin; seit 1918 "Spartakus"-Bund, dann linke Opposition in der KPD(S) und 1920 Gründungsmitglied der KAPD; Mitorganisator der linksradikalen Aktionen zur Abwehr des Kapp-Putsches und seit April 1920 in Mitteldeutschland zum Aufbau der KAP und AAU; in der März-Aktion 1921 unter dem Pseudonym Kempin organisatorischer Leiter der KAP im Aufstand der Leunawerke; im Juni (1921) Hochverrats-Prozeß in Halle und lebenslängliche Zuchthausstrafe; 1923 amnestiert und Austritt aus der KAP; 1928 Rückkehr in die SPD und beteiligt am Aufbau der illegalen "Roten Kämpfer"; Ende 1932 Ausschluß aus der SPD und 1936 wegen Widerstandstätigkeit verhaftet und viereinhalb Jahre Zuchthaus; 1945 politischer Redakteur beim Berliner Rundfunk, 1948/49 Hauptdirektor der Holzindustrie; 1949/50 Flucht nach West-Berlin; lebt in West-Berlin.
(Brief von Herrn Utzelmann an den Verfasser vom 6.10.1967; Ergänzungen).

Vogeler, Heinrich; geb. am 12.12.1872 in Bremen als Sohn eines wohlhabenden Eisenhändlers; Ausbildung an der Düsseldorfer Kunstakademie zum Maler und Architekten; vor dem ersten Weltkrieg Studienaufenthalte in Flandern, Paris, Rom, Florenz, München; seit 1894 in der Künstlerkolonie Worpswede bei Bremen tätig; vor 1914 anerkannt und beliebt als Maler schwermütiger Moorlandschaften; 1914 aus Einsamkeits-Motiv Kriegsfreiwilliger; Politisierung durch Kriegserlebnis und 1917 Bekanntschaft mit bolschewistischer Frontpropaganda; nach Absendung eines Briefes im Legendenstil an den Kaiser und an die Oberste Heeresleitung mit Aufforderung zur Beendigung des Krieges im Januar 1918 zwei Monate Nervenheilanstalt; seit Mitte 1918 wieder auf seinem Gut Barkenhoff in Worpswede und Bekanntschaft mit Johann Knief von den ISD; im November 1918 in den Bremer Arbeiter- und Soldaten-Rat gewählt; 1919 agitatorisch tätig in der linkskommunistischen Opposition; sein Gut Barkenhoff wurde Arbeitskommune, Schulungsstätte und Zuflucht für verfolgte Revolutionäre; syndikalistische und unionistische Agitationstätigkeit bis 1922; Mitbegründer der AAUD; 1923/24 in Moskau und 1924 Übertritt zur KPD; in deren Namen Vortragstätigkeit über die UdSSR in Deutschland; 1931 wieder nach Rußland auf Einladung der Regierung und Tätigkeit als Experte für Bauwesen in Karelien, Aserbeidshan, Odessa und Moskau; künstlerische Produktion in der Art des sozialistischen Realismus; Verfasser von politischen Agitationsbroschüren, lyrischen Schriften und Reiseberichten; starb am 14.6.1942 in Kasachstan.
(Erich Weinert, Vorwort zu: Heinrich Vogeler, Erinnerungen, op. cit.; Ergänzungen).

Wendel, Friedrich; geb. am 12.5.1886 in Köslin (Pommern) als Sohn eines Tischlermeisters; Volksschulbildung und Buchdruckerlehre; 1907 zur SPD und während des ersten Weltkrieges "Spartakus"-Bund; in enger Zu-

sammenarbeit mit Karl Schröder tätig in der linken KPD(S)-Opposition in Berlin und Wortführer der Berliner Revolutionären Betriebsorganisationen; Gründungsmitglied der KAPD und Redakteur der KAZ; 1920 Sympathie mit dem nationalbolschewistischen Programm der Hamburger Richtung in der KAP und deswegen im Juni (1920) Entfernung aus der Redaktion der KAZ; am 13.8.1920 Austritt aus der KAPD und Rückkehr zur SPD; seit 1924 Leiter der sozialdemokratischen satirischen Wochenschrift "Der wahre Jacob"; Veröffentlichungen über die Geschichte der Karikatur; 1933 "innere Emigration", Versicherungstätigkeit und photographische Arbeiten; nach 1945 Leiter des städtischen Presseamtes in Kiel und Mitglied der SPD; starb am 8.3.1960 in Kiel.
(Osterroth, Franz, op. cit., p.330 f; Ergänzungen).

Wolffheim, Fritz; Redakteur und politischer Schriftsteller; 1912/13 Redakteur des IWW-Organs "Vorwärts der Pacific-Küste" in San Francisco; 1913 Rückkehr nach Deutschland und Beginn der politischen Zusammenarbeit mit Heinrich Laufenberg; während des Krieges mit Laufenberg Führer der linksradikalen Opposition in Hamburg; führende Rolle in der Hamburger Revolution seit November 1918; Gründungsmitglied der KPD; auf dem 2. Parteitag der KPD(S) (20.-24.10.1919) mit Laufenberg Sprecher der linken Opposition in der Partei; unter dem Einfluß der amerikanischen IWW Mitinitiator der unionistischen Bewegung in Deutschland; trat nach dem 2. Parteitag der KPD(S) für deren Spaltung ein; seit Oktober 1919 mit Laufenberg nationalbolschewistischer Agitator in der linken Opposition der KPD(S); vom 2. Parteitag der KAPD (1.-4.8.1920) mit Laufenberg wegen seines Nationalbolschewismus ausgeschlossen; in diesem Sinne weiter tätig im Rahmen eines "Kommunistischen Bundes", dann einer "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" in Hamburg; bis zum Ende der Weimarer Republik dort weitere nationalbolschewistische Tätigkeit in kleinen Konventikeln; stand vermutlich mit dem Strasser-Flügel der NSDAP in Kontakt; starb nach 1936 im Konzentrationslager.
(Otto Ernst Schüddekopf, op. cit., p.433; Ergänzungen).

BIBLIOGRAPHISCHER ANHANG

A. Schriftliche und mündliche Auskünfte und Hinweise

Appel, Jan (Maastricht), Tonbandmitteilung von Anfang 1967.

Brandler, Heinrich (Hamburg), Brief vom 24.7.1963; Brief vom 1.8.1964.

De Santillán, Diego A. (Buenos Aires), Brief vom 30.8.1964.

Freitag, Günther (Hamburg), Brief vom 10.2.1964.

Huhn, Willy (Berlin), Brief vom 25.9.1963; Brief vom 17.10.1963; Brief vom 22.3.1964.

Kief, Frits (Amsterdam), Interview vom 20.10.1965.

Korper, Louis (Amsterdam), Brief vom 8.9.1965; Interview vom 14.10.1965; Interview vom 21.10.1965.

Parlow, Friedrich (Berlin), Brief vom 5.3.1964.

Reimers, Otto (Hamburg), Brief vom 22.1.1966; Brief vom 18.8.1966.

Rüdiger, Helmut (Solna/Schweden), Brief vom 26.1.1966.

Schmelzer, Wally (Berlin), Mitteilungen an Olaf Ihlau vom August 1965.

Schotola, Josef (Ulm/Donau), Brief vom 23.7.1964; Brief vom 9.2.1966.

Sijes, Bernhard (Amsterdam), Interview vom 26.10.1965.

Souchy, Augustin (Garmisch-Partenkirchen), Brief vom 3.8.1964.

Utzelmann, Peter (Berlin), Tonbandmitteilung vom Dezember 1966; Brief vom 10.8.1967; Brief vom 6.10.1967.

Weigl, Hans (München), Brief vom 24.2.1964; Brief vom 2.8.1964.

Weiland, Alfred (Berlin), Brief vom 14.8.1967; Brief vom 15.10.1967.

B. Archivalien und Nachlässe

Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam)

Anarchismus-Archiv:

Nachlaß Dr. Max Nettlau:
Geschichte des Anarchismus von 1890 bis 1914, unvollendetes handgeschriebenes Manuskript, 2 Mappen: K IV - V, p.76 - 131; K VI - VII, p.132 - 199F.

Nachlaß Rudolf Rocker:
Memoiren, 3 Bde., maschinenschriftliches Manuskript*,
I. Bd. Die Jugend eines Rebellen, 612 Seiten;
II. Bd. In Sturm und Drang, 831 Seiten;
III. Bd. Revolution und Rückfall in die Barbarei, 716 Seiten.
Biographie von Fritz Kater, maschinenschriftliches Manuskript, 18 Seiten**

Korrespondenz Dr. Raphael Friedeberg - Dr. Max Nettlau, 2 Mappen.

Korrespondenz Fritz Kater - Dr. Max Nettlau, 4 Mappen.

Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau, 6 Mappen.

Archiv für Rätebewegung:

Mappe 47 bis 100 : Ausländische Korrespondenz.
Mappe 218 bis 243 : KAPD, AAUD, AAUE, KAJ, KAI.

Bundesarchiv (Koblenz):

Generalakten des Justizministeriums : 135 / 214 P; 135 / 8466P; 135 / 8472 P; 135 / 8476 P.
Reichssicherheitshauptamt : R 58 / 530; R 58 / 321; R 58 / 552; R 58 / 607; R 58 / 763.
Reichskanzlei : R 431 / 2665 - 2667; R 431 / 2669 - 2670.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Zweigarchiv Kalkum):

Regierung Düsseldorf, Politische Akten 1914 - 1932:
Bergarbeiterstreiks 1918 - 1920 : 15032 - 15033
Allgemeine Arbeiter-Union 1921 - 1922 : 15 536
Bergarbeiterbewegung, Generalia 1920/22 : 15 554
Föderation der Kommunistischen Anarchisten 1921/22 : 15 626
Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten) 1921/22 : 15 630
Kommunistische Arbeiter-Jugend 1921/22 : 15 680
Kommunistische Arbeiter Partei 1921/22 : 15 681
Rote Armee : 15 785 / 786

*) Der dritte Band der Memoiren, die Zeit von 1918 bis 1933 umfassend, ist in spanischer, jiddischer und englischer Übersetzung veröffentlicht worden, im Deutschen unveröffentlicht. (Mitteilungen von Diego A. de Santillán, Buenos Aires, vom 30. 8. 1964 und Hans Weigl, München, vom 2. 8. 1964).
**) Die Biographie wurde in spanischer Übersetzung von Diego A. de Santillán in Buenos Aires veröffentlicht. (Mitteilung Diego A. Santillán vom 30. 8. 1964).

Syndikalisten 1920 - 1922 : 15 809
Union der Hand- und Kopfarbeiter 1921/22 : 15 821
Carl Windhoff (Syndikalist) : 15 849
Mülheim - Ruhr 1920 - 1922 : 15 434

C. Protokolle

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle an der Saale vom 12.-18. Oktober 1890, Berlin 1890.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14.-20. Oktober 1891, Berlin 1891.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Bremen vom 18.-24. September 1904, Berlin 1904.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17.-23.September 1905, Berlin 1905.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23.-29.September 1906, Berlin 1906.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Essen vom 15.-21. September 1907, Berlin 1907.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 13.-19. September 1908, Berlin 1908.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14.-20. September 1913, Berlin 1913.

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD vom 6.-8. April 1917 in Gotha, herausgegeben von Emil Eichhorn, Berlin 1921.

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o.O. o.J. (Berlin 1919).

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o.O. o.J.

Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920, o.O. o.J.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, o.O. o.J.

Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1.-3. November 1920 in Berlin, Berlin 1921.

Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei vom 1.-4. August 1920, unveröffentlichtes masch. schr. Manuskript.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August in Moskau, o.O. (Hamburg) 1921.

Protokoll des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), o.O. (Hamburg) 1921.

D. Broschüren, Flugschriften und Schriften

An die Mitglieder der KAPD. Offener Brief des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale, o.O. 1921.

Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtstelle Leipzig, Leipzig 1919.

Arschinoff, P., Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921 mit einem Vorwort von Wollin, Berlin o.J. (1923).

Aufbau und Satzungen der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1921.

Bab, Julius, Gustav Landauer, Gedächtnisrede, Berlin 1919.

Baginski, Max, Syndikalismus, lebendige, keine toten Gewerkschaften, Berlin 1920.

Bartels, Arthur, Ablösung vor! Von den Gewerkschaften zur Union! Eine Klarstellung der Ziele der deutschen unionistischen Bewegung! Hrgg. von der Freien Arbeiter-Union, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1920.

Barwich, Franz, Die Irrlehre des Marxismus, Berlin 1920.

Barwich, Franz, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin 1923.

Barwich, Franz, Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Parteikommunismus und Staatskommunismus, der Rätegedanke von unten auf, Berlin 1923.

Becker, Karl, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen o.J. (1919).

Bergmann, Ludwig, Max Hölz. Seine gesamte Biographie und die wahren Vorgänge bei seiner Verhaftung. Nach einem von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf, Berlin 1921.

Berkmann, Alexander, Die Kronstadt-Rebellion, Berlin 1923 (Kater-Verlag).

Biermann, W.E., Anarchismus und Kommunismus, Leipzig 1906.

Borchardt, Julian, Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt? Berlin 1915.

Borchardt, Julian, Friede, Freiheit, Brot und parlamentarisches System, Leipzig 1917.

Borchardt, Julian, Ich und der U-Boot-Krieg. Ein Wort der Abwehr, Berlin 1917.

Borchardt, Julian, Revolutionshoffnungen, Berlin 1917.

Borchardt, Julian, Demokratie und Freiheit. Eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkung in den westlichen Kulturstaaten, Berlin 1918.

Borchardt, Julian, Der kommunistische Aufbau, Berlin 1919.

Borchardt, Julian, Die Diktatur des Proletariats, Berlin 1919.

Borchardt, Julian, Kassandrarufe! Heraus aus Not und Tod!, Berlin 1919.

Brandler, Heinrich, Betriebsräte und politische Arbeiterräte. Nebst Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der Betriebsräte und Leitsätze für die politischen Arbeiterräte, Berlin 1920.

Brandler, Heinrich, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin 1920.

Brandler, Heinrich, War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Berlin - Leipzig 1921.

Brandt, F., Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919.

Braun, M.J., Gewerkschaft, Partei und Arbeiterrat (Beitrag zur Beurteilung des Syndikalismus), in: "Die Internationale, eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus", 1. Jg. (1919), Heft 5/6, p. 6 ff.

Braun, M.J., Die Lehren des Kapp-Putsches. (Separatdruck aus "Internationale" Nr. 23), Leipzig 1920.

Broh, James, Entwurf eines Aktionsprogramms der USP verfaßt im Auftrage der Politischen Kommission des Aktionsrates Charlottenburg, sowie Kritik des Aktionsprogramms, Berlin 1920.

Broh, James, Eine königliche Republik, Eine Verteidigungsrede, o.O., o.J.

Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin, Berlin 1923.

Bucharin, Programm der Kommunisten, Hamburg o.J. (1919).

Dannenberg, Karl, Karl Marx, the man and his work and the constructive elements of socialism, New York 1918.

Dannenberg, Karl, Warum Allgemeine Arbeiter-Union? Braunschweig 1919.

Dannenberg, Karl, Der Weg zur Macht, Braunschweig o.J.

Dannenberg, Karl, Unsere Mission. Die geschichtliche Bedeutung der Räteschule in der Entwicklung der revolutionären Klassenbewegung, Braunschweig o.J.

Das Exekutivkomitee der III. Internationale und die KAPD, Berlin o.J.

Das Leunawerk, Lehren aus der Märzaktion, Berlin 1921.

Debs, Eugene V., Der Sozialistische Industrie-Unionismus, aus dem Englischen übertragen und umgearbeitet von Karl Dannenberg, Hoboken N.Y. 1920 (WIIU).

De Leon, Daniel, Die Prinzipienerklärung der IWW, aus dem Englischen übertragen und mit Einleitung und Anhang versehen von Karl Dannenberg, Braunschweig, New York, Mansfield 1920.

De Ligt, B., Anarchismus und Revolution, Berlin o.J. (1922).

Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, Organisationsausgabe, herausgegeben von der KAPD, o.O., o.J. (1921).

Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisationen), herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1921.

Die Allgemeine Arbeiter-Union (Die Revolutionäre Betriebsorganisation), herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1923.

Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisationen), herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union Wirtschaftsbezirk Berlin - Brandenburg, Berlin 1923.

Die AAUE. Was sie ist und was sie will. Verlag "Proletarische Revolution." o.O. 1927.

Die Gewerkschaften, der Rettungsanker des Kapitalismus, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Hauptfragen der revolutionären Taktik. Leitsätze der KAPD vorgelegt dem III. Moskauer Kongreß, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Kommunistische - Arbeiter - Internationale. Räte - Internationale oder Führer - Internationale? Berlin o.J.

Die KPD im eigenen Spiegel, aus der Geschichte der KPD und der III. Internationale, Herausgeber: KAPD, Wirtschaftsbezirk Berlin - Brandenburg, Berlin 1926.

Die Moskauer Internationale, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Politik der VKPD, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Die Sowjetregierung und die III. Internationale im Schlepptau der internationalen Bourgeoisie, KAPD, Berlin 1921.

Einheitsorganisation oder politische Organisation und Union?, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1964.

Flugschrift zur Aufklärung der Mitglieder der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften, Berlin 1907.

Friedeberg, Raphael, Parlamentarismus und Generalstreik, Berlin 1904.

Frölich, Paul, Der Weg zum Sozialismus, Hamburg 1919 (KAZ - Verlag).

Frölich, Paul, Die syndikalistische Krankheit, Sonderabdruck aus "Die Internationale" (dort nicht erschienen), o.O., o.J. (1919).

Frölich, Paul, Wider den weißen Mord, Berlin 1922.

Frölich, Paul, Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februar - Streik und seine Lehren kommunistisch beleuchtet, Berlin o.J.

Gallert, Otto, Der Hitlerprozeß. Der Prozeß der deutschen Republik, Berlin o.J. (KAPD).

Geist, Rudolf, Vom Manifest zum Gesetz, Frankfurt a.M. o.J. (AAUE). X

Generalstreik! Die Deutsche Arbeiterbewegung und der Klassenkampf. (Freier Arbeiter - Verlag) Berlin 1905.

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter - Union? Reform oder Revolution? Berlin o. J. (1920).

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter - Union? Reform oder Revolution? Berlin o. J. (1924).

Goldmann, Emma, Die Ursachen des Niedergangs der Russischen Revolution, mit Vorwort von Rudolf Rocker, Berlin 1922.

Goldstein, Arthur, Nation und Internationale, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger Kommunismus, Berlin 1920 (KAPD).

Gorter, Herman, Der historische Materialismus, für Arbeiter erklärt, Stuttgart 1909.

Gorter, Herman, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie, Amsterdam 1915 (SDP).

Gorter, Herman, Die Weltrevolution, Amsterdam 1918.

Gorter, Herman, Die Klassenkampforganisation des Proletariats, Berlin o. J. (1920) (KAPD).

Gorter, Herman, Offener Brief an den Genossen Lenin, eine Antwort auf Lenins Broschüre : Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin o. J. (1921).

Gorter, Herman, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, o. O., o. J. (1922).

Gorter, Herman, Die Kommunistische Arbeiter - Internationale, Berlin 1923.

Gorter, Herman, Die Moskauer Internationale, o. O., o. J. (KAPD).

Guttmann, Ketty, Los von Moskau, Hamburg o. J. (1923) (AAUE).

Hölz, Max. Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin, Berlin 1921.

Hölz, Max, Briefe aus dem Zuchthaus. Herausgegeben und mit einem Nachwort von E. E. Kisch, Berlin 1927.

Hölz, Max, Aus meinem Leben (Einziger wortgetreuer, vom Verfasser autorisierter Druck nach dem Manuskript). Vor der Sonderjustiz (Prozeßbericht; Reden der Verteidiger und ungekürzte Schlußrede von Max Hölz), Berlin o. J. (Aktions-Verlag).

Horner, Karl, Sozialdemokratie und Kommunismus, Hamburg 1920.

Internationale Sozialisten Deutschlands. Die Minderheit des 21. Dezember 1915, Berlin 1916.

Jung, Franz, Opferung, Roman, Berlin 1916 (Aktions-Verlag).

Jung, Franz, Reise in Rußland, Berlin o. J. (1920) (KAPD).

Jung, Franz, Die Rote Woche, ein Proletarier-Roman, Berlin 1921.

Jung, Franz, Die Technik des Glücks, Berlin 1921.

Jung, Franz, Proletarier. Erzählung, Berlin 1921.

Jung, Franz, An die Arbeitsfront nach Sowjetrußland. Zum Produktionskampf der Klassen. Berlin 1922.

Kampfgesang. Proletarische Freiheitslieder. Berlin 1921 (KAPD).

Kater, Fritz, Wie sollen wir uns organisieren? Berlin 1898.

Kater, Fritz, Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die Resolution betreffend Streiks und Aussperrungen nebst Begründung, Berlin 1908.

Kater, Fritz, Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, eine kurze Geschichte der deutschen sozial - revolutionären Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1912.

Kater, Fritz, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1920.

Kleinlein, Andreas, Der Syndikalismus in Deutschland, Brüssel 1912.

Kollontai, Alexandra, Die Arbeiter - Opposition in Rußland, Berlin o. J. (KAPD).

Korsch, Karl, Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, o. O. 1919.

Kotte, Emil, Ist die Gewerkschaft noch Klassenkampfwaffe? Dresden 1923 (AAUE).

Kritik an den Waffen. Eine Betrachtung über wirtschaftliche und politische Arbeiterorganisationen, ihr Wesen, ihre Rolle im proletarischen Klassenkampf, Hrsg. Allgemeine Arbeiter - Union, Bezirk Mitteldeutschland, Organisationsausgabe (maschinenschriftlich vervielfältigt), Leipzig/Chemnitz 1931.

Kropotkin, Peter, Die französische Revolution, Leipzig 1909.

Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt, Leipzig 1918.

Kropotkin, Peter, Die Eroberung des Brotes, Wohlstand für alle, mit einem Vorwort von Rudolf Rocker, Berlin 1919.

Kropotkin, Peter, Die historische Rolle des Staates, Berlin 1920 (Kater - Verlag).

Kropotkin, Peter, Die Entwicklung der anarchistischen Ideen, Berlin 1921.

Kropotkin, Peter, Gesetz und Autorität, Berlin 1921 (Kater-Verlag).

Kropotkin, Peter, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1921 (Kater - Verlag).

Kropotkin, Peter, Syndikalismus und Anarchismus, Berlin 1921.

Kropotkin, Peter, Ethik, Bd.I., Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit, Berlin 1923.

Kropotkin, Peter, Kommunismus und Anarchismus, Berlin o.J.

Lachmann, Benedict, Was ist Sozialismus? Frankfurt/M. 1919.

Lachmann, Benedict, Protagoras, Nietzsche, Stirner, Platz dem Egoismus, Berlin 1923.

Landauer, Gustav, Die Revolution, Frankfurt/M. 1907.

Landauer, Gustav, Brief an die Kommunistischen Anarchisten, Berlin 1910.

Landauer, Gustav, Revolution, Nation und Krieg, o.O.1912.

Landauer, Gustav, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1920.

Lange, Paul, Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919, Berlin 1919.

Laufenberg, Heinrich, Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein? Düsseldorf 1905.

Laufenberg, Heinrich, Lug und Trug, oder: Christliche Reaktion und christliches Geschäft, ein Vademecum für Kaplan Kaiser zu Viersen, Düsseldorf 1906.

Laufenberg, Heinrich, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Hamburg 1911, 2 Bde.

Laufenberg, Heinrich, Der politische Streik, Hamburg 1914.

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg 1914.

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915.

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz / Herz, Carl, Organisation, Krieg und Kritik, Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg o.J. (1915).

Laufenberg, Heinrich, Anarchismus, Syndikalismus und Kommunismus, Hamburg o.J. (1919).

Laufenberg, Heinrich, Arbeiterklasse und Staatsgewalt, Hamburg 1919.

Laufenberg, Heinrich, Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919.

Laufenberg, Heinrich, Karl Liebknecht zum Gedächtnis, Hamburg 1919.

Laufenberg, Heinrich, Massen und Führer, Hamburg o.J. (1919).

Laufenberg, Heinrich, Rede über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates in der Vollversammlung des Groß - Arbeiterrates am 30. November 1918, Hamburg o.J.

Laufenberg, Heinrich, Was ist Sozialisierung? Hamburg o.J. (1919).

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat, Hamburg 1919.

Laufenberg, Heinrich, Zwischen der ersten und der zweiten Revolution, Hamburg 1919.

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Kommunismus und Spartakismus, eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden, Hamburg o.J. (1920).

Laufenberg, Heinrich / Wolffheim, Fritz, Nation und Arbeiterklasse, Hamburg o.J. (1920).

Lenin, W.I., Staat und Revolution, die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1918 (Aktions-Verlag).

Lenin, W.I., Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd.II, p.315 ff).

Lenin, W.I., Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, 1920 (in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd.III, p.389 ff).

Levi, Paul, Unser Weg - Wider den Putschismus, Berlin 1921.

Levi, Paul, Was ist das Verbrechen?, Berlin 1921.

Liebknecht, Karl, Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin 1919 (Aktions-Verlag).

Liebknecht, Karl, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917-1918. Unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions-Verlag).

Liebknecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, Anhang I : Betrachtungen aus "großer Zeit" geschrieben von K. Liebknecht im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit 1916, Anhang II : Karl Radek, Liebknecht zum Gedächtnis, Berlin o. J.

Liebmann, Hermann, Die Politik der Generalkommission, ein Sündenregister der Zentralverbände der Freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919.

Lindemann, Otto, Das revolutionäre Heer. Mit geschichtlich-politischen Ergänzungen herausgegeben von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, Hamburg 1920.

Losowsky, Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale, Berlin 1921.

Luxemburg, Rosa, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in : "Die Neue Zeit", 22. Jg. (1904) Bd. 2, p. 484 - 492 und 529 - 535.

Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1913.

Luxemburg, Rosa, Die Krisis der Sozialdemokratie, Anhang : Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Bern 1916.

Luxemburg, Rosa, Was will der Spartakusbund? Berlin 1918.

Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919.

Luxemburg, Rosa, Die Russische Revolution, eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1963.

Mann der Arbeit aufgewacht! Und erkenne deine Macht! Hrg. Agitationskomitee der "Freien Vereinigung" in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf 1910.

Massenaktion. Kommunistische Arbeiter - Union, Berlin 1933.

Menzel, Revolutionäre Betriebsorganisation und Allgemeine Arbeiter - Union, Dresden 1919.

Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie, 1. Parteimitgliedschaft und Zusammensetzung, in : "Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", XXIII. Jg. (1906), p. 471 ff.

Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Eine kritische Untersuchung, in: "Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", XXV. Jg. (1907), p. 148 ff.

Michels, Robert / Lagardelle, Hubert / Labriola, Antonio, Syndicalisme et Socialisme, Paris 1908.

Minck, Friedrich M., Räte - Sozialismus. Seine ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren, Berlin 1920.

Minck, Friedrich M., Räte - Rußlands Not. Erlebnisse und Erkenntnisse während meiner 8-monatigen Forschungsreise in Sowjetrußland (September 1920 - April 1921), Berlin 1921.

Minck, Friedrich M., Wirtschaftssozialismus. Mit zwei Plänen, Berlin o. J.

Möller, Werner, Krieg und Kampf, Chemnitz 1920.

Most, John, Die Gottespest, Hamburg 1919.

Most, John, Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats, mit Geleitworten von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921 (Aktions - Verlag).

Most, John, Revolutionäre Kriegswissenschaft, ein Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitro - Glycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw., o. O. 1923 (maschinenschriftlich vervielfältigt).

Mühsam, Erich, Die Einigung des revolutionären Proletariats, o. O. 1920.

Mühsam, Erich, Alarm. Manifeste aus 20 Jahren, Berlin 1925.

Mühsam, Erich, Gerechtigkeit für Max Hölz, Berlin 1926.

Müller, Hans, Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892.

Nettlau, Max, Verantwortlichkeit und Solidarität im Klassenkampf. Ihre gegenwärtigen Grenzen und möglichen Ausdehnungen, Berlin 1922 (Kater-Verlag).

Nettlau, Max, Sabotage, Berlin 1923 (Kater - Verlag).

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! Alle Macht den Räten! Berlin 1924 (KAPD / AAUD).

Nieuwenhuis, Domela F., Les divers courants de la Démocratie Socialiste Allemande, Brüssel 1892.

Nieuwenhuis, Domela F., Le socialisme en danger, Paris 1895.

Oerter, Fritz, Die freie Liebe, Berlin 1920 (Kater-Verlag).

Oerter, Fritz, Gewalt oder Gewaltlosigkeit, Wien 1920.

Oerter, Fritz, Grundlagen für ein neues Leben, Wien 1920.

Oerter, Fritz, Was wollen die Syndikalisten? Berlin 1920 (Kater - Verlag).

Oerter, Fritz, Herren und Knechte, Berlin o. J.

Oerter, Fritz, Nacktheit und Anarchismus, Berlin o. J.

Pannekoek, Anton, Klassenwissenschaft und Philosophie, in: "Die Neue Zeit", 23. Jg. (1905), p. 604 - 610.

Pannekoek, Anton, Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftsstaat. 2 Vorträge gehalten für die sozialdemokratischen Vereine im 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Leipzig 1906.

Pannekoek, Anton, Religion und Sozialismus, Bremen 1906.

Pannekoek, Anton, Der Kampf der Arbeiter. 7 Aufsätze aus der Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1907.

Pannekoek, Anton, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1909.

Pannekoek, Anton, Marxismus und Darwinismus, ein Vortrag, Leipzig 1909.

Pannekoek, Anton, Die Machtmittel des Proletariats, Vortrag gehalten vor Stuttgarter Arbeitern, Oktober 1910, Stuttgart o. J.

Pannekoek, Anton, Die Abschaffung des Eigentums, des Staates und der Religion, Vorträge gehalten im Oktober 1911 in Stüttgart, Stuttgart o. J.

Pannekoek, Anton, Das Wesen unserer Gegenwartsforderungen, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912) Bd. II, p. 810 - 817.

Pannekoek, Anton, Klassenkampf und Nation, Reichenberg 1912.

Pannekoek, Anton, Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1912) Bd. II, p. 272 - 281, 365 - 373.

Pannekoek, Anton, Massenaktion und Revolution, in: "Die Neue Zeit", 30. Jg. (1912) Bd. I, p. 541 - 550, 609 - 616.

Pannekoek, Anton, Deckungsfrage und Imperialismus, in: "Die Neue Zeit", 32. Jg. (1913) Bd. I, p. 110 - 116.

Pannekoek, Anton, Dietzgens Werk, in: "Die Neue Zeit", 31. Jg. (1913) Bd. I, p. 37 - 47.

Pannekoek, Anton, Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats, in: "Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau", 1916, Nr. 1, p. 7 - 19.

Pannekoek, Anton, Bolschewismus und Demokratie, Vortrag gehalten vor der Ortsgruppe Neumünster der Internationalen Kommunistischen Partei, Neumünster 1919.

Pannekoek, Anton, Weltrevolution und kommunistische Taktik, Wien 1920.

Pannekoek, Anfon, Die neue Welt, o. O. o. J.

Pannekoek, Anton, Die Westeuropäische Politik der III. Internationale, Berlin o. J. (Kleine Flugschriften der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, 3).

Peter, Karl, Die Zersetzung des Weltkapitalismus, Berlin 1920 (Kater - Verlag).

Pfemfert, Franz, Die Sozialdemokratie bis zum August 1914, Berlin 1918 (Aktions - Verlag).

Pfemfert, Franz, Die Parteidiktatur der III. Internationale, Berlin 1920.

Pfemfert, Franz / Rühle / Broh / Harden. Über die Märzkatastrophe 1921, Berlin 1921.

Plättner, Karl, Das Fundament und die Organisierung der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.

Plättner, Karl, Propaganda der Tat ! Der organisierte rote Schrecken ! Kommunistische Parade - Armeen oder organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg, o. O. o. J. (1921).

Plättner, Karl, Das Todesurteil. Moskau über Spartakus. Kronzeuge Radek als Verteidiger der KAPD, o. O. o. J.

Plättner, Karl, Rühle im Dienste der Konterrevolution. Das ostsächsische Sportkommunisten - Kartell, oder: Die revolutionäre Klassenkampfpartei, Hettstedt o. J.

Plivier, Theodor, Anarchie, Dresden 1921.

Plivier, Theodor, Weltwende (Gedichte), Berlin 1923.

Programm der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, Berlin 1920.

Programm der Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands, Berlin 1924.

Radek, Karl, Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage. Begrüßungsrede an den Gründungsparteitag der KPD, Berlin o. J. (1919).

Radek, Karl, Zur Taktik des Kommunismus, ein Schreiben an den Oktober - Parteitag der KPD, Berlin 1919 (KPD(S)).

Radek, Karl, Anarchismus und Räteregierung, übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Fritz Sturm, Hamburg 1919.

Radek, Karl, Die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei, o.O. 1919 (KPD).

Radek, Karl, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, Berlin 1919.

Ramus, Pierre, Ein Brief über den Sozialistischen Bund, o.O. o.J.

Ramus, Pierre, Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampf. Mit einer besonderen Berücksichtigung des Großstreiks von Schweden und des deutschen Bergarbeiterstreiks zu Mansfeld, Berlin 1910.

Ramus, Pierre, Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus im Bereiche des Sozialismus, Wien 1919.

Ramus, Pierre, Die Neuschöpfung der Gesellschaft durch den kommunistischen Anarchismus, Wien 1921.

Ramus, Pierre, Das anarchistische Manifest, Wien 1922.

Ramus, Pierre, Francisco Ferrer (10.1.1859 - 13.10.1909). Sein Leben und sein Werk. Nach authentischen Quellen und Materialien, Nürnberg 1929.

Roche, Karl, Aus dem roten Sumpf, oder: Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht, Berlin 1909 (Kater-Verlag).

Roche, Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1919 (Kater-Verlag).

Roche, Karl, Einheitslohn und Arbeitersolidarität, Berlin 1919.

Roche, Karl, Organisierte direkte Aktion, Berlin 1919.

Roche, Karl, Zwei Sozialisierungsfragen, Hamburg o.J. (1919).

Roche, Karl, Der proletarische Ideenmensch, Berlin, o.J. (Kater-Verlag).

Roche, Karl, Demokratie oder Proletarische Diktatur? Ein Weckruf der Allgemeinen Arbeiter-Union, Hamburg o.J.

Roche, Karl, Die Allgemeine Arbeiter-Union, Hamburg o.J.

Rocker, Rudolf, Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder! Berlin 1919.

Rocker, Rudolf, Sozialdemokratie und Anarchismus, Berlin 1919.

Rocker, Rudolf, Zur Geschichte der parlamentarischen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung, Berlin 1919.

Rocker, Rudolf, Anarchismus und Organisation, Berlin o.J.

Rocker, Rudolf, Prinzipienerklärung des Syndikalismus, Berlin 1920.

Rocker, Rudolf, Der Kampf ums tägliche Brot, Berlin o.J.

Rocker, Rudolf, Der Bankrott des russischen Staatskommunismus, Berlin 1921.

Rocker, Rudolf, Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923.

Rocker, Rudolf, Die Sechs, Dichter und Rebellen, Berlin 1928.

Rocker, Rudolf, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung, mit einem Vorwort von Helmut Rüdiger, New York 1947.

Rocker, Rudolf, Die Entscheidung des Abendlandes, 2 Bde., Hamburg 1949.

Rocker, Rudolf, Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus, Darmstadt / Land o.J.

Rocker, Rudolf, Milly Witkop - Rocker, Berkeley Hights 1956.

Roland-Holst, Henriette, Joseph Dietzgens Philosophie gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat, München 1910.

Roller, Arnold, Die direkte Aktion (Revolutionäre Gewerkschaftstaktik), New York 1912.

Rühle, Otto, Die Volksschule wie sie ist, Berlin 1909.

Rühle, Otto, Die Volksschule wie sie sein sollte, Berlin 1911.

Rühle, Otto, Grundfragen der Erziehung, Dietz - Verlag 1912.

Rühle, Otto, Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest. Verlag Gesellschaft und Erziehung GMBH, Berlin 1919.

Rühle, Otto, Der USP - Frieden ! o.O. o.J.

Rühle, Otto, Das kommunistische Schulprogramm, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).

Rühle, Otto, Die Revolution ist keine Parteisache, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).

Rühle, Otto, Grundfragen der Organisation, Frankfurt/M. o.J. (1921) (AAUE).

Rühle, Otto, Das proletarische Kind. Eine Monographie, München 1922.

Rühle, Otto, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden 1924.

Rühle, Otto, Karl Marx, Leben und Werk, Hellerau 1927.

Rühle, Otto, Die Revolutionen Europas, Dresden 1927.

Rühle, Otto, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. Vorwort von A. Lunatscharski. Berlin 1930.

Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschafts - Internationale, o.O. 1921.

Scharrer, Adam, Vaterlandslose Gesellen. Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters, Wien 1930.

Schneider, Joseph, Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land. Tatsachenmaterial aus der Märzaktion, Wien 1922.

Schröder, Karl / Wendel, Friedrich, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Januar 1920 geschrieben im Auftrage der 22er Kommission der Betriebsobleute der Revolutionären Betriebsorganisation Groß - Berlin, Berlin o.J. (1920).

Schröder, Karl, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Allgemeine Arbeiter - Union, Berlin 1920.

Schröder, Karl, Vom Werden der neuen Gesellschaft, Berlin o.J. (1920) (KAPD).

Schröder, Karl, Die Geschichte Jan Beeks (Erzählung), Berlin 1929.

Schumann, Georg, Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen, Enthülltes und Verschwiegenes, Halle o.J. (1922).

Schumann, Georg, Max Hölz, der "gemeine Verbrecher", Material zu dem an Max Hölz verübten Justizmord, Halle - Merseburg 1923.

Seemann, Johannes, Der Steuerabzug vom Lohn, Berlin o.J. (KAPD).

Souchy, Augustin, Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland und in der Ukraine? Resultat einer Studienreise von April bis Oktober 1920, Berlin 1921.

Souchy, Augustin, Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt o.J. (1948).

Sternheim, Carl, Die deutsche Revolution, Berlin o.J.

Struthahn, Arnold, Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei, Berlin 1919.

Sturm, Fritz, Das Bolschewistische Rußland, Hamburg o.J. (1919).

Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive: Die Lehre der März-Aktion, o.O. 1921.

Thalheimer, August / Radek, Karl, Gegen den Nationalbolschewismus, zwei Aufsätze, o.O. 1920 (KPD(S)).

Tobler, Max, Der revolutionäre Syndikalismus, Berlin 1920 (Aktions - Verlag).

Toller, Ernst, Die Deutsche Revolution, Rede gehalten vor Berliner Arbeitern am 8. November 1925, o.O. o.J.

Trautmann, W.E., Eine große Union. Die ökonomische Struktur der sozialistischen Gesellschaft, Braunschweig, o.J.

Trotzki, Leo, Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Eine Publikation des Verlages "Die Aktion" mit Lenins Testament im Anhang, Berlin 1930.

Tut Verständigung Not? Gegner jeglicher Vertreter-, Führer- und Rätesysteme. Ortsgruppe Groß - Dresden, Dresden o.J. (AAUE).

Über Max Hölz, von Maximilian Harden, Max Hermann Neiße, Franz Pfemfert, R. Hausmann, Victor Fraenkel, H. Vogeler, Berlin 1921.

Unser Bakunin. Illustrierte Erinnerungsblätter zum 50. Todestag von Michael Bakunin, Berlin 1926 (Kater - Verlag).

Vogeler, Heinrich, Das neue Leben, ein kommunistisches Manifest, Hannover 1919.

Vogeler, Heinrich, Siedlungswesen und Arbeitsschule, Hannover 1919.

Vogeler, Heinrich, Proletkult. Kunst und Kultur in der kommunistischen Gesellschaft, Hannover 1920.

Vogeler, Heinrich, Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft, Hamburg 1921.

Vogeler, Heinrich, Die Freiheit der Liebe in der kommunistischen Gesellschaft, Hamburg o.J.

Vogeler, Heinrich, Expressionismus. Eine Zeitstudie, Hamburg o.J.

Vogeler, Heinrich, Reise durch Rußland, Geburt des neuen Menschen, o. O. o.J.

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer? Berlin o.J. (KAPD).

Von der Revolution zur Konterrevolution, Rußland bewaffnet die Reichswehr, o.O. o.J. (Berlin 1927), (KAPD).

Wählen oder nicht wählen ? Nieder mit dem Parlament! Alle Macht den Räten ! Berlin o.J. (KAPD/AAUD).

Was will der Spartakusbund? Hrgg. von der KPD(S), o.O. 1919.

Weltkrise und Klassenkampf, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

Wer betrügt die Massen?, Berlin 1929 (AAUE).

Witkop-Rocker, Milly, Was will der syndikalistische Frauenbund?, Berlin 1922.

Wolffheim, Fritz, Betriebsorganisation oder Gewerkschaften?, Hamburg o.J. (1919).

Wolffheim, Fritz, Knechtschaft oder Revolution, Hamburg 1919.

Zentralismus, Föderalismus und Räte, Flugschrift der KAPD, Berlin o.J.

E. Zeitschriften

Arbeiter-Börse, Sozialrevolutionäres Organ der Freien Arbeiter-Union Süddeutschlands (Syndikalisten), Mannheim 1.Jg. (1920).

Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Bremen 1. - 4.Jg. (1916 - 1919).

Besinnung und Aufbruch, Monatsschrift freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin 1. - 5. Jg. (1929 - 1933).

Betriebs-Organisation, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, Einheitsorganisation, Berlin 1.Jg. (1921).

Der Freie Arbeiter, Publikationsorgan der Föderation der kommunistischen Anarchisten Deutschlands, Berlin 12. - 16. Jg. (1919 - 1923).

Der Individualistische Anarchist, Berlin 1.Jg. (1919).

Der Kämpfer, Organ der Kommunistischen Partei für die Industriegebiete Chemnitz und Zwickau, Chemnitz 1. - 3.Jg. (1918 - 1920).

Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin 1.Jg. (1919).

Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen), Berlin 1. - 4.Jg. (1920 - 1923).

Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Essen 1. - 3. Jg. (1922 - 1924).

Der Kampfruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) hrgg. vom Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen, o.O. 1.Jg. (1920).

Der Kampfruf, Organ der AAUD, Bremen 2.Jg. (1920).

Der Klassenkampf, Organ der KPD(S), Bezirk Groß-Leipzig, Bitterfeld 1. - 2. Jg. (1919 - 1920).

Der Klassenkampf, Organ der AAU (Revolutionäre Betriebsorganisationen) Wirtschafts-Bezirk Rheinland-Westfalen, Düsseldorf 1. - 5. Jg. (1920 - 1924).

Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Bremen 1. Jg. (1918); (ab 1919: Der Kommunist, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bremen 2. - 3. Jg. (1919 - 1920).

Der Kommunist, Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Ostsachsen), Dresden 1. - 2. Jg. (1920 - 1921).

Der Kommunistische Gewerkschafter, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten, Berlin 1. - 3. Jg. (1921 - 1923).

Der Pionier, Unabhängiges sozialrevolutionäres Organ, Berlin 1. - 4. Jg. (1911 - 1914).

Der Sozialist, Organ des Sozialistischen Bundes, Berlin 1. - 6.Jg. (1909 - 1914).

Der Syndikalist, Organ für sozialrevolutionäre Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1. - 7.Jg. (1919 - 1925); (ab 1920: Der Syndikalist, Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)).

Der Unionist, Für revolutionäre Theorie und Praxis, hrgg. von der AAUD, Berlin 1.Jg. (1931).

Der Weltkampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (Einheitsorganisation), Wirtschaftsbezirk Westsachsen, Zwickau 5.Jg. (1922).

Die Aktion, Herausgegeben von Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf 1. - 20. Jg. (1911 - 1930).

Die Einheitsfront, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Berlin 1. - 6.Jg. (1921 - 1926).

Die Einigkeit, Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1. - 18. Jg. (1897 - 1914).

Die Epoche, Kampforgan des Kommunistischen Rätebundes, Leipzig 1. - 2.Jg. (1923 - 1924).

Die Freiheit, Organ der KPD(S) in Rheinland-Westfalen, Duisburg 2. - 3.Jg. (1919 - 1920).

Die Internationale, Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Berlin 1. - 5. Jg. (1915/19 - 1923).

Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1. - 3. Jg. (1924 - 1926).

Die Klassenfront, Organ der AAU-Opposition (Revolutionäre Betriebsorganisationen), o.O. 1.Jg. (1927).

Die Perspektive, Kampforgan der Union revolutionärer Betriebsorganisationen (proletarische Klassenorganisation), o.O. 2. Jg. (1924).

Die Proletarische Revolution, Organ für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse, Hrg. AAUE Frankfurt/M. 2. - 7. Jg. (1927 - 1932).

Die Revolution, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (Einheitsorganisation), Heidenau (Sachsen) 2. - 3.Jg. (1922 - 1923).

Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, Berlin 1.Jg. (1918); (ab 1919: Die Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin 2. - 5. Jg. (1919 - 1923).

Die Rote Gewerkschafts - Internationale, Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten, Berlin 1.Jg. (1921).

Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, erste syndikalistische Tageszeitung für Rheinland-Westfalen, Düsseldorf 1. - 3. Jg. (1921 - 1923)
(ab April 1922 : Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, Publikationsorgan der FAUD(S) Rheinland-Westfalens).

Erkenntnis und Befreiung, Organ des herrschaftslosen Sozialismus, Leitung Pierre Ramus, Klosterneuburg bei Wien 1. - 5. Jg. (1919 - 1923).

Fanal, Herausgeber: Erich Mühsam, Berlin 1.Jg. (1926/27).

Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen, Gelsenkirchen 1. - 3.Jg. (1919 - 1921).

Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter. Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland, Borna 3.Jg. (1921).

Freiheit, Organ der KPD in Rheinland-Westfalen, Duisburg 2. - 3. Jg. (1919 - 1920).

Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin 1.Jg. (1921)(KPD).

Kommunismus, Wochenschrift für Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus, Wien 1.Jg. (1920).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Wochenblatt der KAP Hamburger Richtung, Organ der KAP und der AAU Deutschlands, Hamburg 1. - 2. Jg. (1919 - 1920).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1.-5.Jg. (1920-1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, hrgg. von der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Essen 1. - 3. Jg. (1922 - 1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der KAP Österreichs angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, o.O. 1. Jg. (1924).

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der KAPD, Berlin-Lichtenberg 1.-3.Jg. (1931 - 1933).

Kommunistische Montagszeitung, Organ der KAPD, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Berlin 1. - 2.Jg. (1920 - 1921).

Kommunistische-Räte-Korrespondenz, Hrg.: Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, o.O. 1.Jg. (1919).

Kommunistischer Arbeiter, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Opposition), Berlin 1. - 2.Jg. (1927 - 1928).

Lichtstrahlen, Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, hrgg. von Julian Borchardt, Berlin 1. - 5.Jg. (1913 - 1919).

Proletarier, Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf, Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1. - 3.Jg. (1924 - 1927).

Proletarier, Monatsschrift für Kommunismus, Berlin 1. - 3.Jg. (1920 - 1922).

Proletarischer Zeitgeist, Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung, hrgg. von der Arbeitsvereinigung Westsachsens, Zwickau (Verlag der AAUE) 2. - 3. Jg. (1923 - 1924).

Rote Jugend, Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, Berlin 1. - 4. Jg. (1921 - 1924).

Soziale Revolution, Organ der deutschen Anarcho-Syndikalisten im Ausland, angeschlossen an die IAA, Paris/Stockholm 1934 (Januar 1934 - einzige Nummer).

Spartakusbriefe, hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958.

Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gelsenkirchen 1. - 4. Jg. (1921 - 1924).

Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau, hrgg. von A. Pannekoek und H. Roland-Holst, Zürich/Bern 1. Jg. (1916).

F. Gedruckte Biographien und Memoiren

Buber - Neumann, Margarete, Von Potsdam nach Moskau, Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.

Frölich, Paul, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Hamburg 1949.

Hölz, Max, Vom "Weißen Kreuz" zur Roten Fahne, Jugend-, Kampf- und Zuchthauserinnerungen, Berlin 1929.

Jung, Franz, Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Neuwied 1961.

Kropotkin, Peter, Die Memoiren eines Revolutionärs, Berlin 1920.

Mühsam, Erich, Unpolitische Erinnerungen, Berlin 1952.

Nettl, Peter, Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1967.

Oerter, Sepp, Acht Jahre im Zuchthaus, Nebst einer Einleitung: Aus der Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung in den Jahren 1890 - 1893, Berlin 1905.

Osterroth, Franz, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960.

Plättner, Karl, Der mitteldeutsche Bandenführer. Mein Leben hinter Kerkermauern, Berlin 1930.

Rocker, Rudolf, Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924.

Rocker, Rudolf, Hinter Stacheldraht und Gitter. Erinnerungen aus der englischen Kriegsgefangenschaft, Berlin 1925.

Rocker, Rudolf, An autobiography, translated by J. Leftwich, London 1955.

Roland-Holst, Henriette, Rosa Luxemburg, ihr Leben und Wirken, Zürich 1937.

Toller, Ernst, Eine Jugend in Deutschland, Hamburg 1963.

Vogeler, Heinrich, Erinnerungen. Mit einem Vorwort von Erich Weinert, Berlin 1952.

Wilde, Harry, Theodor Plivier, Nullpunkt der Freiheit, München, Basel, Wien 1965.

G. Darstellungen

Abendroth, Wolfgang, Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954.

Abendroth, Wolfgang, Die Beziehung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Neue Gesellschaft, 5. Jg. (1958), p. 467 ff.

Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an gegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/M. 1964.

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1965.

Acht, Anton, Der moderne französische Syndikalismus, Jena 1911.

Ackermann, Karl, Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie, Diss. phil. Heidelberg 1946.

Anderson, Evelyn, Hammer oder Amboß, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948.

Angress, Werner T., Stillborn Revolution, the Communist bid for power in Germany 1921-1923, Princeton/New Jersey 1963.

Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrgg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Freiburg i. B. 1967.

Arvon, Henri, L'Anarchisme, Paris 1959.

Bahne, Siegfried, Der Trotzkismus in Deutschland 1931 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. phil. Heidelberg 1958 (Masch.).

Bahne, Siegfried, Zwischen "Luxemburgismus" und "Stalinismus", die ultralinke Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 11. Jg. (1961), p. 359 ff.

Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958.

Bauer, Franz, Französischer Syndikalismus und deutsche Gewerkschaften, Diss. phil. Heidelberg 1948 (Masch.).

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1955.

Bötcher, Hans, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922.

Brauer, E., Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930.

Briefs, Goetz, Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV Bd., Jena 1927, p. 1144.

Brockschmidt, Karl Friedrich, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Diss. phil. Frankfurt/M. - Stuttgart 1929.

Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1922.

Bünemann, Richard, Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1951 (Masch.).

Challaye, F., Revolutionärer und reformistischer Syndikalismus, Tübingen 1913.

Chambelland, Colette, Le Syndicalisme ouvrier français, Paris 1956.

Colm, Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März 1920, Essen 1921.

Colotti, Enzo (Hrg.), Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933. Ein bibliographischer Beitrag, Milano 1961.

Die Roten Kämpfer, Zur Geschichte einer linken Widerstandsgruppe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7. Jg. (1959), p. 438 ff.

Diehl, Karl/Mombert, Paul (Hrg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 11. Bd., Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Karlsruhe i. B. 1920.

Diehl, Karl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, Jena 1922.

Diehl, Karl, Anarchismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, I. Bd., Jena 1923, p. 288 ff.

Diehl, Karl, Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, Jena 1924.

Dörnemann, Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. phil. Würzburg 1965, Bochum o. J.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrgg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I (1914-1917), Berlin 1958.

Drahn, Ernst, Syndikalismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII Bd., Jena 1927, p. 1186 ff.

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1962.

Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach/Zürich und Stuttgart 1954.

Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt/M. 1948.

Flechtheim, Ossip K., Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.

Foner, Philip S., The Industrial Workers of the World 1905-1917, New York 1965.

Franck, Sebastian, Soziologie der Freiheit, Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus, eine Gedenkschrift, Ulm/Donau 1951.

Frölich, Paul, Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Hamburg 1924.

Frölich, Paul, Zum Streit um die Spontaneität, in: Aufklärung, 2. Jg. (1952), p. 105 ff.

Gerlach, Ernst, Syndikalismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. X., Göttingen 1959, p. 271 ff.

Gerlach, Kurt, Theorie und Praxis des Syndikalismus, Leipzig 1913.

Geyer, Curt, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, ein soziologischer Versuch, Jena 1923.

Goetz - Girey, Robert, La Pensée Syndicale Francaise, Militants et Théoriciens, Paris 1948.

Gumbel, E.J., Zwei Jahre Mord, Berlin 1921.

Hauck, Arthur, Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit, Diss. rechts- und staatswissensch. Hamburg 1923 (Masch.).

Hemberger, Adolf, Das historisch-soziologische Verhältnis des westeuropäischen Anarcho-Syndikalismus zum Marxismus, Diss. phil. Heidelberg 1963.

Hermberg, Paul, (Nachtrag zu H. Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung ..., Jena 1922, p. 214 ff.).

Hillmann, Günther, Selbstkritik des Kommunismus, Texte der Opposition, Hamburg 1967.

Hobsbawm, Eric J., Sozialrebellen, archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1963.

Horowitz, Irving Louis, Radicalism and the revolt against reason, the social theories of Georges Sorel, London 1961.

Humbert - Droz, Jaques, Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964.

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.

Kampffmeyer, Paul, Der Gewerkschafts- und Genossenschaftsgedanke, in: Die Befreiung der Menschheit, Berlin 1921, p. 95 - 109.

Kampffmeyer, Paul, Radikalismus und Anarchismus, in: Die Befreiung der Menschheit, Berlin 1921, p. 71 - 81.

Kief, Frits, Gorter als politicus onderschat, in: De Gids, 128. Jg. (1965), Nr. 1/2, p. 77-81.

Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen", Diss. phil. Marburg 1957 (Masch.).

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962.

Kolbe, Hellmuth, W.I. Lenins Werk "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" - eine bedeutende Hilfe für die junge KPD, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2. Jg. (1960), p. 255 ff.

Koller, Philipp Alexander, Das Massen- und Führerproblem in den Freien Gewerkschaften, Tübingen 1920.

Korsch, Karl, Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm, in: Der Sozialist, 1. Jg. (1919), p. 402 ff.

Kulemann, W., Die Berufsvereine, Bd. II, Jena 1908.

Leber, Annedore (Hrg.), Das Gewissen entscheidet, Berlin/Frankfurt a. M. 1957.

Lederer, Emil, Sozialpolitische Chronik: Die Gewerkschaftsbewegung 1916/18, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. XXXXVI (1918/19), p. 844 ff.

Lederer, Emil, Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. XXXXVII (1920/21), p. 240 ff.

Lenk, Kurt, Ideologie, Kritik und Wissenssoziologie, Neuwied 1961.

Leonhard, Susanne, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920.

Lepke, Hermann, Syndikalismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland, in: Gewerkschafts-Archiv, Bd. II, Jena 1925.

Marchal, André, Le mouvement syndical en France, Paris 1945.

Marx - Engels - Lenin - Stalin- Institut beim ZK der SED (Hrg.), Die Märzkämpfe 1921. Mit Dokumentenanhang, Berlin 1956.

Matthias, Erich, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege, in: Marxismusstudien, Bd. II, Tübingen 1957, p. 151 ff.

Maus, Heinz, Anarchismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Stuttgart 1956, p. 181 ff.

Mayntz, Renate, Soziologie der Organisation, Hamburg 1963.

Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bde., Berlin 1960.

Mehring, Franz, Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig o. J.

Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1925.

Michels, Robert, Eine syndikalistisch gerichtete Unterströmung im deutschen Sozialismus (1903-1907), in: Festschrift für Carl Grünberg, Leipzig 1932.

Müller, Paul / Breves, Wilhelm, Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis März 1919, Bremen 1919.

Naef, Eugen, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus, Zürich 1953.

Nestriepke, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart 1921, Bd. II.

Nettlau, Max, Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864, Berlin 1925.

Nettlau, Max, Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859-1880, Berlin 1927.

Nettlau, Max, Anarchisten und Sozialrevolutionäre der Jahre 1880-1886, Berlin 1931.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

Nollau, Günther, Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln/Berlin 1959.

Paetel, Karl O., Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965.

Pannekoek, Anton, La politique de Gorter, in: La révolution prolétarienne, revue syndicaliste révolutionnaire, 1952 (aout/sept.), p. 13 f.

Prager, Eugen, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.

Pross, Harry, Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Freiburg i. B. 1963.

Raabe, Paul (Hrg.), Ich schneide die Zeit aus. Expressionismus und Politik in Franz Pfemferts "Aktion", München 1964.

Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928), p. 117 ff.

Rist, Walter, Die Splittergruppen der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus, Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung, 3. Jg. (1932), p. 134 ff.

Rettig, Rudolf, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925, unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den Freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg 1954 (Masch.).

Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin 1959.

Rocker, Rudolf, Anarchism and Anarcho-Syndicalism, in: Feliks Gross (ed.), European Ideologies, New York 1948.

Roloff, Ernst August, Braunschweig und der Staat von Weimar, Braunschweig 1964.

Rosenberg, Arthur, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

Rosenberg, Arthur, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt/M. 1966.

Rüdiger, Helmut (u. a.), Gustav Landauer, Worte der Würdigung, Darmstadt o. J. (1950).

Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905-1917, the Development of the Great Schism, Cambridge-Mass. 1955.

Schüddekopf, Otto Ernst, Linke Leute von rechts, die national-revolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

Schüddekopf, Otto Ernst, Karl Radek in Berlin, ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. II (1962), p. 87 ff.

Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918 bis 1923, Diss. phil. Leipzig 1933.

Schurig, H., Vorläufiges Fundbuch des literarischen Nachlasses von Adam Scharrer, Berlin 1960.

Sijes, Bernhard, De Raden-Beweging in Nederlanden en haar Kranten, masch. schriftl. Manuskript (unveröffentlicht).

Souchy, Augustin, Kleiner Dank für ein großes Leben. Zum Tode von Rudolf Rocker, in: Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur, 13. Jg. (1958), p. 339 ff.

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, 1914 bis 1925, 3 Bde., Berlin 1929.

Stampfer, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/M. 1947.

Ströbel, Heinrich, Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1922.

Szczesny, Gerhard, Romantischer Sozialismus. Zur Gesellschaftslehre Gustav Landauers, in: Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur, 6.-7. Jg. (1951/52), p. 287 ff.

Thompson, Fred, The IWW. Its First 50 Years (1905-1955). The history of an effort to organize the working class, Chicago 1955.

Tjaden, K. H., Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts-"Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

Tormin, Walter, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954.

Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920), Düsseldorf 1956.

von Oertzen, Peter, Die großen Streiks der Ruhr-Bergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. (1956), p. 231 ff.

von Oertzen, Peter, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1964.

von Saurma - Jeltsch, Der Syndikalismus in Frankreich und die syndikalistische Tendenz in der deutschen Arbeiterbewegung, Breslau 1920.

Waldmann, Eric, The Spartacist Uprising of 1919 and the crisis of the German Socialist Movement: A study of the relation of political theory and party practice, Milwaukee 1958.

Weber, Hermann, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Wandlungen des deutschen Kommunismus, Hannover 1961.

Weber, Hermann, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, hrgg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln/Berlin 1963.

Weber, Hermann (Hrg.), Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967.

Wenzel, Otto, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, Diss. phil. Berlin 1955.

Willeke, Eduard, Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 128. Bd. (1928), p. 870 ff.

Personenverzeichnis

LEBENSLAUF

Am 13. 5. 1940 wurde ich als Sohn des Gartenmeisters Karl Bock und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Hempel, in Kassel geboren.

Ich besuchte von 1946 bis 1950 die Grundschule in Großenritte (Landkreis Kassel) und wurde 1950 in das Kasseler Realgymnasium I (später: Albert Schweitzer-Schule, Gymnasium für Jungen) aufgenommen. Dort bestand ich im März 1960 die Reifeprüfung und immatrikulierte mich an der Philipps-Universität Marburg a.d. Lahn für die Fächer Wissenschaftliche Politik, Germanistik und Romanistik.

An der Marburger Philipps-Universität legte ich im Februar 1964 die Pädagogische Vorprüfung, im Mai 1967 die Fachwissenschaftliche Prüfung in Politik und Deutsch für das Lehramt an Höherer Schulen ab.

Während des Universitätsjahres 1964/65 unterrichtete ich in Frankreich (Orléans) als Assistent und Lektor für deutsche Sprache und Literatur. Seit November 1965 bin ich als wissenschaftliche Hilfskraft im Institut für Ältere Deutsche Philologie tätig.

Neben den Fächern Wissenschaftliche Politik, Germanistik und Romanistik belegte ich Vorlesungen und Übungen in Soziologie, Philosophie, Psychologie und Kunstgeschichte.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren Abendroth, Berger, Buck, Ebbinghaus, Flasche, Grabowsky, Heisig, Heitmann, Klein, Kunz, Matthias, Maus, Reich, Schmitt, Schröder und Winkler.

BOCK: SYNDIKALISMUS UND LINKSKOMMUNISMUS